A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 143 FRÜHJAHR 2001 DM1,-

Fischer: vom Sponti zum Balkanschlächter

SPD/Grünen-Regierung greift die Linke an



dpa


C. Ditsch/version


AP

Grüner Fischer inspiziert deutsche Besatzungstruppen auf dem Balkan, 1000 Bullen überfallen im Dezember 1999 linkes Jugendzentrum „Mehringhof" in Berlin, SPD-Schily demonstriert für seine Knüppelgarde

In den letzten Monaten war Fischer, Außenminister und Kriegstreiber des deutschen Imperialismus, Zielscheibe einer Kampagne der FDP und der von Skandalen gebeutelten CDU/CSU-Opposition. Mit Bildern aus den 70er-Jahren, die den jugendlichen Fischer zeigen, wie er sich gegen knüppelschwingende Polizisten wehrt, sowie Spekulationen, ob er irgendwann mit einem späteren Mitglied der Rote Armee Fraktion (RAF) gebechert oder gefrühstückt habe, versuchte die Opposition vergeblich, die kapitalistische rot-grüne Regierung zu destabilisieren. SPD und Grüne wiederum präsentieren Fischer als „Erfolgsstory": vom Gegner des bürgerlichen Staates zum treuen und effektiven Verteidiger der Staatsgewalt. Große Teile der Bourgeoisie unterstützen diese Sicht. Frank Schirrmacher, Mitherausgeber des bürgerlichen Flaggschiffs *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* schreibt lobend: „Ohne ihn [Fischer] und seine Geschichte" hätte der Balkankrieg, den er als Außenminister mitbefehligte, „vermutlich zu einem bürgerkriegsähnlichen Notstand im Innern geführt". Es sei doch gerade „das Spezifische dieser Biographie, die dazu verhalf, den inneren Frieden zu bewahren, als im Kosovo militärisch eingegriffen wurde" (zitiert *in junge Welt,* 11. Januar).

Freiheit für RAF/RZ und alle anderen linken Gefangenen!

Mit ihrer Kampagne gegen Fischer benutzt die Opposition dieselbe Sprache, mit der die SPD/Grünen-Regierung versucht, militante Gegner des Kapitalismus zu kriminalisieren. Die gesamte Hetzkampagne gegen den „Terror" der RAF in den 70er-Jahren soll eine drohende Botschaft an linke Jugendliche und an die Arbeiterklasse schicken: Jeder Widerstand gegen das „Gewaltmonopol des Staates", sei es bei der Streikpostenkette, sei es bei der Verteidigung gegen Faschisten, ist kriminell.

Wir verteidigten und verteidigen die RAF gegen die Verfolgung durch den bürgerlichen Staat. Zwar lehnen wir ihre

Fortgesetzt auf Seite 2

Balkan-Verstrickungen

US/Bundeswehr/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan! **...Seite 7**

SPD/Grünen-Regierung...

Fortsetzung von Seite 1

Perspektive des individuellen Terrors entschieden ab, doch ihre Aktionen entsprangen einem Hass gegen das imperialistische System, den wir zutiefst teilen. Heute sitzen in Deutschland noch immer Gefangene aus der RAF und aus den „Antiimperialistischen Zellen" im Knast, darunter z. B. Christian Klar seit fast 19 Jahren, Rolf Heißler bald 22 Jahre. *Wir fordern ihre sofortige Freilassung!* Ebenso fordern wir die sofortige Freilassung von angeblichen Mitgliedern der Revolutionären Zellen (RZ), gegen die in Berlin gegenwärtig ein abstruser Schauprozess läuft.

Die SPD/Grünen-Regierung rekrutiert sich teilweise aus „68ern" und setzt diesen Nimbus effektiv ein; sie behaupten, schon immer für „Freiheiten" und „gegen Rechts" gekämpft zu haben. Aber dies ist eine *kapitalistische* Regierung, die den Nachfolgestaat des Dritten Reichs verwaltet! Nach der Konterrevolution in der DDR und der Zerstörung der Sowjetunion legte die deutsche Bourgeoisie die „soziale" Fassade ab, in die sie sich zur Abwehr der „kommunistischen Gefahr" nach dem Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg hüllte. Um in einer Zeit immens verstärkter imperialistischer Rivalitäten gegen ihre Konkurrenten zu bestehen, drehen die Kapitalisten die Daumenschrauben gegen die Arbeiterklasse an, um die Profite in die Höhe zu treiben. Die Bourgeoisie hält es für äußerst nützlich, dies unter dem „demokratischen" Label der „Ex-68er" zu tun. Die Sozialleistungen werden mit der Sozialdemokratie identifiziert, und so schließt die Bourgeoisie, dass die SPD besonders dazu geeignet ist, diese sozialen Errungenschaften zu zerschlagen. „Wahrscheinlich müssen die heiligen Kühe von denen geschlachtet werden, die an der Aufzucht am aktivsten beteiligt waren" *(Hamburger Abendblatt,* 4. November 1999), so Hilmar Kopper vom Vorstand der Deutschen Bank.

Doch die herrschende Klasse weiß auch, dass trotz aller ideologischen Kampagnen die Möglichkeit besteht, dass der Widerstand der Arbeiterklasse der politischen Kontrolle der SPD und ihrer Gewerkschaftsbürokratie entgleitet. Daher ist die Hauptaktivität der SPD/Grünen-Regierung ein massiver Abbau demokratischer Rechte und der Ausbau des staatlichen Repressionsapparates; eine CDU-Regierung wäre wahrscheinlich auf größeren Widerstand gestoßen. Gerade wurde das Abhören von Telefonen immens erleichtert und eine Zentraldatei für „linke Gewalttäter" und „Ausländer" eingeführt. Ursprünglich propagiert als Maßnahme „gegen rechte Gewalt", richtet sich dies eindeutig gegen die Linke und Arbeiterbewegung, wie wir schon im letzten Herbst warnten. Denn dieser Staat ist nicht „neutral", sondern hat einzig die Funktion, das Privateigentum an Produktionsmitteln der Kapitalisten zu verteidigen gegen das Interesse der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Wie Lenin sagte: „Das Bestehen des Staates beweist, daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind" *(Staat und Revolution).* Die Herrschaft der Kapitalisten muss zerschlagen werden und die Gesellschaft auf der Basis von sozialistischer Planwirtschaft und Arbeiterräten neu organisiert werden, nur dadurch kann Massenarbeitslosigkeit, Elend, Faschismus und Krieg der Garaus gemacht werden. Um die Arbeiterklasse zu diesem Ziel zu führen, bauen wir Spartakisten eine internationalistische, revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei auf.

Im Herbst 1998 vor den Wahlen warnten wir: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer! Keine Stimme für SPD, PDS!" *(Spartakist* Nr. 133). Die vorgebliche Linke dagegen gab mit der gemeinsamen Losung „Kohl muss weg" entweder der SPD oder der nicht weniger sozialdemokratischen PDS die Stimme. Da die Pseudolinken keinerlei Möglichkeit sehen, die Arbeiterklasse von SPD und PDS zu brechen, vertreten sie nur eine immer neuere Variante der „Politik des kleineren Übels"; sie eilten aufgeschreckt ihrer Regierung zu Hilfe, die sie durch die CDU-Kampagne gegen Fischer bedroht sahen. Bei der Gruppe Linksruck konnte man schwarz auf weiß mitverfolgen, wie sich die Panik aufbaute. Im Januar übten sie noch Kritik: „Unsere Anklage muss sich gegen den Fischer von *heute* richten. Er sitzt an der Spitze einer Regierung, die uns in Serbien die erste deutsche Beteiligung an einem Angriffskrieg beschert hat..." *(Linksruck,* 24. Januar). Im Februar dann starteten sie eine Unterschriftenkampagne gegen „konservative Politiker und Teile der Medien" unter einem Fischer-Zitat: „'68 war eine Freiheitsbewegung" *(Linksruck, 1.* Februar)!

Die pseudotrotzkistische Gruppe Arbeitermacht (GAM) sagt nirgendwo, dass die SPD/Grünen-Regierung eine kapitalistische Regierung ist. Sie malen ein Szenario, dass die Bourgeoisie - z. B. mittels der CDU-Kampagne - die SPD dazu drängen müsse, im Interesse der Kapitalisten zu regieren: „Die Regierung politisch zur Räson zu rufen, den Druck der Bourgeoisie zu verstärken und die Stabilität Schröders zu unterminieren, um hernach selbst von einer besseren Position aus Bedingungen stellen zu können - das ist gemeint, wenn Schröder und Trittin geschlagen werden" *(Arbeitermacht,* März/April 2001). Es ist charakteristisch für

Fortgesetzt auf Seite 13

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 143 **Frühjahr 2001**

Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, /o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb ein Flugblatt der Spartakist-Jugend vom 10. April 2001 beigefügt.

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Europaweite Proteste gegen Schließung von GM/Vauxhall-Fabrik in England

Nachdem die Konzernspitze von General Motors (GM) in Detroit ankündigte, die Werke in Luton, England und in Torbali/Izmir in der Türkei zu schließen, demonstrierten am 20. Januar in Luton 10000 Arbeiter, darunter aus Deutschland, Belgien und Spanien, gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze. Am 25. Januar beteiligten sich dann 40 000 GM-Arbeiter zeitgleich in Portugal, Spanien, Belgien, England und Deutschland an einem einzigartigen europaweiten Protest.



Alexander Heimann

7000 Opel-Arbeiter protestieren am 25. Januar in Rüsselsheim

Während die Arbeiter ihre Bereitschaft für internationalen Klassenkampf unter Beweis stellten, taten die Gevverkschaftsbürokraten alles, um dies zu boykottieren. Sie riefen bewusst nicht zum Streik auf und beriefen sich dabei auf Gesetze der kapitalistischen Ordnung. Stattdessen waren die von Gewerkschaften und Betriebsräten aufgerufenen Protestaktionen in Deutschland für die Mittagspause geplant. Die Betriebsräte sind von Gesetzen an Händen und Füßen gefesselte Organe von Klassenkollaboration, die den Arbeitern „Mitbestimmung" vorgaukeln sollen, während sie einzig dazu geschaffen wurden, Kämpfe der Arbeiterklasse zu verhindern. Bei den europäischen Werken von GM haben sich Betriebsräte zu einem Europabetriebsrat als „Europäisches Arbeitnehmerforum" zusammengeschlossen.

Sie „verhandeln" mit den Bossen um einen Rahmenvertrag, nach dem keine betriebsbedingten Kündigungen stattfinden sollen und „Personalreduzierungen nur durch freiwillige Vereinbarungen und mit Hilfe von Ruhestandsregelungen" erreicht werden sollen. Das heißt, dass niemand direkt entlassen werden soll, aber frei werdende Arbeitsplätze auch nicht mehr neu besetzt werden. Auf diesem „sozialen" Wege werden jeden Tag tausende Jobs vernichtet. Bei den Opel-Werken in Deutschland sollen

Fortgesetzt auf Seite 6

Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend

Berlin

Dienstag, 24. April, 18 Uhr
UNO/NATO/Bundeswehr: Raus aus dem Balkan! Stürzt deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution!

Dienstag, 15. Mai, 18 Uhr
Marktreformen in China bedrohen Frauen. Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!

Dienstag, 5. Juni, 18 Uhr
Staat — Raus aus dem Schlafzimmer! Weg mit der Anti-Sex-Hexenjagd!

Dienstag, 26. Juni, 18 Uhr
Stürzt die Bourgeoisie von Auschwitz! Proletarische Revolution wird die Opfer des Holocaust rächen!

Dienstag, 17. Juli, 18 Uhr
Die Lehren der Pariser Kommune. Der bürgerliche Staat muss zerschlagen werden!

Treffpunkt ist das Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 208 (Humboldt-Universität)

Kontakt: (030) 4 43 94 00

Susan Adams

Spartacist

1948-2001

Unsere Genossin Susan Adams starb am Morgen des 6. Februar bei sich zu Hause nach einem zweijährigen Kampf gegen Krebs. In ihren 30 Jahren als kommunistischer Kader diente Susan an vielen Kampffronten unserer internationalen Partei. Es gibt kaum eine Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga oder einen Bereich unserer Arbeit, dem nicht direkt ihr politischer Rat und ihr herausragendes Talent als Lehrer und Trainer einer neuen Generation von proletarischen Führern zugute gekommen wäre. Sie setzte wichtige Arbeiten als Mitglied der Führungskomitees der Spartacist League/U.S. und der IKL bis zu ihrem Tode fort. Wir werden sie immer in unserer Erinnerung behalten, und wir teilen den Schmerz und den Verlust ihres langjährigen Gefährten und Genossen François, ihrer Familie und ihrer vielen Genossen und Freunde in der ganzen Welt.

Wie Tausende von Jugendlichen wurde Susan Mitte der 60er-Jahre durch die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die wachsende Opposition gegen den Vietnamkrieg und den fast revolutionären Aufstand in Frankreich im Mai 1968 in politische Aktivität hineingezogen. Sie hat vehement den Mystizismus und den heuchlerischen Moralismus ihres katholischen Hintergrundes zurückgewiesen und kämpfte gegen die dadurch verursachte verinnerlichte Unterdrückung. Als sie an der Universität von Kalifornien in San Diego war, trat sie in den SDS (Students for a Democratic Society) ein und wurde angezogen von dem Flügel mit einer Orientierung auf die Arbeiterklasse, der von der linksstalinistischen PL (Progressive Labor Party) geführt wurde. Susan wurde zum Trotzkismus gewonnen, als sie begann, mit dem von der Spartacist League geführten Revolutionary Marxist Caucus im SDS zusammenzuarbeiten; das war 1970, nachdem sie an die State University von New York in Stony Brook gegangen war. Nachdem sie zurück nach Kalifornien gezogen war, wurde sie im Dezember 1971 Mitglied der Spartacist League. In einer Zeitspanne von Monaten wurde sie zum Organisator unserer schnell wachsenden Bay-Area-Ortsgruppe gewählt und half bei der Integration neuer Mitglieder aus einer Vielzahl verschiedener politischer Tendenzen.

Als wir darangingen, Anfang 1973 eine Ortsgruppe in der „Motor City" Detroit aufzubauen, wurde Susan in die Führung geholt. Sie beschrieb stolz dieses Zentrum der schwarzen industriellen Arbeiterklasse als das Wyborg des amerikanischen Proletariats, unter Bezug auf die militante, proletarische Hochburg des Bolschewismus in Petrograd am Vorabend der Russischen Revolution. Sie war aggressiv dabei, sicherzustellen, dass unsere trotzkistische Propaganda in das kämpferische Proletariat der Autofabriken eindrang. Die ersten Flugblätter schrieb sie oft selbst, vervielfältigte und verteilte sie. Susan sorgte dafür, dass die Ortsgruppe ein Programm intensiver interner marxistischer Ausbildung durchführte, und dafür, dass die Genossen in der Industrie, die 50 Stunden und mehr in Wechselschicht an den Produktionsbändern arbeiteten, ihren Anteil von polemischer Auseinandersetzung durch Uni-Arbeit bekamen.

Nach etwas über einem Jahr in Detroit zog Susan nach New York, um die zentrale Führerin unserer nationalen Jugendorganisation zu werden, der Spartacus Youth League. Wie immer nahm sie diese Arbeit mit Energie und politischer Entschlossenheit auf, besuchte regelmäßig die Ortsgruppen, initiierte oder führte lokale und nationale SYL-Kampagnen und leitete die Herausgabe von *Young Spartacus*, der auf einem hohen Niveau stehenden monatlichen Zeitung der Jugendorganisation mit einem Schwerpunkt auf marxistischer Ausbildung und Polemiken.

Als die Spartacist-Tendenz 1976 begann, kleine Stützpunkte in Europa zu erobern, übernahm Susan ein anderes entscheidendes Gebiet von Parteiarbeit, dieses Mal für unser Internationales Sekretariat. Hauptsächlich in Paris stationiert, wurde sie die zentrale Führerin unserer europäischen Arbeit, und Paris wurde eines der drei politischen Hauptzentren unserer Internationale. Bis 1992 war Susan die Vorsitzende der LTF, der Ligue trotskyste de France. Sie war zentral an den Auseinandersetzungen und Diskussionen innerhalb der LTF und der Internationale beteiligt, wie man in diesem internationalen Zentrum des vorgeblichen Trotzkismus unsere Strategie und Taktik schmiedet, besonders als Antwort auf den Wiederaufstieg der Volksfront in Form der „Einheit der Linken" (union de la gauche) in den späten 70er- und den 80er-Jahren. Entschlossen, Cannons Verständnis des Parteiaufbaus und bolschewistische Normen des Funktionierens den europäischen Kadern anzuerziehen, was diesen im Wesentlichen fremd war, arbeitete sie mit den oft unerfahrenen Führungen der europäischen Sektionen eng zusammen. Sie brachte sie dazu, Möglichkeiten für den Parteiaufbau zu ergreifen, Umgruppierungen mit sich nach links entwickelnden Elementen von Opponenten-Organisationen durchzuführen und den unablässigen Druck von französischer Nationalborniertheit, britischem Labourismus, wiederaufsteigendem deutschen Nationalismus usw. zu bekämpfen.

Im Juli 1994, als sie half, die Arbeit der IKL in einer tatsächlich neuen und schwierigen Periode auszurichten, die durch die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion gekennzeichnet war, schrieb Susan einen Brief an das Internationale Sekretariat:

„Die Hauptaufgabe des IS ist die Produktion der angemessenen, notwendigen und dringenden Propaganda, viersprachig und zum Teil fünfsprachig, d.h. auch auf Russisch, hauptsächlich in den *Spartacist-Ausgaben*... Wir gehen davon aus, dass die Herausgabe von Propaganda politische Anleitung gibt; sie schafft das Gerüst, in dem die Sektionen ihre politische Arbeit verrichten, im Geist Lenins, von ihm in *Was tun?* entwickelt."

Als im Herbst 1989 die beginnende proletarisch-politische Revolution in Ostdeutschland ausbrach, stürzte sich Susan natürlich in die Anleitung und das Vorantreiben unserer trotzkistischen Intervention. Sie spielte eine Hauptrolle beim Aufbau der Einheitsfrontmobilisierung, die wir initiierten, um gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals zu protestieren, und zu der am 3. Januar 1990 250 000 Demonstranten in den Treptower Park in Ostberlin kamen.

Als 1992 die LTF-Führung demselben Druck nachgab, den Susan woanders so klar gesehen und so gut bekämpft hatte, gab es einen scharfen politischen Kampf bei einer IKL-Konferenz. Susan versuchte, sich die politischen Lehren des Kampfes anzueignen, und nur wenige Monate später akzeptierte sie die schwierige Aufgabe, die kleine IKL-Station in Moskau anzuleiten. Sie führte damit die Arbeit unserer Genossin Martha Phillips fort, die dort Anfang 1992 auf ihrem Posten ermordet worden war. In einer Situation, in der es wenig Raum für Fehler gab, kämpfte unsere Moskauer Gruppe für die Wiederverankerung des Bolschewismus angesichts der Verwüstung durch die kapitalistische Konterrevolution und gegen die reaktionären Chauvinisten stalinistischer Herkunft von der „rot-braunen" Koalition.

Obwohl Susan es mit fremden Sprachen nicht leicht hatte, begann sie mit Russisch genauso diszipliniert und entschlossen, wie sie es mit dem Französisch-Studium getan hatte. Die Kombination von eingeschränkten Parteiressourcen und der überwältigend negativen objektiven Situation in der früheren Sowjetunion zwang uns. die organisierte Präsenz in Moskau aufzugeben. Bis in ihre letzten Tage sprach Susan liebevoll über ihre ..Moscow Boys", wie sie die jungen Mitglieder aus verschiedenen Ländern nannte, darunter neu gewonnene Genossen aus der früheren DDR, die sich freiwillig für diese beschwerliche und gefährliche Aufgabe gemeldet hatten und die ihre Formung zu leninistischen Kadern unter Susans Anleitung erhielten.

Nach fast 20 Jahren Tätigkeit außerhalb des Landes kehrte Susan in die USA zurück, um in der zentralen Parteileitung zu arbeiten. Sie richtete ihre Energie besonders auf die Arbeit mit einer neuen Schicht von neu gewonnenen Jugendlichen in New York und iandesweit. Mit der Absicht, aus unserer sehr erfolgreichen Anti-Klan-Mobilisierung im Oktober 1999 Kapital zu schlagen, schrieb Susan einen Brief an unsere New Yorker Ortsgruppe, deren politische Vorsitzende sie war:

„Diese Demonstration stellt das letzte Jahrzehnt, wo nicht viel passierte, wirklich in einen Zusammenhang. In den letzten Jahren gab es viele Kämpfe in der Partei. Wir haben versucht, den Rost abzuschütteln und uns gerade auf diese Art von Situation vorzubereiten, auf die die Partei meiner Meinung nach diesen Monat sehr gut reagiert hat. Und jetzt stellt sich die Frage des Nachverfolgens. Kurz gesagt ist der ganze Punkt folgender: Das ist es, wofür wir leben, worauf wir uns vorbereiten, und jetzt sind wir in dieser Situation und müssen sie in der maximalen politischen Art und Weise ausnutzen."

Während dieser Zeit widmete sie auch viel von ihrer schwindenden Energie der Vorbereitung ihrer öffentlichen Präsentation über „Frauen und die Französische Revolution" und deren Ergänzung für die Veröffentlichung. Selbst als sie in ihren letzten paar Tagen ihre Wohnung nicht mehr verlassen konnte, war sie damit beschäftigt, beim Aussuchen der Grafiken für das Layout zu helfen. Mehrere ihrer Projekte sind noch unvollendet, darunter ein Index für die erste gebundene Ausgabe des *Spartacist* in französischer Sprache.

Susans Schönheit und Anmut beeindruckte alle, die sie trafen. Sie widmete sich den neuesten Jugendmitgliedern und hörte ihre Meinungen genauso aufmerksam an wie die der erfahrensten Parteikader und sie stritt mit ihnen offen, wenn sie nicht mit ihnen übereinstimmte. Sie hatte ein ausgeprägtes intellektuelles Interesse, und viele von uns erinnern sich liebevoll an eine gemeinsame Tour durch Buchläden, einen Roman, eine Schostakowitsch-Sinfonie, eine Kunstausstellung oder ein Theaterstück, in welcher Stadt der Welt wir uns auch immer trafen. Ihre kritische Haltung, ihre Integrität und ihre revolutionäre Entschlossenheit dienen uns allen als Inspiration, wenn wir vorwärts gehen, um die Aufgabe zu verwirklichen, der sie ihr Leben gewidmet hat: die Wiederschmiedung einer trotzkistischen Vierten Internationale und die Verwirklichung des weltweiten Kommunismus.



Spartakist

Ostberlin, 14. Januar 1990, während der beginnenden proletarisch-politschen Revolution: Susan (links) mit Spartakist-Kontingent auf Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. An der Gedenkstätte der Sozialisten, wo Rosa und Karl begraben sind, legte die SpAD am 24. Februar einen Kranz zu Ehren von Susan nieder

Europaweite Proteste...

Fortsetzung von Seite 3

„sozialverträglich" 1700 Jobs verschwinden, wie von den Bossen schon angekündigt. Außerdem fordern die Bürokraten und Betriebsräte die „Verteilung der Lasten auf alle GM-Werke". Gleichzeitig spalten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsirreführer die Arbeiter mit antiamerikanischem Chauvinismus und unterstützen ihre jeweils „eigene" Bourgeoisie mit der Verbreitung von giftigem Protektionismus: „Wir sind keine texanische Kolonie, wir sind Kompetenzzentren", so Reinhard Kuhlmann, Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes und Mitglied des Opel-Aufsichtsrates, bei der Demonstration in Rüsselsheim *(Darmstädter Echo, 25.* Januar). Die gleichen IG-Metall-Bürokraten lassen die Chrysler-Arbeiter in den USA und Lateinamerika hängen, indem sie nichts tun, die Arbeiter von Daimler hier gegen die Entlassungen in Nordamerika und Südamerika zu mobilisieren.

Auszubildende in Bochum trugen ein Banner mit der Aufschrift: „Heute Luton und Izmir, morgen wir?" Dafür sorgten Jugendliche türkischer/kurdischer Herkunft, die dort ausgebildet werden; dies ist eine konkrete Bestätigung der wichtigen Rolle der türkischen/kurdischen Immigration für den Klassenkampf hier und als eine Brücke für die Klassenkämpfe in der Türkei.

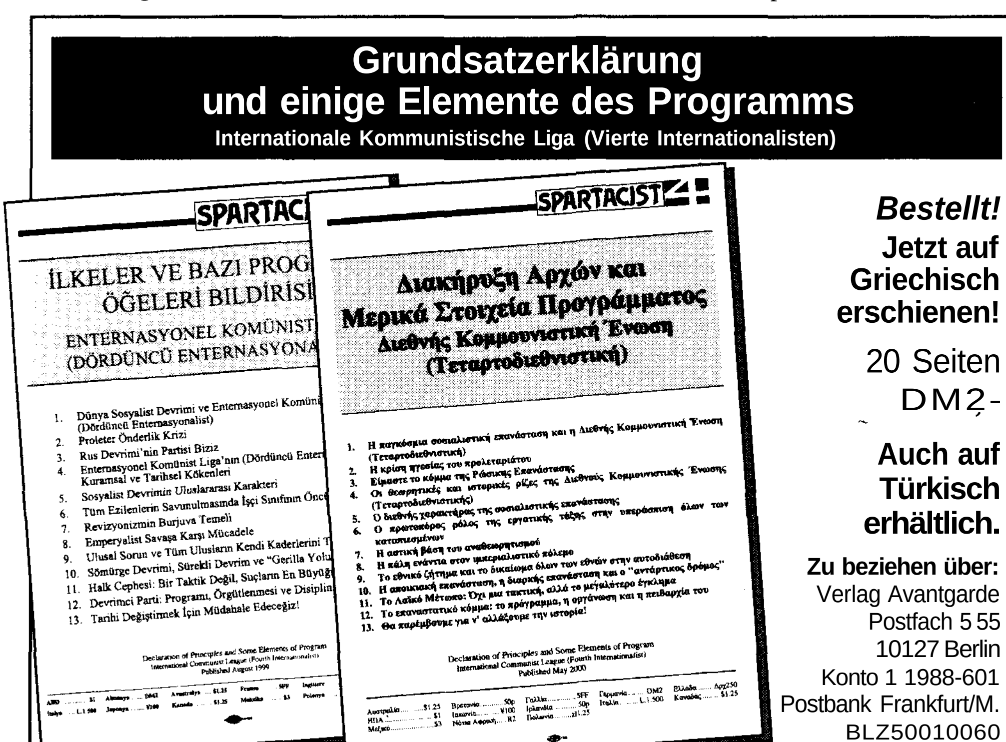
Trotz großer Wut unter den Arbeitern war die Stimmung bei den Protesten eher gedrückt, wie Verkäufer von *Spartakist* bzw. *Workers Hammer* (Zeitung der Spartacist League/Britain) bei den verschiedenen Demonstrationen berichteten. Kein Wunder, wussten die Arbeiter sich doch von ihrer eigenen Gewerkschaftsführung verraten, von der sie auch keine wirksamen Aktionen mehr erwarten. Bei Opel Bochum wurden letztes Jahr mehrere kurze Streiks gegen zunehmende Arbeitshetze und drohende Entlassungen durchgeführt. Diese Aktionen fanden zum großen Teil gegen die offizielle Gewerkschaftsführung statt, die Jobabbau und Erhöhung der Arbeitshetze absegnet und als Erfolg feiert. So wird in einer Presseerklärung der IG Metall vom 20. März der Eindruck vermittelt, dass die Zukunft der Arbeiter in Luton gesichert sei. Es heißt dort: „Den britischen Werken Luton und Ellesmere Port wird ein Kapazitätszuwachs zugesichert." Tatsächlich wird aber nur ca. der Hälfte von 3500 Arbeitern zu sehr viel schlechteren Bedingungen Arbeit in der nahe gelegenen IBC-Fabrik angeboten.

Die pseudotrotzkistische Gruppe Arbeitermacht (GAM) schreibt: „Die Belegschaften brauchen gewählte und abwählbare Aktions- und Streikkomitees zur Organisierung dieser Kämpfe und um ihre Führer und Führerinnen jederzeit kontrollieren zu können. Dazu brauchen wir eine Koordination der kämpferischen Teile in allen GM-Werken wie in der gesamten Automobilindustrie, eine internationale Basisbewegung, die nicht nur die Bürokratie kritisiert, sondern auch in der Praxis eine alternative Führung aufbaut" *(Infomail* Nr. 18,10.02.00 [sie]). Welches Programm soll diese „alternative Führung" haben? Lautes Schweigen, die GAM bietet nur eine Wunschliste von Aktivitäten: „Ein unbefristeter Streik und die Besetzung des Werkes [GM-Luton] wären jetzt notwendig" (a.a.O.).

Aber in ihrem Artikel „Angriffe auf das Gesundheitswesen - Kranke Privatisierung" *(Arbeitermacht* März/April 2001) rücken sie mit ihrem Programm heraus und raten den „Aktivisten und Aktivistinnen in den Krankenhäusern": „die Führungen der Gewerkschaften, der SPD und der PDS sowie der Sozialverbände aufzufordern, Kampfmaßnahmen vorzubereiten. So können die Führungen dieser Organisationen, die sich oft genug in ihrer Rolle als ,Vertreter des kleinen Mannes' sonnen, in der Praxis, anhand ihrer Taten (oder ihrer Untätigkeit) getestet werden." Die Arbeiter - ob bei GM oder im Gesundheitswesen - *wissen* aus ihrer eigenen Erfahrung und sind wütend darüber, wie die Gewerkschaftsführung ihre Kämpfe sabotiert. Die GAM aber fordert sie auf, gleich noch mal auszuverkaufen, um sie zu „testen"! Dies soll das Image der Sozialdemokratie aufpolieren als Kraft, die man irgendwie nach „links" drängen kann, wenn man nur genug schubst. Die GAM ist ebenso wie ihre österreichischen und britischen Schwesterorganisationen bekannt dafür, bei jeder Wahl sklavisch hinter ihrer jeweiligen Sozialdemokratie herzukriechen und zu deren Wahl aufzurufen.

Die Gewerkschaftsbürokratie ist durch und durch verwoben mit SPD und PDS. Es ist genau die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung hier - und Blairs Regierung in Britannien -, die die Angriffe auf breiter Front gegen die Arbeiterklasse führt. Die PDS führt in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt genau die gleiche Politik von Sozialraub und rassistischen Abschiebungen durch wie die SPD.

Die „alternative Führung", die die GAM propagiert, ist also nichts anderes als eine Variante des gleichen sozialdemokratischen Mülls. Die Autoindustrie ist international schon in einer Rezession. Die Kapitalistenwerden alles tun, um ihre Profite zu retten, d. h. Rationalisierungen und damit einher gehende Entlassungen durchführen. Um diese Angriffe zurückzuschlagen, ist es notwendig, mit der Sozialdemokratie und ihren Helfershelfern zu brechen! Im Kapitalismus gibt es keinen Ausweg aus dem Niedergang der Industrie, weder in England oder Deutschland noch in den USA. Um diesen Kampf erfolgreich zu führen, braucht die Arbeiterklasse eine revolutionäre Führung. Brecht mit der Sozialdemokratie, ob SPD oder PDS! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei! •



Für eine sozialistische Föderation des Balkans!

Balkan-Verstrickungen

26. März - Weniger als zwei Jahre nach dem von den USA angeführten NATO-Angriff gegen Serbien droht das Pulverfass Balkan den Imperialisten um die Ohren zu fliegen. Nachdem sie den Kampf der ethnisch albanischen Kosovo-Befreiungsarmee (UCK) als Vorwand für ihren Krieg um die Vorherrschaft gegen das ehemalige serbische Regime von Slobodan Milosevic benutzt hatten, stellen die Imperialisten jetzt fest, dass die UCK die Region in einen neuen interkommunalistischen Konflikt treibt. „Westen alarmiert über wieder zunehmende Kriegshandlungen auf dem Balkan" lautete eine Schlagzeile der *New York Times* (17. März).



Laszlo Balogh/Reuters

US/Bundeswehr/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan!

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, die als Sprungbrett für den Krieg der NATO gegen Serbien diente, ist in einen potenziellen Bürgerkrieg mit der Nationalen Befreiungsarmee verwickelt, die sich angeblich von den Guerillas des Kosovo unterscheidet, deren albanische Initialen aber ebenfalls UCK sind. Am 21. März rückten inmitten heftiger Kämpfe zwischen mazedonischen Truppen und UCK-Guerillas ein deutscher Panzerverband

WORKERS VANGUARD

der KFOR (Kosovo-Besatzungsmacht) und 1000 Soldaten in die Stadt Tetovo ein. Anfang dieses Monats war eine von den USA geführte KFOR-Einheit in ein Feuergefecht mit UCK-Kommandos an der Grenze zum Kosovo verwickelt. Als Antwort auf europäische Forderungen nach „robusterem" Vorgehen gegen die albanischen Separatisten verspricht Außenminister Colin Powell jetzt, die „militärischen Fähigkeiten" des mazedonischen Regimes zu stärken und dessen „Bestrebungen zur Aufrechterhaltung eines demokratischen, multiethnischen Staates" zu unterstützen. Angesichts bedeutender mazedonisch-slawischer und albanischer Minderheiten in Griechenland und des Auftretens der Türkei als Beschützer der muslimischen Völker des Balkans könnten die Bestrebungen der UCK nach einem Großalbanien leicht diese historischen Feinde - und NATO-Partner - in einen voll entwickelten Krieg hineinziehen.

In Bosnien, das noch immer von einer Streitmacht von mehr als 20000 Mann unter der Oberaufsicht der Vereinten Nationen besetzt ist, droht die nationalistische Kroatische Demokratische Union sich abzuspalten und das „multiethnische, demokratische" Kartenhaus, das 1995 durch das von den USA aufgezwungene Dayton-Abkommen errichtet wurde, zum Einsturz zu bringen, wobei das Gespenst neuerlicher ethnischer Massaker zwischen bosnischen Muslimen, Kroaten und Serben wieder belebt würde.

Serbien, das nach Milosevics Absetzung im letzten Herbst von den Herren von der Wall Street, Frankfurt und der City of London zur „Demokratie" gesalbt wurde, ist verärgert über wiederholte Überfälle eines lokalen UCK-Ablegers auf die von den Imperialisten eingerichtete „Bodensicherheits"zone entlang seiner sü(jiicnen Grenze mit dem Kosovo. Die NATO hat jetzt serbische Militärstreitkräfte aufgefordert, in dieses Gebiet wieder einzurücken.

Während opportunistische Linke sich vor zwei Jahren ihren jeweiligen kapitalistischen Regierungen anschlössen und die Kriegstrommel für das „arme kleine Kosovo" rührten, kämpfte die Internationale Kommunistische Liga für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten durch Arbeiterrevolution und für die militärische Verteidigung Serbiens. Dieser Krieg hatte nichts mit der Verteidigung der Kosovo-Albaner zu tun. Sein Ziel war von Anfang an, die Herrschaft der USA in Europa geltend zu machen und lang gehegte Pläne zur Errichtung einer bedeutenden NATO-Militärpräsenz in Serbien zu verwirklichen. Wir geißelten den Raub„frieden", der von den blutigsten Massenmördern der Welt diktiert wurde, die mehr Zerstörung über Jugoslawien gebracht haben als Hitlers Nazis im Zweiten Weltkrieg, und erklärten:

> „Dieser Sieg der Imperialisten ist nicht nur ein Schlag gegen die Bevölkerung Serbiens und des ganzen Balkans, sondern auch gegen die arbeitenden Menschen und Unterdrückten auf der ganzen Welt. Er unterwirft die Kosovaren - Serben, Roma und Albaner gleichermaßen

Fortgesetzt auf Seite 8

Balkan...

Fortsetzung von Seite 7

- direkt dem Joch des Imperialismus und verstärkt damit den nationalen Hass in der Region... Gleichzeitig wird die imperialistische Besetzung des Balkans die Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten verschärfen und damit den Drang zu einem zukünftigen, noch blutigeren Krieg zwischen den Imperialisten beschleunigen." *(Spartakist* Nr. 136, Sommer 1999)

Kosovo wurde in ein NATO-Protektorat verwandelt, aufgeteilt in britische, französische, deutsche, italienische und amerikanische Besatzungszonen unter der Oberherrschaft der USA, die die Führungsrolle in der NATO innehaben. Hinter der scheinbaren Freundschaft zwischen den imperialistischen Besatzern verbergen sich äußerst unterschiedliche Interessen. Deutschland will wieder Ansprüche auf seine traditionelle Einflusssphäre, insbesondere im nördlichen Balkan, geltend machen; die D-Mark ist jetzt im Kosovo und in anderen Gegenden auf dem Balkan die Hauptwährung. Britanniens Ambitionen wurden anschaulich vorgeführt durch die bizarre Zeremonie, die vergangene Woche im Londoner Claridge's Hotel veranstaltet wurde, als Kronprinz Alexander in der Suite, in der er 1945 zur Welt kam, die serbische Staatsbürgerschaft verliehen wurde, ein Vorspiel zur Wiedereinführung der Monarchie. Diese Suite war am Tag seiner Geburt zu „jugoslawischem Territorium" erklärt worden, um seinen Anspruch auf den (abgeschafften) serbischen Thron sicherzustellen! Auch Frankreichs Begierden sind historisch auf Serbien gerichtet, wie die Italiens auf Albanien, und Russland ist zu seiner vorrevolutionären Gebärde als „großer Bruder" der slawischen Völker zurückgekehrt.

Das erneute Aufflammen der Feindseligkeiten auf dem Balkan fällt zusammen mit einer offen zur Schau getragenen zunehmend kriegslüsternen Außenpolitik der USA. Die pauschale Ausweisung von mehr als 50 russischen Diplomaten in der vergangenen Woche ist die größte Provokation dieser Art seit dem Höhepunkt der Kalten-Kriegs-Offensive gegen die Sowjetunion durch die Reagan-Administration in den 80er-Jahren. Gleichzeitig empfing die Bush-Regierung demonstrativ einen Vertreter der tschetschenischen Separatisten, die von Russland brutal als „Terroristen" unterdrückt werden.

Auch zwischen Washington und seinen westeuropäischen „Alliierten" haben sich die Spannungen verschärft. Heute lautet eine Schlagzeile der *New York Times:* „Europa und Bush: Frühe Sturmwolken ziehen auf". Die Europäer sind gegen amerikanische Pläne für ein „Krieg-der-Sterne"-Raketenabwehrsystem, und die USA prangern europäische Pläne an, eine „Schnelle Eingreiftruppe" als Gegengewicht zur NATO aufzubauen. Als Widerspiegelung seiner eigenen imperialistischen Appetite im ölreichen Nahen Osten sprach sich kürzlich Frankreich, wie auch Russland, offen gegen das von den USA diktierte UN-Embargo gegen Irak aus. Innerhalb der Europäischen Union dient so gut wie alles von Asylsuchenden bis zum kürzlichen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche als Vorwand zur Verschärfung von Grenzkontrollen und Verbreitung von nationalem Chauvinismus. Und derartige Spannungen zwischen den kapitalistischen Großmächten können sich durch das Aufkommen einer internationalen Rezession nur noch erhöhen.

Washingtons Hauptangriffsziel ist der bürokratisch deformierte Arbeiterstaat China. Der Londoner *Guardian* (24. März) berichtet von einer jüngsten Neuorientierung der Politik durch Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, worin China als „die wichtigste Bedrohung für globale amerikanische Vorherrschaft" dargestellt wird, und schreibt über „Washingtons Entscheidung, einen größeren Teil seiner Geschütze und Raketen gegen China zu richten". Die Bush-Regierung spricht davon, Taiwan Zerstörer mit fortgeschrittenen Aegis-Radarsystemen zu liefern, während sie ihre „Krieg-der-Sterne"-Raketenabwehrpläne mit aller Kraft vorantreibt, die vor allem darauf abzielen, Chinas Atomarsenal auszuschalten. Eine vom Imperialismus unterstützte Konterrevolution, die die verbliebenen Errungenschaften der Revolution von 1949 zerstören würde, würde für die Arbeiter und Armen Chinas ungeheueres Elend bedeuten und einen potenziell verheerenden Konkurrenzkampf zwischen den USA und Japan über die Beute auslösen. Es liegt im unmittelbaren Interesse des internationalen Proletariats - insbesondere der Arbeiter und Minderheiten in den USA -, für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen imperialistischen Angriff und innere Konterrevolution zu kämpfen.

Konterrevolution entfacht nationalistische Kriege

Als Folge der Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 sind die Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Großmächten immer stärker hervorgetreten. Wir haben öfter angemerkt, dass nach der kapitalistischen Konterrevolution im Land der bolschewistischen Revolution von 1917 die Grundzüge der internationalen politischen Lage zunehmend denen vor dem ersten interimperialistischen Weltkrieg von 1914-18 ähneln. Dass der winzige Staat Mazedonien heute im internationalen Rampenlicht steht, ist in dieser Hinsicht sehr aufschlussreich.

Britanniens Lord Owen, ehemals Labour-Party-Führer, verlangte kürzlich ein „zeitgemäßes Gegenstück zum Berliner Kongress von 1878 mit im voraus vereinbarten Grenzänderungen, die von den Großmächten gebilligt werden" *(New York Times, 25.* März). Jener Kongress schuf die Kleinstaaten, aus denen die Balkanhalbinsel am Vorabend des Ersten Weltkriegs bestand; voneinander getrennt durch künstlich gezogene Grenzen, die viele Völkerschaften der Region zerteilten, wie es den Großmächten - hauptsächlich Britannien, dem zaristischen Russland, Bismarcks Deutschland und dem Habsburger Österreich - passte. Dieser Zeitraum markiert den Aufstieg der modernen imperialistischen Epoche, die der bolschewistische Führer W.I. Lenin später als „das höchste Stadium des Kapitalismus" bezeichnete, gekennzeichnet durch eine wachsende Monopolisierung, durch die Herrschaft des Banken- und Finanzkapitals über die Industrie und das Gerangel einer Hand voll großer kapitalistischer Länder, um sich gegenseitig Kolonien, Märkte und Ausbeutungssphären abzuringen. Der Balkan war einer der Hauptschauplätze dieser konkurrierenden imperialistischen Gelüste.

Der unmittelbare Auslöser der Balkankriege 1912/13 war ein Aufstand der Kosovo-Albaner, deren Einnahme Skopjes, der heutigen Hauptstadt Mazedoniens, den Zentralbalkan destabilisierte. Während die osmanische Türkei sich auflöste und Österreich vordrang, führten die Balkan-Kleinstaaten gegen die Türkei - und dann gegeneinander - Kriege in wahnwitziger Raserei nach Landbesitz. Mazedonien wurde zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland aufgeteilt. Das war ein Vorspiel zum Ersten Weltkrieg, der durch das Attentat eines serbischen Nationalisten auf einen österreichischen Erzherzog ausgelöst wurde.

Der einzige Zeitraum, in dem die nationalistischen Feindseligkeiten in dieser Region zurückgingen, war während des Bestehens der multinationalen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging durch den Sieg von Josip Broz Titos kommunistischen Partisanen über die Besatzung der Nazi-Wehrmacht sowie über die kroatischen faschistischen Usta-

schi und die serbischen royalistischen Tschetniks. Aber der Sieg von Titos Stalinisten endete mit der Errichtung eines von Anfang an bürokratisch deformierten Arbeiterstaates, in dem der Arbeiterklasse die politische Macht vorenthalten wurde. Die jugoslawische Verfassung von 1945 garantierte allen südslawischen Völkern formale Gleichheit, und die relative nationale Harmonie, die unter proletarischer Staatsmacht und kollektivierter Wirtschaft erlangt wurde, steht in starkem Kontrast zu dem kommunalistischen Blutvergießen des letzten Jahrzehnts. Aber bürokratische Missherrschaft und die nationalistischen Deformationen, die im stalinistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Land" angelegt sind, standen einer dauerhaften, gerechten Lösung der nationalen Frage im Weg.

Eine sozialistische Föderation des Balkans hätte sich notwendigerweise auf Rumänien, Bulgarien, Albanien und Griechenland mit seinen bedeutenden mazedonischen und albanischen Minderheiten ausdehnen müssen. Stalin, der darauf aus war, seine Kriegsallianz mit dem britischen Imperialismus nach 1945 aufrechtzuerhalten, ließ zu, dass die griechischen Kommunisten vom britischen Imperialismus und der einheimischen Reaktion im Bürgerkrieg zerschlagen wurden, was die fortgesetzte Herrschaft der chauvinistischen griechischen Bourgeoisie sicherstellte. Schließlich setzte Titos Bruch mit Stalin 1948 den Plänen einer Föderation Jugoslawiens mit Bulgarien und Rumänien, die moskautreue Regime hatten, ein Ende.

Unter zentraler Planung wurden wirtschaftliche Unterschiede zwischen rückständigen Regionen und industrialisierteren Gegenden, wie Slowenien und Kroatien, etwas abgemildert durch die bevorzugte Zuweisung von Investitionen und anderen Ressourcen. Titos Einführung des ..Marktsozialismus" in den 60er-Jahren verstärkte regionale Ungleichheiten und gab einem wiederauflebenden Nationalismus Nahrung, wodurch einem Auseinanderbrechen der stalinistischen Bürokratie nach Titos Tod 1980 der Weg bereitet wurde. In unserem Artikel „The National Question in Yugoslavia" [Die nationale Frage in Jugoslawien] *(Workers Vanguard* Nr. 106 und 110, 23. April und 21. Mai 1976) warnten wir: „Die Bedingungen für einen blutigen Bürgerkrieg in Jugoslawien häufen sich an - ein Bürgerkrieg, der angesichts der regionalen wirtschaftlichen Unterschiede möglicherweise unter dem Deckmantel eines nationalen Befreiungskampfes' stattfindet."

Genau das geschah, als der Stalinismus in Osteuropa und der Sowjetunion zusammenbrach. Slowenien und Kroatien spalteten sich von der jugoslawischen Föderation ab und restaurierten 1991 den Kapitalismus, wodurch sie einen ethnischen Bürgerkrieg zwischen Serben und Kroaten auslösten, der den deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien zerstörte. Das hatte der deutsche Imperialismus kurz nach seiner konterrevolutionären Annexion der DDR angezettelt. Dann setzte Washington Bosnien unter Druck, seine Unabhängigkeit zu erklären, und zettelte dadurch ein noch blutigeres interkommunalistisches Gemetzel an. Während die Imperialisten (und ihre „linken" Schoßhündchen) Milosevics Serbien wegen „ethnischer Säuberungen" geißelten, bestand der größte einzelne Akt „ethnischer Säuberungen" während der jüngsten Balkankriege in der Vertreibung von etwa 200000 Serben aus der Krajina-Region von Kroatien 1995 - eine Greueltat, begangen im Zusammenspiel mit den USA.

Bis jetzt war Mazedonien relativ immun gegen nationalistischen Brudermord und wurde von den imperialistischen Medien für sein prowestliches „multiethnisches" Regime gelobt, zu dem auch die Demokratische Partei für Albaner gehört. In Wirklichkeit stehen an der Spitze der gegenwärtigen Koalitionsregierung, die 1998 die exstalinistische Sozialdemokratische Allianz abgelöst hat, extremistische mazedonische Nationalisten, deren Namensvetter, die Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation, in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg ein Werkzeug der äußersten Rechten Bulgariens war. Ethnische Albaner stellen wenigstens ein Viertel bis zu einem Drittel der Bevölkerung - die genaue Anzahl selbst ist Gegenstand politischer Auseinandersetzung, wobei die jüngsten Kämpfe gerade vor einer geplanten Volkszählung im April ausbrachen -, sind aber größtenteils von Regierungsposten, der Polizei und der Armee ausgeschlossen. Die Verwendung der albanischen Sprache ist weitgehend eingeschränkt, und das Regime unterdrückte eine albanischsprachige Universität, die vor ein paar Jahren in Tetovo errichtet worden war. Der Zustrom von etwa 200000 albanischen Flüchtlingen aus dem Kosovo, viele von ihnen auf der Flucht vor den NATO-Bomben, rief heftigen Widerstand hervor.

Die mazedonische UCK behauptet, nicht für die Lostrennung zu kämpfen. In Wirklichkeit strebt die UCK schon lange ein „Großalbanien" an, das auch Teile Nordwestgriechenlands einschließt. Und Griechenland hat es seit langem auf Mazedonien abgesehen. Als Mazedonien 1992 seine Unabhängigkeit erklärte, forderte die griechische

Fortgesetzt auf Seite 10



Fotos: AFP

Brodelnder Hexenkessel Balkan: Mazedonische Polizei feuert auf Stellungen albanischer Separatisten vor Tetovo (oben). Albanische Einheit auf einem Marsch entlang serbischer Grenze

Balkan...

Fortsetzung von Seite 9

Bourgeoisie, das Land solle sich nach seiner Hauptstadt Skopje nennen, und schrie: „Mazedonien ist Griechenland!" Für einen möglichen Einmarsch wurden Truppen mobil gemacht und es wurde ein drei Jahre dauerndes Wirtschaftsembargo verhängt. Die Feindschaft der Bourgeoisie gegenüber den in Griechenland lebenden Mazedoniern, denen die Rechte auf ihre eigene Sprache vorenthalten werden und die systematischer Diskriminierung ausgesetzt sind, wird noch durch die Tatsache angeheizt, dass sie in den kommunistisch geführten Streitkräften im griechischen Bürgerkrieg eine überproportionale Rolle gespielt hatten.

In „The National Question in Yugoslavia" schrieben wir:

> „Marxisten sollten selbstverständlich das Recht des albanischen Volkes im Kosovo und in Westmazedonien auf Vereinigung mit Albanien anerkennen. Die Grenze in dieser Region wurde durch militärische Eroberungen der serbischen Bourgeoisie 1913 festgelegt und spiegelt in keiner Weise die nationalen Grenzen Albaniens wider."

Unsere Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Albaner in Kosovo, Mazedonien und Griechenland bedeutet auf gar keinen Fall eine politische Unterstützung für den reaktionären Nationalismus der UCK, die gezeigt hat, dass sie genauso zu blutigen „ethnischen Säuberungen" fähig ist wie die serbischen Chauvinisten. Unter dem Schutz ihrer imperialistischen NATO-Schirmherren hat die UCK Zehntausende Serben und Roma durch pogromartige Massaker aus ihren Wohnorten vertrieben, wobei sie erst kürzlich im Februar einen Bus mit serbischen Zivilisten bombardierte.

Darüber hinaus war die Frage der albanischen Selbstbestimmung während des Krieges von 1999 der militärischen Verteidigung Serbiens gegen die US/NATO-Streitkräfte untergeordnet, was ebenfalls kein Quäntchen politischer Unterstützung für das serbisch-chauvinistische Milosevic-Regime in Belgrad beinhaltete. Jetzt, wo das Kosovo ein NATO-Protektorat ist, kann es keinen unabhängigen Kampf für nationale Rechte der ethnischen Albaner oder irgendeiner anderen nationalen Minderheit in der Region geben, wenn dieser nicht zuallererst danach trachtet, die imperialistischen „Friedenstruppen" hinauszuwerfen. Gleichzeitig erklärten wir in unserem Artikel am Ende des Krieges: „Es kann gut sein, dass sich die Frage der militärischen Verteidigung der Kosovo-Separatisten gegen US/NATO-Kräfte stellt, falls es zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt, wenn die imperialistischen Besatzungstruppen darangehen, die UCK zu entwaffnen."



AP

US/NATO-Bombenangriff vom April 1999 auf Flüchtlingskonvoi im Kosovo tötete 82 Albaner

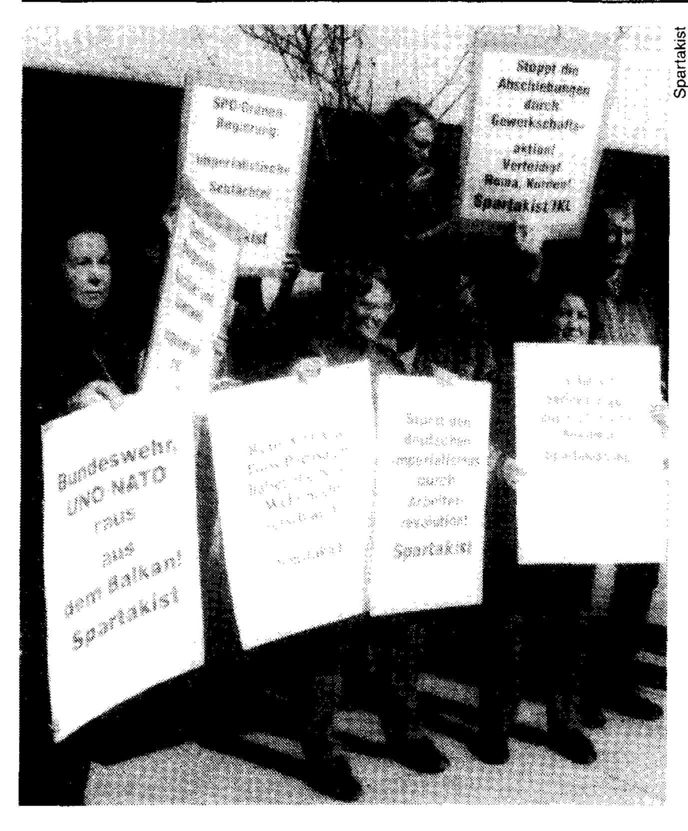
Die PDS, die zweite sozialdemokratische Partei in Deutschland, die während des NATO-Krieges gegen Serbien in Opposition zur *US-gefiihrten* NATO, die Intervention der UNO und der stärker von Deutschland dominierten OSZE forderte, ist jetzt um den Erhalt Mazedoniens in seinen gegenwärtigen Grenzen besorgt. Die PDS-Vorsitzende Zimmer spricht von „albanischen Extremisten" und von dem „fortgesetzten Terror der UCK im Kosovo und nunmehr auch gegen Mazedonien" und fordert die Durchsetzung der UN-Resolution 1244 zur Entwaffung der UCK: „Dazu gehört sowohl die längst fällige vollständige Entwaffnung der UCK und ihrer gegen Mazedonien und Südserbien operierenden Extremisten als auch die wirksame Sicherung der Grenzen zwischen Kosovo, Mazedonien sowie den südserbischen Provinzen. Dazu gehört auch die konsequente Unterbindung jeglichen Waffennachschubs" *(PDS-Pressemeldung,* 21. März). Das heißt, direkt die Bundeswehr aufzufordern die militärische Kontrolle über den Kosovo effektiver zu machen und Mazedonien zu schützen. Damit ist sich die PDS durchaus einig mit Außenminister Fischer, der am 18. März erklärte: „Die Bundesregierung verurteilt diese Versuche, die territoriale Integrität Mazedoniens zu untergraben und politische Forderungen mit terroristischen Methoden durchzusetzen, aufs schärfste."

Die PDS bringt hier die Interessen des deutschen Imperialismus zum Ausdruck, der versucht sich vorsichtig der Dominanz des US-Imperialismus zu widersetzen und seine eigene Vormacht zu etablieren. Der Aufbau der Europäischen Sicherheitstruppe ist ein Schritt, die militärische Vormacht der USA einzudämmen. Die PDS appelliert an den deutschen Imperialismus, eine „politische Lösung" für den Balkan zu suchen. Eben dieser deutsche Imperialismus war aber verantwortlich für das Zerbrechen des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien durch die Anerkennung Sloweniens and Kroatiens und löste damit die nationalistischen Metzeleien aus. Wir kämpfen für eine sozialistische Föderation des Balkans durch proletarische Revolutionen gegen alle kapitalistischen Regime der Region. *Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Alle US/Bundeswehr/-UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan, jetzt!*

Pseudolinke verkaufen imperialistische Lügen

In seinem Artikel „Die Balkanfrage und die Sozialdemokratie" von 1910 schrieb Trotzki, der während der Balkankriege in der Region als Journalist arbeitete: „Die sozialdemokratischen Parteien Bulgariens und Serbiens, die reifsten Vertreterinnen der Arbeiterbewegung auf dem Balkan, führen unermüdlich einen Kampf an zwei Fronten: gegen ihre eigenen dynastisch-chauvinistischen Cliquen und gegen die imperialistischen Pläne des Zarismus und des Europas der Börsen" *(Die Balkankriege 1912-13).* Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges bildeten die serbischen Sozialdemokraten und die bulgarischen „Engsozialisten" (Tesnjaki) gemeinsam mit Lenins Bolschewiki eine harte proletarisch-internationalistische Opposition gegen das imperialistische Gemetzel. Lenins prinzipienfeste Haltung 1914 war die Voraussetzung für den Sieg der von den Bolschewiki geführten Arbeiterrevolution von 1917, die dem Proletariat weltweit den Weg aus dem imperialistischen Krieg aufzeigte.

Im Mai 1919 konstituierten sich die Tesnjaki als die Kommunistische Partei Bulgariens. Wie Joseph Rothschild in seinem Buch *The Communist Party of Bulgaria: O gins and Development 1883-1936* (1959) [Die Kommunistische Partei



Spartakist



Harcourt Brace Jovanovich

Führung von Titos KP-Partisanen setzte sich zusammen aus den vielen Nationalitäten, aus denen Jugoslawien bestand. Tito (Mitte), selber aus Kroatien, zusammen mit slowenischen, serbischen und montenegrinischen Kommunisten. Links: Protest der SpAD am 25. März 1999 in Berlin gegen den imperialistischen Angriff auf Serbien. Mittleres Plakat erinnert: „Rote Armee und Titos Partisanen haben die Nazi-Wehrmacht zerschlagen!"

Bulgariens: Ursprünge und Entwicklung 1883-1936] bemerkte, trat mit ihnen eine Partei in die neue Kommunistische Internationale ein, die ganz aus demselben Holz wie die Bolschewik! geschnitzt war, die „einzige Massenpartei, neben der bolschewistischen, von wahrhaft russischem' Charakter". Auf ihrem Gründungskongress erklärte die bulgarische Partei, dass die Unabhängigkeit der Balkanvölker nur durch die Errichtung einer Balkanföderation sozialistischer Sowjetrepubliken sichergestellt werden könne.

Der gegenwärtige Haufen vorgeblicher „Marxisten" und ..Trotzkisten" steht nicht in der Tradition der Bolschewik! und der bulgarischen „Engsozialisten", sondern der deutschen Sozialdemokratie, die - von Lenin als „sozialimperialistisch" gebranntmarkt - für die imperialistischen Kriegskredite stimmte und die Arbeiter als Kanonenfutter für die kapitalistischen Herrscher mobilisierte. Die reformistischen und zentristischen „Sozialisten" - von den Cliff-Anhängern der Socialist Workers Party (SWP) in Britannien [in Deutschland Linksruck] und der International Socialist Organization (ISO) in den USA bis zum Vereinigten Sekretariat (VS) von Alain Krivine und der britischen Gruppe Workers Power (WP) [in Deutschland Gruppe Arbeitermacht] - unterstützten 1999 Kriegsziele und -propaganda der imperialistischen Herrscher, während sie gegen die NATO-Bombardierung wetterten. Der einzige Unterschied zwischen ihnen bestand darin, welcher der verschiedenen imperialistischen Kräfte sie hinterherliefen - den ausgesprochen NATO-freundlichen Regierungen von Clinton und Blair oder den französischen Sozialisten und britischen Labour-„Linken" usw.

Unter der Wucht eines größeren Krieges in Europa, in den die imperialistischen Mächte verwickelt waren, bot sich uns das Schauspiel ehemaliger „Revolutionäre" und „Antiimperialisten", die sich an Kundgebungen für den NATO-Krieg beteiligten. In der Tat waren es die Liberalen und PseudoSozialisten, die am lautesten und nachdrücklichsten die Lüge verbreiteten, dass es hier um das Elend der Kosovo-Albaner gehe. Ihr ideologischer Kniefall vor den kapitalistischen Herrschern in der Frage des Kosovo spiegelt ihre jahrelange Unterstützung für den westlichen Imperialismus gegen die Sowjetunion im Namen von „Demokratie" und „Menschenrechten" wider. Sie lassen sich nicht von den Interessen des internationalen Proletariats leiten, sondern von der bürgerlichen „öffentlichen Meinung". Inmitten allseitiger „ethnischer Säuberungen" stellten sich die Pseudolinken immer hinter diejenige Nationalität, die gerade vom westlichen Imperialismus bevorzugt wurde - und immer gegen die Hauptplage der NATO, Milosevics Serbien.

Als die USA und Britannien 1993 das bosnisch-muslimische Regime förderten, schloss sich WP pflichtschuldigst an: „Solidarität mit den bosnischen Muslimen!" WP beteiligte sich zusammen mit dem VS an einer Kampagne für „Workers Aid for Bo nia" [Arbeiterhilfe für Bosnien], die offen mit den imperialistischen „Friedenstruppen" zusammenarbeitete und sich ganz unverblümt weigerte, die bosnischen Serben gegen die NATO-Bombardierung zu verteidigen, mit der Position: „Die strategischen Ziele jeder Seite sind reaktionär" (Erklärung vom 5. September 1995). Die ISO ihrerseits gab vor, gegen die imperialistische Intervention in Serbien zu sein, kritisierte aber die Imperialisten dafür, nicht genug für den Sturz von Milosevic getan zu haben, und schrieb: „Die Oppositionsparteien haben den Westen aufgefordert, eine harte Haltung einzunehmen, aber sie wurden enttäuscht" *(Socialist Worker, 6.* Dezember 1996).

Als sich 1999 die Aufmerksamkeit des Westens dem Kosovo zuwandte, schlössen sich die NATO-„Sozialisten" an, bestärkt durch die Tatsache, dass die sozialdemokratischen Parteien, die sie unterstützt hatten, jetzt in vielen Ländern Westeuropas an der Macht waren. Sie erhoben ein Geschrei nach „Unabhängigkeit für Kosovo" und setzten sich für die UCK ein, die sich damit *brüstete,* Ziele für die NATO-Bombeneinsätze auszukundschaften. In einer Erklärung, die bei einer öffentlichen Versammlung in London am 30. März 1999 verteilt wurde, behauptete WP, „die Selbstverteidigung der serbischen Streitkräfte gegen NATO-Angriffe zu unterstützen", aber „nicht in Kosova, das zu besetzen sie kein Recht haben"- d. h. *nicht* auf dem Hauptkriegsschauplatz. Im Schlepptau von Blairs Labour Party, die im Krieg gegen Serbien die aggressivste Regierung stellte, war WP tatsächlich einer der stärksten Propagandisten für die NATO-Marionette UCK und marschierte auf einer

Fortgesetzt auf Seite 12

Balkan...

Fortsetzung von Seite 11

Demonstration für „Workers Aid for Kosova" [Arbeiterhilfe für Kosova] in London neben NATO-Fahnen und war Mitveranstalter einer öffentlichen Veranstaltung in London, deren Hauptredner ein fanatischer NATO-Unterstützer und albanischer Nationalist war.

Auf der anderen Seite des Kanals gab die französische VS-Gruppe, die Ligue communiste révolutionnaire, den antiamerikanischen Nationalismus der französischen Bourgeoisie wider und warb für die UNO oder OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) als Alternative zur NATO. Daniel Bensaïd, ein prominenter französischer VS-Führer, war Mitunterzeichner einer Erklärung, die eine „multinationale Polizeitruppe" im Kosovo „unter der Schirmherrschaft der OSZE" forderte, „um ein Übergangsabkommen durchzusetzen" *(Rouge,* 1. April 1999). Während die britische SWP in einer „Antikriegs"koalition mit Tony Benn, dem antiamerikanischen Labour-„Linken" der Marke „Little England", untergetaucht war, unterschrieb SWP-Sprecher Alex Callinicos ebenfalls den Pro-OSZE-Aufruf. Und während die SWP gegenüber dem Labourismus von Benn kapitulierte, beugte sich die amerikanische ISO dem vorherrschenden Druck des „Menschenrechtsimperialismus". Mit ihrem idiotischen Wehklagen: „NATO-Bomben bringen keinen Frieden", argumentierte die ISO für Selbstbestimmung des Kosovo und wiederholte mit der Bitte um „Geld für Flüchtlinge, nicht für Krieg!" *(Socialist Worker,* 7. Mai 1999) die Lüge, es gehe hier um das Elend der albanischen Flüchtlinge.

„Albanische Befreiung" gegen „Serbische Revolution"

Nachdem sie den vom Imperialismus unterstützten albanischen Nationalisten im Kosovo hinterhergelaufen waren, fanden sich dieselben Gruppen bald im Schlepptau des vom Imperialismus unterstützten serbischen Chauvinisten Vojislav Ko tunica wieder, und zwar in der so genannten „Serbischen Revolution", die Milosevic entmachtete und die, wie wir damals in einer Schlagzeile bemerkten, „Made in USA, Germany" war *(Spartakist-Extra,* 6. November 2000). In einer Veröffentlichung auf ihrer Internetseite vom 10. Oktober 2000 begeisterte sich WP über „eine gewaltige populäre Revolution" und erklärte albernerweise, Ko tunica „hat sich nicht als offenes Werkzeug der NATO angeboten". Die *International Socialist Review* (Dezember 2000/Januar 2001) der ISO, dazu gezwungen, die wohl dokumentierten Verbindungen der Opposition gegen Milosevic zum westlichen Imperialismus anzuerkennen, kommt dennoch zu dem Schluss, sie seien „weder die Ursache noch die treibende Kraft der Revolte". Und der britische *Socialist Worker* (24. März) erklärt sogar jetzt noch: „Hunderttausende Menschen in Serbien gingen auf die Straße und brachten das Milosevic-Regime zu Fall, nicht dank der NATO."

Sicherlich, Kostunica warf sich der NATO nicht offen in die Arme. Wenn es überhaupt einen Unterschied gibt, dann ist Ko tunica ein noch fanatischerer Chauvinist als Milosevic. Er inszenierte 1998 im Kosovo einen Fototermin mit serbisch-chauvinistischen paramilitärischen Mördern und unterstützte die extrem nationalistische Partei von Radovan Karadzi bei den bosnischen Wahlen vom letzten November. Aber Kostunicas Wahlsieg war gekauft und bezahlt von den USA und anderen NATO-Mächten, insbesondere Deutschland, die die Oppositionsparteien offen finanzierten und berieten sowie die Bevölkerung mit der Drohung von fortgesetzten Wirtschaftssanktionen erpressten, wenn sie nicht entsprechend wählen würde. Einer der Hauptempfänger imperialistischer Freigiebigkeit war die Studentengruppe Otpor - ein Liebling der westlichen Linken -, deren allgegenwärtige Plakate mit der geballten Faust und Aufkleber mit „Gotov Je" (Er ist am Ende) von den USA bezahlt wurden.

Nachdem Milosevic abgesetzt war, bemerkte die *New York Times* (19. März): „Die Bush-Regierung und die NATO haben sich besonders angestrengt, die Guerillas in den Hügeln von Mazedonien als ‚albanische Extremisten' darzustellen, ein ganz anderes Bild als das von den Kosovoalbanern 1999, die als verfolgte Minderheit Hilfe benötigen." Jetzt, wo die UCK von ihren imperialistischen Schirmherren fallen gelassen wird, befinden sich die Opportunisten in einem Dilemma. Als Widerspiegelung der härteren Haltung der europäischen Regierungen gegenüber der UCK schreibt der britische *Socialist Worker* (10. März): „Diese albanischen Guerillaaktionen durften sich zum Teil deshalb entwickeln, weil sie in Zonen operieren, für die die USA verantwortlich sind." Indessen neigt der amerikanische *Socialist Worker* (16. März) zu einer etwas anderen Auffassung: „Die NATO plant sogar, die serbisch geführte jugoslawische Armee in eine 5-Kilometer-Pufferzone an der Grenze zum Kosovo einrücken zu lassen, damit sie dieselben albanischen Guerillas angreift, die von den USA im Krieg von 1999 unterstützt wurden."

Opportunismus ist national definiert. Nach dem Krieg warfen sich ISO und SWP gegenseitig Kapitulation vor, was den kürzlichen offenen Bruch zwischen diesen beiden Gruppen schon andeutete. Laut eines Dokuments von Callinicos, das die Spaltung rechtfertigte, wurde die SWP von der ISO dafür angegriffen, dass sie „Illusionen in die Vereinten Nationen als Alternative zur NATO" nicht angeprangert und die Frage der Selbstbestimmung des Kosovo ignoriert habe („The Anti-Capitalist Movement and the Revolutionary Left" [Die antikapitalistische Bewegung und die revolutionäre Linke], 7. März).

Wenn sich die Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Großmächten verschärfen, können sich nationale Unterschiede bei opportunistischen Gelüsten auch nur verschärfen. Denn der gemeinsame Ausgangspunkt für Reformisten und Zentristen ist ihre totale Unterwürfigkeit gegenüber ihren „eigenen" Herrschern, die im Allgemeinen gegenüber der jeweiligen sozialdemokratischen Arbeiterbürokratie zum Ausdruck kommt. Ihre Rolle als Trommler für den Imperialismus auf dem Balkan deutet eine noch größere Kapitulation an beim unausweichlichen Ausbruch eines neuen interimperialistischen Krieges - unausweichlich, wenn das Proletariat nicht vorher die Macht ergreift.

In einer Schrift von 1908 griff Trotzki die russischen Liberalen scharf an, die die zaristische Autokratie aufforderten, auf dem Balkan zu intervenieren:

> *„Polen und Ukrainer, Großrussen und Juden, Armenier und Georgier, Slawen und Nichtslawen - wir alle waten bis zu den Knien im Blut, das täglich von der Autokraten-Bande vergossen wird. Und da fordern die Liberalen, dass diese Regierung, die verbrecherischste von allen, die Serben aus den Klauen Österreichs befreien solle...*
> *Den besten Dienst werden wir den bosnischen Serben, wie überhaupt allen unterdrückten Völkern, erweisen, wenn wir Nikolai U. die Krone vom Haupt reißen. "*

Trotzkis revolutionäre internationalistische Politik brachte ihn dazu, sich 1917 Lenins Bolschewiki anzuschließen und die Oktoberrevolution zu organisieren. Und wir Kommunisten der Internationalen Kommunistischen Liga werden allen unterdrückten Völkern der Welt unseren besten Dienst erweisen, wenn wir eine revolutionäre Arbeiterpartei schmieden, die diese bluttriefende herrschende Klasse durch neue Oktoberrevolutionen stürzen wird.

Adaptiert nach Workers Vanguard *Nr. 755, 30. März*

SPD/Grünen-Regierung...

Fortsetzung von Seite 2

die Pseudolinke, dass sie nur in der CDU die wirkliche Interessenvertretung der Kapitalisten sieht. Die Tatsache, dass die SPD eine Arbeiterbasis hat, führen sie als Begründung dafür an, dass die SPD von links unter Druck gesetzt werden könne. Aber die SPD ist das, was Lenin als *bürgerliche Arbeiterpartei* charakterisierte. Die Führungen von SPD und PDS vertreten ein bürgerliches Programm, und mittels der Bürokratie an der Spitze der Gewerkschaften kontrollieren sie diese Massenorganisationen der Arbeiterklasse und ordnen sie den Interessen der Bourgeoisie unter. Als Kommunisten kämpfen wir darum, diese Arbeiterbasis von ihrer Führung zu brechen und für ein revolutionäres Programm zu gewinnen.

Die „Leitkultur"-Debatte

Umweltminister Trittin wurde für die offensichtlich richtige Feststellung, dass CDU-Meyer den Schlachtruf der faschistischen Skinhead-Schläger: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein", unterstützt, von seiner eigenen Partei und von Schröder selbst zurechtgewiesen. Daraufhin suchten SPD, Grüne und PDS im Bundestag nach Mitteln und Wegen, ihren „Stolz auf Deutschland" auszudrücken, bemühten sich aber, von jedem Nazi-Image abzurücken; denn dieses würde dem Ansehen des deutschen Imperialismus nicht nur im eigenen Land schaden, sondern vor allem auch bei seinen Weltmachtambitionen. In einer Pressemitteilung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. März heißt es: „Johannes Rau hat Recht: Auf die zufällige Tatsache, in Deutschland geboren zu sein, kann man nicht stolz sein. Stolz sein können wir aber auf unsere Verfassung und unsere demokratischen Grundwerte."

Im Namen der „Demokratie" wurde die konterrevolutionäre Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und der Sowjetunion vorangetrieben. Heute sind Millionen in der ehemaligen DDR ohne Arbeit und Nazi-Terror gegen Linke und Menschen mit dunklerer Hautfarbe ist alltäglich. Was die Ideologen der herrschenden Klasse als ..Sieg der Demokratie" über den so genannten „stalinistischen Totalitarisme" verkaufen, hieß, den Kapitalisten und Großgrundbesitzern, die 1945 von der Roten Armee nach Westdeutschland vertrieben wurden, Fabriken und Land wiederzugeben und den „Drang nach Osten" des deutschen Imperialismus zu befriedigen. Ein anderer Aspekt dieses bürgerlichen Triumphgeheuls ist die Hetze „Kommunismus = Faschismus" à la *Schwarzbuch des Kommunismus.* So bezeichnete der Ex-Linke und Fischer-Kumpan Cohn-Bendit das, was sich in den 70er-Jahren abspielte, als „auch linksautoritär und linksstalinistisch" und setzte noch eins drauf: „In der Erscheinungsform ähnelte es dann dem faschistoiden Gebaren" *(Spiegel,* 29. Januar).

Im Namen der „Demokratie" fand auch die Bombardierung Serbiens statt. Um dabei von der Erinnerung an die Gräuel der Nazibesatzung abzulenken, entwickelten Schröder, Fischer und Scharping die Propaganda, das sei ein „gerechter Krieg" gegen den „Hitler" Milosevic. Diese große Lüge diente dazu, die Bevölkerung - und insbesondere die Arbeiterklasse - im eigenen Land für die Unterstützung imperialistischer Kriege zu gewinnen. Trotzdem gab es in ganz Deutschland Arbeiterproteste gegen diesen Krieg. Die PDS und Oskar Lafontaine spielten dabei eine zentrale Rolle, diese Proteste in nationalistische Bahnen zu lenken und so im Zaum zu halten. Die deutsche Bourgeoisie braucht keinen Hitler, um ihre Ansprüche auf Osteuropa und auf die Ölquellen im Kaukasus geltend zu machen. Es geht für sie im Augenblick viel reibungsloser mit der SPD/Grünen-Regierung, die dies unter dem Banner von „Freiheit" und „Demokratie" tut. Wie Leo Trotzki in *Terrorismus und Kommunismus* gegen den linken Sozialdemokraten Karl Kautsky über das Wesen bürgerlicher Demokratie argumentierte: „Die kapitalistische Bourgeoisie kalkuliert: .Solange in meinen Händen der Grund und Boden, die Fabriken. Werke, Banken sind, solange ich die Zeitungen, Universitäten und Schulen beherrsche, solange - und dies ist die Hauptsache - in meinen Händen die Leitung der Armee liegt, solange wird der Apparat der Demokratie, wie ihr ihn auch umbauen mögt, meinem Willen Untertan bleiben... Ich werde die privilegierten oder rückständigeren Schichten des Proletariats selbst demoralisieren, betrügen und einschüchtern. Durch die Gesamtheit aller dieser Maßnahmen werde ich dem Vortrupp der Arbeiterklasse nicht gestatten, das Bewußtsein der Mehrheit des Volkes zu beherrschen, solange die Unterdrückungs- und Einschüchterungswerkzeuge in meinen Händen bleiben werden.' "

Wenn CDU/CSU von der deutschen Leitkultur reden, meinen sie Zwangsassimilierung oder Abschiebung der hier lebenden ethnischen Minderheiten, insbesondere Menschen türkischer und kurdischer Abstammung. Diese Maßnahmen werden jedoch schon von der SPD/Grünen-Regierung umgesetzt - sei es die Streichung des türkischsprachigen Grundschulunterrichts, der Polizeiterror und das Verbot gegen die PKK und linke türkische und kurdische Organisationen, die Hetze gegen den Neubau von Moscheen oder der „Schutz der deutschen Sprache" gegen Anglizismen. Diese Maßnahmen werden von täglichen Abschiebungen von Immigranten begleitet. All das soll die rassistische Spaltung der Arbeiterklasse im Sinne des Prinzips „teile und herrsche" vorantreiben.

Der OPEC-Prozess

Am 22. Dezember 1975 hatte ein fünfköpfiges Kommando, zu dem auch Fischers Ex-Kumpel Klein gehörte, die Ministerkonferenz der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) in Wien überfallen und alle elf Minister nach Algerien entführt. 25 Jahre danach war eine Zeugenaussage Fischers zu Gunsten des Angeklagten Klein Anstoß für die CDU-Kampagne gegen die „Ex-68er". Klein ist ein gefährlicher verräterischer Kronzeuge, aber für den OPEC-Anschlag sollte er nicht sitzen. Nachdrücklich fordern wir die sofortige Freilassung des von Klein denunzierten Rudolf Schindler, der im OPEC-Prozess freigesprochen, aber sofort erneut von der Bourgeoisie wegen Mitgliedschaft in den RZ angeklagt wurde.

Fortgesetzt auf Seite 14

SPD/Grünen-Regierung...

Fortsetzung von Seite 13

1976 waren die Österreichischen Bolschewiki-Leninisten (ÖBL) - aus denen Gründungskader der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD) hervorgingen, einer Vorläuferorganisation der SpAD - von der kapitalistischen SPÖ-Regierung unter Kanzler Kreisky verurteilt worden, weil wir dieses Kommando gegen die bürgerliche Klassenjustiz verteidigten, obwohl wir die Strategie des kleinbürgerlichen arabischen Nationalismus als ein Hindernis für die Befreiung der arbeitenden und unterdrückten Massen im Nahen Osten ablehnen.

Fischer wird heute auch dafür angegriffen, 1969 an einer PLO-Konferenz in Algier teilgenommen zu haben. Das lächerliche Spektakel, aus alten Filmaufnahmen herauszufiltern, ob er denn damals Beifall geklatscht habe, dient einem Zweck: *heute* eine Drohung an alle zu richten, die wie wir das palästinensische Volk gegen den zionistischen Staatsterror verteidigen!

1968 - vorrevolutionäre Situation in Frankreich erschüttert Europa

Die Proteste von Studenten und Jugendlichen in Amerika und Europa entzündeten sich ab Mitte der 60er-Jahre am mörderischen Krieg der USA gegen eine soziale Revolution in Vietnam. Unsere internationale Tendenz intervenierte: „Ganz Indochina muss kommunistisch werden!"

Im Mai 1968 kam es in Frankreich nach Studentenprotesten in Nanterre und an der Sorbonne zu Fabrikbesetzungen und einer Lahmlegung von Handel und Industrie im größten und mächtigsten Generalstreik der Geschichte. Frankreich war in einer vorrevolutionären Situation; der Griff der Arbeiter nach der Staatsmacht lag in Reichweite. Was die Bourgeoisie rettete, war letztlich die Führung der Kommunistischen Partei (PCF), der großen bürgerlichen Arbeiterpartei in Frankreich, und der reformistischen Gewerkschaftsführer, die die Mobilisierung in rein ökonomische Forderungen kanalisierte.

Die „Neue Linke" in Deutschland hatte immer behauptet, die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern sei gekauft und hoffnungslos reaktionär. Die Ereignisse in Frankreich erschütterten dieses Weltbild grundlegend. Auch die Arbeiterklasse selbst wurde elektrisiert. So kam es z. B. während der Septemberstreiks 1969 zur Stürmung der Villa des Hoesch-Vorstandsvorsitzenden. Vor allem maoistische Gruppierungen, die sich Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre bildeten, schickten ihre Mitglieder in die Fabriken. Sie spielten auch eine Rolle bei den wilden Streiks bei Ford, wo erstmals immigrierte Arbeiter massiv in Klassenkämpfe führend eingriffen. Als 1966 Willy Brandts SPD in die Große Koalition mit der CDU eintrat, verhalf sie dem Ex-NSDAP-, inzwischen CDU-Mitglied Kiesinger auf den Kanzlerstuhl. Im Juni 1968 wurden mit den Stimmen der SPD die Notstandsgesetze verabschiedet - Gesetze, die es z.B. erlauben, das Parlament auszuschalten, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen oder Menschen zu Arbeitseinsätzen zwangszuverpflichten. Die Notstandsgesetze drohen auch mit militärischen Einsätzen gegen politische Streiks, wenn diese die „verfassungsmäßige Ordnung" gefährden. Gerade weil wir Gegner des bürgerlichen Systems sind, kämpfen wir vehement gegen die Einschränkung demokratischer Rechte, die dem Proletariat und allen Unterdrückten bei ihrem Kampf gegen die Bourgeoisie von Nutzen sind.

Der Hass vieler Studenten und junger Arbeiter auf die SPD trug zum großen Anwachsen der maoistischen Organisationen bei. Doch eine gesunde Ablehnung der SPD führt nicht automatisch zu einem revolutionären Programm. Ein wesentliches Element des Maoismus ist die „Theorie", dass die Sowjetunion seit 1956 ein imperialistischer Staat gewesen sei, so „aggressiv", dass es notwendig sei, sich selbst mit der US-Bourgeoisie gegen sie zu verbünden. In dem wesentlichen Punkt, dass der „Hauptfeind" in Moskau bzw. in Ostberlin sitzt, waren sich die Maoisten mit der deutschen Bourgeoisie einig!

Die Klassenlinie quer durch Deutschland

Nachdem 1945 die Rote Armee der Sowjetunion das Naziregime zerschlagen und ganz Europa von der Nazipest befreit hatte, zog sich in der Folge die Klassenlinie quer durch Deutschland. Im Westen gab es den zum antikommunistischen Bollwerk ausgebauten imperialistischen Staat, in dem Nazimörder zu Staatsamt und Würden kamen. Im Osten bestand der bürokratisch deformierte Arbeiterstaat DDR, in dem die Kapitalisten enteignet waren und der die Produktionsmittel vergesellschaftet hatte. Trotz der stalinistischen Bürokratie, die die Arbeiterklasse im eigenen Land fürchtete und eine Strategie der „friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus verfolgte, wurden in der DDR Nazimörder vor Gericht gestellt und abgeurteilt.

Wir Spartakisten verteidigten die DDR - ebenso wie den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion - bedingungslos militärisch gegen den Imperialismus und innere Konterrevolution. Heute verteidigen wir die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Nordkorea, Vietnam und Kuba.

Dagegen bedeutete die Politik der Maoisten eine Versöhnung mit dem Imperialismus und ist der Kern dessen,- was heute, nach über dreißig Jahren, von SPD und Grünen als „Erfolgsstory der Demokratie" verkauft wird. Mitglieder der zerfallenden maoistischen Gruppen wie Trittin spielten eine zentrale Rolle beim Aufbau der bürgerlichen Grünen und sitzen heute in der kapitalistischen Regierung. Auch die pseudotrotzkistische Gruppe Linksruck, deren Vorläufer mit der nationalistischen Parole „Weder

CFDT

Paris, Mai 1968: Arbeiter, Studenten bei Massenprotesten während des Generalstreiks. PCF sabotierte revolutionäre Möglichkeit, indem sie Wut der Arbeiterklasse in Unterstützung für parlamentarische Volksfront kanalisierte

Washington noch Moskau" den Antisowjetismus der Maoisten teilten und folglich jede konterrevolutionäre Bewegung in Osteuropa bejubelten, gibt heute die offizielle Sichtweise der Regierung wieder: „Demokratisierung und Entnazifizierung der Bundesrepublik haben nicht wesentlich 1949, sondern nach 1968 auf der Straße stattgefunden" *(Linksruck, 1.* Februar). Aber Westdeutschland wurde *nie* entnazifiziert.

Die Bourgeoisie, die heute in Deutschland herrscht, ist dieselbe Bourgeoisie, die den Holocaust organisierte, die von der konterrevolutionären Zerstörung der DDR profitierte und die sich heute weigert, den Zwangsarbeitern auch nur eine minimale Entschädigung für die an ihnen verübten Verbrechen zu zahlen. Was sich änderte, war die *Fassade* der bürgerlichen Diktatur. Anstelle eines Nazis wie Kiesinger wurde ein „Widerstandskämpfer" wie Willy Brandt zum Kanzler. Jedes Gerede über „Demokratisierung" und „Entnazifizierung" Westdeutschlands ist ein Schulterschluss mit der eigenen imperialistischen Bourgeoisie. *Eine wirkliche Entnazifizierung Deutschlands wird es erst durch eine erfolgreiche proletarische Revolution geben, die die Bourgeoisie von Auschwitz enteignet und die Opfer des Holocausts rächt.*

Die Frage der Macht war gestellt, als wir 1989/90 mit allen uns verfügbaren Kräften in der DDR intervenierten für eine proletarisch-politische Revolution, um die kollektivierten Eigentumsformen zu verteidigen und die stalinistischen Irreführer durch die Herrschaft von Arbeiterräten zu ersetzen. Dies hätte der Funke für sozialistische Arbeiterrevolution im Westen werden können. Wir waren die Einzigen, die für eine revolutionäre Lösung im Sinne der Arbeiterklasse kämpften, für ein Rotes Rätedeutschland. Die Pseudolinke im Westen bewegte sich im Wesentlichen im Schlepptau der SPD, die schon seit Jahrzehnten durch ihre „Ostpolitik" die Grundlagen der DDR unterhöhlte und auf die Konterrevolution hinarbeitete. Und die stalinistische Bürokratie im Osten, in Gestalt der SED/PDS, lieferte die DDR schließlich an die Imperialisten aus.

Als danach Vertreter der ehemaligen DDR wie Honecker, Mielke oder Krenz vom rachsüchtigen deutschen Imperialismus vor Gericht gezerrt und abgeurteilt wurden, bezogen wir eindeutig Seite, verteidigten sie und forderten ihre sofortige Freilassung: Sie waren von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen verurteilt worden.

Die Grünen gehörten schon in den 80er-Jahren zu den aggressivsten Anti-DDR-Hetzern. Nach der Konterrevolution betrieben sie zusammen mit der SPD eine antikommunistische Anti-Stasi-Hexenjagd, die das Ziel hatte, den Arbeiterstaat DDR zu kriminalisieren. In den 80er-Jahren hatten Ex-Mitglieder der RAF, die der Verfolgung im Westen entfliehen konnten, Schutz und Unterschlupf in der DDR gefunden, was gut in Volker Schlöndorffs Film „Die Stille nach dem Schuss" dargestellt ist. Nach der Konterrevolution wurden nicht nur die Ex-RAFler gejagt, sondern auch diejenigen Offiziere des MfS (Ministerium für Staatssicherheit), die ihnen Unterstützung gegeben hatten. 1992 ließ die Berliner SPD-Justizsenatorin Klaus Croissant verhaften, einen der ehemaligen Anwälte der RAF, der seine Sympathie für die DDR ausgedrückt hatte. Die Anklage lautete auf „geheimdienstliche Tätigkeit für eine fremde Macht". Die SpAD forderte seine Freilassung.

Was war die RAF?

Als Marxisten erkennen wir, dass die Arbeiterklasse den gesamten Reichtum der Gesellschaft produziert. Aber die Früchte ihrer Arbeit werden ihr von den Kapitalisten geraubt. Durch ihre Stellung in der Produktion ist die Arbeiterklasse unter revolutionärer Führung in der Lage, die gesamte kapitalistische Gesellschaft zum Stillstand zu bringen, die Bourgeoisie zu enteignen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die RAF jedoch lehnte jede Orientierung auf die Arbeiterklasse vehement ab. Sie wollte durch individuelle Aktionen gegen Vertreter des „Schweinesystems" die Bevölkerung als Ganzes wachrütteln, wie es Ulrike Meinhof 1971 in „Konzept Stadtguerilla" darlegte. 1972 gab es Anschläge der RAF auf US-Militärbasen aus Protest gegen die amerikanische Verminung nordvietnamesischer Häfen. 1977 erschoss die RAF den Chef der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, und den Generalbundesanwalt Buback, Chefankläger im RAF-Prozess. Diese und ähnliche Aktionen waren keine Verbrechen vom Standpunkt der Arbeiterklasse, und wir verteidigten die RAF gegen den bürgerlichen Staat, der zwischen 1971 und 1977 mehr als ein Dutzend Mitglieder der RAF und anderer Gruppen durch legalisierte „gezielte Todesschüsse" umbringen ließ.



kein Bildnachweis

1972, Verhaftung von RAF-Mitglied Holger Meins, der zwei Jahre später im Hungerstreik gegen brutale Haftbedingungen starb

Die Strategie der RAF, vereinzelte Repräsentanten der Bourgeoisie zu beseitigen, erschüttert nicht das kapitalistische System als solches. Die Politik der RAF verurteilte die Arbeiter bestenfalls zu passiver Beobachtung aus dem Abseits und war eine politische Barriere auf dem Weg der Mobilisierung des Proletariats zum Sturz des Kapitalismus. Wir schrieben:

> „Die wirklichen Terroristen sind Buback und Konsorten. In letzter Analyse entspringt die Reaktion der RAF und ähnlicher Gruppierungen deren kleinbürgerlicher Ungeduld, ihrer Isolation, ihrer Frustration und ihrem Hass gegen den bürgerlichen Staat... Leninisten haben stets einen scharfen politischen Kampf gegen solche Tendenzen geführt - gleichzeitig aber versucht, durch eine scharfe politische Konfrontation die besten Elemente derer, die ihre Schläge gegen den bürgerlichen Staat richten, für das proletarische kommunistische Programm zu gewinnen." *(Kommunistische Korrespondenz* Nr. 18, Mai 1977)

Im September 1977 entführte ein RAF-Kommando Hanns-Martin Schleyer, einen der profiliertesten Vertreter der deutschen Industrie, der durch seine Nazi-Vergangenheit als SS-Führer und Leiter des Präsidialbüros im „Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren" die Kontinuität zwischen dem Dritten Reich und Westdeutschland auf deutliche Weise verkörperte. Einen Monat darauf wurde die Lufthansa-Maschine „Landshut" von einem palästinensischen Kommando entführt. Beide Aktionen sollten die Freilassung der Gefangenen der RAF erpressen.

Fortgesetzt auf Seite 25

Gruppe Arbeitermacht/LRKI schreibt Errungenschaften der Chinesischen Revolution ab

Neue „Theorien", altes Renegatentum



Burke/Life

Einmarsch der Volksbefreiungsarmee 1949 in Beijing, Vorbote des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft

Die Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (LRKI) [in Deutschland Gruppe Arbeitermacht - GAM] hat wieder einmal eine neue „Theorie" zum Klassencharakter des Staates und zur konterrevolutionären Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und der ehemaligen

WORKERS HAMMER

Sowjetunion ausgeheckt. In einem Artikel mit dem Titel „Capitalist restoration and the state" [Kapitalistische Restauration und der Staat] (*Workers Power*, November 2000) wird bekannt gegeben, dass „nach einer hitzigen Debatte" eine deutliche Mehrheit der Delegierten auf dem 5. Kongress der LRKI beschlossen habe, ihre Charakterisierung der Staaten, die aus „dem Zusammenbruch des Stalinismus im Zeitraum 1989-91" hervorgegangen sind, als „moribunde Arbeiterstaaten" sei „von Grund auf falsch und irreführend" gewesen.

Das ist allerdings eine recht wohlwollende Beschreibung der vorherigen „Theorie" der LRKI, die, in ihren eigenen Worten, die Behauptung aufstellte, „dass in Ländern, in denen kapitalistische Eigentumsverhältnisse nicht erfolgreich wiederhergestellt worden sind, der Staatsapparat trotz einer Regierung der kapitalistischen Restauration einen proletarischen Klassencharakter besitzt". Kämpft man sich durch dieses Geschwafel über eine kapitalistische Regierung, die einen proletarischen Staat regiert, hindurch, so findet man einen unverfälschten Nachhall der „alten" Labour-Position, die „Sozialismus" gleichsetzte mit der Verstaatlichung der „Kommandohöhen der Wirtschaft" unter einer *kapitalistischen* parlamentarischen Demokratie. Doch obwohl die LRKI den Mythos verbreitete, die ehemalige UdSSR und die osteuropäischen Länder seien nach der kapitalistischen Konterrevolution weiterhin Arbeiterstaaten, rief sie nicht zu deren Verteidigung gegen imperialistische Angriffe auf.

Jetzt meint die LRKI scheinbar von Scham ergriffen:

> „Wenn wir an der Theorie vom moribunden Arbeiterstaat festhalten, so stehen wir da mit einem Arbeiterstaat - einer Institution unserer Klasse -, den wir nicht gegen den Klassenfeind verteidigen. Das bedeutet eines von beidem: entweder, dass wir Feiglinge und Klassenverräter sind, oder, wie-wir nun offen zugeben sollten, dass wir in das Lexikon des Marxismus eine Kategorie eingeführt haben, die ohne Bedeutung und ohne programmatische Konsequenzen ist."

Gewiss, die verschiedenen „Theorien", die sich die LRKI und Workers Power (WP) zum Klassencharakter des Staates und zur kapitalistischen Restauration zurechtgebastelt haben, sind mehr als verrückt. Doch sie sind kaum „ohne Bedeutung und ohne programmatische Konsequenzen". Ganz im Gegenteil.

Die LRKI und Workers Power *sind* „Feiglinge und Klassenverräter", die mit dem Imperialismus gegen die Verteidigung der Interessen des Proletariats gemeinsame Sache gemacht haben, als sie von Polen über Ostdeutschland bis zur Sowjetunion für die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution eingetreten sind. Im Nachhinein versuchten sie ihre Spuren mit der Theorie zu verwischen, dass diese Staaten weiterhin Arbeiterstaaten seien, wenn auch „moribund" (was auch immer das heißen soll). Man muss nicht gerade ein Einstein sein, um zu erkennen, dass diese ignorante „Theorie" allen empirischen Zahlen über die Verwüstung, die durch die Restauration des Kapitalismus in diesen Ländern angerichtet wurde - Massenarbeitslosigkeit, verzweifelte Armut, das Wiederaufkommen heilbarer Seuchen und stark sinkende Lebenserwartung - widerspricht.

Sicher können manche neuen Unterstützer, die die LRKI in Osteuropa gewonnen hat, kaum glauben, dass sie weiterhin in irgendeiner Art von Arbeiterstaat leben, wo sie täglich mit den ständigen und brutalen Verwüstungen durch die kapitalistische Konterrevolution konfrontiert sind. Während der Proteste gegen IWF und Weltbank in Prag im letzten September war eine Gruppe von LRKI-Jugendlichen in der Tschechischen Republik einfach fassungslos, als unsere Genossen sie über die Unterstützung der LRKI für die Kräfte der kapitalistischen Restauration informierten.

Nach eigenem Eingeständnis ist der jüngste theoretische Ausflug der LRKI, der mit der ebenso ignoranten wie antimarxistischen Kategorie eines ..bürgerlich-restaurationistischen Staates" daherkommt (ein im Entstehen begriffener kapitalistischer Staat?), eine Reaktion auf interne Unruhe und Uneinigkeit. So bemerkt *Workers Power,* dass eine „bedeutende Minderheit der Delegierten" auf dem vorherigen LRKI-Kongress sich reichlich schwer tat mit der „Vorstellung, dass es irgendeine proletarische Institution geben könne, die nicht gegen die Bourgeoisie verteidigt werden sollte". Allerdings! Die Pointe der lakonischen Erklärung der LRKI, dass ihre neue Theorie „dieser Position der Nicht-Verteidigung Schlüssigkeit geben kann", kann man finden, wenn man einfach eine Seite weiterblättert in *Workers Power* einem Artikel mit der Überschrift „Capitalist restoration triumphs in China" [Kapitalistische Restauration triumphiert in China]. Die neue „Theorie" von Workers Power hat den Zweck, die Verteidigung der verbliebenen Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 abzuschreiben.

Eine solche Position ist tatsächlich zweckmäßig und notwendig, wenn man so wie Workers Power im Strom der „Antiglobalisierungsbewegung" mitschwimmen will. Während es viele Jugendliche zu diesen Protesten hinzieht, weil sie gegen die Raubzüge des kapitalistischen Imperialismus überall auf der Welt sind, haben die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsbürokraten das Sagen, deren antikommunistische, protektionistische Hetze gegen den deformierten Arbeiterstaat China die Interessen der imperialistischen Herrscher widerspiegeln, die danach schielen, China für die kapitalistische Ausbeutung zurückzuerobern. Workers Power ruft Arbeiter dazu auf, solche protektionistischen Kampagnen durchzuführen, und verlangt: „Gegen Regime, die Gewerkschaften verbieten oder betrügerische ‚Staatsgewerkschaften' haben wie China oder kämpfende Arbeiter unterdrücken, sollten Arbeitersanktionen angewendet werden" *(Workers Power,* September 2000).

Fortgesetzt auf Seite 18



Planeta Publishers



Soboljew/TASS

Sowjetische Militärintervention in Afghanistan 1979 eröffnete Frauen die Möglichkeit zur Befreiung vom Schleier, zum Lernen von Lesen und Schreiben. Sieg der von Imperialisten gestützten Mudschaheddin warf Frauen zurück in grauenhafte Unterdrückung



Workers Hammer

Protest von Workers Power 1990 in London zur Unterstützung baltischer Konterrevolutionäre, die mit Faschisten durchsetzt sind

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 17

Unser Artikel „Der Bankrott der Theorien über eine ‚Neue Klasse'" (*Spartacist* deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000) erklärte, dass die verschiedenen „Theorien", die Renegaten des Trotzkismus ausgetüftelt haben, um ihre Abkehr von der Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten gegen den Weltimperialismus zu rechtfertigen, den Zweck haben, „ihr wirkliches Programm der Kapitulation vor der antikommunistischen bürgerlichen öffentlichen Meinung und der Zurückweisung einer proletarischen revolutionären Perspektive zu verschleiern". Genau das ist das Motiv für die „theoretischen" Verrenkungen von WP. Trotzki warnte: „Jede politische Strömung, die die Sowjetunion unter dem Vorwand ihres ‚nichtproletarischen' Charakters abschreibt, läuft Gefahr, zu einem passiven Werkzeug des Imperialismus zu werden" („Der Klassencharakter des Sowjetstaats", Oktober 1933). Im Fall von Workers Power - wie wir in unserer Presse dokumentiert haben, unter anderem in unserem Bulletin *Hate Trotskyism, Hate the Spartacists* [Den Trotzkismus hassen, die Spartakisten hassen] Nr. l, *Workers Power and the Irish Workers Group* (November 1990), und wie wir hier zeigen werden - war das nicht ganz so passiv.

Zentristische Konfusion, Beschwichtigung gegenüber dem Imperialismus

Workers Power begann als eine linke Abspaltung von Tony Cliffs britischer Socialist Workers Party (SWP), deren feige Ablehnung der Verteidigung der Sowjetunion während des Koreakrieges in die „Theorie" verpackt war, die Sowjetunion sei „staatskapitalistisch". Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan im Dezember 1979 machte WP einen weiteren Schritt nach links: Sie ließen Cliffs Staatskapitalismus fallen und erklärten, zumindest formal, sie hätten das trotzkistische Verständnis von der Sowjetunion als eines degenerierten Arbeiterstaats übernommen. Doch nie setzten sie die entscheidende *programmatische Schlussfolgerung* dieser Position in die Praxis um: bedingungslose militärische Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats gegen Angriffe des Imperialismus und gegen Versuche der Restauration des Kapitalismus im Innern. Im Gegenteil, Workers Power vollführte heftige Verrenkungen, um dieser Schlussfolgerung aus dem Weg zu gehen, und gab dabei Trotzkis Beschreibung des Zentrismus als „kristallisierte Konfusion" eine ganz neue Bedeutung.

So argumentierte WP zwar, dass es „taktisch falsch" sei, den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zu fordern, die gegen die von der CIA bezahlte und bewaffnete islamische Reaktion kämpften, geißelte aber die Intervention der Roten Armee als „konterrevolutionär". Ein Jahrzehnt später sollten sie auch den Rückzug der sowjetischen Truppen als „konterrevolutionär" brandmarken. 1981 gaben sie zu, dass Solidarno in Polen eine offen konterrevolutionäre Bewegung war, die die Unterstützung des Papstes, der CIA und der westlichen Bankiers hatte. Aber sie unterstützten sie trotzdem mit der Begründung, es sei notwendig, „bei" den Arbeitern zu sein, die durch jahrzehntelangen stalinistischen Verrat in die Arme der Konterrevolution getrieben worden waren ... gegen die im deformierten Arbeiterstaat Polen verkörperten proletarischen Errungenschaften.

Die zentristischen Argumente, mit denen Workers Power ankam, um zu versuchen der knallharten Frage der Verteidigung der Sowjetunion auszuweichen, fanden einen neuen und geradezu unergründlichen Ausdruck in ihrer Broschüre *The Degenerated Revolution* [Die degenerierte Revolution] von 1982. Hier behauptete WP bei dem Versuch zu erklären, wie sie vermeintlich zu einem trotzkistischen Verständnis vom proletarischen Klassencharakter der stalinistisch regierten Arbeiterstaaten gelangt waren, dass die Zerschlagung des Kapitalismus in den osteuropäischen Ländern unter der sowjetischen Besetzung nach dem Zweiten Weltkrieg durch „konterrevolutionäre soziale Umwälzungen" zustande gekommen sei. (Etwa 15 Jahre später sollten sie erklären, dass in Osteuropa Arbeiterstaaten errichtet worden seien. ohne den kapitalistischen Staat zu zerschlagen!)

Als der Wind des zweiten Kalten Krieges schärfer blies und sich die Frage von proletarisch-politischer Revolution oder kapitalistischer Konterrevolution schonungslos stellte, wurden die Auffassungen von WP mehr in sich schlüssig, da sie sich immer mehr nach rechts entwickelten. Dies kam am klarsten zum Ausdruck in ihrer totalen Unterstützung für Boris Jelzins konterrevolutionären Gegenputsch in der Sowjetunion 1991. WP stand buchstäblich auf den Barrikaden vor Jelzins Weißem Haus - dem zentralen Sammelpunkt des von den Imperialisten unterstützten Gegenputsches, der den Anfang vom Ende des ehemaligen sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats einleitete.

Heute fragt der Artikel von *Workers Power* über die Ablehnung der Theorie der „moribunden Arbeiterstaaten" durch die LRKI scheinheilig: „Wie konnte eine Einheitsfront mit Jelzins restaurationistischem Regime die proletarischen Eigentumsverhältnisse verteidigen?" Aber *genau* dazu hatte die LRKI damals aufgerufen. Im November 1991 behauptete eine LRKI-Erklärung: „Es wäre norwendig gewesen, eine gemeinsame Widerstandsfront zu bilden, einen militärischen und klassenkämpferischen Block mit jenen Kräften *und mit deren Führern...* Dieser Einheitsfrontaufruf hätte beinhaltet, an der Seite der ‚Demokraten' und der Jelzin-Anhänger zu kämpfen, um alle Widerstandszentren gegen den Putsch zu ver-

Basil Blackwell Inc

Trotzkistische Linksoppositionelle im sibirischen Exil demonstrieren am Jahrestag der bolschewistischen Revolution, 1928. Das Banner rechts (mit Bildern von Lenin und Trotzki) verkündet: „Lang lebe die Diktatur des Proletariats"



Giase/Seattle Post-Intelligencer

Seattle, 3. November 1999: Bürokraten des AFL-CIO (US-Gewerkschaftsdachverbands) an der Spitze des antikommunistischen Kreuzzugs gegen China mit chauvinistischen Plakaten wie „Zuerst kommt das Volk, nicht China"

leidigen einschließlich des RSFSR-Parlaments (das ‚Weiße Haus')."

Diese Erklärung wurde geschrieben als Antwort auf die damals mit der LRKI brüderlich verbundenen amerikanischen Revolutionary Trotskyist Tendency (RTT), der trotz ihrer eigenen Unterstützung für die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution nicht ganz wohl dabei war, wie weit die LRKI ging. In dieser Antwort beteuerte die LRKI unverblümt, dass sie die bürgerliche „Demokratie" (d.h. die Diktatur der Kapitalistenklasse) über die Verteidigung der Klassenherrschaft des Proletariats stellt, mit dem Argument: „Die LRKI hält es für abstrakt und sektiererisch, eine nicht existierende Arbeiterdemokratie oder Räte den existierenden demokratischen Rechten und den Institutionen, die durch deren Ausübung geschaffen wurden, entgegenzustellen."

Nur wer jede proletarisch-revolutionäre Perspektive aufgegeben hat, kann argumentieren, die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer eigenen Klasseninteressen sei in der Sowjetunion 1991 eine sektiererische Abstraktion gewesen. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL, deren britische Sektion die Spartacist League ist) intervenierten und verteilten Zehntausende Exemplare einer Erklärung auf Russisch mit der Überschrift: „Sowjetische Arbeiter! Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!", die genau so ein Kampfprogramm gegen die Restauration des Kapitalismus aufstellte. Wir riefen dazu auf, dass unabhängige Arbeiterkomitees in den Fabriken die Kontrolle der Produktion übernehmen und gegen die Privatisierung kämpfen; dass Komitees der Soldaten und Offiziere Widerstand leisten gegen den Einsatz der sowjetischen Armee als Instrument gegen die Arbeiterklasse; dass Arbeitermilizen antisemitische Pogromisten und antikommunistische Lynchmobs zerschlagen und kommunalistisches Blutvergießen durch revanchistische Nationalisten verhindern.

Es gab keinen proletarischen Widerstand, was die Atomisierung und Demoralisierung der sowjetischen Arbeiterklasse durch jahrzehntelange stalinistische Herrschaft widerspiegelte; und daher führte der von den Imperialisten unterstützte Gegenputsch Jelzins zur Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats. Die „Institutionen", die durch die Ausübung der „demokratischen Rechte" der Konterrevolutionäre, wofür sich WP so fanatisch einsetzte, geschaffen wurden, waren diejenigen, die die Klassenherrschaft des Kapitals repräsentieren und verteidigen.

Schon lange betet Workers Power die Ansichten der sozialdemokratischen Handlanger des Weltimperialismus nach, die für die Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten eine ideologische Verbrämung zu liefern versuchten. Nach dieser Sichtweise, verkörpert durch die Intellektuelle des Kalten Krieges, Hannah Arendt, war der „stalinistische Totalitarismus" eine Garantie dafür, dass die Arbeiter dieser Länder nie wieder irgendeinen Kampf in ihrem eigenen Interesse führen würden. So appellierte WP an die imperialistischen Mächte, zu intervenieren, um die „Rechte" und Institutionen des „demokratischen" Westens durchzusetzen.

Nach der Zerstörung der Sowjetunion gelangte WP eher zu einem noch engeren Schulterschluss mit den imperialistischen Herrschern als den Lieferanten von „Menschenrechten" und „Demokratie". Als die NATO Serbien bombardierte, der erste größere Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, beteiligte sich Workers Power an proimperialistischen Kundgebungen in London, die von Plakaten beherrscht wurden wie „Viel Glück, NATO" und „NATO, jetzt oder nie". In einer Erklärung, die damals im März 1999 verteilt wurde, behauptete die LRKI, sie verteidige die Serben gegen den NATO-Angriff, „wenn auch nicht in Kosova, das zu besetzen sie kein Recht haben"! Und gleich im nächsten Atemzug forderte WP die UCK (Kosovo-Befreiungsarmee) - die zur Schachfigur des NATO-Imperialismus geworden war - eindringlich auf, „aus der imperialistischen Bombardierung den größtmöglichen militärischen Nutzen zu ziehen, um die jugoslawischen' Streitkräfte hinauszujagen", und fügte hinzu: „Wenn die Hauptsorge [von Clinton und Blair] die Kosovaren wären, so würden sie deren staatliche Unabhängigkeit anerkennen und der KLA [UCK] die Waffen dafür geben, die serbischen Truppen hinauszujagen."

Wie wir seinerzeit feststellten, war dies ein ungeschminkter Appell an die NATO-Imperialisten. Im Gegensatz zu den kriecherischen Labour-Verehrern der LRKI brachten wir von der IKL am 21. April 1999 eine Erklärung auf Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Japanisch, Polnisch und Spanisch heraus mit den Losungen: Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Verteidigt Serbien gegen US/NATO-Angriff! Nieder mit den Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen! Alle US/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan! Und schon lange bevor die Imperialisten und ihre linken Apologeten sich zynischerweise der Sache der Kosovo-Albaner annahmen, waren wir

Fortgesetzt auf Seite 20



Fabian/Sygma

In den 80ern riefen GAM/WP zur „Solidarität" mit der von CIA/Vatikan/Deutscher Bank inspirierten antikommunistischen Solidarnosc


Joseph Abeles Collection


Marc Riboud

Chinesische Revolution befreite Frauen von jahrhundertealter Folter der Fußverstümmelung, öffnete arbeitenden Massen den Weg lesen und schreiben zu lernen. Rechts: Studenten in der Nationalbibliothek in Beijing

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 19

für die nationalen Rechte des albanischen Volkes im Kosovo eingetreten - eine demokratische Frage, die zwangsläufig der Notwendigkeit der militärischen Verteidigung Serbiens gegen NATO-Angriffe untergeordnet ist. WP ihrerseits war zumindest konsequent. So behauptete WP, als imperialistische Bodentruppen im Kosovo landeten, dass eine revolutionäre Situation geschaffen worden sei; die Wahl von Vojislav Kostunica, „gekauft in den USA", brachte *Workers Power* (November 2000) dazu, zu erklären, dass nichts Geringeres als eine Revolution stattgefunden habe, „die auf dem Rücken des Heroismus der Massen an die Macht gelangte".

LRKI kontra Trotzki

Als die Folgen von Jelzins Sieg klarer wurden, versuchte Workers Power heimlich von ihrem Aufruf zur „Einheitsfront" mit den Kräften der Konterrevolution abzurücken, mit dem Argument, dies sei nur in den ersten „drei Tagen" ihre Position gewesen, d. h. als es darauf ankam! Dann dachte sich WP ihre Theorie vom „moribunden Arbeiterstaat" aus, um argumentieren zu können, dass sich am Klassencharakter der Sowjetunion nichts grundlegend geändert hätte. Dieser schrille Revisionismus wurde auf dem 4. Kongress der LRKI 1997 weiter ausgeführt, wo sie behaupteten, in der Sowjetunion sei 1927 ein kapitalistischer Staat wiederhergestellt worden und die deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa seien ohne die Zerschlagung des kapitalistischen Staates geschaffen worden. Als Alibi für ihre Unterstützung der Kräfte der kapitalistischen Restauration erklärten sie, die „Zerschlagung der stalinistischen Staatsmaschine" sei eine „programmatische Notwendigkeit" gewesen. und gingen mit Trotzki ins Gericht, weil er nie diese konterrevolutionäre Forderung erhoben hatte.

Trotzki kämpfte in der Tat auf das Schärfste gegen diejenigen, die vor dem Druck des bürgerlichen Antisowjetismus kapitulierten und sich von ihrer revolutionären Pflicht losrissen, den ersten Arbeiterstaat trotz seiner bürokratischen Degeneration bedingungslos zu verteidigen. Gegen diejenigen, die fälschlicherweise die parasitäre *Bürokratie* mit dem sowjetischen *Arbeiterstaat* gleichsetzten, um zu rechtfertigen, dass sie die Verteidigung der Sowjetunion über Bord warfen, bekräftigte Trotzki:

> „Die Menschewiki sind die Vertreter der bürgerlichen Restauration, und wir sind für die Verteidigung des Arbeiterstaates mit allen möglich Mitteln. Jeder, der vorgeschlagen hätte, dass wir den britischen Bergarbeiterstreik von 1926 oder die jüngsten Massenstreiks in den Vereinigten Staaten nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln hätten unterstützen sollen, weil die Führer der Streiks größtenteils Schurken waren, wäre ein Verräter an den britischen und amerikanischen Arbeitern gewesen. Genau dasselbe gilt für die UdSSR!" (Trotzki, „No Compromise on thé Russian Question" [Kein Kompromiss in der Russischen Frage], 11. November 1934)

Der letzte größere Fraktionskampf in Trotzkis Leben war der Kampf 1939/40 gegen die kleinbürgerliche Opposition von Shachtman/Burnham in der Socialist Workers Party der USA, bei dem Trotzki die „Theorien" über eine neue Klasse zerfetzte, die nichts weiter waren als eine Begründung für die feige Kapitulation vor den Machenschaften der Imperialisten gegen die UdSSR und vor der damit einhergehendcn Hysterie, die insbesondere kleinbürgerliche Kreise ergriff.

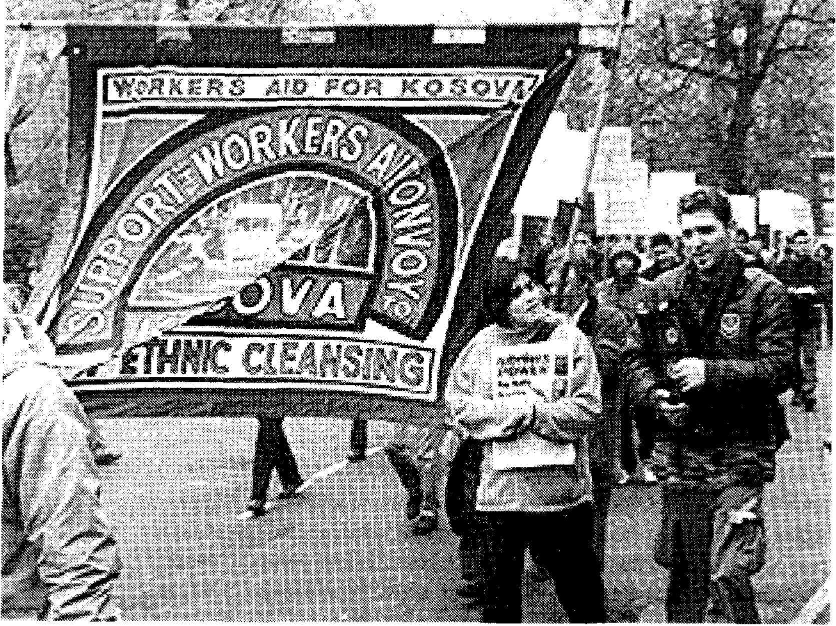
Trotzki kämpfte für die bedingungslose Verteidigung der proletarischen Eigentumsformen und der Planwirtschaft, die das Ergebnis der Oktoberrevolution waren, *trotz* der stalinistischen Bürokratenkaste, die dem sowjetischen Proletariat 1923/24 die politische Macht entrissen hatte, und *gegen* sie. Er erkannte die Bürokratie als eine parasitäre herrschende *Kaste* - nicht eine besitzende Klasse, sondern eine Wucherung an den Arbeiterstaaten und ihren Institutionen -, deren Dogma vom „Sozialismus in einem Land" die Verteidigung der Sowjetunion an ihrem wichtigsten Punkt unterminierte, der Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution durch die internationale proletarische Revolution. Trotzki wusste, dass entweder eine politische Revolution durch das sowjetische Proletariat die Bürokratenkaste stürzen oder die Bürokratie schließlich der kapitalistischen Restauration den Weg bereiten würde, da sie ihre Privilegien dadurch absichern wollte, dass sie sich in eine neue besitzende Klasse verwandelt. Aber für Trotzki

war die Verteidigung der Sowjetunion gegen einen imperialistischen Angriff oder gegen Versuche der kapitalistischen Restauration im Innern niemals davon abhängig, dass zuvor die Bürokratie gestürzt wird. Vielmehr verstand er, dass es die Pflicht eines jeden klassenbewussten Arbeiters war, die Errungenschaften der Oktoberrevolution bedingungslos militärisch zu verteidigen, um die Interessen des Proletariats international zu verteidigen und voranzubringen.

Als Antwort auf die vorausgegangene Erklärung der LRKI, dass in der Sowjetunion seit 1927 ein bürgerlicher Staat existiert habe, schrieben wir („Zentristen der Marke ‚Tod des Kommunismus'", *Spartakist* Nr. 133, Herbst 1998):

> „Mit ihrer ‚neuen' Theorie über den Klassencharakter des sowjetischen Staates gehört die Gruppe Arbeitermacht zu der Horde von Pseudotrotzkisten, die sich in panischer Massenflucht dem Versuch der Imperialisten angeschlossen haben, das Erbe der Russischen Revolution zu beerdigen und damit auch das ‚Gespenst' der Diktatur des Proletariats...
> In schrillem Ton fordern sie: ‚die Zerschlagung der stalinistischen Staatsmaschine', während sie im eigenen Land als die kriecherischsten, servilsten Apologeten der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft in deren sozialdemokratischer Variante auftreten."

Wenn die Theorie der LRKI über den „moribunden Arbeiterstaat" von der Auffassung der Labour-Anhänger herkommt, Verstaatlichungen mit Sozialismus gleichzusetzen, so reduziert die gegenwärtige Theorie der LRKI den Klassencharakter des Staates auf eine Kategorie, die einzig und allein durch die subjektive Absicht der Machthaber bestimmt wird, ungeachtet dessen, welche Eigentumsformen existieren. Diese „Theorie" stammt von der sozialdemokratischen Auffassung, dass man den „Sozialismus" über die Wahlurne erreichen könne, und ist eine vollständige Ablehnung des elementarsten marxistischen Verständnisses, dass der bürgerliche Staat die Maschinerie ist zur Unterdrückung der einen Klasse, des Proletariats, durch eine andere, die Kapitalistenklasse. Damit das Proletariat an die Macht kommen kann, muss es den bürgerlichen Staat zerschlagen und seine eigene Klassenherrschaft errichten, die Diktatur des Proletariats.



Workers Hammer

Workers Power demonstriert für Kriegsziele des „Menschenrechts"imperialismus auf Londoner Demo „Arbeiterhilfe für Kosova", April 1999. Demonstranten trugen NATO-Fahnen und Plakate: „Viel Glück, NATO" und „NATO, jetzt oder nie"

Verteidigt China gegen Imperialismus, kapitalistische Restauration!

In ihrem Artikel „Capitalist restoration and the state" gibt Workers Power zu: „Jemand könnte argumentieren, dass uns diese Position zu einem gefährlichen Idealismus führt - dass wir eine subjektive Veränderung, vielleicht auch nur eine Änderung in der Politik eines Regimes, zu einem Faktor hochstilisieren, auf Grund dessen sich der Klassencharakter eines Staates ändern kann." Sie fahren dann fort, genau dies zu tun, indem sie behaupten, die stalinistische Bürokratie Chinas habe sich im Großen und Ganzen in eine herrschende Kapitalistenklasse verwandelt. Die Vorstellung,

Fortgesetzt auf Seite 22



Бюллетень Спартаковцев SPARTACIST

Приложение № 5 цена: 10 коп.

Обанкротившийся сталинизм открывает шлюзы для капиталистической реставрации

Советские рабочие! Долой ельцинско-бушевскую контрреволюцию!

[illegible]

Интернациональная Коммунистическая Лига (IV Интернациональная)
напишите нам: 121019 г.Москва г-19, а/я 19



Spartacist

1991 stand Workers Power auf Jelzins konterrevolutionären Barrikaden gemeinsam mit Yuppies, Spekulanten, Faschisten und Priestern. IKL-Erklärung, die in Sowjetunion verteilt wurde, forderte: „Sowjetische Arbeiter! Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!"

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 21

dass ein kapitalistischer Staat proletarische Eigentumsformen verteidigt habe, diente als theoretische Rechtfertigung dafür, sich auf die Seite der Kräfte gestellt zu haben, die den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat zerschlugen. Jetzt dient die genauso absurde Auffassung, dass der Klassencharakter des Staates keinerlei Beziehung zu den Eigentumsformen habe, der LRKI zu demselben Zweck, jede Verteidigung der übrig gebliebenen Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 aufzugeben.

Die Argumente von Workers Power sind entgegengesetzt zu Trotzkis Verständnis vom *widersprüchlichen* Charakter der stalinistischen Bürokratie, die zwischen einem auf kollektiven proletarischen Eigentumsformen beruhenden Staat und dem Weltimperialismus balanciert. Sie verdanken viel dem „Staatskapitalismus" von Cliff und dem „bürokratischen Kollektivismus" von Shachtman und schreiben der Bürokratie eine enorme Stabilität und die Fähigkeit zu, im Alleingang den Klassencharakter des Staates zu ändern. Wie wir in „Der Bankrott der Theorien über eine ‚Neue Klasse'" schrieben: *„Wenn auch die endgültige Zerstörung der Oktoberrevolution Trotzkis Analyse und Programm nur negativ bestätigt, so entlarvt sie zumindest alle fadenscheinigen Vorstellungen, die den Stalinismus als stabiles System darstellen."*

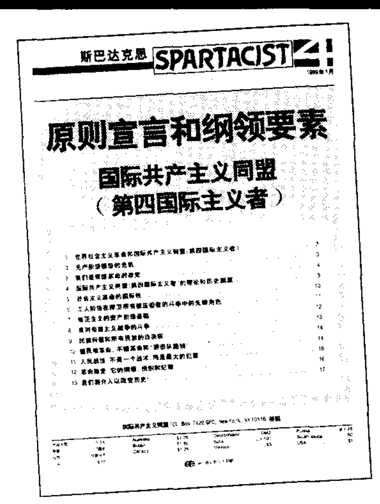
Die Vorstellungen von WP selbst beruhen auch auf einem tiefsitzenden Pessimismus über die revolutionäre Fähigkeit der Arbeiterklasse. Genauso wie Workers Power behauptete, dass jeder Kampf zur Mobilisierung des sowjetischen Proletariats gegen Jelzins Gegenputsch „abstrakt" und „sektiererisch" gewesen sei, schreibt diese Gruppe mit ihren aktuellen Erklärungen, dass in China eine kapitalistische Restauration triumphiert habe, das chinesische Proletariat als Machtanwärter im Kampf gegen die kapitalistische Konterrevolution ab. Während die Ansichten von Workers Power, wann genau die Restauration des Kapitalismus in China erfolgt sei, so etwas wie ein Kaleidoskop darstellen - 1989? 1992? 1996? -, behaupten sie: „Die Zerschlagung des politischen Widerstandes der Arbeiterklasse nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz hatte das wichtigste soziale Hindernis für eine Rückkehr des Kapitalismus aus dem Weg geräumt." Doch der LRKI-Kongress, der zu dem Schluss kam, dass in China der Kapitalismus wieder errichtet worden sei, tagte gerade mal zwei Monate nach der Veröffentlichung eines Artikels von Workers Power mit der Überschrift „Arbeiter leisten Widerstand gegen die prokapitalistische Offensive" (*Workers Power,* Mai 2000), in dem sie über die massiven Streiks, Demonstrationen und andere Proteste berichteten, die 1999 in China stattgefunden hatten!

Was hatte sich in den beiden dazwischenliegenden Monaten geändert, das die LRKI zu der Entscheidung brachte, dass das Proletariat schon über ein Jahrzehnt vorher während der beginnenden politischen Revolution auf dem Tiananmen-Platz entscheidend zerschlagen worden sei? Die Antwort liegt nicht darin, dass irgendwie der wachsende Widerstand des chinesischen Proletariats gegen das weitere Vordringen des kapitalistischen Imperialismus besiegt worden sei. Vielmehr geht die Erklärung der LRKI, dass es in China die Restauration des Kapitalismus gegeben habe, auf denselben Ursprung zurück wie ihre „Theorien" über den Klassencharakter der Ex-Sowjetunion und der ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas: Kapitulation vor dem Druck der bürgerlichen und kleinbürgerlichen öffentlichen Meinung. Insbesondere spiegelt sich darin die politische Unterwürfigkeit von Workers Power gegenüber der britischen Labour Party wider, zusätzlich vermischt mit ihrer gegenwärtigen Begeisterung für die „Antiglobalisierungs"bewegung.

Im eigenen Land lief dies erst kürzlich darauf hinaus, dass WP sich weigerte, die Proteste in Britannien gegen die Wucherpreise beim Sprit im letzten Herbst zu unterstützen — Proteste, die sich gegen die Labour-Regierung von Tony Blair richteten. Blair & Co. antworteten auf diese enorm populären Proteste mit der Drohung, die Armee einzusetzen, und mit der massivsten Entfesselung staatlicher Repression seit dem Aufruhr gegen die Kopfsteuer 1990. Aus Furcht. die Spritproteste könnten einen neuen „Winter der Unzufriedenheit" auslösen - eine Welle von Streiks und Protesten, von außerparlamentarischen Kämpfen der Arbeiterklasse, die das Land lahm legen könnten -, kam die Gewerkschaftsbürokratie der weit und breit verabscheuten Labour-Regierung zu Hilfe. Diese Proteste richteten sich eindeutig gegen die Blair-Regierung und die zentrale Forderung war tatsächlich vom proletarischen Standpunkt aus unterstützenswert. Wir erklärten:

> „Eine revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung muss versuchen, die Führung von solchen Protesten zu

In chinesischer Sprache erhältlich



Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms Internationale Kommunistische Liga

DM 2,- (20 Seiten)

斯巴达克思 SPARTACIST

中国托洛茨基主义的起源

不断革命与“反帝统一战线”的对立

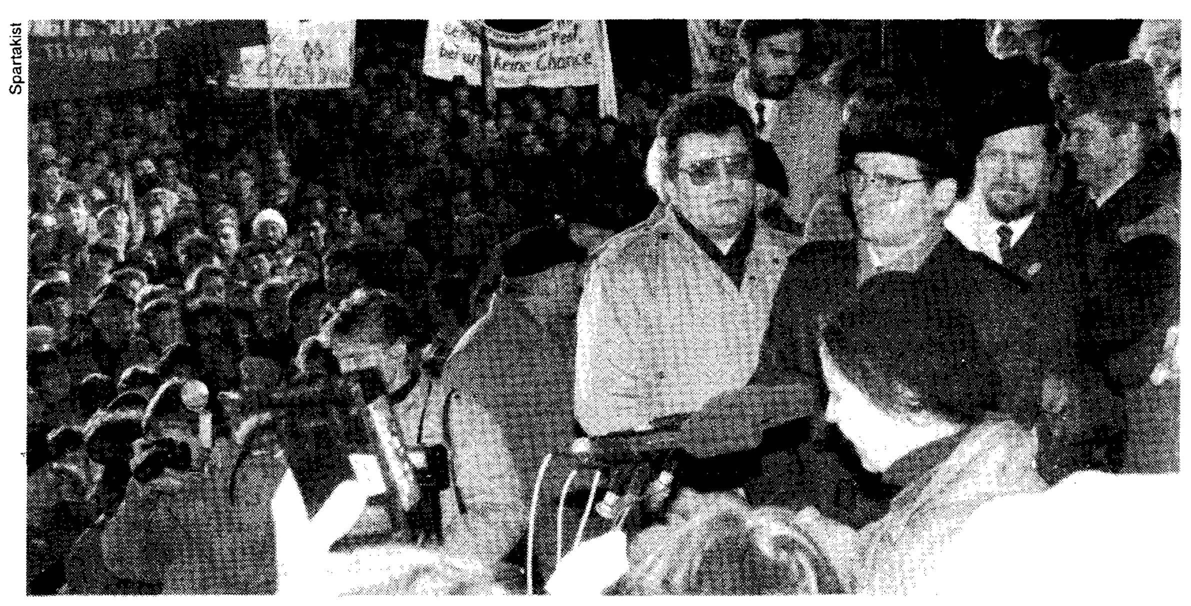
Permanente Revolution vs. „anti-imperialistische Einheitsfront". Ursprünge des chinesischen Trotzkismus

DM 2,- (24 Seiten)



China am Scheideweg: Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?

DM 2,- (24 Seiten)


Spartakist

3. Januar 1990: IKL-Sprecherin Renate Dahinaus (am Mikrofon) vor 250 000 Menschen auf Protestkundgebung gegen faschistische Schändung von sowjetischem Ehrenmal in Berlin-Treptow

übernehmen, um sie klar gegen die wirklichen Übeltäter zu richten: den Kapitalismus und die Labour-Regierung, die ihn verwaltet." („Sprit-Proteste erschüttern Europa", *Spartakist* Nr. 141, Herbst 2000)

Loyal zur Labour Party bis zum Gehtnichtmehr, bildete Workers Power die Nachhut als „linke" Apologeten der Bürokraten.

Dies blieb Lesern der Zeitung von Workers Power nicht verborgen. In einem Brief, der in der Ausgabe vom November 2000 veröffentlicht wurde, hieß es: „Die Gewerkschaftsbürokratie schloss sich der Blair-Regierung an, um die Anti-Spritsteuer-Bewegung zurückzuschlagen. Das war zu erwarten. Überraschender ist, dass Workers Power dabei mitmachte". Ein anderer Leser, der die schwerpunktmäßige Arbeit von WP im „antikapitalistischen" Milieu ansprach, fragte: „Kann es bloßer Zufall sein, dass die antikapitalistische Bewegung ... auch fast einhellig die Spritsteuer-Proteste in ganz Europa ablehnt?"

Es ist genauso wenig ein Zufall wie die plötzliche „Entdeckung" von WP, in China hätte die kapitalistische Konterrevolution triumphiert. Als Anbiederung an die chinafeindlichen Kräfte im „Antiglobalisierungs"milieu findet der *Workers-Power-Artikel,* der diese Entdeckung verkündet, kaum ein positives Wort über die Chinesische Revolution von 1949. Soweit diese überhaupt erwähnt wird, äfft WP die Sprache der Propagandisten von „Radio Freies Europa" nach und behauptet, dass die Ereignisse in China 1949 die Einführung des „sowjetischen Modells bürokratischer Kommandoplanung" gewesen seien.

Die Chinesische Revolution von 1949 befreite das Land von kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterjochung und führte zu einer Planwirtschaft, einer kollektivierten Wirtschaft, die den Arbeitern eine lebenslange Beschäftigung und Sozialleistungen garantierte - „eiserne Reisschüssel" genannt. Die Revolution enteignete die Großgrundbesitzer, verjagte die Kapitalistenklasse und eröffnete den Frauen die Möglichkeit, erstmals am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen, wobei sie einen riesigen Durchbruch bei der Verbesserung ihres bisherigen sklavenähnlichen Status erzielte. Allerdings war die Revolution von 1949 von Maos überwiegend aus Bauern bestehender Armee durchgeführt worden und war von Anfang an bürokratisch deformiert. Nach dem Modell der stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion stützte sich die chinesische Bürokratie auf das nationalistische Dogma vom „Sozialismus in einem Land" und schloss das Proletariat von der politischen Macht aus.

Wie Trotzki im *Übergangsprogramm,* dem Gründungsdokument der Vierten Internationale, schrieb, wurde der Staatsapparat mit der Konsolidierung der stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion „aus einer Waffe für die Arbeiterklasse zu einer Waffe der bürokratischen Gewalttätigkeit gegen die Arbeiterklasse und mehr und mehr zu einer Waffe der Sabotage an der Wirtschaft". Wie die stalinistischen Bürokratien in der Sowjetunion und Osteuropa hat die chinesische Bürokratie keine andere Antwort auf den feindlichen Druck des Weltimperialismus, als die Einführung von „Marktreformen", um die zentrale Planung und Leitung als Mittel zur Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz zu ersetzen. Man sollte auch nicht vergessen, dass die Zerstörung der ehemaligen UdSSR - wozu WP ihren eigenen kleinen Teil beigetragen hat - diejenigen außerordentlich ermutigt hat, die China in die Zeit der kapitalistischen Sklaverei und der imperialistischer Unterjochung zurückbringen wollen.

Viele der sozialen Errungenschaften der Chinesischen Revolution *werden* gerade beseitigt und Arbeitslosigkeit erreicht mit der Schließung oder Privatisierung staatseigener Industriezweige gewaltige Ausmaße. Die chinesische Bürokratie ist selber ein wichtiger Teilhaber an Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Kapitalisten in den „Sonderwirtschaftszonen", während sie weiterhin chinesisches Auslandskapital einlädt, im Land zu investieren; dadurch öffnet sie ganze Regionen für die kapitalistische Ausbeutung. Aber China hat keine kapitalistische Wirtschaft; die staatseigene Industrie ist immer noch vorherrschend. Es hat auch keine Konterrevolution stattgefunden, die den existierenden Staat zerschlagen und ihn durch einen neuen, der Verteidigung kapitalistischer Eigentumsformen verpflichteten Staat ersetzt hätte.

Außerdem, wenn man einzig und allein aus dem Handeln der Bürokratie den Klassencharakter des chinesischen deformierten Arbeiterstaates herleitet, wie WP es tut, degradiert man die Arbeiterklasse zu einem rein passiven Objekt entweder der Bürokratie oder des Imperialismus. In beiden Fällen wird eine proletarisch-revolutionäre Perspektive und die Rolle des Bewusstseins, d. h. die Notwendigkeit einer leninistischen Avantgardepartei zur Führung des Proletariats, ausgeschlossen.

Wie Trotzki in *Verratene Revolution* erklärte: Die Bürokratie „verteidigt das Staatseigentum nur in dem Maße, in dem sie das Proletariat fürchtet". Was der chinesischen Bürokratie Einhalt gebietet, ist die massive Welle von Arbeiterstreiks und -protesten gegen die Auswirkungen der kapitalistischen „Marktreformen". So schrieben wir in einem Artikel über den Aufstand arbeitsloser chinesischer Bergarbeiter vom letzten Februar (siehe „China: Bergarbeiter-

Fortgesetzt auf Seite 24

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 23

Aufstand gegen ‚Marktreformen'", *Spartakist* Nr. 140, Sommer 2000):

> „Die Bürokratie, die der kapitalistischen Konterrevolution den Weg ebnet, bereitet dadurch gleichzeitig den Boden für eine neue revolutionäre proletarische Explosion vor - nicht für eine *soziale* Revolution wie 1949, die die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft zerschlagen würde, sondern eine *politische* Revolution, um die parasitäre herrschende Oligarchie zu stürzen und die politische Macht in die Hände der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte (Sowjets) zu legen. Das chinesische Proletariat ist mit der dringenden Aufgabe konfrontiert, eine leninistisch-trotzkistische Partei als Teil einer wiedergeschmiedeten trotzkistischen Vierten Internationale aufzubauen, um diese politische Revolution vorzubereiten und zu leiten, um an der Spitze der Massen zu stehen und die spontanen und lokalen Arbeiterkämpfe zur Eroberung der politischen Macht zu führen."

Wie praktisch für WP (und im Sinne von Shachtman!), einfach zu erklären, dass die kapitalistische Restauration in China gesiegt habe. Wirkliche Trotzkisten würden mehr als nur ein wenig Selbstkritik üben, wenn sie diese historische Niederlage hätten geschehen lassen, ohne dagegen gekämpft zu haben - und ohne sie auch nur bemerkt zu haben! Ganz anders die linken Labour-Anhänger von Workers Power, für die die internationalistische Pflicht, die Errungenschaften der chinesischen werktätigen Massen zu verteidigen, noch weniger als nebensächlich ist.

Für neue Oktoberrevolutionen!

Für den Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa ist letzten Endes die stalinistische Bürokratie verantwortlich. Indem sie die Lüge vom „Sozialismus in einem Land" und von „friedlicher Koexistenz" mit dem Imperialismus predigte, sorgte sie für die politische Entwaffnung der Arbeiterklasse, die durch Repression atomisiert und deren Bewusstsein durch stalinistischen Nationalismus vergiftet wurde: Damit wurde die einzig mögliche langfristige Grundlage für die Diktatur des Proletariats zerstört, eine klassenbewusste Arbeiterklasse, die für ihre historischen Interessen kämpft.

Die IKL kämpfte bis an die Grenzen ihrer Mittel und Möglichkeiten, um die übrig gebliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen Imperialismus und Konterrevolution zu verteidigen. Wo Workers Power das Proletariat der deformierten Arbeiterstaaten abschrieb, initiierten wir im Laufe unserer Intervention in die beginnende politische Revolution in der DDR 1989/90 am 3. Januar 1990 eine Mobilisierung von 250000 Menschen gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals der Roten Armee im Treptower Park in Berlin. Wenn auch geprägt durch das Missverhältnis der Kräfte, sah man bei der Treptower Mobilisierung einen politischen Kampf zwischen dem trotzkistischen Programm der politischen Revolution und dem stalinistischen Programm von Kapitulation und Konterrevolution. Zehn Jahre später wurde dies vom ehemaligen Sowjetführer Gorbatschow in einem Interview zugegeben, wo er erklärte: „Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert, die sich in der DDR entwickelten. Und eine besonders kritische Situation ergab sich im Januar [1990]. Von der Natur der Dinge her lief ein Zerfall der Strukturen. Es gab eine Gefahr - eine Gefahr der Desorganisation, der großen Destabilisierung. Wenn Sie so wollen, fing das am 3. Januar an, und weiter fast jeden Tag..."

Wir haben uns mit unserem Kampf zur Mobilisierung des Proletariats gegen den kapitalistischen Anschluss der DDR nicht durchgesetzt. Aber für uns war es keine „abstrakte" Frage, wir haben *gekämpft,* um die Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verteidigen, und haben für eine proletarisch-politische Revolution gekämpft, um die stalinistische Bürokratie, die die DDR an den Rand der kapitalistischen Konterrevolution gebracht hatte, wegzufegen. Wir haben *gekämpft* gegen die Konterrevolution von Jelzin und Bush. Heute kämpfen wir für die bedingungslose militärische Verteidigung der übrig gebliebenen Arbeiterstaaten: China, Kuba, Vietnam und Nordkorea. Unsere Verteidigung dieser Staaten beruht auf unserer unversöhnlichen Opposition gegen den Weltimperialismus und unserem Kampf für neue Oktoberrevolutionen. Dass die LRKI das trotzkistische Programm der Verteidigung der Arbeiterstaaten ablehnt, beruht auf ihrer Anpassung an die bürgerliche Ordnung.

Die Differenzen zwischen der IKL und der LRKI können in einem Wort zusammengefasst werden: dem *Staat.* Jede Aktivität unserer Partei ist auf die Organisierung, Ausbildung und Stählung der internationalen proletarischen Avantgardepartei ausgerichtet, die notwendig ist für die Eroberung der Staatsmacht. Im Gegensatz dazu ist die Politik der Reformisten und Zentristen wie Workers Power dadurch bestimmt, dass sie die Interessen des Proletariats den Beschränkungen der kapitalistischen Gesellschaft unterordnen. Wie Trotzki in *Verteidigung des Marxismus* schrieb, wo sein Kampf gegen Shachtman/Burnham festgehalten ist: „Es ist die Pflicht von Revolutionären, jede Eroberung der Arbeiterklasse zu verteidigen, auch wenn sie durch den Druck feindlicher Kräfte vielleicht entstellt ist. Diejenigen, die alte Positionen nicht verteidigen können, werden niemals neue erobern." Hinter all den verrückten „Theorien" der LRKI über den Klassencharakter des Staates steckt nichts weiter als ein Alibi für ihr Ausweichen vor der elementaren Pflicht wirklicher Trotzkisten, sich gegen die Pläne „unseres" Imperialismus zu stellen, der China für die kapitalistische Ausbeutung zurückerobern will, und ihre Ablehnung des Kampfes für die proletarische Staatsmacht.

Übersetzt aus Workers Hammer M *175, Winter 200012001*

Spartacist
Deutsche Ausgabe Nr. 21
Frühjahr 2000

Enthält
„Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Alle US/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan, jetzt!"

DM 4,-
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 5 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601, Postbank
Frankfurt/M., BLZ 50010060



SPARTACIST
NUMMER 21 DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2000 DM 4,-/öS 30

Die Russische Revolution und der Zusammenbruch des Stalinismus

Der Bankrott der Theorien über eine „Neue Klasse"

Tony Cliff und Max Shachtman: proimperialistische Komplizen der Konterrevolution

SEITE 6

Der stalinistische Thermidor, die Linke Opposition und die Rote Armee 2

Über Trotzkis Konzept einer „Reiss-Fraktion" in der sowjetischen Bürokratie 28

Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo!
Alle US/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan, jetzt! 46

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga vom April 1999
Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution — verteidigt Serbien! 49

Women and Revolution und die Perspektiven der IKL
Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! 64

Schmiedet eine trotzkistische Partei! Für Arbeiterrevolution!
Die Lehren von Indonesien 1965

SEITE 31



Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 20 November 1977 0,80 DM/Laden 1,00 DM

Schluß mit der „Terroristen"-Hatz!

Westdeutsche Linke kapituliert vor der Hexenjagd

Schluß mit der Vernichtungsfolter!

Freiheit für die gefangenen Genossen der RAF!

Mai 1977 3

Bankrott des kleinbürgerlichen Terrorismus

Keine Träne für Buback

Jetzt rufen sie wieder nach dem starken Staat, nach verschärften Gesetzen, nach dem noch rascheren Ausbau des Repressionsapparates. Bundeskanzler Schmidt reiht sich – „nicht zögerlich" – in den Chor derjenigen ein, die „innerlich" bereit sind, „bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist" (*Der Spiegel*, 19. April). Wozu er und seinesgleichen – Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberale – ...

... nach sofortiger und bedingungsloser Freilassung von Baader, Ensslin und Raspe muß auch und gerade dann erhoben werden, wenn die Chance für ihre unmittelbare Durchsetzung denkbar gering ist. Die Mobilisierung der Arbeiterbewegung zur Befreiung aller gefangenen Genossen wird nur dann jemals erreicht werden, wenn die bewußtesten Elemente diese Forderung unermüdlich in die Arbeiterklasse hineintragen.

was tun D1818C

Wochenzeitung der Gruppe Internationale Marxisten

Der individuelle Terror nützt nur der Rechten!

Herbst 1977: *Kommunistische Korrespondenz* (Vorgängerin des *Spartakist)* verteidigte die RAF, während pseudotrotzkistische GIM sich der Hetzkampagne der Bourgeoisie gegen die RAF anschloss

SPD/Grünen-Regierung...

Fortsetzung von Seite 15

Die Entführung und spätere Erschießung Schleyers beruhten auf Hass und Feindschaft gegenüber dem imperialistischen System. Im Gegensatz dazu war die Entführung der „Landshut" und die Geiselnahme von 86 unschuldigen Touristen und die Ermordung des Flugkapitäns ein nicht verteidigbarer Akt wahllosen Terrors gegen eine zufällige Gruppe von Menschen. Am 18. Oktober 1977, einen Tag nachdem Kanzler Schmidts Killer-Eliteeinheit GSG-9 die „Landshut" gestürmt hatte, waren die RAF-Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe im Stammheimer Hochsicherheitstrakt tot - erschossen, erhängt in ihren täglich durchsuchten, rund um die Uhr observierten Isolationszellen. Schon 1976 war Ulrike Meinhof erhängt in ihrer Zelle aufgefunden worden. Die einzige Überlebende, die durch vier Messerstiche in die Brust schwer verletzte Irmgard Möller, hat ebenso wie Anwälte der RAF der offiziell verbreiteten Selbstmord-These immer vehement widersprochen.

Der „deutsche Herbst" 1977 - SPD-Staatsterror gegen die Linke

Es hatte von Anfang an keinen Zweifel gegeben, dass die Prozesse gegen die RAF Mitte der 70er-Jahre einen Präzedenzfall gegen die gesamte Linke und Arbeiterbewegung darstellten. Die Gefangenen der RAF waren lebendig begraben in weiß getünchten, mit Neonlicht erhellten Isolationszellen, teilweise sogar ohne die Erlaubnis ihre Anwälte zu sehen. Im April 1977 drohte SPD-Kanzler Schmidt, „bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist" *(Der Spiegel,* 19. April 1977): Einführung von Kronzeugen, Lauschangriff, Todesschüsse, Vorbeugehaft, Demonstrationsverbote, Verschärfung des Ausländerrechts, Verbotsdrohungen gegen linke Organisationen, Berufsverbote. Im Herbst 1977 erreichte die hoch gepeitschte Terroristen-Hysterie und das Wüten der Ordnungsbestie einen Höhepunkt. Die gleichgeschalteten Medien verdächtigten jeden, der nicht offen den Polizeiterror unterstützte, als „Sympathisanten" der „Terroristen"; dazu reichte es schon, Baader-Meinhof-Gruppe statt Baader-Meinhof-*Bande* zu sagen! Heinrich Bölls „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" befasst sich mit dieser tödlichen Hysterie, Böll galt als „Sympathisant" ebenso wie Jean-Paul Sartre, der Andreas Baader im Knast besuchte. In Stuttgart wurde die Aufführung des klassischen griechischen Dramas „Antigone" verboten, in dem sich eine Frau gegen einen Tyrannen wehrt. Öffentliche Gebäude wurden mit Sandsäcken und MGs verbarrikadiert. Besonders die Bevölkerung in den Arbeiterbezirken wurde massiv eingeschüchtert: Schützenpanzer an Straßensperren, wo jeder, umzingelt von bis an die Zähne bewaffneten Bullen, durchsucht wurde. Wer nachts mal ein Verkehrszeichen übersah, blickte unvermittelt in den Lauf eines Gewehrs. Dieser Staatsterror wurde von der gleichen SPD durchgeführt, die weniger als 60 Jahre zuvor Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermorden ließ.

Die Maske der „Neutralität" des Staates zerbrach. Die bürgerliche „Demokratie" zeigte ihr unverhülltes Gesicht als Diktatur der Bourgeoisie, die sich auf ihre Repressionsorgane, „besondere Formationen bewaffneter Menschen" stützt, um jeden Widerstand zu brechen oder gleich ganz zu vernichten. Wir betonten: „Jedenfalls sind die Sandsäcke und Stacheldrahtverhaue, die Maschinenpistolen und Panzer nicht ein Zeichen, dass Schmidt & Co. vor dem Gedanken an einen gewaltigen Angriff der RAF zittern. Zweck des demonstrativen Ausbaus des Repressionsapparates des bürgerlichen Staates ist es, seine wirklichen Gegner, das Proletariat und diejenigen, die es im Kampf gegen das kapitalistische System führen würden, einzuschüchtern" *(Kommunistische Korrespondenz* Nr. 20, November 1977). Parlamentarische Institutionen wurden einfach beiseite geschoben von Helmut Schmidts bonapartistischem „Krisenstab" der Bourgeoisie: SPD-Kanzler, FDP-Vizekanzler, CDU-Chef Kohl, CSU-Chef Strauß, Justiz und Polizei. „Verkleidet in die Form der Wiedergabe von Volkes Meinung warf Franz Josef Strauß z. B. den Vorschlag in die Diskussion, Standgerichte zu schaffen und für jede erschossene Geisel einen RAF-Häftling zu erschießen" (Stefan Aust, *Der Baader-Meinhof-Komplex,* 1989).

Winfried Wolf - heute sitzt er im Bundestag für die PDS - war 1977 Redakteur der *was tun,* Zeitung der pseudotrotzkistischen Gruppe Internationaler Marxisten (Vorläufer von RSB und VsP e.V.). Deren Schlagzeile „Der individuelle Terror nützt nur der Rechten!" *(wastun,* 15. September 1977) war ein aktiver Beitrag zur bürgerlichen Hexenjagd, für die sie Arbeiter hinter einem ökonomistischen „Programm

Fortgesetzt auf Seite 26

SPD/Grünen-Regierung...

Fortsetzung von Seite 25

gegen Terror" mobilisieren wollten. Während sie sich weigerten, die RAF zu verteidigen, galt ihr Mitgefühl den Bullen, die auf der anderen Seite der Klassenbarrikade stehen: „Wir empfinden keine Freude über die Entführung Schleyers. Nicht nur wegen des Tods von vier Polizisten...". Diese Versöhnung mit den professionellen Streikbrechern des bürgerlichen Staates qualifizierte sie bestenfalls als kommende sozialdemokratische Bürokraten. Anfang 1978 nahm der DGB-Vorsitzende Vetter die Polizei„gewerkschaft" in den DGB auf, „als historischen Beitrag zur Aussöhnung zwischen Gewerkschaften und staatlicher Gewalt" *(Frankfurter Rundschau*, 10. März 1978). Diese Organisation der Arbeiterfeinde hat nichts in der Gewerkschaft verloren! Wir sagen: *Polizei raus aus dem DGB!*

Gesinnungsparagraphen und bürgerliche Klassenjustiz

Der Paragraph 129, der jemanden schon wegen „Werbung" für eine „kriminelle Vereinigung" verurteilen kann, wurde 1956 zum Verbot der KPD eingesetzt. 1976 wurde er durch den Paragraphen 129a noch verschärft, aufgrund dessen jemand wegen Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung" verurteilt werden kann, ohne irgendeine Straftat begangen zu haben. Schon seit Anfang der 80er-Jahre, als die Organisationen Devrimci Sol und Halk Der verboten wurden, ist dieser Paragraph ein bevorzugtes Instrument der Bourgeoisie zur Verfolgung kurdischer und türkischer Linker, die heute die größte Gruppe der linken politischen Gefangenen stellen und häufig Isolationshaftbedingungen ausgesetzt sind. Und 1993 wurde der RAF-Unterstützer Wolfgang Grams von GSG-9-Bullen mit aufgesetztem Kopfschuss in Bad Kleinen hingerichtet. „Wolfgang Grams wurde keine einzige Tat vorgeworfen, allein die ‚Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung', und dies reicht der Bourgeoisie als Freibrief zum Töten", schrieben wir in *Spartakist* Nr. 105 (Juli/August 1993). *Freiheit für alle linken Gefangenen! Weg mit den Paragraphen 129 und 129a! Weg mit dem Verbot von DHKP-C, THKP-C und PKK! Volle Staatsbürgerrechtefür alle, die hier leben!*

Die Liste der Aktivitäten von SPD/Grünen, um den Staat der Bourgeoisie gegen alle Feinde zu stärken, wächst jeden Tag mehr. Gerade wurden Demonstranten gegen den Castor-Transport brutal niedergeknüppelt. Die Befugnisse des Bundesgrenzschutzes werden ausgeweitet und damit eine nationale Polizeitruppe etabliert. Internet-Provider und Telefongesellschaften werden gezwungen, jeden Zugang zu erfassen und Abhöreinrichtungen zu installieren. Nach dem Willen von Innenminister Schily sollen Polizeikontrollen jeder Art „mit der Hand an der Waffe" durchgeführt werden. Schily, der in den RAF-Prozessen als Verteidiger füngierte, hatte schon 1977 nach der Erschießung von Buback seine „tiefe Empörung" über dieses „schwere Verbrechen am Rechtsstaat" zu Protokoll gegeben. Heute will Schily die Wehrlosigkeit der Bevölkerung gegen den „Rechtsstaat" durch verschärfte Waffengesetze sicherstellen, die immer Klassengesetze sind: Der bürgerliche Staat und Gangster hatten und haben immer Waffen. Der Auf- und Ausbau einer Gen-Datei wird bereits dazu benutzt, den Rachefeldzug der deutschen Bourgeoisie gegen Ex-Mitglieder der RAF fortzusetzen. Die *junge Welt* (24. Februar) berichtete, wie Gisela Dutzi, die acht Jahre lang eine Gefängnisstrafe als RAF-Unterstützerin absaß, auf dem Weg zum Arbeitsamt von fünf Bullen verschleppt und zu einer DNA-Probe gezwungen wurde. Begründung für diesen brutalen Überfall: „Da sich die frühere RAFlerin nicht von ihrer Vergangenheit distanziert und keine Reue bekundet habe, sei die Gefahr von Wiederholungstaten gegeben."

Jetzt wird in Berlin auf Basis von Aussagen des gekauften Kronzeugen Mousli ein Schauprozess gegen angebliche Mitglieder der Revolutionären Zellen wegen eines Sprengstoffanschlags 1987 auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Westberlin und wegen Knieschuss-Attentaten auf den Leiter der Berliner Ausländerbehörde und auf den Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht vorbereitet.- Gleichzeitig sitzen Hunderte von Flüchtlingen in Abschiebeknästen und werden täglich abgeschoben, oft in den Tod. Die Aktionen der RZ sind vom Standpunkt der Arbeiterklasse kein Verbrechen! Sofortige Einstellung des Verfahrens!

Bei einer Informationsveranstaltung zu diesem Prozess am 23. März in Berlin argumentierten Genossen der SpAD für unsere Perspektive der Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Klassenjustiz der Bourgeoisie. Wir verteidigen die RAF, die RZ, aber auch Egon Krenz und fordern deren Freilassung. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Unsere Verteidigung von Krenz rief einen Sturm der Empörung bei der Mehrheit der Anwesenden aus dem autonomen Spektrum hervor. Da die Autonomen die Mobilisierung der Arbeiterklasse wütend ablehnen, suchen sie nach „respektablen" Bündnispartnern wie PDS-Gallionsfigur Gregor Gysi oder Grüne-Ministerin Renate Künast. Sie hoffen absurderweise, dass dieselbe SPD/Grünen-Regierung, die den Staatsterror gegen Linke und Immigranten durchführt und verschärft, sich für die Gefangenen einsetzt, die sie vor über einem Jahr ohne Anklage in den Knast warf. Wie sehr diese Leute die sozialdemokratische Politik des Antikommunismus und der Klassenkollaboration widerspiegeln, wird klar, wenn man sieht, wer erster Unterzeichner der „Presseerklärung zur Eröffnung des Berliner ‚RZ-Prozesses'" des „Berliner Bündnisses für Freilassung" vom 21. März ist: Die „Kritischen Polizistinnen", Vertreter der bewaffneten Formationen der Bourgeoisie, die im Dezember 1999 mit 1000 Bullen in Kampfmontur das linke Zentrum Mehringhof in Berlin überfielen und dort nach „Beweisen" für die Verurteilung der RZ suchten! Die Politik der Autonomen *sabotiert* jede wirkliche Verteidigung!

Die bürgerliche Klassenjustiz kann ebenso wenig „demokratisiert" werden wie.der bürgerliche Staatsapparat insgesamt, der das Privateigentum an Produktionsmitteln sichert. Die Arbeiterklasse ist die einzige soziale Kraft, die die Macht hat, das rassistische kapitalistische Ausbeutersystem zu stürzen. Dazu ist ein geduldiger, programmatisch harter Kampf nötig, um die Arbeiter von den sozialdemokratischen Irreführern SPD und PDS und den kleineren linken Trabanten in deren Schlepptau zu brechen und eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei in der Tradition Lenins und Trotzkis aufzubauen.«

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 32

Das Aubry-Gesetz hat die Löhne praktisch eingefroren, und mit dem PARE-Plan hat die Regierung die Arbeitslosenversicherung ausgehöhlt. Viele Leute erkennen, dass, wenn der MEDEF [Kapitalistenverband] damit durchkommt, dass Arbeiter 45 Jahre arbeiten müssen, bevor sie eine volle Rente kriegen, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als nächste von den Rentenkürzungen bedroht sind, die sie im Dezember 1995 zurückgeschlagen haben. Tatsächlich haben die Bosse der Privatwirtschaft sich von dem Charpin-Bericht inspirieren lassen, der im letzten Jahr veröffentlicht wurde und der den Vorschlag macht, die Zahl der Bedingungen drastisch zu erhöhen, die man erfüllen muss, um eine volle Altersrente im öffentlichen Dienst zu erhalten.



Jean-Marie Thuluer

Als militante Streikposten im Dezember den öffentlichen Nahverkehr von Rouen zum Stillstand brachten, reagierten die Bosse mit gerichtlichen Verfügungen gegen Streikpostenketten

Die Arbeiterklasse dieses Landes zeigt, dass sie kämpfen will. Die Gewerkschaftsbürokraten sahen sich gezwungen, zu Massendemonstrationen aufzurufen, um Dampf abzulassen, womit sie den „sozialen Frieden" im Vorfeld der Kommunalwahlen störten - so gab es eine Demonstration des öffentlichen Dienstes am 18. Januar, eine hauptsächlich vom privaten Sektor getragene Demonstration am 25. Januar und einen Streik des öffentlichen Dienstes am 30. Januar. Das ist sehr ungewöhnlich und zeugt von der tief sitzenden Wut an der Basis. Doch während sich die Gewerkschaftsbürokraten auf die gerechte Empörung über den arroganten MEDEF stürzen, betteln sie gleichzeitig die bürgerliche Volksfrontregierung an, eine härtere Position gegen die Bosse einzunehmen. 1995 griffen die Gewerkschaften mit ihren Losungen die rechtsgerichtete Juppé-Regierung an und riefen zum Kampf gegen sie auf, heute aber bitten sie nur demütig die von Jospin geführte Regierung um Zugeständnisse.

Es ist eine Lüge, dass diese Regierung eine „Arbeiterregierung" sei, und diese Lüge bewirkt, dass die Volksfront, wenn sie die Errungenschaften der Arbeiter angreift, weniger Widerstand hervorruft als eine rechte Regierung. Jospin brüstet sich, seine Regierung habe weit mehr privatisiert als die Regierung seines Vorgängers, was stimmt. Und die so genannte „extreme Linke" ist zutiefst darin verwickelt. Bei den Wahlen 1997 hat sie zur Wahl der Kandidaten der gegenwärtigen Regierung aufgerufen; sie hat bekommen, was sie wollte, und hat die letzten drei Jahre damit verbracht, auf Jospin & Co. Druck auszuüben, damit diese im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten handeln.

Viele der Streiks, die stattgefunden haben, sind sehr isoliert geblieben. Um nur ein Beispiel zu nennen: Es gab in den letzten Monaten bei der Post *mehr als 1000* Streiks, jeweils bei einem einzelnen Postamt oder Verteilerzentrum. Statt die Postarbeiter der verschiedenen Standorte in einem einzigen machtvollen Streik zu vereinen, manipulieren die Gewerkschaftsführer die Wut der Arbeiter in Richtung isolierter und vereinzelter Aktionen und folgen damit der Taktik der Regierung, das Aubry-Gesetz Standort für Standort bei der Post durchzusetzen.

Die Losung „tous ensemble" [alle gemeinsam] ist populär, denn die Arbeiter empfinden das Bedürfnis nach einer gemeinsamen Gegenwehr gegen die Angriffe. Aber „tous ensemble" mit wem? Zu welchem Zweck? Für diese verräterischen Irreführer wird das starke Bedürfnis der Arbeiterklasse nach Einheit zu einer obszönen „Einheit" mit genau den Kräften, die diese Angriffe gegen die Arbeiterklasse betreiben. Gleichzeitig spalten sie die Arbeiterklasse, wo sie nur können.

Die Spaltung der Gewerkschaften entsprechend den politischen Parteien, die sie unterstützen, spaltet und schwächt die Arbeiterklasse. Als Verteidigungsorganisationen müssen die Gewerkschaften auf der breitestmöglichen Grundlage aufgebaut werden, um die *Einheit* der Arbeiterklasse gegen die kapitalistischen Ausbeuter zu maximieren. Deshalb kämpfen wir für *eine einzige Industriegewerkschaft* in jedem Industriezweig. Solche Gewerkschaften kann man nicht durch eine Fusion der gegenwärtigen verräterischen Gewerkschaftsbürokratien an der Spitze erreichen; sondern sie müssen im Laufe des Klassenkampfes geschmiedet werden. Wir treten ein für Klassenkampf, nicht für Klassenzusammenarbeit, und für die völlige Unabhängigkeit der Arbeiterklasse gegenüber dem bürgerlichen Staat. Deswegen wenden wir uns auch gegen die in Frankreich übliche Praxis, dass Bullen, die für die Aufrechterhaltung der rassistischen kapitalistischen Ordnung zu sorgen haben, „Gewerkschafts"-mitglieder sind. *Bullen raus aus den Gewerkschaften!*

" Die Aufsplitterung der Arbeiterklasse wird durch die künstliche Trennung in einen „öffentlichen" und einen „privaten" Sektor noch verschärft. Dies ist nur ein weiteres Mittel, um die Arbeiterklasse in diesem Land zu spalten und damit ihre Kämpfe zu schwächen. Während der massiven Streiks im öffentlichen Dienst im Dezember 1995 kämpften wir gegen die Klausel, die nichtfranzösischen Bürgern verbietet, Staatsbedienstete zu sein, und für die Ausdehnung des Streiks auf den privaten Sektor, besonders auf die Autoindustrie mit ihrer mächtigen Arbeiterschaft, die zu einem großen Teil aus eingewanderten Arbeitern oder deren Nachkommen besteht. Das bedeutete natürlich auch, eine unzweideutige Haltung gegen Vigipirate einzunehmen, die rassistische militärische Kampagne gegen Jugendliche maghrebinischer Herkunft, von denen viele die Söhne und Töchter von Arbeitern im privaten Sektor sind, wie zum Beispiel den Autoarbeitern von Renault Flins. Eine solche Haltung beinhaltet auch die Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für alle Immigranten. Für Kommunisten sind eingewanderte Arbeiter nicht einfach „Opfer"; sie sind ein strategischer Bestandteil des Proletariats und eine Brücke

Fortgesetzt auf Seite 28

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 27

zur Arbeiterklasse ihres jeweiligen Herkunftslandes. Aber die chauvinistische und verräterische Führung der Arbeiterklasse, die diesen rassistischen Feldzug unterstützte, und die Pseudolinke waren Hindernisse für die potenziell machtvolle Aktionseinheit aller Unterdrückten: Sie wussten genau, dass ein solcher gemeinsamer Kampf der Arbeiterklasse schnell ihrer Kontrolle entgleiten könnte.

Nieder mit der bürgerlichen Volksfrontregierung von PS/PC/Grünen!

Die „Mehrheitslinke", die heute in Frankreich den Kapitalismus regiert, ist in diesem Lande der gewöhnliche Mechanismus der Klassenzusammenarbeit. Es ist eine Volksfront: ein Wahlbündnis zwischen bürgerlichen Arbeiterparteien, wie der PS [Sozialistische Partei] und der PC [Kommunistische Partei], und bürgerlichen Parteien, wie den Grünen, den Linken Radikalen oder der MDC [Bürgerbewegung] von Chevènement. „Mehrheitslinke", „Union der Linken", „heilige Union" oder „Volksfront": verschiedene Namen für das gleiche Spiel! Konfrontiert mit einer Verschärfung der Klassenkämpfe lässt die Bourgeoisie die reformistischen Arbeiterparteien an die Regierung im Austausch für die Garantie, dass sie die kapitalistische Ordnung schützen. Genau das passierte bei den Volksfronten 1936 und 1944-47, die vorrevolutionäre Situationen erdrosselten, und bei der „Union der Linken" von [PS-Präsident] Mitterrand 1972, die das Resultat des Verrats an dem machtvollen Generalstreik vom Mai 1968 und den sozialen Kämpfen war, die danach das Land erschütterten. Und so ist es auch heute bei der Jospin/Gayssot/Voynet-Volksfront, die aus den Streiks vom Dezember 1995 hervorgegangen ist. Eine solche Volksfront ist definitionsgemäß bürgerlich. Die Reformisten benutzen die „Einheit" mit ihren bürgerlichen Partnern als Vorwand, um jeden Verrat zu entschuldigen.

Hinter der Maske einer „Volks"regierung verwaltet die Volksfront den bürgerlichen Staat und führt die Angriffe des französischen Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse und die Unterdrückten durch. In Frankreich selbst bedeutet dies unerbittliche Austeritätsprogramme, rassistischen Krieg gegen die Jugendlichen der städtischen Ghettos, die größtenteils aus Immigrantenfamilien stammen, und Abschiebungen von Sans-Papiers [Immigranten ohne Aufenthaltsgenehmigung]. Es bedeutet die Institutionalisierung der Superausbeutung von Jugendlichen durch vorübergehende Jobs und befristete Arbeitsverträge, wo Hungerlöhne gezahlt werden und die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft verboten ist - alles im Namen der „Schaffung von Arbeitsplätzen". Es bedeutet, alle möglichen Beschränkungen des Abtreibungsrechts der Frauen zu akzeptieren und vor der reaktionären und frauerifeindlichen „Morallehre" der katholischen Kirche zu kapitulieren (siehe „Avortement libre et gratuit pour toutes!" [Freie und kostenlose Abtreibung für alle!]. *Le Bolchevik* Nr. 154, Herbst 2000).

Im Ausland handelt die Volksfront für den blutrünstigen französischen Imperialismus. Frankreich hat eine lange und schmutzige Geschichte von kolonialer Unterdrückung in Afrika, die sowohl von Volksfrontregierungen als auch von „rechten" Regierungen durchgeführt wurde. Der Algerienkrieg wurde unter verschiedenen Regierungen geführt, unter anderem von der „sozialistischen" Regierung von Guy Mollet, der die PC alle Vollmachten gab, die blutige Unterdrückung dort durchzuführen. Es sind die Streitkräfte der gegenwärtigen Volksfrontregierung, die an den imperialistischen Bombenangriffen während des Balkankrieges 1999 teilgenommen hatten und die noch heute Teil der Besatzungstruppen sind. Und erst kürzlich waren es die Kolonialtruppen der gleichen Jospin/Gayssot/Voynet-Regierung, die Ende November 2000 in Französisch-Guyana Menschen, die für die Unabhängigkeit demonstrierten - darunter Gewerkschaftsaktivisten -, brutal angegriffen haben. Französische/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan! Nieder mit der kolonialen Unterdrückung in Französisch-Guyana - französische Truppen raus! Für das Recht auf Unabhängigkeit für Französisch-Guyana und alle anderen noch verbliebenen französischen Kolonien! -Zerschlagt imperialistische Ausbeutung durch internationale Arbeiterrevolution!

Der Streik derTCAR in Rouen: Nieder mit der Repression gegen die Streikpostenketten!

Der jüngste Streik der Arbeiter des öffentlichen Nahverkehrs von Rouen (TCAR) ist ein Beispiel für einen ursprünglich militanten Streik, der von der verräterischen Gewerkschaftsführung sabotiert wurde, die nur zu gerne die „Regeln" befolgt, die der bürgerliche Staat aufgestellt hat. Als die Arbeiter am 19. Dezember 2000 ihren Streik begannen, gab es massive und effektive Streikpostenketten, die durch eine Blockade des Busdepots von Deux Rivières und des Metrodepots von Petit Quevilly den öffentlichen Nahverkehr in Rouen zum Erliegen brachten und die Stadt praktisch lahm legten. Konfrontiert mit dieser militanten Klassenaktion, reagierten die Bourgeoisie von Rouen und ihre von der PS geführte Stadtverwaltung sofort und führten einen Gegenschlag gegen diesen schon seit jeher kämpferischen Teil des Proletariats. Sie forderten von ihrer Justiz einen Gerichtsbeschluss gegen die Streikpostenketten. Prompt gaben die CGT-Gewerkschaftsbürokraten nach und appellierten an die Arbeiter, die Streikposten zu räumen. Einige Tage nachdem die Bosse mit den Streikenden einen Lohnabschluss ausgehandelt hatten, entließen sie fünf TCAR-Arbeiter und suspendierten zwei weitere wegen „Behinderung des Rechts auf Arbeit". Die Bourgeoisie und ihre Regierung wollten den TCAR-Streik dazu benutzen, der Arbeiterklasse ganz Frankreichs „eine Lehre zu erteilen": Versucht ja nicht, einen kämpferischen Streik zu organisieren, um die Produktion lahm zu legen. Wir sagten: Ein Streik heißt gerade, die Produktion lahm zu legen! Streikpostenketten überquert man nicht! Weg mit den Entlassungen und Strafen! Sieg den Streikenden von TCAR!

Während der TCAR-Streik zur Verteidigung der gemaßregelten Arbeiter weiterging, fuhr die Gewerkschaftsbürokratie mit Unterstützung der so genannten Linken in Rouen fort, die Busse und Straßenbahnen der Streikbrecher fahren zu lassen und damit die Forderungen der Bosse zu erfüllen: die Streikaktionen" wurden in Demonstrationen, Appelle an den PS-Bürgermeister, er möge doch vermitteln, und sogar in einen Hungerstreik gegen die Entlassungen umgewandelt. Am 5. Januar begannen sechs CGT-Aktivistcn einen Hungerstreik zur Verteidigung ihrer gefeuerten Gewerkschaftskollegen und schlugen ihr Lager in der Stadthalle von Rouen auf; das war ein Versuch, auf den PS-Bürgermeister Druck auszuüben, damit er im Kampf der Transportarbeiter gegen ihre Bosse vermittelt. Dieser Hungerstreik war zwar ein Akt der Solidarität mit den gemaßregelten Arbeitern, aber dennoch im Grunde ein Akt der Verzweiflung. Es war gerade die von der PS geführte kapitalistische Stadtverwaltung, die 1994 das Nahverkehrssystem von Rouen an das Privatunternehmen Vivendi übergab! Vivendi stimmte schließlich vorläufig der Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter zu, allerdings nicht an ihrem früheren Arbeitsplatz.

Indem die so genannte Linke in Rouen den PS-Bürgermeister anflehte, er möge doch gegen Vivendi vorgehen — was sie als leere Forderungen zur „Verteidigung des Streikrechts" formulierte —, verstärkte sie die Illusion, die PS-Regierung sei ..arbeiterfreundlich". Die reformistische

Ligue communiste révolutionnaire (LCR) schrieb: „Wie sollen wir glauben, dass die CAR [Gemeinde des Großraums Rouen] und das Bürgermeisteramt nicht genug Gewicht besitzen, um das Management der TCAR zur Vernunft zu bringen? Wer hat hier eigentlich das Sagen?" *(Rouge,* 11. Januar). Was Lutte ouvrière (LO) betrifft, so jammern auch sie: ..Auch am 13. Tag ihres Fastens ließ sich der PS-Bürgermeister nicht dazu herab, ihnen einen Besuch abzustatten!" *(Lutte Ouvrière,* 19. Januar)! Und sie beklagen sich: „Die gewählten Vertreter der Linken im Großraum Rouen, die über eine Mehrheit im Gemeinderat des Großraums (der Vivendi eine Nahverkehrskonzession erteilt hatte) verfügen, geben sich zufrieden mit zaghaften und sehr späten Interventionen" *(Lutte Ouvrière,* 26. Januar). Damit steht für LO die „linke" Regierung auf der richtigen Seite, sie sollte sich nur etwas mehr trauen!

Die PC, die ein wesentlicher Teil der Regierung Jospin/Gayssot ist, ging sogar so weit und applaudierte dem „stellvertretenden Bürgermeister von Mont-Saint-Aignan, Mitglied der UDF [rechtsgerichtete bürgerliche Partei], der meint: .Auch wenn die Haltung der Streikenden unannehmbar ist, so bleibt sie in einer schwierigen Situation doch verständlich'" *(l'Humanité,* 10. Januar). Die Lambertisten von der Parti des Travailleurs (PT) hören sich wirklich radikal an, wenn sie sagen: „Gerade die Jospin/Gayssot-Regierung ist der große Organisator von Privatisierungen gewesen" (Flugblatt vom 17. Januar). Aber ihre wirkliche Politik besteht in einer Petition unten auf dem gleichen Flugblatt, die ein Appell ist an Robert, Granpierre, Bourguignon und Massion - die lokalen PS- und PC-Politiker, die gleich von Anfang an gegen den Streik waren: „Ihr seid es, die TCAR bezahlen; ihr habt die ganze Macht zu der Entscheidung, dass diese Repression sofort aufhören soll." Die Gruppe Gauche révolutionnaire versucht mehr „links" zu klingen, aber sie hat die gleiche Strategie, Appelle an den PS-Bürgermeister zu richten: „Die Verantwortlichen der Communauté d'Agglomération Rouennaise (CAR) könnten eine ganz einfache Entscheidung treffen. Yvon Robert, Bürgermeister von Rouen und Vorsitzender der CAR, könnte Vivendi die Nahverkehrskonzession entziehen und so die fünf Streikenden wieder einstellen" (Flugblatt vom 16. Januar).

Alle Gruppen der „extremen Linken" vor Ort erwähnen in ihren Flugblättern und Artikeln überhaupt nicht die wichtige Frage der Streikposten und akzeptieren damit die Regeln der Bosse, wonach die Arbeiter zwar das „Streikrecht" haben, Streikpostenketten aber - die das „Recht auf Arbeit" der Streikbrecher behindern - nicht erlaubt sind. Am 18. September 1986 überquerte der Ortsgruppenführer der gegenwärtigen LO-Minderheit eine Streikpostenkette bei Renault-CKD in Grand-Couronne nahe bei Rouen, was wir in *Le Bolchevik* Nr. 67, (Oktober 1986) entlarvten; LO rechtfertigte ihren Streikbruch, indem sie die Streikpostenkette der CGT denunzierte: „Die Aktion der CGT in der letzten Woche wurde nicht durchgeführt, um andere Arbeiter in dem Bereich entweder zu überzeugen oder einzubeziehen und zu vereinigen. Vielmehr bewirkte sie deren Spaltung" *(Lutte Ouvrière,* 27. September 1986).

Ein Streik ist keine Protestdemonstration, wie die Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter gerne glauben machen möchte. Im Gegenteil, wie Leo Trotzki, bolschewistischer Führer der Russischen Revolution von 1917, inmitten der tumultartigen Klassenkämpfe in Frankreich Mitte der 30er-Jahre schrieb:

> „Der Streik ist die einfachste Form des Klassenkampfes, der in verschiedener Proportion stets ‚ideologische' mit physischen Maßnahmen vereinigt... Eigentlich ist der Streikposten ja der Keim der Arbeitermiliz. Wer den physischen Kampf ablehnen zu müssen meint, sollte auf allen Kampf verzichten, denn der Geist lebt nicht ohne den Leib." *(Wohin geht Frankreich?,* Oktober 1934)

Das „Streikrecht" wird zwar von der französischen Verfassung garantiert, aber Streikposten und andere kämpferische Aktionen gelten nach dem Gesetz als Mittel zur „Behinderung des Rechts auf Arbeit" und sind illegal. *Aber Streikpostenketten, Fabrikbesetzungen und Streiks mit Besetzung sind gerade die Methoden, die einen Streik effektiv machen!* Wie jeder Arbeiter weiß, der an einem kämpferischen Streik teilgenommen hat, und wie die Geschichte der französischen Arbeiterklasse zeigt, ist nur der Streik „illegal", der verloren geht. Richtige Streikposten, die die



AP

Proteste von LKW-Fahrern gegen hohe Spritpreise im letzten Herbst legten Belgien, Frankreich und andere europäische Länder lahm. Pseudolinke kapitulierten vor Volksfrontregierung und brandmarkten die Blockaden als „Streik der Bosse"

Produktion lahm legen, sind genau das Mittel, um einen Streik zu konsolidieren und auszuweiten, um die Arbeiter, die noch zögern, dafür zu gewinnen, sich dem Streik anzuschließen, um die Arbeiter in der Aktion zu organisieren und vor allem um den Streik gegen Streikbrecher und Bullen zu schützen. Genau so wurde der Streik bei Air France 1993 gewonnen: Die Streikenden blockierten die Start- und Landebahnen, machten die Flughäfen dicht und ließen sich nicht unterkriegen, als sie sich gegen die Angriffe der CRS [Bereitschaftspolizei] zur Wehr setzten.

Aber genau das wollen die gegenwärtigen Führungen der verschiedenen Gewerkschaften am allerwenigsten. Von der CGT, CFDT und FO [Gewerkschaftsverbände] bis zu den im Allgemeinen kleineren Gewerkschaften wie der SUD, die manchmal für „radikaler" gehalten wird als die „traditionellen" Gewerkschaften, werden die Gewerkschaften ebenso wie die „linken" Parteien, die ihre Führung stellen, von Leuten geführt, die -die Perspektive ablehnen, dass die Arbeiterklasse die Staatsmacht erobert und eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung durchsetzt. Da ihre Perspektive die Arbeit im Rahmen des Status quo ist, werden sie zu Hütern des kapitalistischen Systems (und das ist der Grund, weshalb die Bosse und deren Staat daran interessiert sind, ihnen massive finanzielle Unterstützung und umfangreiche Privilegien zukommen zu lassen). So weigern sie sich nicht nur, einen Kampf zu führen zur

Fortgesetzt auf Seite 30

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 29

Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen des Proletariats, sondern auch, für die Verteidigung der allgemeineren sozialen Interessen zu kämpfen. Anstatt zum Beispiel dafür zu kämpfen, dass Arbeiter, Männer und Frauen, das Recht haben, ihre Schichten selbst zu wählen und für Nachtschichten Sonderbezahlungen und volle Erstattung der Fahrtkosten zu erhalten, führten sie eine Kampagne gegen die Aufhebung des diskriminierenden Nachtarbeitsverbots für Frauen durch, womit sie praktisch die Moral der katholischen Kirche akzeptieren, wonach Frauen sich nachts um ihre Familien zu kümmern haben.

Bei einer solchen Führung ist es kein Wunder, dass in Frankreich nur ungefähr 9 Prozent des Proletariats Gewerkschaftsmitglieder sind (im Gegensatz zu 22 Prozent 1970) und dass die CGT, die immer noch die einflussreichste Gewerkschaft in der Privatindustrie ist, weniger als ein Viertel der Mitgliederzahl hat, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg hatte. Übrigens ist in Frankreich die Gewerkschaftsmitgliedschaft seit jeher in Zeiten scharfer sozialer Kämpfe angewachsen, danach aber, wenn die Kämpfe von den Führungen verraten worden waren, wurden massenhaft Gewerkschaftsausweise zerrissen. Aber man darf das Kind nicht mit " dem Bade ausschütten und Gewerkschaften wegen ihrer verräterischen Führer ablehnen. Was man braucht, ist eine neue Führung in den Gewerkschaften, eine klassenkämpferische Führung. Aber der Kampf für den Aufbau einer klassenkämpferischen Führung in der Arbeiterklasse muss den Kampf, die verräterischen Gewerkschaftsbürokraten rauszuschmeißen, mit dem Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei verbinden. Eine solche Arbeiterpartei würde für eine Arbeiterregierung kämpfen, die den Kapitalismus enteignet, um ein für alle Mal dem grauenhaften Gesellschaftssystem ein Ende zu bereiten, das den enormen industriellen Reichtum, den es aus dem Lebensblut der Arbeiterklasse herauspresst, in Elend und Armut verwandelt.

LO und die Volksfront

Von allen pseudotrotzkistischen Organisationen, die den Wahlsieg von Jospins Volksfront unterstützt haben, ist Lutte ouvrière diejenige, die heute am ernsthaftesten den Anschein zu erwecken versucht, dass sie sich von der Regierung distanziere. Aber das ist keine Überraschung, da LO ja Übung darin hat, die Stimmung in der Arbeiterklasse, die gerade jetzt wütend auf die Regierung ist, auszuloten und sich daran anzupassen. Auch wenn sie die PC kritisieren, flehen sie in Wirklichkeit die PC - die Teil der Volksfrontregierung ist - dennoch an, für die Arbeiter zu kämpfen.

LO ist ein Verwandlungskünstler; sie können manchmal sehr links auftreten, während sie dann wieder von dem übrigen Volksfrontsumpf nicht zu unterscheiden sind. Zum Beispiel war LO letztes Weihnachten gerade in einer linken Stimmung und hatte auf ihrer Titelseite die Überschrift: „Kommunismus ist der Kampf zum Sturz des Kapitalismus!" *(Lutte Ouvrière,* 22. Dezember 2000). Kaum einen Monat später war die Überschrift auf der Titelseite: „Erhebt euch gegen Danone ... und die Angriffe der großen Bosse!" *(Lutte Ouvrière,* 19. Januar), eine Schlagzeile, die von der PC oder selbst von der PS hätte stammen können.

Trotz ihres derzeitigen „linken" Auftretens ist die Hauptmethode von LO immer noch, an den Staat zu appellieren, er möge sich in positiver Weise für die Arbeiter einsetzen, womit sie Illusionen in die Regierung schüren. Der Staat ist keine über den Gesellschaftsklassen stehende neutrale Körperschaft. Der bürgerliche Staat, mit seiner Armee zur Verteidigung des französischen Imperialismus und seiner Polizei und seinen Gerichten zur Durchsetzung der rassistischen bürgerlichen Ordnung und zur Verteidigung des Privateigentums, ist das Exekutivkomitee der Kapitalisten. Zu den üblichen Bannern, die LO bei Demonstrationen dabei hat, gehören Appelle an die Volksfrontregierung wie „Enteignung der Unternehmen, die Entlassungen durchführen" und „Verbot von Entlassungen in Unternehmen, die Profit machen", mit denen Illusionen in die Volksfrontregierung verbreitet werden. Zwar stellen sie in einem Leitartikel *(Lutte Ouvrière,* 19. Januar) fest: „Diese so genannte linke Regierung dient genauso der Großbourgeoisie wie die rechte Regierung, die von ihr abgelöst wurde", argumentieren aber kurz zuvor: „Doch es ist nicht wahr, dass diese Regierung machtlos ist. Sie könnte Vergeltungsmaßnahmen gegen Danone ergreifen, mit der Beschlagnahmung des Unternehmens drohen, falls dieser Plan aufrechterhalten würde, oder zumindest mit der Streichung jeder Staatshilfe für Danone."

Aber eine kapitalistische Regierung - ob unter der „Linken" oder unter der „Rechten" - kann man nicht so unter Druck setzen, dass sie schließlich die kapitalistischen Profite aufs Spiel setzt, um für die Bedürfnisse der Bevölkerung zu sorgen. Eine kapitalistische Regierung macht nur dann Zugeständnisse, wenn sie Angst vor der Macht der Arbeiterklasse kriegt - eine Macht, die durch die Loyalität der Arbeiterführer zur Volksfront in Schach gehalten wird. Es ist notwendig, dass die Arbeiterklasse die Industrie durch eine Arbeiterrevolution enteignet.

LO entdeckt plötzlich den Klassencharakter des Staates wieder, wenn sie bei dem Versuch, sich „Verantwortlichkeiten" in den Gewerkschaften zu ergattern, die mit ihnen konkurrierenden Gewerkschaftsbürokraten in der Arbeiterbewegung anprangert. LO schreibt: „Die Tendenz der Gewerkschaften zur Integration in den bürgerlichen Staat - im Streben nach einer Zusammenarbeit mit den Bossen, die einer der Grundzüge der imperialistischen Epoche ist - hat sich offensichtlich in den letzten Jahren nicht abgeschwächt, ganz im Gegenteil" *(Lutte de classe,* Dezember 2000). Diese Anprangerung ist ein starkes Stück von einer Organisation, die selber erhebliche Subventionen vom kapitalistischen Staat einstreicht! Im Jahr 1999 stieg die Finanzierung von LO durch den Staat auf mehr als *7 Millionen* Francs *(Journal officiel,* 9. November 2000). Wie das Sprichwort sagt: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing! Es ist klar, dass man sich nicht für den Sturz der Bourgeoisie einsetzen kann, während man gleichzeitig von deren Staat Geld bekommt. Für Marxisten ist die Unabhängigkeit der Arbeiterorganisationen vom bürgerlichen Staat eine Frage des Prinzips.

Dass LO im Grunde die Regierung unterstützt, zeigte sich deutlich während der Blockaden der Lastwagenfahrer im September 2000 aus Protest gegen die enormen Spritpreise. Diese kämpferischen Aktionen waren bei den Werktätigen sehr populär. Nicht nur in Frankreich, sondern ebenso in Britannien, Deutschland und anderen Ländern zitterten die sozialdemokratischen Regime wie Espenlaub bei der Aussicht, dass diese außerparlamentarischen Proteste der Auslöser zur Entfesselung von Aktionen des Proletariats sein könnten. Die „extreme Linke" - diejenigen, die fälschlicherweise als Trotzkisten auftreten - tat umgehend die Proteste der Lastwagenfahrer als „Streik der Bosse" ab (siehe *Le Bolchevik* Nr. 154, Herbst 2000). Im Grunde reagieren diese Gruppen trotz ihres „linken" Geschwafels mit Entsetzen und Abscheu auf jede Bedrohung der Stabilität „ihrer" kapitalistischen Volksfrontregierung.

Wochenlang zog LO gegen die hohen Spritpreise zu Felde, doch als dann die Lastwagenfahrer ihre Blockaden errichteten, kam LO mit der Schlagzeile: „LKW-Transporte: Eine Regierung, die mehr Verständnis zeigt für die Bosse als für die Lohnempfänger" *(Lutte Ouvrière,* 8. September 2000). In einem Artikel nach dem anderen nannten sie die Lastwagenfahrer „Bosse", als Rechtfertigung dafür, die

Arbeiter von diesen kämpferischen Aktionen fern zu halten. So sind ihre Appelle an die Arbeiter, „mit der Faust auf den Tisch zu hauen" *(Lutte Ouvrière,* 15. September 2000), im Grunde nur leeres Gerede als Reaktion auf die große Popularität dieses Kampfes. Später, als die Blockaden aufgelöst worden waren und von daher die Gefahr für die Regierung abgewendet worden war, schwächte LO, im Kielwasser der PC, ihre Haltung ab. Ihre Forderung nach „Besteuerung der Profite der großen Ölgesellschaften und ebenso der anderen großen Industrie- und Finanzunternehmen" *(Lutte Ouvrière,* 22. September 2000), mit der sie etwas mehr links als die PC war, die nur die Ölgesellschaften im Visier hatte, war dennoch ein Mittel, um in den Rahmen des Parlamentarismus zurückzukehren und die Regierung anzubetteln.

Was ihre Wahlpolitik angeht, so erklärte LO mit dem Gespür, woher der Wind weht, in *Lutte de classe* vom Dezember 2000: „Es kommt für uns nicht in Frage, unsere Kandidatenlisten für die zweite Runde mit denen der Regierungslinken zu vereinigen oder zu deren Wahl aufzurufen. Es kommt auch nicht in Frage, Kandidatenlisten mit Bewegungen oder Aktivisten aufzustellen, die sich nicht eindeutig auf den Boden der Arbeiterklasse stellen und die übrigens auch nichts mit der LCR und noch weniger mit Lutte Ouvrière zu tun haben wollen." Aber gerade erst im letzten Frühjahr während ihrer Diskussionen mit der LCR über die Möglichkeit einer gemeinsamen Liste schrieb LO: „Der Aufruf zur Wahl der Linken in der zweiten Runde erscheint uns in der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Situation unannehmbar, außer selbstverständlich bei jenen seltenen Ausnahmefällen, wo es zu einem Duell zwischen der Linken und der FN [Nationale Front] kommen könnte" *(Lutte de classe,* Mai/Juni 2000). Diese „Ausnahmefälle" benutzte LO bei den Parlamentswahlen 1997 als Vorwand für ihre Unterstützung der PS und PC gegen die FN. Der „Kampf gegen Rechts" und der „Antifaschismus" sind in Wirklichkeit die klassischen „linken" Argumente zur Unterstützung von Volksfronten.

Zurzeit halten die Kapitalisten die Faschisten in Reserve; sie benötigen sie im Augenblick nicht, denn sie haben ja die Volksfront, um die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse im Zaum zu halten, aber die Faschisten bleiben eine tödliche potenzielle Gefahr für die Gewerkschaften und alle Unterdrückten. Die Volksfront stellt überhaupt kein Hindernis für den Faschismus dar, sondern sie ebnet dem Faschismus den Weg, indem sie die Arbeiterklasse demobilisiert - die einzige Kraft, die die Faschisten aufhalten kann - und indem sie den Sozialismus dadurch diskreditiert, dass sie den Anspruch erhebt, „sozialistisch" zu sein, während sie eine brutale kapitalistische Austeritätspolitik durchsetzt. Die Massenbasis für den Faschismus ist das ruinierte Kleinbürgertum. Eine kühne revolutionäre proletarische Führung kann kleinbürgerliche Schichten für die Seite der Arbeiterklasse gewinnen, indem sie eine klare sozialistische Lösung der kapitalistischen Krise bietet; ohne eine solche Führung wird das verzweifelte Kleinbürgertum in die Arme der Faschisten getrieben. Auf jeden Fall sind die Faschisten keine Parlamentarier: Sie wachsen nicht durch Wahlen, sondern durch außerparlamentarische Straßenaktionen von rassistischen Mobs gegen Immigranten und die Arbeiterklasse. Wir kämpfen für militante Arbeiter/Immigranten-Massenmobilisierungen, gestützt auf die Stärke der organisierten Arbeiterklasse, um die Faschisten in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben. Doch wir wissen, dass Rassismus und Faschismus im Kapitalismus angelegt sind, und um sie ein für alle Mal zu beseitigen, ist es notwendig, das ganze kapitalistische System zu stürzen.

LO wird von Teilen der Arbeiterklasse für „linker" oder „radikaler" gehalten als die PC (nach jüngsten Umfragen würde Ariette Laguiller [von LO] Robert Hue [PC-Führer] schlagen, wenn die beiden bei den Präsidentschaftswahlen 2002 zu den Kandidaten gehören würden). Würde LO einen offen gegen die Volksfrontkandidaten gerichteten Wahlkampf führen, auch dort, wo diese gegen Kandidaten von FN/MNR [die zwei bedeutendsten faschistischen Organisationen in Frankreich] antreten, könnten Revolutionäre überlegen, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen zu einer, wenn auch sehr kritischen, Wahlunterstützung für die LO-Kandidaten aufzurufen. Bislang hat es LO vermieden, eine klare Aussage zu machen, dass sie gegen alle Kandidaten der Volksfront antreten wird, und der Leitartikel von Ariette Laguiller in der Ausgabe von *Lutte Ouvrière* vom 26. Januar, der die „heuchlerische" Regierung kritisiert, hält implizit an der Möglichkeit fest, Kandidaten der PC, die sich links geben, allein aufgrund der Frage der Renten zu wählen: „Da wir ja innerhalb der nächsten beiden Monate dazu aufgerufen sind, zur Wahl der Gemeindelisten Stellung zu beziehen, lasst uns die Gelegenheit ergreifen und von den Kandidaten, die uns um unsere Stimme bitten, verlangen, dass sie zu diesem Rentenproblem eine klare Haltung einnehmen."

Für eine revolutionäre Führung! Für Arbeiterrevolution!

Die so genannte „extreme Linke", die dann, wenn es hart auf hart kommt, die kapitalistische Volksfront unterstützt, ist ein *Hindernis* für den Aufbau einer revolutionären Partei, die notwendig ist, um das Proletariat zur Eroberung der Staatsmacht zu führen. Diese „Linken" behaupten, für Sozialismus zu sein, akzeptieren aber die Grenzen dessen, was unter dem Kapitalismus „möglich" ist. Ihre Perspektive, am kapitalistischen System herumzubasteln und sich um die Krümel von der Tafel der Bosse zu prügeln, verbreitet die Illusionen, dass unter dem „Druck der Massen" der Kapitalismus dazu gebracht werden könne, dem „Volk zu dienen". Wir brauchen eine revolutionäre Partei, um die Kämpfe der Arbeiter und aller besonders unterdrückten Schichten - Frauen, Jugendliche, Immigranten, ethnische Minderheiten - zu vertiefen und zusammenzuschweißen zu einem Klassenkrieg gegen den Kapitalismus.!



SPARTAKIST

Klassenkampf erschüttert Frankreich

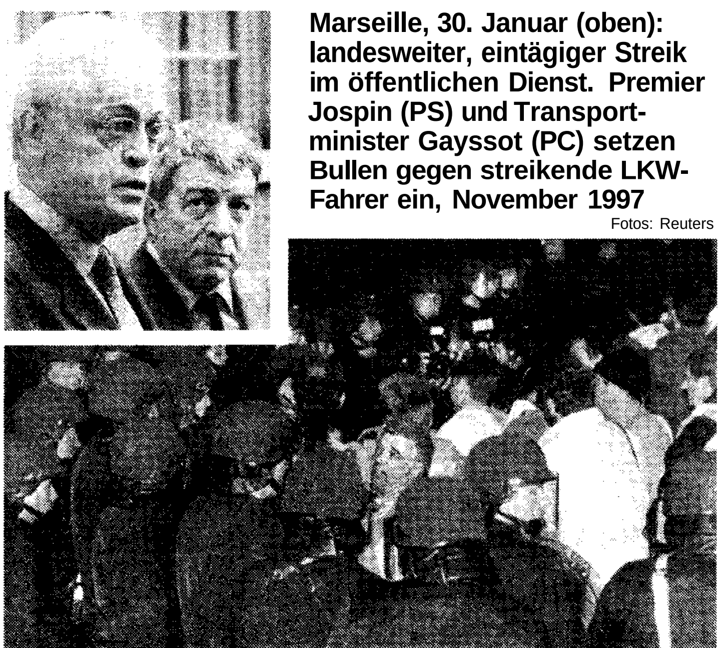
In den letzten Monaten erlebte Frankreich eine Welle von Klassenkämpfen gegen die bürgerliche Koalitionsregierung von Premierminister Lionel Jospin von der Sozialistischen Partei (PS), der auch Jean-Claude Gayssot von der Kommunistischen Partei (PCF) als Transportminister und Dominique Voynet von den bürgerlichen Grünen als Umweltministerin angehören. Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Le Bolchevik *Nr. 155 (Winter 2000/2001), Zeitung der Ligue trotskyste de France. Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.*

LE BOLCHEVIK

29. Januar - Die Arbeiterklasse in Frankreich hat genug von den ständigen Angriffen, die die kapitalistische Regierung von Jospin/Gayssot/Voynet gegen sie richtet. In den letzten Monaten erlebte das Land eine Vielzahl von Streikaktionen, die sich hauptsächlich gegen die Folgen des „35-Stunden"-Gesetzes von Aubry richteten [ein Plan zur „Flexibilisierung" der Arbeitszeit in Abhängigkeit von der jeweiligen Nachfrage, bei dem die Bezahlung der Überstunden abgeschafft wird] und besonders gegen das Einfrieren der Löhne. Bemerkenswerterweise haben in einer Reihe dieser Streiks die Arbeiter Streikpostenketten mit dem Ziel errichtet, die Produktion lahm zu legen - eine entscheidende Maßnahme, um einen Streik zu gewinnen. Doch der kapitalistische Staat, zusammen mit der Gewerkschaftsbürokratie, die seiner Aufrechterhaltung treu ergeben ist. schritt ein, um die Streikpostenketten wegzuräumen und so die Streiks zu schwächen und zu untergraben.



AP



Marseille, 30. Januar (oben): landesweiter, eintägiger Streik im öffentlichen Dienst. Premier Jospin (PS) und Transportminister Gayssot (PC) setzen Bullen gegen streikende LKW-Fahrer ein, November 1997

Fotos: Reuters

Die jetzige Streikwelle kommt zu einer Zeit, wo der französische Kapitalismus mit seinem Wirtschaftsboom und dem jüngsten Sinken der offiziellen Arbeitslosenquote prahlt. Was aber die Bourgeoisie (genau wie ihre Presse und ihre Regierung) verschweigt, ist die Tatsache, dass der „Boom" Betriebsschließungen zur Folge hatte, wodurch Tausende Arbeiter auf die Straße gesetzt oder in den „Vorruhestand" gezwungen wurden - bei Lacoste, Epéda, Moulinex, Cellatex und vielen anderen Betrieben, wo überwiegend Frauen arbeiten, und Danone-LU, wo die Arbeiter gegenwärtig bedroht sind. Die Bourgeoisie verschweigt auch, dass das Sinken der offiziellen Arbeitslosenquote - die noch immer sehr hoch ist und bei fast 10 Prozent liegt - durch einen starken Zuwachs an Teilzeitarbeit und befristeten Einstellungen sowie durch wachsende Unsicherheit für die meisten Arbeiter zustande gekommen ist.

Fortgesetzt auf Seite 27

Für eine proletarische Avantgardepartei!

A 1664 E

SPARTAKIST 4

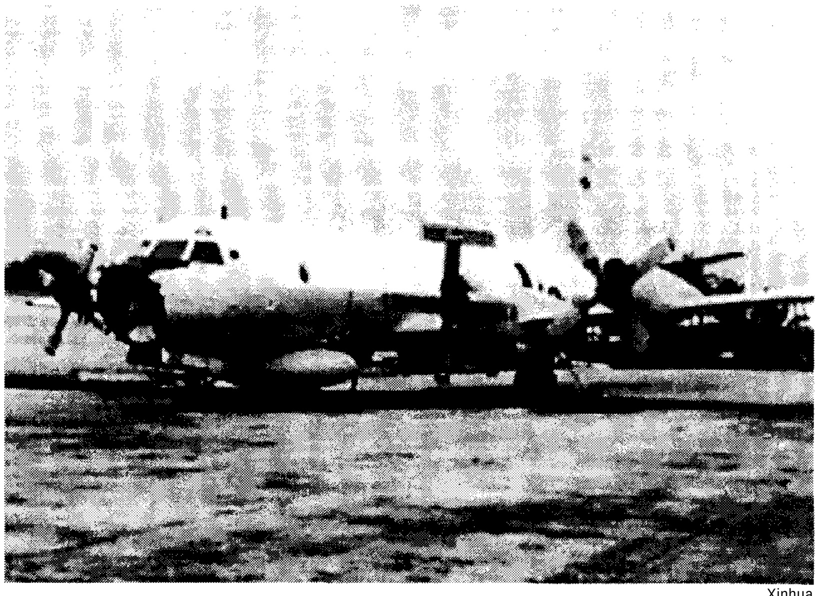
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

24. APRIL 2001 EXTRABLATT DM 0,50

Verteidigt China!



AP



Xinhua

Provokation durch US-Spionageflugzeug, das noch in Hainan-Militärbasis steht, ist Teil einer bewussten, kalkulierten militärischen Eskalation des US-Imperialismus gegen den chinesischen deformierten Arbeiterstaat

Der folgende Artikel wurde adaptiert nach Workers Vanguard *Nr. 756, 13. April, Zeitung der Spartacist League/U.S.*

10. April - Was auch immer in der ersten Aprilwoche am Himmel über Chinas Insel Hainan passierte - und die Berichterstattung aus Beijing ist viel glaubhafter als die aus Washington -, die Provokation des US-Spionageflugzeugs war kein Zufall. Sie war Teil einer bewussten, kalkulierten Eskalation des militärischen Drucks der USA gegen die Volksrepublik China; dahinter steht das Ziel der Kapitalisten, die Chinesische Revolution von 1949 zu zerschlagen

Provokation durch US-Spionageflug

und den arbeitenden Massen Chinas das Joch der imperialistischen Ausbeutung wieder aufzuzwingen. Als proletarische Internationalisten im Herzen der stärksten imperialistischen Macht der Welt erklären unsere amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S. ebenso wie alle anderen Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga ihre Klassensolidarität mit dem chinesischen Proletariat und dem chinesischen Arbeiterstaat, wie bürokratisch deformiert er auch ist. Wir ehren Wang Wei, den Piloten, der bei der Verteidigung seines Landes gegen imperialistische Spionage und Provokation wahrscheinlich sein Leben verlor.

Mit all der Arroganz der selbst ernannten „einzigen Supermacht der Welt" dachte der US-Imperialismus, er könne China die Bedingungen zur Unterwerfung diktieren. Präsident Bush verlangte herrisch die sofortige Rückgabe des Flugzeugs EP-3E und von dessen Besatzung; gleichzeitig verleumdeten die amerikanischen chauvinistischen Medien den abgestürzten chinesischen Piloten als einen „Cowboy", der nicht gewusst habe, was er tat, und der gekriegt habe, was er verdiente. Aber im Gegensatz zu den kleinen, wehrlosen Ländern, auf denen Amerikas Herrscher regelmäßig herumtrampeln, fällt China nicht in die Kategorie der „Schurkenstaaten" - denn es verfügt über Atomwaffen.

Als Beijing sich weigerte, einfach einen Kotau vor dem Diktat des „Xiao Bushi" (Kleiner Bush) und seiner machtbesessenen außenpolitischen Hampelmänner zu machen, änderte Washington seinen Ton: Die Regierung drückte ihr „Bedauern" über den Absturz des chinesischen Piloten aus und wollte über die Beendigung der Krise verhandeln. Die USA haben sich mit der Tatsache abgefunden, dass das chinesische Militär die EP-3E, das modernste Spionageflugzeug im Arsenal der amerikanischen Marine, sorgfältig untersucht. Es ist für China eine Fundgrube von Geheimdienstinformationen, die es mit den deformierten Arbeiterstaaten Vietnam, Nordkorea und Kuba teilen sollte.

Unter Berufung auf „internationales Recht" tönte Washington anfänglich, die auf einem Flugfeld von Hainan abgestellte EP-3E sei souveränes US-Territorium, das von chinesischen Militärs nicht betreten werden dürfe, und

verkündete sein unveräußerliches „Recht", aggressive Militär/Spionage-Einsätze direkt an der chinesischen Küste entlang durchzuführen. Der chinesische Botschafter in den USA, Yang Jiechi, führte diese imperialistische Heuchelei ad absurdum, als er in der *Lehrer News Hour* (4. April) des amerikanischen Fernsehsenders PBS-TV sagte: „Hätte Amerika solche Aufklärungsflüge entlang seiner Küste erlebt, so dicht an seinem Luftraum ... und wenn man den eigenen Piloten verliert und das eigene Flugzeug, dann, denke ich, wäre die Antwort ganz anders ausgefallen." Ungeachtet „internationalen Rechts" nahmen die USA 1976, als sie eine sowjetische MIG-25 in die Hände bekamen, das Flugzeug auseinander und schickten die Einzelteile zwei Monate später in Versandkisten zurück.

Hintergrund der Provokation des Spionageflugzeugs ist eine Verschiebung in der US-Politik hin zu „einer Ära der direkten Konfrontation mit China", wie es Bushs Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in einem Richtlinienpapier darstellte. China ist jetzt zum Feind Nr. l erklärt worden. Der Londoner *Guardian* (24. März) berichtete über das Pentagon-Papier, das in der amerikanischen Presse praktisch verheimlicht wurde, und schrieb von „Washingtons Entscheidung, mehr von seinen Kanonen und Raketen gegen China zu richten", das jetzt als „die Hauptgefahr für die amerikanische Weltherrschaft" angesehen wird. In den letzten Jahren der Clinton-Regierung begannen die USA mit einer bedeutenden Verlagerung ihrer Streitkräfte in die asiatisch-pazifische Region.

Unmittelbar vor der US-Provokation im Südchinesischen Meer besuchte ein Team des Pentagons Taiwan, um für diesen von den USA gesponserten kapitalistischen Staat eine Liste von Waffensystemen zusammenzustellen, darunter moderne mit dem Aegis-System ausgerüstete Zerstörer, mit denen Chinas Raketen ausgeschaltet werden können. Seitdem die Kräfte der Nationalisten unter Chiang Kai-shek 1949 nach Taiwan geflohen sind, ist diese vorgelagerte Insel wie ein Dolch gegen die Volksrepublik.

Die USA haben auf der asiatischen Seite des Pazifik über 100000 Soldaten, darunter 47000 in Japan und 37000 in Südkorea. Die USA haben die Zahl ihrer Spionageflüge gegen China und Nordkorea erhöht. Die amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem in Asien („theater missile defense") sind direkt gegen Chinas Raketenarsenal gerichtet und haben auch Nordkorea im Visier. Im letzten Jahr führten die USA mehr als 50 gemeinsame Militärmanöver mit Japan, Australien, Südkorea, den Philippinen und anderen Ländern durch, eine Zahl, die seit dem Untergang der Sowjetunion nicht mehr erreicht wurde. Die Vereinigten Staaten schlössen vor kurzem ein Abkommen mit Singapur über die Nutzung eines Tiefseehafens für die Marine, die zweite derartige Einrichtung in Südostasien, die amerikanischen Flugzeugträgern offensteht, seit der Schließung des amerikanischen Marinestützpunkts von Subic Bay auf den Philippinen 1992. Der neue Anlegeplatz befindet sich an der Einfahrt zur Malakka-Straße, einer strategisch wichtigen Schifffahrtsroute, durch die etwa die Öllieferungen vom Persischen Golf nach Japan transportiert werden.

In den USA selbst spiegelte sich die zunehmende militärische Aggressivität gegenüber China in der rassistischen Verfolgung des bis dahin im kalifornischen Kernforschungszentrum Los Alamos arbeitenden Wissenschaftlers Wen Ho Lee wider. So schrieben unsere amerikanischen Genossen in ihrer Zeitung *Workers Vanguard* (Nr. 719, 17. September 1999) unter der Überschrift „Hysterie über chinesische Spionage schürt antiasiatischen Rassismus":

> „Selbst wenn Lee, egal ob absichtlich oder nicht, der Volksrepublik China militärische Geheimnisse übergeben hätte, wäre dies vom Standpunkt der internationalen Arbeiterklasse kein Verbrechen... Unsere bedingungslose militärische Verteidigung von China und den anderen übrig gebliebenen deformierten Arbeiterstaaten - Vietnam, Kuba und Nordkorea - gegen Imperialismus und innere Konterrevolution beinhaltet notwendigerweise auch die Verteidigung des Rechts dieser Staaten, sich Atomwaffen zuzulegen, sie zu testen und sie sich mit allen möglichen Mitteln zu beschaffen."

Im März kündigte China für dieses Jahr eine Erhöhung seiner Militärausgaben um 18 Prozent an, auch wenn sein Verteidigungshaushalt damit immer noch nur einen Bruchteil vom Etat des Pentagons ausmacht. China hat von Russland vier mit Lenkwaffen ausgerüstete Zerstörer vom Typ Sowremenny erworben, vier U-Boote der Kilo-Klasse, die als genauso geräuschlos wie die modernsten amerikanischen U-Boote gelten, Kampfflugzeuge vom Typ SU-27 und moderne Raketen. Der Zweck des Spionageflugs von EP-3E war es, die chinesischen Zerstörer des Typs Sowremenny sowie U-Boote abzuhören und die chinesische Luftverteidigung zu testen.

Während eines Manövers 1987 fuhr ein Lenkwaffenkreuzer der USA direkt in sowjetische Territorialgewässer in der Nähe eines streng geheimen Marinestützpunkts auf der Halbinsel Kamtschatka im sowjetischen Fernen Osten. Solche „Spiele", unter dem Namen „Hühner des Meeres", sollten Verteidigungsmaßnahmen und Funkverkehr auslösen, damit diese beobachtet, abgehört und analysiert werden können. 1983 ließen amerikanische Geheimdienste das zivile Flugzeug der Korean Air Lines mit der Flugnummer 007 über Kamtschatka fliegen, während Flugzeuge vom Typ P-3 (Vorläufer des EP-3E) die sowjetischen Verteidigungsanlagen abhörten. Diese imperialistische Provokation kostete das Leben von mehr als 200 unschuldigen Passagieren, da KAL 007 von der sowjetischen Luftwaffe abgeschossen wurde, die das Ganze für ein militärisches Eindringen der USA in den sowjetischen Luftraum hielt. Den Finger am atomaren Abzug, bedrohten die Führer des US-Imperialismus ständig die Welt mit der Vernichtung, um ihren Kriegskurs durchzuziehen, der die Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates zum Ziel hatte.

Imperialistische Rivalitäten verschärfen sich

In einem Kommentar auf der Titelseite der Mailänder Tageszeitung *Corriere della Sera* Anfang April beschrieb Italiens früherer Botschafter in den USA Bush als „einen jungen Präsidenten, der die Welt regiert, aber nur Texas wirklich kennt". Die Bush-Regierung ist eine wirklich Furcht einflößende Bande, derart vollgepackt mit christlichen Fundamentalisten und rechten Militaristen, dass Außenminister Colin Powell, Architekt des Massakers an Zehntauscnden Irakis im Golfkrieg 1991, im Vergleich dazu als „Stimme der Vernunft" erscheint. Viele Mitglieder der Bush-Regierung sind Veteranen der Reagan-Regierung und deren Contragate-Programmen und blutigen Terroroperationen gegen linke Aufständische in Lateinamerika. Während sie China im Visier haben, treten sie auch gegenüber Nordkorea, dem kapitalistischen Russland und selbst ihren europäischen Verbündeten immer provozierender auf. Dies zeigte sich bei der Ausweisung von 50 russischen Diplomaten und beim Ultimatum an den südkoreanischen Präsidenten Kim Dae Jung, die Verhandlungen mit dem Norden zu stoppen. Als Vertreter des extrem chinafeindlichen Flügels der Demokratischen Partei schlug der Senator des Bundesstaates New Jersey, Robert Torricelli,'vor, den US-Botschafter aus China zurückzurufen, solange die EP-3E-Crew festgehalten werde.

In einem Kommentar der *Los Angeles Times* (28. März) unter der Überschrift „Außenpolitische Mannschaft zerschlägt Porzellan" argumentierte der konservative Stratege Edward Luttwak, dass die USA versuchen sollten, Russland, China und Nordkorea gegeneinander auszuspielen. Dabei

verwies er auf die jüngsten amerikanischen Provokationen gegen alle drei und schrieb: „Was im Kontext einer rationalen Außenpolitik nicht erklärt werden kann, ist, dass alle drei Dinge gleichzeitig getan wurden." Das *Wall Street Journal,* ein Falke unter den Sprachrohren der amerikanischen Bourgeoisie, richtete mit einem Titelseitenartikel im Namen des „Pro-Business-Lagers" der Regierung das Feuer gegen die „Beijing-feindlichen Hardliner" und bemerkte: „China ist ein lukrativer Markt und Produktionsstandort."

Auch wenn die einstigen Reagan-Anhänger, die Bush Jr. beraten, vielleicht in Erinnerungen an Reagans Kreuzzug gegen das sowjetische „Reich des Bösen" schwelgen, ist die Welt nicht die gleiche wie in den 80er-Jahren. Die Zerstörung der Sowjetunion und der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten beseitigte den Kleister, der die kapitalistischen Großmächte unter amerikanischer Führung zusammenhielt. Als Bush Nordkorea eine Abfuhr erteilte, ergriff die Europäische Union (EU) die Gelegenheit und leitete die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordkorea ein. Die Abkühlung der Beziehungen zwischen Washington und Moskau hat die EU dazu veranlasst, eine „strategische Partnerschaft" mit Putins Russland zu verkünden. So schrieb Bundeskanzler Schröder vor seinem Moskaubesuch in der *Zeit* (5. April), Russland sei „Schwerpunkt europäischer wie deutscher Ostpolitik" und diese Politik sei für Deutschland mit „beträchtlichen Eigeninteressen" verbunden. Washington hat sich der Schaffung einer europäischen „Schnellen Eingreiftruppe" außerhalb der von den USA dominierten NATO offen entgegengestellt. Unmittelbar vor dem Besuch von Schröder in Washington kündigte Bush provokativ an, dass die USA das von den Europäern favorisierte Umweltabkommen von Kyoto ablehnen, was zu einem Sturm der Kritik seitens der EU führte.



Xinhua

Nordkoreaner feiern chinesische Kriegshelden am Jahrestag des 1953er Waffenstillstands des Koreakrieges. Volksbefreiungsarmee war im Koreakrieg Schlüssel, US/UN-Angriff zurückzuschlagen und China zu verteidigen

Während der gesamten Krise über das US-Spionageflugzeug herrschte Stillschweigen von Seiten der SPD/Grünen-Regierung, die offensichtlich in dieser Auseinandersetzung zwischen ihrem „Verbündeten" USA und China keine Seite beziehen wollte. Der deutsche Imperialismus hat massive eigene Interessen in China, auch wenn diese zur Zeit zahlenmäßig weit weniger bedeutend sind als der Handel mit den USA. Aber Volkswagen, Siemens, BASF und andere arbeiten daran - in Konkurrenz zu den USA -, mit Milliarden-Investitionen in China Fuß zu fassen, und machen Fortschritte dabei.

Die deutsche Bourgeoisie und die SPD/Grünen-Regierung, Verwalter des deutschen Imperialismus, setzen zur Durchsetzung dieser Interessen gegenwärtig nicht auf ihr militärisches Potenzial, das dem der USA unterlegen ist. Sie setzen auf die ökonomische Unterminierung und Zerstörung des deformierten Arbeiterstaates China, wie sie es erfolgreich mit der DDR und Osteuropa gemacht haben. Bushs Politik von militärischer Konfrontation Chinas wird dabei als „gefährliche Katz- und Mausspiele" gesehen, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (3. April) titelte. Wie scharf aber die Gegensätze zwischen dem deutschen und amerikanischen Imperialismus hinter der diplomatischen Fassade schon sind, zeigt sich deutlich, wenn etwa Kriegsminister Scharping der chinesischen Volksbefreiungsarmee anbietet, chinesische Offiziere in Zukunft häufiger an Lehrgängen der Führungsakademie der Bundeswehr teilnehmen zu lassen *(Tagesspiegel,* 19. Februar). Auch der außenpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Lamers, wirft bezüglich NMD („Nationale Raketenabwehr") den USA in einem *Tagesspiegel-Interview* (21. Februar) unverblümt vor, nach der Weltherrschaft zu streben. Warum die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung sich zurückhält mit offener Kritik an den USA, machte Karsten Voigt, deutsch-amerikanischer Koordinatör der Regierung, in einem Interview mit der/az (22. März) deutlich: „Wir [sind] nicht genauso mächtig wie die USA, haben aber genauso legitime Interessen. Wir werden häufig resignierend feststellen müssen, dass wir leider mehr Konzessionen machen müssen als die USA. Unser Einfluss in der Welt ist nun mal geringer. Aber stabil ist das Verhältnis nur, wenn beide Seiten Konzessionen machen müssen - nicht nur eine Seite."

Wachsende Spannungen zwischen den USA und Japan wurden deutlich, als im Februar ein amerikanisches U-Boot nahe Hawaii einen japanischen Fischkutter rücksichtslos versenkte und damit eine Welle der Empörung in Japan auslöste, die durch die gefühllose Reaktion der USA noch verstärkt wurde. Vor kurzem setzten sich die USA über ein seit 40 Jahren geltendes Abkommen hinweg, als ein amerikanischer atombetriebender Flugzeugträger in einen japanischen Hafen einlief, ohne vorher überhaupt um Erlaubnis zu fragen. Das alles hat erneuten Widerstand gegen amerikanische Militärbasen in Japan hervorgerufen, vor allem in Okinawa mit seiner Konzentration amerikanischer Truppen, und hat auch den schon lange von rechten nationalistischen Kräften erhobenen Forderungen Auftrieb gegeben, Japans Militär aufzurüsten.

Die wachsenden Spannungen zwischen den USA und ihren imperialistischen Rivalen werfen ein Schlaglicht auf die typische Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten um Kontrolle der Weltmärkte, Rohstoffquellen und billiger Arbeitskräfte. Diese Spannungen werden sich durch die zunehmende Rezession in der Weltwirtschaft nur noch verschärfen. Wie der Erste und Zweite Weltkrieg gezeigt haben, kann eine solche Konkurrenz letztendlich nur durch Krieg gelöst werden, in diesem Fall durch einen Krieg, der die Menschheit mit atomarer Vernichtung bedroht. In der Zwischenzeit nutzen die kapitalistischen Herrscher solche Spannungen, um nationalen Chauvinismus zu schüren und die Aufmerksamkeit der Arbeiter von der wachsenden Arbeitslosigkeit und Verelendung abzulenken.

Die Wiedereroberung Chinas für die kapitalistische Ausbeutung ist gegenwärtig das Hauptziel für die konkurrierenden imperialistischen Mächte. Dies wäre eine historische Niederlage für die Arbeiter und alle unterdrückten Völker der Welt und würde einen noch erbitterteren Kampf

zwischen den kapitalistischen Großmächten um die Aufteilung der Beute auslösen. So ging es bei dem Krieg im Pazifik 1941-45 zwischen den USA und Japan im Wesentlichen um das „Recht", China auszubeuten.

Drahtseilakt der Beijinger Bürokratie

Während das Regime des chinesischen Präsidenten Jiang Zemin sich abmühte, einen Deal mit den USA zu machen, provozierte die Arroganz von Amerikas imperialistischen Herrschern Wut bei breiten Teilen der chinesischen Bevölkerung. „Natürlich werden sie sich vollständig zu entschuldigen haben", sagte ein Einwohner von Beijing, der in der Londoner *Financial Times (1.* April) zitiert wurde, und fügte hinzu: „Wenn wir uns einmal von ihnen herumstoßen lassen, wird das immer wieder passieren, genau wie zu der Zeit, als China schwach war." Der Verfasser des Artikels wies darauf hin, dass dies „eine fast allgegenwärtige Auffassung" ist.

Das Beijinger Regime hat auf dem Festland alle öffentlichen Proteste gegen die US-Provokation verboten und lehnte Anträge für Demonstrationen von mehr als 50 Universitäts- und Hochschulgruppen ab. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass das Regime die Handelsabkommen nicht aufs Spiel setzen möchte, die ein integraler Bestandteil seines Programms von „Marktreformen" sind. Vor allem befürchtet die Bürokratie, *dass jeglicher* Protest gegen die imperialistische Provokation die kämpferische und unzufriedene Arbeiterklasse auf den Plan rufen könnte. Selbst als das Regime 1999 Proteste gegen die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad während des NATO-Krieges gegen Serbien erlaubte, verbot es Berichten zufolge Kontingenten aus Fabriken, sich den Demonstrationen anzuschließen. Die Bürokratie lebt in Furcht vor dem Gespenst des Tiananmen-Aufstands 1989, wo der Auftritt der Arbeiterklasse, die sich den studentischen Protesten anschloss, eine beginnende politische Revolution markierte.

Am 5. April verhaftete die Beijinger Polizei vier Männer, die versuchten, vor der US-Botschaft zu protestieren. Eines der Plakate, die sie trugen, lautete: „Wir wollen keine US-Dollars, wir wollen Würde." Aber das Jiang-Regime will US-Dollars sowie D-Mark und japanische Yen. „Im Verlauf des Schlagabtauschs um das Spionageflugzeug", bemerkte die *Financial Times,* „wuchs die nationale Empörung, und die Kritik, dass die nationalen Führer ‚zu weich' gegenüber den USA seien, wurde zum allgemeinen Tenor." Innerhalb der Bürokratie selbst gibt es wachsende Spannungen zwischen prowestlichen Elementen und denjenigen - insbesondere im Militär -, die eine härtere Haltung gegenüber der US-Aggression beibehalten wollen.

Chinesischer „Großmachf-Nationalismus kann den Drang nach der imperialistischen Unterjochung Chinas nicht stoppen, sondern würde nur dazu dienen, das chinesische Proletariat an die Bourgeoisie zu binden, die 1949 aus dem Land vertrieben wurde. In „China am Scheideweg: Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?" *(Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 19, Winter 1997/98) erklärten wir:

> „Nationalismus - eine Ideologie, die mit dem Hervorgehen des Kapitalismus aus der Feudalgesellschaft entstand - ist ein *falsches Bewußtsein* für das chinesische Proletariat. Für Hongkongs Kapitalisten und die im Entstehen begriffene chinesische Bourgeoisie des Festlands ist er allerdings die angemessene Ideologie. Der Nationalismus war politisch eine wichtige treibende Kraft bei der konterrevolutionären Welle, die die ehemalige UdSSR und Osteuropa überrollt hat - sowohl der Nationalismus der Minderheitsvölker, der jahrzehntelang vom State Department der USA und von der CIA geschürt wurde, als auch der Chauvinismus der herrschenden Kaste, der zur Herausbildung von Elementen beitrug, die sich von der Herrschaft des Kapitalismus einen Weg zum Großmachtstatus versprachen... In China spielt der Nationalismus bereits eine ähnliche Rolle."

Das wird kristallklar bei dem Angebot der Bürokratie an die Bourgeoisie in Taiwan, sich auf der Grundlage von „ein Land, zwei Systeme" wieder zu vereinigen. Wir rufen auf zur *revolutionären Wiedervereinigung* durch eine sozialistische Revolution in Taiwan und eine proletarisch-politische Revolution auf dem Festland.

Die chinesische Bevölkerung ist sich der Geschichte ihrer Unterdrückung durch den westlichen und japanischen Imperialismus sowie der langen Liste von kriegerischen Aggressionen des US-Militärs gegen die Revolution von 1949 sehr bewusst. Um die Ära imperialistischer Unterdrückung zu beenden, wie sie durch den Opiumkrieg und die Aufteilung Chinas durch die Kolonialmächte verkörpert wurde, bedurfte es des Sturzes der korrupten Kompradorenbourgeoisie durch die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) und die Volksbefreiungsarmee 1949, die einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat schufen. Die Verteidigung dieses Arbeiterstaates kann nur auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus - sowohl gegen imperialistische Aggression als auch gegen innere Konterrevolution - vorangetrieben werden, in dem Bestreben, die Arbeiterklasse Südkoreas, Japans, der USA und der übrigen kapitalistischen Welt für die sozialistische Revolution zu mobilisieren.

Was Leo Trotzki, der 1917 gemeinsam mit W. I. Lenin die russische Oktoberrevolution leitete, im Mai 1940 im „Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution" über die Sowjetunion schrieb, lässt sich heute unmittelbar auf den deformierten Arbeiterstaat China anwenden:

> „Die IV. Internationale kann die UdSSR nur durch die Methoden des revolutionären Klassenkampfes verteidigen... Wir lehnen die Theorie vom Sozialismus in einem Land, jenes Hirngespinst des ignoranten und reaktionären Stalinismus, kategorisch ab. Nur die Weltrevolution kann die UdSSR für den Sozialismus retten. Aber die Weltrevolution bringt die unausweichliche Auslöschung der Kreml-Oligarchie mit sich."

Maos Bündnis mit dem US-Imperialismus

In einem chinesischen Internet-Artikel, der von einer „Neuen Streitmacht der entlassenen Arbeiter" unterschrieben ist, heißt es: „Wir vermissen den Vorsitzenden Mao", was den weit verbreiteten Unmut über die versöhnlerische Politik des jetzigen Beijinger Regimes gegenüber dem US-Imperialismus widerspiegelt. Aber es war Mao, der das verbrecherische Bündnis mit den US-Imperialisten gegen die Sowjetunion besiegelte, das 1972 durch den Besuch des US-Präsidenten Nixon in Beijing zum Ausdruck kam, während gleichzeitig amerikanische Bomben auf Vietnam niederregneten. Das von Mao geschlossene antisowjetische Bündnis wurde unter Deng Xiaoping vertieft - von Chinas gescheitertem Einmarsch in Vietnam 1979 bis zu seiner Hilfe an die CIA-unterstützten Mudschaheddin-Terroristen in Afghanistan und dem Aufstellen von CIA-Horchposten an seiner Grenze zur Sowjetunion. Indem die Beijinger Bürokratie die Zerstörung der Sowjetunion unterstützte und begünstigte, trug sie dazu bei, den deformierten Arbeiterstaat China selber direkt in das Fadenkreuz des Imperialismus zu bringen. Wir warnten im Artikel „Dengs China und politische Revolution" *(Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 13, Herbst 1987), dass der Kurs des Antisowjetismus und Nationalismus von Mao und Deng „letztendlich China mit Desaster, blutiger Konterrevolution und einer neuen Kolonisation bedroht, die das Land unter das Joch des Imperialismus zwingen würde."

Während sich die Rückkehr zu Mao oft in die Sprache des chinesischen Nationalismus kleidet, gibt es gleichzeitig eine Sehnsucht nach dem relativen Egalitarismus der Mao-Jahre als Gegensatz zu den „Marktreformen" des jetzigen Regimes, die zu wuchernder Korruption, wachsenden wirtschaftlichen Unterschieden, Arbeitslosigkeit und zum Verlust von früher garantierten Sozialleistungen geführt haben. Aber die Politik des Mao-Regimes, die auf dem antirevolutionären stalinistischen Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land" basierte, war gekennzeichnet durch wirtschaftliche Autarkie und verrücktes wirtschaftliches Abenteurertum, wie zum Beispiel der „Große Sprung nach vorn" in den 50er-Jahren. Gleichzeitig legte das Mao-Regime durch seine Beschwichtigung des Imperialismus im Namen der „friedlichen Koexistenz" die Basis für die Politik, die von der jetzigen Bürokratie durchgeführt wird.

Maos Erben haben das Land immer mehr der imperialistischen Durchdringung geöffnet. Dies stieß auf massiven proletarischen Widerstand mit zehntausenden Streiks und Arbeiterprotesten jedes Jahr. Der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji, der die Vertiefung der „Marktreformen" anführte, hat Anfang April eine Kampagne gegen Korruption und andere Formen von „kommerziellen Exzessen" angekündigt, was den zerbrechlichen und widersprüchlichen Charakter der Bürokratie widerspiegelt. Außerdem berichtet die *Financial Times* (5. April): „Die offizielle Tageszeitung People's Daily hat letzten Monat einen Kommentar abgedruckt, der Kapitalismus und Globalisierung für die durch sie geschaffene ungleiche Verteilung des Reichtums in scharfem Ton angreift. Solche Meinungen wurden in den letzten drei Jahren selten an so prominenter Stelle veröffentlicht, wenn überhaupt."

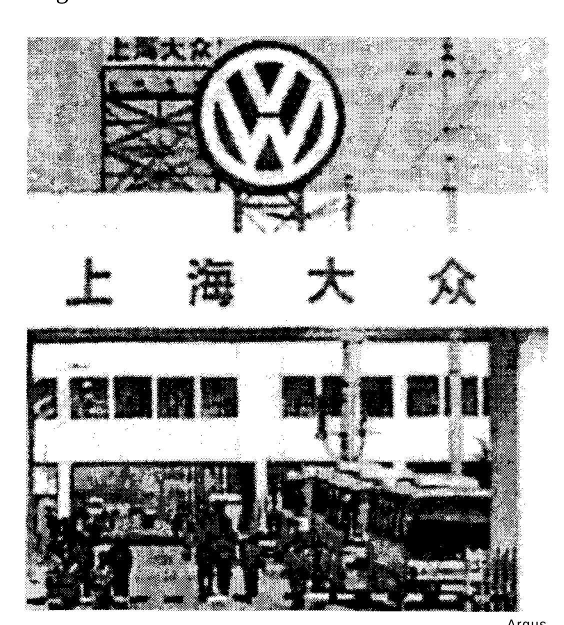
Die stalinistische Bürokratie ist keine besitzende Klasse, sondern eine parasitäre Kaste. Während sie auf den proletarischen Eigentumsformen basiert, fungiert die Bürokratie gleichzeitig als Transmissionsriemen für den Druck des kapitalistischen Weltmarkts auf den deformierten Arbeiterstaat. Aber die Bürokratie muss, während sie prokapitalistische Maßnahmen durchsetzt, aus Angst vor einer Explosion in der Arbeiterklasse auch vorsichtig vorgehen. So schrieben wir im ersten Teil von „Whither China? ‚Market Socialism' and the Lcgacy of Mao" [Wohin geht China? .Marktsozialismus' und Maos Erbe] *(Workers Vanguard* Nr. 743, 6. Oktober 2000):

> „Indem das Beijinger Regime ‚Marktreformen' durchführt und der Ausbeutung durch westliche und japanische Imperialisten sowie der exilchinesischen Bourgeoisie die Tür öffnet, bahnt es der kapitalistischen Restauration den Weg. Gleichzeitig bereitet es den Boden für eine neue revolutionäre proletarische Explosion - keine *soziale* Revolution, die die wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft umstürzen würde wie 1949, sondern eine *politische* Revolution, die die herrschende Bürokratie stürzt und die politische Macht in die Hände von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten (Sowjets) legt. Eine solche politische Revolution basiert auf der *bedingungslosen Verteidigung der geplanten und kollektivierten Wirtschaft,* die die soziale Grundlage des (bürokratisch deformierten) Arbeiterstaates ist."

Die dringende Aufgabe ist der Aufbau einer trotzkistischen Partei, um dem kämpferischen Proletariat Führung zu geben und seinen Kampf für eine politische Revolution mit dem Kampf für die sozialistische Revolution in den imperialistischen Zentren zu verbinden.

Für proletarischen Internationalismus

Ein revolutionäres China der Arbeiter- und Bauernräte, das aus einer proletarischen politischen Revolution hervorgehen würde, wäre mit scharfer imperialistischer Reaktion konfrontiert. Während es alles in seiner Macht Stehende tun würde, um den Kampf für die sozialistische Revolution weltweit, nicht zuletzt in den USA, zu unterstützen, wäre eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung gezwungen, notwendige wirtschaftliche und militärische Maßnahmen zur eigenen Verteidigung zu ergreifen. Dazu wäre es notwendig, die zentrale Wirtschaftsplanung auf der Grundlage der verstaatlichten Industrie wieder zu konsolidieren. Unter einer Regierung, die auf Arbeiterdemokratie basiert und von einer leninistisch-trotzkistischen Partei geführt wird, würde eine zentral geplante Wirtschaft das wirtschaftliche Wachstum optimieren und gleichzeitig die extremen Unterschiede zwischen Arm und Reich beseitigen, die heute in China so offensichtlich sind. Das staatliche Außenhandelsmonopol sollte dazu genutzt werden, Importe und Exporte auf dem Weltmarkt zu fördern und so alle Vorteile der internationalen Arbeitsteilung auszunutzen. Wir sind gegen die Öffnung Chinas für die Welthandelsorganisation (WTO), nicht weil wir die wirtschaftliche Autarkie der Maoisten befürworten, sondern weil sie das Außenhandelsmonopol und die kollektivierte Wirtschaft weiter unterminieren würde.



Argus

VW-Werk Shanghai. Deutscher Imperialismus treibt die ökonomische Unterminierung Chinas voran

Die Konkurrenz zwischen den Imperialisten um die Märkte würde einem solchen revolutionären Regime einen gewissen Spielraum zum Manövrieren geben. Der sowjetische Arbeiterstaat unter Lenin und Trotzki, errichtet durch die Oktoberrevolution 1917, nutzte solche Rivalitäten aus, um Handels- und Militärabkommen mit Deutschland und anderen kapitalistischen Ländern abzuschließen. Aber für die revolutionär-internationalistischen Bolschewiki war es das Ziel, Zeit zu gewinnen bis zum Sieg der proletarischen Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern, und sie arbeiteten daran, diesen Sieg vorzubereiten, indem sie die Dritte (Kommunistische) Internationale aufbauten. Die stalinistische Bürokratie, die 1923/24 mit einer politischen Konterrevolution die Macht an sich riss, stellte das antimarxistische Dogma vom „Sozialismus in einem Land" auf und verwandelte die ausländischen kommunistischen Parteien in eine Verhandlungsmasse bei der illusorischen Suche nach „friedlicher Koexistenz" mit dem Imperialismus. Dieses Programm führte zur Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates durch die kapitalistische Konterrevolution 1991/92.

Das allgegenwärtige Elend, das heute in der ganzen ehemaligen Sowjetunion um sich greift - die umfassende Zerstörung der Industrie und der Sozialleistungen, die

Massenarbeitslosigkeit, das schockierende Sinken der Lebenserwartung -, veranschaulicht auf schonungslose Weise die Überlegenheit einer Planwirtschaft gegenüber dem kapitalistischen Chaos. Das ist eine Lehre nicht nur für das Proletariat Chinas, sondern auch für die Arbeiterklasse und die Minderheiten in den USA und anderen kapitalistischen Ländern, die bereits, bevor die Rezession überhaupt in vollem Gang ist, mit Massenentlassungen konfrontiert sind, zusätzlich zu jahrelangen Lohnkürzungen, Zugeständnissen und der Abschaffung von Sozialleistungen.

In den Vereinigten Staaten hat die Gewerkschaftsbürokratie der AFL-CIO gleichzeitig die Zerstörung hart erkämpfter gewerkschaftlich organisierter Arbeitsplätze und Sonderleistungen angeleitet und die Angriffe des US-Imperialismus auf die internationale Arbeiterklasse vorangetrieben. Die AFL-CIO-Führer stehen bei der antikommunistischen Hetze gegen China in der ersten Reihe. Das kommt am stärksten zum Ausdruck beim Vorsitzenden der Teamsters (Lastwagenfahrer), James Hoffa Jr., der am 3. April nach der Landung des US-Spionageflugzeugs auf Hainan in einer Erklärung schimpfte, dass das „kommunistische China bei jeder Gelegenheit immer wieder gegen internationales Recht verstößt". Indem die Gewerkschaftsführer gegen „Sklavenarbeit" in China wettern, machen sie Reklame für die Tugenden des freien Marktes. Aber es wird nicht so einfach sein, den Arbeitern in China kapitalistische „Demokratie" zu verkaufen, denn viele von ihnen haben bereits das Elend der Ausbeutung auf dem freien Markt in den „Sonderwirtschaftszonen" und anderen Gebieten der kapitalistischen Durchdringung erlebt, die durch Beijings „Marktreformen" eingerichtet wurden. An der Anti-China-Kampagne beteiligt sich auch der „progressive" AFL-CIO-Vorsitzende Sweeney, der beim protektionistischen Feldzug gegen Chinas Beitritt zur WTO - diese Kampagne hatte rechte Republikaner mit liberalen Demokraten vereinigt - an vorderster Front stand.

Es ist direkt und unmittelbar im Interesse der arbeitenden Menschen in den USA und Europa, den deformierten Arbeiterstaat China gegen die kapitalistischen Herrscher Amerikas und Europas zu verteidigen. Genauso wie es gleich nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion der Fall war, würde die Restauration des Kapitalismus in China die US-Bourgeoisie und die Imperialisten weltweit ermutigen, ihren Angriff auf die Arbeiterklasse und die Minderheiten in ihren eigenen Ländern drastisch zu verschärfen. Außerdem würde eine kapitalistische Restauration die Welt noch gefährlicher machen. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft für die Wiederschmiedung von Trotzkis Vierter Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution, die das unverzichtbare Instrument dafür ist, das Proletariat in den Kampf für neue Oktoberrevolutionen auf der ganzen Welt zu führen.«



Spartakist-Veranstaltungen

Balkan-Verstrickungen

US/Bundeswehr/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan!

Berlin

Donnerstag, 10. Mai, 18.30 Uhr
KATO
im Gebäude des U-Bahnhofs
Schlesisches Tor

Hamburg

Freitag, 11. Mai, 18.30 Uhr
ehemaliges Haus für Alle
Deutsch-ausländische Begegnungsstätte
Amandastraße 58 (U/S Sternschanze)

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)
International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 144 SOMMER 2001 DM1,-

Verteidigt das palästinensische Volk!

Zionistische Schlächter eskalieren Krieg gegen Palästinenser



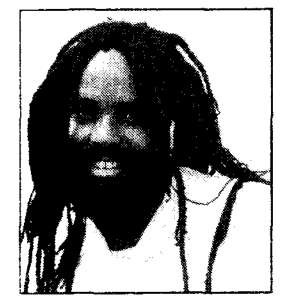
AFP

Castelnuovo/NY Times

Palästinensisches Flüchtlingslager in Gaza, im April von israelischer Armee verwüstet (links). Trauermarsch für 11-jährigen palästinensischen Jungen, durch Kopfschuss von israelischer Armee getötet. Blutiger zionistischer Terror fachte palästinensischen Widerstand an

4. Juni -- Arbeitende Menschen und Minderheiten in der üanzen Welt haben die äußerst dringliche Aufgabe, das palästinensische Volk gegen die kapitalistischen Herrscher des zionistischen Israel zu verteidigen. In einer blutigen AbMchtserklärung setzte die Regierung von Premierminister Ariel Scharon vor zwei Wochen von den USA gelieferte F-16-Kampfbómber ein, um Gebäude der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) in die Luft zu sprengen. Nach dem F-lft-Angriff verkündete Scharon auf Drängen der USA zynisch einen ,,begrenzten Waffenstillstand"; währenddessen machte das israelische Militär weiter, tötete fast ein Dutzend weitere Palästinenser, fiel in angeblich „autonome" Bereiche der besetzten Gebiete ein, riss Häuser nieder und zerstörte Farmen. Jetzt ist sogar dieser Schein-Waffenstillstand vollständig beendet worden, da die zionistischen Herrseher

Fortgesetzt auf Seite 10



Neue Beweise zerschmettern das Komplott

Mobilisiert jetzt für Mumias Befreiung ... Seite 3

Tödliche Bullengewalt gegen linke Demonstranten in Schweden

Protesterklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

Die unten abgedruckte Protesterklärung der Internationalen Kommunistischen Liga wurde am 16. Juni von den IKL-Sektionen international auf Protestdemonstrationen und an Gewerkschaften, linke Organisationen und die Presse verteilt, am Tage nachdem die Polizei in Göteborg „Antiglobalisierungs"-Demonstranten mit Schusswaffen angegriffen hatte. Der sozialdemokratische Premierminister Göran Persson, dessen Regierung auch die Kommunistische Partei und die Grünen angehören, verglich die jungen linken Demonstranten groteskerweise mit „faschistischen Elementen der zwanziger und dreißiger Jahre" *(Frankfurter Rundschau,* 19. Juni). Unterdessen liegt einer der drei Demonstranten, auf die Perssons Bullen geschossen haben - *in den Rücken geschossen,* als er weglief -, noch in kritischem Zustand im Krankenhaus. Über 500 Menschen wurden festgenommen und einige sind noch im Gefängnis.

Am 24. Juni entfesselte die rechte Regierung unter dem spanischen Premierminister José Maria Aznar ihre Bullen gegen „Antiglobalisierungs"-Demonstranten in Barcelona. Demonstranten berichten, dass Polizeiprovokateure eine Auseinandersetzung anstifteten als Vorwand für den Bullenangriff, bei dem 19 Menschen festgenommen wurden. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen die Demonstranten von Göteborg und Barcelona!

Nach diesen blutigen Bullenangriffen tauchen bedrohliche Berichte über die Pläne auf, die von der neu gewählten italienischen Regierung des rechten Premierministers Silvio Berlusconi vorbereitet werden, um gegen die Proteste gegen den G-8-Gipfel der imperialistischen Mächte, der am 20. Juli in Genua beginnt, vorzugehen. Dem *Spiegel* vom 25. Juni zufolge hat die Stadt zusätzlich zu „Spezialtraining" und Verstärkung auf 18000 Bullen 200 *Leichensäcke* bereit gestellt und hat „einen Kühlraum von wenigstens 500 Quadratmetern ‚zur Unterbringung von Leichen im Falle katastrophaler Ereignisse'" angemietet. Diese erschreckenden Pläne unterstreichen, wie dringend notwendig es ist, dass die kämpferische italienische Arbeiterbewegung zur Verteidigung der linken Demonstranten mobilisiert.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) protestiert schärfstens gegen die brutalen Angriffe der schwedischen Polizei - die in die Menge schoss und mit Kampfhunden Demonstranten übel zurichtete - während des Gipfels der Europäischen Union (EU) in Göteborg! *Wir fordern die sofortige Freilassung aller inhaftierten Demonstranten!*

Das ist das erste Mal seit Jahrzehnten, dass Bullen in irgendeinem westeuropäischen Land mit scharfer Munition auf Demonstranten geschossen haben. Ein junger Demonstrant wurde lebensgefährlich verletzt und wird vielleicht sterben. Die Kugeln, die anarchistische Jugendliche getroffen haben, waren gegen die Arbeiterklasse von Europa gerichtet, die zunehmend mit Streiks und Protesten gegen die umfassenden Maßnahmen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen kämpft. Die Schüsse in Göteborg waren eine tödliche Botschaft der Europäischen Union an die Arbeiter in Europa.

Die sozialdemokratischen Regierungschefs, die sich in Göteborg versammelt hatten, begrüßten geschlossen den Bullenangriff und verurteilten die jungen Demonstranten. Der britische Labour-Premierminister Tony Blair trieb die Heuchelei auf die Spitze, als er das „Rowdytum" der Demonstranten verurteilte. Der deutsche sozialdemokratische Kanzler Gerhard Schröder wetterte: „Wir müssen diese Gewalttäter mit der ganzen Härte des Gesetzes verfolgen." Ihr Gesetz soll ihre kapitalistische Ordnung und ihr ganzes System der Ausbeutung und Ungerechtigkeit schützen.

Die Maske ist runter - das ist das wahre Gesicht des „sozialen Europas". Wer kann danach noch die Lügen glauben, die von den Irreführern der Arbeiterbewegung und den reformistischen Linken, die Illusionen in diese Bande von Mördern und Dieben schüren, verbreitet werden? Das Blut auf den Straßen von Göteborg zeigt, was die Massen der halbkolonialen Welt und ethnische Minderheiten in den imperialistischen Metropolen die ganze Zeit durchmachen. Jetzt wird dies bei Bullenangriffen auf „Anti-Globalisierungs"-Demonstranten zunehmend zur Regel. Wo sich eine internationale wirtschaftliche Rezession abzeichnet, ist es unbedingt notwendig, die Arbeiterbewegung zur Verteidigung ihrer eigenen Klasseninteressen und der Interessen aller Unterdrückten gegen die raubgierigen kapitalistischen

Fortgesetzt auf Seite 15

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)
International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

SPARTAKIST
herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 3555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 144 **SOMMER 2001**

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb als Supplement *Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 22, beigefügt.

Neue Beweise zerschmettern Komplott

Mobilisiert jetzt für die Befreiung von Mumia!

Die brisanten neuen Beweise, die am 4. Mai von Mumia Abu-Jamals neuen Anwälten vorgelegt wurden, erhärten ohne den geringsten Zweifel das, was seit seiner Verhaftung im Dezember 1981 klar war, als er zu Unrecht beschuldigt wurde, Daniel Faulkner, einen Polizisten aus Philadelphia, ermordet zu haben: *Mumia Abu-Jamal ist unschuldig.* Die neuen Prozessdokumente beinhalten eidesstattliche Erklärungen, die seine Unschuld bezeugen, nicht nur von Jamal selbst und von seinem Bruder Billy Cook, der am Tatort war, sondern auch ein *eidesstattliches Geständnis* des Mannes, der Faulkner wirklich crschoss. In einer unterschriebenen Erklärung bezeugt Arnold Beverly, er sei „zusammen mit einem anderen Typen angeheuert und bezahlt [worden], um Faulkner zu erschießen", denn Faulkner soll „ein Problem für den Mob [Mafia] und korrupte Polizeibeamte" gewesen sein. Die Erklärung geht weiter: „Faulkner wurde in den Rücken und dann ins Gesicht geschossen, bevor Jamal am Tatort erschien. Jamal hatte nichts mit der Erschießung zu tun."

In seiner eigenen eidesstattlichen Erklärung stellt Jamal fest: ,,Ich habe den Polizisten Faulkner nicht erschossen. Ich habe mit der Ermordung von Officer Faulkner nichts zu tun. Ich bin unschuldig." Jamal sagt aus, er habe, als er gerade in dem Taxi, das er damals fuhr, sein Fahrtenformular ausfüllte, Schreie gehört und „meinen Bruder [erkannt], der taumelnd und schwindelig auf der Straße stand. Ich stieg sofort aus dem Taxi aus und rannte auf seinen Schrei zu. Als ich über die Straße lief, sah ich einen uniformierten Bullen, der sich mir mit der Waffe in der Hand zuwandte, sah einen Blitz und sank auf die Knie. Ich schloss meine Augen und saß still, um Luft zu bekommen. Als Nächstes erinnere ich mich daran, wie ich getreten, geschlagen und aus einer Benommenheit erweckt wurde. Als ich meine Augen öffnete, sah ich mich von Bullen umringt. Sie brüllten und fluchten, rissen und zerrten an mir."

Saul/Philadelphia Inquirer



Workers Vanguard

San Francisco, 12. Mai: SL-Kontingent kämpft für Mobilisierung der Macht der Arbeiter/Schwarzen, gegen reformistisches Vertrauen in kapitalistisches „Rechts"system

Dies zertrümmert die abgekartete Anklage, die Mumia Abu-Jamal vor 19 Jahren in Pennsylvanias Todestrakt befördert hatte. Und genau aus diesem Grunde ist über die Beweise, die Jamals neue Anwälte vorgelegt haben, eine totale Nachrichtensperre von Seiten der kapitalistischen Medien außerhalb Philadelphias verhängt worden. Deren Mauer des Schweigens zielt darauf ab, den Kreuzzug des kapitalistischen Staates zu unterstützen, der diesen ehemaligen Sprecher der Black Panther Party, MOVE-Unterstützer und wortgewandten Journalisten, bekannt als „Stimme der Entrechteten" für seine beißenden Anklagen gegen die rassistische kapitalistische „Justiz", für immer zum Schweigen bringen will.

Aus dem gleichen Grund sollten diese dramatischen neuen Beweise als Aufruf dienen an die vielen Werktätigen, Schwarzen, antirassistischen Jugendlichen und Gegner der barbarischen Todesstrafe, die zur Unterstützung von Mumias Sache in diesem Lande und in der ganzen Welt zusammengeströmt sind, ihre Anstrengungen zu verdoppeln. In ihrer Rede auf einer Kundgebung in Philadelphia am 12. Mai sagte Jamals neue führende Anwältin Marlene Kamish den Demonstranten, die neuen Dokumente

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Veranstaltungen

Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Hamburg

Freitag, 13. Juli 2001,19.00 Uhr
Deutsch-ausländische Begegnungsstätte
Amandastraße 58
U/S-Bahn Sternschanze

Berlin

Dienstag, 19. Juli 2001,18.30 Uhr
KATO, im U-Bahnhof Schlesisches Tor

Mumia: „Viele von euch weigern sich, sich vom System zu lösen"

Die folgende Erklärung wurde am 10. Mai von Mumia Abu-Jamal herausgegeben und auf den Kundgebungen am 12. Mai in Philadelphia und San Francisco verlesen.

Liebe Schwestern, Brüder. Freunde und Feinde,

wir sind an einem Scheideweg - einem, der durch Zeit, Geschichte, Umstände und sogar Zufall bestimmt ist.

Wir sind hier, weil es der richtige Ort und die richtige Zeit dafür ist. Ich danke euch allen, dass ihr euch diesem Lager angeschlossen habt, in der Hoffnung, auf unserem nächsten derartigen Zusammentreffen bei euch zu sein.

Viele von euch haben gesagt, dass ihr kein Vertrauen in das System habt, doch in eurem Herzen weigert ihr euch, euch davon zu lösen.

Anwälte sind keine Makler der Bequemlichkeit, die man wie seine Hemden auswechselt.

Sie sind Makler der Freiheit oder sie sind Diener und Gehilfen der Unterdrückung.

Ich erhielt einige Kritik wegen der jüngsten Änderungen in meinem Verteidigerteam. Ich fürchte Kritik nicht, aber ich muss sagen, dass ich mit dieser nicht übereinstimme.

Ihr habt Anwälte gesehen, die hemmungslos ihre eigenen Regeln verletzt haben, mit dem Segen der Gerichte.

Wie könnt ihr sagen, ihr habt kein Vertrauen in das System, und dann Anwälten vertrauen, die die Interessen ihres so genannten Klienten verraten haben?

Ich danke euch allen, dass ihr bei diesem fortwährenden Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit mitmacht.

Und solltet ihr euch zufällig entscheiden, nicht mit mir zu gehen, so habe ich eine einfache Bitte: Steht mir nicht im Weg.

Um John Afrika zu zitieren: „Freiheit duldet keinen Aufschub. Orientierung ist notwendig und Freiheit kann nicht durch die Meinung von irgendeinem verdammten Richter genommen werden."

Ich danke euch
Ona Move
Lang lebe John Africa

kein Bildnachweis

Jamal im Krankenhaus, nachdem er im Dezember 1981 von Bullen angeschossen und verprügelt worden war

Mumia...

Fortsetzung von Seite 3

„sollten euren Elan steigern und euch Mut, Begeisterung und Zuversicht geben... Wir wollen nichts davon hören, dass Mumia noch einen weiteren Tag in diesem Gefängnis bleiben soll. Wir wollen nichts davon hören! Wir wollen ihn raushaben! Wir wollen ihn jetzt raushaben! Wir wollen ihn freihaben!"

Jamals Verurteilung basierte auf erzwungener erlogener Zeugenaussage ohne die Spur eines Tatsachenbeweises. Der Staatsanwalt erwirkte die Todesstrafe für Jamal wegen dessen radikaler politischer Gesinnung als Black Panther. Die Kampagne für seine Hinrichtung zeigt ganz deutlich den wahren Charakter des rassistischen amerikanischen Kapitalismus. Sie ist die Fortsetzung der COINTELPRO-Terrorkampagne des FBI, durch die Dutzende Black Panthers vom Staat ermordet wurden. Sie ist eine Vorführung der Unterdrückungsmaschinerie, die von den kapitalistischen Herrschern gegen jede vermeintliche Bedrohung eines Systems in Gang gesetzt wird, das auf der Ausbeutung der vielen durch die wenigen beruht und das in Amerika die gewaltsame Unterjochung der schwarzen Bevölkerung am unteren Ende der Gesellschaft zur Grundlage hat.

Während die Herrscher ihre wahre Freude haben an der sagenhaften Steigerung ihrer Profite, die sie durch die zunehmende Ausbeutung der Arbeiter und die brutale Verelendung der Armen erzielen, erlassen sie ständig neue Gesetze, um diejenigen zu bestrafen, die Widerstand leisten. In einer Botschaft vor einigen Jahren aus der Todeszelle bemerkte Mumia selber wortgewandt:

> „Die Ausweitung der Todesstrafe auf Dutzende neuer Verbrechen ist kein Spiegelbild eines sicheren Staates. sondern eines Staates, der in (/«Sicherheit schwimmt, eines Systems, das seiner selbst unsicher ist. Wenn sie die Verfassung durchlöchern und Richter hervorbringen, die zu einer Star Chamber [Kammergericht nach dem Vorbild der Inquisition] passen, untergraben sie genau den Boden, auf dem sie stehen, und beschleunigen ihren Sturz. Diese Regierung, die Babys in Philadelphia *und* in Bagdad bombardiert hat, die Babys in Somalia niedermäht, bereitet den Boden für ihre eigene Vernichtung. Es ist Zeit, nicht für Konfusion, sondern für die Gelegenheit, das, was *ist,* umzuwandeln in das, was sein muss."

Was sein muss, ist ein massiver Kampf für Jamals Freiheit, der sich vor allem auf die soziale Macht der multirassischen Arbeiterklasse stützt! Die Gewerkschaften basieren auf der einzigen bedeutenden Integration im rassistischen Amerika - am Arbeitsplatz und in der Fabrikhalle - und haben daher die soziale Macht und das Potenzial, zu Bataillonen im Kampf gegen Rassismus und Ausbeutung zu werden und die Grundlagen dieses niedergehenden kapitalistischen Systems zu erschüttern. In diese Richtung wäre der Kampf zur Befreiung Múmias und zur Abschaffung der rassistischen Todesstrafe, wenn es dabei zu einer Mobilisierung der Gewerkschaftsbewegung kommt, ein erster riesiger Schritt. Dazu muss die Arbeiterbewegung die von den verräterischen Gewerkschaftsführern geschmiedeten Ketten zerbrechen, mit denen die Gewerkschaften an die politischen Parteien und staatlichen Agenturen des Klassenfeindes gekettet werden. Das ist die Klassenkampfperspektive. für die die Spartacist League [SL/U.S. - unsere amerikanische Schwesterorganisation] und das Partisan Defense Committee fPDC - Schwesterorganisation des Komitees für soziale

Fortgesetzt auf Seite 24

Stoppt rassistische Angriffe auf türkisch-deutschsprachigen Unterricht!

In Berlin wurden in letzter Zeit die Hälfte der Grundschulen, in denen Kinder gleichzeitig auf Türkisch und Deutsch unterrichtet werden, aus diesem Programm herausgenommen. Die Spartakist-Jugend ist gegen die Streichung des türkisch-deutschsprachigen Unterrichts in Schulen. Die Streichung ist feil einer rassistischen Kampagne. Jugendliche der zweiten und dritten Generation immer mehr in das ökonomische und gesellschaftliche Abseits zu drängen und Immigranten in Berlin für die zunehmende Armut und steigende Arbeitslosigkeit ihrer Familien selbst verantwortlich zu machen.

Anfang der 80er-Jahre wurden mehrere Schulversuche von engagierten Grundschullehrern als Lernbrücke lür türkischsprachige Kinder initiiert, die bei der Einschulung zu wenig Deutschkenntnisse hatten, um den l nterrichtsthemen zu folgen. Über sechs Jahre zweisprachiges Lernen sollte es ihnen ermöglicht werden, Jen Rückstand zu ihren deutschsprachigen Mitschülern aufzuholen. Bis 1993/94 waren es 16 Grundschulen, an denen zweisprachig unterrichtet wurde, und acht Gymna-Men. an denen Türkisch eine zweite Fremdsprache war. Im Rahmen der gesamten Kürzungspolitik wurde eine Grundschule nach der anderen aus diesem Programm herausgenommen, so dass heute nur noch acht Grundschulen übrig sind. an denen es den zweisprachigen Unterricht gibt.



Wochenblatt Tiergarten

Türkisch-deutsche Kindertagesstätte in Berlin gibt Kindern die Möglichkeit zweisprachig aufzuwachsen

Als Marxisten sind wir gegen jeden Versuch. Deutsch als ,,offizielle" Sprache aufzuzwingen. Wir stehen in der Tradition von W. I. Lenin, Führer der Russischen Revolution von 1917, der schrieb: ..Das nationale Programm der Arbeiterdemokratie: absolut keine Privilegien für irgendeine Nation, für irgendeine Sprache". Wir kämpfen für die volle Gleichheit aller Sprachen in allen Bereichen des öffentlichen Leivns und verteidigen zweisprachigen Unterricht gegen deutsehen Chauvinismus. Gleichzeitig verstehen wir, dass es für diejenigen, die hier leben, lebenswichtig ist, Deutsch lernen zu können, weil dies das einzige Mittel für die Integration in eine deutschsprachige industrielle Gesellschaft ist, die eine gemeinsame Sprache für Produktion und Handel verlangt.

Wir befürworten kostenlose zweisprachige Programme als eine rationale Herangehensweise, Kindern eine Brücke zu bauen zwischen ihrer Muttersprache und der deutschen Sprache. Wir sind für kostenlose Bildung auf höchstem Niveau für alle Kinder. Aber sogar die zarten Versuche zum zweisprachigen Unterricht in Berlin sind geseheitert oder sind jetzt in Gefahr, weil sie gegen die Prioritäten der deutschen Bourgeoisie prallen. In den 6Oer-Jahren wurden Arbeiter aus der Türkei und Kurdistan nach Deutschland geholt, um die niedrig bezahlten, dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten zu erledigen. Mitte der 80er-Jahre wollte die Bourgeoisie sicherstellen, auch Jugendliche türkischer und kurdischer Abstammung effektiv in Berufen ausbeuten zu können, die ein höheres Maß an Ausbildung erfordern, und hielt einen begrenzten Unterricht auf Türkisch für sinnvoll. Aber bei Ende der zweisprachigen Schulversuche hatte 1990 die Konterrevolution stattgefunden, und mit der Wiedereinführung des Kapitalismus in Osteuropa stand der Bourgeoisie wieder ein großer Pool hoch qualifizierter und billiger Arbeiter Osteuropas zur Verfügung. Sie sieht keine Notwendigkeit mehr, für die Arbeiter einen relativ hohen Lebensstandard in Konkurrenz zu den sozialen Leistungen der Planwirtschaft der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten aufrechtzuerhalten. Heute betrachtet die deutsche Bourgeoisie Jugendliche türkischer und kurdischer Abstammung als überflüssig und fürchtet sie als sozialen Sprengstoff.

Seit der kapitalistischen Wiedervereinigung ist der gegen eingewanderte Arbeiter gerichtete Rassismus die Hauptachse staatlicher und gesellschaftlicher Reaktion in Deutschland und das Hauptinstrument der Kapitalisten, die Arbeiterklasse zu spalten und zu beherrschen. Die multiethnische Arbeiterklasse muss mobilisiert werden gegen die Streichung des zweisprachigen Unterrichts in den Schulen und

Fortgesetzt auf Seite 6

Spartakist-Jugend

Hamburg

Freitag, 20. Juli 2001, 18 Uhr

Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!

Clubraum der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34
(Nähe S-Bahn Altona)

Kontakt: (040) 32 36 44

Berlin

Dienstag, 17. Juli 2001, 18 Uhr

Die Lehren der Pariser Kommune. Der bürgerliche Staat muss zerschlagen werden!

Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 208
(Humboldt-Universität)

Kontakt: (030) 4 43 94 00

Stoppt Angriffe...

Fortsetzung von Seite 5

gegen alle Formen des Chauvinismus gegen Immigranten, weil jeder dieser Angriffe ein Angriff gegen die Arbeiterklasse selbst ist. Für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Viele Eltern von Jugendlichen der zweiten und dritten Generation sind integrierter Teil der Arbeiterklasse in den großen Metall- und Autobetrieben in Berlin wie Osram und DaimlerChrysler. Wenn das Recht ihrer Kinder auf bestmögliche Bildung in der Sprache ihrer Wahl angegriffen wird, wenn ihnen der Zugang zu einer Berufsausbildung verwehrt wird, so ist das ein Versuch, deutsche Arbeiter gegen immigrierte Arbeiter auszuspielen und so die Arbeiterklasse gespalten zu halten.

Schulsystem diskriminiert Minderheiten

Obwohl der Staat auf Papier kostenlose Bildung bis zur neunten Klasse für alle Kinder formell „garantiert", ist dieses Schulsystem ein reines Zweiklassensystem, das gegen Kinder aus Arbeiter- und Immigrantenfamilien gerichtet ist. Die massiven Streichungen in den letzten zehn Jahren im Schulwesen machten es vor allem für arme Familien kaum möglich, ihren Kindern eine gute Ausbildung zu finanzieren. Viele Kitas sind geschlossen worden und generell zu teuer. In der Schule fallen Stunden regelmäßig aus, da krank gewordene Lehrer nicht mehr vertreten und auch keine neuen eingestellt werden. Schulbücher sind über 20 Jahre alt. Für viele Kinder eingewanderter Arbeiter kommt dazu die Sprachhürde und die tagtägliche rassistische Diskriminierung. So bleibt Bildung ein Privileg für die reichen Deutschen! Die Folgen sind verheerend. 19,3 Prozent dieser Jugendlichen schaffen keinen Schulabschluss, eine Zahl 2,5-mal höher als bei anderen Schülern. Damit haben sie keine Chance auf einen Job oder eine Ausbildung.

Zudem verfügt das deutsche Schulsystem über eine ausgefeilte und erbarmungslose Aussortierungsmaschinerie, die schon nach der Grundschule anfängt, Schüler in drei weiterführende Schulsysteme einzusortieren. In den Gymnasien sind Klassen kleiner und die Schulausrüstung ist viel besser als in Real- und Hauptschulen, wo „nur" die Kinder der multiethnischen Arbeiterklasse ausgebildet werden im Gegensatz zur kleinbürgerlichen Elite. Auch in den so genannten Gesamtschulen, die als ein fortschrittlicheres Schulsystem gelten, werden die Schüler ebenfalls in drei Schichten (Kursarten) eingeteilt. Mit der Vergabe und Nichtvergabe von „Empfehlungen" wird bestimmt, wer zur kleinbürgerlichen Elite gehört und wer nicht; so werden heute Kinder ethnischer Minderheiten als erste aus dem Schulsystem ausgespuckt.

SPD-Schulsenator Böger tat schockiert, als eine entsprechende Statistik durch die Presse ging, und redete von der Notwendigkeit der Verbesserung der Sprachkenntnisse von Kindern und Jugendlichen türkischer Herkunft und von Integration. Aber nicht nur wurden im Schulwesen weitere Mittel zu diesem Zweck gekürzt, sondern in der bürgerlichen Presse und in der Schulverwaltung ging die giftige Kampagne los, die Opfer der Diskriminierung in Täter zu verwandeln. Die Eltern bekommen für alle Probleme ihrer Kinder die Schuld: dafür, dass diese nicht richtig türkisch sprechen können, und erst recht dafür, dass die Kinder nur türkisch (bzw. kurdisch) sprechen und nicht deutsch! Der Türkische Elternverein, der eine Menschenkette gegen die Abschaffung des Projektes organisierte, protestierte mit Recht gegen diese rassistischen Vorurteile, durch die türkische Eltern diffamiert werden.

Hinter dieser Lügenkampagne steht die Drohung des bürgerlichen Staats, Strafen für mangelnde Deutschkenntnisse aufzuerlegen oder abzuschieben, je nach seinen Prioritäten. Wie die *Rheinische Post* berichtete, drohte Nordrhein-Westfalens SPD-Innenminister Behrens, wer „nicht lernen will, müsse finanzielle Einbußen oder gar Ausreise in Kauf nehmen" (9. April). Solche Drohungen entsprechen dem reaktionären sozialen Klima unter der SPD/Grünen-Regierung, deren neues Ausländergesetz noch schärfer ist als das alte. Darin werden geheimdienstliche Überwachung und Überprüfung auf „Verfassungstreue" vorgesehen sowie die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft wieder zu entziehen. Das Gesetz raubt allen, die Arbeitslosen- oder Sozialhilfe erhalten, die Möglichkeit zur deutschen Staatsbürgerschaft. Je nach den Bedürfnissen von Schröders Kumpeln in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft sollen diese Bestimmungen Immigranten einschüchtern oder abschieben.

Gewerkschaftsbürokratie schürt Illusionen in bürgerlichen Staat

Vor allem von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie wird die Illusion geschürt, dass der bürgerliche Staat gezwungen werden kann, für die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse zu sorgen. Dies ist eine Illusion der gefährlichsten Art, weil dadurch die Arbeiterklasse an den bürgerlichen Staat gekettet wird. In einer GEW-Broschüre von 1993 forderte der damalige Vorsitzende der GEW Dieter Wunder, „es muß politisch endlich durchgesetzt werden, daß jedes Kind Unterricht in seiner tatsächlichen Muttersprache erhält. Das kurdische Kind also Kurdisch und nicht Türkisch und das ghanesische Kind nicht Englisch, sondern beispielsweise Ewe.'L Diese an sich richtige Forderung will er aber wie folgt „politisch" durchsetzen:

> „Die Menschen deutscher und ausländischer Nationalität müssen lernen, miteinander zu leben und diesen Staat und seine Gesellschaft, die Bundesrepublik Deutschland, als gemeinsame Aufgabe zu begreifen, an deren Entwicklung alle Bürgerinnen und Bürger, auch die eingewanderten, beteiligt sind. Das Grundgesetz, seine Ausdeutung, seine Weiterentwicklung sind nicht Angelegenheit von 90 Prozent Menschen, sondern Angelegenheit aller Menschen in Deutschland."

Aber das Grundgesetz ist weder „Angelegenheit" von 90 Prozent noch die aller Menschen, sondern es ist einfach das Regelwerk dieses durch und durch rassistischen Staates, dessen wesentlichste Aufgabe darin besteht, die Herrschaft der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse zu verteidigen. Wunder aber ermahnt die Mitglieder der GEW, eben diesem Staat die Durchsetzung dieser demokratischen Forderung zu übertragen und sich an seiner „Entwicklung" zu „beteiligen". Aber volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben, und das Recht auf die eigene Sprache werden nur errungen, wenn die Arbeiterklasse von diesen sozialdemokratischen Irreführern mit ihrer Liebe zum imperialistischen deutschen Staat bricht und mit einer revolutionären Führung für ihre eigenen Klasseninteressen kämpft.

Während die SPD vor allem unter Immigranten gehasst wird, wird die PDS von vielen Jugendlichen der zweiten und

Fortgesetzt auf Seite 9

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 23555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

DGB-Ausverkäufer fürchten Signalwirkung des Pilotenstreiks

Am 8. Juni einigten sich die Verhandlungsführer der Lufthansa und der Vereinigung Cockpit darauf, dass die Lufthansa-Piloten eine Lohnerhöhung von ca. 14 Prozent bekommen. Darüber hinaus zahlt die Lufthansa an, die Piloten eine Gewinnbeteiligung von zwei Monatsgehältern. Damit liegt das Ergebnis der Schlichtung im Wesentlichen bei dem, was die Lufthansa den Piloten sofort anbot, nachdem sie angefangen hatten zu streiken. Wir haben gewarnt, dass die Schlichtung eine Falle ist, bei der die Piloten nur verlieren können. Dennoch hat die Tatsache, dass die Piloten eine reale Lohnerhöhung erkämpft haben, ein Signal an die Arbeiterklasse geschickt. Nicht nur das Boden- und Kabinenpersonal der Lufthansa fordern jetzt Nachschläge. Der Unmut über niedrige Lohnabschlüsse wächst zunehmend in ver.di und IG Metall.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die in den letzten Jahren immer wieder die Kämpfe von Arbeitern gegen Riesters Rentenreform und für reale Lohnerhöhungen ausverkauft hat. befürchtet, dass zukünftige Streiks das klassenkollaborationistische Modell der „Sozialpartnerschaft" zerschmettern könnten. Das war der Grund für die Hetze der DGB-Bürokraten gegen die Piloten. Im Berliner *Tagesspiegel* vom 11. Juni wettert DGB-Chef Schulte noch einmal über „eine kleine Gruppe aus einem Schlüsselbereich - und da könnte ich noch zehn andere nennen - [die] nicht solidarisch und ohne Rücksicht auf Verluste agiert. Ohne Flächentarifverträge hätten wir die Lufthansa/ Cockpit Situation jeden Monat zwei Mal." Worüber sich Schulte hier Sorgen macht, ist, dass Teile der Arbeiterklasse der Kontrolle der Gewerkschaftsbürokratie entgleiten können, die durch „Friedenspflicht" und „Schlichtungen" versucht, die gerechten Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen und einem Ende der Angriffe auf ihren Lebensstandard auszuverkaufen.

Nachstehend drucken wir leicht redigiert unser Flugblatt zum Pilotenstreik vom 29. Mai ab, das wir in Hamburg und Berlin am Flughafen, vor Betrieben und an den Universitäten verteilten.



Hamburger Morgenpost

Während DGB-Bürokraten gegen Piloten hetzten, intervenierten Spartakisten für den Sieg des Pilotenstreiks, warnten vor Schlichtung. Streikende Lufthansa-Piloten (unten)



Tim Wegner/ LAIF

Sieg dem Pilotenstreik!

Mit drei Streiktagen im Wochentakt haben die Lufthansapiloten ein machtvolles Beispiel für die gesamte Arbeiterklasse gegeben mit ihrem Kampf für 30 Prozent Lohnerhöhung, nachdem sie 1991/92 Lohnkürzungen von 28 Prozent geschluckt hatten zugunsten der Sanierung von Lufthansa. Trotz der bösartigen Hetzkampagne gegen die Piloten sind ihre mutigen Forderungen und ihr effektiver Streik zum polarisierenden Diskussionsthema unter Arbeitern in ganz Deutschland geworden und haben ein positives Echo sowohl unter Arbeitern anderer Fluglinien als auch unter Arbeitern anderer Industriezweige gefunden, die mit Sanierungen, Lohnkürzungen und zunehmender Arbeitshetze konfrontiert sind. Ein Sieg der Lufthansa-Piloten wäre ein Schlag gegen die Bosse, die, um ihre Profite zu erhöhen, den Lebensstandard der Arbeiterklasse drastisch angreifen. Und es wäre auch ein Schlag gegen die Austeritätskampagne der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung, die einen breiten Angriff auf die Arbeiterklasse durchführt, von Spritpreisen und Rentenkürzungen zu rassistischem Staatsterror und Deportationen. Ein Sieg der Piloten wäre Ansporn für all

Fortgesetzt auf Seite 8

Pilotenstreik...

Fortsetzung von Seite 7

jene, die dafür kämpfen, die Interessen der multiethnischen Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten zu verteidigen.

Tatsächlich ist der Streik bei vielen Arbeitern populär. Am ersten Streiktag beschrieb *die Frankfurter Rundschau* die Haltung einer Angestellten von Condor: „Sie arbeitet nur in der Kabine und hätte auch gern 30 Prozent statt 3 Prozent mehr Lohn, aber gleichzeitig klingt da auch Verständnis, ja sogar ein Stück Bewunderung durch, wenn sie über die Vereinigung Cockpit (VC) spricht. Ja, so eine schlagkräftige Gewerkschaft ohne Streikbrecher hätte die Flugbegleiterin ebenfalls gern" (5. Mai). Am 16. Mai nahmen sich die Stewardessen von der Deutschen BA ein Beispiel und legten in fünf Städten mehrere Stunden die Flüge lahm, um den Bossen zu zeigen, dass sie es ernst meinen mit den gerade stattfindenden Tarifverhandlungen. Stefanie Koall von der Deutschen BA meinte: „Streik ist offensichtlich wieder in in Deutschland" *(Hamburger Abendblatt,* 16. Mai). Und nicht nur Angestellte der Fluggesellschaften haben gestreikt. In den letzten paar Wochen haben Arbeiter mehrfach ihre Macht gezeigt: von der Post, wo 12 000 Jobs bedroht sind, bis zu DaimlerChrysler in Sindelfingen, wo die Nachtschicht bestreikt wurde gegen die geplante Kürzung von Weiterbildung.

Der Streik der Lufthansapiloten inspirierte breite Schichten von Arbeitern, endlich zurückzuschlagen gegen die Kürzungs- und Ausverkaufstarifverträge, die die Gewerkschaftsführung durchgedrückt hat, und das brachte diese Arbeiterverräter zum Ausflippen. Die ver.di-Bürokraten stellen die Piloten als gierige Wölfe dar und wollen so die 65 000 Arbeiter des Boden- und Kabinenpersonals der Lufthansa von der Idee abhalten, ebenfalls einen Ausgleich für ihre Sanierungszugeständnisse zu bekommen. Der Hamburger Landesbczirksleiter von ver.di Wolfgang Rose wütet gegen die Piloten: „Wir lassen nicht zu, dass sich Besserverdiener zu Lasten der unteren Einkommensgruppen bereichern. Wir lehnen die von Cockpit angestrebte massive Umverteilung des für die Lufthansa-Beschäftigten insgesamt zur Verfügung stehenden Anteils an Einkommen ab" *(Hamburger Abendblatt,* 17. Mai). Und das von einem, der gerade das Bodenpersonal mit einer Lohnerhöhung von drei Prozent ausverkauft hat! In Wirklichkeit gibt es nicht eine feste Summe für Löhne, die sich eine Firma „leisten" kann und die dann durch die Anzahl der Arbeiter geteilt wird. Löhne werden durch das Niveau des Klassenkampfs entschieden! Die gleiche Art Hetze wird auch vom Lufthansa-Betriebsratsvorsitzenden Rörig und dem DAG-Chef Issen verbreitet, die beide im Aufsichtsrat von Lufthansa sitzen. Sie sind klassischer Ausdruck der sozialdemokratischen Lüge der „Mitbestimmung", die behauptet, dass es gemeinsame Interessen zwischen Arbeitern und Bossen geben könnte, und die die Arbeiter im Namen der Profitabilität „ihres" Betriebes disziplinieren soll. Betriebsräte an sich sind gesetzlich festgelegte Organe der Klassenkollaboration, sie richten sich gegen starke Gewerkschaften und gegen Klassenkampf überhaupt.

Die Vereinigung Cockpit antwortete auf die Hetzkampagne mit einem Offenen Brief an das Boden- und Kabinenpersonal: „Behauptungen, wir brächten das Unternehmen an den Rand des Ruins oder gefährdeten die Arbeitsplätze der übrigen Belegschaft, sind in unseren Augen als schlechte Propaganda einzustufen. Der Gewinn vor Steuern im Lufthansa-Konzern betrug im Jahr 2000 ca. 2 Milliarden DM. *Das ist mehr als die Hälfte des Gewinns aller Airlines weltweit.* Es wäre nur fair, die Mitarbeiter/innen - und zwar alle! - nun angemessen an diesem Erfolg teilhaben zu lassen!" Für einen effektiven Streik genügt es nicht, wenn die Piloten einfach am Boden bleiben. Streikpostenketten, die eine Klassenlinie gegen die Bosse ziehen, sind das ABC jedes Streiks. Jedem Arbeiter muss klar gemacht werden: Streikpostenketten überquert man nicht! Wirkliche Streikpostenketten sowie die Strategie, die Arbeiter der Deutschen Bahn dafür zu gewinnen, den Personentransport zu stoppen, könnten die Flughäfen wirklich absolut dicht machen.

Doch Lufthansa und Cockpit haben nun entschieden, in ein Schlichtungsverfahren zu gehen. Die erste Bedingung dafür ist, die Streiks auszusetzen, durch die die Piloten die Anerkennung und Unterstützung von anderen Arbeitern gewonnen haben und die - mit 50 Millionen DM Kosten für jeden Streiktag - ein „Argument" sind, das die Lufthansa-Bosse nicht ignorieren konnten. Das ganze Konzept von Schlichtung ist eine Falle, die Arbeiter können dabei nur verlieren. Einmischung von Regierung und Staat in Arbeiterkämpfe oder in die Angelegenheiten von Gewerkschaften sind niemals unparteiisch oder neutral. Denn der bürgerliche Staat existiert ausschließlich, um das Privateigentum der Kapitalisten gegen die Arbeiter zu verteidigen. Wir treten ein für absolute Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat. Notwendig ist gemeinsamer Klassenkampf gegen die Lufthansa-Bosse!

Allein die Wahl von Genscher als Schlichter beweist den Charakter eines solchen Unterfangens. Er spielte eine zentrale Rolle bei der Konterrevolution, die 1990 den deformierten Arbeiterstaat DDR zerstörte. Wir Trotzkisten haben die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion bedingungslos militärisch gegen Imperialismus und Konterrevolution verteidigt. Die jetzigen Angriffe auf die Arbeiterklasse sind direkte Folge der Konterrevolution, denn die Bourgeoisien Europas sehen keine Notwendigkeit mehr, den so genannten „Sozialstaat" aufrecht zu erhalten, der einzig dazu dienen sollte, die Arbeiterklasse gegen das „Konkurrenzsystem" im Osten zu „immunisieren". Genscher spielte auch eine führende Rolle bei der Konterrevolution in Jugoslawien 1991. Dies hatte nationalistische Kriege und imperialistische Interventionen zur Folge, wobei die deutschen Imperialisten sicherstellten, dass sie ihre Interessen durchsetzen. Als 1999 die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung das erste Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges zum Krieg mobilisierte und Bomben auf Serbien warf, riefen wir auf: Stürzt Imperialismus durch Arbeiterrevolution - Verteidigt Serbien! Heute fordern wir: Bundeswehr, NATO, UNO raus aus dem Balkan!

Das Potenzial für gemeinsamen *Klassenkampf* ist genau, was die gegenwärtige SPD/PDS-Gewerkschaftsführung fürchtet. So erklärte der DGB: „Wenn das Schule macht, können Flächentarifverträge und damit das Deutsche Modell der Sozialpartnerschaft in Gefahr geraten" *(Hamburger Abendblatt,* 18. Mai). Ja, wenn die Piloten gewinnen, wird es sicherlich schwieriger, Tarifverträge von drei Prozent durchzusetzen! Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung in Deutschland hat nicht einfach eine falsche Taktik oder irgendwie ihr Rückgrat verloren. Sie sind bestochen mit Teilen der Extra-Profite, die die imperialistische Bourgeoisie aus der Super-Ausbeutung der neokolonial unterdrückten Völker zieht. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges ging die SPD offen auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie über, als sie im August 1914 für die Kriegskredite stimmte. Gleichzeitig verwandelte die- Gewerkschaftsbürokratie die Gewerkschaften in Rekrutierungsinstrumente für die Reichswehr und schickte die Arbeiter auf die Schlachtbank, während sie an der „Heimatfront" für „Burgfrieden" sorgte. Die Konsequenz von „Sozialpartnerschaft" mit der deutschen Bourgeoisie heißt Unterstützung ihrer dreckigen imperialistischen Kriege und Unterstützung ihrer Austerität zu Hause. Im Gegensatz zur SPD, die die Gewerkschaften führt, sind wir Marxisten grundsätzlich gegen Klassenkollaboration mit

Fortgesetzt auf Seite 24

Stoppt Angriffe...

Fortsetzung von Seite 6

dritten Generation als eine progressivere Alternative betrachtet. Tatsächlich ist sie als reformistische Partei mit ihrer Arbeiterbasis in Ostdeutschland nur eine zweite sozialdemokratische Variante derselben prokapitalistischen Politik. Ihre Arbeitsgruppe Grundschulreform plädiert in einer Web-Notiz: „Die Möglichkeiten, zwei- oder auch mehrsprachig aufzuwachsen, sollten in der Stadt erweitert werden und dabei die Sprachen der hier lebenden Migrantinnen und Migranten einbeziehen. Dies wäre ein Beitrag für eine multikulturelle Stadt, Zusammenleben und wechselseitige Akzeptanz von Kulturen." Das ist die Maske der PDS: Sie nimmt eine richtige und wichtige demokratische Forderung und verknüpft sie direkt mit der Lüge, dass ein friedliches Zusammenleben im Kapitalismus möglich wäre, Rassismus also nicht Bestandteil dieses auf Ausbeutung beruhenden Systems sei. Und wo war das „Zusammenleben", als die PDS etwa 1000 Menschen seit 1998 aus Mecklenburg-Vorpommern abgeschoben hat? Heute sitzt der nigerianische Flüchtling Akubuo Anusonwu Chukwudi in Abschiebehaft im von der PDS mitregierten Mecklenburg-Vorpommern, weil er als prominenter Vertreter der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen" dem Staat ein Dorn im Auge ist. In Bezug auf die neuen ..Eckpunkte für eine menschenrechtliche Zuwanderungspolitik" der PDS-Bundestagsfraktion erklärte Petra Pau: „Wir wollen keine Immigration in die Arbeitslosigkeit" *(Süddeutsche Zeitung, 28.* Juni). Kurz gesagt: Die PDS will, dass Immigranten, die innerhalb von sechs Monaten keinen Job gefunden haben, abgeschoben werden.

Letztes Jahr am 12. April traten Tausende Berliner Lehrer in den Streik gegen den Berliner Schulsenator, der ihnen wegen des massiven Lehrermangels eine längere Arbeitswoche aufbrummen wollte, anstatt junge Lehrer einzustellen, in integrierten Schulen in Charlottenburg, Kreuzberg und Wedding gingen Eltern und Schüler zusammen mit streikenden Lehrern auf die Straße. Besonders militant zeigten sich die Berufsschulen, mit ihrem hohen Anteil an Schülern der zweiten und dritten Generation, die mit ihren selbst gemachten Plakaten demonstrierten. SPD-Schulsenator Böser und Co. fürchteten, dass ein Lehrerstreik mit der damals anstehenden Abstimmung für einen ÖTV-Streik zusammenkommen würde. GEW und ÖTV zusammen im Kampf hätten eine soziale Macht dargestellt und hätten einen massiven Kampf gegen die SPD-Regierung bundesweit auslösen können. Dann hätte die Forderung nach zweisprachigem Unterricht eine mächtige Unterstützung finden und zu einer der Kampfparolen der Arbeiterklasse werden können, statt eines liberalen Appells an den Staat, wie es die GEW-Führung macht. Dafür ist eine leninistische Avantgardepartei notwendig, die es versteht, als Volkstribun die Verteidigung aller Unterdrückten auf das Banner der Arbeiterklasse zu schreiben.

Der Streik wurde von der sozialdemokratischen GEW-Führung auf einen Tag begrenzt und dann ausverkauft. Wir von der Spartakist-Jugend haben in die Streikdemos mit unserer Zeitung *Spartakist* interveniert, wo wir mit Streikenden diskutierten über die Notwendigkeit, von SPD/PDS zu brechen, weil sie hier das Haupthindernis für eine sozialistische Revolution sind, und über die Notwendigkeit, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen.



Udo Klein/ND

Berlin, 12. April 2000: Lehrerstreik gegen Kürzungspläne des SPD-Schulsenators Böger

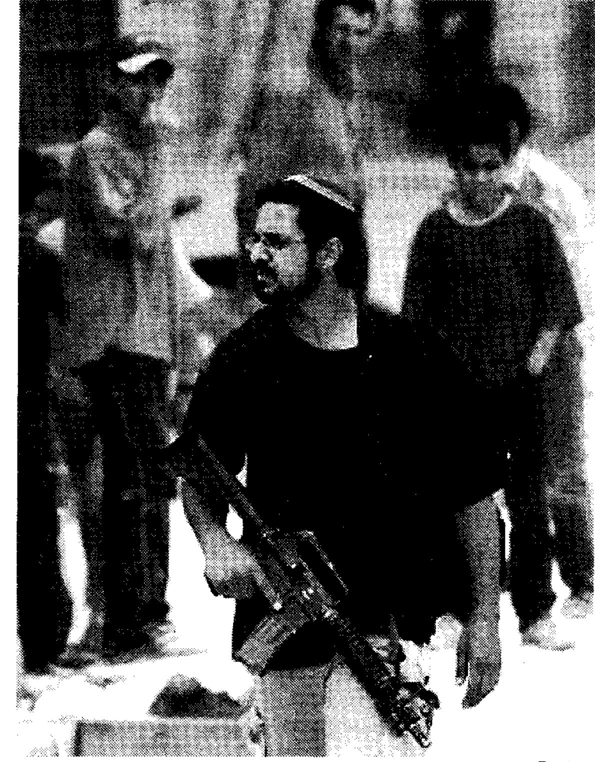
Nur dort, wo die Arbeiterklasse ihre eigene revolutionäre Diktatur errichtet, kann Bildung für alle ermöglicht werden. Nach dem Sturz der kapitalistischen Kerenski-Regierung im Oktober 1917 setzten sich die Bolschewik! erst einmal dafür ein, Bildung den Massen zugänglich zu machen. Die Kinderarbeit wurde abgeschafft und der Schulbesuch zur Pflicht für alle Kinder zwischen 7 und 17 Jahren gemacht. Die Alphabetisierung wurde Pflicht für alle bis zum 50. Lebensjahr, und der Arbeitstag wurde für alle, die sich an diesem Programm beteiligten, um zwei Stunden gekürzt. Ebenfalls abgeschafft wurden Studiengebühren, akademische Titel und Grade, Prüfungen und Hausaufgaben. Lehrer konnten von ihren Schülern entlassen werden. Trotz der Härten des Bürgerkriegs, die die Durchsetzung dieser Gesetze erschwerten, wurden beispielweise bis 1920 ca. 25 000 Schulen für die Alphabetisierung errichtet, viele davon durch Schenotdel, die sowjetische Kommission für Arbeit unter Frauen.

Wir von der Spartakist-Jugend kämpfen auch deswegen für eine qualifizierte, kostenlose, für alle erreichbare Bildung, weil wir Arbeiter und Unterdrückte, Schüler und Studenten mit den Werkzeugen - auch Sprache ist ein Werkzeug - ausrüsten wollen, damit sie Mitglieder und Führer der internationalistischen revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei werden können, die die Arbeiterklasse zum Sieg über die Kapitalisten führen kann. Arbeiter aus der Türkei und Kurdistan bilden eine lebendige Brücke zu dem Proletariat in diesen Ländern, um überall auf der Welt für eine auf Planwirtschaft basierende Gesellschaft zu kämpfen, in der jede Art der Unterdrückung der Vergangenheit angehört.»



AP

Während Truppen der israelischen Armee in den besetzten Gebieten wüten, verüben faschistoide Siedler-Hilfstruppen Pogrome gegen Palästinenser



Reuters

Verteidigt Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 1

Vergeltungsmaßnahmen aushecken für das verwerfliche Bombenattentat auf einen überfüllten Tanzklub in Tel Aviv Freitagnacht.

Angesichts der Drohung mit einem „sehr schweren Luftschlag" durch Israel, das jetzt offiziell die Palästinensische Autonomiebehörde zu einer „terroristischen Organisation" erklärt, beugte sich PA-Präsident Jassir Arafat den US- und israelischen Ultimaten, den Palästinensern einen Waffenstillstand aufzuerlegen und mutmaßliche „Terroristen" auszuheben. Aber wie ein militanter Palästinenser in Ramallah sagte: „Arafat befahl schon vor vielen Monaten, das Schießen zu beenden, aber das liegt nicht in Arafats Händen." Während die Israelis sich momentan zurückhalten, hauptsächlich um ihre amerikanischen Schutzpatrone zu besänftigen, beschrieb ein Sicherheitsbeamter dies als „Aufschub der Hinrichtung der PA".

Während das Militär seinen Würgegriff um die belagerten arabischen Ghettos im Westjordanland und in Gaza fester zog, umzingelte ein rasender Mob mit dem Schrei „Tod den Arabern!" eine Moschee in Tel Aviv, und Israelis reden von einer bevorstehenden „Apokalypse" gegen die Palästinenser. In den USA kreischt der fanatische Zionist William Safire in seiner Kolumne in der *New York Times* (4. Juni): „Lasst Scharon Scharon sein." Dies ist ein kaum verhüllter Aufruf zu einer Wiederholung von Scharons Massaker an etwa 2000 Palästinensern in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila 1982 im Libanon.

Israels Herrscher haben klar gemacht, dass sie vor nichts zurückschrecken werden, um die palästinensischen Massen niederzuhalten. Schon vor dem Bombenattentat von Tel Aviv forderte der frühere Premierminister Benjamin Netanjahu militärische Schläge gegen „Radio, Fernsehen, Medien, Transport, Gas, Waffenlager und die ökonomische Infrastruktur der PA" und hetzte: „Wir haben noch nicht mal 1 Prozent der Macht der IDF [Militär] benutzt. Wenn Arafat den Terror fortsetzt, werden wir sicherstellen, dass sein terroristisches Regime zusammenbricht. Zu diesem Zweck wurde die Regierung der Einheit gebildet" (Londoner *Observer*, 3. Juni).

Nach acht Monaten palästinensischen Widerstandes und einem eskalierenden Terrorkrieg durch das israelische Militär und seine „Siedler"-Hilfstruppen könnten die ultrachauvinistischen zionistischen Herrscher sehr wohl auf ein Blutbad von katastrophalen Ausmaßen zusteuern. Machtvoller internationaler Protest ist lebensnotwendig, auch seitens der großen Anzahl von Arbeitern nahöstlicher Herkunft, die in Schlüsselsektoren der französischen Industrie integriert sind. Für die multirassische Arbeiterklasse und alle Unterdrückten in den USA ist es besonders entscheidend, zu fordern: *Verteidigt das palästinensische Volk! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten! US-Imperialismus raus aus dem Nahen Osten!*

Die völkermörderische Logik des Nationalismus

Die Antwort der israelischen Herrscher auf einen früheren palästinensischen Aufstand, die *intifada*, die Ende 1987 begann, war in den Worten des damaligen Verteidigungsministers Jitzak Rabin von der durch und durch bürgerlichen Arbeitspartei „Gewalt, Macht, Prügel, die Knochen zerbrechen". Aber seit den ersten Anfängen der gegenwärtigen *intifada* ist tödlicher militärischer Terror die Norm gewesen, angefangen mit der Entsendung von Kampfhubschraubern, die Raketen abfeuerten, und den Massakern an arabischen „Bürgern" Israels durch Scharons Vorgänger von der Arbeitspartei, Ehud Barak. Während des früheren Aufstands wurden im Verlauf von drei Jahren über 1000 Palästinenser getötet, aber allein in den vergangenen acht Monaten wurden mehr als 500 ermordet, darunter viele Kinder mit Kopf- und Brustschüssen. Etwa 1500 weitere Menschen trugen durch Schusswunden Lähmungen davon, insgesamt wurden mehr als 15 000 verwundet. Dies bedeutet, dass *einer von jeweils 200 Palästinensern* in den besetzten Gebieten zum Opfer wurde.

Palästinensische Städte und Dörfer sind einer Hungerblockade unterworfen, abgeschnitten nicht nur durch ein Netzwerk „strategischer Autobahnen", sondern jetzt auch durch Gräben und Sperren; sie ähneln zunehmend den jüdischen Ghettos im Nazi-besetzten Osteuropa. Währenddessen, weitgehend verschwiegen in den US-Medien, haben faschistoide Siedler fast täglich pogromartig gewütet. Um nur ein paar Vorfälle in den vier Tagen nach dem 10. Mai zu nennen: Ein 18-jähriger Student in Gaza wurde durch Kampfhunde so schlimm zugerichtet, dass er einen ganzen

Tag brauchte, um sich nach Hause zu schleppen, wo er wenige Stunden später starb; am nächsten Tag wurden arabische Weizenfelder in der Nähe von Bethlehem abgebrannt, während israelische Truppen zusahen; dann wurden acht Palästinenser in der Nähe von Hebron blutig geschlagen und einen Tag darauf eröffneten Siedler das Feuer auf Häuser eines arabischen Dorfs in der Nähe von Ramallah.

Weit davon entfernt, die palästinensische Bevölkerung einzuschüchtern, hat der eskalierende zionistische Terror wachsenden Widerstand genährt, was die Erinnerung an die heroischen Kämpfer des Warschauer Ghettos 1943 weckt. Der Terror hat auch die Art von Frustration und Verzweiflung hervorgerufen, die eine wachsende Zahl palästinensischer Jugendlicher dazu führte, sich dem Islamischen Dschihad und der Hamas als „Märtyrer" anzuschließen. Wir verurteilen wahllose Terrorakte - wie den in Tel Aviv und das Bombenattentat in einem Einkaufszentrum in Netanja vor zwei Wochen -, die sich nicht gegen die bewaffneten Kräfte des zionistischen Staates oder seine faschistoiden Siedler-Hilfstruppen richten, sondern gegen alle Juden. Solche Angriffe entsprechen den bösartig antisemitischen - und frauenfeindlichen - Zielen der Hamas, die ursprünglich als ein Gegengewicht zur Palästinensischen Befrei-Lingsorganisation (PLO) aufgebaut worden war mit direkter Hilfe der israelischen Regierung. Die Fundamentalisten, deren Ziel es ist, in den besetzten Gebieten ein islamisches Regime zu schaffen, sind ein Spiegelbild zu den faschistoiden religiösen jüdischen Reaktionären, die für Israel eine voll entwickelte Theokratie gemäß dem Alten Testament anstreben. Auch in den Augen Letzterer sind die russischen immigrierten Jugendlichen, die in Tel Aviv am Sabbat feierten, „Ungläubige"; tatsächlich wurde anfänglich drei der Toten die Bestattung auf städtischen Friedhöfen verweigert, weil sie Kinder aus gemischten Ehen waren.

Zwar haben die zionistischen Schlächter die Peitsche in der Hand, aber der Nahe Osten liefert reichlich Beweise für die völkermörderische Logik von jeglichem Nationalismus, einschließlich der säkularen Version, die kleinbürgerliche palästinensische Nationalisten vertreten, die sich auch an wahllosem Terror beteiligt haben. Was den blutigen Kreislauf von zionistischer Repression und palästinensischem Widerstand antreibt, ist die Grundursache dieses Konfliktes: Zwei Völker erheben Anspruch auf dasselbe Land. Es kann unter dem Kapitalismus keine gerechte Lösung für die einander widersprechenden nationalen Ansprüche der palästinensischen Araber und der hebräischsprachigen Bevölkerung geben. Der zionistische Staat wurde im Jahr 1948 durch die Vertreibung von etwa 700000 Arabern geschaffen, „Die Katastrophe" (Al Nakba), derer Palästinenser bis heute gedenken. Seither boten zahllose imperialistisch inspirierte „Friedenspläne" den Palästinensern nicht nur keinerlei Aussicht auf Befreiung, sondern dienten nur dazu, ihre Unterwerfung unter den zionistischen Stiefel noch zu verschlimmern.

Die Palästinenser können einen militärischen Konflikt mit dem israelischen Moloch nicht gewinnen. Und angesichts einer militärischen Bedrohung durch ihre arabischen Nachbarn wären die zionistischen Wahnsinnigen sehr wohl fähig, ihr Arsenal an Atomwaffen zu entfesseln. Der *einzige* Weg, letztendlich noch weitere Katastrophen der Größenordnung von 1948 zu verhindern - und die nationalen Rechte der Palästinenser zu verwirklichen, ohne die des hebräischsprachigen Volkes zu verwehren -, sind Arbeiterrevolutionen, die alle kapitalistischen Regime in der Region zerschlagen. Das Schicksal des palästinensischen Volkes und aller Völker des Nahen Ostens hängt letztendlich ab von der rechtzeitigen Schmiedung leninistischer Avantgardeparteien, die auf dem Programm des proletarischen Internationalismus basieren.



New York Times

Massendemonstration in Bagdad, Juli 1958. Revolutionärer Aufschwung brachte das machtvolle irakische Proletariat an die Schwelle der Macht

Das „Friedens"abkommen von 1993: Rezept für ein Desaster

Der unmittelbare Hintergrund für die heutige bedrohliche Lage der Palästinenser liegt in der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92. Obwohl der bürokratisch degenerierte Arbeiterstaat unter Stalin als eines der ersten Länder den zionistischen Staat diplomatisch anerkannte, in der Hoffnung, sich einen Verbündeten gegen den britischen Imperialismus zu sichern, neigte die UdSSR in den nachfolgenden Jahrzehnten zu den arabischen bürgerlichen Regimen und kleinbürgerlichen nationalistischen Bewegungen wie der PLO. Die Verfügbarkeit sowjetischer militärischer, diplomatischer und finanzieller Unterstützung

Fortgesetzt auf Seite 12

Verteidigt Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 11

schuf diesen Nationalisten einen gewissen Spielraum, um den US-Imperialismus rhetorisch zu konfrontieren.

1973 starteten die arabischen Regime einen Ölboykott - dessen Haupteffekt es war, ihre Taschen und die der 01-monopole Seven Sisters zu füllen -, der sich nominell gegen die US-Unterstützung für Israel richtete. Aber angesichts des „Albtraum-Szenarios", dass „immer größere Angriffe auf Israelis, immer größere Vergeltungsmaßnahmen gegen die Palästinenser ... zu einem Massenexodus palästinensischer Flüchtlinge über die Grenzen führen" könnten, bot ein kürzliches Treffen von Außenministern islamischer Länder in dem ölreichen Golfstaat Katar nur Appelle an die USA an, „Druck auf Israel auszuüben, einen ausgewogenen Frieden zu akzeptieren" (BBC-Nachrichten, 27. Mai).



DPA

Ramallah, 3. Juni: Fischer trifft Arafat. Deutscher Imperialismus drängt Arafat, sich Israels Diktaten zu beugen. Alle kapitalistischen Mächte sind unerbittliche Feinde palästinensischer Selbstbestimmung

Anfang 1990, als Israel aus der amerikanischen Linie ausscherte, drohte George Bush sen., die US-Militärhilfe zu kürzen. Und später im gleichen Jahr warnte Washington Israel, sich aus dem bevorstehenden Krieg mit Irak herauszuhalten, da die amerikanischen Imperialisten erfolgreich versuchten, die anderen arabischen Regime in ihre „Koalition" gegen Saddam Hussein einzubeziehen. Aber da die Sowjetunion nicht mehr existiert, haben die arabischen bürgerlichen Regime eine weit geringere Hebelwirkung, um auf die USA Druck auszuüben. Die *New York Times* (4. Juni) beschreibt, wie die Bush-Administration dem Druck „besonders seitens der arabischen Welt" widerstanden hat, im Nahen Osten „ihre diplomatische Präsenz zu steigern".

Die Zerstörung der Sowjetunion bedingte auch Arafats Akzeptanz des schändlichen Rabin-Arafat-Abkommens von 1993, das der PLO ein paar Äußerlichkeiten staatlicher Souveränität gab, während es Israels Position bedeutend stärkte. Palästinensische Polizei, ausgebildet und überwacht von CIA und israelischen Sicherheitskräften, sollte die tagtägliche Reglementierung der unterworfenen palästinensischen Massen durchführen, während alle israelischen Siedlungen bestehen blieben vorbehaltlich einer unbestimmten Übereinkunft über einen „endgültigen Status". Die PLO, und mit ihr das zionistische „Friedenslager", begrüßte das Abkommen von 1993 als ersten Schritt zu einem palästinensischen Staat. Aber wie wir damals schrieben, bot dieser Deal „nicht einmal den deformiertesten Ausdruck von Selbstbestimmung", sondern setzte „das Siegel der PLO auf die nationale Unterdrückung der seit langem leidenden palästinensischen arabischen Massen" („Israel-PLO Deal for Palestinian Ghetto" [Israel/PLO-Deal für Palästinenser-Ghetto], *Workers Vanguard* Nr. 583, September 1993).

Das Abkommen legte die Basis für die weitere Verwüstung der Wirtschaft der besetzten Gebiete. Das Bruttosozialprodukt in Gaza stürzte zwischen 1992 und 1996 um 37 Prozent ab. Schon vor dem Beginn des jetzigen Aufstandes betrug das durchschnittliche nationale Einkommen in den besetzten Gebieten 1500 Dollar, kaum mehr als die Hälfte dessen, was es vor dem „Friedensprozess" war, und weniger als ein Zehntel des Einkommens in Israel. Der Export von Agrarerzeugnissen nach Israel und Jordanien wurde scharf eingeschränkt, ebenso wie, noch wichtiger, die Anzahl der Palästinenser, die nach Israel Zugang haben als Tagelöhner, deren Lohn eine wesentliche Einkommensquelle für die besetzten Gebiete ist. Mit der Absicht, jegliche Abhängigkeit von palästinensischen Arbeitern in der Landwirtschaft und dem Baugewerbe zu beenden, haben die israelischen Kapitalisten Zehntausende von Arbeitsmigranten, legale und „illegale", aus Thailand und anderen Ländern geholt.

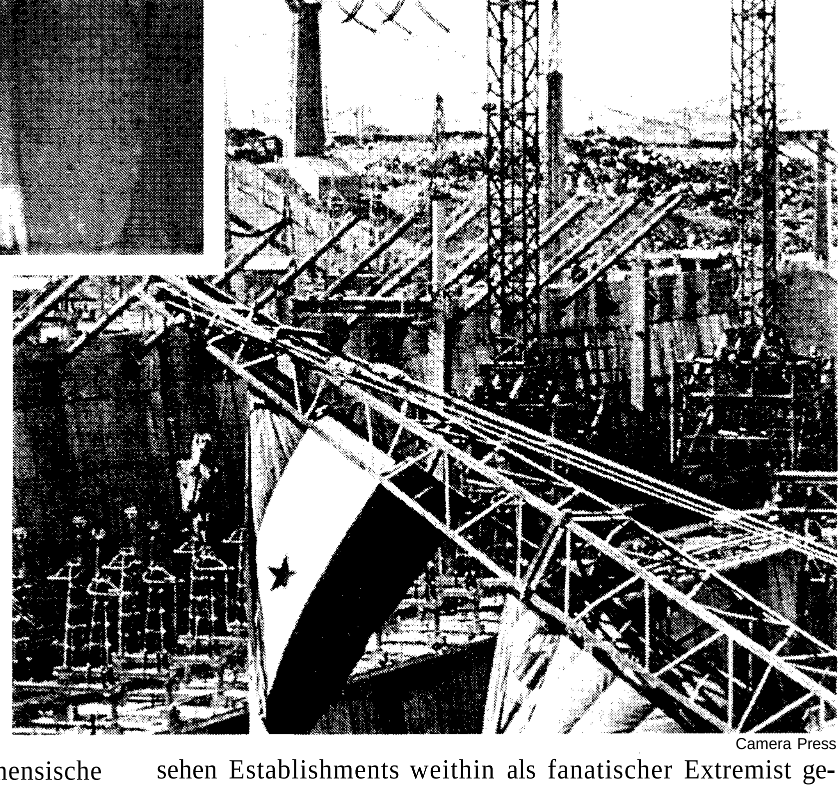
Nach dem Abkommen von 1993 wurden mehr oder weniger sporadische „Sicherheitsabriegelungen" praktisch permanent und sperren den Durchgang nicht nur für Arbeiter, sondern auch für Studenten, die Universitäten in Jerusalem und im Westjordanland besuchen, und für verzweifelte Patienten, die Operationen in israelischen Krankenhäusern benötigen. Israel errichtete einen elektrischen Stacheldrahtzaun am Grenzübergang nach Gaza und begann mit dem Bau einer Reihe militärisch befestigter „Umgehungsstraßen", die israelische Siedlungen miteinander verbinden, wodurch weiteres arabisches Land und Farmen enteignet wurden. Während die PLO sich vorstellte, ein Ergebnis des „Autonomie"-Deals sei das Ende der Siedlungen, hat sich die Zahl der Siedler tatsächlich verdoppelt und stieg auf über 200000 an, darunter verarmte russische Juden, denen Unterkünfte in den besetzten Gebieten zugeteilt wurden. Als Antwort auf die Forderung, Ost-Jerusalem solle die Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates werden, haben die Zionisten „Fakten vor Ort geschaffen", arabische Häuser niedergerissen und Wohngebiete expandiert, in denen nur Juden leben dürfen, obwohl Tausende der neu gebauten Wohneinheiten unbesetzt bleiben.

Sowohl Scharon als auch Arafat behaupten, den kürzlich veröffentlichten Mitchell-Report zu unterstützen, der die Palästinenser dazu aufruft, die Gewalt zu beenden, und die Israelis, die Ausdehnung der Siedlungen zu beenden. Es ist ein Zeichen dafür, wie weit sich die Dinge zu Ungunsten der Palästinenser gewandelt haben, dass nicht länger darüber debattiert wird, ob solche Enklaven mörderischer zionistischer Fanatiker überhaupt existieren sollten, sondern ob sie weiter wachsen sollten. Und Israel weist kategorisch jegliche Beschränkung seiner Siedlungsexpansion zurück. Israelische Juden sollten sich vorstellen, wie sie sich in so einer



Sowjetunion war Gegengewicht zum arroganten US-Imperialismus. Sowjetischer Staatschef Chruschtschow (links) mit Nasser, dem starken Mann Ägyptens, als die UdSSR dem nationalistischen Regime in den späten 50er- und den 60er-Jahren Hilfe zukommen ließ. Der Assuan-Staudamm wurde mit sowjetischer Unterstützung gebaut

Crosscurrents Press



Camera Press

Lage fühlen würden: eingekreist von militarisierten palästinensischen Siedlungen, verbunden durch Straßen, die nur Araber benutzen dürfen! *Wir fordern die Entfernung aller gegen Araber gerichteten Befestigungen in den besetzten Gebieten - die Siedlungen und das Apartheid-Autobahnnetz!*

Zionismus und „ethnische Säuberungen"

Heute ist die Rhetorik über „Verhandlungen" der Denunziation Arafats als „ein Anführer des Terrors" gewichen. Während der letzten acht Monate hat das israelische Militär im Zuge seiner Kampagne der „selektiven Eliminierung" über 30 PLO-Führer der mittleren Ebene ermordet. Während die Zionisten und ihre amerikanischen Unterstützer heuchlerisch schreien, die Palästinensische Autonomiebehörde solle „die Gewalt beenden", fachen Israels Herrscher bewusst spontane wütende Aufwallungen an, indem sie jene palästinensischen nationalistischen Kader töten, von denen sie erhoffen könnten, dass sie die Wut auf den Straßen bändigen.

Wenige Monate nachdem Arafat im letzten Sommer Israels „letztes, bestes" Angebot für eine endgültige Übereinkunft zurückgewiesen hatte, gab Barak grünes Licht an Scharon, der muslimischen heiligen Stätte Haram al-Sharif (für Israelis der Tempelberg) einen provokativen „Besuch" abzustatten, was den vorhersagbaren Ausbruch von Wut unter Palästinensern auslöste. Der tiefer liegende Grund für den Aufstand war die Verzweiflung unter den palästinensischen Massen, dass das Abkommen von 1993 nur zu tieferem Elend und nationaler Erniedrigung geführt hatte. In der Zwischenzeit hatte die hebräischsprachige Bevölkerung, der „Frieden durch Sicherheit" versprochen worden war, erkannt, dass sie weder das eine noch das andere hatten.

Das zionistische „Friedenslager" ist im Wesentlichen zusammengebrochen und bleibt angesichts des immer mörderischeren Terrors gegen die Palästinenser absolut stumm. Viele Israelis sehen die Siedlungen als eine eiternde Wunde und Umfragen lassen erkennen, dass eine Mehrheit für eine Beschränkung des Siedlungsbaus wäre, wenn dies zum Frieden führte - und abgesehen von den fanatischsten, meist amerikanischen Zionisten würden jetzt nur wenige freiwillig in die besetzten Gebiete ziehen. Aber die Verhärtung eines chauvinistischen Konsensus gegen die Palästinenser spiegelte sich deutlich in dem überwältigenden Wahlergebnis letzten Februar für Scharon wider, der nach seinem Einmarsch in den Libanon 1982 sogar von großen Teilen des zionistischen Establishments weithin als fanatischer Extremist geschmäht worden war.

Die Arbeitspartei akzeptierte bereitwillig Scharons Einladung, einer Regierung der „nationalen Einheit" beizutreten, und der gepriesene „Friedens"-Nobelpreisträger Schimon Peres dient jetzt in dieser Kriegsregierung als Außenminister. Peres war ein Bewunderer der französischen *colons* in Algerien und ein Architekt von Israels Allianz mit dem früheren Apartheid-Regime in Südafrika. Diese Allianz beinhaltete auch die Entwicklung von Atomwaffen für die Afrikaaner-Herrscher, die später diese Waffen aus Südafrika herausschafften, um sicherzustellen, dass sie nicht dem ANC bei seiner Machtübernahme in die Hände fielen. „Friedenstaube" Peres sollte besser „Herr Siedlung in Person" heißen. Wie der israelische Bürgerrechtler Israel Shahak in seiner Veröffentlichung *From the Hebrew Press* [Aus der hebräischen Presse] (Juli 1996) bemerkte, war es Peres, der während seiner Zeit als Verteidigungsminister in Rabins Regierung 1974-77 begann, Siedlungen in dicht bewohnten palästinensischen Gebieten zu errichten. Mit Peres arbeitete zu jener Zeit Jigal Allon zusammen, der den so genannten Allon-Plan entwarf, in dem die gegenwärtige Zerstückelung des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten schon angekündigt war. Anfang der 70er-Jahre schmuggelte Allon Waffen an den faschistoiden Führer von Gush Emunim, Mosche Levinger, um ihm zu helfen, eine winzige Siedler-Enklave im Zentrum von Hebron aufzubauen, was einen fortdauernden Belagerungszustand gegen die 100000 arabischen Einwohner der Stadt bedeutet.

Auf dem rechten Flügel von Scharons Kabinett gibt es Typen wie den Tourismus-Minister Rehavam Zeevi, Führer

Fortgesetzt auf Seite 14

Verteidigt Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 13

der Nationalen Union, der offen zum „Transfer" - zur Massenvertreibung - aller Palästinenser aus Gaza und dem Westjordanland aufruft. Als Minister für Infrastruktur dient Avigdor Lieberman, der im Februar schwor, dass eine Regierung Scharon nicht zögern würde, Raketen auf Ägyptens Assuan-Staudamm abzufeuern, „wenn beispielsweise Ägypten Truppen in den Sinai verlegt", der ägyptisches Territorium ist! Lieberman ruft dazu auf, den arabischen Mitgliedern der Knesset (Parlament) die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Solche Ansichten sind nicht auf fanatische Siedler und eine Hand voll extremer Rechter in scheinbar marginalen Positionen des Kabinetts beschränkt.

Im März hielt Präsident Mosche Katsav eine offizielle Zeremonie ab, um die Veröffentlichung einer Erklärung bekannt zu machen, die den Titel trägt: „Die Balance von nationaler Stärke und Sicherheit in Israel: Politische Richtlinien", produziert von einer Konferenz von 300 „führenden Personen", die *Ha'aretz* (23. März) als „Kern von Israels politischem und Verteidigungsestablishment" beschrieb. Diese Konferenz hatte den Beigeschmack des Nürnberger Parteitags von 1935, der die „Rassengesetze" des Dritten Reichs verkündete!

Der Konferenzvorsitzende Uzi Arad höhnt: „Die Palästinenser haben entschieden, dass sie die höchste Rate von natürlichem Bevölkerungswachstum in der Welt wollen, aber sie haben nicht die Mittel für den Unterhalt", und er schlägt eine „humanitäre Lösung" vor, die in der Erklärung wie folgt detailliert ist: „Wenn die palästinensische Bevölkerung in den Territorien ihre Wachstumsrate nicht beschränkt, wird es notwendig sein, einen Platz zur Umsiedlung außerhalb des Staates Israel zu finden (vielleicht östlich des Jordan)." Das Dokument ruft auch dazu auf, einen Teil von Israels arabischer Bevölkerung nahe dem Westjordanland gewaltsam in ein zukünftiges palästinensisches Bantustan zu repatriieren. „Auf die Frage, ob israelischen Arabern, die nahe der Grünen Linie [Grenze vor dem Krieg von 1967] leben, trotz ihrer bekannten Einwände der Wechsel in den palästinensischen Zuständigkeitsbereich aufgezwungen wird, antwortet Arad: ‚In einem demokratischen Staat bestimmt die Mehrheit, wo die nationalen Grenzen liegen.'"

Die Durchführung solcher Pläne würde zweifellos imperialistische Befürchtungen über eine „Destabilisierung" des ganzen Nahen Ostens anfachen. Diskreditierte autokratische Regime in Ägypten und anderswo könnten es sehr wohl mit Volkserhebungen und Herausforderungen seitens islamischer Fundamentalisten und anderer Befürworter des „Heiligen Kriegs" zu tun bekommen. Aber es wäre vollständig im Einklang mit dem zionistischen Drang nach einem „Groß-Israel". Wie der offene „Transfer-Befürworter" Zeevi stolz erklärt, folgt er den Fußstapfen der Gründerväter der „Arbeiter-Zionisten" wie David Ben-Gurion, der das Banner der „Eroberung des Landes" erhob. Ben-Gurion leitete 1948 die „Säuberung" von 700000 arabischen Männern, Frauen und Kindern an, was kein „Nebenprodukt" des Krieges mit den arabischen Staaten war, wie die Zionisten behaupten, sondern vielmehr eine geplante und bewusste Terrorkampagne, einschließlich einer Reihe von Massakern, die ausführlich öffentlich bekannt gemacht wurden.

Monate nach dem Ende des so genannten Unabhängigkeitskrieges befahl Ben-Gurion der Armee im September 1948, eine Operation „für die Eroberung des gesamten Westjordanlands" zu starten, wie ein israelischer Militärkommandant jener Zeit berichtete *(Ha'aretz,* 18. April 1994). Als Ben-Gurion Allon fragte, wie viele Araber den Besatzungkräften entkommen würden, erhielt er die Antwort: „So viele, wie Sie entscheiden." Ben-Gurion wurde gezwungen, den Plan in letzter Minute fallen zu lassen, als seine Koalitionspartner Wind davon bekamen und ihn abwählten. 20 Jahre später hatten Ben-Gurions Nachfolger das Westjordanland erobert, und es ist überhaupt nicht unvorstellbar, dass die israelischen Besatzungskräfte heute Massaker in der Größenordnung des Jahres 1948 verüben könnten.

Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Die einzige Rettung für das palästinensische Volk liegt in proletarischer Revolution und einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens. Illusionen in die „wohlmeinenden Führungsgremien" des US-Imperialismus, anderer imperialistischer Mächte oder der Vereinten Nationen sind selbstmörderisch. Die USA haben Israel bis an die Zähne bewaffnet. Die Bush-Regierung hat sogar den äußeren Schein der Gleichbehandlung abgelegt, unter dem ihre demokratische Vorgängerin eine antipalästinensische „Pax Americana" verfolgte. Was die Imperialisten der Europäischen Union angeht, so rivalisieren sie um Einfluss in den arabischen Ländern und haben nominelle Sanktionen gegen Agrarexporte aus israelischen Siedlungen verhängt. Zur gleichen Zeit hat Deutschland neben den USA eine prominente Rolle dabei gespielt, Arafat zu drängen, sich Israels neuesten Diktaten zu beugen. Aber alle kapitalistischen Mächte sind unerbittlich gegen wirkliche Selbstbestimmung für die Palästinenser - oder die Kurden, aufgeteilt auf und unterdrückt von Türkei, Iran, Irak und Syrien -, aus Angst, dies würde die Region in noch größere Wirren stürzen. Und die Vereinten Nationen existieren, um den imperialistischen Mächten zu dienen. Es war die von den UN durchgeführte Teilung 1947, die den Weg für die Katastrophe von 1948 ebnete, und es war eine UN-Expeditionsstreitmacht, die im Libanon 1982 am Vorabend des zionistischen Massakers die PLO-Kämpfer entwaffnete.

Die arabischen bürgerlichen Regime haben weder die militärischen Mittel noch das Interesse, die Palästinenser gegen die zionistischen Terroristen zu verteidigen. In letzter Zeit hat das ägyptische Regime von Hosni Mubarak, nach Israel zweitgrößter Empfänger von US-Finanzhilfe, davon gesprochen, militärisch zu antworten, wenn Israel die Palästinensische Autonomiebehörde angreift (was es bereits seit Monaten tut). Die israelische Luftwaffe startete gestern massive Kriegsübungen, und eine militärische Erklärung vom letzten Monat, die die arabischen Regime davor warnte, sich den palästinensischen Aufstand zunutze zu machen, brüstete sich: „Syrien will keinen Krieg mit Israel, und die Schläge der Luftwaffe im April gegen eine syrische Radar-

station vor den Toren Beiruts hinterließen einen tiefen Eindruck auf Damaskus, dort sah man, dass dies nur ein Anfang ist von dem, was Israel tun kann." Israels Atomarsenal ist jetzt größer als das von Britannien, und niemand nimmt das gelegentliche militärische Aufplustern von Kairo oder Damaskus gegen Israel ernst.

Vom Massaker im Schwarzen September 1970 an etwa 10000 Palästinensern in Jordanien bis zur Vertreibung von 200000 palästinensischen Migranten 1991 durch das Emirat Kuwait haben sich -die arabischen Herrscher dem palästinensischen Volk gegenüber als genauso feindlich erwiesen wie die israelische Bourgeoisie selbst. Wenn die arabischen Staaten in den Krieg gegen Israel gezogen sind - 1948, 1967 und 1973 -, dann nicht, um die Palästinenser zu verteidigen. Während Marxisten 1956 Ägypten militärische Unterstützung gaben gegen eine Invasion durch das imperialistische Britannien und Frankreich (denen sich Israel anschloss), riefen wir in den anderen Kriegen zum revolutionären Defätismus auf, sowohl gegenüber dem kapitalistischen Israel als auch gegenüber den kapitalistischen arabischen Staaten. Die gelegentlichen Schmähreden der arabischen Herrscher gegen den Zionismus sollen dazu dienen, die Wut der arbeitenden Massen, die sie ausbeuten und unterdrücken, abzulenken. Und der Antisemitismus, mit dem die arabischen Nationalisten und islamischen Reaktionäre hausieren gehen, führt nur dazu, das hebräischsprachige Proletariat tiefer in die Arme seiner chauvinistischen Herrscher zu treiben.

Zionistischer Chauvinismus durchdringt heute die große Mehrheit der hebräischsprachigen Arbeiterklasse, die außerdem von einem künstlich hochgehaltenen Lebensstandard profitiert. Aber diese relativ privilegierte Blase im rückständigen Nahen Osten würde schnell zerplatzen, sollten die US-Imperialisten jemals entscheiden, dass Israel eher ein Sturmbote als ein Aktivposten ist. Und sogar heute ist die riesige Bevölkerung der sephardischen Juden großenteils verarmt und wird in Bezug auf Wohnung und Ausbildung durch die aschkenasische (aus Europa stammende) Elite diskriminiert. Israel ist eine kapitalistische Gesellschaft, die grundsätzlich durch widerstreitende Klasseninteressen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten zerrissen ist. Hebräischsprachige Arbeiter täten gut daran, zu bedenken, dass beim Einsturz eines Hochzeitssaales letzte Woche in Jerusalem - verursacht durch die Gier israelischer Kapitalisten - mehr Juden getötet wurden als bei dem Terror-Bombenattentat in Tel Aviv.

Der mörderische Feldzug gegen die Palästinenser stellt das hebräischsprachige Proletariat vor die klare Alternative: Entweder beginnt es einen revolutionären Kampf gegen seine Ausbeuter oder die israelische Bourgeoisie wird zunehmend zu einer Nazi-artigen „Endlösung" der „Palästinenserfrage" schreiten. Wenn das israelische jüdische Proletariat seine Klasseninteressen gegen seine eigene Bourgeoisie verfolgen will, muss es für die Verteidigung des palästinensischen Volkes eintreten.

Wie blutig die Repression auch ist, die von Israels Herrschern betrieben wird, sie wird nicht und kann nicht die zu Grunde liegenden nationalen Antagonismen beseitigen, die dazu beigetragen haben, den Nahen Osten während des gesamten vergangenen Jahrhunderts zu einem Kriegsschauplatz zu machen. Damit die zionistischen Wahnsinnigen nicht am Ende ihr Atomarsenal entfesseln und die ganze Region in einem Holocaust untergehen lassen, muss sich das hebräischsprachige Proletariat mit den arabischen Arbeitern verbünden und das ganze verrottete Gebäude der kapitalistischen Klassenherrschaft im Nahen Osten hinwegfegen. Erst dadurch kann das Recht auf nationale Selbstbestimmung sowohl für die hebräischsprachige als auch für die palästinensische arabische Bevölkerung gesichert werden.

Eine Arbeiterrevolution in einem der arabischen Länder, die die internationalistische Einheit aller arbeitenden Menschen erklären würde, hätte eine enorme Auswirkung auf die hebräischsprachigen Arbeiter Israels. Aber um ihre Ketten der Ausbeutung und Unterdrückung zu zerbrechen, müssen arabische, persische und kurdische Arbeiter dafür gewonnen werden, einen unbarmherzigen Kampf zu führen, um gänzlich den Einfluss der islamischen Fundamentalisten zu beseitigen, die jetzt als die Feinde des Zionismus und Imperialismus posieren. Wir schauen auf das Vermächtnis des iranischen Proletariats, das 1953 um die Macht kämpfte, der irakischen Arbeiter, die fünf Jahre später versuchten, eine sozialistische Revolution durchzuführen. Um solche Gelegenheiten zu ergreifen, wenn sie auftauchen, und sie zum Sieg zu führen, ist vor allem der Aufbau internationalistischer Arbeiterparteien notwendig, Sektionen einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, in Opposition gegen Zionismus, arabischen Nationalismus und alle Varianten von religiösem Fundamentalismus. *Verteidigt das palästinensische Volk! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostensl*

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 760, 8. Juni 2001*

Tödliche Bullengewalt...

Fortsetzung von Seite 2

Herrscher zu mobilisieren.

Der blutige Angriff auf anarchistische Jugendliche erfolgte nur einen Tag nachdem US-Präsident Bush Göteborg besucht hatte, um die Werbetrommel zu rühren für seine wahnsinnigen Pläne, atomare Erstschlagkapazität durch eine „Nationale Raketenabwehr" zu erreichen. Der Bush-Besuch unterstrich die wachsenden Differenzen zwischen dem US-Imperialismus und seinen Möchtegern-Rivalen, den EU-Imperialisten. Göran Persson, der schwedische Ministerpräsident und derzeitige EU-Ratspräsident, erklärte, „die EU ist nun mal das einzige Gegengewicht gegen das rohe Spiel der Marktkräfte und die Weltdominanz der USA" *(Frankfurter Rundschau,* 15. Juni).

Die IKL solidarisiert sich mit den Protesten gegen den imperialistischen Kriegshetzer Bush. Doch müssen Arbeiter und Jugendliche für das Bewusstsein gewonnen werden, dass *der Hauptfeind im eigenen Land steht* - ihre eigene herrschende Klasse! Die konterrevolutionäre Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaates hat zu verschärfter Konkurrenz zwischen diesen imperialistischen Mächten um Märkte und Ausbeutungssphären geführt, was die Welt auf einen Atomkrieg zutreibt. Mit dem NATO-Angriff auf Serbien (und mit der fortdauernden Besetzung des Balkans) haben wir bereits den ersten Krieg auf europäischem Boden seit 1945 gesehen.

Die jugendlichen anarchistischen Demonstranten, die in Göteborg gegen die Symbole der kapitalistischen Ausbeutung kämpften, haben ihr Herz am rechten Fleck. Wir verstehen solche Taten aus Wut und Frustration gegen dieses brutale System nur zu gut. All unsere Sympathien sind bei den aufopferungsvollen Demonstranten, auch wenn wir nicht die gleiche politische Perspektive haben. Ein einzelner isolierter Held kann den Kampf der Massen nicht ersetzen.

Wir als revolutionäre Marxisten wollen die Macht des multiethnischen Proletariats im *Klassenkampi* mobilisieren, nicht nur um gegen das kapitalistische System zu protestieren, sondern um es *ein für alle Mal abzuschaffen.* Wir kämpfen für die Schmiedung der leninistischen Avantgardeparteien, die notwendig sind, um die Arbeiterklasse zu führen, damit sie die kapitalistischen Ausbeuter und deren Staat hinwegfegt und einen Arbeiterstaat und eine egalitäre sozialistische Gesellschaft aufbaut. •

Wir sagten: Wählt SLP, gegen New Labour und Socialist Alliance

Labour-Sieg heißt rassistische Angriffe und Krieg gegen Gewerkschaften

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Workers Hammer *Nr. 177, Sommer 2001, die Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/Britain.*

WORKERS HAMMER

Nach den Unterhauswahlen vom 7. Juni kehrte Blairs New Labour mit einer weiterhin riesigen parlamentarischen Mehrheit ins Amt zurück. Aber Millionen Arbeiter, Jugendliehe und Immigranten hassen sie. Für den großen Teil der Bevölkerung waren die Wahlen zum Gähnen langweilig - der Ausgang stand schon von vornherein fest und sowohl Labour als auch die Tories [Konservative] versprachen das Gleiche. Es ist nicht überraschend, dass die Wahlbeteiligung die niedrigste seit 1918 war. Wir gaben Arthur Scargills Socialist Labour Party (SLP), die gegen Blairs arbeiterfeindliche New Labour kandidierte, kritische Wahlunterstützung, und wir nutzten die Gelegenheit, SLP-Mitglieder und andere mit unserem marxistischen Programm der internationalen Arbeiterrevolution bekannt zu machen. Unsere Kampagne fand Resonanz bei Arbeitern und Jugendlichen, die oftmals entsetzt waren, wenn sie hörten, dass Socialist Alliance (SA) ihre „Anti-Labour"-Kampagne dem Wahlsieg von Labour unterordnete.

Fotos: Workers Hammer

Genossen der Spartacist League/Britain mit dem SLP-Kandidaten Ron Sinclair bei der Flugblattverteilung in Manchester (oben). Rechts: Unsere Kampagne in London für SLP gegen Labour„linken" Jeremy Corbyn

Seit vier Jahren schon führt Labour unablässig Angriffe gegen die Armen und Unterdrückten. Unter anderem haben sie vorzuweisen: Privatisierungen, Hunderttausende Entlassungen, eine geifernde Hexenjagd gegen ..Sexualverbrecher" und einen umfassenden Angriff auf Bürgerrechte. 1999 beteiligten sie sich voller Eifer an der Bombardierung Serbiens; jetzt planen sie zusätzliche Truppen auf den Balkan und nach Nordirland zu schicken. Wir sagen: Britische Truppen raus, sofort!

Das bürgerliche politische Establishment und die Medien waren fast einstimmig für Blairs Wiederwahl, sie lobten, wie er seinen Job bisher ausgeführt hat. Die zutiefst gespaltenen Tories kandidierten fast ausschließlich auf der Basis von Fremdenhass und erhielten eine entschiedene Abfuhr an den Wahlurnen. Labour stand den Tories in nichts nach, sowohl was rassistische Politik als auch Demagogie betrifft. Dies kulminierte in einer riesigen Eskalation des rassistischen Terrors und einer bedrohlich hohen Anzahl von Wählerstimmen für die faschistische British National Party (BNP). In Oldham bekamen sie 11 643 Stimmen - fast 16 Prozent - und auch im nahe gelegenen Burnley erhielten sie beträchtliche Unterstützung. Asiatische Wohnviertel in beiden Städten waren faschistischen Provokationen und der Besetzung durch die Polizei ausgesetzt. Wir gaben ein Flugblatt heraus, in dem wir dazu aufriefen, die soziale Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die asiatische Bevölkerung in Oldham zu verteidigen. Wir rufen auf zu Mobilisierungen von Gewerkschaften/Minderheiten, um die faschistischen Provokationen zu stoppen und um für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu kämpfen als Teil des Kampfes für eine Arbeiterrevolution.

Die Arbeitslosenrate in dieser wie in anderen ehemaligen Industriestädten Nordenglands ist unglaublich hoch, was dem Faschismus einen Nährboden bereitet. Britannien

ist zunehmend sowohl entlang ethnischer als auch entlang geographischer Linien gespalten. Die Kluft zwischen Norden und Süden - die City of London und der Südosten, fett und aufgeblasen, gegenüber Schottland, Wales und Nordengland - wurde noch weiter verschärft durch ökonomische Zerstörung und Angriffe gegen die Arbeiterklasse, die Thatcher begann und die Blair fortführte.

Die heutigen Jugendlichen asiatischer Herkunft sind die Nachkommen der Immigranten, die ins Land geholt wurden, als es an Arbeitskräften mangelte. Seit die Kapitalisten die Fabriken schlössen und aus diesen Arbeitern keine Profite mehr herausholen konnten, werden sie zum Alteisen geworfen und rassistischem Terror ausgesetzt. Die multiethnische Arbeiterklasse muss den Kampf gegen rassistischen Terror aufnehmen und ihn verbinden mit einem Kampf um Arbeit für alle durch eine kürzere Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, unter einer Führung, die für das kämpft, was wir brauchen, nicht das, was sich der Kapitalismus leisten kann.

In Nordirland zeigten die Wahlergebnisse eine wachsende kommunalistische Polarisierung: David Trimbles Ulster Unionists verloren Stimmen an die Hardliner von lan Paisleys DUP, während bei Katholiken die Sinn Fein zulegte auf Kosten der „moderaten" Social Democratic and Labour Party. Im Juni gab es eine Welle [probritisch-]loyalistischer Angriffe auf katholische Schulkinder. Dies ist eine Vorankündigung der alljährlichen gewalttätigen Angriffe gegen Katholiken während der „Marsch-Saison" des Oranierordens. Wir waren von Anfang an gegen den „Friedens"schwindel und warnten, dass jeder imperialistische Deal zwangsläufig auf Kosten der unterdrückten katholischen Minderheit geht und auch den Interessen der protestantischen Arbeiter entgegengesetzt ist. Wir fordern den sofortigen Abzug der britischen Truppen aus Nordirland und kämpfen für Arbeiterrevolution auf beiden Seiten der irischen Grenze und auf beiden Seiten der Irischen See.

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

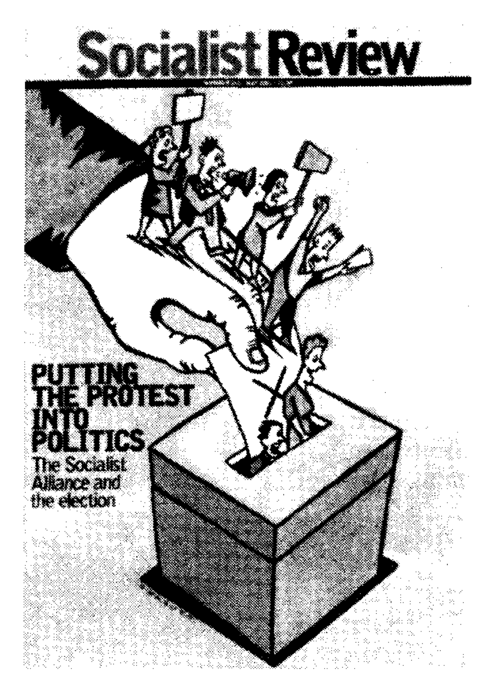
New Labour wird von Arbeitern und Minderheiten verachtet, aber viele sehen einfach keine Alternative. Wir sagten laut und deutlich: „Keine Stimme für Labour: imperialistische Schlächter!" und „Keine Stimme für Socialist Alliance, Labours Lakaien!" Das Gleiche galt für ihre Partner in der Scottish Socialist Party (SSP). SA/SSP waren *nicht* gegen die Wahl von Labour. Im Gegenteil, in der großen Mehrheit der Wahlbezirke gab es keinen Kandidaten der Socialist Alliance, und dort rief die Socialist Workers Party (SWP) [in Deutschland Linksruck] zur Wahl von Labour auf. Ihre Linie war: „Wählt Sozialisten, wo ihr könnt, wählt Labour, wo ihr müsst" *(International Socialism,* Frühjahr 2001).

Wir freuten uns darüber, der SLP kritische Wahlunterstützung zu geben. Im Gegensatz zur erbärmlichen Socialist Alliance war die SLP gegen eine Wahl von Labour und kandidierte gegen Labour-„Linke" wie Jeremy Corbyn und gegen Socialist Alliance. Wir wollen die Arbeiterklasse von der Labour-Politik brechen und für unser revolutionäres Programm gewinnen. So heißt es in der Erklärung der Spartacist League/Britain vom 14. Mai (abgedruckt auf Seite 22):

> „Die Schlüsselfrage ist, was für eine Partei und was für ein Programm die Arbeiterklasse benötigt, um ihre Interessen und die Interessen aller Unterdrückten - Minderheiten, Frauen, Schwule und Jugendliche - im Kampf gegen den Kapitalismus zu vertreten. Wir wollen eine Partei aufbauen, die proletarisch, revolutionär und internationalistisch ist, nach dem Modell der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki, die die große Oktoberrevolution von 1917 führte.

Die SLP, die viele unterstützenswerte Forderungen aufstellt, ist im Grunde nichts anderes als eine Partei der Nostalgie: ‚Clause-IV'-Sozialisten, die auf eine von Labour geprägte Vergangenheit blicken, nicht auf eine sozialistische Zukunft."

Am 19. Mai gaben wir eine zusätzliche Erklärung heraus, in der wir dazu aufriefen, einem bestimmten SLP-Kandidaten - Gordon Potts - keine Stimme zu geben, was unsere kritische Wahlunterstützung der SLP veranschaulicht: Er ist Bewährungshelfer und somit Teil des Repressionsapparates des kapitalistischen Staates.



SWP-Journal vom Mai zu Wahlen: „Den Protest in die Politik überführen". SWP will Jugendliche und Arbeiter zurück zu Labour-Parlamentarismus treiben

Labour ist so rechts, dass bürgerliche nationalistische Parteien wie die Scottish National Party (SNP) und Plaid Cymru in Wales ebenso wie die Liberal Democrats als „linke" Alternative posieren können - Letztere haben gerade dem Labour-„Linken" Tony Benn seinen Sitz im Unterhaus abgenommen. Die SA und die SSP schwimmen auf der Welle des nationalen Chauvinismus ihres jeweiligen Terrains:

Fortgesetzt auf Seite 18



Spartacist League statement

Vote Socialist Labour Party, against New Labour!

In the general election the Spartacist League says no vote to Labour, which promises only to carry out more of the same racist, anti-working-class policies they have dished out over the past four years, and we say no vote to the Socialist Alliance whose campaign is subordinate to getting Labour re-elected. We urge a vote for the Socialist Labour Party (SLP) which is running an independent working-class campaign that draws a class line, however crudely, *against* the Labour Party. Unlike the misnamed Socialist Alliance the SLP refuses to call for a vote to Labour and is willing to stand against so-called Labour "lefts" such as Jeremy Corbyn. Labour has whipped up a racist frenzy which is inciting deadly attacks on the minority population. Blair's brutal crackdown on the fuel protesters was a measure of his commitment to enforcing capitalist austerity. From the war on Serbia to the British Army siege of Catholic areas in Northern Ireland to the ongoing bombing of Iraq, the Labour government are imperialist butchers.

We refused to call for a vote to Ken Livingstone—a zealous supporter of the bombing of Serbia—when he ran for mayor of London, needless to say the Socialist Alliance backed him. This month Livingstone and Blair unleashed thousands of cops on May Day protesters in London. The Spartacist League says: Defend the May Day protesters! Drop all the charges!

In contrast to the *Socialist Alliance*, the SLP forthrightly calls for British troops out of Northern Ireland. The SLP calls for a united Ireland. We oppose the forcible reunification of Ireland which would mean reversing the existing terms of oppression. The only just solution is one in which the rule of capital is overthrown on both sides of the Irish border and both sides of the Irish Sea. We fight for an end to the oppression of the Catholic minority in the North and oppose the imperialist-brokered "peace" fraud which is necessarily at the expense of the oppressed Catholic minority and won't do any good for working-class Protestants either. We say: Troops out now! For a workers republic in Ireland as part of a voluntary federation of workers republics in the British Isles!

The SLP raises some demands which we fully support, not least the call for the abolition of the monarchy and the House of Lords and the right of self-determination for Scotland and Wales. They also call for free abortion on demand and for rebuilding health and public services, including re-nationalisation of rail and public utilities such as gas, water and electricity. These demands speak to the felt anger of working people against the crimes of the capitalist system.

The key question is what kind of party and programme does the working class need to represent its interests and those of all the oppressed—minorities, women, gays and youth—in the struggle against capitalism. We seek to build a party which is proletarian, revolutionary and internationalist, modelled on the Bolshevik Party of Lenin and Trotsky which led the great October Revolution of 1917.

The SLP, which raises many supportable demands, at bottom is nothing but a party of nostalgia: "Clause IV socialists" looking to a Labourite past, not a socialist future. "Clause IV", which promised "common ownership", was written into Labour's constitution at a time when workers were electrified by the impact of the

No vote to Gordon Potts!
Cops out of the unions!

19 May—We learned today that the SLP is standing one Gordon Potts, a Probation Service rator and activist in the National Association of Probation Officers cop "union", as candidate for Newcastle upon Tyne Central. Probation officers, like police and prison guards, are part of the capitalist state—the bosses' "bodies of armed men" for the preservation of capitalist property, exploitation and oppression. *They do not belong in the workers movement! We say: No vote to Gordon Potts!*

The SLP is running a supportable campaign drawing a class line against Blair's anti-working-class New Labour. The Spartacist League is giving critical support to the SLP. But at the same time, standing Mr Potts is a crystallised expression of the SLP's "Clause IV" parliamentary reformism, which is based on the deadly illusion that the capitalist state, its parliament, cops, probation officers, etc. are "neutral" and can be used by the working class to achieve socialism.

Wahlaufruf der Spartacist League/Britain vom 14. Mai

Britische Wahlen...

Fortsetzung von Seite 17

Socialist Alliance ist ein Klüngel Labour-freundlicher Organisationen, die in England ihre Basis haben, dominiert von der Socialist Workers Party, dem unter anderem Workers Power, die Alliance for Workers Liberty und *Socialist Outlook* angehören. Die SSP ist eine ebenso reformistische Partei, eine Schöpfung von Scottish Militant Labour, die bis Anfang der 90er-Jahre Teil der englisch-chauvinistischen Labour Party war, heute aber der SNP hinterherläuft. Socialist Alliance demonstrierte ihre Treue zum britischen Imperialismus dadurch, dass sie bewusst die Forderung nach einem Abzug der britischen Truppen aus Nordirland aus ihren Wahlflugblättern und ihrer Website entfernte. Bei der Pressekonferenz zum Wahlkampfauftakt weigerte sich SA-Vorsitzender und führendes Licht in Peter Taaffes Socialist Party (SP) Dave Nellist unverblümt, den Abzug zu fordern. Das ist nichts Neues: Die SP (ebenso wie die SWP und die AWL) ruft nie zum Abzug britischer Truppen aus Nordirland auf.

Der Kampf gegen rassistischen Terror

Socialist Alliance entblößte ihren ganzen parlamentarisch-reformistischen Rahmen, als sie auf den rassistischen Terror in Oldham mit der Losung antwortete: „Wählt keine Nazis". Sie hatten entschieden, nicht in Oldham zu kandidieren, also hieß dies: Wählt Labour. Das ist krass. Faschisten sind völkermörderische rassistische Terroristen, deren „Politik" Brandbomben und der Lynchstrick sind. Sie können nicht durch Wahlpolitik gestoppt werden; außerdem hat die rassistische Labour-Regierung sie ermutigt. Die dringende Frage in Oldham war, die unter Beschuss stehende asiatische Bevölkerung zu verteidigen. Aber die Losung „Wählt keine Nazis" war nicht an die Opfer des rassistischen Terrors gerichtet, sie war ein Appell an potenzielle Wähler der BNP! Skandalöserweise druckte *Sodalist Worker* (16. Juni) freundliche Interviews mit BNP-Unterstützern ab, angeblich der Versuch, Leute zu überzeugen, „die BNP wählten, dass wir die Einheit von Schwarzen, Weißen und Asiaten brauchen, um für bessere Lebensbedingungen für alle zu kämpfen". Der Artikel behauptet: „Die Mehrheit der Leute, die für die Nazis stimmten, sind keine hartgesottenen Rassisten. Einige fielen auf die Vorstellung herein, dass eine Stimme für die BNP eine Proteststimme sei." Mit anderen Worten: Diese „weichen" Rassisten sind „abtrünnige" Labour-Wähler, die die SWP zurück in den Mutterschoß holen will.



Richard Lewis/AP

Belfast: Nordirische Polizei versperrt Zugang zu katholischer Schule im Bezirk Ardoyne nach Angriffswelle probritischer Loyalisten im Juni

Kritische Wahlunterstützung in Aktion

Arthur Scargill hatte eine gute Zeit dabei, sich über die Socialist Alliance lustig zu machen - wegen deren Unterstützung für Blair, ihres andauernden Gejammers darüber, dass die SLP „die Stimmen der Linken spaltet", und ihrer Appelle an die SLP, sich der Alliance anzuschließen. Bei einer SLP-Veranstaltung am 4. Juni in London gab es Gelächter, als er auf den Tisch schlug und sagte, die Gruppen, die jetzt die SA bilden, wollten in der Vergangenheit der SLP beitreten, wollten aber gleichzeitig weiterhin New Labour unterstützen: „Ihr seid so was wie verschmähte Liebhaber", rief er, „wir wollen euch nicht... Um Himmels willen, kriegt das endlich in eure Köpfe."

Unsere kritische Wahlunterstützung stieß auf widersprüchliche Reaktionen. Einige SLP-Ortsgruppen waren völlig gespalten über die Frage, ob sie unser Angebot annehmen sollten, für ihre Kandidaten Stimmen zu werben. Zwei Londoner Ortsgruppen - Islington North und Hornsey/Wood Green - lehnten es ab mit der Begründung, sie wollten „volle Unterstützung", nicht „kritische Unterstützung". Aber im Geiste der Einheitsfront benutzten wir unser eigenes Flugblatt und machten Plakate, die zur Wahl der beiden dortigen SLP-Kandidaten aufriefen - Steve Cook und Ella Rule. Rule gehört dem Flügel der Stalin-Verehrer in der SLP an und ist vehement feindlich gegen Trotzkisten. Unsere Genossen scherzten, dass das Plakat für sie lauten müsste: „Wählt die stalinistische MissRule [Miss-Herrschaft]!" Im Gegensatz dazu hießen SLP-Mitglieder in Manchester unsere Genossen willkommen. Wir halfen dabei, von Tür zu Tür zu gehen und SLP-Wahlflugblätter zu verteilen, und als Zeichen dafür, dass sie das schätzten, veröffentlichten sie ein Foto des Wahlkampfteams auf ihrer Website. In den meisten Gebieten führte die SLP nur begrenzte oder gar keine Kampagnen und konnte daher nur einen kleinen Teil der Wut in der Arbeiterklasse über Blair ausnutzen.

Viele Mitglieder der SLP haben einen stalinistischen Hintergrund und einige kamen in dieser Wahlkampagne zum ersten Mal mit wirklichem Trotzkismus in Berührung. Wir Trotzkisten kämpften als Einzige gegen die Konterrevolution in der UdSSR. Im August 1991 wollten wir sowjetische Arbeiter mobilisieren, um die Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 zu verteidigen und zu erhalten, die durch jahrzehntelange stalinistische Missherrschaft verraten worden waren, aber erst 1991/92 vernichtet wurden. Wir kämpften für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas gegen Imperialismus und kapitalistische Restauration. Das ist auch heute unser Programm für die noch bestehenden deformierten Arbeiterstaaten - China, Kuba, Nordkorea und Vietnam. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratenkaste, deren Politik der Versöhnung gegenüber dem Imperialismus und deren „Marktreformen" die Planwirtschaft schwächen und die Gefahr der Konterrevolution steigern.

Die pseudotrotzkistischen Gruppen schlössen sich alle dem Kampf ihrer eigenen kapitalistischen Herrscher an. die

Sowjetunion und die osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten zu zerstören, und weigern sich heute, China gegen den Imperialismus zu verteidigen. Innerhalb der SLP ist die dominierende Kraft in Bezug auf die russische Frage die Indian Workers Association (IWA), die China als „sozialistisches" Land ansieht und gegen die Konterrevolution ist, aber kein Programm hat, sie zu verhindern. Laut der IWA begannen die Probleme in der UdSSR mit Chruschtschow, Stalins Nachfolger. So sagen sie, dass 1991 „die einst mächtige Sowjetunion selbst zusammenbrach, eine Kulmination von drei Jahrzehnten revisionistischen Verrats an und der Abkehr von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus seitens der Chruschtschowisten..." (*Lalkar*, Januar/Februar 2000). Eine politische Konterrevolution fand in der UdSSR 1923/24 statt, als eine privilegierte bürokratische Schicht unter Führung Stalins die politische Macht an sich riss und dann Stalins nationalistisches Dogma des „Sozialismus in einem Land" annahm. Dieses Dogma bedeutete einen qualitativen politischen Bruch mit dem Internationalismus der Bolschewiki und wurde dazu benutzt, krassem Verrat am Proletariat auf der ganzen Welt ein Alibi zu verschaffen, so dem Ausverkauf des britischen Generalstreiks 1926 sowie der Chinesischen Revolution 1925-27. Stalin und seine Erben zerstörten das revolutionäre Bewusstsein des sowjetischen Proletariats und lieferten letztendlich den degenerierten Arbeiterstaat an den Imperialismus aus.

Für eine revolutionäre Führung der Gewerkschaften

Die Privatisierungspläne von Labour riefen Streiks bei der Post und der Londoner U-Bahn hervor. Arbeiter im öffentlichen Bereich drohen auch damit, das historische Band zwischen den Gewerkschaften und Labour zu zerschneiden, indem sie die Gewerkschaftsbeiträge für Labour zurückhalten. Diese Frage wird innerhalb der Mitgliedschaft mehrerer großer Gewerkschaften debattiert: in den Eisenbahnergewerkschaften RMT und ASLEF, in Unison (Arbeiter im Gesundheitswesen und örtliche Staatsbedienstete - die größte Gewerkschaft im Land), in der Postarbeitergewerkschaft CWU und in der Gewerkschaft der Feuerwehrleute, die jährlich mehrere Millionen Pfund an Labour zahlen. Glen Kelly, ein Unterstützer der Socialist Party, beschrieb dieses Vorgehen passend mit „die Hand füttern, die uns beißt" (*Independent, 22.* Juni). Blair seinerseits droht auch, Labours Verbindung zu den Gewerkschaften zu kappen und Labour aus einer bürgerlichen Arbeiterpartei zu einer offen bürgerlichen Partei analog zu den Demokraten in den USA umzumodeln. 1998 waren die Zahlungen des Big Business an Labour genau so hoch wie die Beiträge der Gewerkschaften.

Aktionen, die Gewerkschaftsbeiträge zu stoppen, die in die Taschen von New Labour fließen, sind sicher zu unterstützen. Aus der Erkenntnis, dass das Verhältnis zwischen Labour und den Gewerkschaften nicht mehr so weiter gehen kann wie bisher, ergibt sich jedoch die Frage: Welche Art von Partei braucht das Proletariat, um seine Interessen unabhängig von den Kapitalisten zu vertreten. Zwingend notwendig ist nicht einfach ein organisatorischer, sondern *ein politischer* Bruch mit der Labour-Politik, mit dem Programm, das die Arbeiterklasse an ihre Ausbeuter kettet. Wir denken, dass die Arbeiterklasse eine revolutionäre internationalistische Partei braucht. Diese Partei wird durch Kämpfe aufgebaut werden, nicht zuletzt durch den Kampf in den Gewerkschaften, die Ausverkaufsbürokraten rauszuschmeißen und die Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu schmieden auf Basis eines revolutionären Programms.

Die reformistische Socialist Party gebraucht die Losung „gebt die politischen Gelder frei"; doch sie halten an dem Prinzip fest, dass die Gewerkschaften eine politische Partei



Paul Mattsson

Arbeiterproteste gegen Blairs Privatisierungspläne im öffentlichen Dienst und Gesundheitswesen, doch Gewerkschaftsbürokraten sind mit Labour verbunden

finanzieren sollten. Sie sind eng verbunden mit dem Labour-Modell einer reformistischen Partei, der sich Gewerkschaftsmitglieder en bloc anschließen. Labour-Anhänger sehen die Existenz einer solchen Partei als die natürliche Ordnung der Dinge an. Die SLP hat tatsächlich diese Struktur kopiert. Dieses organisatorische Arrangement passt zu einer reformistischen Partei, aber es ist entgegengesetzt zum Aufbau einer proletarischen revolutionären Partei, die die Partei der klassenbewusstesten Elemente der Arbeiterklasse sein muss, fähig, die historischen Interessen des Proletariats in den Kampf für die sozialistische Revolution umzusetzen. Wir schrieben:

> „Eine leninistische Avantgardepartei ist entgegengesetzt zu Karl Kautskys Konzeption der ‚Partei der Gesamtklasse', für die die Labour Party mit ihrem organisatorischen Aufbau ein besonderes Beispiel darstellt. Eine ‚Partei der Gesamtklasse' unterwirft notwendigerweise die fortgeschrittensten Schichten der Klasse den rückständigsten; daher sind solche Parteien unvermeidlich chauvinistisch, basieren auf der vorherrschenden ethnischen Gruppierung und sind gefesselt an die Verteidigung der imperialistischen Interessen ihrer eigenen herrschenden Klasse."
> (*Workers Hammer Nr.* 158, September/Oktober 1997)

Fortgesetzt auf Seite 20



Birmingham, April 2000: Gewerkschaftsbürokraten organisieren Ausbruch von giftigem antideutschen Chauvinismus anlässlich von Entlassungen bei Rover-Fabrik

Britische Wahlen...

Fortsetzung von Seite 19

Schlüsselsektoren des Proletariats sind willens, sich mit Klassenkampf gegen Labours Angriffe zu wehren, aber die Gewerkschaftsbürokratie ist mit Labour verbunden. Der Chef der Gewerkschaft der Metallarbeiter, Sir Ken Jackson, spürt die Wut unter Gewerkschaftsmitgliedern gegen Labour und hat zu einem Verbot von Streiks im öffentlichen Dienst aufgerufen. Der Generalsekretär des TUC [Gewerkschaftsdachverband] John Monks fürchtet, dass Labours Arroganz eine Konfrontation mit den Gewerkschaften provoziert, und warnt Labour-Politiker:

> „Ich konnte es nicht glauben. Ich sage ihnen: ‚Schaut euch die Lehren der Geschichte an. Schaut euch 1978/79 an, da gab es so eine Konfrontation und das war ein Wahldesaster für Labour und die Gewerkschaften.' Diese Gespenster von vor 20 Jahren sind immer noch bei uns." *(Times,* 13. Juni)

Die Gespenster, die die Gewerkschaftsbürokraten erschrecken, sind frühere Klassenkämpfe, besonders der Bergarbeiterstreik von 1984/85. Das Problem war *nicht,* dass diese mächtige Klassenkonfrontation stattfand, sondern dass die Irreführer von TUC und Labour Party die Bergarbeiter isolierten, ihnen das Messer in den Rücken stießen und sie ausverkauften. Wir wollen britischen Arbeitern heute die Lehren dieses Kampfes vermitteln und die Lüge bekämpfen, dass Arbeiterkämpfe ein Gespenst der Vergangenheit sind. Scargill führte die NUM [Bergarbeitergewerkschaft] in einer heroischen und kämpferischen Klassenschlacht gegen die volle Macht des bürgerlichen Staates, aber Gewerkschaftsmilitanz allein konnte den Sieg nicht davontragen. Wir kämpften darum, den Streik auf andere Gewerkschaften auszuweiten, wir riefen Eisenbahner und Hafenarbeiter auf, mit den Bergarbeitern zu streiken und das Land zum Stillstand zu bringen. Unsere Perspektive ist der Kampf für die Macht der Arbeiter; Scargills Perspektive war eine Labour-Regierung.

Die Aufgaben, vor denen Gewerkschaften heute stehen, sind genauso, wie sie Leo Trotzki in „Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs" (1940) beschrieben hat:

> „Die Gewerkschaften der gegenwärtigen Epoche können nicht einfach Organe der Demokratie sein, wie sie es im Zeitalter des freien Kapitalismus waren; sie können nicht weiterhin politisch neutral bleiben, d.h. sich darauf beschränken, die Tagesforderungen der Arbeiterklasse zu vertreten. Sie können auch nicht mehr anarchistisch sein, d. h. den entscheidenden Einfluß des Staates auf das Leben der Völker und Klassen ignorieren.
> Sie können nicht mehr reformistisch sein, da die objektiven Bedingungen keinen Raum mehr für ernsthafte und dauernde Reformen lassen. Die Gewerkschaften in unserer Epoche können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden."

Nieder mit dem Gift des Protektionismus

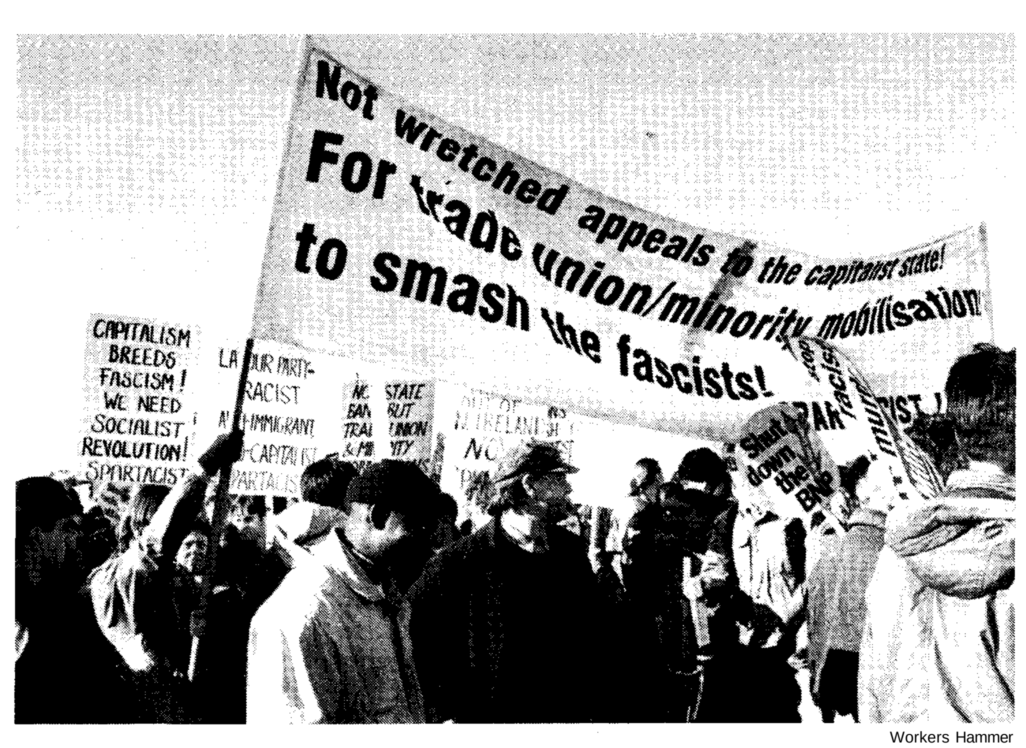
Eine der grundlegenden Differenzen zwischen einer revolutionären und einer reformistischen Perspektive ist die Frage des Protektionismus, und hier haben wir eine scharfe Differenz mit Scargills SLP. Bei einer SLP-Wahlveranstaltung am 4. Juni in London forderte ein Spartacist-Genosse Scargill heraus und zitierte dessen nationalistische Tirade bei einer Veranstaltung in Leicester:

> „Du hast dich sehr aufgeregt über französisches Wasser und deutsche Autohersteller usw. Wir sind hier anderer Meinung, denn wir sind nicht für nationalen Chauvinismus - ‚Britische Jobs für britische Arbeiter' oder Amerikanische Jobs für amerikanische Arbeiter" oder ‚Deutsche Jobs für deutsche Arbeiter'. Notwendig ist internationaler Kampf über die Grenzen hinweg, für Jobs für alle; das erfordert einen Kampf für den Sturz des kapitalistischen Systems."

Scargill antwortete:

> „Ich werde das für euch ganz klar stellen, wir sind für Importkontrollen und wir sind dafür, unsere eigene Wirtschaft zu kontrollieren, und wir sind dafür, in einer sozialistischen Gesellschaft Importkontrollen zu verhängen. Ich sage euch warum. Ich will nie wieder eine Situation sehen, wo die landwirtschaftliche Industrie der Dritten Welt in Afrika zerstört wird durch die Politik der Europäischen Union mit Dumping-Preisen und durch ihre Gemeinsame Agrarpolitik. Genau darum hätten Importkontrollen Millionen Menschenleben gerettet. Predigt mir nicht über Internationalismus. Ich weiß über Internationalismus Bescheid. Internationalismus praktiziert man am besten dadurch, dass man unsere eigene Klasse hier verteidigt und dass diese Arbeiter in anderen Ländern durch unser Beispiel sehen, dass es Zeit ist, nicht durch Kinderarbeit Kohle zu produzieren, sondern ihr eigenes System zu stürzen und ein sozialistisches Gesellschaftssystem in ihrem Land zu errichten."

Wenn Scargill den Internationalismus und den Kampf für Sozialismus in anderen Ländern beschwört, klingt es, als ob er Welten entfernt sei von dem bösartig antideutschen Chauvinismus der Gewerkschaftsbürokraten, die im April 2000 die Rover-Demonstration organisierten; aber seine Linie läuft darauf hinaus, ganz genauso Importkontrollen zu unterstützen zum „Schutz" britischer Arbeitsplätze. Die Vorstellung, dies würde einen Schlag gegen Kinderarbeit und die Armut in unterentwickelten Ländern bedeuten, ist absurd. Die imperialistischen Mächte sind Todfeinde der Arbeiter in der Dritten Welt; ihr Weltmarkt hungert die unterdrückten Massen aus und schafft und vertieft die bittere Armut, die verzweifelte Familien dazu zwingt, ihre Kinder für einen Hungerlohn zur Arbeit statt in die Schule zu schicken. Eine Arbeiterrevolution in Britannien wird tatsächlich dem Imperialismus in der Dritten Welt einen schweren Schlag versetzen, aber eine proletarische Revolution ist nicht das Ziel oder das Programm der SLR Ihre Perspektive ist stattdessen die „Clause IV" der Labour Party, die von „Gemeineigentum" an Produktionsmitteln sprach, und zwar im Kapitalismus.



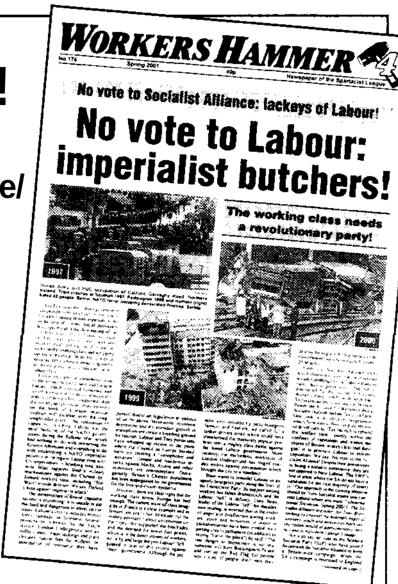
Workers Hammer

SL/B-Kontingent auf Demo 1993 gegen faschistische BNP: Keine erbärmlichen Appelle an den kapitalistischen Staat! Für Gewerkschafts/Minderheiten-Mobilisierungen, um die Faschisten zu zerschlagen!

Da die Bourgeoisie sich nicht freiwillig enteignen lassen wird und den staatlichen Repressionsapparat zu ihrer Verfügung hat - Armee, Polizei, Gefängnisse, Gerichte -, um ihre Profite zu schützen, kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur verwirklicht werden durch revolutionären Klassenkampf, der in der Machtergreifung der Arbeiterklasse seinen Höhepunkt findet. Das Modell der SLP für „Gemeineigentum" ist das Nationalisierungsprogramm der Labour-Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Labour wurde damals an die Macht katapultiert von einer Arbeiterklasse, die darauf aus war, für die Opfer und Entbehrungen des Kriegs Entschädigung zu bekommen. Aber die Nationalisierungen der Kohle- und Stahlindustrie und der Eisenbahn bedeuteten nichts anderes, als dass der Staat in riesigem Ausmaß die ineffizientesten und schwächsten Industrien, die trotzdem lebenswichtig waren für die kapitalistische Wirtschaft als Ganzes, aufkaufte, um die britische Industrie konkurrenzfähiger zu machen. Nationalisierungen durch den kapitalistischen Staat bedeuteten massive Geschenke an die Bosse und trostlose Austerität für die Arbeiterklasse. Am Ende des Zweiten Weltkriegs mussten die Stalinisten und Sozialdemokraten in Europa hart arbeiten, um Arbeiteraufstände, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg stattgefunden hatten, zu verhindern. Es bestand die Möglichkeit, das Proletariat in einem revolutionären Kampf zu mobilisieren, um die Bourgeoisie zu *enteignen* und eine Arbeiterregierung zu errichten, die eine Planwirtschaft einführt. Dies hätte die Arbeiterklasse frontal gegen die Labour-Regierung gestellt, die mit ihren Programmen dem britischen Kapitalismus aus der Patsche half und ihn rettete.

Protektionismus ist eine reaktionäre Utopie, die die britische Arbeiterklasse nicht gegen die Auswirkungen des Weltmarkts verteidigen kann. Er lenkt die Arbeiterklasse davon ab, über nationale Grenzen hinweg für Arbeit für alle und einen höheren Lebensstandard zu kämpfen, und bringt sie, im Bündnis mit ihrer „eigenen" Bourgeoisie, in *Konkurrenz* gegen ausländisches Kapital und gegen Arbeiter in anderen Ländern. Nötig ist eine internationale sozialistische Wirtschaftsplanung für die menschlichen Bedürfnisse und eine internationale Arbeitsteilung. Der Kapitalismus aber basiert auf Produktion für den privaten Profit und auf dem Nationalstaat - beides Hindernisse für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Um Profite zu machen, müssen die Kapitalisten Märkte für ihre Produkte haben; die können sie aber nur auf Kosten ihrer Rivalen bekommen; deshalb kommt es zwangsläufig zu offenen Konflikten zwischen den imperialistischen Mächten. Importkontrollen führen zu Handelskriegen, die zu offenen Kriegen führen, und es sind die Generäle, die letztendlich die Zolltarife aushandeln.

Nur sozialistische Revolution im Weltmaßstab kann den Ausbruch eines erneuten interimperialistischen Krieges und der Barbarei verhindern. In Britannien kämpft die Spartacist League dafür, Arbeiter von der Labour-Politik zu brechen, für die Perspektive einer neuen Oktoberrevolution. Für eine Föderation der Arbeiterrepubliken der Britischen Inseln! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!»



WORKERS HAMMER

No vote to Socialist Alliance: lackeys of Labour!

No vote to Labour: imperialist butchers!

The working class needs a revolutionary party!

Erklärung der Spartacist League/Britain

Wählt Socialist Labour Party, gegen New Labour!

Bei den Parlamentswahlen sagt die Spartacist League: Keine Stimme für die Labour Party, die nur mehr von derselben rassistischen, gegen die Arbeiterklasse gerichteten Politik durchzuführen verspricht, die sie in den letzten vier Jahren ausgeteilt hat. Und wir sagen: Keine Stimme für die Socialist Alliance, deren Wahlkampagne der Wiederwahl von Labour untergeordnet ist. Wir rufen eindringlich zur Stimmabgabe für die Socialist Labour Party (SLP) auf, die einen unabhängigen auf die Arbeiterklasse ausgerichteten Wahlkampf führt, der, wenn auch nur grob, eine Klassenlinie *gegen* die Labour Party zieht. Im Gegensatz zu der fälschlich so genannten Socialist Alliance lehnt es die SLP ab, zur Stimmabgabe für Labour aufzurufen, und ist bereit, gegen so genannte Labour-„Linke" wie Jeremy Corbyn anzutreten. Labour hat eine rassistische Raserei entfesselt, die zu tödlichen Angriffen auf die Minderheiten in der Bevölkerung anstachelt. An Blairs brutalem Durchgreifen bei den Spritpreisprotesten konnte man ermessen, wie sehr er der Durchsetzung kapitalistischer Austerität verpflichtet ist. Von dem Krieg gegen Serbien bis zu der Belagerung katholischer Gebiete in Nordirland durch die britische Armee und der andauernden Bombardierung des Irak besteht die Labour-Regierung aus imperialistischen Schlächtern.

Wir weigerten uns, zur Stimmabgabe für Ken Livingstone aufzurufen - einen begeisterten Unterstützer der Bombardierung Serbiens -, als er für das Bürgermeisteramt von London kandidierte; überflüssig zu sagen, dass die Socialist Alliance ihn unterstützte. Diesen Monat ließen Livingstone und Blair Tausende von Bullen auf Erste-Mai-Demonstranten in London los. Die Spartacist League sagt: Verteidigt die Erste-Mai-Demonstranten! Weg mit allen Anklagen!

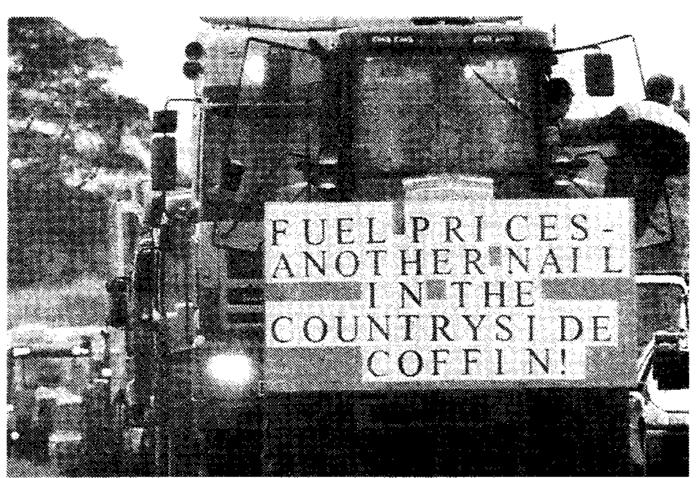
Im Gegensatz zur Socialist Alliance fordert die SLP offen den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland. Die SLP fordert ein vereinigtes Irland. Wir sind gegen die gewaltsame Wiedervereinigung Irlands, die eine Umkehrung der bestehenden Unterdrückungsbedingungen bedeuten würde. Die einzige gerechte Lösung besteht darin, dass die Herrschaft des Kapitals auf beiden Seiten der irischen Grenze und auf beiden Seiten der Irischen See gestürzt wird. Wir kämpfen für die Beendigung der Unterdrückung der katholischen Minderheit im Norden und sind gegen den von den Imperialisten vermittelten „Friedens"-Schwindel. der notwendigerweise auf Kosten der unterdrückten katholischen Minderheit geht und auch Protestanten aus der Arbeiterklasse nichts Gutes bringt. Wir sagen: Truppen raus sofort! Für eine Arbeiterrepublik in Irland als Teil einer freiwilligen Föderation von Arbeiterrepubliken der Britischen Inseln!

Die SLP stellt einige Forderungen auf, die wir voll unterstützen, nicht zuletzt den Aufruf zur Abschaffung der Monarchie und des Oberhauses und das Selbstbestimmungsrecht für Schottland und Wales. Sie fordern auch kostenlose Abtreibung auf Wunsch und den Wiederaufbau des Gesundheitswesens und des öffentlichen Dienstes, darunter die Wiederverstaatlichung der Eisenbahn und von Versorgungsbetrieben wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Diese Forderungen sprechen das Gefühl der Wut von arbeitenden Menschen über die Verbrechen des kapitalistischen Systems an.

Die Schlüsselfrage ist, was für eine Partei und was für ein Programm die Arbeiterklasse benötigt, um ihre Interessen und die Interessen aller Unterdrückten - Minderheiten. Frauen, Schwule und Jugendliche - im Kampf gegen den Kapitalismus zu vertreten. Wir wollen eine Partei aufbauen, die proletarisch, revolutionär und internationalistisch ist, nach dem Modell der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki, die die große Oktoberrevolution von 1917 führte.

Die SLP, die viele unterstützenswerte Forderungen aufstellt, ist im Grunde nichts anderes als eine Partei der Nostalgie: „Clause-IV"-Sozialisten, die auf eine von Labour geprägte Vergangenheit blicken, nicht auf eine sozialistische Zukunft. „Clause IV", die „Gemeineigentum" versprach, wurde in die Satzung von Labour zu einer Zeit hineingeschrieben, als Arbeiter durch die Auswirkung der bolschewistischen Revolution elektrisiert waren. Die Mythen vom „Gemeineigentum" wurden absichtlich ausgeheckt, um den

PA



Reuters

Privatisierung der britischen Bahn führte zu tödlichen Unfällen. Spritproteste der LKW-Fahrer und Bauern gegen Blair-Regierung waren sehr populär

Arbeitern vorzumachen, dass „Sozialismus" *ohne* eine Arbeiterrevolution und über das Parlament erreicht werden könne. Die SLP knüpft an die angeblich „gute alte Zeit" der Labour-Regierung unter Clement Attlee nach dem Zweiten Weltkrieg an, die große Teile der britischen Industrie verstaatlichte, was auf einen gewaltigen kapitalistischen Freikauf unrentabler Unternehmen hinauslief. Diese Unternehmen wurden dann von den Werktätigen über hohe Steuern und niedrige Löhne subventioniert, während die ehemaligen Eigentümer astronomische Entschädigungsraten erhielten. Attlees Labour-Regierung bestand aus imperialistischen Schlächtern, die bei der blutigen Teilung Indiens die Oberaufsicht führten und im griechischen Bürgerkrieg die Kommunisten zerschlugen.

Die Privatisierungsmanie der Blair-Regierung übertrifft sogar noch die von Thatcher - die Flugsicherung und die Londoner U-Bahn stehen auf der Liste. Wir sind gegen Privatisierungen, die in jedem Falle Angriffe auf Gewerkschaften, Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen bedeuten, wobei Sicherheitsstandards den Bach runtergehen. Aber für Revolutionäre ist die Antwort nicht die Rückkehr zu der schlechten alten Zeit von British Rail nach Art der SLP oder Ken Livingstones Eigentumsmodell aus Anleihen und öffentlichen Mitteln, das den Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs wieder dem allgemeinen Diktat des kapitalistischen Systems unterwirft. Livingstone hat für die Leitung des städtischen Nahverkehrssystems Bob Kiley, einen berüchtigten Gewerkschaftsfeind und ehemaligen CIA-Agenten, angeworben. Die Arbeiter führen zur Zeit eintägige Streiks über Sicherheitsbedingungen durch. Bob Crow, der Oberbürokrat der Eisenbahnergewerkschaft, lange Zeit ein bekannter Anhänger der SLP, tat sein Möglichstes, um die Wut der Arbeiter in eine Unterstützung für Livingstone/Kiley zu kanalisieren. Die U-Bahn-Arbeiter wurden wütend, als Crow vor kurzem einen Streik abblies.

Unser Programm ist für die *Enteignung* des Verkehrssystems ohne Entschädigung für die kapitalistischen Bosse *als Teil des Kampfes für eine Arbeiterregierung und für die Errichtung einer Planwirtschaft.* Enteignet die privaten Bahn- und Busunternehmen - keine Entschädigungen! Städtischer Nahverkehr muss kostenlos sein - reißt die Fahrkartensperren heraus! Ein solches Programm ist unvereinbar mit der Perspektive von Scargills SLP. Wir kämpfen für eine mächtige Industriegewerkschaft, die Eisenbahn-, U-Bahn- und Busarbeiter umfasst. Die Arbeiter müssen auf ihre eigene Kraft vertrauen und müssen unabhängig von den Kapitalisten und deren Staat mobilisiert werden. Die Gewerkschaften benötigen eine klassenkämpferische Führung, nicht Leute wie Bob Crow, die Ausverkauf betreiben. Ein sicheres, zuverlässiges Verkehrssystem, das auch die Bedürfnisse der Arbeiter in diesem Industriezweig erfüllt, bekommt man einzig und allein durch den Sturz des Kapitalismus, indem das Proletariat die Macht erobert.

Die Opposition der SLP gegen Kohle- und Ölimporte ist protektionistisches Gift, das nationalen Chauvinismus und Rassismus schürt; das passt zu Forderungen, die britische Industrie auf Kosten ihrer Rivalen zu schützen durch die Verstaatlichung der britischen Kohle- und verarbeitenden Industrie. Rivalitäten zwischen den imperialistischen Mächten haben sich nach der Konterrevolution, die die ehemalige Sowjetunion zerstörte, verstärkt; diese Rivalität führt zu Handelskriegen, die zu offenen Kriegen führen. Die Logik von derartigem zersetzenden Nationalismus in der Arbeiterbewegung zeigte sich bei der Rover-Demonstration vom April 2000, die von Gewerkschaftsbürokraten der Autoindustrie organisiert wurde und ein Ausbruch von nationalistischem Chauvinismus war. Wir kämpfen für: Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Mobilisierungen von Gewerkschaften/Minderheiten, um die Faschisten zu zerschlagen! Notwendig ist ein Kampf über nationale Grenzen hinweg für Arbeitsplätze für alle, als Teil des Kampfes, die kapitalistische Herrschaft wegzufegen.

Das Manifest der SLP erwähnt den Bergarbeiterstreik von 1984/85, der von Scargill geführt wurde und eine der größten Klassenschlachten war, die Britannien jemals gesehen hat. Wir Trotzkisten ziehen die Lehren daraus für das britische Proletariat. Am Vorabend des Streiks fabrizierte die Workers Revolutionary Party von Gerry Healy eine Hexenjagd gegen Scargill wegen seiner korrekten Aussage, dass die polnische Solidarnosc antisozialistisch sei. Und es ist erwähnenswert, dass Healys Lieblings-Labour-Politiker ... Ken Livingstone war. Der Bergarbeiterstreik trieb militanten Gewerkschaftskampf bis an seine Grenzen; er wurde sabotiert von der Labour Party und den TUC [Trades Union Congressj-Spitzen. Aber Scargill blieb der Labour Party verpflichtet und die Bergarbeitergewerkschaft kämpfte allein. Wir suchten den Streik auf andere Gewerkschaften auszuweiten, indem wir Bergarbeiter, Eisenbahner und Hafenarbeiter dazu aufriefen, das Land lahmzulegen.

Die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und den osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten war eine Katastrophe für die Werktätigen dort und weltweit. Die USA und der britische Imperialismus bereiten den Boden für einen Krieg gegen die Volksrepublik China. Das SLP-Manifest verurteilt „die Anwendung von wirtschaftlichen und politischen Blockaden oder Sanktionen, die vom internationalen Kapitalismus gegen Länder eingesetzt werden, die - wie Kuba - die Grundlagen des Kapitalismus selbst in Frage stellen." Wir rufen auf zur bedingungslosen militärischen Verteidigung Kubas sowie auch der anderen deformierten Arbeiterstaaten China, Vietnam und Nordkorea gegen imperialistischen Angriff und kapitalistische Restauration. Wir Trotzkisten kämpfen für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratien. Der Sturz des Kapitalismus in den imperialistischen Kernländern ist der beste Weg, die bestehenden Arbeiterstaaten zu verteidigen und zu einer weltweiten sozialistischen Gesellschaft vorwärts zu gehen. Für eine Föderation von Arbeiterrepubliken der britischen Inseln! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! •

Keine Stimme für Gordon Potts! Bullen raus aus den Gewerkschaften!

19. Mai - Wir erfuhren heute, dass die SLP einen gewissen Gordon Potts, einen Bewährungshelfer, der auch in der National Association of Probation Officers [Nationale Vereinigung der Bewährungshelfer], einer Bullen„gewerkschaft", aktiv ist, als Kandidaten für Newcastle upon Tyne Central aufgestellt hat. Bewährungshelfer sind wie Polizisten und Gefängniswärter Teil des kapitalistischen Staates - die „Formationen bewaffneter Menschen" der Bosse zur Aufrechterhaltung von kapitalistischem Eigentum, Ausbeutung und Unterdrückung. *Sie gehören nicht zur Arbeiterbewegung!* Wir sagen: *Keine Stimme für Gordon Potts!*

Die SLP führt eine unterstützbare Wahlkampagne, die eine Klassenlinie zieht gegen Blairs arbeiterfeindliche New Labour: Die Spartacist League gibt der SLP kritische Wahlunterstützung. Doch gleichzeitig ist die Aufstellung von Mr. Potts ein kristallisierter Ausdruck des parlamentarischen „Clause-IV"-Reformismus der SLP, der auf der tödlichen Illusion beruht, der kapitalistische Staat, sein Parlament, seine Bullen, Bewährungshelfer usw. seien „neutral" und könnten von der Arbeiterklasse dazu benutzt werden, den Sozialismus zu erreichen.

Mumia...

Fortsetzung von Seite 4

Verteidigung] gekämpft haben, seit wir uns vor etwa 14 Jahren erstmals für Jamals Verteidigung eingesetzt haben.

Das war sicher nicht die Botschaft von den reformistischen Organisatoren der Protestkundgebung in Philadelphia und einer anderen am gleichen Tag in San Francisco. Die Reformisten haben gar nicht erst versucht, frische Kräfte von Arbeitern und Bewohnern der Ghettos und Barrios einzubeziehen, die aus eigener Erfahrung die abgekarteten Lügenmethoden der Bullen gut kennen, sondern haben sich gedreht und gewunden, um die neuen Beweise zu umgehen und herunterzuspielen, und damit effektiv so gehandelt, dass sie der Nachrichtensperre der bürgerlichen Medien Vorschub leisteten. Sprecher der Workers World Party (WWP) und ihres International Action Centers (IAC), die Hauptorganisatoren der Protestkundgebung in Philadelphia, haben die neuen Beweise noch nicht einmal erwähnt und erst recht nicht in den Vordergrund gerückt. Und in San Francisco brachte es Jeff Mackler, ein Führer von Socialist Action (SA) [in Deutschland RSB] fertig, den „neuesten Stand des Falles" zu präsentieren, ohne auch nur *einmal* auf sie zu sprechen zu kommen.

Weshalb sollten erklärte Sozialisten, die behaupten für Jamals Freiheit zu kämpfen, so etwas tun? In einer Erklärung aus seiner Todeszelle an die Protestkundgebungen sagte Mumia: „Viele von euch haben gesagt, dass ihr kein Vertrauen in das System habt, doch in eurem Herzen weigert ihr euch, euch davon zu lösen." Wirklich, schon die bloße Vorstellung, die Bullen könnten vorsätzlich eine abgekartete Anklage gegen einen Unschuldigen fabrizieren und einen der „Ihren" zum Abschuss freigegeben haben, ist ein Affront gegen den eingefleischten Glauben der Reformisten an die dem bürgerlichen Staat innewohnende Demokratie und an die Polizei als eine Institution, die im Grunde dazu da sei. der Bevölkerung „zu dienen und sie zu beschützen".

Seit WWP und SA vor ein paar Jahren Jamals Fall aufgegriffen haben, konzentrieren sie all ihre Anstrengungen darauf, Politiker der Demokratischen Partei zu umwerben, und beschränken so die Bewegung für Jamal bewusst auf Appelle nach Gerechtigkeit, gerichtet an dieses System der rassistischen *Ungerechtigkeit.* Während die zentrale Losung bei den jüngsten Kundgebungen der legalistische Appell „Aufhebung des Urteils - Freiheit für Mumia Abu-Jamal" war, wurde bei früheren Protestkundgebungen jede Forderung nach Múmias Freiheit zugunsten der Forderung nach einem „neuen Prozess" unterdrückt; damit wurden Illusionen in die kapitalistischen Gerichte verbreitet, um bürgerliche Liberale zu erreichen, deren einzige Sorge darin bestand, dass Jamas ursprüngliches abgekartetes Verfahren eine Peinlichkeit für die amerikanische „Demokratie" sei. Jetzt stellt sich die Maske des Liberalismus als das wahre Gesicht dieser Reformisten heraus.

In San Francisco organisierten die SL, der Spartacus Youth Club und die Labor Black League for Social Defense ein revolutionäres Kontingent als Gegenpol zur reformistischen Politik der Organisatoren der Kundgebung. Über 50

Pilotenstreik...

Fortsetzung von Seite 8

der Bourgeoisie. Unser Ziel ist nicht einfach ein „fairer Lohn für ein faires Stück Arbeit", sondern der Sturz dieses Ausbeutersystems, die revolutionäre Enteignung der Bourgeoisie. Das erfordert den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei.

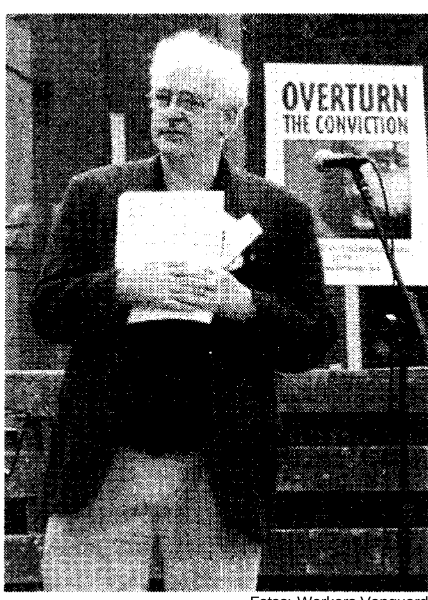
Wenn auch nur ein Bruchteil der Arbeiter, die heute halb im Scherz darüber sprechen, auch 30 Prozent Lohnerhöhung bekommen zu wollen, anfangen dafür zu kämpfen, wird das den Boden unter den Füßen der SPD-Regierung, die für die Kapitalisten herrscht, wegziehen. Deswegen überschlagen sich die DGB-Bürokraten, ihren SPD-Brüdern zu Hilfe zu kommen, indem sie versuchen, Wut gegen die Piloten zu schüren. Die Gewerkschaftsbürokraten nutzen seit langem solche Teile-und-Herrsche-Taktiken mit ihren rassistischen „Standort-Deutschland"-Parolen, um die Arbeiterklasse entläng nationaler und ethnischer Linien zu spalten. Durch ihren Streik haben die Piloten enorme soziale Macht gezeigt. Diese soziale Macht muss in den Dienst von Immigranten und Flüchtlingen gestellt werden, die die Zielscheiben der rassistischen Angriffe der Regierung sind, Angriffe, die sich gegen die gesamte Arbeiterklasse richten. Cockpits Aufruf, dass Piloten sich weigern sollen, Zwangsabschiebungen zu fliegen, hat allein 1999 zweihundert Abschiebungen gestoppt. Doch Piloten und andere Flughafen- und Transportarbeiter müssen organisieren, *alle* Abschiebungen zu stoppen. Dies verbunden mit dem Kampf für volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben, wird die multiethnische Arbeiterklasse gegen die von der SPD geführten Angriffe vereinen. Die Arbeiterklasse wird entweder gemeinsam vorwärts gehen oder getrennt zurückgeschlagen werden.

Während die Gewerkschaftsbürokratie eine Arbeitsteilung mit der SPD hat, teilen sie die Politik, den Kapitalismus und die Ausbeutung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Die SPD ist eine bürgerliche Arbeiterpartei. Trotz ihrer Basis in der Arbeiterklasse hat die SPD ein völlig bürgerliches Programm. Die SPD/Grünen-Regierung ist eine kapitalistische Regierung, die den Arbeitern kapitalistische Austerität und Krieg gerade wegen der Arbeiterbasis der SPD weitaus besser verkaufen kann als die CDU dies könnte.

Die Lohn- und Sozialraubpolitik der Kapitalisten kann nur mit der Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer durchgeführt werden. Die große Zahl von Austritten aus den Gewerkschaften zeigt die Wut der Arbeiter, die von einer Führung verraten worden sind, von der sie wissen, dass sie nicht die Absicht hat, wirklich zu kämpfen. Dennoch sind die Gewerkschaften Organisationen, in denen sich alle Arbeiter organisieren können, als gemeinsame Basis für Kämpfe gegen die Angriffe der Bosse und ihrer Regierung. Eine Gewerkschaftsführung muss erkämpft werden, die für die vollständige Unabhängigkeit vom bürgerlichen Staat und für Gewerkschaftsdemokratie steht. Dazu ist es nötig, gegen den sozialdemokratischen politischen Rahmen der derzeitigen Führung zu kämpfen. Pseudolinke wie DKP oder Linksruck predigen in jedem Streik mehr Militanz. aber sie unterstützen die SPD oder die PDS, wie sie es bei den letzten Wahlen taten, d.h. genau die Parteien, gegen deren Politik die Arbeiter kämpfen müssen. So helfen sie nur, den Einfluss der Gewerkschaftsbürokraten zu stärken. die vielleicht etwas „militanter" klingen, aber letztendlich bei der gleichen alten Sozialpartnerschaftsscheiße enden. In dieser Periode des verfaulenden Kapitalismus, des Imperialismus, können die Gewerkschaften entweder als Hilfsinstrumente der Kapitalisten dienen, um die Arbeiter zu disziplinieren, oder sie können Instrumente des revolutionären Klassenkampfes sein. Der Kampf für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung ist eng verbunden mit dem Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, die alle Unterdrückten hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse vereint und dieses elende rassistische kapitalistische System stürzt. Die SpAD hat sich dem Aufbau dieser multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei verpflichtet. Sieg dem Pilotenstreik! •

Leute marschierten in unserem Kontingent und unsere Sprechchöre und Plakate wurden überall in der Menge aufgegriffen. Eine Person mit einem Plakat, das von der Campaign to End the Death Penalty [Kampagne zur Beendigung der Todesstrafe] von der International Socialist Organization verteilt worden war und auf dem deutlich sichtbar die Forderung „Neuer Prozess jetzt" stand, kam zu unserem Büchertisch und bat um einen schwarzen Filzschreiber, um diese Losung durchzustreichen. So erklärte einer unserer Genossen, als er Demonstranten dazu aufforderte, sich uns anzuschließen:





Fotos: Workers Vanguard

Pseudolinke demobilisieren Kampf für Mumias Freiheit. ISO propagiert liberalen Aufruf für „Todesstrafenmoratorium" (links), Jeff Mackler von Socialist Action verheimlicht neue Beweise, die das Komplott gegen Jamal zerfetzen

> „Wenn ihr der Ansicht seid, dass es nicht genug ist, die ‚Aufhebung des Urteils' zu fordern, wenn ihr der Ansicht seid, dass Mumia unschuldig ist und freigelassen werden muss, wenn ihr der Ansicht seid, dass es in den kapitalistischen Gerichten keine Gerechtigkeit gibt, wenn ihr der Ansicht seid, dass der Kampf zur Befreiung Múmias mit dem Kampf zur Beseitigung dieses rassistischen kapitalistischen Systems der Unterdrückung und Ausbeutung auf das Engste verbunden werden muss, dann gehört ihr in dieses revolutionäre Kontingent. Dies ist das Kontingent, das die Wahrheit sagt und nicht das, was die Liberalen hören möchten. Wir sagen es, wie es ist: Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe! Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten!"

Reformisten demobilisieren den Kampf für Múmias Freiheit

Wie weit die Reformisten gehen würden, um die Wahrheit zu unterschlagen, wurde überdeutlich bei der Kundgebung in San Francisco. Als IAC-Sprecher John Parker laut Ankündigung von Eliot Grossman, einem von Jamals neuen Anwälten. Múmias eidesstattliche Erklärung vorlesen sollte, versuchte er sogar *Múmias eigene Worte zu zensieren.* Als er zu einem Abschnitt kam, wo der ehemalige führende Anwalt Leonard Weinglass als derjenige benannt wurde, der Mumia dazu gedrängt hatte, „im Berufungsverfahren von 1995 nicht auszusagen", übersprang Parker den Namen von Weinglass. Als Grossman energisch protestierte: „Wir wollen die Worte von Mumia Abu-Jamal hören und keine Rechtfertigungen für Leonard Weinglass", murmelte Parker etwas von Sorge, man könnte „gespalten" und „demoralisiert" werden und man müsse „für die Einheit der Bewegung" eintreten.

In Anbetracht der Tatsache, dass sie versuchten, Mumia selbst zu zensieren, ist es überhaupt nicht überraschend, dass sie nicht zuließen, dass man unsere Klassenkampf-Strategie von der Rednerbühne hören konnte, und das Ersuchen des PDC, reden zu können, ablehnten. Die „Einheit", die die Reformisten so hoch schätzen, ist die Einheit mit den bürgerlichen Liberalen. Die kriminelle Wirkung ihrer Politik der Klassenzusammenarbeit zeigte sich am 12. Mai, als in San Francisco kaum 1500 und in Philadelphia nicht mehr als 500 Leute auf die Straße gingen. Die schwindende Größe der Jamal-Proteste im Laufe der letzten paar Jahre ist ein schlagender Beweis, wie Reformisten, schwarze Nationalisten und verschiedene kleinbürgerliche „Radikale" dabei geholfen haben, Arbeiter, Jugendliche und andere, die Jamal verteidigen wollen, zu demoralisieren und zu demobilisieren, indem sie eine solche Verteidigung nur von den Entscheidungen der kapitalistischen Gerichte abhängig machen.

Obwohl durch Beveriys Geständnis auf dramatische Weise Múmias Unschuld bestätigt wird, weigerten sich Weinglass und sein ehemaliger Mitverteidiger Dan Williams, es zu verwenden. Da seine Lebensuhr tickt, war Jamal gezwungen, die Anwälte zu feuern, nachdem Williams einen verräterischen „Insiderbericht" über den Fall mit dem passenden Titel *„Executing Justice"* [Recht ausüben/Hinrichtungsjustiz] geschrieben hatte. Darin versucht Williams, diese Beweise von vornherein unwirksam zu machen - indem er sie als verrückte Verschwörungstheorie darstellt - mit der Begründung, dass die Bullen einen unschuldigen Mann weder wissentlich falsch beschuldigen würden noch könnten. Doch selbst wer die bürgerliche Presse in den letzten paar Wochen nur sporadisch gelesen hat, weiß es besser, nicht zuletzt von Berichten über den betrügerischen staatlichen Chemiker aus Oklahoma, der Dutzende von Leuten der Todeszelle oder langen Gefängnisstrafen ausgeliefert hat. In einem Kommentar zu einem anderen Fall - der Freilassung zweier Männer aus Brooklyn, die wegen einer Mordanklage auf Grundlage frei erfundener Zeugenaussagen 14 Jahre hinter Gittern verbracht hatten - schrieb selbst der liberale Kolumnist Bob Herbert: „Es gibt wenige oder gar keine Bemühungen, Unschuldige gegen diese Art von völlig haltlosen Lügen zu schützen. Schlimmer noch, wenn der Beweis erbracht ist, dass ein Prozess auf Lügen aufgebaut wurde, ist der Reflex der Strafjustizbeamten, es zu vertuschen" *(New York Times,* 17. Mai).

Wie wir an anderer Stelle in dieser Ausgabe ausführlich darlegen, ist Williams' „Insiderbericht" buchstäblich ein Leitfaden für die Staatsanwaltschaft. Dennoch wurde die Entscheidung, diese-entscheidenden Beweise für Múmias Unschuld zurückzuhalten, in einem Artikel von Mackler in *Socialist Action* (April 2001), wenige Wochen bevor das neue Verteidigerteam das Geständnis von Beverly vorlegte, implizit entschuldigt und gerechtfertigt. In Anspielung auf diesen Artikel sagte Eliot Grossman in seiner eigenen Rede am 12. Mai:

> „Es gab vor ein paar Wochen in einer linken Zeitung einen Artikel, der Daniel Williams' Behauptung aus

Fortgesetzt auf Seite, 26



Spartakist

Berlin, 5. Februar 2000. Demonstration für Mumia Abu-Jamal. Spartakisten intervenieren gegen gefährliche Illusion in „fairen Prozess"

Mumia...

Fortsetzung von Seite 25

seinem niederträchtigen Buch in Umlauf brachte, dass sie diese Beweise angeblich nicht vorgelegt hätten, weil sie nicht glaubwürdig wären, und der dann die Ansicht in den Raum stellte, dass diese Art von Beweisen völlig verrückt wären und niemand sie je vorlegen würde. Wir haben diese Beweise vorgelegt. Sie sind nicht verrückt. Dies sind die Beweise, die zeigen, dass Mumia unschuldig ist."

Viele Demonstranten kauften danach gleich die Ausgabe von *Workers Vanguard* mit dem Artikel „New Evidence Smashes Frame-Up to Bits: Free Mumia Now!" [Neue Beweise zerfetzen die abgekartete Anklage: Freiheit für Mumia jetzt!], und ein paar sagten, es täte ihnen jetzt leid, nicht in unserem Klassenkampfkontingent im Kampf für Jamals Freiheit mitmarschiert zu sein.

Zwar veröffentlichte Refuse & Resist von der Revolutionary Communist Party Auszüge aus den neuen Beweisen, aber eine Erklärung des führenden Sprechers von Refuse & Resist, Clark Kissinger, an die Demonstration in Philadelphia enthielt nicht einmal einen Hinweis auf das entscheidende Geständnis von Arnold Beverly. Als Mumia im Sommer 1995 vor seiner bereits angesetzten Hinrichtung stand und die Fraternal Order of Police (FOP) [Polizeibruderschaft] regelrechte Lynchmobs von Bullen auf den Straßen Philadelphias organisierte, forderte Refuse & Resist diese gekauften Killer der Kapitalistenklasse zu einer „Debatte" über Jamal auf. Heute konzentriert sich Kissinger wieder darauf, die FOP zu widerlegen, und schreibt in seiner Erklärung:

> „Seit Jahren jammern Bullen, Staatsanwälte und ihre gekauften Medien, weil Mumia und sein Bruder sich zu Recht weigerten, vor Richter Sabos Femegericht ihre Aussage zu machen, was in der Nacht passiert ist, als Mumia angeschossen und festgenommen wurde.
>
> Jetzt, wo wir Mumias Erscheinen vor einem Bundesgericht erwarten, haben beide den Menschen ausführliche Schilderungen jenes Abends geliefert. Und diese Erklärungen wurden nun beim Bundesgericht eingereicht. Also kann die FOP jetzt verdammt noch mal ihre Schnauze halten."

Diese dünne Tünche von „militanter" Rhetorik gegen die Bullen, die sich an die jugendlichen Unterstützer von Refuse & Resist richtet, ist bloß ein Deckmantel für dieselbe liberale Politik, wie sie von der eher biederen sozialdemokratischen Socialist Action vertreten wird.

Während Mackler in seinem „Neuesten Bericht über den Fall" vom 12. Mai die Beweise für Jamals *Unschuld* verheimlicht, konzentriert er sich auf die rein verfassungsrechtliche Frage von Jamais „Grundrecht auf einen Anwalt nach dem 6. Verfassungszusatz" bei seinem Prozess von 1982 vor dem berüchtigten „Henker-Richter" Albert Sabo. Sabos Verweigerung von Jamals Recht, sich selbst zu verteidigen, ist jetzt einer der Verfahrenspunkte vor dem Bezirksbundesgericht unter Richter Yohn. Mackler lamentiert: „Wenn dieser Richter Albert Sabo folgt, ist Mumia ein toter Mann." Warum sollte man versuchen, die Macht der Arbeiter und Schwarzen auf die Straße zu mobilisieren, wenn Jamals Schicksal tatsächlich von einem einzigen Richter abhängt? Dies ist der *Defätismus*, der dem Vertrauen der Reformisten in den kapitalistischen Staat entspringt.

Von ihrer Forderung nach einem neuen Prozess bis zu ihrem Widerwillen gegenüber Beverlys Geständnis verfolgen die Reformisten eine Strategie, die darauf abzielt, die bürgerlichen Liberalen zu umschmeicheln, die nicht unbedingt an Jamals Unschuld glauben und kein besonderes Interesse an seiner Freilassung haben. Die Auffassung derartiger Typen gab der Juraprofessor David Kairys von der Temple Universität wieder, als er einem AP-Agenturbericht (9. Mai) zufolge „das neue [Anwalts-]Team dafür kritisierte, dass es eine einfachere Strategie aufgegeben habe, wie den Versuch, die Todesstrafe in eine lebenslange Haftstrafe umzuwandeln" - d. h. in einen lebendigen Tod.

Die Liberalen behaupten, die Farce von Gerichtsverhandlung gegen Jamal 1982 sei bloß ein Fehltritt eines ansonsten „gerechten", „demokratischen" Systems gewesen. Die Reformisten verbreiten die Ansicht, dass der kapitalistische Staat durch Druck dazu gebracht werden kann, den Interessen der Arbeiter und Unterdrückten zu dienen. Diese selbst ernannten „Marxisten" sind eine lebendige Zurückweisung des marxistischen Verständnisses, dass der bürgerliche Staat - der im Kern aus Bullen, Gerichten. Gefängnissen und Militär besteht - nichts anderes ist als ein Instrument zur Unterjochung der Arbeiterklasse und der Unterdrückten. In einem grotesken Lobgesang auf die Fiktion von „gleichem Recht für alle" jammert *Socialist Action* (Mai 2001):

> „Es gab einmal ein schönes Bildnis von einer würdevollen, strengen und scharfsinnigen Frau, die mit verbundenen Augen und einer unparteiischen Waage die Wahrheit festlegt. Heute ist dieses Bild, das sowieso schon ziemlich fabriziert war, verraten worden."

Hier wird vollständig die grausame Geschichte des amerikanischen Kapitalismus geleugnet, vom Dred-Scott-Urteil von 1857, das die Macht der Sklavenhalter im Süden untermauerte, über das antikommunistische, antisemitische Komplott gegen die Rosenbergs fast ein Jahrhundert später bis zu den zahllosen Schwarzen und Arbeiteraktivistcn. die vorher und seitdem von kapitalistischen Gerichten eingekerkert oder hingerichtet worden sind.

Mobilisiert die Macht der Arbeiter/Schwarzen - Brecht mit den Demokraten

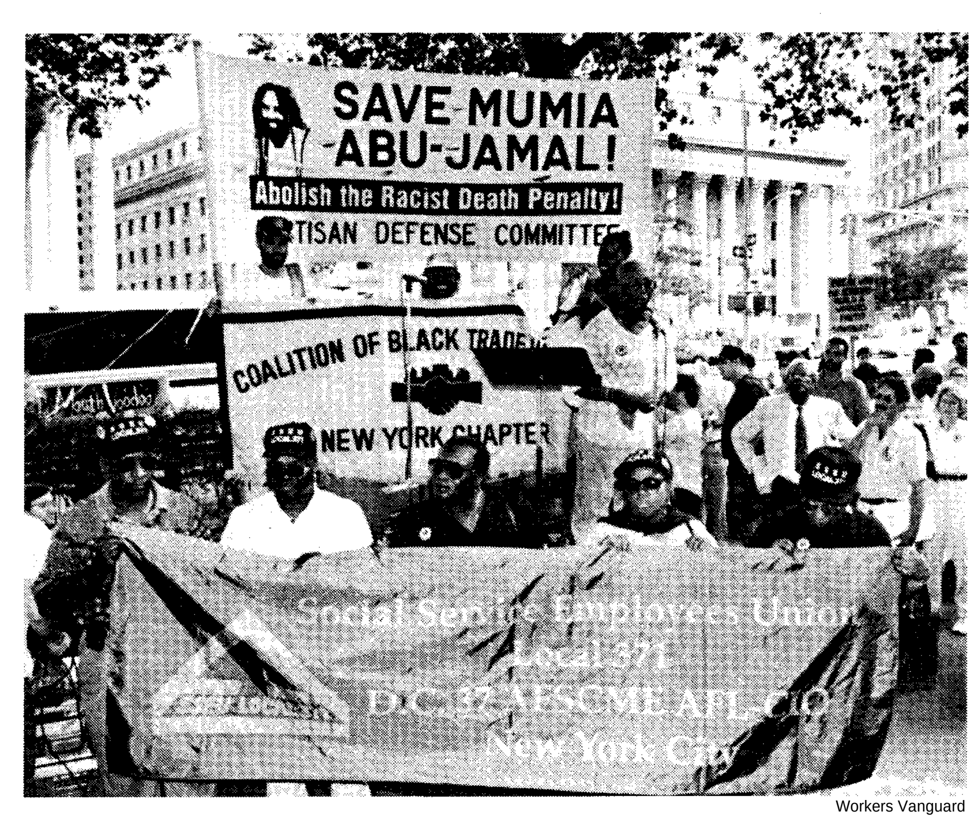
In seiner Rede auf der Kundgebung in San Francisco kam Anwalt Eliot Grossman zu dem Schluss:

> „Wir müssen beweisen, dass Mumia unschuldig ist. Wir haben die Beweise, aber wir wissen, dass dies vielleicht

nicht ausreicht. Denn Shaka Sankofa, früher bekannt als Gary Graham, war unschuldig. Er hatte die Beweise. Sie haben ihn trotzdem hingerichtet. Wir können das nicht zulassen. Wir brauchen die Hilfe jedes Einzelnen hier... Wenn wir je wirkliche Arbeitersolidarität und kämpferische Aktionen nötig hatten und solche Aktionen wie den Streik der Hafenarbeiter, der die Westküste lahm legte, und das Teach-in, das die Lehrer in Oakland durchführten, dann brauchen wir solche Arbeitersolidarität an jedem Arbeitsplatz der Stadt, des Bundesstaates und in diesem Land."

Die Arbeitsniederlegung der International Longshore and Warehouse Union (ILWU) [Hafenarbeitergewerkschaft] vom April 1999 deutete tatsächlich auf jene Art machtvoller Arbeiteraktionen hin, die notwendig sind, um dem kapitalistischen System abgekarteter Lügen einen gewaltigen Schlag zu versetzen. Aber dank der Bemühungen des Gewerkschaftsopportunisten Jack Heyman von der ILWU-Ortsgruppe 10 wurde die Wirkung dieser Arbeitsniederlegung auf die Reedereibosse auf ein Minimum reduziert und die Aktion der Hafenarbeiter wurde an eine Unterstützung der Mobilisierung von den Reformisten für einen neuen Prozess gekettet, mit der die Demokratische Partei unterstützt wurde. Jetzt hat das Labor Action Committee to Free Mumia Abu-Jamal [Arbeiteraktionskomitee zur Befreiung Mumia Abu-Jamals] - ein gelegentliches Werkzeug Heymans, das hauptsächlich aus Unterstützern der Organisation besteht, die den lächerlich unpassenden Namen International Bolshevik Tendency trägt [in Deutschland Gruppe Spartakus] - einen „Aktionsaufruf" herausgegeben, in dem erklärt wird: „Die stärkste Waffe, die die Arbeiterklasse im Klassenkampf zum Tragen bringen kann, ist ihre Macht, ihre Arbeit niederzulegen, und dies müssen *wir jetzt* in Angriff nehmen, um für unseren Bruder die Freiheit zu erringen." Der Zynismus dieses Lippenbekenntnisses zu Arbeiteraktionen wird durch die Tatsache entlarvt, dass Heyman *nicht einen einzigen* Hafenarbeiter zur Demonstration am 12. Mai brachte - eine ziemlich drastische Bilanz angesichts der weit verbreiteten Unterstützung für Jamal unter schwarzen Hafenarbeitern.

Im Kampf, die Arbeiterbewegung für Jamal zu mobilisieren, wollen wir die Arbeiter zu dem Verständnis gewinnen, dass sie die Ketten der Ausbeutung als Lohnsklaven der Kapitalisten nur zerbrechen können, wenn sie gleichzeitig jede Äußerung rassistischer Unterdrückung bekämpfen. Die Unterdrückung der Schwarzen ist das Fundament des amerikanischen Kapitalismus, der durch Segregation die überwältigende Mehrheit der Schwarzen gewaltsam am unteren Ende der Gesellschaft hält. Rassismus und die Ideologie der weißen Überlegenheit verschleiern den Klassengegensatz und dienen so dazu, weiße Arbeiter, durch die Illusion einer durch Hautfarbe begründeten Interessengemeinschaft, an ihre kapitalistischen Herren zu binden. Gleichzeitig stellen schwarze Arbeiter einen strategischen Teil des multirassischen Proletariats in den USA dar. Gewonnen zu einem revolutionären Programm, werden sie das lebendige Bindeglied sein, das die Wut der besitzlosen Massen der Ghettos mit der sozialen Macht des Proletariats vereinigt. Wir wollen die leninistische Avantgardepartei aufbauen, die notwendig ist, um den Kampf zur Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution zu führen.



Workers Vanguard

Partisan Defense Committee initiierte im Sommer 1995 gewerkschaftsbasierte Mobilisierungen in New York City und anderswo, als der Termin für Jamals Hinrichtung festgesetzt worden war

Damit ihre Macht entfesselt werden kann, muss die Arbeiterklasse unabhängig von der Kapitalistenklasse und ihren politischen Parteien, sowohl Demokraten als auch Republikanern, mobilisiert werden. Von WWP/IAC bis zu Kissinger von Refuse & Resist und der International Socialist Organization (ISO) überboten sich die Reformisten auf den Kundgebungen vom 12. Mai gegenseitig mit ihrem Geschwafel vom „Kampf gegen Rechts", womit sie die Demokratische Partei unterstützen. Dabei konzentrieren sie sich auf die Befürwortung der Todesstrafe durch den Republikaner Bush und amnestieren die Demokraten, die unter Clinton eine massive Ausweitung der Todesstrafe durchgesetzt haben. Die Campaign to End the Death Penalty von der ISO stand sogar rechts von vielen Liberalen, als sie ihre Forderung „Moratorium jetzt, Abschaffung als Nächstes" propagierte, während einer ihrer Sprecher auf der Kundgebung in San Francisco die liberale Ansicht wiedergab, dass die Todesstrafe „einfach nicht funktioniert".

Im Gegensatz zu den Liberalen und ihren reformistischen Anhängern ist unser Ausgangspunkt nicht, für die kapitalistischen Herrscher das effektivste Mittel zu suchen, um diejenigen zu unterdrücken, die sie ausbeuten. Wir lehnen die Todesstrafe grundsätzlich ab, sowohl für die Schuldigen als auch für die Unschuldigen. Unser Ziel ist es, den schärfsten politischen Kampf gegen das jetzige bürgerliche Bewusstsein zu führen - dem die Reformisten nachgeben und das sie verstärken -, den wahren Charakter des kapitalistischen Staates als Maschinerie der organisierten Gewalt gegen die Arbeiterklasse und die Unterdrückten zu erklären und der Arbeiterklasse ein Verständnis von den Klassenkampfmethoden zu vermitteln, durch die sie den Kampf gegen das kapitalistische System und schließlich seinen Sturz organisieren können. Wir wollen dem Proletariat das Verständnis vermitteln, dass der kapitalistische Staat durch eine sozialistische Revolution zerschlagen und durch einen

Fortgesetzt auf Seite 28

Mumia...

Fortsetzung von Seite 27

Arbeiterstaat ersetzt werden muss. Wie wir in unserem Aufruf zum revolutionären Kontingent schrieben:

> „In diesem niedergehenden kapitalistischen System, das Millionen schwarzen Jugendlichen der Innenstädte keine Zukunft bietet, verkörpern die Todesstrafe, die massenhafte Einkerkerung von schwarzen Männern und die Abschaffung der Sozialhilfe den *Impuls zum Völkermord* bei den kapitalistischen Herrschern. Die Todesstrafe steht an der Spitze der Unterdrückungsmaschinerie, die sich in direktem Verhältnis zu der immer breiter werdenden Kluft zwischen der Hand voll Stinkreicher und den Millionen von Armen und Werktätigen verstärkt."

Die kapitalistischen Henker rüsten zum legalen Lynchmord an Jamal als einem Akt des Terrors und der Einschüchterung gegenüber allen, die gegen ihre rassistische Herrschaft Widerstand leisten. Jetzt ist die Zeit, alle Gegner rassistischer Unterdrückung zu mobilisieren und zu fordern: *Freiheit für Mumia jetzt! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!*

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 759, 25. Mai 2001*

Dan Williams' Leitfaden für die Staatsanwaltschaft

Um zu verhindern, dass der entscheidende neue Beweis für Mumia Abu-Jamals Unschuld - das eidesstattliche Geständnis von Arnold Beverly, Daniel Faulkner erschossen zu haben - vor Gericht auch nur verhandelt wird, hat das Büro des Staatsanwalts von Philadelphia auf seinen fadenscheinigen Haufen von alten Lügen zurückgegriffen und auf eine neue Lüge.

In Prozessakten, die am 11. Mai eingereicht wurden, wärmt die Staatsanwaltschaft ihre falsche Behauptung aus dem abgekarteten Verfahren von 1982 wieder auf, „es habe Augenzeugen für den Mord gegeben",-die gesehen haben, wie „Jamal den Mord beging". In Wirklichkeit behauptete nur einer der von der Staatsanwaltschaft erpressten oder bestochenen „Zeugen" - eine Prostituierte namens Cynthia White, die danach ungehindert unter Polizeischutz auf der Straße arbeiten durfte -, Jamal überhaupt mit einer Waffe gesehen zu haben. White - kein anderer Zeuge erinnerte sich jemals daran, sie am Tatort gesehen zu haben - hatte anfänglich bestritten, Mumia mit einer Waffe gesehen zu haben, und den Schützen als 10 bis 15 cm kleiner als Mumia beschrieben. Gleichzeitig haben mindestens fünf Zeugen aus fünf verschiedenen Perspektiven der Polizei erzählt, dass sie einen schwarzen Mann vom Tatort flüchten sahen, als Jamal zusammengesackt am Boden lag, nachdem er angeschossen worden war. Einer dieser fünf, William Singletary, sah jemand anderen als Mumia auf Faulkner schießen.

Die neue Lüge und der Großteil der Angriffe der Staatsanwaltschaft gegen Beverlys Geständnis stammen direkt von Jamals ehemaligem Anwalt Dan Williams, dessen Buch *Executing Justice* [Recht ausüben/Hinrichtungsjustiz] das Geständnis von Beverly als „kompletten Irrsinn", „offensichtlich haarsträubend" und „absurd" verunglimpft. In der letzten Ausgabe von *Workers Vanguard* schrieben wir, dass Williams einen Leitfaden für die Staatsanwaltschaft verfasst hat, und genauso ist es auch. Die Dokumente des Staatsanwalts führen einen längeren Auszug aus dem Buch an und behaupten verlogen - in Worten, die direkt von Williams geklaut sind -, dass Jamal selber Beverlys Geständnis zurückgehalten habe, als es 1999 herauskam, „weil er wusste, dass es eine offensichtlich haarsträubende Geschichte und ‚eine Lüge' war".

In Wirklichkeit macht sogar Williams' Buch klar, dass *dies* eine Lüge ist, denn es schildert, wie der ehemalige führende Anwalt Leonard Weinglass derjenige war, der „nach Wegen suchte, diesen Zeugen auf den Müll zu werfen", so wie Weinglass (und Williams) auch versucht hatte, zu verhindern, dass Singletarys Aussage bei der Berufungsverhandlung von 1995 angehört wurde. Und wie Williams in dem Auszug, der von der Staatsanwaltschaft zitiert wird, völlig klar macht, haben sowohl er als auch Weinglass damit gedroht, Jamals Verteidigung niederzulegen, wenn das Geständnis von Beverly benutzt werden sollte, um seine Unschuld zu beweisen.

Die Sozialdemokraten und Anhänger der Demokratischen Partei von *In These Times* (11. Juni) glauben den Dokumenten des Staatsanwalts im Grunde voll und ganz. In seinem jüngsten Angriff auf Jamal unterstützt David Lindorff die Argumentation des Staatsanwalts auf der ganzen Linie - indem er sich erst auf die so genannten Zeugen der Anklage beruft, dann Mumia beschuldigt, das Geständnis von Beverly zurückgehalten zu haben, und schließlich „die neue Verschwörungstheorie" verspottet.

Inzwischen ist Williams in den Zeitungen von Philadelphia mit seinen Angriffen auf die Beweise groß herausgekommen, während die Presseagenturen eine anonyme, „mit Abu-Jamals Berufungsverfahren vertraute" Quelle zitiert haben, die die bewusste *Lüge* verbreitet, dass Beverly zwei Lügendetektortests nicht bestanden habe. Warum sollte ein Anwalt sich so viel Mühe machen, um Beweise für die Unschuld seines Mandanten zu verheimlichen, und sie dann öffentlich auf den Müll werfen? In seinem Buch macht Williams klar, dass es für ihn wichtiger ist, das bürgerliche „Rechts"system als unantastbar zu erhalten, als Beweise einzubringen, die Jamals Unschuld belegen. Sein zentraler Ausgangspunkt ist, dass die Bullen niemals einen unschuldigen Mann wissentlich falsch beschuldigen könnten oder würden. Doch jeder Bewohner der Innenstädte kann ein Lied davon singen, dass Bullenkorruption, Mord und Komplotte lebendige Realität sind. Was die Phrasen der Staatsanwaltschaft über die „Unglaubwürdigkeit" von Beverlys Darstellung angeht, so zeigt schon ein flüchtiger Blick in die Tageszeitungen von Philadelphia, wie glaubwürdig er eben doch ist. Seit Wochen bringen sie nun schon Titelseitenartikel über den jüngsten Prozess gegen organisiertes Verbrechen und Mord, bei dem der Hauptzeuge der Regierung Ron Previte ist, ein ehemaliger Bulle, Mafiaschläger und FBI-Informant. Previte gab zu, seit Ende der 60er-Jahre, als er in Philadelphia in den Polizeidienst eintrat, ein „Gauner" gewesen zu sein.

In einer aufschlussreichen Anekdote aus der Berufungsverhandlung von 1995 erinnert sich Williams an einen Vorfall, als „[Staatsanwalt] Grant und einige der Kriminalbeamten mich beiseite nahmen ... und mir vorhielten, dass ich immer noch jung genug sei, um meine sonst viel versprechende Karriere als Prozessanwalt zu retten, wenn ich nur diese große Trennlinie überwinden und auf der Seite der Engel kämpfen würde". Williams sagte, er habe über die Einladung gelacht und sie abgelehnt. Aber mit seinem neuen Buch, das dem Staat in diesem letzten von Jamals Berufungsverfahren als Beweisstück Nr. 1 dient, hat sich Williams bestimmt seine Sporen verdient.

Wahlzirkus...

Fortsetzung von Seite 32

Was das bedeutet, machte der SPD-Bürgermeister Klaus Wowereit klar: „Wir müssen die Verwaltung weiter abbauen und auch bei Opernhäusern und Universitätskliniken sparen" *(Spiegel-Interview,* 11. Juni). In den letzten Jahren wurden 60000 Angestellte des öffentlichen Dienstes gefeuert. Krankenhäuser mussten massiv Betten und ganze Stationen streichen und schon jetzt ist das Krankenhaus Moabit de facto geschlossen. Moabit war dabei eines der wenigen Krankenhäuser, wo es Türkisch sprechende Ärzte gab, und war besonders wichtig für ethnische Minderheiten in dieser Stadt. Jetzt sollen Charité-Mitte, Urban, Benjamin-Franklin und das Krankenhaus Neukölln angegriffen werden. Die meisten liegen im Einzugsbereich von Bezirken mit hohem Anteil von Immigranten (siehe „Für gewerkschaftlichen Kampf gegen SPD/Grünen-Angriffe!", Seite 30). Dies gibt einen kleinen Vorgeschmack auf die „harten Schnitte", die die PDS in „sozialer Verantwortung" den Arbeitern und Unterdrückten dieser Stadt reinwürgen will.

Da die PDS im Vergleich zur SPD in den jetzigen Skandal nicht verwickelt ist, bietet sie sich als effektives Instrument für die Angriffe an. So zitierte *die junge Welt* den Berliner PDS-Fraktionsvorsitzenden Harald Wolf: „Der Wechsel an der Regierung sei vor allem nötig, um in der Bevölkerung die nötige Akzeptanz für die .schmerzhaften Einschnitte' zu schaffen" (29. Mai). Und deswegen rufen wir für die kommenden Wahlen - wie schon bei den Bundestagswahlen 1998 - auf: *Keine Stimme für SPD, PDS!*

Die Regierungsgier der PDS - die jetzt ihre „Kompetenz" untermauert durch das größte vorgeschlagene „Spar"paket von allen - ruft Empörung innerhalb der PDS und unter linken Jugendlichen und Arbeitern hervor, die auf die PDS als Alternative schauen. Tagtäglich druckt die *junge Welt,* Sprachrohr der PDS-Linken, Artikel, die die PDS kritisieren, und Leserbriefe, die die Empörung der PDS-Basis widerspiegeln und Austritte erklären. Das ruft die PDS-„Linken" auf den Plan, die die Lüge verbreiten, die PDS könne durch Druck von der Basis ein Instrument für die Interessen der Arbeiterklasse werden. So druckte die *junge Welt* u. a. die Erklärung der Führung der PDS-Hamburg ab mit dem Titel: „Wen der Ärger treibt, der bleibt - Ein Aufruf aus Hamburg an Mitglieder der PDS zum Verbleib in der Partei"; dort rufen sie zur Rettung der „sozialistischen Perspektive" der PDS auf *(junge Welt,* 21. Juni). Aber die PDS - genauso wie die SPD - ist eine bürgerliche Arbeiterpartei, d. h. sie hat eine proletarische Basis, aber ein völlig bürgerliches Programm. Sie assistiert der SPD bei der Kontrolle der Gewerkschaften, und gerade wegen der Illusionen, die Arbeiter und Linke in sie haben, ist sie ein besonders effektives *Hindernis* gegen die Verteidigung selbst der elementarsten Interessen der Arbeiter in Berlin gegen die „Spar"angriffe der Bourgeoisie. Sie ist ein *Hindernis* für den Kampf für eine proletarische Revolution, die allein dem kapitalistischen Elend ein Ende setzen kann. Arbeiter und linke Jugendliche müssen mit SPD und PDS *brechen* und genau *nicht* in ihnen „verbleiben". Was wir dringend brauchen, ist eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei. Dem Aufbau einer solchen Partei haben wir Spartakisten uns verpflichtet.

Und wir sagen auch: *Keine Stimme für die bürgerlichen Grünen!* Sie haben gemeinsam mit der SPD den imperialistischen Bombenkrieg gegen Serbien als Teil der NATO geführt. Und es war die SPD/Grünen-Regierung, die 30000 Bullen mobilisierte, um den Castor-Atomtransport letztes Jahr gegen den Widerstand von Abertausenden durchzuprügeln.

Als Wowereit davon erfuhr, dass das konservative Springer-Blatt *Bild* einen Skandal daraus machen wollte, dass er schwul ist, sah er sich gezwungen, dies publik zu machen. Die CDU entfachte sofort eine reaktionäre homophobe Kampagne gegen Wowereit. Berlins Ex-Innensenator Schönbohm griff implizit das SPD/Grünen-Gesetz an, das das kleine Zugeständnis der standesamtlichen Eintragung von „Lebensgemeinschaften" Homosexueller macht. Selbst dieses Gesetz, das im Wesentlichen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben festschreibt, geht diesen Reaktionären schon zu weit. Wir Kommunisten kämpfen für volle demokratische Rechte für Homosexuelle.

Gleichzeitig versucht die CDU nun durch das Aufpeitschen einer antikommunistischen Kampagne gegen die PDS wieder an Boden gut zu machen. CDU-Fraktionschef Steffel erklärte, die SPD wolle die Stadt „den Kommunisten zum Fraß" vorwerfen *(Der Spiegel,* 11. Juni). Ex-Kanzler Kohl will sich massiv in den Berliner Wahlkampf einschalten, auch wenn Merkel & Co. sehr fürchten, dass der Ex-Kanzler aus dem Spendensumpf eher Stimmen kosten wird. Kghl erklärte: „Wer die SED-Nachfolger hofiert, als habe es Mauer und Stacheldraht nie gegeben, macht sich schuldig" *(Financial Times Deutschland,* 17. Juni). Und die PDS versucht sich mit antikommunistischen „Entschuldigungen" für den Mauerbau 1961 als „regierungsfähig" zu beweisen. Das ist ihr Anteil an der antikommunistischen Hetze gegen die DDR, die den Zweck hat, jeglichen Kampf gegen den Kapitalismus zu kriminalisieren. Die Mauer war eine bürokratische Maßnahme der stalinistischen Bürokratie gegen das ökonomische Ausbluten des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates durch den westdeutschen Imperialismus. Wir Trotzkisten haben die Mauer gegen die deutsche Bourgeoisie verteidigt.

Tatsächlich ist die soziale Misere der Stadt das Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution, die den deformierten Arbeiterstaat DDR, in dem die Bourgeoisie enteignet und die Wirtschaft vergesellschaftet war, zerstörte. Westberlin war das antikommunistische Propaganda-Schaufenster und Bollwerk des westdeutschen Imperialismus. Mit Sondersubventionen wurde ein relativ hohes Niveau von Industrie und Infrastruktur aufrechterhalten. Nach der Konterrevolution hing Westberlin nicht mehr am Tropf des Kalten Krieges. Die Ostberliner Industrie, die Hundertausende mit Arbeit und Auskommen versorgte, wurde wie die Industrie in der übrigen Ex-DDR von der rachsüchtigen deutschen Bourgeoisie zerstört. Gleichzeitig wurde in Westberlin ein Industriebetrieb nach dem anderen dicht gemacht oder drastisch reduziert. Heute zeugen die Kilometer langen Industrie-Ruinen entlang der Spree und die langen Schlangen vor den Arbeits- und Sozialämtern vom Vernichtungsfeldzug der Konterrevolution.

Die PDS mit ihren Losungen „Wir sind ein Volk 1:1" und „Deutschland einig Vaterland" war entscheidend dabei, die prokommunistischen Arbeiter der DDR 1990 in die Konterrevolution zu treiben. Wir Trotzkisten waren die einzige Partei, die klipp und klar „Nein zur kapitalistischen Wiedevereinigung!" sagte und mit allen Mitteln unserer Internationale dagegen kämpfte. Wir warnten damals, dass eine kapitalistische Wiedervereinigung die Konterrevolution nach Moskau tragen und hier Massenarbeitslosigkeit, ein Wiedererstarken der Faschisten und die Gefahr neuer Kriege bedeuten würde. Auf bittere Weise behielten wir Recht.

Gegen die heutigen massiven Angriffe der Bourgeoisie, ihrer kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung und ihres Senats ist harter Klassenkampf notwendig. Das erfordert die Schmiedung einer internationalen revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, die darum kämpft, in einer sozialistischen Revolution die Bourgeoisie zu stürzen und zu enteignen und eine rational geplante Wirtschaft aufzubauen. Für ein Rotes Rätedeutschland!«

Keine Krankenhaus-Schließung in Berlin!

Für gewerkschaftlichen Kampf gegen SPD/Grünen-Angriffe!

Dieses Flugblatt vom 26. April verteilten wir vor Krankenhäusern, Betrieben und an Universitäten.

Am 4. April wurde am „Runden Tisch" von den Gesellschaftern der „Moabit GmbH" mit Zustimmung der ÖTV- und DAG-Führung und des Personalrats die Schließung des Krankenhauses Moabit bis März 2002 beschlossen. 1400 Beschäftigte sollen auf die Straße geworfen werden. 1997 wurde denselben Beschäftigten vom Senat und der ÖTV-Führung vorgegaukelt, dass durch die Privatisierung und die Gründung der Moabit GmbH ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben. Eine Lüge! Die Privatisierung war die Vorreiteraktion des Berliner Senats für die Schließung und Entlassung tarnender Beschäftigter in Moabit und in anderen Krankenhäusern. Die neun städtischen Kliniken, die jetzt zusammen in der NET GmbH mit 17000 Beschäftigten privatisiert sind, stehen als Nächste auf dem Programm des Senats. *Keine Schließung von Moabit und den anderen Krankenhäusern!* Die Streiks der Krankenschwestern letzten Dezember in Polen und 1999 in Irland wurden von der dortigen Bevölkerung begeistert aufgegriffen und zeigten die soziale Sprengkraft in den Krankenhäusern, jedoch blieben sie isoliert und wurden ausverkauft. Das sollte uns eine Lehre sein! *Für gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter des öffentlichen Dienstes, um die Angriffe auf die Krankenhäuser zurückzuschlagen!*

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Nicht nur in Berlin, sondern in ganz Europa - besonders dort, wo sozialdemokratische Parteien herrschen -, wird das soziale Sicherheitsnetz zerstört, das die Kapitalistenklasse früher zuließ, um die Loyalität der Arbeiter in ihren eigenen Ländern gegen das Gespenst des Kommunismus sicherzustellen. Nach der Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats DDR 1990 - als die Arbeiter der DDR über den „Runden Tisch" gezogen und an die kapitalistische Marktwirtschaft ausgeliefert wurden - wollen nun die kapitalistischen Sieger das staatliche Gesundheitswesen zerstören. Wir Spartakisten haben mit allen Kräften unserer Internationale die DDR mit ihren vergesellschafteten Eigentumsformen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung verteidigt und auf dieser Grundlage für eine proletarische politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie in der DDR und für eine sozialistische Revolution im Westen gegen den Kapitalismus gekämpft. Gegen die Lügen der PDS, dass es eine „soziale Marktwirtschaft" geben würde, kämpften wir für ein Rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und warnten, dass die kapitalistische Wiedervereinigung nur Krieg, Massenarbeitslosigkeit und Elend - besonders für Frauen - und verstärkten Rassismus bedeuten würde.

Die Schließung des Moabiter Krankenhauses ist auch ein schwerer Schlag gegen diesen dicht bevölkerten Bezirk, mit seinem hohen Anteil von Immigranten und einer hohen Armutsrate. Viele werden den weiten Weg in andere, ihnen fremde Kliniken nicht machen, was wohl vom Senat mit einkalkuliert ist. Diese Senats- und Regierungsschurken wollen die arbeitslose und arme Bevölkerung als menschlichen Müll behandeln. Insbesondere Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern und Flüchtlingen, die keine Chipkarte vorlegen können, wird eine Gesundheitsversorgung erschwert. Wir fordern kostenlose Gesundheitsversorgung von höchster Qualität *fürallel*

Seit ihrer Wahl 1998 betreibt die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung bundesweit die Demontage des staatlichen Gesundheits- und Rentensystems. Während damals die Pseudolinke zur Wahl der SPD aufrief, sagten wir Spartakisten: *„SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer - Keine Stimme für SPD, PDS!"* Kaum im Amt, bombardierte die SPD Serbien, und sowohl SPD als auch PDS führten rassistischen Staatsterror gegen Immigranten weiter. Die SPD ist eine Partei, die von dem revolutionären Bolschewik Lenin als eine bürgerliche Arbeiterpartei charakterisiert wurde: Ihre proletarische Basis wird durch die chauvinistische, prokapitalistische Führung an den Kapitalismus gekettet. Sie ist ein Hindernis im revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus und füngiert als Agent des deutschen Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung.

Auf einer Demonstration der Moabiter Kollegen am 19. März gegen die Schließung fragte uns ein Gewerkschafter entsetzt: Wo bleibt die Gewerkschaft? Es waren zwar viele Banner da, vor allem selbst gemalte und geklebte, die gegen die SPD-Gesundheitssenatorin Schöttler gerichtet waren, aber es gab kein einziges Gewerkschaftstransparent. Viele Käufer unserer Zeitung waren zutiefst wütend auf die Gewerkschaftsführung, die einen „Runden Tisch" forderte und verkündete, dass alles schon verloren sei.

Seitdem die SPD an der Macht ist, nimmt die sozialdemokratische ÖTV-Führung verstärkt ihre Aufgabe wahr. der SPD den Rücken frei zu halten. Deswegen sabotiert sie jeden gewerkschaftlichen Widerstand gegen die „Gesundheitspolitik des CDU/SPD-Senats. Im März 1999 stieß die ÖTV-Führung unter Kock und Stumpenhusen den Beschäftigten mehrerer Berliner Kliniken das Messer in den Rücken, die einen gemeinsamen Protest gegen die Entlassungspläne des Senats organisieren wollten, und boykottierten die Proteste! Heute ist Kock Arbeitsdirektor der NET GmbH. Letztes Jahr wurde der anstehende ÖTV-Streik sowohl von Krankenhausbeschäftigten als auch von BSR- und BVG-Arbeitern als die Gelegenheit gesehen, endlich die Muskeln der Gewerkschaft zu zeigen. Besonders in der Hauptstadt Berlin - am Flughafen, im Nahverkehr, in den Krankenhäusern, bei der Müllabfuhr - hätte ein ÖTV-Streik die Angriffe von Schröder, Schily und Riester gegen Arbeiter, Rentner, Immigranten und Frauen zurückgeschlagen. Aber der damalige ÖTV-Chef Mai beschloss geschwind hinter dem Rücken der Mitglieder einen Ausverkauf mit Schily, wofür er dieses Jahr von diesem mit einem Posten als Personalvorstand und Arbeitsdirektor des Flughafens Frankfurt/Main belohnt wurde.

Diese Verratspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung nennt sich „Sozialpartnerschaft" - auch

bekannt als „Runder Tisch" oder „Mitbestimmung". Wir nennen sie *Klassenkollaboration* - Zusammenarbeit mit den Bossen und dem bürgerlichen Staat. Der Kapitalismus herrscht durch die Macht des Kapitals, sein Gewaltmonopol und seine Kontrolle über alle sozialen Einrichtungen. Mit „Sozialpartnerschaft" will die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung den Arbeitern deren eigene Ausbeutung schmackhaft machen und verbreitet damit die nationalistische Lüge, dass die Nation die Interessen der Kapitalisten mit denen der Arbeiter verbindet. So will sie jeden Arbeiterkampf lahmen. Während auf den Moabiter Demos die Deutsche Kommunistische Partei für die Fortführung der Klassenkollaboration warb - die „Erhaltung und Ausweitung der Mitbestimmung" (Flugblatt, 19. März) -, treten wir im Gegensatz dazu für die *Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den Kapitalisten und deren Staat* ein. Dies erfordert einen scharfen politischen Kampf innerhalb der Gewerkschaften gegen die prokapitalistische, sozialdemokratische Führung, um das revolutionäre Bewusstsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen, dass ihre Interessen nur im Kampf für den revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems verwirklicht werden können. *Brecht mit SPD/PDS! Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!*



Pressefoto Peters

Berlin, 12. März: Belegschaft des Krankenhaus Moabit protestiert gegen Schließung. Sozialdemokratische Führung sabotiert gewerkschaftlichen Widerstand gegen sozialen Kahlschlag durch SPD/CDU-Senat

Als ein Beispiel der pseudolinken Anhängsel der SPD will die Gruppe Arbeitermacht die Arbeiterklasse an ihre verräterische Führung ketten. „Aktivisten" werden in ihrer Zeitung *Arbeitermacht* (März/April 2001) angehalten, „die Führungen der Gewerkschaften, der SPD und der PDS sowie der Sozialverbände aufzufordern, Kampfmaßnahmen vorzubereiten". Angeblich sollen diese Führer dann durch ihre Taten zeigen, wo sie stehen. Aber die SPD-Führung (Senatorin Schöttler) zeigt gerade durch ihre Taten - die Schließung des Krankenhauses Moabits -, wo sie steht! Und weder die PDS noch die Gewerkschaftsführung geben auch nur vor, auf der Seite der Kollegen *gegen die Schließung* zu stehen. Die Gruppe Arbeitermacht, zentristische Stehaufmännchen für die SPD, will verhindern, dass Arbeiter mit SPD und PDS brechen, und leistet diesen darum mit linken Tipps und „Aktionsprogrammen" nützliche Rettungsdienste.

Die erste Demonstration der Moabiter Kollegen am 12. März sollte durch ein massives Polizeiaufgebot eingeschüchtert werden. Die Polizei ist kein Freund der Arbeiter! Sie ist der bewaffnete Arm des bürgerlichen Staates und ist dazu da, Arbeiterkämpfe wenn „notwendig" zu zerschlagen, um das bürgerliche Privateigentum zu verteidigen. Mit ihren Knüppeleinsätzen prügeln sie seit Jahren auf gewerkschaftlich organisierte Immigranten am 1. Mai ein und auf Jugendliche, die Nazis stoppen wollen. Diese Schläger werden von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung im DGB als Gewerkschaftsmitglieder hofiert. Sie gehören aber nicht in die Reihen der Arbeiterbewegung. *Wir sagen: Polizei raus aus dem DGB!*

In den Krankenhäusern arbeiten mehrheitlich Frauen und viele Immigranten. Krankenschwestern sorgen für die Aufrechterhaltung der notwendigen Patientenpflege, viele immigrierte Arbeiter halten in der Reinigung, in den Küchen, in den Sterilisationsanlagen und beim Patiententransport die Krankenhäuser überhaupt in Betrieb. Immigrierte Arbeiter bilden auch eine Brücke zu den Arbeiterkämpfen in der Türkei, Südkorea und Osteuropa und sind damit ein strategisch wichtiger Bestandteil in jedem Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse.

Die Mobilisierung *aller* Krankenhausarbeiter im Kampf gegen Schließungen und Privatisierungen erfordert einen Kampf gegen die doppelte und sogar dreifache Unterdrückung dieser Frauen und Immigranten - als Arbeiter ausgebeutet, als Immigranten rassistisch diskriminiert, als Frauen den Einschüchterungen ausgesetzt und zu Hause auch noch mit Kinderbetreuung, Einkäufen und Hausarbeit belastet. *Für ausreichende Kinderkrippen rund um die Uhr, bezahlt durch den Staat oder die Firma und kontrolliert von den Eltern und Krippenarbeitern! Weg mit dem Ladenschlussgesetz! Organisiert die Unorganisierten! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Weg mit den rassistischen Ausländergesetzen!*

Niemand hat diesem Kampf mehr geschadet als die prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokraten, die sich auf die privilegierten Oberschichten der Arbeiterklasse stützen. Mit Zustimmung der von ihnen besetzten Personalräte - diesem krassesten aller Beispiele der Klassenzusammenarbeit gegen die Arbeiter - wurden in den letzten Jahren ganze Dienstleistungsbereiche privatisiert und deren Arbeiter aus der ÖTV ausgegliedert. Reinigungsfrauen, in vielen Krankenhäusern vorwiegend Immigrantinnen, wurden den Haien der privaten Reinigungsfirmen ausgeliefert und im Kuhhandel anderen Gewerkschaften zugeordnet. Somit sind in vielen Krankenhäusern Arbeiter des Krankenhausbetriebs vom medizinischen Personal getrennt gewerkschaftlich organisiert, wenn überhaupt. Schluss damit! *Für gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampf aller Krankenhausarbeiter und der Arbeiter im öffentlichen Dienst, um Krankenhausschließungen zu stoppen!*

Die Interessen der multiethnischen Arbeiterklasse sind den Interessen der Kapitalisten und ihrem Staat *unversöhnlich entgegengesetzt.* Der Kapitalismus führt zu imperialistischem Krieg, Massenarbeitslosigkeit und Elend. Die Arbeiter schaffen den gesamten gesellschaftlichen Reichtum und halten die Gesellschaft Tag für Tag am Laufen. Sie können deshalb mit einer revolutionären Führung den Kapitalismus stürzen und die Gesellschaft unter ihrer Rätemacht lenken. Wir Spartakisten bauen eine revolutionäre Avantgardepartei auf, wie die der Bolschewik!, die 1917 in Russland die multinationale Arbeiterklasse durch eine sozialistische Revolution zur Macht führten. Für *eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei! Abonniert den Spartakist!*

SPARTAKIST

PDS steht für Angriffe auf Arbeiter, Minderheiten

Berliner Wahlzirkus

Am 16. Juni kündigte die Berliner SPD der CDU nach zehn Jahren gemeinsamer Angriffe auf die Arbeiterklasse die Koalition. Nun regiert mit Unterstützung der PDS ein SPD/Grünen-Übergangssenat mit Klaus Wowereit (SPD) als Bürgermeister. Dies rief einen Aufschrei des Antikommunismus hervor. Michael Glos von der CSU geiferte: „Es ist eine Schande für Deutschland, dass die SPD nun auch in der Bundeshauptstadt die Zusammenarbeit mit den SED-Nachfolgern betreibt" (*Berliner Morgenpost,* 16. Juni). Auch die SPD war polarisiert. So rief die Berliner SPD-Abgeordnete Anneliese Neef bei der Abstimmung der Misstrauensanträge im Berliner Abgeordnetenhaus zur Enthaltung auf: „Sie stehe nicht dafür zur Verfügung, dass ,die Erben der SED und der Mauerbauer' wieder an der Macht beteiligt würden" (*Berliner Morgenpost,* 17. Juni).

Anlass war die - wie *Der Spiegel* es ausdrückte - „größte Bankenaffäre in der Geschichte der Bundesrepublik" (11. Juni). CDU-Landowsky spielte eine zentrale Rolle, als Vorstandsmitglied die Berliner Bankgesellschaft mit Vorzugskrediten und „Gefälligkeiten" an Parteifreunde in die Pleite zu treiben. Während jetzt die CDU aufflog, posiert die SPD als Saubermann; doch sie sind *genauso* in den Skandal verwickelt. So wurden Wolfgang Nagel (SPD) als Bausenator und Klaus Riebschläger (SPD) als inzwischen Ex-Landesschatzmeister ebenfalls ertappt. Nur ein Beispiel: 20 Milliarden wurden von der Berliner Landesbank in Immobilienfonds für den Bau von Beamtenwohnungen investiert, wobei die Anleger in solche Projekte für 25 Jahre die Mieteinnahmen kassieren und danach auch noch die Immobilien zum Einstiegspreis faktisch geschenkt bekommen. Nutznießer waren unter anderem die jetzige Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul -von der SPD!

Natürlich ist uns Marxisten - und jedem anderen denkenden Menschen dieser Stadt - klar, dass bürgerliche Politik durch und durch korrupt ist. Aber was die Brisanz des jetzigen Skandals ausmacht, ist das Ausmaß der Korruption im Verhältnis zu den existentiellen Angriffen auf den Lebensstandard der werktätigen Berliner Bevölkerung. Während Berlin schon zuvor mit etwa 63 Milliarden Haushaltsschulden dastand, sind jetzt noch einmal 7 Milliarden dazu gekommen. Mit mehr als 23000 DM Haushaltsschulden pro Berliner ist das die höchste Verschuldung national. Von ehemals 450000 industriellen Arbeitsplätzen wurden in den vergangenen zehn Jahren 320000 zerstört. Im Ostteil der Stadt sind 25 Prozent, im Westteil mehr als 12 Prozent und unter Immigranten ohne deutschen Pass sogar mehr als 40 Prozent arbeitslos. Schon heute hat Berlin die niedrigste Zahl von Krankenhausbetten, Bibliotheken, Sportstätten je Einwohner, aber die höchste Zahl von Sozialhilfeempfängern. Einhergehend mit dem wachsenden sozialen Sprengstoff gibt es mehr Bullen als in jeder anderen Großstadt. Sie sind der bewaffnete Arm des bürgerlichen Staates und üben tagtäglich ihren rassistischen Staatsterror aus, und wie beim 1. Mai greifen sie die Arbeiterklasse und die Linke an. Gleichzeitig ist die SPD dem weiteren Aufbau Berlins als Protz- und Prunkmetropole des deutschen Imperialismus verpflichtet. Selbst die Einstellung des Baus der „Kanzler-U-Bahn", die die Regierung als Zeichen ihrer „Bescheidenheit" propagiert, ist eine Maßnahme gegen die breite Bevölkerung.

Keine Stimme für SPD, PDS!

Die SPD erhält nun strategisch wichtige Rückendeckung von der PDS. So tönt Gysi, er wolle Schluss machen vor allem mit dem „Filz von Politik und Wirtschaft" ... zusammen mit der SPD! Die PDS sieht mit den anstehenden Neuwahlen ihre Chance, jetzt auch in der Hauptstadt Berlin wie schon in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit der SPD zu regieren. Dabei betrachten sie Berlin als Sprungbrett für die kommenden Bundestagswahlen, um ihrem Ziel näher zu kommen, den deutschen Imperialismus auch national in einer „Mitte-Links"-Koalition mit der SPD zu verwalten. Und dafür wollen sie sich in Berlin in den Augen der Bourgeoisie bewähren. So erklärte die PDS-Vorsitzende Zimmer in einem Brief an die Partei: „Ist Haushaltssanierung ein Thema für Sozialistinnen und Sozialisten? ... Gerade weil harte Schnitte gemacht werden müssen, braucht es die Sozialistinnen und Sozialisten, weil es ohne sie die notwendige soziale Verantwortung kaum geben wird" (14. Juni).



B.Lange/ND

Berlin, 1. Mai: IG-Metall-Jugend protestiert gegen Bullenterror

Fortgesetzt auf Seite 29

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

14. AUGUST 2001 EXTRABLATT DM 0,50

Stürzt die imperialistischen Schlächter - Arbeiterklasse an die Macht, weltweit!

Blut und Schüsse in Genua

Der folgende Artikel basiert auf Augenzeugenberichten unserer Genossen von der Lega trotskista d'Italia (Ltd'I).

Mailand, 30. Juli - Während sich die imperialistischen Herrscher in prunkvoller Umgebung beim G-8-Gipfel (Gruppe der 8) in Genua trafen, wurde der Rest der Stadt einem der größten Aufmärsche an „Sicherheits"-kräften in Italien seit dem Sturz des faschistischen Mussoliniregimes und dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterworfen. Bullen töteten kaltblütig mindestens einen jungen Demonstranten am 20. Juli und tobten sich wiederholt gegenüber Tausenden anderen in wütenden Gewaltaktionen aus. Am Samstag, dem 21. Juli, nachdem die „Antiglobalisierungs"-Demonstrationen in Genua geendet hatten, inszenierte die Polizei mitten in der Nacht gestapomäßige Überfälle auf eine Anzahl von Demonstrantenunterkünften, u. a. das Genua-Sozialforum (GSF), wobei sie mit ihren Schlagstöcken auf schlafende Demonstranten einschlugen und Böden und Wände blutbespritzt zurückließen.



Reuters

Bürgerkriegsbullen stürmen am Leichnam von Carlo Giuliani vorüber, 20. Juli. Der Mord entfesselt Massenproteste, so von 30000 in Rom (unten) am 24. Juli

AP



Wenigstens 49 Personen sind noch in Haft. Weitere Hunderte wurden von Bullen gefoltert, die faschistische Parolen schrien, und tagelang durchstreifte politische Polizei die Krankenhäuser, um die Verwundeten zusammenzutreiben. Anfängliche Berichte über die Ermordung einer weiteren Dcmonstrantin, einer jungen Frau, durch die Polizei wurden von den bürgerlichen Medien vollständig totgeschwiegen. Aber da immer noch Dutzende als „vermisst" gemeldet sind, gibt es keine Gewissheit darüber, wie viele Demonstranten vielleicht tatsächlich tot sind. *Il Manifesto)* (25. Juli) berichtete, ein Arzt habe Parlamentariern von Rifondazione Comunista (RC) erzählt, dass eine junge Frau namens Lisa getötet worden sei. Die Zeitung berichtete außerdem, ein Demonstrant im Gefängnis von Alessandria habe gesehen, „wie eine Frau von einer Tränengasgranate am Hals getroffen wurde, umfiel und von einem Polizeijeep erfasst wurde", wobei er hinzugefügt habe, er „sei sicher, dass sie tot sei". Ein späterer Artikel berichtete, dass 18 der „Verschwundenen" möglicherweise immer noch in Polizeikasernen festgehalten werden, weil „ihre Körper zu ernsthafte und offensichtliche Spuren von Schlägen aufwiesen", um sie dem Licht der Öffentlichkeit preiszugeben (*Il Manifesto,* 28. Juli).

Die Empörung, die die massive Polizeirepression in Genua auslöste, hat in der italienischen Gesellschaft eine scharfe Polarisierung bewirkt. Am Tag nach der Ermordung des 23 Jahre alten Demonstranten Carlo Giuliani, dem Sohn eines CGIL-Gewerkschaftsfunktionärs, zog eine Demonstration, von der die Organisatoren eine Beteiligung von 100000 erwartet hatten, mehr als dreimal so viele an, da Arbeiter, nachdem sie die Neuigkeit erfahren hatten, vor

Fortgesetzt auf Seite 2

Schüsse in Genua...

Fortsetzung von Seite 1

Empörung auf die Straße gingen. In den darauf folgenden Tagen wurden Städte und Ortschaften in ganz Italien von spontanen Wutausbrüchen gegen staatliche Repression und die rechtsgerichtete Regierung von Ministerpräsident Silvio Berlusconi erschüttert.

Aber die reformistischen Führer der Arbeiterklasse - die Demokratische Linke (DS) von Massimo D'Alema, Fausto Bertinottis RC und die Gewerkschaftsbürokratie - richteten ihr Feuer nicht gegen die uniformierten Mörder des kapitalistischen Staates, sondern gegen anarchistische Demonstranten im so genannten „Schwarzen Block". Die DS zog ihre Unterstützung für die Demonstration vom Samstag zurück, während Bertinotti sich mit den „Ordnungskräften" solidarisch erklärte und beklagte, dass die Polizei die „Unruhestifter" und „Anarcho-Aufrührer" nicht gestoppt habe.

Unser Flugblatt „Berlusconi und G-8: imperialistische Schlächter!" - das in der Nacht unter Bedingungen des Belagerungszustands produziert wurde - war die erste Erklärung, die als Reaktion auf die Ermordung herausgegeben wurde. Unser Aufruf zu massiven Proteststreiks gegen das tödliche Wüten der Polizei fand viel Anklang bei den vielen Mitgliedern der FIOM-Metallarbeitergewerkschaft, die an der Demonstration vom Samstag teilnahmen, und bei den Demonstranten in den syndikalistisch beeinflussten COBAS-Gewerkschaftskontingenten. „Wann beginnt der Streik?", fragte ein FIOM-Arbeiter. Ein anderer sagte, dass wir absolut Recht mit unserer Feststellung hatten, dass die Kugeln, die Carlo Giuliani niedergestreckt haben, gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind. Arbeiter hörten aufmerksam zu. als einer unserer Genossen, der bei den Gewerkschaftskontingenten Flugblätter verteilte, eine spontane Rede hielt: „Was werden wir nach Berlusconi bekommen? Dieser Kampf darf nicht in weitere fünf Jahre kapitalistischer Volksfrontrcgierung münden. Wir sollten für Arbeitermacht und für sozialistische Revolution kämpfen!"

Genua zieht eine Blutlinie

Die massive und mörderische Polizeirepression in Genua erreichte ein Niveau, das man für gewöhnlich bei der Unterdrückung von Aufständen der Arbeiterklasse oder Volksaufständen in der neokolonialen „Dritten Welt" sieht. Doch hier richtete sie sich gegen eine Protestbewegung, die die materiellen Interessen der westlichen imperialistischen Bourgeoisien überhaupt nicht unmittelbar und akut bedrohte. Den Hintergrund für die blutige Gewaltaktion auf den Straßen und den hysterischen Lärm um „anarchistische Hooligans" bildet das Klima, das durch die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa geschaffen wurde. Überglücklich über den „Tod des Kommunismus" bildeten sich die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Schoßhündchen ein, es werde keine linksgerichteten Tendenzen mehr geben, die die oberste Autorität bürgerlich-parlamentarischer Herrschaft ablehnen.

Das Wiederaufleben des Anarchismus als militante und wachsende Strömung unter jungen Radikalen war eine ebenso unerwartete wie abstoßende Entwicklung für die herrschenden Kreise Westeuropas, insbesondere für die Sozialdemokraten, die ihren politischen/ideologischen Sieg über den Kommunismus für endgültig und unabänderlich hielten. In ihren Augen ist die bloße Existenz einer militanten anarchistischen Bewegung ein Verbrechen gegen die naturliche (d.h. bürgerliche) Ordnung. International am bluträunstigsten bei der Verteidigung der Repression in Genua gaben sich sozialdemokratische Herrscher wie der britische Premierminister Tony Blair. Die reformistischen Organisatoren der Hauptströmung der „Antiglobalisierungs"-proteste eiferten den imperialistischen Schlächtern nach und geißelten die Bullen dafür, nicht hart genug gegen „gewalttätige" Demonstranten vorgegangen zu sein, und verleumdeten die anarchistischen Jugendlichen als „Provokateure".

Nach Genua gibt es jetzt eine klare Links-Rechts-Spaltung innerhalb der „Antiglobalisierungs"bewegung, die mit Blut besiegelt ist. Bei dieser Spaltung geht es nicht primär um Protesttaktiken oder um „Gewalt" kontra „Gewaltlosigkeit". Worum es vielmehr im Grunde geht, ist die Frage der demokratischen Legitimität der existierenden parlamentarischen kapitalistischen Regierungen. In dieser Frage stehen wir auf der Seite der Anarchisten gegen die linken Sozialdemokraten, einschließlich derer, die sich gelegentlich als Marxisten oder Trotzkisten ausgeben. Nach ihrer Kapitulation vor ihrer eigenen Bourgeoisie vom Kalten Krieg gegen die Sowjetunion in den 80er-Jahren bis zum Krieg der USA/NATO gegen Serbien *1999* stehen diese Pseudomarxisten auf der Seite des kapitalistischen Staates.

Die Frage, vor der die vielen jungen Radikalen stehen, die von den „Antiglobalisierungs"protesten der vergangenen Jahre angezogen wurden, lautet: Wie kann man die Welt verändern? Während die Proteste die Imperialisten mit Erfolg dazu zwangen, künftige Treffen in irgendeinem abgelegenen Provinznest abzuhalten, bedeutet das für das Funktionieren des kapitalistischen Systems keinerlei Behinderung. Um imperialistische Ausbeutung abzuschaffen, ist eine politische Mobilisierung des Proletariats in einer grundlegenden sozialistischen Revolution notwendig. Die großen Arbeiterkontingente auf den Straßen Genuas in Solidarität mit den anarchistischen Jugendlichen gegenüber dem Staat und auch in Verteidigung der Rechte von Immigranten zeigen das Potenzial auf, diese revolutionäre Perspektive zu verwirklichen. Aber es ist notwendig, die Hindernisse, die im Wege stehen, zu bekämpfen: die Gewerkschaftsbürokratien und die reformistischen politischen Parteien, die gegenwärtig viele der kapitalistischen Staaten Westeuropas regieren, wie auch das falsche, antiproletarische Bewusstsein der anarchistischen Jugendlichen.

Die Internationale Kommunistische Liga (IKL) kämpft für den authentischen Kommunismus von Lenins und Trotzkis Bolschewiki. Unsere Perspektive ist proletarisch, revolutionär und internationalistisch. Wir verstehen, dass der grundlegende Konflikt in der Gesellschaft der Kampf zwischen Arbeit und Kapital ist. Aufgrund seiner zentralen Rolle in der Produktion hat das Proletariat die soziale Macht, die kapitalistischen Ausbeuter und ihr gesamtes System von Rassismus, Sexismus, Klassenausbeutung, nationaler Unterdrückung und imperialistischem Krieg zu stürzen. Das Proletariat hat die Macht und das Klasseninteresse, eine Gesellschaft zu schaffen, die auf Kollektiveigentum und einer rationalen, geplanten internationalen Wirtschaft basiert, einen Arbeiterstaat, der zu einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft und zum Absterben des Staates führt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Aufbau einer internationalen leninistisch-trotzkistischen egalitären Partei notwendig. Wir kämpfen darum, die Partei zu werden, die imstande ist. sozialistische Revolutionen international zu führen.

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

Kontakt zur SpAD

Berlin Telefon (0 30) 4 43 94 00
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin

Hamburg Telefon (0 40) 32 36 44

Mit unserem Kampf untrennbar verbunden ist das Festhalten an proletarischen Errungenschaften, die der Kapitalistenklasse bereits abgerungen wurden. Aus diesem Grunde kämpften wir Trotzkisten für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas gegen imperialistischen Angriff und kapitalistische Restauration. In Ostdeutschland 1989/90 und dann in der Sowjetunion kämpften wir dafür, die Arbeiter in Bewegung zu setzen für eine politische Revolution zur Verteidigung der kollektivierten Eigentumsformen und zur Ersetzung der stalinistischen Irreführer durch die Herrschaft von Arbeiterräten. Diese Perspektive ist heute in China dringend notwendig angesichts erneuter imperialistischer militärischer Machenschaften und ökonomischer Übergriffe, die durch die „Marktreformen" der stalinistischen Bürokratie gefördert werden.

Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben. Heute müssen die grundlegenden Prämissen des authentischen Marxismus gegenüber der falschen und weit verbreiteten Gleichsetzung des Zusammenbruchs des Stalinismus mit einem Scheitern des Kommunismus deutlich gemacht werden. Die stalinistische Herrschaft war nicht Kommunismus, sondern sein groteskes Zerrbild. Die stalinistische Bürokratie - eine parasitäre Kaste, die sich auf den Arbeiterstaat stützt wie eine Arbeiterbürokratic auf eine Gewerkschaft - gelangte in der Sowjetunion zur Macht unter Bedingungen wirtschaftlicher Rückständigkeit und Isolation infolge des Scheiterns der Ausweitung der Revolution auf eines der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Die Stalinisten behaupteten, den „Sozialismus in einem Land" aufzubauen, eine Unmöglichkeit, wie Leo Trotzki (und vor ihm Marx und Engels) ausführte, da Sozialismus naturgemäß eine internationale Ausrichtung besitzt. „Sozialismus in einem Land" war eine Rechtfertigung für den Ausverkauf von Revolutionen weltweit, um den Weltimperialismus zu beschwichtigen.

Heute ist das Proletariat weltweit zurückgeworfen worden. Ungehindert durch eine sowjetische Militärmacht schikanieren die US-Imperialisten rücksichtslos den Planeten. Amerikas imperialistische Rivalen, insbesondere Deutschland und Japan, nicht mehr durch die antisowjetische Kaltc-Kriegs-Einheit im Zaum gehalten, gehen zügig ihren eigenen Appetiten auf Kontrolle von Weltmarktantcilen nach, während sie gleichzeitig ihre eigene Militärmacht ausbauen. Diese interimperialistischen Rivalitäten zeigen die Umrisse künftiger Kriege; angesichts von Nuklearwaffen droht dies das Leben auf dem Planeten auszulöschen. Dringender denn je stellt sich die Aufgabe, den kapitalistischen Ausbeutern die Macht zu entreißen.

Belagerungszustand in Genua

Als unsere Genossen am 18. Juli in Genua ankamen, fanden sie eine Geisterstadt vor. Eine innere „rote Zone" von vier Kilometern Länge war vollständig von einer vier Meter hohen Metallabsperrung umgeben. Innerhalb der roten Zone führte die Polizei ständig Hausdurchsuchungen durch und schikanierte die zu großen Teilen aus Immigranten bestehende Bevölkerung. Berichte über Briefbomben und Bombenanschlagsversuche wurden von den bürgerlichen Medien dazu benutzt, eine breit angelegte Antiterrorismuskampagne zu entfachen. Ein anonymer Polizeibeamter erzählte *La Repubblica* über die Vorbereitung der Verhaftungen: „Die Bolzaneto-Kaserne wurde in ein ‚Lager' [Konzentrationslager] verwandelt" durch die Mobile Operationsgruppe (GOM). Diese Eliteeinheit wurde 1997 von der Volksfrontregierung geschaffen und wird von einem ehemaligen Geheimdienstchef befehligt. Der Polizeibeamte berichtete, dass verhaftete Demonstranten „mit den Köpfen gegen die Wand geschmettert wurden" und „geschlagen wurden, wenn sie sich weigerten ‚Faccetta Ner' [eine faschistische Hymne] zu singen". Die Demonstranten wurden auch dazu gezwungen, „Viva il Duce!" zu rufen.

Am 19. Juli, dem ersten der drei Protesttage, fand eine große antirassistische Demonstration von über 50000 Leuten statt. Wenn auch Kontingente von Immigranten aus Furcht vor Repression weitgehend fehlten, so gab es einige Blöcke der Gewerkschaften CGIL und COBAS. Am darauf folgenden Tag erschoss die Polizei Carlo Giuliani, als er sich zusammen mit vielen anderen einem wütenden Polizeiangriff auf eine Demonstration entgegenstellte, zu der COBAS gleichzeitig mit einem Generalstreik aufgerufen hatte. Viele Arbeiter halten jetzt diese Regierung für eine Regierung von Mördern. Einige Arbeiter riefen bei *Radio Popolare* an, einem linksgerichteten Radiosender in Mailand, um sich gegen „Gewaltlosigkeit" auszusprechcn. Einer sagte: „Ich bin gewaltlos. Ich war in Genua und wurde aus einem Polizeihubschrauber mit einer Tränengasgranate beschossen. Meine Familie wurde angegriffen. Das nächste Mal werde ich mich verteidigen."

Am 21. Juli strömten ungeachtet der reformistischen Irreführer und der von der DS dominierten Gewerkschaftsbürokratie Arbeiter zusammen mit vielen RC-Mitgliedern auf die Straßen. Tausende von Metallarbeitern, nicht nur von der an die CGIL angegliederten FIOM, sondern auch von den „gemäßigteren" Gewerkschaftsverbänden CISL und UIL, schlössen sich mit den Demonstranten gegen die Polizei zusammen. Viel Wut hatte sich aufgestaut und, wann immer ein Polizeihubschrauber über den Köpfen kreiste, wurden Sprechchöre „Assassini, assassini!" laut.

Die Polizei griff die Mitte der Demonstration an und schnitt so RC und die Gewerkschaftskontingente ab, die dann heftig angegriffen wurden und anhaltendem Tränengassperrfeuer ausgesetzt waren. Auf Demonstranten, die flüchten wollten oder zurück zu ihren Bussen zu kommen versuchten, wurde von Polizeieinheiten Jagd gemacht mit dem offensichtlichen Befehl, so viele wie möglich zu verletzen. In einem Fall wurde ein Jugendlicher von der Polizei festgenommen, fortgeschleift und verprügelt. Daraufhin fiel er über drei Meter tief in ein Flussbett. Als es ihm gelang herauszuklettern, schoss die Polizei aus nächster Nähe mit einer Tränengasgranate auf ihn; er wurde nur durch das Eingreifen anderer Demonstranten gerettet.

In dieser Nacht wütete die Polizei fürchterlich. Berittene Polizei drang in das Konvergenzzentrum am Piazzale Kennedy ein und Bullen schlugen sich den Weg in das Medienzentrum frei, den Sitz des Genua-Sozialforums und der Internet-Nachrichtenagentur Indymedia. Sie zerstörten Computer und Büroeinrichtung und beschlagnahmten Filme und Beweise für Polizeibrutalität. Zur selben Zeit

Fortgesetzt auf Seite 4

Schüsse in Genua...

Fortsetzung von Seite 3

umzingelten Hunderte von Polizisten die Diazschule und die Casa dei Popoli, fielen dort ein und schlugen die GSF-Demonstranten, die dort schliefen, blutig. Die Menschen wurden über den Boden geschleift. *Il Manifesto* verglich es mit Chile unter Pinochets Terrorherrschaft. Von den 92 Verhafteten mussten 62 in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die „digos" (politische Polizei) durchsuchte auch die Wohnungen vieler Demonstranten, um Fotos und andere Beweise für Gewalttätigkeiten der Polizei zu beschlagnahmen. Selbst die Genueser Büros von *La Repubblica*, einer führenden bürgerlichen Tageszeitung, wurden durchsucht.

Am Dienstag, dem 24. Juli, gab es riesige Mobilisierungen mit überall sichtbaren FIOM- und CGIL-Bannern: 40000 in Venedig, 30000 in Bologna, weitere Tausende in Ortschaften und Städten vom Norden bis in den Süden. In Rom marschierten 30000 und riefen „Assassini!" In Mailand skandierten 50000 oder mehr: „Berlusconi tritt zurück!" In Genua marschierten 10000 mit einem großen Banner, auf dem stand: „Ihr glaubt ihn getötet zu haben, aber Carlctto lebt durch uns!" In Brescia streikten Arbeiter des Stahlwerks von Stefana über zwei Stunden lang, um gegen die Verhaftung eines FIOM-Vertrauensmanns auf der Demonstration vom Samstag in Genua zu protestieren.

Höchstwahrscheinlich werden Arbeiterkämpfe zunehmen, jetzt wo die Berlusconi-Regierung beginnt, Angriffe auf Renten, öffentliches Bildungswesen, Gesundheitswesen und den Lebensstandard der Arbeiter durchzuführen. Und es gibt gewaltige Unruhe innerhalb der Linken, da sich viele radikalisierte Jugendliche umsehen, aber nicht unbedingt nach den traditionellen reformistischen Parteien wie RC. In der U-Bahn von Mailand konnte man eine junge Frau sehen, wie sie ein Flugblatt verteilte, das sie geschrieben hatte, um ihren Augenzeugenbericht von den Polizeiübergriffen bekannt zu machen. Das Flugblatt schloss: „Ich beginne zu glauben, dass wir möglicherweise in einer Gesellschaft leben, die nur scheinbar demokratisch ist und die sich bei dieser Gelegenheit mit ihrem wahren Gesicht zeigte."

Teile der Bourgeoisie sind besorgt, dass es keine effektive reformistische Kraft gibt, mit dem Einfluss, die Arbeiterklasse zurückzuhalten und zu kontrollieren. In Widerspiegelung dieser Tatsache hat RC gleichzeitig zur Verteidigung von „Recht und Ordnung" der bürgerlichen Gesellschaft aufgerufen, aber auch an die jugendlichen Demonstranten appelliert, indem sie in *Liberazione* schrieb, dass „eine neue Generation sich selbst eine alternative politische Identität aufbaut: Sie lehnt die bestehende Ordnung ab und träumt von einer anders gearteten Welt. Aus diesem Grunde greifen sie sie mit ungestümer Gewalt an."

Viele Demonstranten neigen dazu, die Brutalität der Bullen als Beweis für eine Wende zum Polizeistaat anzusehen, und fordern den Rücktritt der Berlusconi-Regierung. Gewiss hat die Beteiligung von Gianfranco Finis faschistischer Nationaler Allianz und Umberto Bossis rassistischer Lega Nord an der Regierung den Bullen Auftrieb gegeben, von denen viele wirkliche Faschisten sind. Doch die Anprangerung dieser rechtsgerichteten parlamentarischen Regierung als faschistisch durch die reformistischen Irreführer dient nur dazu, Unterstützung für eine neue Volksfront zum „Kampf gegen Rechts" zu sammeln. In Wirklichkeit gehört solch brutale Repression, wie man sie in Genua sah, zur normalen Funktionsweise der kapitalistischen „Demokratie". In den Jahren nach den revolutionären Unruhen des „Heißen Herbstes" von 1969 ermordeten die Bullen eine ganze Reihe linker Studenten. Genau wie DS und RC heute gegen „Anarchisten" wettern, wollte seinerzeit ihr Vorgänger, die Kommunistische Partei, „gewalttätige Randgruppen" isolieren, und trug so dazu bei, die bürgerliche Ordnung wieder zu stabilisieren.

Die reformistischen Irreführer benutzten den Aufschwung der Arbeiterkämpfe, der die vorhergehende Berlusconi-Regierung 1994 zu Fall gebracht hatte, um eine Reihe von Volksfrontregierungen in die Wege zu leiten, die D'Alemas DS und offen bürgerliche Kräfte vereinigten, im Allgemeinen unterstützt von RC. Dieser blutige Klüngel aus vorgetäuschten „Sozialisten" und Ex-„Kommunisten" hatte die Oberaufsicht bei der Teilnahme des italienischen Imperialismus am Balkankrieg von 1999 unter dem Kommando der USA. Und es war die letzte von der DS geführte Regierung, die die Abmachungen für den G-8-Gipfel getroffen hat.

Unterstützung insbesondere für RC als ein „kleineres Übel" ist auch in der syndikalistisch beeinflussten COBAS-Gewerkschaft erkennbar. Dies ist nicht überraschend. COBAS-Führer Pietro Falanga eiferte den Reformisten nach und machte Andeutungen, dass die Anarchisten des Schwarzen Blocks ein Werkzeug der Bullen seien. Während RC „fortschrittlichen" Bullen applaudiert, die die Handlungsweise der Regierung in Genua verurteilen, hat eine der COBAS-Gewerkschaften selbst eine Basis unter städtischen Bullen und organisiert auch Gefängniswärter. Indem sie die bezahlten Schläger des Klassenfeindes in den Reihen der Arbeiterbewegung willkommen heißen, demonstrieren die COBAS-Führer ihr eigenes Vertrauen in den kapitalistischen Staat. Notwendig ist eine neue, revolutionäre Führung der Arbeiterklasse, die als Volkstribun für alle Unterdrückten kämpft. Es ist notwendig, mit der Politik der Klassenkollaboration zu brechen, wie sie von jenen betrieben wird, die im Namen des „kleineren Übels" die lebenswichtigen Interessen des Proletariats denen seiner kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker unterordnen. Es ist notwendig, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die für die Errichtung einer Arbeiterregierung durch sozialistische Revolution gegen das gesamte kapitalistische System kämpft.

„Linke" Wasserträger für die Weltbourgeoisie

Nach den Ereignissen in Genua gab es international einen wütenden Aufschrei - nicht gegen die offensichtliche, allgegenwärtige, mörderische Gewalt, die von den Bullen ausgeübt wurde, sondern gegen die „Gewalt" anarchistischer und anderer linker Demonstranten. Im Vorfeld von Genua legte der britische Premier Blair Berlusconi und anderen kapitalistischen Herrschern nahe, beim Vorgehen gegen Demonstranten „viel robuster zu sein", und der deutsche Sozialdemokrat Gerhard Schröder keifte, man solle auf „gewalttätigen" Protest „entschieden und mit voller Härte" antworten. Förmlich auf dem Grabe von Carlo Giuliani tanzend, wies Blair jeden zurecht, der „die italienischen Machthaber für ihre Bemühungen, eine angemessene Sicherheit des Gipfels zu gewährleisten" kritisierte, und sein Kabinettsmitglied Peter Hain, ein ehemaliger „Friedens" bewegter, zog los gegen „kapuzenverhüllte Demonstranten, die da draußen sind, um den Ort gründlich zu verwüsten und Schädel einzuschlagen."

Sektionen der IKL auf der ganzen Welt nahmen an Protesten gegen die blutige Repression in Genua und in Solidarität mit den attackierten anarchistischen Jugendlichen teil oder initiierten sie selbst. Ein Großteil der „Linken", die ihr Stichwort von den Sozialdemokraten bezogen, die sie an die Macht zu bringen halfen, pfiffen selbst auf den elementarsten Ausdruck von Solidarität mit den linksgerichteten Jugendlichen gegen den kapitalistischen Staat und beteiligten sich an den zunehmenden Angriffen gegen den anarchistischen Schwarzen Block. In Britannien griffen die Cliff-Anhänger der Socialist Workers Party (SWP) [in Deutschland Linksruck] die Aktionen des Schwarzen Blocks an, sie seien „sehr verschieden von Menschen, die sich selbst

gegen Polizeiangriffe verteidigen" (*Socialist Worker,* 28. Juli). In einem anderen Artikel derselben Ausgabe zitierte SWP-Boss Chris Harman positiv einen Demonstranten aus Genua, der sagte: „Die Polizei hätte sich entscheiden können, etwas gegen die Infiltration durch die Anarchisten zu tun."

Diese niederträchtige Position wurde auch von der französischen Gruppe ATTAC vertreten, der Cliff-Anhänger sowie Mitglieder von Alain Krivines Ligue communiste revolutionnaire (LCR), dem französischen Ableger des Vereinigten Sekretariats (VS), angehören. Eine Erklärung von ATTAC vom 20. Juli kritisierte die italienische Polizei: „Sie verschloss bewusst ihre Augen vor der Vorbereitung und Bewaffnung mehrerer Hundert provokatorischer Elemente des so genannten Schwarzen Blocks." In Deutschland zitierte Angela Klein, ein führendes Mitglied der Redaktion der mit dem VS verbundenen Zeitung *SoZ,* in ihrem Artikel in *junge Welt* (23. Juli) positiv folgende Tirade: ..Das Schwarz von diesem Schwarzen Block war das Schwarz der Faschisten, nicht das der Anarchisten."

Als Organisatoren der „Antiglobalisierungs"bewegung, die von den Regierungen, die sie unterstützen, angegriffen wird, versuchen diese Gruppen auf zwei Hochzeiten gleichzeitig zu tanzen. Aber selbst wenn sie die Polizeigewalt verurteilen, tun sie dies, um die „demokratische" Glaubwürdigkeit der imperialistischen Herrscher zu stützen. In einer Erklärung vom 20. Juli bittet die von Cliff-Anhängern dominierte Globalise Resistance in Britannien auf ihrer Website: „Wir fordern Tony Blair und andere politische Führer auf, diesen Mord zu verurteilen." Die französische LCR appellierte sogar an Berlusconi, Fini & Co. und erklärte in einem Flugblatt, das sie zusammen mit den anarchistischen Alternatives Libertaires und anderen unterzeichnet hatte: „Wir fordern die italienische Regierung auf, öffentlich die Methoden, die die Sicherheitskräfte anwandten, zu verurteilen"!

Die widerstreitenden opportunistischen Appetite, von denen das VS und die Cliff-Anhänger gebeutelt werden, zeigten sich am deutlichsten bei der rechtszentristischen britischen Workers Power (WP) [in Deutschland Gruppe Arbeitermacht] und ihrer Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (LRKI). Eine Erklärung, die am 23. Juli auf der WP/LRKI-Website veröffentlicht wurde, hatte die Überschrift: „Nach der Repression von Genua wendet euch hin zur Arbeiterklasse". Aus dem Munde von WP bedeutet dies, militante anarchistische Jugendliche zurück in die sozialdemokratische Herde zu manövrieren und zu zusammengeschusterten „linken", der Labour Party ergebenen parlamentarischen Bündnissen wie der Socialist Alliance, die WP bei den jüngsten britischen Wahlen mit aufgebaut hat. So fordert die Erklärung der WP/LRKI eine revolutionäre Partei „frei von all dem Schmutz des Stalinismus" - hat aber nicht ein Wort übrig für den „Schmutz" von Labour, in dem sich WP suhlt.

Um ihren Ruf in den Augen der Sozialdemokraten zu wahren, machte WP klar: „Wir organisierten für nicht-gewaltsamen zivilen Widerstand" und griff den Schwarzen Block wegen „sinnlosen Aktivitäten, Eigentum zu zerstören." an. Trotzdem verurteilt die Erklärung ausdrücklich „diejenigen in der Bewegung, die sich auf die Verurteilung des .Schwarzen Blocks' konzentrieren". Aber in einer neuen Version der Erklärung, die bei der Demonstration vom 28. Juli in London verteilt wurde, tilgte WP selbst diese lauwarme Äußerung von Solidarität mit den militanten Anarchisten, die von der gesamten internationalen kapitalistischen Ordnung angegriffen werden. Hinter dem Rest des Blair-freundlichen „Antiglobalisierungs"haufens eingereiht, beteiligt sich WP jetzt daran, den Schwarzen Block als Bullenwerkzeug zu denunzieren, als „von der Polizei unterwandert, die ihn dazu benutzt, sich eine Rechtfertigung für Polizeirepression zu verschaffen."

Dass die Polizei Provokateure in die Arbeiterbewegung und linksgerichtete Demonstrationen einschmuggelt, ist für jeden, der einigermaßen mit dem Funktionieren des kapitalistischen Staates vertraut ist, eine Tatsache, und es gibt sicherlich Beweise, dass Geheimbullen und die Faschisten in Genua Provokationen durchgeführt haben. Aber die Pseudomarxisten halten jeden Affront gegenüber der Legitimität der parlamentarischen „Demokratie" für eine Provokation. Wie der bolschewistische Führer W. I. Lenin in *Staat und Revolution* bemerkte:

> „Die Opportunisten der heutigen Sozialdemokratie betrachteten die bürgerlichen politischen Formen des parlamentarischen demokratischen Staates als die unüberschreitbare Grenze, sie schlugen sich beim Anbeten dieses ,Vorbilds' die Stirnen wund und erklärten jedes Bestreben, diese Formen zu *brechen,* als Anarchismus."

Für unsere offene Erklärung zur Verteidigung der Anarchisten gegen staatliche Repression wurden auch unsere Genossen in Genua von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten als „Provokateure" gebrandmarkt. Und einer unserer Genossen wurde auf einer Demonstration am 28. Juli in Berlin als „Provokateur" angegriffen, weil er einen Podiumsredner von Schröders grünen Koalitionspartnern als Repräsentant des deutschen imperialistischen Staates angeprangert hatte.

Anarchismus vs. Bolschewismus

Eine Erklärung der „Black Block activists" vom 21. Juli steht in erfrischendem Gegensatz zu dem Katzbuckeln der Pseudomarxisten vor dem „demokratischen" Imperialismus. Die Stellungnahme erklärt:

> „Tagtäglich produziert die kapitalistische Weltordnung eine Vielfalt an Gewalt. Armut, Hunger, Vertreibung, Abschiebung, der Tod von Millionen Menschen und die Zerstörung von Lebensräumen ist Teil ihrer Politik.
>
> Das ist genau, was wir ablehnen.
>
> Zerbrochene Fensterscheiben von Banken und multinationalen Konzernen sind symbolische Aktionen. Dennoch sind wir mit der Zerstörung und Plünderung kleiner Geschäfte und Autos nicht einverstanden. Das ist nicht unsere Politik...
>
> Wir sind wütend und betrübt über den Mord an Carlo Giuliani. Lasst uns unseren Kummer und unsere Wut in Widerstand verwandeln."

Solche Militante sind von Zorn gegen die kapitalistische Mördermaschine motiviert. Aber die Zerstörung der Symbole imperialistischer Macht stellt keine Strategie des Widerstands, geschweige denn des revolutionären Kampfes gegen die bürgerliche Ordnung dar. Es kommt darauf an, der Bourgeoisie die Produktionsmittel zu *entreißen,* den Kapitalismus zu stürzen und ihn durch globale Arbeiterherrschaft zu ersetzen. Persönliche Empörung ersetzt keine Massenbewegung, die auf der Macht der Arbeiterklasse beruht, die als Einzige die soziale Macht besitzt, alle Unterdrückten in einem revolutionären Sturmangriff auf die kapitalistische Ordnung zu führen. Viele junge Radikale sehen im Proletariat nicht die treibende Kraft für eine soziale Revolution, weil sie die Arbeiterorganisationen mit den Irreführern gleichsetzen, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems haben. Wir wollen die Widersprüche zwischen den Erwartungen der Arbeiter an der Basis und der prokapitalistischen Politik der Führer verschärfen, um die Arbeiter vom Reformismus zu brechen und sie für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen.

Diejenigen, die sich selbst als „Anarchisten" bezeichnen, reichen von subjektiven Revolutionären, die sich mit dem Proletariat solidarisieren, bis zu rechtsgerichteten kleinbürgerlichen Schlägern, die die Arbeiterklasse hassen und

Fortgesetzt auf Seite 6

Nach Göteborg und Genua - Hexenjagd gegen Schwarzen Block spielt SPD-Schily in die Hände!

Am 6. August fand an der Berliner Humboldt-Universität eine von der *jungen Welt* organisierte Veranstaltung statt, auf der über die Repressionen gegen Demonstranten in Göteborg und Genua diskutiert wurde und über die Frage: Wie weiter mit der Anti-Globalisierungs-Bewegung? Auf dem Podium saßen neben Vertretern von Gruppen, die Rechtshilfe für die Gefangenen in Göteborg und Genua organisieren, u.a. Angela Klein, PDS-Mitglied und eine leitende Redakteurin der pseudotrotzkistischen *SoZ*, und Lothar Nätebusch, Vorsitzender der IG BAU Berlin-Brandenburg.

Unter den über 600 Teilnehmern dieser Veranstaltung gab es viele anarchistische Jugendliche, die darüber wütend waren, dass vorgebliche Linke kontinuierlich die Autonomen vom Schwarzen Block als „Gewalttäter" denunzieren. Diesen Druck fühlend, behauptete Klein, es gäbe „keine Entsolidarisierung" mit dem Schwarzen Block, und benutzte ihre Rede dazu, die Vorzüge „rechtsstaatlicher Grundsätze" zu erklären und Teilnehmer aufzufordern, die überwiegend sozialdemokratisch regierte EU unter Druck zu setzen, dass sie etwas gegen die italienische Regierung unternähme.

Der IG-BAU-Bürokrat Nätebusch berichtete vom zunehmenden Engagement von Gewerkschaftern und erwähnte den Streik der Berliner Bauarbeiter von 1997. Diesen Streik haben wir Spartakisten unterstützt und forderten dessen Ausweitung auf die Baustellen am Reichstag und am Potsdamer Platz und die gewerkschaftliche Organisierung aller Unorganisierten, insbesondere ausländischer Arbeiter. Doch die IG-BAU-Bürokratie weigerte sich, dies zu tun. Statt einen Sieg zu organisieren, verkaufte sie den Streik aus (siehe *Spartakist* Nr. 129, September/Oktober 1997). Später unterstützte die IG-BAU-Bürokratie rassistische Bullenrazzien gegen ausländische Arbeiter. Als ein Anarchosyndikalist Nätebusch aufforderte, zu diesen Razzien Stellung zu nehmen, bekam er keine Antwort.

Nachfolgend drucken wir die Intervention unseres Genossen auf dieser Veranstaltung ab:

„Es ist heuchlerisch von Angela Klein, wenn sie sagt, dass sich niemand mit dem Schwarzen Block entsolidarisiert. Die *junge Welt* druckte ihren Artikel ab, wo sie behauptet, dass das Schwarz des Schwarzen Blocks das Schwarz der Faschisten und nicht das der Anarchisten sei. Auf ähnliche Weise machte der Sprecher des Berliner Genua-Bündnisses, Sascha Kimpel, auf einer Veranstaltung im KATO den Schwarzen Block für den Bullenterror in Genua verantwortlich. Diese Hexenjagd gegen die Anarchisten spielt Schily von der SPD und seiner neuen ‚Krawallpolizei' direkt in die Hände!

Es ist auch heuchlerisch von Angela Klein, eine neue Anti-Haider-Kampagne zu fordern, geführt von den sozialdemokratischen Regierungen Europas. Die Polizeigewalt in Genua wurde von der so genannten linken Regierung D'Alemas vorbereitet. Die Schüsse mit scharfer Munition auf die Demonstranten in Göteborg kamen von den Sozialdemokraten!

Die Anarchisten sind keine Nazis, sondern mutige Kämpfer gegen Imperialismus, Krieg und Faschismus. Aber die Anarchisten haben gar keine Ahnung, wie man den Kapitalismus wirklich zerschlägt. Was jetzt dringend gebraucht wird, sind Proteststreiks der zehntausenden Arbeiter, die am Samstag [21. Juli] nach Genua geströmt kamen, um Carlo Giuliani zu gedenken. Solche Streikaktionen werden hilfreich sein, um die Arbeiterklasse von Illusionen in den ‚Rechtsstaats'quatsch zu brechen, der von den Angela Kleins verbreitet wird, und besonders von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, die die Arbeiterklasse an das kapitalistische System kettet und deren Vertreter hier sich weigert die Frage zu beantworten, warum sie 1997 eine rassistische Kampagne gegen ausländische Arbeiter entfacht haben. Kämpferische Proteststreiks würden einen Weg nach vorne weisen und fortgeschrittene Arbeiter zu einem Kampf für sozialistische Revolution gewinnen, die den mörderischen bürgerlichen Staat zerschlägt. Um das zu erreichen, brauchen wir eine wirkliche revolutionäre internationalistische Partei, für deren Aufbau wir Spartakisten kämpfen."

Schüsse in Genua...

Fortsetzung von Seite 5

Kommunisten angreifen. Im Grunde ist der Anarchismus eine Form des radikaldemokratischen Idealismus, der Militanz und Abenteurertum mit bürgerlichem Liberalismus verbindet. Die Tatsache, dass sie den Staat im Allgemeinen - und die Errichtung der Diktatur des Proletariats durch die revolutionäre Arbeiterklasse im Besonderen - ablehnen, bringt die Anarchisten dazu, vor dem bestehenden bürgerlichen Staat auf die Knie zu fallen. Während des Spanischen Bürgerkriegs wurden Anarchisten Minister in der Volksfrontregierung, die den bewaffneten Arbeiterkampf gegen den Kapitalismus entwaffnete und unterdrückte und so Jahrzehnten der Franco-Diktatur den Weg bereitete. In Italien beeilen sich heute die „offiziellen" Anarchisten vom Magazin *A*, der Bourgeoisie ihre Feindschaft gegenüber den „gewalttätigen" Demonstranten von Genua zu beteuern: „Wir glauben, dass wahllose Gewalt und Terrorismus (selbst psychologischer) Werkzeuge der Macht sind, nicht aber derjenigen, die ohne Zwang eine tiefgreifende soziale Umwälzung libertärer Art bewirken wollen... Diejenigen, die Bomben werfen, die eine Stadt unter Mithilfe und Komplizenschaft der Polizei verwüsten, ... haben nichts mit uns zu tun."

Für diejenigen, die aufrichtig den Sturz der Bourgeoisie anstreben, liegt die Anziehungskraft des Anarchismus in einer gesunden Ablehnung des parlamentarischen Reformismus der Sozialdemokraten, Ex-Stalinisten und Pseudolinken, die die kapitalistische Ordnung stützen und aufrechterhalten. In *Der „Linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus,* das darauf abzielt, die besten der Anarchisten und Syndikalisten seiner Zeit für den Bolschewismus zu gewinnen, bemerkte Lenin: ..Der Anarchismus war nicht selten eine Art Strafe für die opportunistischen Sünden der Arbeiterbewegung." Die Russische Revolution definierte die Linke international neu. und ihre endgültige Aufhebung hat eine ähnliche Wirkung in die entgegengesetzte Richtung.

Der mörderische Belagerungszustand in Genua war das Kennzeichen eines Systems, das zu einem Hindernis für technologischen und sozialen Fortschritt geworden ist. Die Führer des internationalen Kapitalismus, die dort versammelt waren, stehen einer anarchischen Produktionsweise vor, die jetzt rasant in eine globale Rezession trudelt. Hinter ihren schriftlichen Erklärungen des Einverständnisses verbergen sich hinterhältige Intrigen, die darauf abzielen, die Interessen ihrer jeweiligen Bourgeoisien angesichts sinken-

der Profite und wachsenden Konkurrenzdrucks zu fördern. In einem Flugblatt, das sich auf den Aufruf von COBAS zu einem Generalstreik am Vorabend der Proteste von Genua bezog, erklärte die Ltd'I:

„Viele in der Antiglobalisierungsbewegung sehen den Feind in den ‚Multis' oder in den internationalen Finanzinstitutionen wie IWF, Weltbank. WHO usw. Als revolutionäre Marxisten verstehen wir, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht! Für die italienischen Arbeiter und Unterdrückten sind dies die italienischen Kapitalisten, ihr Staat, ihre Bullen und ihre Armee, ihre Gerichte und ihre Gefängnisse. Sie müssen entwaffnet, gestürzt und enteignet werden. Wir kämpfen für ein System, wo die, die arbeiten, herrschen, nicht auf der Grundlage von bürgerlichem Parlamentarismus, sondern durch Formen proletarischer Herrschaft, wie die russischen Sowjets von 1917, und wo die Produktionsmittel im Interesse eines jeden dazu verwendet werden, eine sozialistische egalitäre Gesellschaft im weltweiten Maßstab aufzubauen...

Damit die Arbeiter im Kampf an der Spitze aller Unterdrückten siegen und das verrottete kapitalistische System mit der Wurzel ausreißen, brauchen wir eine revolutionäre Führung, die unversöhnlich gegen Klassenkollaboration mit der Bourgeoisie und ihren Regierungen kämpft. Die IKL kämpft für den Aufbau einer solchen multiethnischen, revolutionären Arbeiterpartei zum Kampf um Arbeitermacht weltweit. Schließt euch uns an!"

Spendet: Rote Hilfe e.V., Konto 1911 00462 Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46. **Stichwort: Genova-Gefangene**

Für Arbeiterstreiks...

Fortsetzung von Seite 8

bar vor dem G-8-Gipfel in Genua ordnete die rechte Regierung von Silvio Berlusconi an, 200 *Leichensäcke und 500 Quadratmeter Kühlraum für Leichen bereitzustellen.* Nachdem die Polizei zwei Jugendliche getötet hat, wütet sie weiterhin durch die Ghettos, die als eingezäunte Protestgebiete abgetrennt wurden, sie verhaften Hunderte nach Gutdünken. Bürgerrechte wurden ausgesetzt, den Verhafteten wird der Zugang zu Anwälten verwehrt; die politische Polizei (die verhassten „digos") durchkämmen Krankenhäuser, um Verwundete ins Gefängnis zu werfen. Am Flughafen wurden Batterien von Boden-Luft-Raketen installiert, Kriegsschiffe und U-Boote patrouillieren an der Küste, und die Stadt wurde mit über drei Meter hohen Barrikaden in eine mittelalterliche Festung verwandelt: Das ist die „freie Welt"! Die italienischen Grenzen wurden abgeriegelt für Tausende, die an den Protesten in Genua teilnehmen wollten. In Ancona wies die Polizei ein Schiff mit griechischen Demonstranten ab, sie wurden zur Persona non grata erklärt und aufs Boot zurückgeknüppelt. An Grenzübergängen wurden ganze Züge mit Demonstranten und sogar Fahrradfahrer abgewiesen. Dies ist die Behandlung, die routinemäßig Immigranten und Flüchtlingen vor dem blutigen Krieg der Imperialisten auf dem Balkan und vor der imperialistischen Verelendung Asiens und Afrikas zuteil wird.

Die Vorbereitungen für „Gesetz und Ordnung" des Kapitalismus in Genua begannen letzten Monat in Göteborg, wo schwedische Bullen scharfe Munition in eine Gruppe von Demonstranten feuerten und einen 20jährigen Mann lebensgefährlich verletzten, der in den Rücken geschossen wurde, als er versuchte, vor dem Angriff der Polizei zu fliehen. Der britische Labour-Premierminister Blair drängte auf noch mehr mörderische Repression in Genua, er hetzte, dass Europas Herrscher die Antiglobalisierungs-Demonstranten „viel zu sehr entschuldigten" und „eine Menge mehr Härte" zeigen müssten. Und vergesst nicht, dass es die Volksfrontregierung von D'Alemas Demokratici di Sinistra war, die ursprünglich das G-8-Treffen organisierte, um Italiens Status unter seinen imperialistischen Alliierten aufzupolieren. Die DS gab kurzzeitig vor, für die Proteste zu sein, aber als der Staatsterror entfesselt wurde, wandten sie sich gegen die Demonstranten und hielten ihre eigene Jugend davon ab, Busse nach Genua zu besteigen. Der Führer von Rifondazione Comunista, Bertinotti, gab das gleiche von sich und wetterte, die Bullen seien nicht ausreichend gegen die Anarchisten in Aktion getreten. Mit solchen Erklärungen enthüllen DS und RC ihren Appetit, die Herrschaft der italienischen Kapitalisten zu verwalten in einer neuen Volksfrontregierung, deren Programm gegen die Arbeiterklasse gerichtete Austerität, Hetze gegen Immigranten und Angriffe auf Frauenrechte ist.

Die Pseudolinken, die für die sozialdemokratischen Regierungen des kapitalistischen Europas Werbung machten und sie wählten, handeln jetzt als deren Echo. Sie spielten den mörderischen Plänen des Staates in die Hände, indem sie die Militanten isolierten. Unmittelbar nach den Schüssen letzten Monat in Göteborg verschaffte die Sprecherin von ATTAC, Susan George, den staatlichen Terroristen ein Alibi und gab den Opfern die Schuld an ihrer eigenen Unterdrückung, als sie verlauten ließ, sie habe „diese Gruppen gründlich satt... die wie giftige Blüten auf Demos auftauchen, um Zerstörung zu verbreiten." Alain Krivine, Führer der französischen Ligue communiste revolutionnaire und Mitglied des Europäischen Parlaments, klinkte sich ein mit der Aussage, er habe „es satt, dass eine Minderheit ihre Methoden des Kampfes der Mehrheit aufzwingen konnte, mit all den Konsequenzen, die dies in den Medien hatte und den wachsenden Drohungen mit Repression gegen zukünftige Demonstrationen wie die in Genua." Mit solchen Erklärungen beweisen diese elenden Irreführer ihre Loyalität zur herrschenden Klasse und deren Polizeimördern und enthüllen, dass ihre Angriffe gegen „Globalisierung" in sozialchauvinistischer reformistischer Unterstützung ihrer „eigenen" Bourgeoisien wurzeln. Ihre „Bewegung" hat nicht das Ziel, den Kapitalismus zu stürzen, sondern seine monströse Realität zu maskieren.

Während vorgebliche „Linke" angesichts des staatlichen Angriffs in Genua zurückweichen und kriminellerweise die Anarchisten denunzieren, stehen wir Trotzkisten in voller Solidarität mit den anarchistischen Jugendlichen und anderen Demonstranten gegen den G-8-Gipfel in Genua und gegen staatliche Repression, unabhängig von unseren politischen Differenzen. Als der Staat die zwei jungen Demonstranten niederschoss, zielte er damit auf die Arbeiter Europas und der übrigen Welt, eine drohende Warnung an die Arbeiterklasse vor jeglicher Herausforderung der imperialistischen Austeritäts-Hungerpolitik und der niederschmetternden Ausbeutung. Nur Stunden vor den Polizeimorden marschierten 15000 Arbeiter durch die Straßen, organisiert von der COBAS-Basisgewerkschaft, als Teil eines politischen Generalstreiks gegen die G-8. Ein Hauptpunkt beim G-8-Gipfel war es, Argentiniens Regierung zu befehlen, Lohnkürzungen und Hungermaßnahmen voranzutreiben, die schon massive Arbeiterkämpfe hervorgerufen haben. Die kapitalistischen Herrscher sind taub gegenüber Appellen, in der „Dritten Welt" „humaner" zu handeln. Aber ein Arbeiterstreik gegen G-8 und den Bullenterror würde die Tür öffnen, um breiteren Klassenkampf gegen die Kapitalisten zu mobilisieren, der einzige Weg, um die imperialistischen Ausbeuter zu bekämpfen und sie hinwegzufegen.

Weg mit den Anklagen gegen alle verhafteten Demonstranten!
Nieder mit dem Polizei-Belagerungszustand in Genua!
Für massive Arbeiter-Proteststreiks!

SPARTAKIST

Berlusconi und G-8: imperialistische Schlächter!

Für Arbeiterstreiks gegen den tödlichen Polizei-Belagerungszustand!

Die folgende Erklärung wurde von unseren Genossen der Lega trotskista d'Italia herausgegeben, italienische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

20. Juli - Den imperialistischen Herrschern, die in Genua versammelt sind, um die Ausbeutung und Aushungerung der arbeitenden Massen zu intensivieren, dürstete es nach Blut, und sie bekamen es. Heute wurden zwei Antiglobalisierungs-Demonstranten von paramilitärischer Polizei in Genua mit voller Absicht ermordet. Ein junger Italiener, Carlo Giuliani, wurde von Bullen in den Kopf geschossen, dann überfuhren sie seinen leblosen Körper mit einem Polizciwagen. Die zweite Tote war französischen und österreichischen Presseberichten zufolge eine junge



Spartakist

Hamburg, 21. Juli: Spartakisten auf Demo zur Verteidigung der Inhaftierten

Frau, die durch eine Schusswunde getötet wurde. Die Imperialisten bereiteten diesen tödlichen Terror vor und provozierten ihn. Wie es letzte Woche ein Veteran des Kampfes gegen die Nazibesatzung von Genua sagte: „Sie haben die Stadt in eine Kriegszone verwandelt. Ich lebte hier als junger Widerstandskämpfer unter den Nazis ... aber da gab es nie diese erdrückende militarisierte Situation." Die imperialistischen G-8-Herrscher müssen an ihrer Basis getroffen werden - bei ihren Profiten. Die Lega trotskista d'Italia sagt: *Wir brauchen machtvolle Arbeiterproteststreiks in Italien und darüber hinaus gegen die blutige Staatsrepression.*

In den Wochen unmittel-

Fortgesetzt auf Seite 7

Protestdemonstration in Berlin gegen Polizeimord an Carlo Giuliani

Kommt zum revolutionären Block der Spartakisten!

Montag, 20. August 2001,18.00 Uhr, Marheinekeplatz

- **Freiheit für alle linken politischen Gefangenen! Weg mit allen Verfahren!**
- **Stürzt die imperialistischen Schlächter - Arbeiterklasse an die Macht, weltweit!**
- **Hetze gegen den Schwarzen Block spielt SPD-Oberbullen Schily in die Hände!**
- **Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat und seine Repräsentanten wie Ströbele!**
- **Keine Stimme für SPD, PDS und Grüne!**
- **Nieder mit der Regierung der Balkanschlächter - SPD und Grünen! Der Hauptfeind steht im eigenen Land!**
- **Verteidigt China, Kuba, Vietnam und Nordkorea gegen Imperialismus, innere Konterrevolution!**
- **Für eine leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei!**

Spartakist-Diskussionsveranstaltungen



Berlin

Dienstag, 21. August 2001
18.30 Uhr
KATO (im U-Bahnhof Schlesisches Tor)

mit Augenzeugenbericht von der Lega trotskista d'Italia

Hamburg

Mittwoch, 22. August 2001
19.00 Uhr
Deutsch-ausländische Begegnungsstätte
Amandastraße 58

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

14. SEPTEMBER 2001 EXTRABLATT DM 0,20

Gegen Repression im eigenen Land, gegen imperialistische „Vergeltung"

Der Angriff auf das World Trade Center

Nach dem abscheulichen Anschlag auf das World Trade Center in New York City, einem nicht zu verteidigenden kriminellen Akt wahllosen Terrors, versucht die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung, das berechtigte Entsetzen in der Bevölkerung dafür zu benutzen, Unterstützung für eine Beteiligung des deutschen Imperialismus an kommenden Rachekriegseinsätzen der NATO aufzupeitschen. Schröder erklärte den Terrorakt zu einer „Kriegserklärung" auf die gesamte „demokratische Welt". Am Mittwoch, dem 12. September, verkündete die NATO das Inkrafttreten ihres Artikels 5, die die imperialistischen NATO-Partner zu gegenseitiger Kriegshilfe verpflichtet, falls einer von ihnen angegriffen wird. Kurz darauf verkündete Schröder die Unterstützung Deutschlands dafür.

Erklärung des Politischen Büros der Spartacist League/U.S.

Alle Parteien von PDS bis CDU beschworen die nationale Einheit „aller Demokraten" und riefen für die von Gregor Gysi (PDS) vorgeschlagene chauvinistische Demonstration für Freitag, den 14. September, auf. Der Aufruf erklärt: „Dies ist ein Angriff gegen die gesamte zivilisierte Welt, ein Angriff auf die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens." Die „zivilisierte Welt", sprich die NATO-Staaten, zu deren Verteidigung hier mobilisiert wird, ist eine Handvoll imperialistischer Staaten, deren herrschende Bourgeoisien die Arbeiter im eigenen Eand ausbeuten und den Rest der Welt ausplündern und unterjochen. Diese „Zivilisation" zeigte ihre abscheuliche Fratze erst kürzlich, als der deutsche Imperialismus unter der Führung von SPD/Grünen an der Bombardierung Serbiens teilnahm, die das Land schlimmer verwüstete als Hitlers Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.

Hand in Hand mit dem Aufpeitschen von Nationalismus und den Kriegsvorbereitungen geht verschärfter Rassismus. Wie auch in den Vereinigten Staaten, wo es inzwischen eine Reihe von Angriffen gegen arabisch aussehende Menschen und Schüsse und Steinwürfe auf Moscheen gegeben hat, wird eine massive rassistische Hetze gegen Muslime betrieben. Sie richtet sich vor allem gegen Palästinenser und Araber. Und während die rachsüchtigen Imperialisten ihre mörderische „Vergeltung" vorbereiten, führt Israel schon jetzt eine tödliche Mordkampagne auf der West Bank und tötete allein am 12. September elf Palästinenser. Wir rufen auf: *Verteidigt das palästinensische Volk!*

Aber auch Immigranten türkischer und kurdischer Herkunft sind im Fadenkreuz der rassistischen Hetze. Momentan ist Hamburg besonderer Schwerpunkt dieser Kampagne angesichts der dortigen Verhaftung angeblich Verdächtiger. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet über einen deutschen Müslim in München: „Angepöbelt wurde er … weil er zusammen mit seiner Nichte auf der Straße lief. Sie trug Kopftuch. ‚Wir sind die schwarzen Schafe.' Und am Tag der Attentate hat vier-, fünfmal das Telefon geklingelt im Gemeindezentrum. Immer die selbe Stimme. Sie drohte, ‚euch alle' auszurotten. Jeder hier weiß, wer mit ‚alle' gemeint war" (13. September). Ebenso erhält der Zentralrat der Muslime in Köln Morddrohungen am laufenden Band. Die Gleichsetzung von Müslim = Terrorist ist eine dreckige rassistische Lüge! Wir Trotzkisten von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands erklären: Vom Krieg gegen die Sowjetunion und dem Holocaust über Vietnam und Irak bis zum Balkankrieg - die größten Terroristen der Welt hüllen sich heute in Schwarz-Rot-Gold oder ins Sternenbanner, und während sie von Demokratie reden rauben sie die Welt aus und unterjochen sie. Wir teilen die Trauer um die unschuldigen Opfer des Terroranschlags. Aber wir warnen, dass die Wut der Bevölkerung von den größten Massenmördern, die die Welt je sah, zynisch manipuliert werden soll. Ein Banner vor der US-Botschaft brachte die berechtigte Furcht eines Demonstranten zum Ausdruck: „No revenge please. No World War III" [Keine Rache, bitte. Kein 3. Weltkrieg].

Die rassistische Hetze ist eine direkte Bedrohung gegen die multiethnische Arbeiterklasse hier in Deutschland mit ihrem strategischen Bestandteil von aus der Türkei und Kurdistan eingewanderten Arbeitern und gegen die Gewerkschaften. Gleichzeitig wird eine „Sicherheits"hysterie entfesselt, die dazu dient, Staatsterror zu verschärfen. Bei den unverzüglich verschärften Grenzkontrollen gab es jetzt schon eine Reihe von Verhaftungen. Die *Berliner Zeitung* berichtet: „Zudem, so Scholz [CDU-Rechtsexperte], müsse gegen extremistische ausländische Gruppen in Deutschland, die etwa zum Krieg gegen Israel oder die USA aufriefen.

‚strikter vorgegangen werden'." Der gleiche Artikel zitiert SPD-Innenminister Schily: „Die scharfe Abgrenzung zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben sei nicht mehr gültig" (13. September). Der verschärfte Staatsterror wird sich vor allem gegen Immigranten, Linke und letztlich alle Arbeiter richten und soll sie einschüchtern, Widerstand gegen die zahllosen Angriffe der Bosse und ihrer SPD/Grünen-Regierung zu leisten.

Die Gewerkschaftsbürokraten sind schon dabei, die Klasseninteressen der Arbeiter auf dem Altar der „nationalen Einheit" an die Bosse zu opfern: Die ver.di-Führung ruft ihre Mitglieder auf, sich an der Regierungsdemonstration am Freitag zu beteiligen, was nur die Kriegsvorbereitungen und Repressionsverschärfungen der Bourgeoisie anfachen wird. Der französische KP-Minister Gayssot unterstützte die Unterdrückung ziviler Rechte durch das Programm „Vigipirate", das Unmut und Selbstverteidigung der Arbeiterklasse einschüchtern soll. Italienische Gewerkschaftsführer riefen auf zu reaktionären Streiks „gegen Terrorismus und für Demokratie", und machen so gemeinsame Sache mit den rechtmäßigen Erben Mussolinis in der Alleanza Nazionale; australische und italienische Gewerkschaftsspitzen stoppten geplante Streiks, um sich auf die Seite der Regierung zu stellen. Solche Aktionen werden die Bourgeoisie nur ermutigen, den arbeitenden Massen noch größere Opfer abzupressen. Schon nach Genua kündigten die europäischen Herrscher den Aufbau einer multinationalen Polizeitruppe an. Dabei wurden sie von der reformistischen Linken in Deutschland unterstützt, indem diese sich in die bürgerliche Hetze gegen den Schwarzen Block als angeblicher Verursacher von Gewalt einreihten. Jetzt, mit den furchtbaren und nicht zu verteidigenden terroristischen Akten gegen die USA, wischt sich der italienische Innenminister das Blut Carlo Giulianis von den Händen und kündigte gestern an, dass die „Genua-Affäre" „abgeschlossen" sei. Angesichts der Rezession sollte es klar sein, dass die Kugeln, die auf Anarchisten in Genua und Göteborg gefeuert wurden, von den EU-Mächten auf die Arbeiter Europas abzielten!

Ein Teil der deutschen Linken möchte sich nicht an Beschwörungen über den „Kampf gegen weltweiten Terrorismus" beteiligen. So liest man in *der jungen Welt,* die ein Sprachrohr für diverse Oppositionelle in der PDS ist, mehrere Artikel, die korrekterweise hervorheben, dass es gewöhnlicherweise die US-Imperialisten sind, die Terror auf die Welt niederregnen lassen. Nur sind die Kommentare in *der jungen Welt* der letzten beiden Tage ausschließlich gegen die USA gerichtet. Im Gegensatz dazu ziehen wir Trotzkisten im Geist des proletarischen Internationalismus eine *Klassenlinie:* gegen die kapitalistischen Herrscher zu Hause und in Solidarität mit unseren Klassenbrüdern und -Schwestern auf der ganzen Welt für sozialistische Weltrevolution, die einzige Lösung gegen Bigotterie, Rückständigkeit, religiösen Obskurantismus und die immer mehr spürbare Drohung eines Weltkriegs. Wir fühlen uns geehrt, die Erklärung unserer Genossen der SL/U.S. abzudrucken, die unter schwierigen Umständen und aus der Höhle der verwundeten und gefährlichen imperialistischen Bestie heraus veröffentlicht wurde.

---

12. SEPTEMBER - Der gestrige Anschlag auf das World Trade Center, begangen durch die Entführung von Zivilflugzeugen, die hunderte von Passagieren und Besatzungsmitglieder tötete, war ein nicht zu verteidigender Akt kriminellen Terrors. Das World Trade Center kann vielleicht als Symbol des Reichtums und der globalen Ausdehnung des US-Imperialismus gesehen werden, aber in ihm waren Arbeiter aller Rassen, Ethnien und Religionen beschäftigt. Und um 9 Uhr morgens an einem Werktag waren tausende anderer Arbeiter - Nahverkehrsarbeiter, Bauarbeiter, Büroangestellte und unzählige andere - in den Zwillingstürmen oder in ihrer Nähe unterwegs.

Es geht nicht einfach nur darum, dass das Ziel nicht einmal eine Institution war, die die brutalen und mörderischen Herrscher des US-Imperialismus repräsentiert. Diejenigen, die diesen entsetzlichen Anschlag begingen (und es gibt überhaupt keinen Beweis dafür, wer es war), *haben dieselbe Mentalität wie die rassistischen Herrscher Amerikas - sie identifizieren die arbeitenden Massen mit ihren kapitalistischen Ausbeutern und Unterdrückern!*

Die herrschenden Parteien - Demokraten und Republikaner - sind nur allzu scharf darauf, die Toten und Verletzten benutzen zu können, um ihre kapitalistische Klassenherrschaft zu stärken. Es ist eine Gelegenheit für die Ausbeuter, mit Patriotismus â la „eine unteilbare Nation" hausieren zu gehen, um zu versuchen, den wachsenden Zorn am Boden dieser Gesellschaft von sich abzulenken, und zwar auf einen nicht definierbaren ausländischen „Feind" sowie auf Immigranten in den USA, und um ihr Arsenal an staatlicher Repression im eigenen Land gegen alle arbeitenden Menschen zu verstärken. Das kommt ihnen besonders gelegen, da weitere hunderttausende Arbeitsplätze vernichtet werden - und so den Berg menschlicher Armut. Elend und allseitiger Erniedrigung wachsen lassen, der durch die amerikanische herrschende Klasse in den letzten zehn Jahren geschaffen wurde durch die Zerstörung von Sozialprogrammen, die der Arbeiterklasse, Minderheiten und den Armen zugute kamen.

Jetzt heißt es „schart euch um die Fahne", während der republikanische Präsident Bush mit vollkommener und parteiübergreifender Unterstützung des Kongresses die Kriegsmaschine des Pentagon klarmacht für Terrorangriffe und Schlimmeres gegen die Menschen in den Ländern, die, wie sie behaupten, die Terroristen „beherbergten". Die letzte solcher „Vergeltungen", die auf die Bombardierung der US-Botschaften in Kenia und Tansania folgte, bestand dann, 80 Cruise Missiles auf Afghanistan und eine Arzneimittelfabrik im Sudan herabregnen zu lassen. Vorher gab es den massiven Krieg gegen Irak 1991, ein Krieg, der sich mit regelmäßigen US-Bombenüberfällen fortsetzt, während mehr als anderthalb Millionen Irakis durch die UNO-Hungerblockade getötet wurden. Die kapitalistischen Medien erinnern mit grellen Überschriften an „Pearl Harbor". Aber es war der US-Imperialismus, der als erstes und einziges Land in der Welt Atomwaffen einsetzte bei der nuklearen Einäscherung einer *viertel Million Menschen* in Hiroschima und Nagasaki 1945.

Als Kommunisten in der Höhle des imperialistischen Löwen kämpfen wir darum, die arbeitenden Menschen hier in Opposition zu den Kriegszielen und militärischen Abenteuern der amerikanischen Herrscher im Ausland zu mobilisieren. Wir standen für die militärische Verteidigung Iraks gegen den US-Imperialismus während des Golfkriegs und angesichts der darauf folgenden Terrorbombardierungen, und wir waren von Anfang an gegen die Hungerblockade, die eine Kriegshandlung ist. Und als vor zwei Jahren die US-geführte NATO einen heftigen Angriff gegen Serbien führte, was die gesamte Infrastruktur dieses Landes zerstörte, entrollten wir das Banner: Stürzt den US-Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Verteidigt Serbien! In beiden Fällen, Irak und Serbien, sagten wir, dass es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder ist, die blutigen nationalistischen Regime, die sie unterdrücken, zu stürzen.

Gleich nach dem Angriff auf das World Trade Center flogen schnell und wütend verschiedene erfundene „Vorfälle" durch die bürgerlichen Medien. Geschichten, dass das Flugzeug, das in Pennsylvania abstürzte, auf dem Weg nach Camp David war (woher wollen sie das wissen?), dass eine Bombe am Washington-Denkmal gelegt worden wäre, dass

das Militär ein Flugzeug über Washington, D.C. abgeschossen hätte - alle Geschichten verschwanden fast so schnell, wie sie berichtet wurden. Das ist typische imperialistische Kriegspropaganda, genauso wie der fabrizierte Vorfall im Golf von Tonkin, den die USA benutzten, um ihren Krieg gegen Vietnam zu eskalieren, in dessen Verlauf drei Millionen Vietnamesen umgebracht wurden, bevor die heldenhaften Arbeiter und Bauern dieses Landes den amerikanischen Koloss besiegten.

Der Angriff auf das World Trade Center wurde der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas, islamischen Gruppen wie Hamas, der afghanischen Taliban-Regierung und Osama Bin Laden zugeschrieben. Alle haben jegliche Verantwortung vehement zurückgewiesen. Aber selbst wenn es Bin Laden gewesen wäre, der jetzt ein Allzweckfeind des US-Imperialismus ist, ist er selbst eine Kreatur der amerikanischen imperialistischen Herrscher, die seine Dienste kauften und bezahlten während des islamischen „Heiligen Kriegs" gegen die sowjetische Armee in Afghanistan. Wir *begrüßten* die Intervention der Roten Armee in Afghanistan und stellten fest, dass sie eine der wenigen wirklich fortschrittlichen Handlungen der sowjetischen stalinistischen Bürokratie war, die die Möglichkeit eröffnete, die sozialen Errungenschaften der Russischen Revolution von 1917 auszuweiten, insbesondere auf die grausam unterdrückten Frauen Afghanistans. Ziel von Bin Laden und seinen CIA-unterstützten islamischen Fundamentalisten war es, Barbarei und Versklavung in Afghanistan aufrechtzuerhalten.

Aber es ist nicht einfach der offensichtliche allgegenwärtige und nicht identifizierbare „äußere Feind", auf dessen brutale Unterdrückung sie sich vorbereiten. Die kapitalistischen Herrscher werden den Angriff auf das World Trade Center auch dazu benutzen, die Macht ihres Staates - die Bullen, Gerichte, Gefängnisse und Streitkräfte - dramatisch auszubauen gegen den „inneren Feind". Nach dem Bombenanschlag in Oklahoma City 1995 erließ die Regierung von Clintons Demokratischer Partei das „Omnibus Counterterrorism Act" [Gesamt-Antiterrorismus-Gesetz], wonach Immigranten und alle „Ausländer" in geheimen Verfahren vor Willkür-Gerichte ohne Jury gezerrt werden können, ohne dass auch nur eine Anklage präsentiert wird. Die Demokraten, mit der vollen Unterstützung der Republikaner, erließen auch das Effective Death Penalty Act [Gesetz über die Todesstrafe], das die Zahl von Verbrechen, für die die Todesstrafe verhängt werden kann, ausweitete.

Während sich die chauvinistische Hysterie überschlägt, werden die unmittelbarsten Ziele der Repressionskräfte alle Leute mit Abstammung aus dem Nahen Osten sein. Dies ist nicht nur der Fall in den USA, sondern auch in Westeuropa. So überflutet beispielsweise die französische Regierung die U-Bahnen mit paramilitärischen Polizeikräften, um Leute mit nordafrikanischer oder nahöstlicher Herkunft zu terrorisieren. Grundsätzlicher geht es darum, die multirassische Arbeiterklasse einzuschüchtern und von allen sozialen Kämpfen zurückzuhalten. Die Arbeiterleutnants der Bourgeoisie in der AFL-CIO-Bürokratie - die die Arbeiter an die Parteien ihrer Ausbeuter fesseln, besonders die Demokraten - tun ohne Zweifel ihr Bestes in dieser Beziehung. Aber der Abstand zwischen einer Hand voll schrecklich Reicher, die von der immer brutaleren Ausbeutung profitieren, und dem Rest der Gesellschaft steigt exponentiell. Die Herrschenden fürchten, dass schon ein Funke des Protests zu einem sozialen Großbrand führen kann. Um ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten, ist es unabdingbar, dass sie ihre innenpolitischen Repressionskräfte ausbauen, die seit langem gegen die fürchterlich unterdrückten Massen in den Ghettos und Barrios eingesetzt werden.

Mit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion, einem Arbeiterstaat, der, wie bürokratisch degeneriert auch immer, eine Alternative zu kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung darstellte, rühmten sich die USA, die „einzige Supermacht der Welt" zu sein, und die imperialistischen Herrscher Amerikas dachten, sie könnten unangefochten über den Rest der Welt hinwegtrampeln. Es ist ein Maß für den intensiven Hass auf den US-Imperialismus, dass es möglich war, dass die Zerstörung des World Trade Centers, die wahrscheinlich tausende Unschuldige das Leben gekostet hat, enthusiastisch von vielen rund um die Welt begrüßt wurde. Es ist auch ein Maß davon, wie sehr es als unmöglich empfunden wird, den US-Imperialismus von innen heraus zu zerstören. Die Leute, die die Wall Street und Washington beherrschen, können und müssen *von innen* hinweggefegt werden, von der Arbeiterklasse der USA, die eine große Zahl von Schwarzen, Latinos und eine zunehmende Zahl von immigrierten Arbeitern aus dem Nahen Osten, dem indischen Subkontinent und Ostasien einschließt.

Die feige reformistische „Linke" in diesem Land, besonders personifiziert durch die International Socialist Organization (ISO), zeigt jetzt mit dem Finger darauf, dass die amerikanischen Herrscher während des Kalten Krieges Bin Laden und die afghanischen Taliban als „Freiheitskämpfer" unterstützt haben. Worüber die ISO nicht spricht, ist ihre eigene Unterstützung dieser Reaktionäre gegen die sowjetische Rote Armee. In Europa haben die Gruppen, die einst als die „radikale Linke" bezeichnet wurden, längst ihre politischen Seelen an ihre „eigene" Bourgeoisie verkauft. Gegen den amerikanischen Imperialismus als den „Hauptfeind" zu schimpfen ist für sie einfach ein Alibi für ihre Lehnstreue zu ihren sozialdemokratischen Regierungen, die an die Macht gebracht wurden, um massive Austeritätsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen.

In den neokolonialen Ländern, wo die Masse des Volkes mit dem totalen Bankrott des kleinbürgerlichen Nationalismus konfrontiert ist, gibt es ein Anwachsen des religiösen Obskurantismus, speziell des Islam. Angesichts der bewaffneten Macht des US-Imperialismus und der völkermörderischen zionistischen Herrscher, die er finanziert und bewaffnet, sehen einige kaum andere Alternativen, als sich Sprengstoff umzubinden und sich gegen die zu werfen, die sie als ihre Unterdrücker sehen.

Wer auch immer die Ausführenden der Selbstmord-Angriffe auf das World Trade Center waren, es war eine Demonstration der Mentalität von Leuten, die typischerweise als religiöse Fanatiker an eine gottgegebene Mission glauben, alle „Ungläubigen" auszulöschen. Solche islamischen Fanatiker sehen Gewerkschafter, Linke und unverschleierte Frauen als Ungläubige, die Gottes Zorn verdienen. Letztendlich unterscheidet sich ihre Einstellung nicht von der christlicher fundamentalistischer Eiferer, die Abtreibungskliniken in den USA bombardieren. Die inländische Geheimpolizei, das FBI, wurde bis vor kurzem von Louis Freeh geführt, einem Mitglied der wahrlich finsteren katholischen Opus Dei. Diese Einstellung unterscheidet sich auch nicht von der faschistoider Zionisten, die versuchen, die als jüdisches „heiliges Land" erachteten Gebiete von der palästinensischen Nation zu „säubern".

Terroristische Bombardierungen werden meist ausgeführt von nationalistischen oder religiösen Kräften, weil diese bestenfalls indifferent oder schlimmstenfalls feindlich gegenüber der gesamten Bevölkerung sind, die sie für den Feind halten. Der Angriff auf das World Trade Center war und konnte nur zum Ziel haben, ein wahlloses Abschlachten möglichst vieler - normaler, multiethnischer, arbeitender - Menschen.

Als Marxisten lehnen wir Terrorismus als Strategie ab, auch wenn er von realen, wenn auch falsch geleiteten, antiimperialistischen Impulsen herrührt und sich als Ziel wirk-

liche Institutionen staatlicher Unterdrückung wählt, was in Bezug auf die Angriffe auf das World Trade Center eindeutig nicht der Fall war. Individuelle Taten, wie heroisch auch immer in speziellen Fällen, stehen im Gegensatz zu proletarischem Klassenkampf und dem Bewusstsein, das die Arbeiterklasse braucht, um an der Spitze aller Unterdrückten zu stehen beim revolutionären Umsturz des ganzen Systems imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Vielmehr dient solcher Terrorismus hauptsächlich dem bürgerlichen Staat als Vorwand, seine Unterdrückung zu verstärken.

Nach der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion haben die amerikanischen imperialistischen Herrscher als Ersatz für den Krieg gegen den „gottlosen Kommunismus" das Gespenst vom „islamischen Terrorismus" gesucht. Dies ist der neue äußere Feind, gegen den sie die Bevölkerung mobilisieren wollen. Sie zielen darauf, den Angriff auf das World Trade Center zu benutzen, um weitere Unterstützung für ihren imperialistischen Terror im Ausland zu bekommen und um die Lüge zu fördern, dass die arbeitende Bevölkerung der USA gemeinsame Interessen mit ihren kapitalistischen Ausbeutern hätte. Wir sagen: US-Imperialismus - Hände weg von der Welt! Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Unser Zweck ist, eine proletarische, internationalistische, revolutionäre Partei aufzubauen, die in die Arbeiterklasse das Verständnis ihrer sozialen Macht und ihres historischen Interesses, der Totengräber des US-Imperialismus zu sein, hineinträgt.«

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 23555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 323644

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

A 1664 E

SPARTAKIST

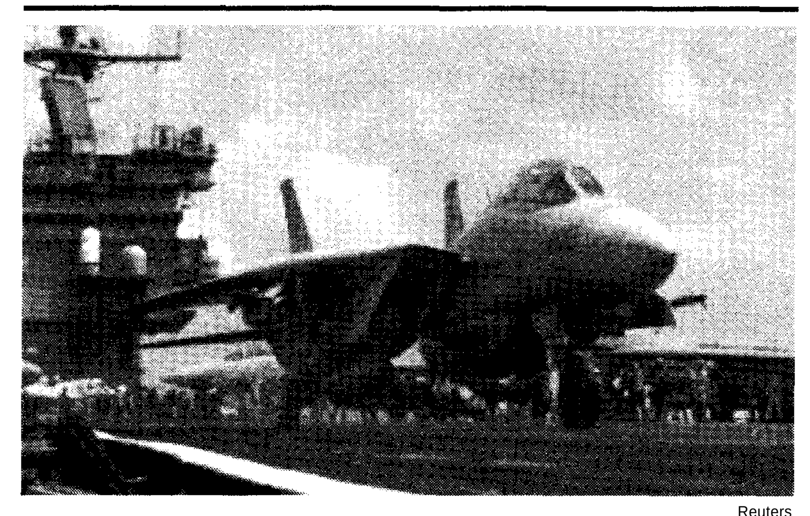
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 145 HERBST 2001 DM 1,-

Gegen Repression im eigenen Land, gegen imperialistische „Vergeltung"

Der Anschlag auf das World Trade Center

Erklärung des Politischen Büros der Spartacist League/U.S.



Reuters



Reuters/Larry Downing

Flugzeugträger USS *Enterprise,* einsatzbereit. Imperialistische Schlächter Bush, Fischer beschwören „Verteidigung der Zivilisation", verschärfen rassistische Hetze, mobilisieren für Krieg

Nachfolgend drucken wir unser Spartakist-Extrablatt vom 14. September leicht redigiert ab.

Nach dem abscheulichen Anschlag auf das World Trade Center in New York City, ein Akt wahllosen Terrors und ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, versucht die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung, das berechtigte Entsetzen in der Bevölkerung dafür zu benutzen, Unterstützung für eine Beteiligung des deutschen Imperialismus an kommenden Rachekriegseinsätzen der NATO aufzupeitschen. Schröder erklärte den Terrorakt zu einer „Kriegserklärung" an die gesamte „demokratische Welt". Am Mittwoch, dem 12. September, verkündete die NATO das Inkrafttreten ihres Artikels 5, der die imperialistischen NATO-Partner zu gegenseitiger Kriegshilfe verpflichtet, falls einer von ihnen angegriffen wird. Kurz darauf verkündete Schröder die Unterstützung Deutschlands dafür.

Alle Parteien von PDS bis CDU beschworen die nationale Einheit „aller Demokraten" und riefen zu der von Gregor Gysi (PDS) vorgeschlagenen chauvinistischen Demonstration für Freitag, den 14. September, auf. Der Aufruf erklärt: „Dies ist ein Angriff gegen die gesamte zivilisierte Welt, ein Angriff auf die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens." Die „zivilisierte Welt", sprich die NATO-Staaten, zu deren Verteidigung hier mobilisiert wird, ist eine Hand voll imperialistischer Staaten, deren herrschende Bourgeoisien die Arbeiter im eigenen Land ausbeuten und den Rest der Welt ausplündern und unterjochen. Diese „Zivilisation"

Fortgesetzt auf Seite 8

Die Afghanistan-Connection . . . . Seite 12

Aktion an der Humboldt-Universität Berlin:

Entschlossene Studenten stoppten Nazi-Provokation!

Nachfolgend drucken wir unsere Presseerklärung vom 14. Juli 2001 ab.

Am Mittwoch, den 11. Juli stoppten entschlossene Studenten an der Berliner Humboldt-Universität eine Provokation des Nazi-Ideologen Bernd Rabehl. Das war ein Sieg im Interesse aller potenziellen Opfer von Nazi-Terror - Gewerkschafter, Immigranten, Linke, Juden, Homosexuelle ...

Bernd Rabehl, ehemals SDS, pflegt seit geraumer Zeit enge Verbindungen zu Nazis. So trat Rabehl zusammen mit dem NPD-Mann Horst Mahler mit einer rassistischen Hetzrede vor der Münchner Burschenschaft „Danubia" auf, die später in dem faschistischen Blatt *Junge Freiheit* nachgedruckt wurde.

Siegreiche Einheitsfrontaktion

Es ist auch kein Zufall, dass Rabehl zur Verbreitung seiner faschistischen Propaganda an die Humboldt-Universität geladen wurde. Schon 1991 wurde hier der ehemalige SS-Sturmbannführer Wilhelm Krelle angestellt, um linke Lehrkräfte und Ex-DDR-Professoren hinauszusäubern, wofür er 1994 mit einem Ehrendoktortitel belohnt wurde. Und so, wie die Humboldt-Uni Nazis für antikommunistische Säuberungen rekrutiert, qualifizierten Rabehls rassistische und faschistische Referenzen ihn für die Mitarbeit im „Forschungsverbund SED-Staat".

Die heutigen Nazis werden ermutigt durch die rassistische Politik der SPD/Grünen-Regierung und der oppositionellen CDU.

Am 11. Juli riefen Studenten der Fachschaft Sozialwissenschaften dazu auf, die Nazi-Provokation von Rabehl zu stoppen. Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) griffen dies gern auf und beteiligten sich an dieser Aktion.

Mehr als ein Dutzend Studenten riegelten dann kurz vor 16 Uhr den Raum 3120B im Hauptgebäude der Humboldt-Uni ab. Als Rabehl zusammen mit mehreren seiner Anhänger auftauchte, schallten ihm Sprechchöre „Nazis Raus!" entgegen. Daraufhin verkroch sich Rabehl hinter einer Säule und verließ kurz danach das Gelände der Humboldt-Universität.

Dennoch versuchten später mehrere Rabehl-Anhänger in den Veranstaltungsraum einzudringen. Auch diesen wurde der Weg von beherzten Studenten versperrt. Erinnert euch an Auschwitz, Babij Jar und Bergen-Belsen. Wir von der SpAD sagen, dass das Programm der Nazis nicht eine Ansammlung „schlechter Ideen" ist; es steht für Völkermord an Juden, Sind und Roma. Es steht für die Zerschlagung von Gewerkschaften und Mord an ethnischen Minderheiten, Immigranten, Kommunisten und anderen Linken.

Das erfuhren sofort auch einige Studenten. Insbesondere ein Genösse der SpAD wurde von einem Nazi herausgegriffen und bedroht. Dieser Nazi brüllte herum, dass solch eine Aktion nicht noch einmal passieren werde, er unseren Genossen kenne und dafür sorgen werde, dass unser Genösse nie wieder an solch einer Aktion teilnehmen wird. Auch wurde ein dunkelhaariger Student von einer Rassistin angepöbelt, er sei Gast hier und habe sich gefälligst zu benehmen.

Am 11. Juli gab es keine Nazi-Provokation an der Humboldt-Uni! Diese erfolgreiche Einheitsfrontaktion gibt ein Beispiel, wie den Versuchen der Nazis, sich an Unis zu organisieren, die Türen verschlossen werden. Wir gratulieren den Studenten, die Rabehl vom Campus vertrieben haben.

Die SpAD ist eine marxistische Organisation, die für die Mobilisierung von Gewerkschaften, ethnischen Minderheiten und allen potenziellen Opfern der Nazis eintritt, um faschistischen Terror zu stoppen. Wir kämpfen für eine sozialistische Arbeiterrevolution, die das kapitalistische System beseitigt und damit Faschismus und Rassismus den Nährboden entzieht.«

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)
International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 23555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44



herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 23555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde,
Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 145 HERBST 2001

Antikriegstreffen der Pseudolinken - „Gysis bunte Truppe"

Am Freitag, den 15. September, fand im Berliner Mehringhof ein Antikriegstreffen statt und es kam fast die gesamte Pseudolinke der Stadt: Gruppe Arbeitermacht (GAM), Linksruck, die Gruppe Internationaler Sozialisten (GIS), der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), die internationale sozialistische linke (isl), ATTAC, B.A.St.A., die Demokratische Linke und eine Reihe einzelner Linker. Kurz vor dem Treffen hatte die chauvinistische Regierungsdemonstration zur Verteidigung „der Zivilisation" gegen ..internationalen Terrorismus" stattgefunden, die von Greaor Gysi (PDS) initiiert und von allen Parteien im Bundestag unterstützt worden war. Zweck der Demo: die berechtigte Trauer und Wut in der Bevölkerung über den Anschlag auf das World Trade Center (WTC), ein nicht zu verteidigender krimineller Akt wahllosen Terrors, zur Unterstützung für die Beteiligung des deutschen Imperialismus an einem NATO-Rachekrieg zu benutzen.

Die Menge im Mehringhof war ziemlich gespalten über zentrale Fragen. Jede „Einheit" unter ihnen konnte nur prinzipienlos sein. Da waren Linksruck und B.A.St.A., die auf der Kriegsdemo ihrer SPD/Grünen-Regierung gewesen waren, während die GAM nicht dort war, weil ihr die Demo der Regierung, zu deren Wahl sie aufgerufen hatte, zu nationalistisch war. Entsprechend tat sich Linksruck mit deutschem Nationalismus hervor: Deutschland solle sich nicht auf eine Linie mit den USA zwingen lassen. Eine Rednerin der GAM sagte das Gleiche in anderen Worten: „Die Europäer sollten nicht mitmachen." Dann gab es da ATTAC und B.A.St.A., die gegen Militärschläge und stattdessen für ein internationales Tribunal gegen die Terroristen waren, so wie das gegen Milosevic. Aber der Internationale Gerichtshof in Den Haag, vor dem Milosevic steht, ist einfach ein Instrument der Imperialisten, so wie es jedes andere „internationale Tribunal" wäre in einer Welt, die international von einer Hand voll imperialistischer Mächte, vor allem Deutschland, Japan, USA, ausgebeutet, unterdrückt und militärisch dominiert wird. Die herrschenden Klassen dieser Länder sind die größten Terroristen der Welt, vom Krieg gegen die Sowjetunion, dem Holocaust, Vietnamkrieg, Golfkrieg bis zum Balkankrieg.

Nun, alle saßen zusammen im Kreis, was fehlte, war nur noch ein runder Tisch. Das Bündnis, das die Pseudotrotzkisten von GIS bis GAM und isl hier aufbauen wollten, war ein klassischer Propagandablock, der alle Differenzen, die es zwischen den Linken gibt, unter den Tisch kehren und eine fiktive Einheit auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, d. h. notwendigerweise dem rechtesten Programm, herstellen sollte. Wir lehnen solche Blöcke grundsätzlich ab. In der Frage eines möglichen Krieges und der immensen Verschärfung von Repression und rassistischem Terror ist die offene Auseinandersetzung der verschiedenen politischen Programme dringender denn je notwendig, um es linken Jugendlichen, Arbeitern und Immigranten zu ermöglichen, die richtigen Antworten, wie man dagegen siegreich kämpfen kann, zu finden. Die Losungen, die die GAM für den geplanten Propagandablock lieferte, waren: 1) Solidarität mit den Opfern! 2) Nein zu jeder Militäraktion von USA, NATO und Bundeswehr! 3) Stopp der rassistischen Hetze gegen Immigrantinnen! 4) Nein zum Abbau demokratischer

Fortgesetzt auf Seite 4



Spartakist



Spartakist

Berlin, 22. September: Spartakisten intervenieren bei Antikriegsdemo

Antikriegstreffen...

Fortsetzung von Seite 3

Rechte! Diese Bündnislosungen klingen zwar ziemlich links, aber ihr ganzer Zweck besteht darin, den Schulterschluss mit der PDS zu vollziehen im Namen des Kampfes gegen (US-geführten) Krieg. Deswegen kein Wort gegen SPD und Grüne, die den deutschen Imperialismus verwalten, Krieg führen wollen, rassistischen Staatsterror gegen Immigranten organisieren und die demokratischen Rechte massiv einschränken. Und erst recht kein Wort gegen die PDS, die jetzt die Hauptstadt und später, falls sie kann, auch bundesweit zusammen mit der SPD für die Bourgeoisie regieren möchte.

Es war interessant, dort unser WTC-Extra zu verkaufen, zuzuhören und zu intervenieren. Zuerst sollte sich jeder vorstellen und sagen, wofür er steht. Zwei Genossen erklärten unsere Position zu den Anschlägen auf das World Trade Center (siehe Titelseite) und fuhren fort: „Die GAM will also ein Bündnis gegen einen NATO-Krieg. Beim letzten Balkankrieg riefen sie nach ,Unabhängigkeit für Kosovo', was der Schlachtruf und Vorwand der NATO für diesen Krieg war. Sie liefen mit auf Demos, die Losungen hatten wie ,NATO: Viel Glück!' Wenig später unterstützten sie die von den Imperialisten gesponserte serbische chauvinistische Opposition. Kurz darauf verwandelte sich die UCK für die GAM von einer .Befreiungsbewegung der Albaner' in ,bürgerlich-nationalistische Führer', die .reaktionäre nationalistische Kampagnen" führen, wie für die Imperialisten übrigens auch. [Nur kurz vor der Linienänderung der GAM hatte der Beauftragte für Außenpolitik des imperialistischen EU-Blocks, Javier Solana, von der mazedonischen UCK als .Terroristen' gesprochen.) Und dann hat uns die GAM vorhin heimlich verraten, dass sie aufrufen werden, für die PDS zu stimmen."

Hier wurde das einzige Mal ein Redner durch den GAM-Vorsitz unterbrochen. Es war ja auch zu gemein von uns, alles zu verraten, worum es diesen parlamentaristischen Rattenfängern ging, nämlich um einen PDS-Propagandablock! Und sie wollten um jeden Preis die Entlarvung der PDS, die sie von uns jetzt zu Recht erwarteten, verhindern.

Ein bisschen Hintergrund dazu: Gerade angesichts der Gysi-initiierten chauvinistischen Demo am Brandenburger Tor hat die PDS nämlich um bei linken Jugendlichen und Arbeitern Schwierigkeiten. Mehr noch, im Bestreben sich als „regierungsfähig" zu beweisen, sprach PDS-Spitzenkandidat Gysi sich nur wenige Tage nach der Kriegsmobilisierung der nationalen Einheitsfront offen für „begrenzte militärische Aktionen" *(Berliner Zeitung,* 17. September) aus. Dies führte zu einem Aufschrei von PDS-Linken. So erschien in *der jungen Welt* ein Kommentar von Rainer Rupp unter dem Titel „Feldherr Gysi" (19. September): „Der Vorstand sollte sich jedoch darüber im klaren sein, daß große Teile der PDS-Basis diese Anbiederung Gysis und Paus an die Rache- und Vergeltungsfraktion der deutsch-amerikanischen Kriegstreiber nicht mittragen." Sicherlich. Aber was ist Rupps Perspektive? Der Aufruf zur Wahl der sozialdemokratischen, völlig reformistischen DKP! Im Gegensatz zu diesem parlamentarischen Kretinismus wollen wir linke Jugendliche und Arbeiter von SPD, PDS und ihren linken Anhängseln brechen und für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei gewinnen, die für den Sturz des deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution kämpft.

Am 19. September stimmte die PDS im Bundestag gegen Deutschlands Unterstützung für einen „Gegenschlag" der NATO. Das hat aber absolut nichts mit Opposition zum deutschen Imperialismus zu tun, den sie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt für die deutsche Bourgeoisie verwalten und den sie auch bundesweit verwalten wollen. Unterstrichen wird dies auch durch ihr sozialchauvinistisches Bekenntnis zur Verteidigung „der Zivilisation" - rassistisches Kodewort für die „Werte" des imperialistischen Ausbeutersystems. Was die PDS ablehnt, ist lediglich die US-Führung eines solchen Kriegs. Dieser nationalistische Antiamerikanismus ist nichts Neues. Im Golfkrieg 1991 forderten sie eine UN-Hungerblockade als „friedliche" Alternative zu den US-geführten Bombardierungen. Diese Blockade hat inzwischen 1,5 Millionen Irakis getötet. Im Balkankrieg war die PDS gegen die US-geführte NATO und trat für OSZE- und UN-Truppen, ebenfalls imperialistische Truppen, ein. Unsere Internationale dagegen intervenierte in diesem Krieg - ohne Milosevic auch nur die geringste politische Unterstützung zu geben - mit der Losung: „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Verteidigt Serbien!" Heute fordern wir: US/Bundeswehr/NATO/UNO/OSZE - Raus aus dem Balkan!

Der PDS-Geschäftsführer Bartsch erklärte in einem Interview mit der *Berliner Morgenpost:* „Ich bin der Auffassung, wenn erwiesen ist, dass es dieser bin Laden ist, dann bin ich dafür, dass er auch aus Afghanistan geholt wird. Da schiene mir auch eine militärische Aktion unter der Hoheit des UN-Sicherheitsrates zulässig" (15. September). Das

Fortgesetzt auf Seite 18

Spartakist-Jugend-Diskussionstreffen

Hamburg

Stürzt Imperialismus durch Arbeiterrevolution!

14-tägig, immer Freitags 18 Uhr
Beginn: 5. Oktober 2001
Treff: Uni Hamburg, Pferdestall, Allendeplatz 1
Kontakt: (040) 32 36 44

Berlin

Der Kampf für revolutionären Marxismus

14-tägig, immer Montags 18 Uhr
Beginn: 8. Oktober 2001
Humboldt-Universität,
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 207
Kontakt: (030) 4 43 94 00

Mexiko: Streik bei VW





Fotos: Espartaco

22. August: Massenversammlung von Arbeitern im VW-Werk von Puebla, Mexiko, stimmt für Fortsetzung des Streiks. Am Ende des Streiks erzielten die Arbeiter 14,7 Prozent Lohnerhöhung

Nachfolgend drucken wir eine Übersetzung des Flugblatts der Grupo Espartaquista de Mexico (GEM), mexikanische Schwesterorganisation der SpAD, vom 27. August ab. Während des Streiks der VW-Arbeiter in Puebla, Mexiko, verteilte das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) - eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Verteidigungsorganisation, die mit der SpAD verbunden ist - eine adaptierte Version des Flugblatts an die Arbeiter von VW Wolfsburg und sammelte 138,07 DM von VW-Arbeitern und anderen in Solidarität mit dem Streik.

Die mexikanischen Arbeiter gewannen mit ihrem Streik eine Lohnerhöhung von 14.7 Prozent, nachdem sie ein Angebot von 10 Prozent, das die Gewerkschaftsbürokratie akzeptiert hatte, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt hatten. Dieser verdiente Sieg wurde aber sofort wieder getrübt durch die Ankündigung der Bosse, dass geplante Investitionen von 1,5 Milliarden Dollar nach diesem Streik nicht mehr in Puebla getätigt würden, sondern in einem anderen Werk. Dieses Ausspielen von Belegschaften in verschiedenen Ländern, das oft verbunden ist mit nationalistischen Parolen wie hierzulande der vom „Standort Deutschland", hat zum Ziel, die Arbeiter der verschiedenen Länder gegeneinander zu hetzen. Dagegen kämpfen wir für internationale Arbeitersolidarität, um die Angriffe der Bosse zurückzuschlagen durch koordinierte Streikaktionen, die die Kapitalisten in die Knie zwingen. Dies wurde auch von einem jungen Arbeiter in Wolfsburg zum Ausdruck gebracht, der während der Sammlung für Mexiko sagte: „Wir sollten dieses Werk hier auch dicht machen und nicht nur Geld sammeln!"

Dieser Arbeiter hat völlig recht. Die VW-Arbeiter in Deutschland haben eine empfindliche Niederlage hingenommen, als die sozialdemokratische IG-Metall-Bürokratie, assistiert von dem klassenkollaborationistischen VW-Betriebsrat, das Modell „5000 mal 5000" akzeptierte. Dieses Modell beinhaltet eine massive Lohnkürzung - 20 bis 40 Prozent! verglichen mit dem VW-Haustarif- und eine entscheidende Verlängerung der Arbeitszeit. Dazu wird der Lohn von Produktivität und Qualität abhängig gemacht, d.h. Arbeiter sollen unentgeltlich Überstunden machen, wenn ihre Schicht die von den Bossen vorgegebenen Produktionsziele nicht erfüllt. Die Risiken von Produktionsausfällen, z.B. bei Streiks in Zulieferindustrien, können somit den Arbeitern aufgebürdet werden!

Die Gewerkschaftsbürokratie ist auf das engste mit der regierenden SPD verbunden. Der Busenfreund von VW-Boss Piech, Bundeskanzler Schröder, musste dringend einen „Erfolg" bei der „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" vorweisen. IG-Metall-Bürokratie und VW-Betriebsrat haben die Interessen aller Arbeiter und aller Arbeitslosen verraten, um der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung - die einen Angriff auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse nach dem anderen durchführt - unter die Arme zu greifen. Um die Angriffe auf die Arbeiterklasse zurückzuschlagen, ist es unabdingbar, mit der sozialdemokratischen Politik von Klassenkollaboration zu brechen. Dringend notwendig ist der Aufbau einer klassenkämpferischen Führung der Gewerkschaften, der eng mit dem Aufbau einer revolutionären internationalistischen, multiethnischen Arbeiterpartei verbunden ist.

Der Angriff auf die VW-Arbeiter in Wolfsburg gibt einen bitteren Vorgeschmack von dem, was an Angriffen in der nächsten Zeit auf die Arbeiterklasse in Deutschland zurollt. Die SPD/Grünen-Regierung hat nach dem WTC-Anschlag ihre Beteiligung an imperialistischen „Vergeltungs"-Kriegen zugesagt und damit einhergehend jetzt schon Repressionen gegen Immigranten und ethnische Minderheiten enorm verschärft. Schon im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Serbien griff diese kapitalistische Regierung Arbeiter und Minderheiten mit der Renten- und Steuerreform an, und als sie ein rassistisches Staatsbürgerschaftsgesetz einführte, intensivierte sie Abschiebungen. Um die Klasseneinheit der Arbeiterklasse herzustellen, ist es notwendig, dass die Arbeiter für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und ethnische Minderheiten kämpfen und Immigranten gegen die anti-islamische Hetze verteidigen.

Die kommenden imperialistischen Kriege gegen kleine kapitalistische Länder werden noch härtere Angriffe nach innen zur Folge haben, es sei denn, die Arbeiterklasse hier und weltweit stellt sich mit Streikaktionen oder Boykotts von Waffenlieferungen an die Seite der von den Imperialisten unterjochten Völker und der unterdrückten Minderheiten im eigenen Land.

Fortgesetzt auf Seite 6

VW-Streik...

Fortsetzung von Seite 5

Die Massenarbeitslosigkeit wird seit der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR und Osteuropa Anfang der 90er-Jahre und der Zerschlagung der Industrie in der ehemaligen DDR als Rammhock benutzt gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse und um die Profite der Kapitalisten ins Unermessliche zu treiben. Diese Profite braucht die deutsche Bourgeoisie für die Erreichung ihrer Weltmachtziele, auch gegen ihre imperialistischen Konkurrenten. Die Situation schreit nach Klassenkampf gegen die Massenarbeitslosigkeit: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Organisierung der Unorganisierten, Organisierung der Arbeitslosen! Die Forderung nach einer gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit ist zentral, damit die Kapitalisten nicht in der Lage sind, die Übel des kapitalistischen Niedergangs, Rezession, Inflation, auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Die verfügbare Arbeit muss auf alle aufgeteilt und so die Dauer der Arbeitswoche bestimmt werden, bei vollem Lohnausgleich auf höchstem Niveau!

Genau um 11 Uhr vormittags am 18. August wurden am riesigen Volkswagen-Werk in Puebla, Mexiko, die *rojinegra* (rot-schwarze Streikbanner) entfaltet. Die gesamte Produktion kam zum Stillstand, als 12 500 VW-Arbeiter in den Ausstand traten gemeinsam mit den vielen Beschäftigten von VW-Zulieferfirmen, die auch in der Fabrik arbeiten. Die Stimmung war optimistisch vor dieser Fabrik, in der im letzten Jahr die zweithöchste Anzahl Autos in Mexiko (über 425 000) produziert worden waren, 80 Prozent davon für den Export, hauptsächlich in die Vereinigten Staaten. Die Verhandlungen mit Volkswagen waren abgebrochen worden, da die Gewerkschaft der VW-Arbeiter, SITIAVW, 21 Prozent Lohnerhöhung forderte (inzwischen noch 19 Prozent), während der staatliche Schlichter beleidigende 5,5 Prozent vorschlug. Ein paar Tage später stimmten die Arbeiter ein VW-Angebot von 7 Prozent nieder.

Volkswagen besteht darauf, die Lohnforderung der Gewerkschaft gehe „über die wirtschaftliche Realität des Landes hinaus". Die wirtschaftliche Realität in Mexiko sieht so aus, dass sogar vollbeschäftigte Industriefacharbeiter meistens in Armut leben, während andere Arbeiter, Bauern und die Ureinwohner noch schlechter dran sind. Zwar war es den Arbeitern gelungen, VW 15 Prozent mehr abzuringen, als im Industriedurchschnitt gezahlt wird, aber ihr Tageslohn beträgt immer noch weniger als 25 US-Dollar. Der Streik kostet VW jeden Tag 25 Millionen US-Dollar; das zeigt das Ausmaß der Ausbeutung, aber auch die potenzielle Macht der Belegschaft, die diesen Reichtum produziert.

Die mexikanischen Zeitungen sind voll mit Geschichten darüber, wie gut dieser Streik Volkswagen gelegen kommt, da VW auf Grund des absackenden Automarktes in den USA die Produktion runterfahren und seine Bestände abbauen muss. Falls das wahr ist, unterstreicht es noch stärker die dringende Notwendigkeit internationaler Solidaritätsaktionen von VW- und anderen Autoarbeitern auf der ganzen Welt. Ein siegreicher Streik, der seine Lohn- und Sozialleistungsforderungen erreicht, der in Mexiko und international proletarische Solidarität aufbaut und die Arbeiterklasse mit einem Verständnis ihrer enormen sozialen Macht erfüllt, wäre ein großer Sieg für die Arbeiter und eine große Niederlage für Volkswagen.

Dieser Streik kommt zu einem kritischen Zeitpunkt, ein Jahr nachdem Vicente Fox von der reaktionären Partei der Nationalen Aktion (PAN) Präsident wurde. Fox' Pläne, die mexikanische Wirtschaft unter dem NAFTA-Abkommen [Nordamerikanisches Freihandelsabkommen] dem Imperialismus „vollständig zu öffnen", erfordern die Zerschlagung von Arbeiterkämpfen. Mit dem Ende der mehr als 70-jährigen Herrschaft der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) gab es eine Lockerung der korporatistischen Struktur, die die Gewerkschaften direkt an die regierende bürgerliche Partei kettete (siehe „Mexico: NAFTA's Man Targets Labor" [NAFTAs Mann hat Arbeiter im Visier], *Workers Vanguard* Nr. 748, 15. Dezember 2000). Unter dem Deckmantel von „Demokratie" und streikbrecherischem, gewerkschaftsfeindlichem Geschwafel über „Recht auf Arbeit" führt jetzt die PAN - mit Unterstützung der PRI und der bürgerlich-nationalistischen Partei der Demokratischen Revolution (PRD) - einen Krieg gegen die Gewerkschaften, während sie gleichzeitig ihren Apparat des staatlichen Terrors verstärkt. Geplant sind dabei auch „ländliche Wachregimenter", um eine befürchtete soziale Explosion in den ländlichen Gebieten zu zerschlagen.

Gleichzeitig verurteilt die Bourgeoisie Millionen zu Arbeitslosigkeit und Elend. Allein dieses Jahr hat es über eine halbe Million Entlassungen gegeben. Bauern und Ureinwohner werden vom Land vertrieben und dazu gezwungen, sich in den Städten unter den schrecklichsten Bedingungen irgendwie durchzuschlagen. Es ist bedeutsam, dass sich Bauernorganisationen mit dem VW-Streik solidarisieren. Dieser Streik könnte richtungweisend sein für die Arbeiterbewegung in Mexiko und ein Beispiel für Arbeiter auf der ganzen Welt geben und dazu beitragen, internationalen Klassenkampf zu entfachen.

Brecht mit allen bürgerlichen Parteien!

Der Ausgangspunkt für eine kämpferische Arbeiterbewegung, die zur Verteidigung ihrer eigenen Klasseninteressen und der Interessen all derer mobilisiert, die am Boden der Gesellschaft leben - Bauern, Frauen, Ureinwohner -, ist das Verständnis, dass die kapitalistische Gesellschaft nach Klassen getrennt ist. Arbeiter sind, um zu überleben, dazu gezwungen, ihre Arbeitskraft an die Eigentümer der Produktionsmittel zu verkaufen. Die Interessen dieser zwei Klassen, des Proletariats und der Bourgeoisie, sind unversöhnlich entgegengesetzt. Die Sicht der Bourgeoisie wurde sehr unverblümt ausgedrückt durch Raül Picard. Präsident von Canacintra, einer Organisation von Industriellen:

> „Wenn eine Gewerkschaft beabsichtigt, uns die Richtung vorzugeben, befindet sie sich in einem großen Irrtum. Wir sind die Eigentümer der Betriebe, wir sind diejenigen, die das Geld riskieren, und wir kümmern uns um das Wohlergehen der Arbeiter. In dem Moment, in dem sich das umkehrt, können sie die Betriebe bezahlen und sie können tun, was auch immer sie wollen, wir gehen dann woanders hin." *(La Reforma, 22.* August)

Den weit verbreiteten Hass, den es innerhalb der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie gibt, in die Fähigkeit umzusetzen, die Gesellschaft grundlegend umzuwälzen, ist eine politische Frage. Die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse ist zentral: das Verständnis, dass nicht nur die Bosse selbst die Feinde sind, sondern dass der bürgerliche Staat - Polizei, Gerichte, Armee - existiert, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie zu verteidigen. Der Staat ist kein unparteiischer Schiedsrichter, um Auseinandersetzungen zu klären, und kann es gar nicht sein. Nieder mit der staatlichen Schlichtungs- und Schiedskommission!

Die hauptsächliche ideologische Barriere für revolutionäres Klassenbewusstsein des Proletariats in Mexiko ist bürgerlicher Nationalismus, der die Klassenlinie in der Gesellschaft verwischt, die Arbeiter davon abhält, ihre gemeinsamen Interessen mit Arbeitern auf der ganzen Welt zu erkennen, und Illusionen sät, die mexikanische Bourgeoisie könne ein potenzieller Verbündeter sein. Die PRD hat sich angesichts von Wahlniederlagen und schwindender

Popularität nach Bündnissen sowohl mit der PRI als auch mit der PAN gedrängelt. Die PRD repräsentiert jenen Sektor der mexikanischen Bourgeoisie, der für Importbeschränkungen ist, da diese nicht in der Lage ist, mit den Imperialisten zu konkurrieren, und der Nationalismus propagiert, um die Arbeiterklasse davon abzuhalten, sich gegen ihren Klassenfeind zu erheben. Dass die PRD kein Freund der Unterdrückten ist, wurde wiederholt vorgeführt vom PRD-Bürgermeister von Mexiko Stadt, Manuel Lopez Obrador, der Angriffe gegen Gewerkschaften in der Hauptstadt anführte und die Staatsmacht gegen Studenten, Arbeiter und Bauern einsetzt, die im Kampf stehen.

Diejenigen Gewerkschaften, die nicht dem korporatistischen, mit der PRI verbundenen Gewerkschaftsdachverband CTM angehören und die oft politisch mit der PRD verbunden sind, werden fälschlicherweise als „unabhängig" bezeichnet. Die Führungen dieser Gewerkschaften (wie die SITIAVW) und der „unabhängige" Gewerkschaftsverband UNT schüren Illusionen in den Kapitalismus, indem sie bürgerlichen Nationalismus und demütige Verneigung vor dem bürgerlichen Staat propagieren. Das klarste Beispiel dafür ist die Aufforderung des SITIAVW-Führers Jose Rodriguez an Fox' Arbeitsminister Carlos Abascal, ein reaktionäres, gegen die Arbeiter wütend hetzendes chauvinistisches Schwein, in den Streik zu intervenieren (und zwar „energisch")!

Die „unabhängige" Gewerkschaftsführung verfolgt ebenso wie die CTM-Bürokratie ein Programm der Klassenkollaboration. Sie akzeptieren ein System, das auf der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital basiert, und nur innerhalb dieses Rahmens führen sie (manchmal) Kämpfe, damit die Arbeiter ein paar Brosamen mehr vom Tisch der Bosse abbekommen. Die Arbeiterklasse hat die potenzielle Macht, wenn sie von einer Partei mit einem revolutionären Programm geführt wird, das kapitalistische System mit der Wurzel auszureißen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, die auf einer Produktion für die Bedürfnisse der Menschen basiert, und damit alle Unterdrückten zu befreien. Dafür kämpfen wir Trotzkisten von der Internationalen Kommunistischen Liga.

Für internationale Arbeitersolidarität!

Vier Tage nach Streikbeginn füllten Tausende Arbeiter und andere mit einer Solidaritätsdemonstration die Straßen von Puebla. Viele Gewerkschaften aus Puebla und Mexiko Stadt waren vertreten, und Unterstützungserklärungen von Arbeitern in den USA und anderswo wurden verlesen. In der Menge gab es auch Arbeiter aus der Gegend,-die in Zwangsurlaub geschickt worden sind oder bei Maschinenstillstand halben Lohn bekommen, weil ihre Bosse an VW Teile liefern. Offensichtlich haben diese Arbeiter gemeinsame Interessen. Sie sollten alle in der gleichen Industriegewerkschaft sein, mit einem gemeinsamen Vertrag. Dieser Streik wird auch eine Auswirkung haben, wenn die Arbeiter anderer Hersteller ihre nächsten Verträge aushandeln. Das Ford-Werk im Staat Mexiko entlässt gegenwärtig Arbeiter und das Chrysler-Werk in Mexiko City soll geschlossen werden. Für Arbeitersolidarität zur Verteidigung der Arbeitsplätze! Weitet den Streik aus!

Vor dem Streik hatte Volkswagen damit begonnen, Betrieben, die Teile zuliefern und deren Arbeiter keine Mitglieder von SITIAVW sind, zu erlauben, direkt im VW-Werk ihre Produktion zu errichten. Hauptziel von VW ist dabei, die Macht der Gewerkschaften zu brechen durch die Spaltung der Belegschaft. Das Recht auf einen *closed shop* - jeder, der in einer Fabrik arbeitet, muss Mitglied der Gewerkschaft sein - ist in der *clausula de exclusion* (Ausschlussklausel) des Bundesarbeitsgesetzes festgelegt. Der Oberste Gerichtshof hat das Recht für verfassungswidrig erklärt mit der Begründung: „Es gibt das Risiko, dass es angewendet wird, um die Gewerkschaften zu stärken auf der Basis von Terror."



dpa

Personalchef Hartz (links) und Betriebsrat Volkert kungeln mit Hilfe des Modells „5000 mal 5000" gemeinsam Angriff auf VW-Arbeiter aus

Die Bancomer Financial Group führte 1999 in einer Erklärung namens „Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt" aus, warum die Kapitalisten die Ausschlussklausel hassen: „Wenn im Falle einer Machtprobe zwischen dem Boss und der Gewerkschaft letztere eine Klausel vorweisen kann ... um den Betrieb daran zu hindern, jene Arbeiter einzustellen, die er für produktiver hält ... dann verliert der Betrieb seine Freiheit, zu bestimmen, wer eingestellt wird, und darüber hinaus kann er die Produktivität nicht maximieren." Gibt es den *closed shop* nicht, steht es dem Eigentümer frei, Streikbrecher anzuheuern oder „persönliche Gefallen" zu fordern im Austausch gegen einen Arbeitsplatz. Jetzt, wo Fox die PRI von der Macht vertrieben hat, sieht er keinen Vorteil in diesem Gesetz, das den Gewerkschaften zugute kam, die mit der PRI verbunden waren. Andere vorgeschlagene „Reformen" des Arbeitsgesetzes sollen das Streikrecht und den Acht-Stunden-Tag abschaffen.

Die pseudotrotzkistische Internationalist Group (IG) veröffentlichte kürzlich (in englischer Sprache in New York) eine Polemik gegen unsere Verteidigung des *closed shop* mit dem Titel „ICL Supports Anti-Union Exclusion Clause in

Fortgesetzt auf Seite 19

Anschlag...

Fortsetzung von Seite 1

zeigte ihre abscheuliche Fratze erst kürzlich, als der deutsche Imperialismus unter der Führung von SPD/Grünen an der Bombardierung Serbiens teilnahm, die das Land schlimmer verwüstete als Hitlers Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.

Hand in Hand mit dem Aufpeitschen von Nationalismus und den Kriegsvorbereitungen geht verschärfter Rassismus. Wie auch in den Vereinigten Staaten, wo es inzwischen eine Reihe von Angriffen gegen arabisch aussehende Menschen und Schüsse und Steinwürfe auf Moscheen gegeben hat, wird eine massive rassistische Hetze gegen Muslime betrieben. Sie richtet sich vor allem gegen Palästinenser und Araber. Und während die rachsüchtigen Imperialisten ihre mörderische „Vergeltung" vorbereiten, führt Israel schon jetzt eine tödliche Mordkampagne auf der West Bank und tötete allein am 12. September elf Palästinenser. Wir rufen auf: *Verteidigt das palästinensische Volk!*

Aber auch Immigranten türkischer und kurdischer Herkunft sind im Fadenkreuz der rassistischen Hetze. Momentan ist Hamburg besonderer Schwerpunkt dieser Kampagne angesichts der dortigen Verhaftung angeblich Verdächtiger. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet über einen deutschen Muslim in München: „Angepöbelt wurde er ... weil er zusammen mit seiner Nichte auf der Straße lief. Sie trug Kopftuch. ‚Wir sind die schwarzen Schafe.' Und am Tag der Attentate hat vier-, fünfmal das Telefon geklingelt im Gemeindezentrum. Immer dieselbe Stimme. Sie drohte, ‚euch alle' auszurotten. Jeder hier weiß, wer mit ‚alle' gemeint war" (13. September). Ebenso erhält der Zentralrat der Muslime in Köln Morddrohungen am laufenden Band. Die Gleichsetzung von Muslim = Terrorist ist eine dreckige rassistische Lüge! Wir Trotzkisten von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands erklären: Vom Krieg gegen die Sowjetunion und dem Holocaust über Vietnam und Irak bis zum Balkankrieg - die größten Terroristen der Welt hüllen sich heute in Schwarz-Rot-Gold oder ins Sternenbanner, und während sie von Demokratie reden, rauben sie die Welt aus und unterjochen sie. Wir teilen die Trauer um die unschuldigen Opfer des Terroranschlags. Aber wir warnen, dass die Wut der Bevölkerung von den größten Massenmördern, die die Welt je sah, zynisch manipuliert werden soll. Ein Banner vor der US-Botschaft brachte die berechtigte Furcht eines Demonstranten zum Ausdruck: „No revenge, please. No World War III" [Keine Rache, bitte. Kein 3. Weltkrieg].

Die rassistische Hetze ist eine direkte Bedrohung gegen die multiethnische Arbeiterklasse hier in Deutschland mit ihrem strategischen Bestandteil von aus der Türkei und Kurdistan eingewanderten Arbeitern und gegen die Gewerkschaften. Gleichzeitig wird eine „Sicherheits"hysterie entfesselt, die dazu dient, Staatsterror zu verschärfen. Bei den unverzüglich verschärften Grenzkontrollen gab es jetzt schon eine Reihe von Verhaftungen. Die *Berliner Zeitung* berichtet: „Zudem, so Scholz [CDU-Rechtsexperte], müsse gegen extremistische ausländische Gruppen in Deutschland, die etwa zum Krieg gegen Israel oder die USA aufriefen, ‚strikter vorgegangen werden'." Der gleiche Artikel zitiert SPD-Innenminister Schily: „Die scharfe Abgrenzung zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben sei nicht mehr gültig" (13. September). Der verschärfte Staatsterror wird sich vor allem gegen Immigranten, Linke und letztlich alle Arbeiter richten und soll sie einschüchtern, damit sie keinen Widerstand gegen die zahllosen Angriffe der Bosse und deren SPD/Grünen-Regierung leisten.

Die Gewerkschaftsbürokraten sind schon dabei, die Klasseninteressen der Arbeiter auf dem Altar der „nationalen Einheit" an die Bosse zu opfern: Die ver.di-Führung ruft ihre Mitglieder auf, sich an der Regierungsdemonstration am Freitag zu beteiligen, was nur die Kriegsvorbereitungen und Repressionsverschärfungen der Bourgeoisie anfachen wird. Der französische KP-Minister Gayssot unterstützte die Unterdrückung ziviler Rechte durch das Programm „Vigipirate", das Unmut und Selbstverteidigung der Arbeiterklasse einschüchtern soll. Italienische Gewerkschaftsführer riefen auf zu reaktionären Streiks „gegen Terrorismus und für Demokratie" und machen so gemeinsame Sache mit den rechtmäßigen Erben Mussolinis in der Alleanza Nazionale; australische und italienische Gewerkschaftsspitzen stoppten geplante Streiks, um sich auf die Seite der Regierung zu stellen. Solche Aktionen werden die Bourgeoisie nur ermutigen, den arbeitenden Massen noch größere Opfer abzupressen. Schon nach Genua kündigten die europäischen Herrscher den Aufbau einer multinationalen Polizeitruppe an. Dabei wurden sie von der reformistischen Linken in Deutschland unterstützt, indem diese sich in die bürgerliche Hetze gegen den Schwarzen Block als angeblichen Verursacher von Gewalt einreihten. Jetzt, mit den furchtbaren und nicht zu verteidigenden terroristischen Akten gegen die USA, wischt sich der italienische Innenminister das Blut Carlo Giulianis von den Händen und kündigte gestern an, dass die „Genua-Affäre" „abgeschlossen" sei. Angesichts der Rezession sollte es klar sein, dass die Kugeln, die auf Anarchisten in Genua und Göteborg gefeuert wurden, von den EU-Mächten auf die Arbeiter Europas abzielten!

Ein Teil der deutschen Linken möchte sich nicht an Beschwörungen über den „Kampf gegen weltweiten Terrorismus" beteiligen. So liest man in *der jungen Welt*, die ein Sprachrohr für diverse Oppositionelle in der PDS ist, mehrere Artikel, die korrekterweise hervorheben, dass es gewöhnlicherweise die US-Imperialisten sind, die Terror auf die Welt niederregnen lassen. Nur sind die Kommentare in *der jungen Welt* der letzten beiden Tage ausschließlich gegen die USA gerichtet. Im Gegensatz dazu ziehen wir Trotzkisten im Geist des proletarischen Internationalismus eine *Klassenlinie:* gegen die kapitalistischen Herrscher im eigenen Land und in Solidarität mit unseren Klassenbrüdern und -Schwestern auf der ganzen Welt für sozialistische Weltrevolution, die einzige Lösung gegen Bigotterie, Rückständigkeit, religiösen Obskurantismus und die immer mehr spürbare Drohung eines Weltkriegs. Wir fühlen uns geehrt, die Erklärung unserer Genossen der SL/U.S. abzudrucken, die unter schwierigen Umständen und aus der Höhle der verwundeten und gefährlichen imperialistischen Bestie heraus veröffentlicht wurde.



---

12. SEPTEMBER - Der gestrige Anschlag auf das World Trade Center, begangen durch die Entführung von Zivil-



SPD/Grünen-Regierung benutzte Anschlag auf das World Trade Center sofort dazu, rassistische Hetze aufzupeitschen und den staatlichen Repressionsapparat auszubauen

flugzeugen, die hunderte von Passagieren und Besatzungsmitglieder tötete, war ein nicht zu verteidigender Akt kriminellen Terrors. Das World Trade Center kann vielleicht als Symbol des Reichtums und der globalen Ausdehnung des US-Imperialismus gesehen werden, aber in ihm waren Arbeiter aller Rassen, Ethnien und Religionen beschäftigt. Und um 9 Uhr morgens an einem Werktag waren tausende anderer Arbeiter - Nahverkehrsarbeiter, Bauarbeiter, Büroangestellte und unzählige andere - in den Zwillingstürmen oder in ihrer Nähe unterwegs.

Es geht nicht einfach nur darum, dass das Ziel nicht einmal eine Institution war, die die brutalen und mörderischen Herrscher des US-Imperialismus repräsentiert. Diejenigen, die diesen entsetzlichen Anschlag begingen (und es gibt überhaupt keinen Beweis dafür, wer es war), *haben dieselbe Mentalität wie die rassistischen Herrscher Amerikas - sie identifizieren die arbeitenden Massen mit ihren kapitalistischen Ausbeutern und Unterdrückern!*

Die herrschenden Parteien - Demokraten und Republikaner - sind nur allzu scharf darauf, die Toten und Verletzten benutzen zu können, um ihre kapitalistische Klassenherrschaft zu stärken. Es ist eine Gelegenheit für die Ausbeuter, mit Patriotismus â la „eine unteilbare Nation" hausieren zu gehen, um zu versuchen, den wachsenden Zorn am Boden dieser Gesellschaft von sich abzulenken, und zwar auf einen nicht definierbaren ausländischen „Feind" sowie auf Immigranten in den USA, und um ihr Arsenal an staatlicher Repression im eigenen Land gegen alle arbeitenden Menschen zu verstärken. Das kommt ihnen besonders gelegen, da weitere hunderttausende Arbeitsplätze vernichtet werden - und so den Berg menschlicher Armut, Elend und allseitiger Erniedrigung wachsen lassen, der durch die amerikanische herrschende Klasse in den letzten zehn Jahren geschaffen wurde durch die Zerstörung von Sozialprogrammen, die der Arbeiterklasse, Minderheiten und den Armen zugute kamen.

Jetzt heißt es „schart euch um die Fahne", während der republikanische Präsident Bush mit vollkommener und parteiübergreifender Unterstützung des Kongresses die Kriegsmaschine des Pentagon klarmacht für Terrorangriffe und Schlimmeres gegen die Menschen in den Ländern, die, wie sie behaupten, die Terroristen „beherbergten". Die letzte solcher „Vergeltungen", die auf die Bombardierung der US-Botschaften in Kenia und Tansania folgte, bestand darin, 80 Cruise Missiles auf Afghanistan und eine Arzneimittelfabrik im Sudan herabregnen zu lassen. Vorher gab es den massiven Krieg gegen Irak 1991, ein Krieg, der sich mit regelmäßigen US-Bombenüberfällen fortsetzt, während mehr als anderthalb Millionen Irakis durch die UN-Hungerblockade getötet wurden. Die kapitalistischen Medien erinnern mit grellen Überschriften an „Pearl Harbor". Aber es war der US-Imperialismus, der als erstes und einziges Land in der Welt Atomwaffen einsetzte bei der nuklearen Einäscherung einer *viertel Million Menschen* in Hiroschima und Nagasaki 1945.

Als Kommunisten in der Höhle des imperialistischen Löwen kämpfen wir darum, die arbeitenden Menschen hier

Fortgesetzt auf Seite 10

Spartakist-Veranstaltungen

Gegen Repression im eigenen Land, gegen imperialistische „Vergeltung"

Die Welt nach dem Anschlag auf das World Trade Center

Berlin

Donnerstag, 18. Oktober 2001,18.30 Uhr
KATO
im U-Bahnhof Schlesisches Tor
Kontakt: (030) 4 43 94 00

Hamburg

Samstag, 20. Oktober 2001,16.00 Uhr
Adama Restaurant, Amandastraße 58
U/S-Bahn Sternschanze
Kontakt: (040) 32 36 44

Anschlag...

Fortsetzung von Seite 9

in Opposition zu den Kriegszielen und militärischen Abenteuern der amerikanischen Herrscher im Ausland zu mobilisieren. Wir standen für die militärische Verteidigung Iraks gegen den US-Imperialismus während des Golfkriegs und angesichts der darauf folgenden Terrorbombardierungen, und wir waren von Anfang an gegen die Hungerblockade, die eine Kriegshandlung ist. Und als vor zwei Jahren die US-geführte NATO einen heftigen Angriff gegen Serbien führte, was die gesamte Infrastruktur dieses Landes zerstörte, entrollten wir das Banner: Stürzt den US-Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Verteidigt Serbien! In beiden Fällen, Irak und Serbien, sagten wir, dass es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder ist, die blutigen nationalistischen Regime, die sie unterdrücken, zu stürzen.

Gleich nach dem Anschlag auf das World Trade Center flogen schnell und wütend verschiedene erfundene „Vorfälle" durch die bürgerlichen Medien. Geschichten, dass das Flugzeug, das in Pennsylvania abstürzte, auf dem Weg nach Camp David war (woher wollen sie das wissen?), dass eine Bombe am Washington-Denkmal gelegt worden wäre, dass das Militär ein Flugzeug über Washington, D.C., abgeschossen hätte - alle Geschichten verschwanden fast so schnell, wie sie berichtet wurden. Das ist typische imperialistische Kriegspropaganda, genauso wie der fabrizierte Vorfall im Golf von Tonkin, den die USA benutzten, um ihren Krieg gegen Vietnam zu eskalieren, in dessen Verlauf drei Millionen Vietnamesen umgebracht wurden, bevor die heldenhaften Arbeiter und Bauern dieses Landes den amerikanischen Koloss besiegten.

Der Anschlag auf das World Trade Center wurde der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas, islamischen Gruppen wie Hamas, der afghanischen Taliban-Regierung und Osama Bin Laden zugeschrieben. Alle haben jegliche Verantwortung vehement zurückgewiesen. Aber selbst wenn es Bin Laden gewesen wäre, der jetzt ein Allzweckfeind des US-Imperialismus ist, er selbst ist eine Kreatur der amerikanischen imperialistischen Herrscher, die seine Dienste kauften und bezahlten während des islamischen „Heiligen Kriegs" gegen die sowjetische Armee in Afghanistan. Wir *begrüßten* die Intervention der Roten Armee in Afghanistan und stellten fest, dass sie eine der wenigen wirklich fortschrittlichen Handlungen der sowjetischen stalinistischen Bürokratie war, die die Möglichkeit eröffnete, die sozialen Errungenschaften der Russischen Revolution von 1917 auszuweiten, insbesondere auf die grausam unterdrückten Frauen Afghanistans. Ziel von Bin Laden und seinen CIA-unterstützten islamischen Fundamentalisten war es, Barbarei und Versklavung in Afghanistan aufrechtzuerhalten.

Aber es ist nicht einfach der scheinbar allgegenwärtige und nicht identifizierbare „äußere Feind", auf dessen brutale Unterdrückung sie sich vorbereiten. Die kapitalistischen Herrscher werden den Anschlag auf das World Trade Center auch dazu benutzen, die Macht ihres Staates - die Bullen, Gerichte, Gefängnisse und Streitkräfte - dramatisch auszubauen gegen den „inneren Feind". Nach dem Bombenanschlag in Oklahoma City 1995 erließ die Regierung von Clintons Demokratischer Partei den „Omnibus Counterterrorism Act" [Antiterrorismus-Sammelgesetz], wonach Immigranten und alle „Ausländer" in geheimen Verfahren vor Willkür-Gerichte ohne Jury gezerrt werden können, ohne dass auch nur eine Anklage präsentiert wird. Die Demokraten, mit der vollen Unterstützung der Republikaner, erließen auch den Effective Death Penalty Act [Gesetz über die Todesstrafe], das die Zahl von Verbrechen, für die die Todesstrafe verhängt werden kann, ausweitete.

Während sich die chauvinistische Hysterie überschlägt, werden die unmittelbarsten Ziele der Repressionskräfte alle Leute mit Abstammung aus dem Nahen Osten sein. Dies ist nicht nur der Fall in den USA, sondern auch in Westeuropa. So überflutet beispielsweise die französische Regierung die U-Bahnen mit paramilitärischen Polizeikräften, um Leute mit nordafrikanischer oder nahöstlicher Herkunft zu terrorisieren. Grundsätzlicher geht es darum, die multirassische Arbeiterklasse einzuschüchtern und von allen sozialen Kämpfen zurückzuhalten. Die Arbeiterleutnants der Bourgeoisie in der AFL-CIO-Bürokratie - die die Arbeiter an die Parteien ihrer Ausbeuter fesseln, besonders an die Demokraten - tun ohne Zweifel ihr Bestes in dieser Beziehung. Aber der Abstand zwischen einer Hand voll schrecklich Reicher, die von der immer brutaleren Ausbeutung profitieren, und dem Rest der Gesellschaft steigt exponentiell. Die Herrschenden fürchten, dass schon ein Funke des Protests zu einem sozialen Großbrand führen kann. Um ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten, ist es unabdingbar, dass sie ihre innenpolitischen Repressionskräfte ausbauen, die seit langem gegen die fürchterlich unterdrückten Massen in den Ghettos und Barrios eingesetzt werden.

Mit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion, einem Arbeiterstaat, der, wie bürokratisch degeneriert auch immer, eine Alternative zu kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung darstellte, rühmten sich die USA, die „einzige Supermacht der Welt" zu sein, und die imperialistischen Herrscher Amerikas dachten, sie könnten unangefochten über den Rest der Welt hinwegtrampeln. Es ist ein Maß für den intensiven Hass auf den US-Imperialismus, dass es möglich war, dass die Zerstörung des World Trade Centers, die wahrscheinlich tausende Unschuldige das Leben gekostet hat, enthusiastisch von vielen rund um die Welt begrüßt wurde. Es ist auch ein Maß davon, wie sehr es als unmöglich empfunden wird, den US-Imperialismus von innen heraus zu zerstören. Die Leute, die die Wall Street und Washington beherrschen, können und müssen *von innen* hinweggefegt werden, von der Arbeiterklasse der USA, die eine große Zahl von Schwarzen, Latinos und eine zunehmende Zahl von immigrierten Arbeitern aus dem Nahen Osten, dem indischen Subkontinent und Ostasien einschließt.

Die feige reformistische „Linke" in diesem Land, besonders personifiziert durch die International Socialist Organization (ISO), zeigt jetzt mit dem Finger darauf, dass die amerikanischen Herrscher während des Kalten Krieges Bin Laden und die afghanischen Taliban als „Freiheitskämpfer" unterstützt haben. Worüber die ISO nicht spricht, ist ihre



dpa

Israelische und palästinensische Frauen demonstrieren gemeinsam. Angesichts zionistischer Mordkampagne gegen Palästinenser fordern sie: Stoppt die Besatzung!

eigene Unterstützung dieser Reaktionäre gegen die sowjetische Rote Armee. In Europa haben die Gruppen, die einst als die „radikale Linke" bezeichnet wurden, längst ihre politischen Seelen an ihre „eigene" Bourgeoisie verkauft. Gegen den amerikanischen Imperialismus als den „Hauptfeind" zu schimpfen ist für sie einfach ein Alibi für ihre Lehnstreue zu ihren sozialdemokratischen Regierungen, die an die Macht gebracht wurden, um massive Austeritätsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse durchzuset/en.

In den neokolonialen Ländern, wo die Masse des Volkes mit dem totalen Bankrott des kleinbürgerlichen Nationalismus konfrontiert ist, gibt es ein Anwachsen des religiösen Obskurantismus, speziell des Islam. Angesichts der bewaffneten Macht des US-Imperialismus und der völkermörderischen zionistischen Herrscher, die er finanziert und bewaffnet, sehen einige kaum andere Alternativen, als sich Sprengstoff umzubinden und sich gegen die zu werfen, die sie als ihre Unterdrücker sehen.

Wer auch immer die Ausführenden der Selbstmord-Anschläge auf das World Trade Center waren, es war eine Demonstration der Mentalität von Leuten, die typischerweise als religiöse Fanatiker an eine gottgegebene Mission glauben, alle „Ungläubigen" auszulöschen. Solche islamischen Fanatiker sehen Gewerkschafter, Linke und unverschleierte Frauen als Ungläubige, die Gottes Zorn verdienen. Letztendlich unterscheidet sich ihre Einstellung nicht von der christlicher fundamentalistischer Eiferer, die Abtreibungskliniken in den USA bombardieren. Die inländische Geheimpolizei, das FBI, wurde bis vor kurzem von Louis Freeh geführt, einem Mitglied der wahrlich finsteren katholischen Opus Dei. Diese Einstellung unterscheidet sich auch nicht von der faschistoider Zionisten, die versuchen, die als jüdisches „heiliges Land" erachteten Gebiete von der palästinensischen Nation zu „säubern".

Terroristische Bombardierungen werden meist ausgeführt von nationalistischen oder religiösen Kräften, weil diese bestenfalls indifferent oder schlimmstenfalls feindlich gegenüber der gesamten Bevölkerung sind, die sie für den Feind halten. Der Anschlag auf das World Trade Center war und konnte nur zum Ziel haben, ein wahlloses Abschlachten möglichst vieler - normaler, multiethnischer, arbeitender - Menschen.

Als Marxisten lehnen wir Terrorismus als Strategie ab, auch wenn er von realen, wenn auch falsch geleiteten, antiimperialistischen Impulsen herrührt und sich als Ziel wirkliche Institutionen staatlicher Unterdrückung wählt, was in Bezug auf die Anschläge auf das World Trade Center eindeutig nicht der Fall war. Individuelle Taten, wie heroisch auch immer in speziellen Fällen, stehen im Gegensatz zu proletarischem Klassenkampf und dem Bewusstsein, das die Arbeiterklasse braucht, um an der Spitze aller Unterdrückten zu stehen beim revolutionären Umsturz des ganzen Systems imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Vielmehr dient solcher Terrorismus hauptsächlich dem bürgerlichen Staat als Vorwand, seine Unterdrückung zu verstärken.

Nach der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion haben die amerikanischen imperialistischen Herrscher als Ersatz für den Krieg gegen den „gottlosen Kommunismus" das Gespenst vom „islamischen Terrorismus" gesucht. Dies ist der neue äußere Feind, gegen den sie die Bevölkerung mobilisieren wollen. Sie zielen darauf, den Anschlag auf das World Trade Center zu benutzen, um weitere Unterstützung für ihren imperialistischen Terror im Ausland zu bekommen und um die Lüge zu fördern, dass die arbeitende Bevölkerung der USA gemeinsame Interessen mit ihren kapitalistischen Ausbeutern hätte. Wir sagen: US-Imperialismus - Hände weg von der Welt! Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Unser Zweck ist, eine proletarische, internationalistische, revolutionäre Partei aufzubauen, die in die Arbeiterklasse das Verständnis ihrer sozialen Macht und ihres historischen Interesses, der Totengräber des US-Imperialismus zu sein, hineinträgt.«



Die Botschaftsanschläge von 1998, Osama Bin Laden und die CIA

Die Afghanistan-Connection

Der nachfolgend abgedruckte Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 761, 6. Juli.*

Ende Mai verurteilte ein aus Geschworenen bestehendes Bundesgericht in New York vier islamische Fundamentalisten, die angeblich mit der Organisation Al Qaida von Osama Bin Laden in Verbindung standen, wegen der Bombenanschläge von 1998 auf die US-Botschaften in Tansania und Kenia, bei denen mehr als 200 Menschen getötet und weitere 4000 verwundet worden waren - überwiegend Einheimische. Aber am 12. Juli gaben die Geschworenen bekannt, dass sie der US-Bundesregierung nicht das Todesurteil liefern würden, das diese für einen der vier, Mohamed Rashed Daoud Al-'Owhali, gefordert hatte. Nur einen Tag nachdem die Regierung Timothy McVeigh durch die erste Hinrichtung auf Bundesebene seit 38 Jahren getötet hatte, war die Entscheidung der Geschworenen eine mutige Stellungnahme gegen die barbarische Vorstellung von „Gerechtigkeit", die von der US-Bourgeoisie genauso hochgehalten wird wie von den islamischen Fundamentalisten, die sie im Visier hatte.



Kennerly/Gamma-Laison

US-Präsident Reagan als Gastgeber von Mudschaheddin-Mördern im Weißen Haus während des US-finanzierten Terrorkriegs gegen sowjetische Soldaten und afghanische Frauen

Ein amerikanischer Diplomat, der den Anschlag in Kenia überlebte, prangerte die Geschworenen dafür an, dass sie keine „eindeutige Botschaft an die Unzufriedenen der Welt gerichtet haben, die darauf aus sind, die Vereinigten Staaten und ihre Bürger im- Ausland zu terrorisieren". Amerikas imperialistische Herrscher, die über ein Terrorarsenal verfügen, das viel Furcht erregender ist als alles, was Bin Laden aufbieten kann, brauchen keine Geschworenen, um eine „Botschaft" an die zu richten, die sie für Unzufriedene halten. Keine zwei Wochen nach den Bombenanschlägen schössen die USA *80 Marschflugkörper* auf Ausbildungslager in Afghanistan und auf eine „Bombenfabrik" im Sudan, die in Wirklichkeit die einzige Arzneimittelfabrik des Landes war.

Der Prozess in New York war ein Propagandaforum für den Krieg des US-Imperialismus gegen den „globalen islamischen Terrorismus". Nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion hat Washington versucht, im Gespenst des „islamischen Terrorismus" einen Ersatz für die „rote Gefahr" zu finden. Dieses Schreckgespenst wird heute benutzt, um alles zu rechtfertigen, von imperialistischem Terror in anderen Ländern (und sogar Bushs Plänen einer Atomraketenabwehr „Star Wars II") bis zu drakonischen Angriffen auf Rechte von Immigranten und bürgerliche Freiheiten im eigenen Land. Gegen arabische Immigranten und arabische Amerikaner, darunter linke Gegner des islamischen Fundamentalismus, wurden Hexenjagden veranstaltet und sie wurden durch „antiterroristische" Fahndungsnetze festgenommen. Am 28. Juni zwangen Mitarbeiter des Geheimdienstes sogar einen jungen Kongress-Praktikanten, das Weiße Haus zu verlassen, das er als Teil einer Delegation von amerikanischen Moslem-Führern besuchte.

In einer Sprache, die an die Kalte-Kriegs-Hetze gegen den sowjetischen KGB erinnert, wetterten Staatsanwälte, Al Qaida trainiere Agenten als „Schläfer" oder „U-Boote", die unentdeckt unter der örtlichen Bevölkerung leben. Bei Prozessbeginn brachte *Newsweek* (19. Februar) eine Titelgeschichte über Bin Laden unter der reißerischen Überschrift „Danger: Terror Ahead" [Vorsicht: Terror steht bevor]. Das FBI hat auf Bin Laden - das moderne Gegenstück von „Carlos dem Schakal", dem allgegenwärtigen, terroristischen Allzweck-Schreckgespenst der 70er- und 80er-Jahre - ein Kopfgeld von fünf Millionen Dollar ausgesetzt. Unter anderem wird Bin Laden für den Angriff auf den Zerstörer USS *Cole* letzten Herbst im Jemen verantwortlich gemacht. Und am 19. Juni nahm die jemenitische Polizei acht angebliche Agenten von Bin Laden fest wegen einer „Verschwörung", die amerikanische Botschaft in die Luft zu jagen.

Doch Bin Laden und seine Truppe wurden vom US-Imperialismus bewaffnet, trainiert und finanziert, als Teil des Krieges zur *Zerschlagung* der Sowjetunion. „Der Grund, warum er diese Taktik [von Bombenanschlägen] kennt", sagte der Anwalt von Al-'Owhali den Geschworenen, „ist der, dass wir sie ihnen gegeben haben, wir haben die Flasche geöffnet. Er weiß so viel, wie vermutlich die Leute von der CIA wissen, weil sie seine Lehrer waren." Das ist die reine Wahrheit und das gilt auch für die von der CIA gelieferten Bomben-„Rezepte". Während seines ganzen jahrzehntelangen Stellvertreterkriegs gegen die Rote Armee in Afghanistan unterstützte der amerikanische Imperialismus Bin Laden und seine verbündeten Mudschaheddin (Heilige Krieger) als „Freiheitskämpfer". Erst nachdem sie ihren Zweck im imperialistischen Kreuzzug gegen die Sowjetunion erfüllt hatten, wurden diese ehemals wertvollen Mitarbeiter der CIA als Terroristen denunziert.

Die Methoden von wahllosem Massenterror stehen völlig im Einklang mit den theoretischen Zielen der islamischen Fanatiker, die tausend Jahre menschlichen Fortschritts zurückdrehen wollen. In ihren Augen sind Leute, die nicht an Gott glauben, Gewerkschafter, Linke und unverschleierte Frauen alles Ungläubige, die den Zorn Gottes verdienen. Im Grunde ist ihre Einstellung nicht anders als die von fundamentalistischen christlichen Fanatikern, die in den USA Bombenanschläge auf Abtreibungsklinken verübten, oder die von faschistoiden Zionisten, die die palästinensische Nation aus dem Gebiet „säubern" wollen, das sie als jüdisches „Heiliges Land" betrachten.

Doch die terroristischen Taten, die Bin Laden & Co. zugeschrieben werden, verblassen im Vergleich zum Massenterror, den Amerikas „demokratische" Bourgeoisie verübt hat, um ihre reaktionäre kapitalistische Ordnung zu verteidigen. Wie der Anwalt von Al-'Owhali während der Anhörung zur Urteilsverkündung bemerkte, ist diese Regierung, die nach der Hinrichtung eines Moslems schreit, der wegen Terrorismus verurteilt wird, selber verantwortlich für die Terrorbombardierung und den Hungertod von über anderthalb Millionen irakischen Männern, Frauen und Kindern. Er hätte auch die nukleare Einäscherung von Hiroshima und Nagasaki 1945 anführen können, das Abschlachten von jeweils mehr als drei Millionen Menschen im Korea- und im Vietnamkrieg und die zahllosen anderen, ermordet bei „Operationen zur Auf Standsbekämpfung", die der US-Imperialismus und seine Agenten von den Philippinen bis Mittelamerika durchgeführt haben.

Die Mudschaheddin und die CIA

In einer dreiteiligen Serie unter dem Titel „Heilige Kriege", die die Ursprünge von Bin Ladens Organisation nachverfolgt, gibt die *New York Times* (vom 14.-16. Januar) zu: „AI Qaida erwuchs aus dem Dschihad, angestachelt von muslimischen Gelehrten, um das Eingreifen der Sowjetunion 1979 in Afghanistan zu bekämpfen." Weiter behauptet die *Times:* „Die Teilnehmer von fast jedem Anschlag auf die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in den letzten zehn Jahren haben das Kriegshandwerk und den Umgang mit Sprengstoff in afghanischen Lagern gelernt." Doch dieses Sprachrohr des amerikanischen Imperialismus, das den antisowjetischen Kreuzzug voll und ganz unterstützte, schreibt nicht, wer der Lehrer war. Bezeichnenderweise *verschleiert* die *New York Times* die wirkliche Geschichte von Bin Ladens Afghanistan Connection.

Schon 1950 wies der Kalte Krieger John Foster Dulles auf das „gemeinsame Band" mit den „Religionen des Ostens" im Kampf gegen den Kommunismus hin. In seinem Buch *Unholy Wars* [Unheilige Kriege] (2000) beschreibt der Berichterstatter von ABC, John Cooley, wie sich 30 Jahre danach „westliche Analytiker in Denkfabriken und bei den Geheimdiensten in Washington, London, Paris, Rom und anderswo fragten: Wer oder was ist der Hauptfeind von *unserem* Feind, dem Kommunismus? ... Der stillschweigende Konsens war, dass die - grundlegend antikommunistische - muslimische Religion, wenn man sie in die politische Ebene übersetzt, als mächtige Kraft gegen Moskau im Kalten Krieg eingespannt werden könnte."

Washington begann von dem Zeitpunkt an, Waffen an die Mudschaheddin zu schleusen, als die mit den Sowjets verbündete Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) im April 1978 an die Macht kam. Bestehend aus linken Nationalisten, die das Land modernisieren wollten, versuchte die DVPA ein Programm umzusetzen für eine Neuaufteilung des Landes, die Senkung des Brautpreises, die Ausbildung von Frauen und ihre Befreiung aus dem Gefängnis des vom Kopf bis zu den Füßen reichenden Schleiers, *Burma* genannt. Im Kontext des rückständigen, von der Welt abgeschnittenen Afghanistans waren diese relativ bescheidenen Reformen nichts anderes als revolutionär. Als die riesige islamische Hierarchie einen grausamen Aufstand gegen die DVPA startete, intervenierte im Dezember 1979 die Sowjetunion, um den Zusammenbruch des von ihr abhängigen Regimes zu verhindern. Angefangen unter dem Demokraten Jimmy Carter und dann weiter unter dem Republikaner Ronald Reagan nutzten die USA die Intervention der Roten Armee, um eine erneute weltweite antisowjetische Offensive - zweiter Kalter Krieg - in Gang zu setzen, und insbesondere führten sie einen Stellvertreterkrieg, um in Afghanistan sowjetische Soldaten und Offiziere umzubringen.

Für Marxisten war es keine Frage, welche Seite die arbeitenden Menschen und die Unterdrückten der ganzen Welt in diesem Konflikt hatten. Durch die Gefahr einer CIA-unterstützten islamischen Machtübernahme an der südlichen Grenze der UdSSR stellte sich knallhart die Notwendigkeit der *bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion,* eines bürokratisch degenerierten Arbeiterstaats. Außerdem eröffnete die sowjetische Militärintervention die Möglichkeit der sozialen Befreiung der afghanischen Massen, insbesondere von Frauen (siehe: „Afghanistan: Women Enslaved by Islamic Reaction"

Fortgesetzt auf Seite 14



AP

Clinton-Regierung befahl Cruise-Missiles-Angriff auf Arzneimittelfabrik im Sudan mit der Behauptung, dort würden Bomben für Osama Bin Laden hergestellt

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 13

[Afghanistan: Frauen durch islamische Reaktion versklavt], *Workers Vanguard* Nr. 756, 13. April). Dies war, wie wir damals schrieben, der erste Krieg der modernen Geschichte, in dem die Rechte von Frauen eine zentrale Frage waren. Wir Trotzkisten erklärten: *Hoch die Rote Armee! Weitet die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!*

Nichts entlarvt gründlicher den Anschein, die „Menschenrechte" zu verteidigen - den sich die imperialistischen Herrscher gelegentlich geben -, als die Tatsache, dass dies ihre Rechtfertigung für die Unterstützung des brutalen Krieges der islamischen Fundamentalisten war, um Afghanistans Frauen in der Versklavung zu halten. Doch die meisten der reformistischen und zentristischen Linken wurden so von Antikommunismus angetrieben, dass sie im Gleichschritt hinter den CIA-unterstützten Mudschaheddin-Mörderbanden liefen und die imperialistische Forderung nachbeteten: „Sowjetische Truppen raus aus Afghanistan!"



Afghanistan Today

Von den USA gelieferte Stinger-Raketen wurden eingesetzt, um im März 1987 ein Passagierflugzeug abzuschießen, das afghanische Schulkinder beförderte

Unter diesem Schlachtruf unternahm der US-Imperialismus die größte verdeckte CIA-Operation der Geschichte. Der „Schattenetat" der CIA *vervierfachte* sich von geschätzten 9 Milliarden Dollar 1980 auf 36 Milliarden Dollar 1990. Ein Teil davon wurde benutzt, um einen Terrorkrieg der Kontra-Söldnertruppen der CIA gegen das linksnationalistische Sandinista-Regime in Nikaragua zu finanzieren. Doch der Hauptteil dieser Milliarden ging an eine Reihe von Mudschaheddin-Gruppen im pakistanischen Peschawar und an Pakistans Geheimdienst (ISI), der unter der Leitung von Generalleutnant Hameed Gul, einem glühenden Islamisten, stand. Mitte der 80er-Jahre bekamen die Mudschaheddin jährlich 65 000 Tonnen an Kriegsmaterial.

1986 bewilligte der US-Kongress einen dreiteiligen Plan von CIA-Direktor William Casey, den Stellvertreterkrieg der USA in Afghanistan zu intensivieren. Anstatt die afghanischen Reaktionäre nur mit in Ägypten, China, Israel und Südafrika gekauften Waffen aus sowjetischer und chinesischer Produktion auszustatten - so dass die USA eine direkte Rolle im Krieg „plausibel abstreiten" konnten -, begann die CIA amerikanische Boden-Luft-Raketen vom Typ Stinger zusammen mit amerikanischen militärischen Ausbildern zu liefern. Zweitens einigten sich die CIA, der pakistanische ISI und der britische MI-6, Guerilla-Angriffe auf die Sowjetunion selbst zu starten, indem sie deren zentralasiatische Republiken Tadschikistan und Usbekistan ins Visier nahmen, die viele Soldaten für den Einsatz in Afghanistan stellten.

Schließlich machte die CIA bei dem vom ISI-Chef Gul begonnen Kreuzzug mit, islamische Fanatiker aus der ganzen moslemischen Welt, so genannte „arabische Afghanen", für die Mudschaheddin zu rekrutieren. Laut eigenen Schätzungen der CIA wurden *70000* islamische Fundamentalisten aus mehr als 50 Ländern in den Madrassas, den „Dschihad-Universitäten", ausgebildet, die immer noch in Peschawar und anderswo florieren. „Wir kämpfen einen Dschihad und dies ist die erste islamische internationale Brigade der Neuzeit", prahlte Gul. „Die Kommunisten haben ihre internationalen Brigaden, der Westen hat die NATO, warum können sich die Moslems nicht zusammenschließen und eine gemeinsame Front bilden?" Das Organisationszentrum für diese internationalen Anstrengungen war das Makhtab al Khadimat (Büro der Dienste), das 1984 von einem islamischen Gelehrten in Islamabad eingerichtet wurde.

Zu denen, die nach Peschawar strömten, um an dem von den USA finanzierten „Heiligen Krieg" gegen den Kommunismus teilzunehmen, gehörte der saudi-arabische Millionär Osama Bin Laden. Laut *Taliban: Militant Islam, Oil and Fundamentalism in Central Asia* [Taliban: Militanter Islam, Öl und Fundamentalismus in Zentralasien] (2000) von Ahmed Rashid „hatte der ISI lange gewollt, dass Prinz Turki Bin Faisal, der Chef von Istakhbarat, dem saudischen Geheimdienst, dafür sorgt, dass ein Prinz der Königsfamilie das saudische Kontingent anführt, um den Moslems die Ergebenheit der. Königsfamilie zum Dschihad zu zeigen." Wenn auch nicht königlicher Herkunft, so war Bin Laden der Sohn eines Baumagnaten, der ein enger Freund des früheren saudischen Königs Faisal gewesen war. Bin Laden, Turki und Gul „sollten feste Freunde und Verbündete für eine gemeinsame Sache werden". Ein anderer fester Freund war Gulbuddin Hekmatyar, ein bedeutender Empfänger amerikanischer Großzügigkeit, der seine Karriere als „Heiliger Krieger" begann, indem er Säureanschläge auf Universitätsstudentinnen in Kabul verübte. Es war Hekmatyar, den der ISI für die Führung der Überfälle und Raketenangriffe 1987 im sowjetischen Tadschikistan auswählte.

Bin Laden zog 1982 nach Peschawar, nachdem er seit 1980 mehrmals dort gewesen war, um saudisches Geld abzuliefern. Es war nicht nur der pakistanische ISI, der Bin Ladens Anwesenheit begrüßte. Wie John Cooley in *Unholy-Wars* berichtet: „Als 1981 der CIA-Chef Casey und seine saudischen Verbündeten, Kamal Adhan und Prinz Turki. nach neuen Quellen zur geheimen Finanzierung des Afghanistan-Feldzugs suchten, standen die Bin-Laden-Unternehmen alle auf einer kurzen Liste von möglicherweise hilfreichen Familien." 1986 beauftragte die CIA Bin Laden, beim Bau eines riesigen Tunnelkomplexes in Khost, unter den Bergen in der Nähe zur Grenze mit Pakistan, zu helfen. Das Ziel der CIA war es, seine afghanischen Mörder mit einem großen Waffenlager, einem Ausbildungszentrum und einem medizinischen Zentrum auszustatten. Hier war es auch, wo Bin Laden sich entschloss, sein eigenes Ausbildungslager für

„arabische Afghanen" zu errichten. Später berichtete er, dass seine „Freiwilligen von pakistanischen und amerikanischen Offizieren ausgebildet wurden. Die Waffen wurden von den Amerikanern, das Geld von den Saudis geliefert" (zitiert in *Taliban).*

Was sie im Kalten Krieg säten, ernten sie nun

1989 hatte der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow die letzten sowjetischen Truppen aus Afghanistan abgezogen, wobei er die imperialistische Propaganda wiederholte, dass Afghanistan ein militärisches Schlamassel, ein „russisches Vietnam", geworden sei. Gorbatschows Verrat entsprang der ganzen Einstellung der stalinistischen Bürokratie, die die Interessen des internationalen Proletariats der Verteidigung ihrer eigenen privilegierten Position unterordnete, eine parasitäre Schicht, die sich auf die kollektivierte Wirtschaft stützte. So unterminierte sie die Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaats selbst. Wir kämpften für eine proletarisch-politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen und die Sowjetunion zum bolschewistischen Internationalismus von Lenin und Trotzki zurückzubringen.

Indem sie eine alte Zeitungsente wieder aufwärmt, behauptet die Serie der *New York Times,* dass sich „das Blatt im Afghanistan-Krieg" wendete, als die Stinger-Raketen, die von den USA seit 1986 geliefert wurden, „die sowjetischen Flugzeuge zwangen, hoch über dem Schlachtfeld zu fliegen". Doch wie der amerikanische Militärexperte Alan Kuperman in einem Artikel von 1999 unter dem Titel „The Stinger Missile and U.S. Intervention in Afghanistan" [Die Stinger-Rakete und die US-Intervention in Afghanistan] im *Political Science Quarterly* bemerkte: „Die Stinger wurde wirksam durch technische und taktische Gegenmaßnahmen neutralisiert, lange bevor die Sowjets tatsächlich ihren Abzug abschlössen. Folglich gibt es keinen Beweis, dass die Stinger den sowjetischen Rückzug auch nur beschleunigt hat."

Diese High-Tech-Waffen waren aber nützlich beim Terror gegen Zivilisten. Es gab keinen Aufschrei aus Washington gegen „islamischen Terror", als die Mudschaheddin in Khost im März 1987 eine Stinger-Rakete einsetzten, um eine zivile Verkehrsmaschine abzuschießen, die afghanische Kinder zum Studium in die UdSSR brachte, und dabei alle 52 Passagiere töteten.

Was zu dem sowjetischen Rückzug führte, waren der Verrat der damals in den letzten Zügen liegenden stalinistischen Bürokratie und ihre endlosen Versuche, den US-Imperialismus zu beschwichtigen. In Wirklichkeit hatte die Rote Armee die Mudschaheddin Mitte der 80er-Jahre in die Flucht geschlagen. Viele bei den sowjetischen Truppen, die dort kämpften, glaubten aufrichtig, dass sie ihre internationalistische Pflicht erfüllten, besonders Soldaten aus Zentralasien, die in der Armut und Rückständigkeit von Afghanistan die Zustände sahen, die noch vor drei Generationen in ihren Heimatländern existiert hatten, bevor die Oktoberrevolution sie vom Mittelalter in die Neuzeit katapultiert hatte.

Die sowjetische Militärintervention stand im Widerspruch zum nationalistischen stalinistischen Dogma des „Sozialismus in einem Land". Wir warnten von Beginn an, dass die Kreml-Bürokratie vielleicht einen Deal mit den Imperialisten machen und abziehen würde. Zur Zeit von Gorbatschows Abzug betonten wir gegenüber sowjetischen Arbeitern und Soldaten, dass es viel besser wäre, die Konterrevolution in Afghanistan zu besiegen, als mit ihr in Leningrad konfrontiert zu werden. Der belagerten afghanischen Regierung unterbreiteten wir ein Angebot, internationale Brigaden zu organisieren, um gegen die Mudschaheddin-Mörderbanden „bis zum Tod zu kämpfen". Dieses Angebot wurde abgelehnt, doch das Partisan Defense Committee [eine nichtsektiererische, klassenkämpferische Organisation zur Verteidigung von Fällen und Anliegen im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten, in politischer Übereinstimmung mit der SL/U.S., der amerikanischen Sektion der IKL] griff den Appell der DVPA auf, eine internationale Hilfskampagne für die belagerte Stadt Jalalabad zu organisieren. In den folgenden drei Jahren führten die Truppen der Kabuler Regierung, besonders die aus Frauen bestehenden Milizen, einen heldenhaften Kampf, wurden jedoch schließlich von den durch die USA unterstützten Fundamentalisten überrannt.

Der Verrat der Stalinisten an Frauen, Arbeitern und Linken in Afghanistan kündigte den Sieg der kapitalistischen Konterrevolution 1991/92 in der Sowjetunion selbst an. Die Imperialisten gratulierten sich zu ihrem Sieg im Kalten Krieg, wobei sie die Rolle, die ihre islamischen Verbündeten gespielt hatten, gebührend anerkannten. Der Nationale Sicherheitsberater unter Jimmy Carter, der wahnsinnige Antikommunist Zbigniew Brzeziñski, wetterte: „Was war weltgeschichtlich bedeutender? Die Taliban oder der Untergang des Sowjetreiches? Ein paar aufgehetzte Moslems oder die Befreiung von Mitteleuropa und das Ende des Kalten Krieges?"

Doch die „aufgehetzten Moslems", die von Brzeziñski arrogant abgetan wurden, hatten ihre eigene Tagesordnung.

Fortgesetzt auf Seite 16

Planeta



Quidu/Gamma

Vor dem sowjetischen Abzug 1989 waren mehr als die Hälfte der Studenten an der Kabuler Universität Frauen. Der Sieg der islamischen Reaktionäre hat zur erneuten Versklavung der afghanischen Frauen geführt

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 15

Wie Ahmed Rashid in *Taliban* bemerkt: „Die meisten dieser Radikalen spekulierten: Wenn der afghanische Dschihad eine Supermacht, die Sowjetunion, besiegt hatte, könnte er nicht auch die andere Supermacht, die USA, und ihre eigenen Regime besiegen?" Als König Fahd den USA erlaubte, Saudi-Arabien, die Heimat der heiligsten muslimischen Stätten, als Ausgangsbasis für den imperialistischen Krieg gegen den Irak zu benutzen, empörte dieses Sakrileg Bin Laden und seine fundamentalistischen Mitstreiter zutiefst. 1992 war Bin Ladens Abscheu gegenüber dem saudischen Regime inzwischen so offen, dass er gezwungen wurde, in den Sudan zu fliehen, wo ein anderes islamisches Regime an der Macht war. Nachdem er 1996 auch aus dem Sudan vertrieben wurde, kehrte Bin Laden zu seiner Ausbildungsbasis zurück, die er in Khost während des antisowjetischen Krieges gemeinsam mit den USA errichtet hatte. Genau diese Basis wurde 1998 von den USA bombardiert.

1995 begann eine von CIA und FBI gebildete Spezialeinheit für Terrorismusbekämpfung, Nachforschungen über Bin Laden anzustellen. Doch, wie die Serie der *New York Times* berichtet, „folgte die Untersuchung Spuren, die sogar noch weiter zurückreichten - zu einer Gruppe von islamischen Aktivisten, die häufig ein kleines Büro in Brooklyn aufsuchten und deren erklärtes Ziel es war, Geld zu beschaffen und Kämpfer zu rekrutieren, um den Einsatz der amerikanisch unterstützten Mudschaheddin im Krieg gegen die Sowjetunion in den 80er-Jahren zu unterstützen. Einige der Aktivisten in dieser Gruppe wurden später für den Bombenanschlag 1993 auf das World Trade Center verurteilt." Der angeblich führende Kopf dieses Anschlags, der ägyptische Geistliche Scheich Omar Abdel Rahman, der derzeit eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßt, war ein weiterer Verbündeter von Bin Laden aus dem Afghanistan-Krieg. Damals betrachtete die CIA Rahman als „wertvolle Kraft". Obwohl Rahman auf einer schwarzen Liste der USA für „Terrorismus" stand, konnte er 1990 mit einem Spezialvisum in die USA einreisen, das von amerikanischen Geheimdienstmitarbeitern im sudanesischen Khartum ausgestellt worden war.

„Menschenrechts"-Imperialismus: zynisch und barbarisch

Heute wollen Amerikas Herrscher die engen Beziehungen verbergen, die sie früher mit Bin Laden & Co. hatten. Als der Leiter des New Yorker FBI-Büros 1993 in einer Fernsehsendung erwähnte, dass die CIA mehrere der für den Bombenanschlag auf das World Trade Center Verurteilten ausgebildet hatte, wurde er schnell aus seiner Stellung versetzt. Bei ihrer selektiven Darstellung von Bin Ladens Ursprüngen vermeidet die *New York Times* peinlich genau, irgendeine direkte Verbindung zwischen der CIA und Bin Laden (oder Rahman) aufzuzeigen, wobei sie sogar die Rolle der CIA beim Bau des Gebäudekomplexes in Khost übergeht.

Doch die Wahrheit ist hartnäckig. Als die Staatsanwälte im jüngsten Prozess ein „Terrorismus-Handbuch" in arabischer Sprache als Beweis für Bin Ladens Komplizenschaft bei den Botschaftsanschlägen vorlegten, entpuppte es sich als auffallend ähnlich zu Handbüchern, die die CIA in den 80er-Jahren an ihre Contra-Mörder und afghanischen Mudschaheddin verteilt hatte. Im CIA-Handbuch war auch eine Anleitung zum Bau einer Bombe - hergestellt aus einem Gemisch von Dünger und Heizöl -, wie die, die einen 60 Meter breiten Krater in einen der Zwillingstürme des World Trade Centers gesprengt hatte. Diese Bombe wurde von einem Informanten des FBI gebaut!

Die Regierung ließ im Prozess zu den Botschaftsanschlägen auch einen Zeugen aussagen, dass Bin Laden einmal versucht habe, im Sudan auf dem Schwarzmarkt Uran zu kaufen. Doch die islamischen Veteranen des Afghanistan-Kriegs haben schon genug „Massenvernichtungswaffen" dank ihrer früheren amerikanischen Chefs. Es wird geschätzt, dass mehr als 500 Stinger-Raketen nach dem sowjetischen Abzug aus Afghanistan 1989 „verloren gingen". Bin Laden allein hat angeblich mindestens ein Dutzend dieser hoch entwickelten Waffen.

In einer Kurzbiografie in der *New York Times* über die von Clinton eingesetzte Bundesrichterin Mary Jo White wird bemerkt, dass praktisch alle Untersuchungen und Strafverfolgungen gegen „islamischen Terrorismus" von ihrem New Yorker Gerichtsbezirk aus betrieben wurden - einschließlich des Bombenanschlags auf die *Cole* im Jemen! Das ist kein Zufall. Die New Yorker Büros von CIA und FBI waren Dreh- und Angelpunkt bei der Rekrutierung von Mudschaheddin in den USA, die weitgehend organisiert wurde vom Alkifah-Flüchtlingszentrum („ein kleines Büro in Brooklyn"). Mary Anne Weaver berichtet in ihrem Buch *A Portrait of Egypt* [Ein Portrait Ägyptens], dass ein führender ägyptischer Beamter ihr gesagt hat, Alkifah sei „während des *Dschihad* eine Frontorganisation der CIA [gewesen]: Geld, sagte er, wurde durch sie gewaschen, Waffen wurden verschickt und arabische Amerikaner rekrutiert und ausgebildet."

Die Taliban-Miliz, die sogar nach den Maßstäben der Mudschaheddin fanatisch ist, wurde unter der Schirmherrschaft der Geheimpolizei des ISI in den afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan gegründet und aufgebaut. Die Taliban gingen schließlich als stärkste Fraktion der Mudschaheddin aus den mörderischen gegenseitigen Fehden hervor, die nach dem Sturz des DVPA-Regimes ausbrachen. Pakistan und Saudi-Arabien sahen in den Taliban - sunnitische Moslems, die sich auf die Paschtunen, die größte der einheimischen ethnischen Gruppen, stützen - eine Kraft der Stabilität in Afghanistan und ein Gegengewicht zum schiitischen Iran.

Deshalb unterstützten auch die USA den Aufstieg der Taliban zur Macht. Doch Washington hatte ein zusätzliches Interesse, eine starke Zentralregierung unter der Herrschaft der Taliban zu unterstützen. Das in Amerika sitzende Unternehmen Unocal Oil prüfte ernsthaft die Idee, eine Pipeline durch Afghanistan zu bauen, um reiche Erdgas- und Ölfelder auszubeuten, die gerade in Zentralasien erschlossen

wurden. Es gab kein Wort der Kritik aus Washington, als die Taliban nach der Eroberung von Herat 1995 tausende Mädchen zwangen, die Schule zu verlassen, oder ein Jahr später nach der Einnahme von Kabul Frauen praktisch unter Hausarrest stellten - entsprechend der strengen islamischen Regel *Purdah* (Abgeschlossenheit). Im Gegenteil, der für Südasien zuständige stellvertretende Außenminister betonte: „es ist nicht im Interesse von Afghanistan oder irgendjemandem von uns hier, die Taliban zu isolieren".

Ende 1997 demonstrierte die Außenministerin Madeleine Albright eine Veränderung in der US-Politik, als sie die afghanischen Herrscher zynischerweise für ihre Behandlung von Frauen geißelte. Das Taliban-Regime hatte sich geweigert, US-Forderungen nach einer Auslieferung Bin Ladens" nachzugeben, und die geplante Unocal-Pipeline erschien nicht mehr wirtschaftlich. Außerdem war die Not von afghanischen Frauen unter der Herrschaft der Taliban zu einem gewissen Thema bei amerikanischen Liberalen und Feministinnen geworden, die früher die Mudschaheddin gegen die sowjetische Interventionsarmee unterstützt hatten. Durch die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Afghanistan verschärfte Washington den Hunger und die Verwüstung, die aus fast zwei Jahrzehnten Bürgerkrieg resultierten und durch eine Dürre kurz zuvor verschlimmert wurden. Unterdessen finanzieren die USA weiter den rivalisierenden Mudschaheddin-Kriegsherrn Schah Massud, einen weiteren alten Freund der CIA, der einen kleinen Teil im nördlichen Afghanistan kontrolliert.

Der US-unterstützte Terrorkrieg gegen die Rote Armee in Afghanistan zwang fünf Millionen Menschen, das Land zu verlassen, verwüstete, was an Wirtschaft und Infrastruktur während der sowjetischen Präsenz aufgebaut worden war, und führte dazu, dass die afghanischen Frauen wieder versklavt wurden. Dieser Krieg ebnete der kapitalistischen Konterrevolution überall in der Sowjetunion und Osteuropa den Weg, die zig Millionen arbeitende Menschen in äußerste Armut stürzte. Von der Bewaffneten Islamischen Gruppe in Algerien bis zum Islamischen Dschihad in Ägypten gingen die - vom Krieg gegen die Sowjetunion hervorgebrachten und genährten - „arabischen Afghanen" dann daran, in anderen Ländern reaktionäre Bewegungen zu schüren, wobei sie sich den allgemeinen Hass gegen die brutalen nationalistischen Regime und die imperialistischen Austeritätsmaßnahmen, die diese durchsetzen, zunutze machen.

Heute erklären die USA zynischerweise dem „islamischen Terror" den Krieg, um den unterdrückten Völkern auf der ganzen Welt ihren Willen aufzudrücken. Zwar sind Osama Bin Laden und seinesgleichen ziemlich finster, doch die gefährlichsten Terroristen der Welt sind die kapitalistischen Herrscher Amerikas. Tatsächlich ist Massenterror zur Unterdrückung von allem, was auch nur entfernt an eine soziale Revolution der Arbeiter- und Bauernmassen erinnert, unerlässlich für die Verteidigung dieses Systems, das auf der Ausbeutung der großen Mehrheit durch eine kleine Minderheit basiert.

Die Schrecken, die durch den „Heiligen Krieg" des US-Imperialismus gegen die Sowjetunion in Afghanistan erzeugt wurden, zeigen überdeutlich, dass das kapitalistische System lange aufgehört hat, eine Triebkraft für gesellschaftlichen Fortschritt zu sein, und stattdessen zum Nährboden für barbarische Reaktion geworden ist. Durch sie wird das marxistische Verständnis zugespitzt deutlich, dass die Alternative, vor der die Menschheit steht, Sozialismus oder Barbarei heißt. Wir kämpfen für die Wiederschmiedung einer trotzkistischen Vierten Internationale, die die Arbeiterklasse in den USA und auf der ganzen Welt in neuen Oktoberrevolutionen zum Sieg führt.«



Spartakist

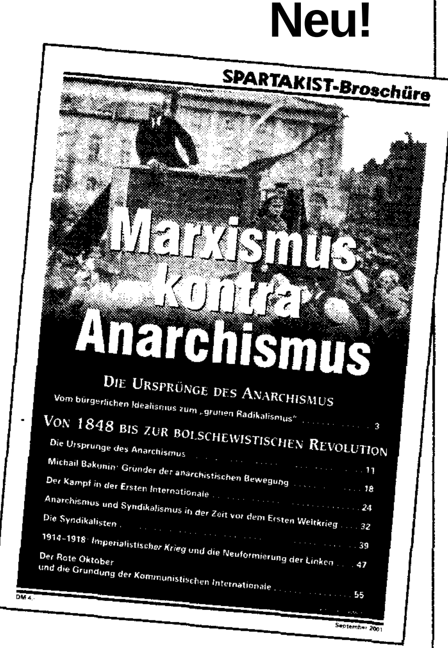
1980, Campus Frankfurt/Main: TLD, Vorläufer der SpAD, ruft auf für den Sieg der Roten Armee in Afghanistan gegen die CIA-gestützten Mudschaheddin

Neu!

Diese Broschüre präsentiert eine umfassende historische Analyse über die Ursprünge des Anarchismus und die Ansichten seiner Führer seit der Pariser Kommune 1871 und der Spaltung in der I. Internationale. Weitere Artikel behandeln die Periode vor dem Ersten Weltkrieg und die Auswirkung des Krieges, der Oktoberrevolution 1917 und der Gründung der Kommunistischen Internationale auf die anarchistischen und syndikalistischen Bewegungen.

Der erste Artikel wendet sich an heutige radikale Jugendliche, die durch das ideologische Klima vom „Tod des Kommunismus" geprägt sind und zu allen Varianten des Anarchismus, grünem Radikalismus und linken Liberalismus hingezogen werden. Die Broschüre ist dem Kampf gewidmet, eine neue Generation für den revolutionären Marxismus zu gewinnen, den Kommunismus, der Lenins und Trotzkis bolschewistische Partei inspiriert hat.

DM 4,- (64 Seiten)



Zu beziehen über die Kontaktadresse

Antikriegstreffen...

Fortsetzung von Seite 4

Eintreten für UNO oder OSZE als Alternative zur US-geführten NATO bringt das Bestreben eines Teils der deutschen Bourgeoisie zum Ausdruck, eine unabhängigere Rolle von den USA einzunehmen, im Block mit Frankreich und auch Russland, um so die Interessen des deutschen Imperialismus besser voranzubringen. Dies ist Ausdruck der immens gewachsenen interimperialistischen Rivalitäten um die Ausplünderung der Welt, Rivalitäten, die die Imperialisten seit der kapitalistischen Konterrevolution nicht mehr ihrer gemeinsamen Feindschaft gegen den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion unterordnen müssen.

Zurück zum Berliner Treffen. Nach dem Zensurversuch des Vorsitzes setzten wir unsere Intervention fort: „Wir haben schon im Balkankrieg erklärt, dass die Opposition der PDS zum Krieg nicht gegen den deutschen Imperialismus gerichtet ist, sondern gegen die US-Führung dieses Kriegs. Die PDS war einfach für eine Alternativstrategie für den deutschen Imperialismus. Deswegen ist es keine Überraschung, dass sie auf dieser chauvinistischen Demo ist. Könnte die GAM uns hier offen erklären, ob sie für die PDS stimmen wird? Wie soll man mit solch einem Bündnis gegen den NATO-Krieg stehen? Für uns steht der Hauptfeind im eigenen Land." Eine Antwort auf unsere Frage erhielten wir von der GAM nicht.

Für die isl erklärte dann Sascha Kimpel - der nach Genua gegen den Schwarzen Block gehetzt hatte *(Tagesspiegel, 25.* Juli) -, wie stark der „Friedenswillen" auf der Regierungsdemo war, aber angesichts der jetzigen Medienkampagne müsse man befürchten, als Vaterlandsverräter beschimpft zu werden, wenn man sich gegen Krieg ausspricht. Die PDS mache gerade Wahlkampf, der ein Wahlkampf Krieg gegen Frieden sein werde. Man solle sie einbeziehen. Wir erklärten:

„Meine Vorrednerin hat ganz richtig bemerkt, dass beim letzten Balkankrieg relativ wenige auf der Straße waren. Aber das lag nicht daran, wie sie meint, dass es nicht rechtzeitig ein Bündnis gegeben hat. Sondern es war politisch: Eine SPD/Grünen-Regierung hat Deutschland in den Krieg geführt. Und deswegen haben ja auch Gruppen wie die GAM den NATO-Krieg unterstützt. Sie haben zur Wahl der SPD aufgerufen und unterstützen diese Regierung. Wenn die CDU an der Macht gewesen wäre, hätten wir eine Million Menschen am Alexanderplatz gehabt mit Joschka Fischer als Redner. SPD/Grüne wurden ja genau zu diesem Zweck an die Macht gebracht, dass Deutschland wieder Krieg führen kann.

Die isl hat wahrlich die Katze aus dem Sack gelassen, worum es hier geht. Die PDS führt Wahlkampf und wir sollen sie einbeziehen. Sie beklagen sich, dass die PDS heute nicht hier sei. Die GIS sagte, es sei unklar, wo die PDS stehen würde. Nun, sie steht heute am Brandenburger Tor und peitscht deutschen Nationalismus auf! Da stehen sie: an der Seite der Regierung... Ganz einfach. [Freude bei einem Teil des Publikums, Ärger bei GAM und isl. Alle lauschen gespannt.]

Herr Kimpel von der isl äußerte große Furcht, man könnte ihn als Vaterlandsverräter bezeichnen. Das wäre ja auch eine völlig neue Erfahrung für ihn! Im Balkankrieg war er noch Teil des RSB. Und damals rief der RSB zur Unabhängigkeit des Kosovo auf. Das war aber gerade der Vorwand der NATO für diesen Krieg. Aber wir können Herrn Kimpel beruhigen, wir werden ihn energisch gegen jeden solchen Vorwurf in Schutz nehmen, denn er steht wirklich nicht in Opposition zum deutschen Imperialismus. Für uns Spartakisten ist der Vorwurf des Vaterlandsverrats aus dem Munde von Chauvinisten eine Ehre. Ja, das Proletariat hat kein Vaterland, und wir haben auch keines! Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Die GAM hat unsere Frage bezüglich ihrer PDS-Wahl nicht beantwortet. Das müssen sie auch gar nicht. Dafür haben sie ja die isl. Die GAM kümmert sich darum, die Linkeren in dieses Bündnis einzubinden. Und genau dafür hat die GAM hier ein paar nette Losungen vorgeschlagen. Nun, wie war's denn mit der: PDS - sozialchauvinistische Kriegshetzer für deutschen Imperialismus! Oder: SPD/Grüne - imperialistische Schlächter! Stürzt deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Und was Antiamerikanismus angeht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Seht ihr. und das ist genau das Problem, was wir mit diesem Bündnis haben: Man kann nicht gegen den deutschen Imperialismus und die NATO kämpfen mit Leuten, die die PDS unterstützen. Und der ganze Zweck dieses Bündnisses ist nichts anderes, als Leute wieder zurück hinter die PDS und ihre Wahlurne zu kanalisieren.

Die GAM ruft auf zum Kampf gegen verschärfte Repression. Genua wurde erwähnt. In Genua ließ die bürgerliche Demokratie ihre Maske fallen und zeigte ihr wahres Gesicht: die Diktatur der Bourgeoisie. In der Tat, nach den Schüssen in Genua und Göteborg gegen Anarchisten wollte Schily eine Europäische Polizeieinheit aufstellen. Repression soll jetzt extrem verstärkt werden. Nach Genua hat sich die reformistische Linke mit ihrer Hetze gegen den Schwarzen Block zum linken Handlanger Schilys gemacht, der bestrebt war, das Ansehen der bürgerlichen Demokratie wieder aufzupolieren und die Anarchisten für den Staatsterror verantwortlich zu machen. Und dann der RSB. Zuerst verteidigten sie den Schwarzen Block. Aber jetzt kamen sie heraus mit ‚10 Thesen zum Schwarzen Block', wo sie einerseits erklären, den Schwarzen Block zu verteidigen, gleichzeitig aber zu Ordnerdiensten gegen Anarchisten aufrufen. Werden sie also demnächst Anarchisten bei Demos an die Bullen ausliefern, Hilfspolizei spielen? Und die GAM? Auf der Demo am 20. August zur Verteidigung der Gefangenen in Genua ‚vergaßen' sie den Schwarzen Block zu erwähnen! Wie soll man mit solchen Leuten gegen Repression kämpfen?

Seht ihr, und das ist das Problem mit diesem Bündnis und jedem solchen Propagandablock. Und deshalb werden wir uns an diesem Bündnis nicht beteiligen. Wir haben eine andere Perspektive. Wir müssen Arbeiter, Immigranten und Jugendliche von der Sozialdemokratie, SPD und PDS, brechen. Wir müssen sie unabhängig von Staat und Bourgeoisie mobilisieren und gewinnen für eine Arbeiterrevolution, die den deutschen Imperialismus stürzt. Das ist die Perspektive von uns Spartakisten."

Das Wort PDS war im weiteren Verlauf nicht mehr zu hören. Es kam zu weiteren Runden, die mehr und mehr in technischen Details versackten und wo an den GAM-Losungen herumgezerrt wurde. ATTAC wollte jegliche „Schlagworte", wie etwa „Imperialismus", vermeiden, denn sie würden „abschrecken". Sicher, „Imperialismus" ist eine viel zu hässliche Bezeichnung für die von ihnen so heiss verehrte bürgerliche Demokratie. Das prominente ATTAC-Mitglied Oskar Lafontaine zeigte, wohin Verteidigung der bürgerlichen Demokratie führt, indem er rassistisch hetzte: „Deregulierung, Privatisierung, Green Card für Techniker, Pilotenscheine für ein paar Dollar, Niederlassungsfreiheit für jedermann und leere Staatskassen untergraben innere und äußere Sicherheit. Die Verächtlichmachung des Staates muss ein Ende haben" („Mein Herz schlägt links", *Bild* Hamburg, 17. September). Wie gesagt: In solchen Propagandablöcken ist der kleinste gemeinsame Nenner immer das rechteste Programm. Und es gingen zwei Gespenster um: das des Kommunismus, und zwar durch uns, und das der PDS, deren Schatten vom Brandenburger Tor bis in den Mehringhof reichte. •

VW-Streik...

Fortsetzung von Seite 7

Mexico" [IKL unterstützt anti-gewerkschaftliche Ausschlussklausel in Mexiko] (*Internationalist*, Sommer 2001). Die IG behauptet: „Die gesetzliche Ausschlussklausel [in Mexiko] wurde benutzt, um unabhängige gewerkschaftliche Organisierungsbestrebungen zu zerschlagen und um die Zwangsjacke der korporatistischen Kontrolle aufzuzwingen." Wenn die IG ehrlich wäre, würden sie offen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs unterstützen! Die Tatsache, dass CTM-Gewerkschafts-Irreführer Rote und Militante hinaussäubern mögen und eine reaktionäre Politik durchführen, ist kein Grund, die Gewerkschaften zu schwächen - dies weist auf die Notwendigkeit hin, für eine wirkliche klassenkämpferische Führung zu kämpfen. Vermutlich glaubt die IG, dass es, falls die Gewerkschaften keinerlei Kontrolle mehr darüber haben, wer in einer Fabrik arbeitet, weniger Schikanen gegen Linke und Militante durch die Kapitalisten und den Staat geben wird! Das ist offensichtlich lächerlich.

Eine weitere Gruppe, die sich trotzkistisch nennt, die POS (Partido Obrere Socialista), ist in Puebla vor Ort. In Wirklichkeit propagiert die POS den erbärmlichsten Nationalismus und verbreitet Illusionen in die nicht-existenten „demokratischen" Überzeugungen der niederträchtigen Bourgeoisie. Während sie also über die reaktionäre Politik von Fox jammern, feiern sie die Wahl, die ihn ins Amt brachte, als „die demokratische Revolution des 2. Juli" (*El Socialista*, 1.-14. April). Die POS ist tief vergraben in einer Gewerkschaftsfront namens „Vicente Lombardo Toledano", benannt nach einem frühen Führer der CTM, der ein Komplize der stalinistischen Ermordung Trotzkis war; dies zeigt, was der POS das trotzkistische Programm bedeutet. Toledano war ein nationalistischer Unterstützer einer ganzen Reihe aufeinander folgender bürgerlicher Präsidenten, und er war einer der Urheber der korporatistischen Verbindung des Gewerkschaftsverbands mit der PRM, Vorläufer der PRI, was einen großen Teil der Arbeiterklasse an diese bürgerliche Partei kettete.

Gerade erst letztes Jahr feuerte VW 1300 Arbeiter in seinem Werk in Uitenhage, Südafrika, nachdem die 4000 Arbeiter des Werks in Streik getreten waren. Volkswagen versucht nun auch in Deutschland, wo der Konzern sein Hauptquartier hat, die Arbeiter auszupressen. VW hat angeboten, einen neuen Wagen zu bauen - und dafür 5000 neue Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen -, aber nur, wenn die Gewerkschaft folgendem zustimmt: einer längeren Arbeitszeit (bis zu 48 Stunden die Woche), weniger Lohn, kein Urlaubsgeld für die neuen Arbeiter und ein Lohn, der an die Produktivität gebunden ist. All das zeigt die Möglichkeit und dringende Notwendigkeit von koordinierten Streikaktionen, um VW international in die Knie zu zwingen. Unsere Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei, deutsche Sektion der IKL, kämpfen darum, Arbeiter und Jugendliche zum revolutionären internationalistischen Programm des Trotzkismus zu gewinnen in grundsätzlicher Opposition gegen den deutschen Imperialismus und gegen die chauvinistischen Irreführer des Proletariats.

Gewerkschaften des amerikanischen Dachverbands AFL-CIO haben vage Solidaritätserklärungen mit den Streikenden in Puebla herausgebracht. Nötig ist klassenkämpferische Solidarität in Aktion - für die Mobilisierung von Hafenarbeitern und Lastwagenfahrern, die verhindern müssen, dass irgendwelche Streikbrecher-Produkte für VW über die Grenze gelangen! Das ist offensichtlich nicht die Perspektive der AFL-CIO-Führung. Obwohl sie manchmal verbal für Immigrantenrechte eintritt, propagiert sie Protektionismus und mobilisiert damit amerikanische Arbeiter auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie statt auf die Seite ihrer Klassenbrüder in Mexiko und anderen Ländern. Ein krasser Ausdruck von Chauvinismus ist die Kampagne der Teamster[Lastwagenfahrer]-Bürokraten gegen mexikanische LKW-Transporte. Es ist keine Überraschung, dass dies zu einem Anstieg von rassistischen, anti-mexikanischen Cartoons in US-Zeitungen geführt hat. Der AFL-CIO-Vertreter in Mexiko, Jeff Hermanson, hat Berichten zufolge „Vertrauen, dass Vicente Fox' Regierung wirklich den Wechsel will", weil Fox bisher noch keinen Streik für „nicht-existent" und damit für illegal erklärte, wie es die Regierung während des VW-Streiks letztes Jahr tat. Tatsächlich war eine der ersten Handlungen von Fox' Regierung, den Streik von 45 000 Arbeitern in der Zuckerproduktion, die in der CTM organisiert sind, für „nicht-existent" zu erklären.

Nieder mit den Angriffen auf Arbeiter, Linke, Frauen!

In den *Maquiladora*-Zonen an der Grenze stellen Frauen den größten Teil der Belegschaft und schuften dort bei Hungerlöhnen wie Sklaven. Bis auf wenige Ausnahmen sind Facharbeiterjobs mit etwas besserer Bezahlung Frauen nicht zugänglich. Obwohl letztes Jahr die Frage der Abtreibung national breit debattiert wurde, haben Frauen weiterhin nicht das Recht zu entscheiden, ob sie ein Kind haben wollen oder nicht. Sogar Gesetze, die im Fall einer Vergewaltigung die Abtreibung erlauben, existieren nur auf dem Papier. Der Sieg der PAN, die eng mit der frauenfeindlichen katholischen Kirche verbunden ist, hat zu einem Anstieg der Angriffe gegen Homosexuelle geführt. Vor einigen Monaten waren im Staat Aguascalientes offizielle Schilder angebracht worden, die Schwulen den Zutritt zu Schwimmbädern verboten. Kürzlich wurde der amtierende Präsident der Menschenrechtskommission des Staates Yucatan, Omar Ancona Capetillo, folgendermaßen zitiert: „Diejenigen mit AIDS sollten in Quarantäne gehalten werden" und „erschossen" werden, wenn sie versuchten, den Ort zu verlassen. Dieser abscheuliche Dreck gibt den mörderischen Eiferern grünes Licht, die verantwortlich sind für die hohe Mordrate an schwulen Männern in Mexiko. Volle demokratische Rechte für Homosexuelle! Kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Machismo und andere rückständige Vorurteile traten bei der Demonstration am 22. August in Puebla in Erscheinung. Es gab eine Menge Pfiffe und verbale Belästigungen, die sich gegen die wenigen anwesenden Frauen richteten, und als Beleidigung der Bosse wurden Schimpfworte gegen Schwule benutzt. Während viele Linke solche Hetze unterstützen, argumentierten wir, dass Sexismus und Homophobie der Bourgeoisie nützen, weil verschiedene Sektoren der Unterdrückten gegeneinander gehetzt werden, die sich doch gegen ihren gemeinsamen Feind vereinen sollten. Manche Arbeiter, die wahrscheinlich noch nie mit diesen Punkten konfrontiert worden waren, entschuldigten sich letztendlich.

Solange die Arbeiterklasse die Ideologie der Bourgeoisie teilt - Nationalismus, Sexismus, Antisemitismus -, wird sie das in jedem Kampf gegen die Bourgeoisie behindern. Die Befreiung aller, die vom Kapitalismus unterdrückt werden, erfordert die Führung einer leninistischen Partei, die sich auf die Macht des Proletariats stützt und ein wahrer Tribun aller Unterdrückten ist. Was die Bourgeoisie fürchtet, ist, dass alle, die im Kampf stehen - Studenten, Bauern, Ureinwohner, Frauen -, sich hinter der Macht der Arbeiterklasse vereinen und ihren gemeinsamen Feind, die Kapitalistenklasse, bekämpfen. Volkswagenarbeiter können allen, die gegen Ungerechtigkeit kämpfen, die Macht des Proletariats zeigen. Weitet den Streik aus! Sieg den VW-Arbeitern!«



Cecilia Fabiano

Protestdemonstration in Rom nach Ermordung Carlo Giulianis. Banner sagt: Tod und Repression ist eure Globalisierung

Genua...

Fortsetzung von Seite 24

gegen die organisierte Gewalt des bürgerlichen Staates, sondern um ihren sozialdemokratischen Herren ihre „friedliche, legale" Glaubwürdigkeit zu bezeugen.

Im Gegensatz dazu hieß es auf SpAD-Plakaten: „Die Hetze gegen den Schwarzen Block spielt SPD-Oberbullen Schily in die Hände". Tatsächlich forderten Innenminister Otto Schily und sein italienischer Kollege Claudio Scajola die anderen Regierungen der Europäischen Union (EU) auf, eine multinationale „Anti-Krawall-Polizei" zu bilden, um „Gewalttäter" aufs Korn zu nehmen. Am Tag der Proteste in Berlin und anderswo titelte der Londoner *Independent:* „Geheimes EU-Netz soll Antikapitalisten ausspionieren", und wies darauf hin, dass dies ein „noch nie da gewesenes Ausmaß an Überwachung" bedeuten würde. In den Vereinigten Staaten wurden 30 Millionen Dollar für „Sicherheit" einschließlich des Einsatzes von 3000 zusätzlichen Bullen ausgegeben, um Proteste in Washington, D.C. gegen ein ursprünglich für den 29. September geplantes und inzwischen abgesetztes Treffen des Internationalen Weltwährungsfonds zu unterdrücken.

Wir brauchen eine „Avantgarde", um den kapitalistischen Staat zu zerschlagen!

Ein deutscher anarchistischer Autonomer schilderte auf der Indymedia-Website eine Ende Juli in Berlin durchgeführte Veranstaltung zu Genua:

> „Das Treffen war organisiert von vorgeblichen Marxisten. Die Podiumsredner hetzten gegen den Schwarzen Block... Sogar Polizeibeamten in Italien wurde der Vorwurf gemacht, sie seien Anarchisten. Es gab unter diesen Marxistischen Organisationen nur eine einzige, die Anarchisten verteidigte: Spartakist."

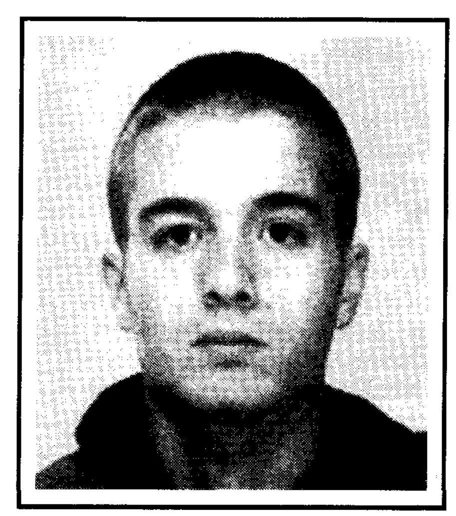
Nach der Demonstration vom 20. August gab es auf der deutschen Indymedia-Website jede Menge Beschwerden von Anarchisten darüber, wie hervorstechend dort die Plakate, Sprechchöre und Megafonansprachen der Spartakisten waren. Die „möchtegern Avantgarde", bemerkte ein Anarchist, wäre „nicht so dominant, wenn ‚wir' nicht so wenige wären", und er bemerkte, er habe „kein einziges [anarchistisches] Plakat gesehn".

Es spricht Bände, dass die Anarchisten, die das unmittelbare Ziel staatlicher Repression sind, angesichts dieser finsteren Hexenjagd politisch entwaffnet dastehen. Genua bot eine konkrete und mörderische Demonstration der hoch organisierten und rücksichtslos effizienten Kräfte des bürgerlichen Staates. Um sich dagegen durchzusetzen, ist eine organisierte und disziplinierte Avantgardepartei nötig, die die Macht der einzigen Klasse mobilisiert, die die kapitalistische Herrschaft besiegen kann - das Proletariat. Nur die Arbeiterklasse hat die soziale Macht und die objektiven Interessen, die Menschheit von Unterdrückung zu befreien. Der Zweck einer revolutionären Partei besteht darin, dieses Verständnis in das Proletariat hineinzutragen. Dies war eine Lektion, die die besten Elemente der anarchistischen Bewegung im Gefolge der Russischen Revolution von 1917 lernten. Führende Anarchisten wie Victor Serge reisten nach Sowjetrussland, um den neuen Arbeiterstaat zu unterstützen. In einem Brief an seine französischen anarchistischen Freunde begründete er die Notwendigkeit einer leninistischen Partei:

> „Es ist die revolutionäre Elite, kraftvoll organisiert, diszipliniert, einer konsequenten Richtung gehorchend, die auf ein einziges klar definiertes Ziel zumarschiert auf den Pfaden, die von einer wissenschaftlichen Doktrin vorgegeben wurden. Als eine solche Kraft ist die Partei das Produkt der Notwendigkeit, das heißt der geschichtlichen Gesetze selbst. Diejenige revolutionäre Elite, die in einer Zeit der Gewalt unorganisiert, undiszipliniert, ohne eindeutige Richtung und offen für wechselhafte oder widersprüchliche Impulse bleibt, strebt dem Selbstmord entgegen." *(La Vie ouvriere,* 21. März 1922)

Es ist kaum verwunderlich, dass sich viele radikale Jugendliche dem Anarchismus verschreiben aus Widerwillen gegen die sozialdemokratische Linke, die sich als marxistisch maskiert. Aber Widerwillen und Wut sind keine Anleitung zum Handeln. Die Anarchisten folgen einer modernen Version der „Propaganda der Tat" aus der Zeit vor hundert Jahren: der Vorstellung, dass moralische mutige Aktionen andere dazu bringen, ihnen nachzueifern, und dass so eine Massenbewegung gegen den Kapitalismus aufgebaut wird. Es ist kein Zufall, dass sich im Wesentlichen weiße Jugendliche aus der Mittelklasse vom Anarchismus angezogen fühlen. Selbstaufopferung und individuelle Heldentaten sind nicht sehr inspirierend für junge Arbeiter und die Unterdrückten, für die brutale Ausbeutung und Bullenterror alltägliche Realität sind. Notwendig ist eine Partei wie die von Lenins und Trotzkis Bolschewiki, die die arbeitenden Massen und Unterdrückten inspirieren kann mit der Perspektive des Sieges über das System, das die Quelle ihrer Ausbeutung und Unterdrückung ist.

Das Wiederaufkommen des Anarchismus ist ein Nebenprodukt der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas vor einem Jahrzehnt. In einem ideologischen Klima, das dadurch geprägt ist, dass die imperialistischen Herrscher den „Tod des Kommunismus" feiern und den Marxismus als ein „gescheitertes Experiment" verhöhnen, überrascht es nicht, dass es so etwas wie ein Wiederaufleben anarchistischer Sympathien unter radikalisierten Jugendlichen gibt. Das Spektrum reicht dabei von denen, die aufrichtig für den Sturz der imperialistischen Herrschaft kämpfen wollen, über diejenigen, die die imperialistischen Mächte als eine potenzielle Kraft ansehen, die den Unterdrückten auf der



AP



Reuters



20. Juli: Bürgerkriegsbullen in Genua stürmen am Leichnam des 23-jährigen Carlo Giuliani vorbei, der kaltblütig niedergeschossen wurde

ganzen Welt „Freiheit" bringen könne, bis hin zu offen antikommunistischen Schlägern. Gemeinsam ist ihnen allen die Ablehnung eines jeden Staates, einschließlich der Diktatur des Proletariats - dem notwendigen ersten Schritt, um das Absterben des Staates durch die Schaffung einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft zu erreichen.

Die Anarchisten wiederholen die Lügen der kapitalistischen Herrscher und setzen die verbleibenden Arbeiterstaaten mit der Herrschaft der stalinistischen Bürokratien gleich, die die bloße Existenz dieser Staaten bedrohen. Bei der Berliner Demonstration am 20. August trug der revolutionäre Block der SpAD Plakate mit den Losungen: „Verteidigt China, Kuba, Vietnam und Nordkorea gegen Imperialismus, innere Konterrevolution!" Während der Rest der Karibik in Armut und Hunger versinkt, können in Kuba 99 Prozent der Menschen lesen und schreiben, die Kindersterblichkeit ist niedriger als in New York City und es gibt eine kostenlose Gesundheitsversorgung - dies ist ein Beweis für die Errungenschaften, die durch die Errichtung einer Planwirtschaft, wie bürokratisch deformiert auch immer, erreicht wurden. Und der Sieg einer von den Imperialisten unterstützten Konterrevolution in China würde Frauen wieder wie früher in die Knechtschaft werfen und eine Bevölkerung von 1,2 Milliarden Menschen in bittere Armut stürzen. Man braucht bloß auf die frühere Sowjetunion zu schauen, wo der Sieg der kapitalistischen Konterrevolution unermessliches Elend gebracht hat. Ein Maß für die verheerenden Folgen der Zerstörung dieses früheren Arbeiterstaats ist die Tatsache, dass die Lebenserwartung um zehn Jahre gefallen ist.

Die militärische und wirtschaftliche Macht der Imperialisten ist auf die Zerstörung jener Arbeiterstaaten gerichtet, die noch existieren. Was deren Verteidigung im Weg steht, sind die herrschenden Bürokratien, deren nationalistisches Programm des Versuchs einer „friedlichen Koexistenz" mit den imperialistischen Herrschern die Errungenschaften dieser Revolutionen untergräbt und den Weg zu ihrer internationalen Ausweitung versperrt hat. Wir Trotzkisten kämpfen für die Verteidigung und Ausweitung der gewaltigen Errungenschaften, die in einer geplanten, vergesellschafteten Wirtschaft verkörpert sind - besonders durch ihre Ausweitung auf die imperialistischen Zentren. Dieses Ziel zu erreichen erfordert eine proletarisch-politische Revolution, um die stalinistischen Irreführer an der Spitze der deformierten Arbeiterstaaten zu stürzen, und es erfordert den Aufbau einer revolutionären kommunistischen Internationale wie die, die von Lenins und Trotzkis Bolschewiki gegründet wurde.

Das wahre Gesicht der kapitalistischen Demokratie

Wenn die Linke die neue Rechtsregierung von Berlusconi zynisch als „faschistisch" anprangert, ist das bloß ein Schlachtruf für eine neue bürgerliche Regierung aus reformistischen Parteien und „demokratischen" kapitalistischen Parteien. Das ist die Masche von Rifondazione Comunista (RC), die jahrelang als eine entscheidende Stütze der kapitalistischen Herrschaft in Italien diente. Der RC-Führer Fausto Bertinotti verurteilte die Polizei dafür, dem Schwarzen Block erlaubt zu haben, „aggressive und zerstörerische Taten" (*Liberazione*, 21. Juli) durchzuführen. Ein Sprecher einer COBAS-Lehrergewerkschaft, locker mit RC verbunden, rief dazu auf, zukünftige COBAS-Kontingente zu bewaffnen „mit Stöcken, um uns gegen den Schwarzen Block und die Polizei zu verteidigen" (*Corriere della Sera*, 8. August) - ein verhängnisvoller Versuch, die vielen COBAS-Arbeiter, die letzten Monat gegen den Bullenterror protestierten, als Schläger gegen anarchistische Jugendliche zu schicken.

Luca Casarini, ein Sprecher von *Tute Blanche* (Weiße Overalls), der mit dem Genua-Sozialforum verbunden ist, erklärte: „Das anarchistische Label ist zu einfach. Der äußere Schein ist irreführend. Ich sage nur, dass einige Hundert dieser Gestalten in der Lage waren, ungestört die Stadt zu zerstören. Wasserschläuche, Tränengas und Kugeln waren für uns reserviert" (*Corriere della Sera*, 21. Juli). Diese verleumderische Gleichsetzung des Schwarzen Blocks mit den Bullen übertrug sich bald in gangsterartige Angriffe. Am 13. August berichtete die italienische Presse, dass sechs Mitglieder von *Tute Blanche* in Marghera (nahe Venedig) Unterstützer des anarchistischen Revolutionären Komitees zusammengeschlagen hatten, die Geld zur rechtlichen Verteidigung sammelten und Flugblätter verteilten, in denen das Genua-Sozialforum für seine Weigerung, den Schwarzen Block zu verteidigen, angegriffen wurde. Obwohl Casarini sein Bestes gab, sich vom Schwarzen Block zu distanzieren, sind er und *Tute Blanche* jetzt selbst von der finsteren politischen Polizei, den „Digos", bedroht, die sie beschuldigt, „einen großen Teil der Verantwortung für die Vorfälle

Fortgesetzt auf Seite 22

Genua,...

Fortsetzung von Seite 21

und das gesetzwidrige Verhalten" in Genua zu tragen *(Corriere della Sera,* 26. August).

Eine Erklärung von Marco Ferrando, dem Führer von Proposta - einer Strömung innerhalb von RC, die versucht, linke Jugendliche hereinzulegen, indem sie sich als trotzkistische Alternative zur reformistischen Bertinotti-Führung darstellt -, veranschaulichte, dass sie nichts anderes sind als die „linken" Ideologen für den gewalttätigen Angriff seitens *Tute Blanche.* Am Ende einer langatmigen Erklärung deklamierte Ferrando, dass der Schwarze Block „bekämpft" werden muss, „und zwar in der radikalsten Form", aber „jeder Vorschlag, dieses Problem in die Hände der Unterdrückungsmacht des bürgerlichen Staates, d.h. des Klassenfeindes, zu legen, muss zurückgewiesen werden" *(Proposta*-Extrablatt, 27. Juli). Dies ist bloß eine zentristische Maskerade für Ferrandos Argument, die Linke müsse Schlägertrupps bilden, die Protestdemonstrationen kontrollieren zur Abwehr „jeder Form der Aggression", sowohl seitens des Staats als auch seitens „marginaler, gewalttätiger und zerstörungswilliger Randelemente".

Ferrando & Co. sind darum bemüht, die „Anti-Globalisierungs"-Proteste sicher innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Respektabilität zu halten, und anarchistische Angriffe auf die Symbole des Imperialismus sind ein Affront dagegen. Als getreuer Wasserträger von RC macht Proposta kein Geheimnis daraus, dass das letztendliche Ziel sein muss, „die Berlusconi-Regierung rauszuschmeißen, für eine Klassenalternative" einzutreten, was angesichts dessen, dass sie nicht die geringste Perspektive zum Sturz der bürgerlichen Ordnung haben, nur eine weitere, mehr oder minder „linke", Volksfrontregierung bedeuten kann, die die Interessen der Kapitalisten verwaltet.

Die Lega trotskista d'Italia, Sektion der IKL, hat sich angesichts der Repression des Staates und der „linken" Hexenjagd mit den Anarchisten des Schwarzen Blocks solidarisiert und sich am Sammeln von Spenden für die Verteidigung der Inhaftierten beteiligt. Auf der Diskussionsrunde bei einer „Globalisierungs"-Debatte am 24. August in Brescia, bei der Casarini und RC-Sprecher auf dem Podium saßen, erklärte ein Genösse der Ltd'I:

„Blut und Tod in Genua haben die Maske der Demokratie heruntergerissen und wir haben das wahre Gesicht der kapitalistischen Demokratie gesehen; dieses System von Ausbeutung, imperialistischer Herrschaft und rassistischer Unterdrückung basiert nicht auf einem Kampf von Ideen, sondern auf dem Repressionsapparat des kapitalistischen Staats, der es verteidigt. Kein noch so starker Druck, keine Gebete, keine Drohungen können es ändern. Es muss durch eine Arbeiterrevolution gestürzt werden, die denen, die arbeiten, die Macht gibt. Es ist wirklich heuchlerisch von RC, Marx und Rosa Luxemburg anzuführen, wo doch sie und die Gewerkschaftsbürokraten sich vom allerersten Tag nach Genua an beeilt haben, den kapitalistischen Staat zu unterstützen, indem sie die Schuld für die Repressionen den .Provokationen' durch subversive' und .gewalttätige' Anarchisten und den Schwarzen Block zuschoben. Sie betreiben eine giftige Kampagne zur Kriminalisierung des Schwarzen Blocks, indem sie sagen, dass es alles Faschisten oder Bullen sind. Was Casarini angeht, er lässt gerne Tiraden gegen Parteien und gegen Avantgarden los, doch tatsächlich ist er ein Mitglied der Grünen, der .heroischen' Bombardierer des Kosovo. Und Tute-Bianche-Leute haben sogar ein paar Anarchisten in Venedig angegriffen, die Geld zur Unterstützung der Inhaftierten gesammelt haben.

Diejenigen, die die Symbole der kapitalistischen Ausbeutung angreifen, haben ihr Herz am rechten Fleck, und solche Taten aus Wut und Frustration über die Unterdrückung sind vollkommen verständlich. Trotzdem haben die Anarchisten selbst kein Programm irgendeiner Art. das kapitalistische System zu stürzen. Die Arbeiterklasse hat die soziale Macht, dies zu tun.

Diese Kämpfe dürfen nicht dahin abgelenkt werden, eine weitere kapitalistische Regierung unter Einschluss von DS [Demokratische Linke] und RC zu unterstützen. Was wir brauchen, ist eine revolutionäre Arbeiterpartei. Zerschlagt die imperialistischen Schlächter durch Arbeiterrevolution! Arbeiter an die Macht, weltweit!"

Übersetzt nach Workers Vanguard *Nr. 763, 31. August*

Spartakisten konfrontieren „linke" Hetzer gegen Schwarzen Block

Nachstehend veröffentlichen wir einen redigierten Bericht eines Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Am 6. August organisierte *die junge Welt,* eine Zeitung im Umfeld von PDS-Oppositionellen, eine Veranstaltung an der Berliner Humboldt-Universität unter dem Titel „Wer hat Angst vor wem?" Der Veranstaltungssaal bot nur Platz für 400 Leute, aber 600-700 kamen, hauptsächlich Jugendliche, viele erst seit kurzem politisch. Unter den Teilnehmern waren Anarchosyndikalisten der FAU, Gruppen aus dem Schwarzen Block und andere Anarchisten, Linksruck, die Sozialistische Alternative Voran (SAV) und andere Pseudotrotzkisten, Mitglieder des „Anti-Globalisierungs"-Netzwerks ATTAC und PDS-Mitglieder. Zu den eingeladenen Rednern gehörte Angela Klein, ein führendes Mitglied der *SoZ*-Redaktion, einer Zeitung, die dem pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariat nahe steht. Letzten Monat veröffentlichte Klein in der *jungen Welt* eine verleumderische Denunziation des Schwarzen Blocks. Man konnte die Spannung, die sich im Raum aufbaute, buchstäblich spüren.

Klein sprach über einen kontinuierlichen Anstieg von staatlichen Repressionen, die zunehmend über den Rahmen des „Rechtsstaats" hinausgehen. Sie sagte, dass die Repressionen beim baldigen Protest in Brüssel nicht so schlimm sein werden wie in Genua, weil in Italien Finis faschistische Partei an der Regierung sei. Als ich dazwischenrief, dass es die Regierung von D'Alemas Demokratischer Linken (DS) war, die Genua vorbereitete, erhielt ich böse Blicke von Linksruck und der SAV. Klein sagte, es sei empörend, dass es keine Proteste gegen die Berlusconi-Regierung gebe von der Art, wie es sie gegen Haiders rechte Partei gab, als diese in die österreichische Regierung kam. Sie forderte auch. dass diejenigen, die für die Polizeigewalt in Genua verantwortlich seien, vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gebracht'werden sollen.

Ein ATTAC-Sprecher log, dass ATTAC mit dem Schwarzen Block als Teil der Bewegung in Solidarität stünde, aber sehr kritisch gegenüber seiner Taktik sei. Nachdem ein paar Anarchisten sich über seinen begeisterten Bericht über ATTAC-Treffen mit den Grünen aufregten, beeilte sich der Redner zu erklären: „Wir lassen uns nicht von den Grünen vereinnahmen."

Der letzte Redner vom Podium war Lothar Nätebusch.

der neue Vorsitzende der IG BAU Berlin-Brandenburg, der hervorhob, dass die Gewerkschaften sich mehr in der Anti-Globalisierungs-Bewegung engagieren müssen, und sich auf den Berliner Bauarbeiterstreik von 1997 bezog als Beispiel der Kampfkraft seiner Gewerkschaft. Jemand von der FAU, der hinter mir saß, rief dann in den Saal: „Und was ist mit den rassistischen Razzien auf Baustellen 1997, die die IG BAU unterstützte?" Ein anderer FAU-ler argumentierte leise dafür, Nätebusch aus der Veranstaltung auszuschließen. Ein Bauarbeiter, der neben ihm saß, sagte, dass es nicht richtig sei, die Gewerkschaft rauszuwerfen, und ich sagte zu beiden, dass die Antwort nicht in der Zerschlagung oder in Austritten aus der Gewerkschaft liegt, sondern dass die Gewerkschaften eine klassenkämpferische Führung brauchen, die die verräterische sozialdemokratische und rassistische Gewerkschaftsbürokratie rausschmeißt. Der Arbeiter stimmte damit überein. Beide nahmen ein Flugblatt.

Als dann die Diskussion eröffnet wurde (für die insgesamt nur zehn Minuten vorgesehen waren), sprach ich als Zweiter und sagte:

> „Es ist heuchlerisch von Angela Klein, wenn sie sagt, dass sich niemand mit dem Schwarzen Block entsolidarisiert. *Die junge Weh* druckte ihren Artikel ab, wo sie behauptet, dass das Schwarz des Schwarzen Blocks das Schwarz der Faschisten und nicht das der Anarchisten sei. Auf ähnliche Weise machte der Sprecher des Berliner Genua-Bündnisses, Sascha Kimpel, auf einer Veranstaltung im KATO den Schwarzen Block für den Bullenterror in Genua verantwortlich. Diese Hexenjagd gegen die Anarchisten spielt Schily von der SPD und seiner neuen ‚Krawallpolizei' direkt in die Hände!
>
> Es ist auch heuchlerisch von Angela Klein, eine neue Anti-Haider-Kampagne zu fordern, geführt von den sozialdemokratischen Regierungen Europas. Die Polizeigewalt in Genua wurde von der so genannten linken Regierung D'Alemas vorbereitet. Die Schüsse mit scharfer Munition auf die Demonstranten in Göteborg kamen von den Sozialdemokraten!
>
> Die Anarchisten sind keine Nazis, sondern mutige Kämpfer gegen Imperialismus, Krieg und Faschismus. Aber die Anarchisten haben gar keine Ahnung, wie man den Kapitalismus wirklich zerschlägt. Was jetzt dringend gebraucht wird, sind Proteststreiks der zehntausenden Arbeiter, die am Samstag [21. Juli] nach Genua geströmt kamen, um Carlo Giulianis zu gedenken. Solche Streikaktionen werden hilfreich sein, um die Arbeiterklasse von Illusionen in den ‚Rechtsstaats'quatsch zu brechen, der von den Angela Kleins verbreitet wird und besonders von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, die die Arbeiterklasse an das kapitalistische System kettet und deren Vertreter hier sich weigert die Frage zu beantworten, warum sie 1997 eine rassistische Kampagne gegen ausländische Arbeiter entfacht haben. Kämpferische Proteststreiks würden einen Weg nach vorne weisen und fortgeschrittene Arbeiter zu einem Kampf für die sozialistische Revolution gewinnen, die den mörderischen bürgerlichen Staat zerschlägt. Um das zu erreichen, brauchen wir eine wirkliche revolutionäre internationalistische Partei, für deren Aufbau wir Spartakisten kämpfen."

Als ich die Sozialdemokraten über Göteborg angriff, erhielt ich starken Applaus aus dem hinteren Teil des Saals - und eine Erinnerung vom Podium, dass ich mich kurz fassen solle. Zum Schluss bekam ich noch einmal Beifall, aber eine wütende Frau schrie auch: „Wo ist denn deine verdammte Arbeiterklasse?!"

Als es dann Aufregung im Saal gab, versuchte der Vorsitz von *der jungen Welt* die Leute zu beruhigen: „Bis jetzt war die Diskussion ja im Geiste der Solidarität. So soll es auch weiter bleiben." Darauf erwiderte ein wütender Anarchist: „Ich bin sauer auf euch! Das erste Mal, dass hier das Wort Gewalt benutzt wurde, war auch das erste Mal, als von Autonomen gesprochen wurde!" Danach wurde Klein richtig wütend und sagte: „Ihr wisst ja nicht, wovon ihr redet... Ich war auf der COBAS-Demonstration und die Anarchisten wollten sie übernehmen... Viele COBAS-Arbeiter hatten Angst vor den Anarchisten. Und um ehrlich zu sein, konnte ich nicht sagen, ob das Anarchisten, Polizei oder Faschisten oder sonst was waren. Ich hatte auch Angst vor denen!" Ein wütender Anarchist brüllte von hinten: „Dann kauf dir doch 'ne Brille! Anarchisten sind keine Faschisten!" Klein fuhr fort zu erzählen, wie Anarchisten angeblich die COBAS-Demo missbrauchten, Fensterscheiben einschlugen, Banken abbrannten und bewaffnet waren (Gott behüte!) mit Holzplanken und Gasmasken! Viele Anarchisten verließen angewidert den Saal.

Ein Linksruck-Redner wurde von ein paar Anarchisten ausgebuht, als er sagte, dass man nicht polemisch sein soll und man Einheit zeigen müsse, damit die Bewegung wächst. Er wurde ausgelacht, als er sagte, dass solcherlei Streit nicht die Art und Weise sei, mit der man die Mehrheit der Bevölkerung für linksradikale Ideen gewinnen kann. Er drückte seine Solidarität mit der Rede des IG-BAU-Bürokraten aus und argumentierte dafür, die kommende Wahlkampagne in Berlin zum Kampf gegen Sozialkürzungen zu benutzen. Als er aufhörte, gab es eine Menge Zwischenrufe. Ich rief: „Warum hast du den Leuten hier nicht erzählt, dass ihr zur Wahl der PDS aufrufen werdet, der Partei mit dem größten Sparpaket für Berlin?"

Viele Anarchisten kamen zu unserem Büchertisch. Einer aus dem Mehringhof, was das größte Autonomenzentrum Berlins ist, war überrascht, dass ich so sauer war - was da abgelaufen ist, sei ja zu erwarten gewesen. Ich fragte ihn, warum denn die Mehringhof-Anarchisten nicht gesprochen haben, um die Gewaltvorwürfe von Klein & Co. zu verurteilen. Wenn alles, was sie anzubieten haben, Applaus für eine Spartakist-Intervention ist und sie gleichzeitig im Berliner Genua-Bündnis verweilen, dann ist das nicht viel. Er fragte, was mein Punkt sei; also erklärte ich ihm, dass er, wenn er zur Politik des Bündnisses schweigt, auch zu Angela Kleins sozialdemokratischer Politik schweigt.

Eine junge Anarchistin aus Italien fragte mich aus über die Positionen von ATTAC, der IG BAU und Angela Klein zum Schwarzen Block. Sie war angewidert. Sie erzählte mir, dass sie und ihre Eltern in einem Bündnis in Neapel seien, das mit dem Genua-Sozialforum verbunden ist, aber nach Genua war sie sich nicht mehr so sicher über gewaltfreien zivilen Ungehorsam, und je mehr der Schwarze Block angegriffen wird, desto mehr mag sie ihn. Sie hatte schon früher von unserer italienischen Zeitung *Spartaco* gehört. Sie hatte gedacht, dass alle Trotzkisten Bertinottis reformistische Rifondazione Comunista (RC) lieben würden. Aber ihr gefiel der Aufruf in *Spartaco* zum Aufbau einer revolutionären Partei und sie war begeistert von der Überschrift: „Keine Stimme für DS, RC!"

Verteidigt die verhafteten Demonstranten von Genua!

Spenden für die Verteidigung der Demonstranten, die in Genua verhaftet wurden, werden dringend benötigt. Nachfolgende Organisationen sammeln Geld für diejenigen, die immer noch im Gefängnis sitzen, und für viele andere, denen Anklagen und hohe Gefängnisstrafen drohen. Schickt internationale Geldanweisungen an:

Genoa Legal Forum, Via Caffa No. 3, 16129 Genua, Italien
oder an
Rote Hilfe e.V , Konto 1911 00462 Postbank Dortmund, BLZ44010046, Stichwort: Genova-Gefangene

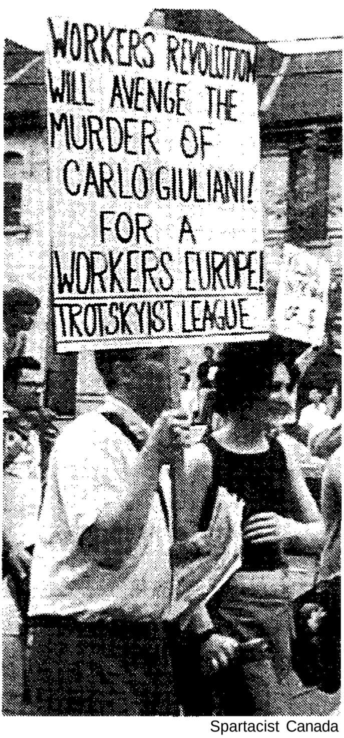
SPARTAKIST

Genua: Freiheit für alle verhafteten Demonstranten, sofort!

Hexenjagd gegen Anarchisten dient imperialistischen Herrschern

Seit dem mörderischen Polizeiangriff auf „Anti-Globalisierungs"-Demonstranten in Genua, bei dem mindestens ein Demonstrant, der 23-jährige Carlo Giuliani, starb, wird weiterhin über Terror und Folter durch die Polizei berichtet. Während fast alle der 300 Mitte Juli in Genua Verhafteten schließlich wieder freigelassen wurden, befinden sich bis zu 15 Demonstranten weiterhin im Gefängnis, mindestens ein Dutzend Menschen werden weiterhin vermisst, und einige davon könnten durchaus das gleiche Schicksal erlitten haben wie Giuliani. Zutiefst aufwühlend waren Berichte in der italienischen Presse, dass eine bekannte Gewerkschaftsführerin, die an den Genua-Demonstrationen teilgenommen hatte, erwürgt in einem Fluss in der Nähe von Padua aufgefunden wurde. Währenddessen drohen denen, die freigelassen wurden, potenziell drastische Anklagen. Weg mit den Anklagen gegen alle verhafteten Demonstranten! Sofortige Freilassung aller Inhaftierten!

Stürzt die imperialistischen Schlächter – Arbeiter an die Macht, weltweit!



Spartacist Canada



Spartakist

Internationale Proteste einen Monat nach mörderischen Bullenangriffen in Genua: Trotskyist League/Ligue trotskyste in Kanada interveniert bei Demo in Vancouver, 21. August; SpAD-Block in Berlin, 20. August

Unmittelbar nach der Ermordung Carlo Giulianis durch die Polizei veröffentlichte die Internationale Kommunistische Liga einen dringenden Aufruf zu „Arbeiterproteststreiks in Italien und darüber hinaus gegen die blutige Staatsrepression". Im Gegensatz dazu traten die reformistischen und zentristischen „linken" Gruppen, die schon vor langer Zeit ihre politischen Seelen an die sozialdemokratischen Regierungen verkauft haben, die jetzt den Großteil Europas regieren, in die Dienste der Vendetta des kapitalistischen Staates gegen die Anarchisten des Schwarzen Blocks. In Britannien schrieb die Socialist Workers Party: „Es gibt jetzt überwältigende Beweise dafür, dass dem Schwarzen Block freie Hand gelassen wurde, in Genua alles zu tun, was er wollte" (*Socialist Worker,* 4. August). In Frankreich gab die Dachorganisation der Globalisierungsgegner ATTAC - der auch Mitglieder von Alain Krivines Ligue communiste revolutionnaire angehören, der französischen Organisation des Vereinigten Sekretariats - am 20. Juli eine Erklärung heraus, die die italienischen Bullen kritisierte: „Sie verschlossen bewusst die Augen davor, dass sich mehrere hundert Provokateur-Elemente des so genannten Schwarzen Blocks vorbereiteten und bewaffneten."

Spartakist-Jugend

Am 20. August wurden Demonstrationen in Städten ganz Europas und anderswo durchgeführt, um Carlo Giuliani zu ehren und seiner zu gedenken. Unter den 1000, die in Berlin demonstrierten, marschierte auch der von der SpAD organisierte revolutionäre Block hinter dem Banner: „Stürzt die imperialistischen Schlächter! Arbeiterklasse an die Macht. weltweit!" Die mutmaßlich linken Organisationen, die ebenfalls an dieser Demonstration teilnahmen, kamen nicht aus Solidarität mit den Anarchisten des Schwarzen Blocks

Fortgesetzt auf Seite 20

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 146 WINTER 2001/2002 €0,50

Für Klassenkampf gegen die SPD/Grünen-Regierung! Alle imperialistischen Truppen raus aus Afghanistan!



Frank Augstein/ap



AP

Schröder mit antikommunistischen afghanischen Schlächtern nach Afghanistan-Konferenz in Bonn. Rechts: Kabul, 26. Oktober- Einrichtung des Roten Kreuzes zweimal in zehn Tagen durch US-Bomben getroffen

Nach wochenlangen Bombardierungen Afghanistans durch die USA und Britannien versuchen die Imperialisten jetzt, nachdem die Truppen der Nordallianz die afghanische Hauptstadt Kabul eingenommen haben und die Taliban-Herrschaft nahezu vollständig zusammengebrochen ist, eine

PDS - alternative Strategen für deutschen Imperialismus

ihnen genehme Regierung in Afghanistan zu etablieren. Eine zentrale Rolle spielt dabei der deutsche Imperialismus und seine SPD/Grünen-Regierung, die die UN-Konferenz für diese Regierungsbildung nach Bonn holten unter dem Hinweis, dass sie neutrale Vermittler seien, da Deutschland keine Geschichte als Kolonialmacht im Nahen und Mittleren Osten habe. Dies widerspiegelt die gewachsene Rolle des deutschen Imperialismus in der Welt, der endlich aus dem Schatten zweier verlorener Weltkriege heraustreten will. Er fordert seinen Anteil und meldet seine Ansprüche bei der Neuaufteilung der Welt an. So sprach Schröder dann auch auf dem EU-Gipfeltreffen in Brüssel davon, dass die Petersberger Konferenz „Verpflichtung und Auftrag" sei und die Bundeswehr ein Teil der UN-Friedenstruppen in Afghanistan stellen werde.

Das Ganze fand statt nach einigen sehr turbulenten Wochen, nachdem die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung fast auseinander gebrochen war, als Schröder daran ging, unter den Abgeordneten von SPD und Grünen eine Mehrheit für einen Kampfeinsatz der Bundeswehr im Nahen Osten und dem Indischen Ozean zu erzwingen. Bis Schröder die Abstimmung über den Bundeswehreinsatz mit der Vertrauensfrage über seine Person verband, hatten schon zwanzig SPD-Abgeordnete erklärt, gegen den Einsatz zu stimmen, und mit jedem Tag drohten es mehr zu werden, was ein Ausdruck der Unzufriedenheit an der proletarischen Basis der SPD ist. Die Vertrauensfrage war die Notbremse für die Regierung. Die vorgeblich pazifistischen „linken" Grünen knickten ein und sicherten letztlich die Mehrheit für den Bundeswehr-Einsatz und den Fortbestand der Schröder-Regierung, um an den Futtertrögen der Macht zu bleiben. Wir Trotzkisten fordern: ***USA/Bundeswehr/UN/NATO und alle imperialistischen Truppen raus aus dem Nahen Osten und dem Indischen Ozean! Bundeswehr und alle imperialistischen Truppen raus aus dem Balkan!***

Fortgesetzt auf Seite 2

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 1

Die PDS stellt sich gegen diesen Krieg und den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und ist die dominierende politische Kraft in den Antikriegs-Demonstrationen. Das verschafft ihr Zustimmung unter vielen Arbeitern, die Angst haben vor neuen Kriegen und dem Elend, die diese mit sich



Spartakist

Berlin im Dezember: ver.di und GEW protestierten gegen Sozialraub durch SPD-geführte Regierungen. Gewerkschaftsführungen vermieden die Kriegsfrage

bringen. Viele ältere Arbeiter wissen noch aus eigener Erfahrung, dass ihre Väter nach zwei Weltkriegen, die der deutsche Imperialismus vom Zaum gebrochen hatte, schworen, nie wieder eine Waffe in die Hand zu nehmen. Aber die Opposition der PDS gegen diesen Krieg erfolgt vom Standpunkt dessen, was im besten Interesse Deutschlands im Rahmen der kapitalistischen Demokratie ist. Der letzte PDS-Parteitag verabschiedete den *Dresdner Appell,* in dem es heißt: „Von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland fordern wir, dass sich Deutschland nicht an den Kriegsvorbereitungen beteiligt. Sie soll ihre guten Beziehungen zu den USA nutzen, um die Bush-Administration von Krieg abzuhalten." Denn, so argumentiert die PDS: „Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nutzen die USA als einzige verbliebene Weltmacht die NATO als militärisches Instrument ihrer globalen Interessenpolitik." Die PDS tritt hier dafür ein, dass der deutsche Imperialismus weltweit eine stärkere Rolle spielen solle, um seinen amerikanischen imperialistischen Rivalen in die Schranken zu weisen. So widerspiegelt der *Dresdner Appell* der PDS auf seine Weise den scharfen Anstieg von deutschem Nationalismus nach der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990. Die PDS setzt an der berechtigten Wut unter Arbeitern und Jugendlichen über die Verbrechen des US-Imperialismus an und versucht dies in Antiamerikanismus zu kanalisieren. Aber so, wie die kapitalistische Gesellschaft in Deutschland in zwei wesentliche, unversöhnliche Klassen geteilt ist - die ausbeutende herrschende Kapitalistenklasse und das ausgebeutete Proletariat - gibt es diese auch in den USA. Wir sagen: Der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutscher Imperialismus!

Die PDS schürt die Illusion, dass Kapitalismus friedlich sein könne: „Die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen können den Weltfrieden sichern, Gefährdungen einzelner Staaten mildern und universell gültige Maßstäbe einer Weltinnenpolitik setzen. Sie müssen ihre Rolle als einzig legitimierte Weltorganisation zurück erhalten, müssen gestärkt und zugleich reformiert werden." Aber die UNO ist nur das Feigenblatt für den Terror und die Verwüstung, die der US-Imperialismus und seine Alliierten über die Welt verbreiten, vom Irak über Somalia bis zum Balkan. Der Kapitalismus in seinem höchsten Stadium - Imperialismus - ist kein friedfertiges System. Vielmehr brütet er immer wieder von neuem Kriege aus. Wie der russische Revolutionär W. I. Lenin, ein Führer der sozialistischen Revolution in Russland im Oktober 1917, erklärte:

> „Der Kapitalismus hat die Konzentration bis zu einem solchen Grade entwickelt, daß ganze Industriezweige von Syndikaten, Trusts, Verbänden kapitalistischer Milliardäre in Besitz genommen sind und daß nahezu der ganze Erdball unter diese ‚Kapitalgewaltigen' aufgeteilt ist, sei es in der Form von Kolonien, sei es durch die Umstrickung fremder Länder mit den tausendfachen Fäden finanzieller Ausbeutung... Früher fortschrittlich, ist der Kapitalismus jetzt reaktionär geworden, er hat die Produktivkräfte so weit entwickelt, daß der Menschheit entweder der Übergang zum Sozialismus oder aber ein jähre-, ja sogar jahrzehntelanger bewaffneter Kampf der Großmächte um die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus mittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jeder Art von nationaler Unterdrückung bevorsteht." *(Sozialismus und Krieg,* 1915)

Die PDS dagegen schürt mit Losungen wie „Die Waffen nieder!" oder „Vernunft!" pazifistische Illusionen, man könne den Kapitalismus durch Parlamentsarbeit friedfertig machen. Dieses Programm entwaffnet die Arbeiterklasse politisch. Es hält sie vom Kampf gegen die „eigene" imperialistische Bourgeoisie ab und dient der Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Wir Spartakisten dagegen intervenierten

Fortgesetzt auf Seite 4

SPARTAKIST



herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist.redaktion@freenet.de
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10557 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde,
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 146 **WINTER 2001/2002**

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb als Supplement ein KfsV-Statement vom 18. Dezember 2001 beigefügt.

Nieder mit der rassistischen Rasterfahndung der SPD/Grünen-Regierung!

Nachfolgendes Flugblatt vom 27. November wurde an Universitäten, auf Gewerkschaftsprotesten und Antikriegsdemonstrationen verteilt.

Den Anschlag auf das World Trade Center in New York, ein Akt wahllosen Terrors und ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse, haben die imperialistischen Herrscher weltweit als Vorwand genommen, um einen imperialistischen Krieg gegen Afghanistan führen zu können. Während eines imperialistischen Krieges nach außen wird auch immer im Inneren des Landes die Repression verschärft. So hat die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung begonnen, die rassistischen Angriffe gegen Immigranten zu verstärken. Unter dem Deckmäntelchen der rassistischen „Terroristenbekämpfung" hat sie die Rasterfahndung wiederbelebt, die in den 70er-Jahren gegen die RAF eingeführt wurde mit dem Ziel, die gesamte Linke und jeden, der sich dem „Gewaltmonopol des Staates" widersetzt, zu kriminalisieren. Heute richtet sich diese Hetzkampagne gegen Immigranten arabischer Herkunft und Menschen muslimischen Glaubens. Das Raster für die vermeintliche Suche nach sogenannten „Schläfern" sind männliche Studenten, die technische Studienfächer belegt haben, islamische Religionszugehörigkeit haben und keine „Auffälligkeiten" im allgemeinen „kriminellen" Bereich zeigen. Diese Beschreibung passt auf Tausende von Studenten, wodurch diese zu potenziellen Terroristen erklärt werden.

Bundesweit wurden die Universitäten und Fachhochschulen von den Kriminalämtern verpflichtet, die persönlichen Daten von immigrierten Studenten aus 15 Staaten herauszugeben: z.B. Name, Staatsangehörigkeit, Religion und Wohnsitz. Die Rasterfahndung soll an den Berliner Hochschulen wesentlich ausgeweitet werden, von 15 auf 28 Staaten. Die ASten der Universitäten in Berlin stehen gegen diesen rassistischen Angriff und sie rufen auf zur Solidarität mit den Opfern. Der RefRat (AStA) der Humboldt-Universität appellierte an die Universitätsverwaltung, von ihrem Recht Gebrauch zu machen und die Herausgabe der Daten zu verweigern. Diesem Appell ist die Uni-Verwaltung nicht nachgekommen, sie hat die Daten dem bürgerlichen Staat übergeben. Daraufhin verklagte der RefRat den HU-Präsidenten Jürgen M³ynek wegen Weitergabe der Daten. Das Berliner Verwaltungsgericht lehnte die Klage ab. Mittlerweile wurden in Berlin von den Universitäten mehr als 900 Namen herausgegeben. Als Marxisten haben wir nicht die Strategie, an die Universitätsverwaltung zu appellieren und uns auf die bürgerliche Justiz zu verlassen.

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Berlin hat ein Statement zur rassistischen Rasterfahndung herausgegeben: „Die Rasterfahndung ist offenbar ein rechtlich zulässiges Mittel, dazu [zur lückenlosen Aufklärung] beizutragen. Die Art und Weise, wie diese Aktion gestartet wurde, hat allerdings zu erheblicher Verunsicherung geführt" (GEW-Erklärung, 19. Oktober). Die GEW versteckt sich hier also hinter den Gesetzen und wendet sich nur dagegen, *wie* die Rasterfahndung durchgeführt wird. Gerd Köhler von der GEW wiederum wird in der *Frankfurter Rundschau* vom 11. Oktober zitiert mit der Aufforderung: „Hochschulleitungen, Kommilitonen und Lehrende müssten sich jetzt demonstrativ vor ihre ausländischen Kommilitonen stellen." Notwendig ist aber nicht der Appell an die mit dem kapitalistischen Staat aufs engste verbundenen Hochschulleitungen oder der papierne Protest gegen die „Ausführung" der Rasterfahndung, sondern die grundlegende Ablehnung dieser Maßnahme rassistischer Unterdrückung und die Organisierung des Kampfes dagegen. Notwendig ist, dass die Gewerkschaften ver.di und GEW mobilisieren und wirkliche Proteste folgen lassen. Die Gewerkschaften und Studentenorganisationen haben das Potenzial, Studenten und Universitätsangestellte gegen

Fortgesetzt auf Seite 19

Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend

Hamburg

US / UN / NATO / Bundeswehr raus aus Afghanistan, Zentralasien und dem Balkan!
Dienstag, 15. Januar 2002, 18 Uhr

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!
Dienstag, 29. Januar 2002, 18 Uhr

Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!
Dienstag, 12. Februar 2002, 18 Uhr

Treff: Universität Hamburg
Pferdestall, Allendeplatz 1, neben Abaton-Kino
Kontakt: (040) 32 36 44

Berlin

US/UN/NATO/Bundeswehr raus aus Afghanistan, Zentralasien und dem Balkan!
Montag, 7. Januar 2002, 18 Uhr

Verteidigt das palästinensische Volk! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!
Montag, 21. Januar 2002, 18 Uhr

Die Grundsätze des Kommunismus
Montag, 4. Februar 2002, 18 Uhr

Treff: Humboldt-Universität
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 208
Kontakt: (030) 4 43 94 00

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 2

in die Antikriegs-Demonstrationen für die Verteidigung Afghanistans gegen die imperialistischen Angriffe und für Klassenkampf gegen die kapitalistischen Herrscher im eigenen Land. Denn der einzige Weg, imperialistische Kriege abzuschaffen, ist der Sturz der imperialistischen Bourgeoisien durch proletarische Revolution und die Errichtung von Arbeiterstaaten, die anstelle der von Profitgier getriebenen irrationalen kapitalistischen Ausbeutung ein System setzen, in dem die Produktionsmittel vergesellschaftet sind und eine Planwirtschaft die Grundlage legt für eine Welt frei von Ausbeutung, Unterdrückung und Kriegen.

Dass der deutsche Imperialismus heute wieder gestärkt ist und eine viel aktivere Rolle im Kampf um die imperialistische Neuaufteilung der Welt spielen und seine Armee dabei einsetzen kann, verdankt er in nicht geringem Maße der PDS selbst. Denn die PDS war entscheidend dafür, prosozialistische Arbeiter der DDR 1990 in die kapitalistische Konterrevolution zu treiben. Wir Trotzkisten verteidigten den deformierten Arbeiterstaat DDR, der nach dem Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland entstanden war. Wir kämpften 1989/90 mit allen Kräften unserer Internationale gegen den kapitalistischen Anschluss und für ein Rotes Rätedeutschland. Heute verteidigen wir die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Nordkorea, Vietnam und Kuba gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution.

Die PDS ist wie die SPD eine bürgerliche Arbeiterpartei. Während sie eine proletarische Basis hat, ist das Programm, das die PDS vertritt, bürgerlich. Ihre Ablehnung dieses Kriegs basiert auf der Verteidigung des deutschen kapitalistischen Staats. Deswegen kämpfen wir dafür, die Arbeiterbasis von der PDS zu brechen im Kampf für den Aufbau einer leninistischen, revolutionären Arbeiterpartei, die für den Sturz des Kapitalismus durch Arbeiterrevolution kämpft.

Die Arbeiterklasse ist der Schlüssel im Kampf gegen imperialistische Kriege

Sehr scharf waren die Auseinandersetzungen zwischen der SPD-geführten Regierung und Teilen der SPD/PDS-geführten Gewerkschaftsbürokratie, was den Unmut in der Arbeiterklasse über den Krieg widerspiegelt. Entgegen einer Erklärung des DGB-Bundesvorstandes, der sich für den Krieg aussprach und der SPD-Regierung Unterstützung gab, verfassten Dutzende von Gewerkschaftsvorständen aller Ebenen, Vertrauensleute-Versammlungen und andere Gremien Protestresolutionen gegen den Krieg und gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Besonders deutlich und scharf wurde die Auseinandersetzung zwischen Schröder und der IG Metall, der größten Industriegewerkschaft der Welt, deren Vorstand am 31. Oktober eine Resolution verabschiedete, die die „sofortige Einstellung der Bombardierungen" Afghanistans forderte. Schröder, gerade auf einer Reise in China, blaffte von dort wütend zurück: „Davon versteht ihr nichts" und die IG Metall solle „die Finger von der Außenpolitik" lassen (*Spiegel-Online*, 31. Oktober).

Der 2. Vorsitzende der IG Metall, Peters, antwortete: „Krieg und Frieden war und bleibt ein zentrales Thema der Arbeiterbewegung" und ein Sprecher der IG Metall sagte: „Wir lassen uns auch von Schröder den Mund nicht verbieten." So versuchten sich Teile der IG-Metall-Führung in der Kriegsfrage als Opposition zu Schröder zu profilieren und damit Vertrauen unter fortgeschrittenen Arbeitern zu gewinnen. Doch die Gewerkschaftsbürokraten lassen ihren papiernen Resolutionen keine Taten folgen. Sie organisieren keine Arbeiterproteste, Boykotts oder Streikaktionen gegen diesen Krieg. Es wurde sogar Gewerkschaftssekretären von ihrer Führung verboten, auf Antikriegsdemos zu sprechen. Bei Gewerkschaftsprotesten gegen Kürzungen in Berlin Anfang Dezember wurde die Frage des Kriegs von den Gewerkschaftsbürokraten vermieden. Wir treten ein für die Mobilisierung der Gewerkschaften gegen den Krieg. Ein gutes Beispiel für solch einen dringend benötigten Klassenkampf geben uns die japanischen Hafenarbeiter in Sasebo bei Nagasaki. Dort weigern sich 200 Hafenarbeiter, Militärgüter auf japanische Kriegsschiffe zu verladen, die in den Indischen Ozean geschickt werden, um dort den US-geführten Krieg zu unterstützen.

Seit 1998 verwaltet die SPD wieder die Geschäfte des deutschen Imperialismus, und seither sind die Gewerkschaftsbürokraten wesentlich aktiver dabei, im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, das auf Klassenzusammenarbeit basiert, die kapitalistischen Austeritätsmaßnahmen mit durchzudrücken: Angriffe auf Tarifverträge, Einführung von Billiglohnsektoren, Rentenkürzungen und Verhinderung eines gleichen Lohns für gleiche Arbeit in Ost und West. Es sind die sozialdemokratischen Betriebsräte, die den Bossen Vorschläge für Entlassungen unterbreiten. Inzwischen sind die Arbeitslosenzahlen wieder auf 4 Millionen gestiegen. Und *Der Spiegel* berichtete über ein internes DGB-Protokoll für die Gewerkschaftsvorsitzenden, aus dem hervorgeht, dass die kommenden Tarifverhandlungen „keine Belastung für den Regierungskurs werden" sollen. „Was Schröder und die Arbeitgeber gleichermaßen in freudige Erregung versetzte, war vor allem der zweite Teil des Zwickel-Vorschlags: die Gehaltssteigerungen künftig auch vom Erfolg der Unternehmen abhängig zu machen" (*Der Spiegel*, 12. November). Inzwischen regt sich darüber berechtigte Wut an der Basis der Gewerkschaft, die einen Ausverkauf der Tarifverhandlungen - sogar schon im Vorhinein - nicht akzeptieren will.

Gegen die Versuche der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, die Gewerkschaften den Interessen der Bourgeoisie unterzuordnen, kämpft die SpAD für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung.

Nieder mit der rassistischen staatlichen Verfolgung -Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Das Gesicht des „Kriegs gegen den Terrorismus" nach innen sind die massiven Verschärfungen von repressiven Gesetzen im Rahmen der beiden „Sicherheitspakete" von law-and-order-Minister Schily (SPD). Diese richten sich besonders gegen die immigrierten Arbeiter aus der Türkei und gegen alle Immigranten "aus der islamischen Welt. Letztlich zielen sie aber auf die gesamte Arbeiterklasse. Als erste größere Maßnahme wurde die islamisch-fundamentalistische Gruppe von Metin Kaplan, Kalifat-Staat, in Köln verboten. Dieser reaktionäre Verein ist aber nur der Vorwand, gegen linke türkische Gruppen stärker vorzugehen und gegen kurdische Organisationen wie die PKK, die sich gegen die brutale Unterdrückung ihrer nationalen Rechte wehren. So

Spartakist grüßt die neuen Leser!

Ergebnis der *Spartakist*-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	170	183	108%
Hamburg	130	130	100%
Auf Entfernung	15	37	246%
Gesamt	**315**	**350**	**111%**



Spartakist



Workers Vanguard

Links: Spartakist-Block auf Berliner Antikriegsdemo am 6. Oktober. Rechts: Block unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/Spartacist Youth Clubs bei Antikriegsprotest am 20. Oktober in San Francisco

reiste der türkische Innenminister mit einer Liste von 150 Namen angeblicher Terroristen an, die die türkische Regierung in ihren Folterkellern sehen will und deren Auslieferung sie verlangt.

Die SPD/Grünen-Regierung hebt immer wieder heuchlerisch hervor, dass nicht jeder Mensch islamischer Herkunft ein Terrorist sei. Damit implizieren sie willentlich und schüren den Verdacht, dass der Kollege oder der Nachbar durchaus einer sein könnte. Dass dies auch so gemeint ist, macht die rassistische Rasterfahndung deutlich, der in Nordrhein-Westfalen allein 10000 Arbeiter und Studenten unterzogen wurden, die dem Generalverdacht ausgesetzt sind, „Terroristen" zu sein. Unsere Jugendorganisation, die Spartakist-Jugend, veröffentlichte ein Flugblatt gegen die Rasterfahndung an den Universitäten (siehe Seite 3). Wir fordern darin die Gewerkschaften GEW und ver.di auf, einen Kampf gegen diese rassistischen Maßnahmen zu führen und intervenierten mit dem Flugblatt an den Universitäten, auf Gewerkschaftsprotesten und vor Betrieben. Wir kämpfen gegen die rassistische staatliche Repression nicht einfach, weil wir uns mit den Opfern solidarisieren, sondern auch weil dieser Kampf essenziell ist für die revolutionäre Einheit des Proletariats mit seinem starken Bestandteil von immigrierten Arbeitern und ihren Kindern. Deutsche Arbeiter können keine Revolution durchführen, wenn sie die Lüge akzeptieren, dass ihre „immigrierten" Klassenbrüder ihre Feinde sind. Wir fordern volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben! Nieder mit Schilys Sicherheitspaketen, die ein Angriff auf jedermanns Rechte sind!

Dies wurde unmittelbar nach dem Anschlag auf das World Trade Center deutlich mit der Reaktion der Regierung, die am 13. September die Kampagne „Solidarität mit Amerika" lostrat, die auch von der PDS unterstützt wurde. Diese Kampagne wurde von reaktionären Schweigeminuten in den Betrieben begleitet, gemeinsam ausgerufen vom Arbeitgeberverband und dem DGB. Der Arbeitskreis gegen Rassismus und Rechtsextremismus im ver.di-Bezirk NRW-Süd berichtete im Labournet über den Fall des türkischen Metallarbeiters Metin Serefoglu, der sich weigerte, an dieser nationalistischen Mobilisierung teilzunehmen. „,Ich möchte um alle Menschen in der Welt gleich trauern', begründet er. Schließlich habe es auch keine Trauerfeiern, Gedenkminuten und Halbmasten gegeben, als in der Türkei 30000 durch ein Erdbeben starben, in Bosnien 300000 Menschen dem Krieg zum Opfer fielen und unzählige Kurden im Osten der Türkei ermordet wurden" (Spendenaufruf „Solidarität mit Metin Serefoglu"). Serefoglu wurde mit aktiver Unterstützung von IG-Metall-Bürokraten fristlos entlassen. Wir fordern: Verteidigt Metin Serefoglu! Sofortige Wiedereinstellung! Genauso verteidigen wir den Schweißer Georg Reinert, dem bei DaimlerChrysler in Düsseldorf mit Entlassung gedroht wird, weil er bei einer Betriebsversammlung Kritik an dem Krieg gegen Afghanistan äußerte.

Die Arbeiterklasse hat das Potenzial, mit Krieg, Massenarbeitslosigkeit, Armut und Ausbeutung ein für alle Mal Schluss zu machen durch den Sturz der herrschenden Klasse durch sozialistische Revolution. Schlüssel hierfür ist der Bruch mit den sozialchauvinistischen Irreführern und deren Politik von Klassenkollaboration und die Schmiedung einer revolutionären internationalistischen multiethnischen Arbeiterpartei.

Nachfolgend drucken wir den Artikel unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S., der in *Workers Vanguard* Nr. 768, 9. November 2001 erschien unter der Überschrift: „Nein zur .Nationalen Einheit' der Bosse! Für Klassenkampf im eigenen Land!"

WORKERS VANGUARD

6. November - Die Wochen des erbarmungslosen Trommelfeuers von Tausenden von Bomben und Raketen auf Afghanistan haben die beabsichtigte Auswirkung. Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht und dann noch einmal pulverisiert, wobei Krankenhäuser zerstört, Rot-Kreuz-Einrichtungen vernichtet, ganze Familien ausgelöscht wurden. „Humanitäre Hilfe", d.h. Erdnussbutter, wird gelb verpackt abgeworfen, in der Farbe der Streubomben, deren einzige Zweckbestimmung es ist, wahllos zu verstümmeln und niederzumetzeln. Während die Taliban so gut wie ungeschoren blieben, hat der anscheinend ziellose Charakter des Krieges bei den Blockpartnern des imperialistischen Amerikas Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen, insbesondere bei denen in der arabisch/muslimischen Welt und in Europa. Sie sind durch jede Menge „Was-wäre-wenn"-Fragen beunruhigt. Was, wenn der Krieg Pakistan destabilisiert und dessen nukleares Potenzial dem Meistbietenden zufällt? Was, wenn er einen neuerlichen Krieg zwischen Indien und Pakistan auslöst und die Region ins

Fortgesetzt auf Seite 6

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 5

Chaos stürzt? Was, wenn der Zugang zum Öl unterbrochen wird? Was, wenn diese Mächte unaufhaltsam von ihrem gegenwärtigen Status als applaudierende Zuschauer in einen offenen Krieg hineingezogen werden, an dem sie kein direktes Interesse haben?

Die Zerstörung des World Trade Center war eine kriminelle Handlung, Tausende gewöhnlicher, unschuldiger Menschen wurden eingeäschert. Aber es ist nicht der Tod einfacher Menschen, der Amerikas Herrscher bewegt. Schließlich ist Bin Laden ein Frankenstein-Monster, das sich gegen seinen Schöpfer, den amerikanischen Imperialismus wandte. Bei seinem jahrzehntelangen Feldzug gegen die Sowjetunion ließ der US-Imperialismus Bin Laden und andere islamische Reaktionäre wie die Taliban in den 80er-Jahren auf die Rote Armee in Afghanistan los. Washington akzeptierte in seinem Kreuzzug gegen den „gottlosen Kommunismus" bereitwillig die Wiederversklavung afghanischer Frauen als „Kollateralschaden". Vor ein paar Jahren gab [die ehemalige US-Außenministerin] Madeleine Albright außerdem zu verstehen, dass über eine Million durch Hunger und Krankheit gestorbene Irakis im Verlauf der Verteidigung von US-Herrschaftsinteressen im Nahen Osten einen akzeptablen Kollateralschaden darstellen. Angesichts solch brutalen Kalküls ist es angemessen zu fragen, ob die Tausenden im World Trade Center Getöteten ebenfalls ein ..akzeptabler Kollateralschaden" für den Sieg des US-Imperialismus im Kalten Krieg sind.

Die US-Herrscher machen sich das wirkliche Entsetzen in der amerikanischen Bevölkerung über die Anschläge auf das World Trade Center zu Nutzen. Aber vom Standpunkt der Imperialisten ist das wirkliche „Verbrechen" des 11. September der Anschlag auf das Nervenzentrum der US-Militärmacht, das Pentagon: eine Demütigung ihres Verlangens nach Weltherrschaft. Die Antwort der Bush-Regierung auf die Anschläge war die Proklamation, die Welt müsse sich entscheiden: entweder für „uns" oder gegen „uns" in einem vielleicht auf ein Menschenalter angelegten Krieg gegen jegliche Herausforderung des amerikanischen Imperialismus. Das ist die Reaktion eines großkotzigen Schlägers. Amerikas Herrscher wollen sicherstellen, dass ihrer Jagd nach Profiten, die auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse hier und in ändern Ländern basieren, keine Steine in den Weg gelegt werden.

Manchmal bringen imperialistische Unternehmungen und Kriege kurzfristig Jobs hervor, aber heute, unter den Bedingungen einer weltweiten Rezession, sind die nicht zu finden. Während viele Arbeiter aus dem ganzen Land nach New York City geströmt sind, um nach der WTC-Katastrophe ihre Zeit und ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, begnügen sich die staatlichen Mächte damit, die kleinen Geschäftsleute, die wegen der Verwüstung zumachen mussten, zugrunde gehen zu lassen. Über 600 000 Arbeitsplätze wurden landesweit allein seit September zusammengestrichen, und die, die dabei arbeitslos werden, teilen inmitten einer sich vertiefenden Rezession das Schicksal Millionen anderer.

Postarbeiter werden trotz der Bedrohung durch Milzbrand zur Arbeit befohlen, während Senatoren, Kongressabgeordnete und Richter des Obersten Gerichtshofs sorgfältig vor jeder möglichen Ansteckung abgeschirmt werden. Am Freitag kämpften sich Feuerwehrleute in New York City durch Polizeisperren, um dagegen zu protestieren, dass sie von der Suche nach den Leichen ihrer Kollegen und anderer Opfer des Anschlags abgezogen wurden. Ein Feuerwehrmann traf den Nagel auf den Kopf, als er bemerkte, dass jetzt, nachdem die geheimen Goldlager in den Kellergeschossen des WTC gefunden und sichergestellt worden sind, die Toten den Schaufelbaggern als Müll hinterlassen werden.

Seit dem Beginn des Luftkrieges gegen Afghanistan sind erst ein paar Wochen vergangen, und schon wird es vielen armen und arbeitenden Menschen zunehmend klar, dass sie bei einer Unterstützung von Bushs Kreuzzug für „dauerhafte Freiheit" alles zu verlieren haben, einschließlich der dürftigen Freiheiten, die ihnen jetzt zugänglich sind. Wie wir in unserer Erklärung unmittelbar nach dem Anschlag auf das World Trade Center sagten:

> „Die herrschenden Parteien - Demokraten und Republikaner - sind nur allzu scharf darauf, die Toten und Verletzten benutzen zu können, um ihre kapitalistische Klassenherrschaft zu stärken. Es ist eine Gelegenheit für die Ausbeuter, mit Patriotismus â la ‚eine unteilbare Nation' hausieren zu gehen, um zu versuchen, den wachsenden Zorn am Boden dieser Gesellschaft von sich abzulenken, und zwar auf einen nicht definierbaren ausländischen ‚Feind' sowie auf Immigranten in den USA, und um ihr Arsenal an staatlicher Repression im eigenen Land gegen alle arbeitenden Menschen zu verstärken." *(Spartakist-Extrablatt,* 14. September 2001)

Mehr als 1100 Menschen ohne Staatsbürgerschaft wurden verhaftet und festgehalten, wobei den meisten der Zugang zu Rechtsanwälten oder ihren Familien verwehrt wurde. Das zynischerweise „USA-Patriot Act 2001" genannte Gesetz erlaubt vorbeugende Verhaftung von Nicht-Staatsbürgern für sieben Tage ohne Anklageerhebung und für praktisch unbegrenzte Zeit, sobald die Anklage erhoben wurde, legalisiert FBI-Einbrüche und erlaubt der CIA Spionage im Inland. Seine Definition von „terroristisch" schließt all jene ein, die als Opponenten der Regierung gelten. Welch bedrohlichen Charakter das hat, ist bereits vielen schwarzen Amerikanern klar geworden. Der Kongressabgeordnete der Region von Chicago Jesse Jackson Jr. sprach derartige Befürchtungen an, als er bemerkte: „Die Terroristen haben nicht die Freiheitsstatue, die Verfassung oder die Bill of Rights oder die Unabhängigkeitserklärung angegriffen. Sie griffen die Symbole unserer ökonomischen und militärischen Macht in der Welt an. Es sind die Unterstützer dieses Gesetzentwurfes, die wirklich amerikanische Freiheiten angreifen, die in unseren heiligsten historischen Dokumenten enthalten sind."

Das „Anti-Terror"-Gesetz der Bundesregierung wird von einer Anzahl weiterer Gesetzesvorhaben begleitet, die Hafen- und Schifffahrtsarbeiter, Arbeiter bei den Fluglinien und andere für stärkere Überwachung und Schikanierung im Visier haben. Für den Fall, dass Arbeiter je vergessen, dass Gewerkschaftsmilitanz in den Augen unserer bürger-


Dickinson College


Movietone News

Italienische imperialistische Invasoren (links) kämpften im Annexionskrieg 1935/36 sieben Monate lang gegen äthiopische Widerstandskräfte

liehen Herrscher kein Recht ist, rief der Generalstaatsanwalt von South Carolina dies kürzlich in bedrohlicher Weise ins Gedächtnis zurück. Mit Bezug auf die Charleston Five, fünf Hafenarbeiter, denen für die Verteidigung ihrer Gewerkschaft gegen den Einsatz von Streikbrechern Gefängnisstrafen drohen, proklamierte er: „Ich bin dagegen, Leute dazu zu zwingen, Gewerkschaftsmitglieder zu werden, damit sie einen Job bekommen. Und diese ganze Vorstellung vom Zweck, der die Mittel heiligt, wo wir diese Terroristen kennen, die so viele Menschen getötet haben, das ist genau deren Argument."

Der „Terror", der die US-Imperialisten beunruhigt, ist jedweder Widerstand gegen ihre Vorrechte und ihre Klassenherrschaft. Die Verteidigung Afghanistans gegen den imperialistischen Angriff ist aufs engste verknüpft mit der Verteidigung der arbeitenden Massen hier gegen verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung, was den Umsturz der imperialistischen Ordnung durch Arbeiterrevolution erfordert. Die Aufgabe besteht darin, das Proletariat zu eben diesem Ziel zu erziehen und zu mobilisieren. Und dazu ist es erforderlich, die Arbeiter von ihren klassenkollaborationistischen, sozialchauvinistischen Führern zu brechen.

Zentristen und Renegaten

Reformistische Gruppen wie die International Socialist Organization und die Workers World Party, die sich emsig darum bemühen, Abweichler unter den Politikern der Demokratischen Partei für den Aufbau von „Friedens"koalitionen einzuspannen (augenblicklich mit geringem Erfolg), werben mit dem rosigen Bild eines von Krieg und Ungerechtigkeit gesäuberten imperialistischen Systems. Wir Marxisten sagen, dass nur Arbeiterrevolution imperialistischen Krieg beenden kann, und im Rahmen dieser Aufgabe ist es unser Ziel, das Proletariat von der chauvinistischen „nationalen Front" zu brechen und zu Klassenkampfmaßnahmen gegen den Krieg zu mobilisieren. Und während in den USA solch eine Perspektive heute recht weit entfernt scheinen mag, haben in Italien die COBAS (Basis-Komitees)-Gewerkschaften für den 9. November zu einem politischen Generalstreik aufgerufen, in Opposition zum imperialistischen Krieg gegen Afghanistan und zum Angriff der italienischen Regierung auf Sozialleistungen. Auf ähnliche Weise organisierte COBAS 1999 einen eintägigen Generalstreik gegen den US-geführten NATO-Luftkrieg gegen Serbien. Solche Gewerkschaftsaktionen gegen den Krieg würden hierzulande die chauvinistische „nationale Einheit" in Frage stellen, die dazu benutzt wird, die Arbeiter hinter den Kriegszielen ihrer kapitalistischen Ausbeuter zusammenzuschweißen.

Unsere Perspektive basiert auf der Erfahrung der Oktoberrevolution von 1917, die inmitten des Gemetzels des Ersten Weltkriegs siegte aufgrund des Programms der Bolschewiki, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln. Proletarischer Widerstand gegen die imperialistischen Verwüstungen durch die Ausbeuter kann, in den Worten Leo Trotzkis, nur durchgeführt werden „durch die revolutionäre Mobilisierung der Massen ..., d.h. durch die Verbreiterung, Vertiefung und Verschärfung jener revolutionären Methoden, die in ‚Friedenszeiten' den Klassenkampf ausmachen" („Lernt denken", Mai 1938).

Dieses Verständnis haben wir propagiert bei unseren Verkäufen an Arbeitsstätten, in den Ghettos und bei allen unseren Interventionen bei Antikriegsprotesten und -Versammlungen. Trotzdem hat uns die Internationalist Group (IG) - eine Hand voll zentristischer Renegaten, die Mitte der 90er-Jahre unter dem Druck des imperialistischen Triumphgeschreis über den „Tod des Kommunismus" aus unserer Organisation geflohen sind - kürzlich dafür angegriffen, angesichts der chauvinistischen Kriegshetze, die zur Zeit in diesem Lande wild um sich greift, „zurückgewichen" zu sein. In einer Internet-Erklärung vom Oktober 2001 kritisiert uns die IG scharf wegen unseres angeblichen „Widerstands dagegen, zu der Niederlage ‚ihrer eigenen' Bourgeoisie in einem imperialistischen Krieg aufzurufen. Jegliches Gerede über sozialistische Revolution erschöpft sich in Hirngespinsten über ein .besseres Leben im Himmel', wenn

Fortgesetzt auf Seite 8

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)
International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 23555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 7

man in einem imperialistischen Krieg nicht entschlossen für die Niederlage ‚seiner eigenen' Bourgeoisie eintritt."

Im Wesentlichen vermengt hier die IG bewusst die Frage einer militärischen Niederlage in einem bestimmten Krieg mit dem proletarischen Sieg über die eigene Bourgeoisie durch eine sozialistische Revolution. Letzteres ist das Programm jeder wahrhaft revolutionären Partei in Friedens- wie in Kriegszeiten. Die Losungen, die aufgestellt werden, um zu diesem Ziel zu gelangen - um die Arbeitermassen von ihrem gegenwärtigen Bewusstseinsstand zur Ergreifung der Staatsmacht zu führen -, sind jedoch notwendigerweise von den jeweiligen Bedingungen abhängig. So musste Lenin nach seiner Rückkehr nach Russland nach dem Sturz des Zaren Anfang 1917 gegen jene Mitglieder der bolschewistischen Partei kämpfen, die die bürgerliche Provisorische Regierung unterstützen wollten. Nachdem er diesen Kampf gewonnen hatte, mußte er diejenigen linken proletarischen Elemente in der Partei warnen, die unmittelbar zum Sturz der Provisorischen Regierung aufrufen wollten. Am 5. Mai 1917 verabschiedete das Zentralkomitee folgende von Lenin verfasste Resolution: „Die Losung ‚Nieder mit der Provisorischen Regierung' ist im Augenblick deshalb falsch, weil eine solche Losung, wenn nicht eine feste (d. h. bewußte und organisierte) Mehrheit des Volkes auf seilen des revolutionären Proletariats steht, entweder eine Phrase ist oder objektiv auf abenteuerliche Versuche hinausläuft."

Bei dem Versuch, ihre leere Phrasendrescherei zu untermauern, bringt die IG folgendes Beispiel: „Die Niederlage Frankreichs durch die algerischen Unabhängigkeitskämpfer, was sich 1962 zuspitzte, demoralisierte die französische Bourgeoisie und trug mit zu der Arbeiter-Studenten-Revolte von 1968 bei, der ersten potenziell revolutionären Krise in Europa seit Jahren." In Wirklichkeit hat der acht Jahre dauernde Kolonialkrieg in Algerien keine Ähnlichkeit mit dem, was heute in Afghanistan passiert.

Es ist interessant, unsere Position der Verteidigung Afghanistans gegen den US-Angriff zu vergleichen mit einer Situation, die in mancher Hinsicht ähnlich war: die Invasion Äthiopiens durch das imperialistische Italien 1935. Äthiopien unter Kaiser Haile Selassie war eine grausam repressive Gesellschaft - eine der letzten Bastionen der Sklaverei auf der Welt -, gekennzeichnet durch rückständiges Stammeswesen, Unterjochung von Minderheitenvölkern und unablässige Ausbeutung der Bauernmassen. Revolutionäre verteidigten Äthiopien gegen Mussolinis Italien, weil letzteres eine imperialistische Macht war, und die Tatsache, dass die Form imperialistischer Herrschaft faschistisch war und nicht demokratisch, spielte dabei keine Rolle.

Indem wir die Arbeiterklasse zur Verteidigung Afghanistans gegen den US-Imperialismus aufrufen, wenden wir dasselbe leninistische Prinzip an, gegen einen imperialistischen Angriff die Seite von rückständigen Ländern zu beziehen. Aber abgesehen davon unterscheidet sich der US-Krieg gegen Afghanistan in bedeutsamer Hinsicht von der italienischen Invasion Äthiopiens, die darauf abzielte, Italiens langjährige Absicht der Kolonisierung dieses Landes zu erfüllen. Die USA beabsichtigen keine Besetzung Afghanistans - zumindest nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt -, obwohl die Imperialisten jetzt, wo sie in Zentralasien sind, so viel an sich reißen werden, wie sie kriegen können. Mit ihrem Angriff auf Afghanistan suchen die USA Rache für die Beleidigung ihrer herrschaftlichen Macht.

Solche Rache ist nicht immer leicht zu haben, auch nicht für die mächtigste imperialistische Macht. Im 19. Jahrhundert, als Britannien das führende imperialistische Land der Welt war. lehnte dessen Botschafter in Bolivien voller Verachtung einen Becher bolivianischen Biers ab. Die bolivianischen Regierungsvertreter waren durch dieses herablassende Auftreten so gekränkt, dass sie ihn auf den Rücken eines Esels schnürten, durch die Straßen von La Paz schleiften und dann zwangen, ein ganzes Fass des Gebräus zu trinken. Queen Victoria war über diesen Akt von *lese majeste* [Majestätsbeleidigung] aufs Äußerste erbost und bestand darauf, dass die Royal Navy Bolivien als Vergeltung bombardieren müsse. Als einer ihrer Berater schließlich den Mut aufbrachte, sie davon in Kenntnis zu setzen, dass Bolivien ein Binnenland sei, verlangte die Queen eine Landkarte, stippte ihre Feder in ein Tintenfass, strich das Land mit einem großen X durch und erklärte: „Bolivien gibt es nicht!"

Ungeachtet der falschen Analogie der IG mit Kolonialkriegen scheint es gegenwärtig unwahrscheinlich, dass die USA eine Landinvasion Afghanistans in größerem Ausmaß beginnen. Tatsächlich führten ihre ersten Versuche auf diesem Gebiet, ein Kommandounternehmen im Oktober, zu Resultaten, die unter den hohen Militärs des Pentagon Alpträume von der demütigenden Niederlage in Vietnam hervorgerufen haben müssen. Der Londoner *Independent* (30. Oktober) berichtete: „Das Unternehmen war eine rein kosmetische Vorstellung für die Medien und die Öffentlichkeit, gerichtet gegen ein Ziel, das laut Geheimdienstberichten nur schwach verteidigt wurde. Die zähe Gegenwehr der Taliban hat das Pentagon so in Unruhe versetzt, dass seitdem keine weiteren Kommandounternehmen mehr stattgefunden haben."

Die von Washington höchstwahrscheinlich favorisierte Variante ist im Augenblick fortgesetzte, ununterbrochene und planlose Bombardierung, der die Taliban keine militärischen Mittel entgegensetzen können. Auch dies war im Fall des italienisch-äthiopischen Krieges von 1935 anders. Italien war eine zweitrangige imperialistische Macht, zerrissen von scharfen Klassengegensätzen und in ihren Vorhaben durch ihre größeren imperialistischen Rivalen eingeschränkt. Obgleich im Endergebnis Italien nach einem siebenmonatigen Bodenkrieg siegte, war es nicht unvernünftig, wenn die damals noch trotzkistische amerikanische Sozialist Workers Party einen möglichen militärischen Sieg Äthiopiens ins Auge fasste:

> „Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, dass eine Niederlage Italiens und eine Revolution auf der Apenninenhalbinsel unvorhersehbare Folgen haben kann. Das ganze europäische Bündnis- und Staatensystem würde auseinanderbrechen. Das Proletariat in Deutschland, Österreich, Spanien und auf dem Balkan und nicht zuletzt in Frankreich würde enormen Auftrieb bekommen; das Angesicht Europas würde sich ändern. Das liegt im direkten Klasseninteresse des internationalen Proletariats. Aber mehr noch. Eine Niederlage Italiens in Afrika, ein Sieg Äthiopiens, könnte den imperialistischen Banditen einen furchtbaren Schlag in Afrika zufügen." („Questions of the Italo-Ethiopian War" [Fragen des italienisch-äthiopischen Krieges], *New International*, Oktober 1935)

Keiner dieser Faktoren schränkt die USA gegenwärtig ein, wenngleich der Krieg sicherlich die Spannungen unter den imperialistischen Mächten verschärfen wird und sein Preis an Elend im eigenen Land Klassenkampfbereitschaft im amerikanischen Proletariat erwecken könnte. So ist der Ruf nach einer militärischen Niederlage der USA zu diesem Zeitpunkt illusorisch und nur heiße Luft und „revolutionäre" Phrasendrescherei - und zwar eine, die aus dem Verzicht auf die Mobilisierung des US-Proletariats mit dem Ziel der Eroberung der Staatsmacht herrührt.

Im Gegensatz zur IG hat sich die Spartacist League dem Ziel verschrieben, die amerikanische Arbeiterklasse und die Unterdrückten von ihren Fesseln der Klassenzusammen-

arbeit, die sie an die Demokratische Partei ketten, zu brechen und eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, um den amerikanischen Imperialismus durch sozialistische Revolution zu stürzen. Während die IG ach so revolutionär in ätherischen Cyberspace-Gefilden herumschwadroniert, kämpfen wir tatsächlich für eine proletarische, revolutionäre, internationalistische Perspektive in der Realität. Eine Unterstützerin der SL sprach kürzlich bei einer Kundgebung zur Verteidigung der Charleston Five (siehe *Workers Vanguard* Nr. 767, 26. Oktober) im Gewerkschaftshaus der Hafenarbeiter, ILWU Local 10, in San Francisco und rief zu Klassenkampf im eigenen Land und zur Verteidigung Afghanistans gegen den imperialistischen Angriff auf. „Beide herrschenden Parteien", sagte sie, „fachen die Flammen patriotischer Inbrunst an, um die Bevölkerung hinter ihren militärischen Zielen im Ausland auf Linie zu bringen und um die Arbeiterklasse zu Hause noch stärker an die Interessen der Bosse zu ketten." Sie schloss mit den Sätzen:

> „Jahrzehntelang hat die prokapitalistische Führung der AFL-CIO [Gewerkschaftsdachverband] Arbeiter durch die Unterstützung der Demokraten an ihren Klassenfeind gebunden...
> Aus diesem Grunde halten wir es für nötig, einen politischen Kampf innerhalb der Gewerkschaften zu führen, um eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die gegen den US-Imperialismus kämpfen wird, für die Freiheit der Schwarzen, für die Rechte der Immigranten und für unsere Klassenbrüder und -Schwestern in anderen Ländern. Eine solche Partei wird den Kampf anführen, die kapitalistische Ordnung zu beseitigen und eine Arbeiterregierung und eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung zu schaffen. Das ist der einzige Weg, mit Rassismus und Krieg für immer Schluss zu machen. Diejenigen, die arbeiten, sollen auch herrschen!"

Um die Wahrheit über diesen imperialistischen Krieg zu sagen, musste sich unsere Genossin gegen die Störungen eines gewissen Jack Heyman behaupten, ein sich links gebärdender, von der IG zum „Arbeiterführer" hochstilisierter örtlicher ILWU-Bürokrat, dessen Bemühungen aber von Hafenarbeitern im Publikum vereitelt wurden.

Wir sagten: Hoch die Rote Armee in Afghanistan!

Ihre r-r-revolutionäre Phrasendrescherei teilt die IG mit einem anderen Haufen von Zentristen, wie in einer gemeinsamen Erklärung vom 9. Oktober deutlich wird, die von der Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (LRKI, zentriert um die britische Gruppe Workers Power [in Deutschland Gruppe Arbeitermacht]), der morenistischen Fraccfon Trotskysta in Mexiko und der Gruppe Kommunistischer Bund/Arbeitermacht in Griechenland unterschrieben wurde. Auch sie sind völlig verliebt in den Aufruf zur „Niederlage der imperialistischen Kräfte". Während die IG uns angreift, wir würden den nicht zu verteidigenden Charakter des wahllosen Anschlags auf das World Trade Center in den Mittelpunkt rücken, verzichten ihre zentristischen Ebenbilder völlig darauf, das Blutbad, das dieser Anschlag an Tausenden von gewöhnlichen arbeitenden Menschen und Minderheiten anrichtete, zu verurteilen. Dies deutet auf eine Übereinstimmung hin zwischen ihrem Weltbild und dem, das die Führer des US-Imperialismus mit den von Bin Laden inspirierten islamischen Fundamentalisten gemein haben - dass Völker insgesamt verantwortlich sind für die Verbrechen ihrer Herrscher.

Im Fall von LRKI & Co. mischt sich Antiamerikanismus mit grotesken Losungen und etwas schreiend roter Rhetorik, was so ziemlich jeden anziehen soll, der davon liest -von Leuten, die labil überfordert sind, bis zu Jugendlichen, die nach einer Alternative zu Pazifismus und Reformismus



Hicks/Getty

US-unterstützte Truppen der Nordallianz erschiessen verwundeten Taliban-Soldaten auf Straße nach Kabul

suchen. Die rote Rhetorik ist unernsthafter Bombast, wie beispielsweise in ihrem Aufruf an Soldaten, „in den Armeen Widerstand zu organisieren ... und gegen die Imperialisten und ihre mordlüsternen Generäle zu rebellieren", und an „Arbeiter und Arbeiterinnen in den Munitionsfabriken ... die imperialistische Kriegsproduktion zu boykottieren und zu sabotieren". Für diese Opportunisten sind Worte nicht für den Klassenkampf gedacht, sondern für griechische Tavernen, englische Pubs und lateinamerikanische Cantinas. In Britannien zeigt sich der wahre Gehalt von Workers Powers „revolutionärem Defätismus" in ihrer Mobilisierung: „NEHMT AUF DAS PARLAMENT EINFLUSS während seiner Kriegsdebatte."

Tatsächlich ist die Stimmabgabe für Labour so ziemlich das einzige „Prinzip", an das sich die britische Workers-Power-Gruppe hält. 1997 und erneut 2001 stimmte Workers Power für „Bomber Blair" und seine Labour Party. Während des Krieges 1999 gegen Serbien marschierte die LRKI in Demonstrationen, die durchsetzt waren von Plakaten, auf denen „NATO - Viel Glück" stand, und sie unterstützten die albanische Kosovo-Befreiungsarmee, die damals ein Handlanger der NATO war. Dass die LRKI über Afghanistan derzeit links posiert, liegt sowohl an der wachsenden Unpopularität der US-Angriffe unter Europäern als auch daran, dass Afghanistan vom Standpunkt der europäischen Imperialisten aus nur eine Randbedeutung hat.

Und was das Groteske angeht, da gibt es den Aufruf zur „gemeinsamen Aktion aller afghanischen Kräfte - einschließlich der islamistischen", „um den imperialistischen Angriff abzuwehren", eine interessante Aufgabe für Leute, die an Alchemie glauben. Die Vorstellung, dass es mehr als eine äußerst kurzlebige Einheit zwischen den verschiedenen Stämmen innerhalb der Grenzen Afghanistans geben könne, wird von einer Geschichte ständiger mörderischer Auseinandersetzungen widerlegt. Diese Völker haben kein gemeinsames nationales Interesse, weil Afghanistan keine Nation ist. Die „afghanischen Kräfte" sind heute - wie auch in der Vergangenheit - damit beschäftigt, aufeinander zu schießen, wobei die Taliban, die sich auf das vorherrschende Volk der Paschtunen stützen, der größtenteils tadschikischen und usbekischen Nordallianz gegenüber stehen, die gegenwärtig als Marionette des US-Imperialismus agiert. In der gemeinsamen Erklärung der LRKI heißt es: „Afghanistan hat über 20 Jahre Krieg hinter sich", was den Krieg der CIA-unterstützten

Fortgesetzt auf Seite 10

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 9

Mudschaheddin gegen den Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan und den späteren Krieg zwischen den rivalisierenden Mudschaheddin-Gruppen, den Taliban und den Bestandteilen der Nordallianz in einen Topf wirft. Mit anderen Worten, die LRKI und ihre derzeitigen Blockpartner hoffen darauf, dass niemand zu genau nachschaut, wo sie damals während des Stellvertreterkriegs der USA in Afghanistan gestanden haben! Wir sagten: *Hoch* die Rote Armee in Afghanistan - und wünschten uns inbrünstig, dass die sowjetischen Kommandos die islamischen Fanatiker unschädlich machen würden, die unverschleierten Frauen Säure ins Gesicht schleuderten und jene ermordeten, die es wagten, junge Mädchen zu unterrichten. Im Gegensatz dazu *verurteilte* Workers Power die sowjetische Präsenz, wobei sie nicht so weit gingen, das imperialistische Geschrei nach dem Abzug der Roten Armee nachzubeten. Die Moreno-Anhänger unterstützten offen die Mudschaheddin. In Frankreich riefen sie dazu auf, dass die Rote Armee aus Afghanistan abziehen und ihre Waffen den antikommunistischen islamischen Guerillakämpfern überlassen solle. In Italien freute sich die Morenisten-Gruppe auf „die Möglichkeit, die iranische Revolution auf sowjetisches Gebiet auszuweiten" *(Avanzata Proletaria,* 12. Januar 1980)!

Als linke Abdeckung dafür, dass sie gegen die sowjetische Militärpräsenz waren, erschuf sich Workers Power damals ein afghanisches Proletariat als unabhängige „revolutionäre Kraft". Die jetzige gemeinsame Erklärung der LRKI stellt die Forderung nach einer „Arbeiter- und Bauernregierung" auf, obwohl es gar keine Arbeiter und nicht viel an Bauernschaft gibt. Dieser Blödsinn wird jetzt von der IG mit ihrem Aufruf zur „sozialistischen Revolution" in Afghanistan nachgeäfft. Erst die Intervention der Sowjetunion war es, die die Möglichkeit eröffnete, die afghanischen Völker ins 20. Jahrhundert zu bringen. Deswegen erhoben wir die Forderung: „Weitet die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!" Heute kann eine sozialistische Revolution nur nach Afghanistan kommen durch sozialistische Umstürze in den Ländern der Region, in denen es bedeutende proletarische Konzentrationen gibt - vom Iran bis nach Pakistan und Indien. Entscheidend für eine revolutionäre Perspektive in solchen Ländern ist der Kampf gegen die uralte Unterjochung der Frau. Tatsächlich war der afghanische Konflikt in den 80er-Jahren der einzige Krieg der neueren Geschichte, der hauptsächlich über die Stellung der Frau geführt wurde.

In Wirklichkeit hat die IG wenig im Sinn mit der Arbeiterklasse - weder in den USA noch in der „Dritten Welt". Stattdessen geht sie in verschiedensten kleinbürgerlich-nationalistischen Milieus hausieren. In ihrem letzten Internet-Artikel höhnt die IG: „Die SL stellt sich als Vorkämpfer gegen islamischen Fundamentalismus dar." Ihre Verachtung dafür, dass wir uneingeschränkt gegen islamische Reaktion sind, ist eine stillschweigende Ablehnung unseres Aufrufs zum Sieg der Roten Armee gegen die Mullahs in Afghanistan in den 80er-Jahren (was die IG angeblich weiterhin unterstützt). Außerdem ist es ein Schuldschein, ausgestellt an Nationalisten in jenen Regionen der Erde, in denen der Islam dominiert: dem Kampf um die Macht des Proletariats zu entsagen im Namen einer „Einheitsfront" gegen den US-Imperialismus. Es bedeutet im Keim, Trotzkis Theorie der permanenten Revolution aufzugeben, die besagt, dass in den rückständigen Ländern die Arbeiterklasse die einzige Kraft ist, die den Kampf für soziale und nationale Gerechtigkeit führen kann. Wie Trotzki betonte, kann nur die proletarische Revolution das imperialistische Joch in solchen Ländern zerschlagen und dem Imperialismus durch ihre Ausweitung auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder für immer ein Ende bereiten.

Das Wachstum von islamischem und anderem religiösen Fundamentalismus in rückständigen Ländern ist ein Maßstab für den Bankrott der bürgerlich-nationalistischen Regime, die nach der Unabhängigkeit an die Macht gekommen sind und imperialistische Hungerdiktate durchsetzen, während sie selbst obskurante Rückständigkeit fördern. Als Beispiel kann man das überwiegend hinduistische Indien nehmen, wo das Kastensystem und so schreckliche Bräuche wie *Sau* (Witwenverbrennung) auch nach mehr als fünf Jahrzehnten „Demokratie" weit verbreitet sind. Die Last der gesellschaftlichen Rückständigkeit ist in allen Bereichen der Gesellschaft deutlich. Etwa 70 Millionen Inder leiden an Kröpf und 200 Millionen sind gefährdet durch Jodmangel, einer äußerst einfach zu verhindernden Ursache von geistigen Entwicklungsstörungen. Jodsalz ist billig und ein einfaches verfügbares Mittel, solche Erkrankungen zu bekämpfen. Doch nach einem Aufschrei von kleinen Salzproduzenten, Gandhi-Anhängern und faschistischen Gruppen, die mit der herrschenden BJP verbunden sind, hob letztes Jahr der hindu-chauvinistische Premierminister Atal Behari Vajpayee ein Verbot des Verkaufs von nichtjodiertem Salz auf.

Für sozialistische Revolution im Bollwerk des Weltimperialismus!

In Europa wurde die Arbeiterklasse genau wie in Amerika einem fortwährenden Angriff auf Arbeitsplätze, Löhne und Sozialleistungen ausgesetzt. Zum Großteil wurden diese Angriffe von Regierungen durchgeführt, die von sozialdemokratischen Parteien geführt werden. Über den COBAS-Streik in Italien hinaus gibt es in ganz Europa Anzeichen von Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Ende Oktober hat die riesige Gewerkschaft IG Metall in Deutschland eine Aussetzung der Bombardierungen gefordert, nur um gleich von „ihrem" sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder gerügt zu werden, der sie zurechtwies: „Kümmert euch um die Lebensbedingungen eurer Mitglieder, aber lasst die Finger von der Außenpolitik, denn davon versteht ihr nichts" *(Spiegel Online,* 31. Oktober). Ein IG-Metall-Sprecher antwortete ihm: „Wir lassen uns auch von Schröder den Mund nicht verbieten."

Während die Arbeiter in ganz Europa zweifellos ein Misstrauen darüber hegen, dass der Krieg gegen Afghanistan ihnen selbst Schaden zufügen könnte, versuchen die Gewerkschaftsbosse auch, die Interessen ihrer eigenen Bourgeoisie zum Ausdruck zu bringen, indem sie an Antiamerikanismus appellieren. So warnt der Vizechef der IG Metall vor „blindem Kadavergehorsam gegenüber Amerika". Ein solcher antiamerikanischer Nationalismus wird auch von Zentristen wie der LRKI verbreitet, deren gelegentlich links klingende Rhetorik nur aufgesetzt ist und dazu dient, Illusionen in der Arbeiterklasse über die sozialdemokratischen Arbeiterleutnants des Kapitals zu verstärken. Nur die beharrliche Arbeit der Leninisten, die sozialchauvinistischen Irreführer aus der Arbeiterbewegung zu verjagen und die Arbeitermassen von ihren sozialdemokratischen Verrätern zu brechen, kann den in Europa und anderswo nötigen sozialistischen Umstürzen, die lange überfällig sind und immer dringlicher werden, den Weg ebnen.

Die Arbeiterklasse in den USA unterstützt zwar größtenteils weiterhin den Krieg, doch im Gefüge der chauvinistischen „nationalen Einheit" beginnen sich Risse zu zeigen. Osama Bin Laden erscheint vermutlich vielen Postarbeitern, die der Gefahr einer tödlichen Anthrax-Infektion ausgesetzt sind, weniger als Feind als ihre eigenen Bosse. Die

Festnahme von vier Funktionären der Feuerwehrgewerkschaft nach der Protestkundgebung letzten Freitag bei den Trümmern des World Trade Centers wird von vielen Arbeitern zu Recht als Warnung verstanden werden, dass die Bosse gegen jede Art von Unruhe in der Arbeiterklasse scharf vorgehen wollen. Seit den Streiks von Staatsangestellten in Minnesota und in drei Panzerfabriken von General Dynamics letzten Monat ist klar, dass viele Arbeiter über das Absinken ihres Lebensstandards sauer sind, der während des kürzlichen neun Jahre langen Booms aufrechterhalten worden war, und dass sie bestürzt sind über die Aussicht auf ein weiteres Absinken - einschließlich der Möglichkeit, dass der Gehaltsscheck ganz ausbleibt - als Folge der Rezession und des Kriegseinsatzes. Der Plan der Republikaner, den Reichen noch massivere Steuererleichterungen zu gewähren, wird diesen schwelenden Unmut zweifellos weiter anfachen.

Diese Unzufriedenheit kann man an der Tatsache sehen, dass eine Schicht von Gewerkschaftsbürokraten auf lokaler Ebene sich gegen die US-Bombardements ausspricht. Dies spiegelt sich auch bei schwarzen Demokraten wider. Im September hat die Demokratin Barbara Lee aus Oakland als einzige gegen die Kriegsresolution des Kongresses gestimmt; anschließend stimmten 66 Kongressabgeordnete und ein Senator gegen das „Anti-Terror"-Gesetz. Und Lee, die nach ihrer Stimmabgabe Todesdrohungen erhielt, wurde bei einer Kundgebung, die von örtlichen liberalen Demokraten und den ILWU-Gewerkschaftschefs organisiert worden war, von mehreren tausend Leuten gefeiert.

Ein Zusammenschluss von mehr als 400 Gewerkschaftern aus New York City, darunter auch zwölf Vorsitzende %:on Ortseinheiten, hat sich gegen den Krieg ausgesprochen. Eine Erklärung, die von „New Yorker Gewerkschaftern gegen den Krieg" herausgegeben wurde, sagt, der Krieg „wird Milliarden ans Militär und an Firmenvorstände umleiten, während im Land so wichtigen Bereichen wie der Bildung, dem Gesundheitswesen und den Sozialkassen der Geldhahn zugedreht wird. In New York City und anderswo wird dies als Vorwand dienen, Arbeitern und Armen ,Austerität' unter dem Deckmantel der nationalen Einheit' aufzubürden."

Die schwarzen Demokraten und oppositionellen Gewerkschaftsführer gehen in Stellung, um sich an die Spitze der wachsenden Unzufriedenheit, die der Krieg bei arbeitenden Menschen und Minderheiten hervorrufen wird, zu erheben und sie unter Kontrolle zu halten - ein Krieg der kapitalistischen Herrscher nach innen und nach außen, der inmitten einer sich verschärfenden Rezession und fortdauernder rassistischer Unterdrückung stattfindet. Es ist der alte Trick der Demokraten, sich als Freunde der Arbeiter und Schwarzen zu verkaufen, weswegen sie historisch die Partei sind, die die Bourgeoisie bevorzugt, wenn es darum geht, die Bevölkerung für Krieg zu mobilisieren. Jesse Jackson Sr. offeriert seinen kapitalistischen Herren derartige Dienste im Chicagoer *Defender* (15. Oktober) in einem Artikel mit der Überschrift „Sieg zu Hause, Sieg im Ausland!" - der Losung der NAACP [National Association for the Advancement of Colored People] während des Zweiten Weltkriegs. Um bei der schwarzen Bevölkerung Unterstützung für den Krieg aufzubauen, lockt Jackson mit dem Versprechen einer besseren Zukunft, wenn sie nur stramm zur Fahne stehen: „Wir sind in vielerlei Hinsicht zwei Nationen unter einer Fahne. Wir wollen eine Nation unter einer Fahne sein."

Die schwarze Kolumnistin Mary Mitchell drückte in der Chicagoer *Sun-Times* (9. Oktober) einiges vom Misstrauen in der schwarzen Bevölkerung über den von der Regierung geführten „Krieg gegen den Terrorismus" aus: „Wenn Schwarze an Terroristen denken, denken sie nicht unmittelbar an die Taliban oder Osama Bin Laden. Sie denken an den Ku Klux Klan, die Aryan Nation oder die Sklavenhalter im Süden." Danach beklagt sich Mitchell, dass die gleiche Regierung, die die Sozialhilfe geplündert hat, jetzt „Essen im Wert von Millionen Dollar in die Münder eines Volkes [abwirft], das in einem vom eingeschworenen Feind beherrschten Land lebt." Solche Vorurteile gegenüber Ausländern spiegeln sich im Chauvinismus gegenüber Immigranten wider, der von Leuten wie den schwarzen Demokraten und Farrakhans Nation of Islam geschürt wird, die versuchen, die Wut der Armen in den Ghettos in Hass gegen arabische, koreanische und andere immigrierte Ladenbesitzer umzulenken. Das ist ein tödliches Gift, das nur dem Teile-und-herrsche-System der amerikanischen Bourgeoisie dient, deren Herrschaft grundlegend auf der Unterjochung der schwarzen Bevölkerung am Boden der Gesellschaft basiert.

Während die Republikaner offen und unverfroren die Interessen der Großindustrie durchsetzen, lügen die Demokraten und tun das Gleiche. In der Programmatischen Erklärung der SL/U.S. „For Socialist Revolution in the Bastion of World Imperialism!" [Für sozialistische Revolution im Bollwerk des Weltimperialismus!] schreiben wir:

> „Das Täuschungsmanöver, durch das die Demokratische Partei - historisch die Partei der konföderierten Sklavenhalter-Aristokratie - sich als .Freund' der Schwarzen und Arbeiter darstellt, war unentbehrlich, um die Herrschaft des rassistischen amerikanischen Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Unsere Hauptaufgabe in den USA ist es, die Macht der prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie über die Arbeiterbewegung zu brechen. Diese Bürokratie - selbst ein Bestandteil der Demokratischen Partei - ist es, die das Proletariat politisch an die Bourgeoisie kettet, und sie ist das Haupthindernis für ein revolutionäres Klassenbewusstsein, für die Schmiedung einer revolutionären Arbeiterpartei."

Während die Führung der AFL-CIO unter Sweeney den imperialistischen Krieg offen unterstützt, bieten die Gewerkschaftsfunktionäre, die gegen den Krieg sind, zwar tröstende Worte der Opposition, aber keine Taten. Ein Streik der Postgewerkschaften, die viele schwarze Mitglieder haben, für die Schließung von Anthrax-verseuchten Arbeitsplätzen - um das bloße Leben ihrer Mitglieder zu verteidigen - würde bei arbeitenden Menschen und Minderheiten breiten Anklang finden. Doch das würde bedeuten, sich über Anti-Streik-Bundesgesetze hinwegzusetzen und so dem Verbot von Streiks, die die Regierung zu einer Bedrohung von „nationalen Interessen" erklärt, die Stirn zu bieten. Stattdessen beugt sich die Führung der Postgewerkschaft ehrfürchtig vor den Gesetzen der Bosse und führt fruchtlose Gerichtsverfahren.

Für die kapitalistischen Herrscher Amerikas sind Arbeiter bloßes Rohmaterial, um zu Hause Profit zu machen und im Ausland Krieg zu führen. Die abgebrühte Gleichgültigkeit der Bosse und ihrer Regierung gegenüber dem Leben der Postarbeiter unterstreicht nur, dass die Interessen von Kapital und Arbeit grundsätzlich entgegengesetzt sind. Dieses Verständnis ist der Beginn aller Weisheit, damit die Arbeiterklasse erfolgreich gegen dieses System von Ausbeutung und Krieg kämpfen kann.

Die amerikanische „Demokratie" wurde erkauft durch die brutale Ausbeutung der kolonialen und halbkolonialen Massen auf der ganzen Welt, im Allgemeinen durch die Einsetzung von mörderischen, gegen die Arbeiter gerichteten diktatorischen Regimen. Unsere Aufgabe im Bollwerk des Weltimperialismus ist der Aufbau einer multirassischen revolutionären Arbeiterpartei als Sektion der wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, die das Proletariat zum Sturz des amerikanischen kapitalistischen Systems führen wird, zur Enteignung der Bourgeoisie als Klasse und zur Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft. *Für Klassenkampf gegen die kapitalistischen Herrscher im eigenen Land! Verteidigt Afghanistan gegen den imperialistischen Angriff!* u

Wir sagten: Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Nieder mit den islamischen Mörderbanden der CIA!

Der US-Imperialismus und die Versklavung der afghanischen Frauen

Nachfolgend drucken wir in überarbeiteter Form Auszüge aus einer Präsentation ab, die Carla Norris, Rednerin für die Spartacist League, am 25. Oktober auf einer SL-Veranstaltung in New York gegeben hat.

Während wir hier heute Abend zusammen sind, prasseln Marschflugkörper, Streubomben und Mörsergranaten auf Kabul, Kandahar und andere Teile Afghanistans nieder, töten Hunderte wehrloser Frauen, Kinder und Männer und treiben viele andere in Flüchtlingslager, die von Krankheiten verseucht sind. Bei einem - wie US-Präsident Bush verspricht - „lang anhaltenden und schonungslosen" Militärangriff werden derzeitig die wenigen Krankenhäuser, die es in diesem von der Welt abgeschnittenen Land gibt, dem Erdboden gleichgemacht und Straßen sowie andere Infrastruktur zerstört. Gegen derartige hoch technisierte Barbarei tritt die Spartacist League - US-Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga - für die Verteidigung Afghanistans gegen den imperialistischen Angriff ein und für Klassenkampf hier im eigenen Land gegen die blutrünstige amerikanische Kapitalistenklasse.



Saeed Khan

Kabul, 1993: Mudschaheddin-Truppen, die heute die US-unterstützte Nordallianz bilden, versklavten Frauen unter dem Schleier, der von Kopf bis Fuß reicht

Plötzlich gibt es diese ganzen Artikel in der kapitalistischen Presse über die Notwendigkeit, afghanische Frauen zu retten. Das ist eine der Möglichkeiten, wie die US-Imperialisten und ihre liberalen Unterstützer diesen einseitigen Krieg rechtfertigen. Es hat eine Flut von Artikeln und Dokumentarfilmen über die schrecklichen Bedingungen gegeben, unter denen Frauen in Afghanistan unter dem grausamen und rückständigen Regime der Taliban leiden. Und das Elend afghanischer Frauen ist tatsächlich furchtbar. Frauen werden schrecklich unterdrückt: Es ist ihnen verboten, auch nur ihr Gesicht zu zeigen, sie sind in 25 Meter staubigen Stoff gezwängt und als Folge davon ist die Rate der an Tuberkulose Erkrankten hoch.

Der Schleier ist ein physisches Symbol für die Unterjochung der Frauen. Ihnen wird verboten, Lesen und Schreiben zu lernen, zu arbeiten, zu laut zu laufen oder zu lachen oder ihr Haus ohne Begleitung durch einen männlichen Verwandten zu verlassen. Für etwa 30000 Witwen in Kabul ist Betteln die einzige Möglichkeit, ein bisschen Kleingeld für ihre Kinder zu verdienen, und Witwen dürfen nur vom Einbruch der Dunkelheit an bis zur Ausgangssperre um 21 Uhr auf der Straße betteln. Frauen haben im Grunde genommen keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, da es kaum irgendwelche weiblichen medizinischen Arbeitskräfte gibt und es männlichen Ärzten verboten ist, Frauen zu berühren.

Doch die plötzliche Aufmerksamkeit der Medien für die afghanischen Frauen passt maßgeschneidert zu den Zielen der US-Bourgeoisie. Auch wenn die Unterdrückung in den letzten paar Jahren sicher verschärft wurde, hat sie bestimmt nicht 1996 mit den Taliban angefangen. 1992, drei Jahre nachdem der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow die afghanische Bevölkerung - und die UdSSR - mit dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte verraten hatte, übernahmen die von den USA unterstützten, ausgebildeten und finanzierten islamischen Fundamentalisten die Macht in Kabul. Der vor kurzem ermordete Führer der mit den USA verbündeten Nordallianz, Ahmed Schah Massud, wurde als Verteidigungsminister die zentrale Figur in diesem fundamentalistischen Regime, das so lange bestand, bis die Taliban es aus der Hauptstadt vertrieben. Die Haupt-Trennungslinie zwischen den verschiedenen fundamentalistischen Gruppen war schon immer durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen Volksgruppen und Stämmen bestimmt: Die Nordallianz stützt sich weitgehend auf die Tadschiken und Usbeken, die Taliban stützen sich hauptsächlich auf das Volk der Paschtunen, die größte ethnische

Gruppe in Afghanistan, die sich auch weit nach Pakistan erstreckt.

Einmal an der Macht, führten Massuds Truppen Massenmorde, Folterungen und Vergewaltigungen an rivalisierenden ethnischen Bevölkerungsgruppen durch. Massuds Mudschaheddin-Regime verfügte, dass das Land nach der islamischen Gesetzgebung *Scharia* regiert werden soll. Von allen Arbeitern wurde verlangt, dass sie feste Gebetszeiten einhalten. Bücher, die man für antireligiös hielt, wurden auf der Straße verbrannt. Eine Reihe von Verordnungen wurden erlassen, die das Verhalten von Frauen bestimmten: So musste zum Beispiel eine Frau ihren ganzen Körper bedecken, sie durfte das Haus nur mit Erlaubnis ihres Mannes verlassen, sie durfte Fremde nicht ansehen und Frauen, die Parfüm trugen, sollten als Ehebrecherinnen betrachtet werden (ein „Verbrechen", das durch Steinigung bis zum Tode bestraft werden konnte).

Wo waren all die Verteidiger von Frauenrechten, als das passierte? Hier kommen wir zum Kern der Sache: Die USA haben Milliarden ausgegeben, um die Mudschaheddin-Mörderbanden zu bewaffnen, auszubilden und zu finanzieren, damit sie in den 80er-Jahren sowjetische Soldaten und prosowjetische Afghanen töteten, im ersten Krieg, der jemals durch die Frage von Frauenrechten ausgelöst wurde. Die Feministen sowie, praktisch jede linke Gruppe in diesem Land außer der Spartacist League stellten sich in den Dienst des antisowjetischen Kreuzzugs der US-Regierung in Afghanistan.

Im Dezember 1979 schickte die Sowjetunion 100000 Soldaten, hauptsächlich aus dem sowjetischen Zentralasien, nach Afghanistan, um einen Aufstand von Mudschaheddin-Kämpfern, Mullahs und Grundbesitzern gegen die linksnationalistische Regierung der Demokratischen Volkspartei (DVPA) aufzuhalten, die um die sowjetische Hilfe gebeten hatte. Wir erklärten klipp und klar: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitet die Errungenschaften der Russischen Revolution auf die Völker Afghanistans aus!" Diese Losungen brachten unser Verständnis zum Ausdruck, dass die Sowjetunion trotz ihrer Degenerierung unter einer stalinistischen bürokratischen Kaste weiterhin ein Arbeiterstaat war, der die historischen Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 verkörperte - im Wesentlichen die Planwirtschaft und das Kollektiveigentum. Dies waren enorme Errungenschaften, nicht zuletzt für Frauen und die historisch islamischen Völker des sowjetischen Zentralasiens (heute Tadschikistan, Usbekistan, Kirgisien, Kasachstan und Turkmenien). Nur wenige Wochen nachdem die sowjetischen Truppen einmarschiert waren, organisierte die internationale Spartacist Tendenz, heute die Internationale Kommunistische Liga, Demonstrationen, die zur militärischen Verteidigung der UdSSR und zum Sieg der Roten Armee aufriefen.

Man braucht bloß die entsetzlichen Bedingungen, unter denen Frauen in Afghanistan heute leben, mit einigen Fakten von 1988 zu vergleichen, bevor die sowjetischen Streitkräfte abgezogen wurden. Damals gab es 245 000 Arbeiterinnen, gleichzeitig dienten 15 000 Frauen als Soldaten und Kommandeure in der Armee. Frauen stellten 40 Prozent der Ärzte und 60 Prozent der Lehrkräfte an der Universität von Kabul. 440000 Studentinnen hatten sich an Bildungseinrichtungen eingeschrieben und weitere 80000 nahmen an Alphabetisierungsprogrammen teil. Der Frauenrat von Gesamt-Afghanistan hatte 150000 Mitglieder. Westliche Kleidung war in den Städten üblich und Frauen genossen zum ersten Mal in der Geschichte Afghanistans ein gewisses Maß an wirklicher Freiheit von Schleier und Unterjochung.

Trotz der Hilfe und der Waffen im Wert von zig Milliarden Dollar, die den Mudschaheddin von den USA und ihren Verbündeten geliefert wurden, ist die Sowjetunion in Afghanistan nicht militärisch besiegt worden. In über zehn Kriegsjahren verlor die UdSSR ungefähr 13-15 000 Soldaten. Zum Vergleich: Die USA verloren 50000 Soldaten in Vietnam. Doch in einem vergeblichen Versuch, den US-Imperialismus zu beschwichtigen, zogen die Kreml-Stalinisten Anfang 1989 die Truppen ab und überließen Hunderttausende afghanische Frauen, Linke und Arbeiter ihrem Schicksal, als „Ungläubige" gefoltert, bei lebendigem Leib gehäutet, enthauptet und verstümmelt zu werden.

Wir verurteilten diesen Verrat. In Solidarität mit den afghanischen Massen, die nach dem sowjetischen Abzug einen erbitterten Kampf ums Überleben führten, schlugen wir der afghanischen Regierung in einem Brief vom 7. Februar 1989 in aller Form folgendes vor: „eine internationale Brigade zu organisieren, um bis auf den Tod für die Verteidigung dieser Rechte in Afghanistan zu kämpfen" - das „Recht von Frauen, lesen zu lernen, die Freiheit vom Schleier, Freiheit von der Tyrannei der Mullahs und Landbesitzer, die Einführung der medizinischen Versorgung und das Recht aller auf Schulunterricht". Und wir meinten das verdammt ernst.

Auch wenn die afghanische Regierung unser Angebot ablehnte, sammelten auf ihre Bitte hin das Partisan Defense Committee (die mit der Spartacist League verbundene Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung) und die Schwesterorganisationen des PDC weltweit mehr als 44 000 Dollar für die zivilen Opfer der Mudschaheddin-Offensive gegen Jalalabad. Dies ist die afghanische Stadt, die am nächsten an den von der CIA finanzierten Guerillastützpunkten in Pakistan lag. Die Einwohner von Jalalabad wehrten einen Angriff nach dem anderen ab. Die DVPA-Regierung hielt fast drei Jahre lang gegen die Mudschaheddin stand.

Antikommunismus war das gemeinsame Band zwischen dem US-Imperialismus und den Mullahs in Afghanistan. Ronald Reagan nannte diese Mörderbanden „das moralische Gegenstück zu den Gründervätern dieses Landes". Ich bin zwar kein großer Anhänger der Sklavenhalter Jefferson, Monroe & Co., doch ich denke, sie wären entsetzt darüber, mit einem Haufen feudalistischer religiöser Fanatiker verglichen zu werden. Nach vier Jahren schrecklicher Herrschaft der Nordallianz-Leute, von denen ich vorhin gesprochen habe und die Kabul bereits an den Rand der Hungersnot und Zerstörung gebracht hatten, fiel 1996 die Hauptstadt Afghanistans an die Taliban. Eine der ersten

Fortgesetzt auf Seite 14



dpa

Porträt eines imperialistischen Zahlmeisters und seiner „Heiligen Krieger": CDU-Bundestagsabgeordneter Jürgen Todenhöfer im Kreise der Mudschaheddin-Mörderbande

Frauen...

Fortsetzung von Seite 13

Handlungen der Taliban war es, den früheren Präsidenten und Verbündeten der Sowjets Nadschibullah zu ergreifen, den man kastrierte und für drei Tage an einem Laternenpfahl in der Innenstadt von Kabul aufhängte. Anschließend übten die Taliban-Killer blutige Rache an allen noch verbliebenen Spuren des sozialen Fortschritts.

Pseudo-Linke: die Sowjetunion hassen, die Mudschaheddin bejubeln

Warum also waren fast alle linken oder feministischen Gruppen gegen den sowjetischen Einmarsch, wo doch nur dieser die Möglichkeit zur sozialen Befreiung in diesem erbärmlich rückständigen Land schuf? Die Mehrheit der Linken in den USA beugte sich dem antisowjetischen Propagandasperrfeuer der Carter-Regierung, das im Namen der „Menschenrechte" losgelassen wurde.

Die verschiedenen maoistischen Gruppen, von denen es in den 60er-Jahren viele gab (bis Chinas Bündnis mit den USA sie bedeutungslos werden ließ), stellten sich geschlossen gegen den so genannten „sowjetischen Sozialimperialismus". Von ihnen gibt es nur noch die Revolutionary Communist Party von Bob Avakian. Ebenso brandmarkte die Progressive Labor Party damals die Sowjetunion als imperialistisch. Das Vereinigte Sekretariat, der pseudotrotzkistische internationale Verein, der heute von Socialist Action und von einigen Mitgliedern der Gruppe Solidarity unterstützt wird, verurteilte den Einmarsch der Roten Armee von 1979 und forderte ein Jahr später zusammen mit den Imperialisten offen den Abzug der sowjetischen Truppen.

Die Socialist Workers Party (SWP) - die den Trotzkismus in den 60er-Jahren weit hinter sich gelassen hatte, als sie versuchte, Liberale und Pazifisten aus der Demokratischen Partei für ihre Proteste gegen den Vietnamkrieg zu gewinnen - hatte jegliche Perspektive einer Revolution der Arbeiterklasse aufgegeben. Stattdessen betätigten sie sich als Jubelchor für bürgerlich-nationalistische Kräfte und sogar islamische Fundamentalisten, wie zum Beispiel 1979 im Iran, als Chomeini die Macht eroberte - in Wirklichkeit glauben sie immer noch, dass die „iranische Revolution" irgendwie eine antikapitalistische Revolution gewesen sei. Im Gegensatz dazu sagte die Spartacist League: „Nieder mit dem Schah! Nein zu den Mullahs! Für Arbeiterrevolution im Iran!" Zu Afghanistan tat die SWP erst so, als ob „die Frage nicht die sowjetische Intervention ist, sondern eine zunehmende US-Intervention" (*Militant*, 15. Februar 1980). Doch wie jeder weiß, *war* die sowjetische Intervention die Frage, und so änderten sie ein Jahr später ihre Linie, um wie der Rest der Pseudolinken „sowjetische Truppen raus" zu fordern.

Die abstoßendste Form des Hinterherkriechens hinter dem antisowjetischen Kreuzzug der Imperialisten lieferte wahrscheinlich die International Socialist Organization (ISO), die damals zur britischen Socialist Workers Party [in Deutschland damals Sozialistische Arbeitergruppe, heute Linksruck] von Tony Cliff gehörte. Die Cliff-Anhänger traten offen für die von Reagan als „Freiheitskämpfer" gepriesenen Mudschaheddin ein und schrien „Truppen raus aus Afghanistan" (*Socialist Worker* [Britannien], 12. Januar 1980). Sie machten klar, dass dies nur sowjetische Truppen bedeutete. Kurze Zeit später unterstützten sie in Polen die reaktionäre und antisemitische so genannte „Gewerkschaft" Solidarność, die von der CIA und vom Vatikan einzig und allein zu dem Zweck finanziert wurde, die kapitalistische Konterrevolution anzuführen. Die ISO rechtfertigte dies alles, indem sie behauptete, die Sowjetunion sei „staatskapitalistisch", was für sie offensichtlich schlimmer ist als wirklicher Kapitalismus. Zu Beginn des Koreakriegs in den 50er-Jahren brachen die Cliff-Anhänger mit der trotzkistischen Bewegung, weil sie sich weigerten, die deformierten Arbeiterstaaten Nordkorea und China gegen den US-Imperialismus zu verteidigen.

Eine weitere Organisation, die der UdSSR das Etikett „staatskapitalistisch" verpasste, als Ausrede, um sie nicht gegen den US-Imperialismus verteidigen zu müssen, ist die League for the Revolutionary Party (LRP). In einer Erklärung vom 13. September benennt die LRP richtigerweise Osama Bin Ladens „führende Rolle bei Afghanistans Mudschaheddin", als diese gegen das von der Sowjetunion unterstützte Regime Krieg führten, und dass diese islamischen Reaktionäre „massive organisatorische, militärische und finanzielle Unterstützung von der US-Regierung erhielten". Doch damals behauptete die LRP lächerlicherweise, dass die Sowjets „den Islam bejubeln und Errungenschaften der Frauen vernichten", und argumentierte, dass „die Unterstützung der russischen Militärintervention bedeutet, sich auf die Seite von Imperialismus, Stabilität und Konterrevolution zu stellen" (*Socialist Voice*, Sommer 1980).

Als die Kreml-Stalinisten damit anfingen, die sowjetischen Truppen abzuziehen, jubelte der *Socialist Worker* der ISO (Mai 1988): „Wir begrüßen die Niederlage der Russen in Afghanistan. Sie wird all jenen innerhalb der UdSSR und in Osteuropa Mut machen, die die Herrschaft von Stalins Erben zerbrechen wollen." Sie hat zweifellos den Kräften der kapitalistischen Konterrevolution „Mut gemacht", die



smoian/contact



kein Bildnachweis

Links: Demonstranten in Kabul begrüßen 1980 eintreffende sowjetische Truppen; oben: Afghanische Frauen bewaffnen sich, um sich dem Kampf gegen die CIA-unterstützten islamisehen Reaktionäre anzuschließen

es in den folgenden paar Jahren schafften, die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa zu zerstören, und so die Arbeiterklasse dieser Länder zurück in Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hunger und Elend sowie in ethnische Gemetzel getrieben haben. Etwas von dem Blut jeder unverschleierten Frau, die von den afghanischen Fundamentalisten abgeschlachtet wurde, klebt an den Händen jeder linken oder feministischen Organisation weltweit, die sich in den Dienst des schmutzigen antisowjetischen Krieges des US-Imperialismus in Afghanistan gestellt hat.

Die Oktoberrevolution und Zentralasien

Vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs, der von den Mudschaheddin gestartet wurde, nachdem die DVPA 1978 an die Macht kam, war Afghanistan jahrzehntelang ein Satellitenstaat der Sowjetunion gewesen. Ein großer Teil der kleinen gebildeten Schicht war in der UdSSR ausgebildet worden, und viele Intellektuelle sahen in der Sowjetunion eine Quelle des sozialen Fortschritts. 1973 spielten Offiziere, die loyal zur DVPA standen, eine große Rolle beim Sturz der Monarchie und beteiligten sich an der bürgerlich-nationalistischen Daud-Regierung. Anschließend bewegte sich Daud nach rechts und versuchte die DVPA zu zerschlagen. Massendemonstrationen hauptsächlich von Studenten und Staatsangestellten waren die Folge. Die militärische Fraktion der DVPA besiegte Dauds Kräfte mit Waffengewalt und er selbst wurde getötet. Das war die „Revolution" vom April 1978 - im Grunde genommen ein linker Militärputsch mit einer weit verbreiteten Unterstützung bei Intellektuellen.

Ich habe euch ein paar statistische Zahlen von 1988 genannt. Um euch eine Vorstellung von der Rückständigkeit des Landes vor dem Einmarsch der Roten Armee zu geben: Laut dem *Statistischen Jahrbuch* der UNO für 1978 waren bei einer Bevölkerung von 17 bis 20 Millionen Menschen nur 35 000 in der Produktion beschäftigt. Gleichzeitig gab es eine viertel Million Mullahs, die vom Staat bezahlt wurden - eine gewaltige parasitäre Kaste, die einer fürchterlich armen Bevölkerung das Blut aussaugte. Es gab keine Eisenbahnen, ganz wenige Autobahnen, das Gesundheitswesen war primitiv und Unterernährung weit verbreitet. Die durchschnittliche Lebenserwartung lag bei 40 Jahren, die Kindersterblichkeit betrug mindestens 25 Prozent und die Hälfte aller Kinder starb vor dem fünften Lebensjahr. Die Analphabetenrate betrug bei Männern mehr als 90 Prozent, bei Frauen 98 Prozent. Außer den Mitgliedern einer winzigen städtischen Mittelklasse, die nach westlichem Vorbild lebten, wurden fast alle Frauen unter dem Schleier gefangen gehalten und unter dem System des Brautpreises wie ein Stück Vieh verkauft. Die meisten Menschen lebten in Nomadenstämmen oder als verarmte Bauern in Lehmdörfern. Es gab eine Vielzahl von Stämmen, über die keine frühere Regierung jemals völlig ihre Befehlsgewalt errichtet hatte. Das Leben unterschied sich kaum von dem, wie es viele Jahrhunderte vorher war.

Diese Statistiken zeigen die Grenzen für eine soziale Veränderung, die aus der afghanischen Gesellschaft selbst kommt. Im Unterschied zu den Nachbarländern Iran und Pakistan ist eine proletarische Revolution in Afghanistan nicht möglich. Das Land ist wirtschaftlich zu rückständig. Auf der anderen Seite ist die soziale Basis für reaktionären Widerstand selbst gegen die bescheidensten bürgerlich-demokratischen Reformen stark.

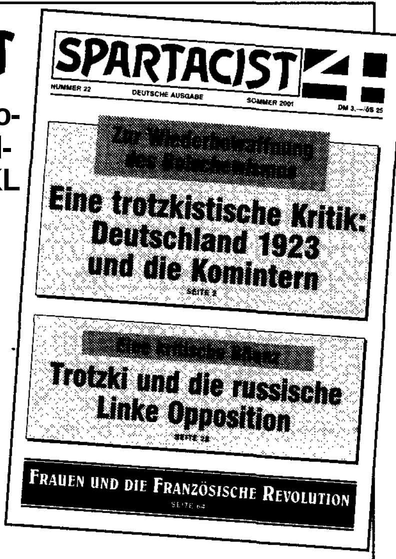
Das DVPA-Regime lehnte den Islam zwar nicht ab, aber es versuchte doch das Land nach weltlichen Gesichtspunkten zu modernisieren. Eine der populäreren Maßnahmen bestand darin, die Schulden zu streichen, die arme und landlose Bauern bei den mächtigen Geldverleihern hatten. Die Grundbesitzer und Stammesfürsten (Khane) hatten die Macht, bei der Masse der Bauern über Leben und Tod zu entscheiden, und kontrollierten 42 Prozent des Ackerlandes und der dazugehörigen Bewässerungssysteme. Auch wenn die DVPA-Regierung ein Programm für eine radikale Landreform vorschlug, wurde sie im Ansatz daran gehindert durch wirtschaftliche Sabotage der Grundbesitzer und durch Terror in Verbindung mit einem reaktionären Massenaufstand, der von Pakistans Militär unterstützt wurde.

Doch was die Mullahs wirklich zur Weißglut brachte und sie dazu trieb, zu den Waffen zu greifen, waren die begrenzten Maßnahmen der Regierung zur Gleichstellung der Frauen, zur Reduzierung des Brautpreises auf eine symbolische Summe und zur Einführung der Schulpflicht für Mädchen und von freiwilligen Alphabetisierungsprogrammen für erwachsene Frauen. Sogar die *New York Times* gab im Februar 1980 zu: „Was die orthodoxen muslimischen Männer aus den paschtunischen Dörfern im Osten Afghanistans dazu brachte, zu den Gewehren zu greifen, war die Tatsache, dass die revolutionäre Regierung in Kabul den Frauen neue Rechte gab."

Wie Karl Marx feststellte, indem er den französischen utopischen Sozialisten Charles Fourier zitierte, ist in einer gegebenen Gesellschaft „der Grad der weiblichen Emanzipation ... das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation" *(Die heilige Familie* [1845]). Von zentraler Bedeutung für die Unterdrückung der Frauen in der Klassengesellschaft ist die Institution der Familie, die je nach den Erfordernissen des Gesellschaftssystems unterschiedliche Formen annimmt. In Gebieten wie Zentralasien gab es ein kompliziertes Verhältnis zwischen primitiver landwirtschaftlicher Produktion, Schafzucht, Land und Wasserrechten und dem Brautpreis. Eine Frau war das wirtschaftliche Tauschobjekt ihres Vaters und die Leibeigene ihres Mannes; nur Männer hatten das Recht, über Eigentum zu verfügen und es zu erben. Nach den meisten lokalen Gesetzesvarianten hatte der Mann nur dann Zugang zu Land und Wasserrechten, wenn er verheiratet war; hatte man mehr als eine Frau, hatte man auch mehr Land und Wasser. Andererseits war es wegen des Brautpreises so teuer zu heiraten, dass viele Männer überhaupt niemals heiraten konnten und andere, um eine Ehefrau zu bekommen, diese entführten und vergewaltigten.

Da Afghanistans gesellschaftliche Entwicklung irgendwo zwischen Stammesstruktur und Feudalismus stand, gab es keine innere gesellschaftliche Basis für die relativ minimalen Reformen der DVPA, schon gar nicht für eine proletarische Revolution. Zur Zeit der Russischen Revolution von 1917 waren die Zustände im sowjetischen Zentralasien ganz

Fortgesetzt auf Seite 16



Frauen...

Fortsetzung von Seite 15

ähnlich. Dieses Gebiet war wie Afghanistan wirtschaftlich so unterentwickelt, dass es dort keine Arbeiterklasse gab, die in der Lage gewesen wäre, als die treibende Kraft für gesellschaftliche Veränderungen zu wirken. Die Revolution wurde durch das revolutionäre Proletariat in Form der Roten Armee nach Zentralasien getragen und von den Kräften vor Ort unterstützt, die für die Befreiungsideale der Russischen Revolution eintraten - besonders von Frauen, die den Schleier ablehnten.

Wie die USA 60 Jahre später in Afghanistan, bewaffnete und finanzierte Britannien - in den 20er-Jahren die vorherrschende imperialistische Macht in der Region - in Zentralasien reaktionäre Revolten unter der Führung der Mullahs, die vor allem über die drohende Gleichberechtigung der Frauen wütend waren. In gewisser Hinsicht ist es die Tragödie von Afghanistan, dass die sowjetische Rote Armee, als die Russische Revolution nach Zentralasien kam, wegen der britischen Präsenz in der Kolonie Indien (wozu auch das heutige Pakistan gehörte) gezwungen war, an der Grenze zu Afghanistan stehen zu bleiben.

Die Russische Revolution brachte nach Zentralasien einen gewaltigen Sprung in der gesellschaftlichen Entwicklung, der in jedem rückständigen Land unter dem Kapitalismus unvorstellbar gewesen wäre. Trotz der Ungleichheit und bürokratischen Unterdrückung, unter der die Sowjetbürger unter der stalinistischen Herrschaft litten, war die Stellung der Frauen im sowjetischen Zentralasien nicht nur höher als in jedem islamischen bürgerlichen Land - von Afghanistan ganz zu schweigen -, sondern in manchen Bereichen (z. B. die Vertretung in der Regierung) sogar besser als in fortgeschrittenen bürgerlichen Ländern.

Ein paar Genossen, die das sowjetische Zentralasien Ende der 80er-Jahre besuchten, haben die beeindruckenden Errungenschaften gesehen, die man trotz der Korruption und des Zynismus des damals gerade zerfallenden stalinistischen Regimes erreicht hatte. In mehr als einer Woche Fahrt durch ganz Usbekistan haben sie nicht einen einzigen Schleier gesehen - ganz zu schweigen von der schrecklichen *Burqa,* dem erstickenden Leichentuch, das von Kopf bis Fuß reicht und für afghanische Frauen ein Gefängnis ist. Sie gingen zu einer Party, wo junge Frauen und Männer - auch gemischte Paare von Usbeken, Tadschiken und Russen - ungehindert zu Rock'n'Roll tanzten. Es gab keine extremen Anzeichen von Armut; die meisten Wohnungen hatten Fernsehen und viele hatten ein Auto. Die Bevölkerung hatte eine gute Ausbildung und viele konnten mindestens eine europäische Sprache (zusätzlich zu Usbekisch und Russisch). Die Gesundheitsversorgung war kostenlos und leicht zugänglich - auch für Frauen. Sogar ältere Frauen trugen Kleider in hellen Farben und sprachen auf lockere Art mit Fremden. Als eine Frau nach dem Krieg in Afghanistan gefragt wurde, erklärte sie: „Wir kämpfen eher bis zum Tode, als dass wir wieder den Schleier tragen."



Humbert-Droz Archives

Frauenvereinigung von Baku im sowjetischen Aserbaidschan demonstriert 1920 mit Banner, das die „Befreiung der Frau" mit der „Befreiung der Werktätigen aller Länder" verbindet

Die Afghanistan-Connection der CIA

Doch die Sowjetunion von 1979 war keineswegs der dynamische Arbeiterstaat, der sie in den ersten Jahren ihres Bestehens gewesen war. In der Zeit unmittelbar nach der Oktoberrevolution dachte niemand in der bolschewistischen Partei - nicht einmal Stalin -, dass die Sowjetunion, ein rückständiges Land mit einer kleinen Arbeiterklasse, auf sich allein gestellt ohne die Ausweitung der sozialistischen Revolution auf die fortgeschritteneren kapitalistischen Länder überstehen könnte. Eine riesige revolutionäre Welle überrollte Europa nach der Russischen Revolution. Weil aber die Revolutionen in anderen Ländern besiegt wurden - und das ist ein Thema für eine eigene Veranstaltung -, war der junge Arbeiterstaat isoliert und von feindlichen kapitalistischen Nationen eingekreist. Am Ende des Bürgerkriegs von 1919-21 gegen eine Reihe von konterrevolutionären und imperialistischen Armeen war Sowjetrussland ausgelaugt, seine Arbeiterklasse dezimiert und erschöpft.

Diese Faktoren ermöglichten es einer konservativen bürokratischen Schicht innerhalb der bolschewistischen Partei, von der Stalin schließlich der Führer wurde, der Arbeiterklasse 1923/24 die politische Macht zu entreißen. Als ein Ergebnis dieser politischen Konterrevolution wurde die Sowjetunion ein degenerierter Arbeiterstaat, dessen Außenpolitik als Leitmotiv das nationalistische Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land" hatte, das bedeutete, eine illusorische „friedliche Koexistenz" mit dem Imperialismus anzustreben. Leo Trotzki kämpfte gegen diese politische Konterrevolution und das ist unser Erbe. Bis zu dem Tag, als er von einem Agenten Stalins ermordet wurde, kämpfte Trotzki mit aller Schärfe für die Verteidigung der Sowjetunion gegen alle kapitalistischen Angriffe und innere Konterrevolution und für eine politische Revolution, die die Bürokratie stürzt und die Sowjetunion auf den Weg des bolschewistischen Internationalismus zurückführt.

Die konservative Kreml-Bürokratie hat also 1979 die Truppen nicht mit der Absicht nach Afghanistan geschickt, eine Revolution durchzuführen - anders als die Bolschewiki in den 20er-Jahren in Zentralasien. Die Bürokratie war zu Recht besorgt über die Gefahr, dass eine feindliche Regierung islamischer Fundamentalisten die Macht übernimmt, und wollte einfach bloß ihren wenig stabilen Satellitenstaat Afghanistan erhalten. Dennoch haben wir erkannt, dass eine längere sowjetische Besetzung Afghanistans die Möglichkeit eröffnen würde, dieses Land nach dem Muster des sowjetischen Zentralasiens umzuwandeln. Durch die Gefahr einer von der CIA unterstützten islamischen Machtübernahme an der südlichen Flanke der Sowjetunion stellte sich ganz direkt die Notwendigkeit der bedingungslosen militärischen Verteidigung der UdSSR.

Jimmy Carter, US-Präsident von der Demokratischen Partei und wiedergeborener Christ, startete den zweiten Kalten Krieg gegen die Sowjetunion über die Frage von Afghanistan, wobei er gegen den so genannten „sowjetischen Expansionismus" wetterte. Wie der erste Kalte Krieg, der Ende der 40er-Jahre begann, war dieser antisowjetische Kriegskurs begleitet von einer massiven Erhöhung der Militärausgaben, in diesem Fall ein fünfjähriges Milliarden-Dollar-Programm. Gleichzeitig begannen Milliarden von Dollar an die islamischen Fundamentalisten in Afghanistan



C 1664 F

SPARTAKIST

Nr. 61

APRIL/MAI 1989

DM 1,–

Kampf bis zum Tode gegen CIA-Mullahbanden!

Schlacht um Afghanistan

Gorbatschows Rückzug

SPARTACIST

Deutsche Ausgabe

Nr. 7/8 Sommer 1980

Imperialistische Wut über Afghanistan

Hoch die Rote Armee!

Tibet: Maos Afghanistan	6
Losungen zu Iran	8
Der Trotzkismus und die sowjetisch-chinesische Spaltung	8
Keine „kritische Unterstützung" für die Volksfront	32
Dokument der ersten Delegiertenkonferenz der IST	42

Paris Match

Truppen aus sowjetischem Zentralasien stellten großen Teil der Roten Armee in Afghanistan. Wir forderten, die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker auszuweiten

zu fließen, erst unter Carter, dann unter Reagan; es war die größte verdeckte Operation in der Geschichte der CIA. Von 1980 bis 1990 vervierfachte sich der „Schattenetat" der CIA von schätzungsweise 9 Milliarden auf 36 Milliarden Dollar. Ein Teil davon wurde benutzt, um einen Terrorkrieg der Contra-Söldner gegen die linksnationalistische Sandinista-Regierung in Nicaragua zu finanzieren. Doch das meiste ging an eine ganze Reihe von Mudschaheddin-Gruppen im pakistanischen Peschawar und an Pakistans Geheimdienst ISI. Mitte der 80er-Jahre bekamen die Mudschaheddin jährlich 65 000 Tonnen Kriegsmaterial.

1986 bewilligte der Kongress einen dreigleisigen Plan von CIA-Direktor William Casey, den Stellvertreterkrieg der USA in Afghanistan zu intensivieren. Anfangs wurden die afghanischen Reaktionäre nur mit Waffen aus sowjetischer und chinesischer Produktion beliefert, die man aus Ägypten, China, Israel und Südafrika gekauft hatte, so dass die USA eine direkte Rolle in dem Krieg „plausibel abstreiten" konnten. Doch nun begann die CIA, Boden-Luft-Raketen vom Typ Stinger zusammen mit amerikanischen militärischen Ausbildern zu liefern. Zweitens planten die CIA, der pakistanische ISI und der britische MI-6 gemeinsam, Guerilla-Angriffe auf die Sowjetunion selbst zu starten, wobei sie deren zentralasiatische Republiken Tadschikistan und Usbekistan ins Visier nahmen, die viele der sowjetischen Soldaten für den Einsatz in Afghanistan stellten.

Wie wir in unserem Artikel „Die Afghanistan-Connection" (*Spartakist* Nr. 145, Herbst 2001) ausführlich beschrieben haben, beteiligte sich die CIA auch an der vom ISI initiierten Kampagne, Fanatiker aus der ganzen muslimischen Welt für die Mudschaheddin zu rekrutieren. Laut eigenen Schätzungen der CIA wurden *70000* islamische Fundamentalisten aus mehr als 50 Ländern - die so genannten „arabischen Afghanen" - an den *Madrassas*, den „Dschihad-Universitäten", ausgebildet, die immer noch in Peschawar und andernorts florieren. Zu denen, die nach Peschawar strömten, um an dem von den USA finanzierten „Heiligen Krieg" gegen den Kommunismus teilzunehmen, gehörte auch der saudi-arabische Millionär Osama Bin Laden. Ein weiterer fester Freund von Washington war Gulbuddin Hekmatyar, der seine Karriere als „Heiliger Krieger" damit begann, dass er unverschleierte Studentinnen an der Universität von Kabul mit Säure bewarf.

So gab es keinen Aufschrei aus Washington gegen „islamischen Terror", als die Mudschaheddin in Khost im März 1987 eine Stinger-Rakete der USA einsetzten, um eine zivile Verkehrsmaschine abzuschießen, die afghanische Kinder zum Studium in die UdSSR brachte; alle 52 Passagiere wurden dabei getötet. Und es kam kein bisschen Kritik von der amerikanischen Regierung, als die Taliban, nachdem sie 1995 Herat erobert hatten, Tausende von Mädchen zwangen, die Schule zu verlassen, oder als sie ein Jahr später Kabul einnahmen und Frauen praktisch unter Hausarrest stellten im Namen von *Purdah* (Abgeschlossenheit). Im Gegenteil, der für Südasien zuständige stellvertretende Außenminister erklärte damals: „Es ist nicht im Interesse von Afghanistan oder irgendjemandem von uns hier, die Taliban zu isolieren." Außerdem zog die in Amerika sitzende Ölgesellschaft Unocal Oil ernsthaft in Erwägung, eine Pipeline durch Afghanistan zu bauen, um die reichen Erdgas- und Ölfelder auszubeuten, die in Zentralasien seit dem Ende der Sowjetunion erschlossen werden.

Für Arbeiterrevolutionen zum Sturz des Imperialismus!

Der von den USA unterstützte Terrorkrieg gegen die Rote Armee in Afghanistan zwang fünf Millionen Menschen zur Flucht aus dem Land, zerstörte alles, was an Wirtschaft und Infrastruktur während der sowjetischen Präsenz aufgebaut worden war, und führte dazu, dass die afghanischen Frauen wieder versklavt wurden. Von der algerischen Bewaffneten Islamischen Gruppe bis zum Islamischen Dschihad in Ägypten haben die „arabischen Afghanen", die

Fortgesetzt auf Seite 18

Frauen...

Fortsetzung von Seite 17

durch den antisowjetischen Krieg hervorgebracht und gestärkt wurden, weiter in anderen Ländern reaktionäre Bewegungen geschürt und konnten sich dabei den allgemeinen Hass auf die brutalen nationalistischen Regime und die Austeritätsmaßnahmen, die von diesen unter dem Diktat der Imperialisten durchgesetzt wurden, zunutze machen.

Wie man es von Washington gewöhnt ist, wurden solche islamischen Reaktionäre erst dann als Terroristen verurteilt, nachdem sie ihren Zweck erfüllt hatten. Diese Verschiebung in der US-Außenpolitik wurde Ende 1997 deutlich, als Madeleine Albright die afghanischen Herrscher zynischerweise wegen ihrer Behandlung der Frauen anprangerte. Ebenfalls zu dieser Zeit weigerten sich die Taliban, Osama Bin Laden auszuliefern, und das Unocal-Geschäft erschien nicht mehr wirtschaftlich. Außerdem war die Not der afghanischen Frauen unter der Herrschaft der Taliban inzwischen zu einem gewissen Thema bei amerikanischen Liberalen und Feministen geworden.

Eine Gruppe, der in der Presse viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, ist die Revolutionäre Vereinigung der afghanischen Frauen (RAWA). Ihre Website verkündet, dass du, „wenn du die Freiheit liebst und gegen den Fundamentalismus bist", in die RAWA gehörst. RAWA-Mitglieder führen tatsächlich manchmal mutige Aktionen in Afghanistan und Pakistan durch, um die Gräueltaten der Taliban aufzuzeigen und schikanierte Frauen zu unterstützen. Und sie haben auch eine Erklärung gegen die US-Bombenangriffe auf Afghanistan herausgegeben. Allerdings denken sie, dass es irgendeine mythische „afghanische Nation" gibt, die sich erheben und die Taliban rausschmeißen werde. Doch die RAWA brüstet sich auch damit, wie sie *aufder Seite der Mudschaheddin* gegen die sowjetischen Truppen gekämpft hat, obwohl sie ihre einstigen Verbündeten heute als Fundamentalisten anprangert. Die Vorstellung der RAWA von „Freiheit" ist die gleiche, wie sie das Radio Free Europê der CIA hat: den König Zahir Schah und seinen „Stammesrat" zurückzubringen.

Heute erklärt die US-Bourgeoisie zynischerweise dem „islamischen Terror" den Krieg, um den unterdrückten Völkern auf der ganzen Welt ihren Willen aufzuzwingen. Zwar sind Bin Laden und seinesgleichen ziemlich finster, doch die gefährlichsten Terroristen auf der Erde sind die kapitalistischen Herrscher Amerikas. Tatsächlich ist Massenterror zur Unterdrückung von allem, was auch nur entfernt an eine soziale Revolution der Arbeiter- und Bauernmassen erinnert, unerlässlich für die Verteidigung eines Systems, das auf der Ausbeutung der großen Mehrheit durch eine kleine Minderheit basiert. Die Aufgabe von Revolutionären ist es, sich gegen die Kampagne der „nationalen Einheit" durch die Bourgeoisie zu stellen, für Klassenkampf gegen die kapitalistischen Herrscher im eigenen Land zu kämpfen und eine Arbeiterpartei zu organisieren und aufzubauen, die für eine sozialistische Revolution kämpft, um das ganze System des kapitalistischen Imperialismus wegzufegen.

Stattdessen hat sich die amerikanische reformistische Linke, zum Beispiel die Workers World Party oder die ISO, in den Aufbau einer „Koalition" gestürzt, was immer bedeutet, eine Basis für kapitalistische Kräfte aufzubauen, die ihre Unterstützung für den Frieden, für das harmonische Miteinander der Rassen oder andere nette Dinge zur Schau stellen wollen. In diesem Land bedeutet das die Demokratische Partei. Zu diesem Zeitpunkt sind solche Demokraten, die „gegen den Krieg" sind, sehr dünn gesät. Doch das hat die Ausrichtung der Reformisten nicht verändert, die eine „Antikriegsbewegung" aufbauen wollen, die bereitwillig jedem Klassenfeind der Arbeiter offen steht, der sich vielleicht meldet. Indem die Reformisten angesichts des Terrorkriegs des US-Imperialismus Pazifismus predigen, schüren sie Illusionen, dass der Kapitalismus rational, gutmütig und friedlich sein könne - wenn doch bloß die richtigen Politiker gewählt würden, um dieses System zu verwalten!

Kriege um die Aufteilung und Ausplünderung der Welt sind ein *integraler* Bestandteil des kapitalistischen Systems. Wachsende interimperialistische Konkurrenz um Märkte, Einflusssphären und Rohstoffe - nicht zuletzt Öl - werden letzten Endes zu einem neuen Weltkrieg und einem atomaren Holocaust führen, wenn das Proletariat nicht vorher die Macht erobert. Weitsichtige Arbeiter und Jugendliche sehen bereits, dass man von ihnen verlangt, sich für die Interessen von Bush und Wall Street zu opfern. Doch was fehlt, ist eine revolutionäre Führung. Die Spartacist League und die Spartacist Youth Clubs kämpfen dafür, Studenten, Jugendliche und Arbeiter für den Aufbau der revolutionären Arbeiterpartei zu gewinnen, unter deren Führung die Arbeiterklasse dieses System der kapitalistischen Ausbeutung und imperialistischen Plünderung auf den Müllhaufen der Geschichte werfen wird. Schließt euch uns an!

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 769, 23. November 2001*



Rasterfahndung...

Fortsetzung von Seite 3

diese rassistische Hetzkampagne zu mobilisieren.

Die PDS Thüringen hat eine Erklärung gegen die Rasterfahndung herausgegeben. Sie versucht sich als Opposition gegen die SPD/Grünen-Regierung darzustellen. Doch in den von der PDS mitregierten Bundesländern führen sie diese rassistische Hetzkampagne mit durch. Die Berliner PDS trat im Wahlkampf zentral für mehr Bullen auf den Straßen ein. Wir geben der PDS keine noch so „kritische" Unterstützung bei Wahlen, weil sie keine Alternative zu der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung ist. *Nieder mit der rassistischen Rasterfahndung der SPD/Grünen-Regierung!*

Die SPD/Grünen-Regierung tut im Auftrag der deutschen Imperialisten alles, um im Namen der „Terrorbekämpfung" die deutsche Militärmacht wieder international zu legitimieren und die rassistische Unterdrückung und die Polizeistaatsmaßnahmen zu Hause zu intensivieren; deshalb treten sie die Rechte der Immigranten mit Füßen. Jetzt, wo die Bombardierung Afghanistans unpopulär geworden ist, versuchen die Imperialisten in heuchlerischster Weise diesen Krieg so darzustellen, als ob er etwas für die Befreiung der Frauen in Afghanistan täte. Aber die Imperialisten sind selbst direkt verantwortlich für die schreckliche Situation der Frauen, sie haben in den 80er-Jahren die mörderischen Mudschaheddin ausgebildet, finanziert und ausgerüstet für ihren Kampf gegen die sowjetische Rote Armee in Afghanistan. Die Imperialisten haben diese Monster - sowohl die Nordallianz als auch die Taliban - kreiert, die Lehrer lebend häuteten, weil diese kleine Mädchen Lesen und Schreiben lehrten.

Der Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan eröffnete die einzige wirkliche Möglichkeit für die Befreiung der Frauen, deren Unterdrückung in der fürchterlichen Rückständigkeit Afghanistans wurzelt. Wir kämpften für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der russischen Oktoberrevolution von 1917 auf Afghanistan, wodurch die rückständigen vorfeudalen Herrschaftsstrukturen zerstört worden wären. Da der Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan, ein sehr rückständiges Land ohne eine eigene Arbeiterklasse, die einzige Möglichkeit für die Befreiung der Frau und andere Errungenschaften war, riefen wir damals: *„Hoch die Rote Armee in Afghanistan!"*

Die Internationale Kommunistische Liga (IKL) stellte sich 1989 gegen den Abzug der Roten Armee aus Afghanistan und prangerte Gorbatschows Rückzug als einen Verrat gegenüber jeder unverschleierten Frau an, ein Verrat, der den Imperialismus stärkte und direkt den Weg ebnete für die kapitalistische Konterrevolution in der DDR, in ganz Osteuropa und in der Sowjetunion selbst. Die IKL bot der afghanischen Regierung 1989 im Kampf gegen die mörderischen, reaktionären Mudschaheddin militärische Unterstützung durch internationale Brigaden an. Die afghanische Regierung lehnte dieses Angebot ab, schlug aber eine Spendenkampagne für die Zivilbevölkerung der von den Mullahs belagerten Stadt Jalalabad vor, die wir gerne aufgriffen und wofür wir international 40 000 Dollar sammelten.

Die mit den Imperialisten verbündete Nordallianz hat mittlerweile große Teile Afghanistans eingenommen und die Taliban vertrieben. Doch bedeutet die Nordallianz keinerlei Fortschritt für die Befreiung der Frauen Afghanistans. Wie die Taliban sind sie direkte Nachfolger der Frauen hassenden Mudschaheddin. Die einzige Zukunft der verschiedenen Völker Afghanistans liegt darin, dass die Arbeiterklasse der angrenzenden Staaten ihre eigenen Obristen, Mullahs und Scheiche durch sozialistische Revolution stürzt und damit Afghanistan einen Weg öffnet aus vorfeudaler Sklaverei.

Als Marxisten kämpfen wir dafür, dass die multiethnische Arbeiterklasse in Deutschland Afghanistan gegen die imperialistischen Angriffe verteidigt, durch Klassenkampf im eigenen Land. Wir protestieren nicht einfach gegen die Verbrechen des US-Imperialismus; für uns steht der Hauptfeind im eigenen Land. Es ist das kapitalistische System, das unweigerlich Kriege ausbrütet. Die Spartakist-Jugend will, gemeinsam mit der Spartakist-Arbeiterpartei, Studenten gewinnen für die Perspektive der Arbeiterklasse und ihres Kampfes gegen das kapitalistische Ausbeutersystem. Wir kämpfen darum, der Arbeiterklasse das politische Bewusstsein zu vermitteln, dass eine Welt ohne Rassismus, Armut und Ausbeutung nur erreicht werden kann, wenn diejenigen, die arbeiten, auch herrschen.

Der deutsche Imperialismus versucht seinen Einfluss weltweit zu verstärken, dies zeigte sich in dem Krieg gegen Serbien 1999 und im Einsatz der Bundeswehr heute in Mazedonien und in Afghanistan. Wir fordern: *Deutsche und alle anderen imperialistischen Truppen raus aus dem Balkan und aus Afghanistan!*

Wie schon bei dem Krieg gegen Serbien gibt es massive Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse gegen diesen Krieg, die das Ergebnis zweier verlorener Weltkriege für den deutschen Imperialismus ist und sich in einer breiten pazifistischen Stimmung ausdrückt. Mit der wachsenden Wut über Lohnkürzungen, Massenarbeitslosigkeit und Kürzungen von Sozialleistungen gibt es ein für die Bourgeoisie und ihre SPD/Grünen-Regierung bedrohliches Potenzial von Arbeiterwiderstand. Daher versucht die Bourgeoisie, die Arbeiter weiter an sich zu binden und für den Krieg zu gewinnen, indem sie ihnen eine nationale Einheit vorgaukelt. Zentral dafür waren die chauvinistische Demonstration am Brandenburger Tor am 14. September und die Schweigeminuten in den Betrieben, von der DGB-Führung gemeinsam mit den Bossen organisiert, für „Solidarität mit den USA".'

Die Gesetze, die jetzt von der Bourgeoisie geschaffen werden, wie die Rasterfahndung, die Forderung nach mehr Bullen auf den Straßen, mehr rassistische Abschiebungen und generell mehr staatliche Überwachung, nehmen aber nicht nur arabische/muslimische Studenten ins Visier des kapitalistischen Staates, sondern auch Arbeiter arabischer Herkunft oder muslimischen Glaubens in Betrieben wie GASAG, Deutsche Bahn, Wasserbetriebe und Flughafengesellschaften. Dies allein zeigt schon, dass die Gesetze sich in der Konsequenz gegen die gesamte Arbeiterklasse richten. Mit diesen martialischen Instrumenten staatlicher Repression will die SPD/Grünen-Regierung jeden, der sich gegen ihre imperialistischen Machenschaften wendet, mundtot machen.

Die rassistische Hetze gegen Immigranten arabischer, türkischer und kurdischer Herkunft dient dazu, einen Keil in die Arbeiterklasse zu treiben, um diese zu spalten, damit sie sich nicht gegen ihre kapitalistische Ausbeutung zur Wehr setzt bzw. damit der Widerstand von vornherein geschwächt wird. Überall versuchen die Kapitalisten mit der Unterstützung durch die Opportunisten der Arbeiteraristokratie, das Klassenbewusstsein und die Solidarität unter den Arbeitern dadurch zu vergiften, dass sie religiöse, nationale und ethnische Spaltungen schüren. Der Kampf für die Einheit und Integrität der Arbeiterklasse ist daher eine lebenswichtige Aufgabe für Revolutionäre. Nur die multiethnische Arbeiterklasse hat die soziale Macht, gegen Ausbeutung und jede Art von Unterdrückung zu kämpfen. Wir kämpfen *daher für volle Staatsbürgerrechtefür alle Immigranten! Nieder mit der rassistischen Rasterfahndung! U*

Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 24

Auch Hamas rückte ins Fadenkreuz von Washingtons „Krieg gegen den Terror". An der Heimatfront beschlagnahmten Bundesagenten den Besitz der Holy Land Foundation, der größten muslimischen Wohltätigkeitsorganisation in den Vereinigten Staaten, mit der Behauptung, sie lasse Geld an Hamas fließen. Zwar unterstützt das Weiße Haus nicht explizit Scharons Linie, dass die PA „ein terroristisches Gebilde" und „irrelevant" sei, aber gab ihm grünes Licht, mit von den USA gelieferten Kriegsflugzeugen und Panzern in die besetzten Gebiete einzufallen, um „Terroristen" auszuheben. Der „gute Bulle" der Bush-Regierung, Colin Powell, mahnt, dass Arafat nach wie vor „die Führung innehat", die USA „werden weiterhin mit ihm zusammenarbeiten". Aber ein Maß für den gegenwärtigen Schwenk der US-Politik ist die Überschrift eines Leitartikels der liberalen *New York Times* (14. Dezember): „Der Blick über Jassir Arafat hinaus".

Arafat gelobte am Sonntag, Hamas und andere Gruppen, die die *intifada* fortsetzen, zu verbieten; vielleicht hat das sein Leben etwas verlängert. Noch mag es sein, dass die USA versuchen würden, Israel zurückzuhalten, wenn Scharon ein Blutbad unter Palästinensern anrichtet, das unter den arabischen Massen in den Nachbarländern zu Aufruhr führt und den Nahen Osten ins Chaos zu stürzen droht. Aber dennoch, Israels Herrscher haben wiederholt demonstriert, dass sie sich nicht einfach vor Washington beugen bei der Verfolgung ihrer blutigen Ambitionen auf ein „Groß-Israel". Es ist durchaus möglich, dass das israelische Regime daran gehen würde, Gaza und dem Westjordanland eine direkte militärische Besatzung aufzuzwingen oder große Teile des Territoriums formal zu annektieren, einschließlich zionistischer Siedlungen und des sie verbindenden Netzes „strategischer Straßen", was für die arabische Bevölkerung das Verhungern in ghettoisierten Enklaven bedeuten würde. Monate vor dem gegenwärtigen US-geführten „Krieg gegen den Terror" warnten wir in „Zionistische Schlächter eskalieren Krieg gegen Palästinenser" (*Spartakist* Nr. 144, Sommer 2001):

> „Nach acht Monaten palästinensischen Widerstandes und einem eskalierenden Terrorkrieg durch das israelische Militär und seine ‚Siedler'-Hilfstruppen könnten die ultra-chauvinistischen zionistischen Herrscher sehr wohl auf ein Blutbad von katastrophalen Ausmaßen zusteuern."

Dringend notwendig sind machtvolle internationale Proteste zur Verteidigung des palästinensischen Volkes, basierend auf der Arbeiterklasse nicht nur des Nahen Ostens, sondern auch der imperialistischen Zentren. In Frankreich ist eine große Anzahl von Arbeitern nordafrikanischer Herkunft in Schlüsselsektoren der Industrie integriert. Auch in der US-Autoindustrie gibt es eine bedeutende Komponente von arabischen Arbeitern, von denen viele selbst durch die Anti-Immigranten-Hexenjagd der Regierung bedroht sind. Es ist bedeutsam, dass es unter der schwarzen Bevölkerung eine beträchtliche Sympathie für die Sache der Palästinenser gibt trotz des Anwachsens von Chauvinismus gegen Immigranten und Araber, der vom „Krieg gegen den Terror" angefacht wird. *Verteidigt das palästinensische Volk! Nieder mit der Repression von Zionisten/PA gegen palästinensische Oppositionsgruppen! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten! Hände weg von Irak - US-Imperialismus raus aus Afghanistan, Zentralasien, dem Persischen Golf und dem Nahen Osten!*

Vom Osloer „Friedens"abkommen zur neuen intifada

Den Hintergrund zu der bedrohlichen Situation, vor der die Palästinenser jetzt stehen, bildet die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion 1991/92. Die Kreml-Stalinisten gaben beim Versuch, ihre eigene Position gegenüber dem westlichen Imperialismus zu stärken, arabischen bürgerlichen Regimen und kleinbürgerlich-nationalistischen Bewegungen wie der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ein gewisses Maß an militärischer, diplomatischer und finanzieller Unterstützung.

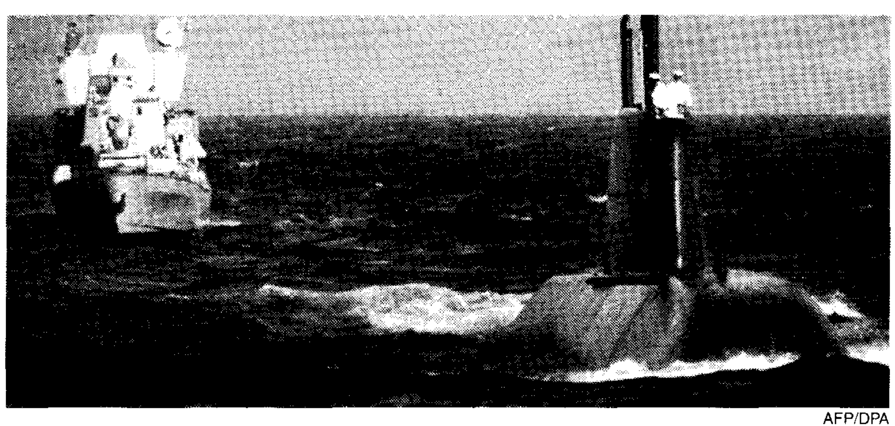
In Ermangelung solcher sowjetischen Unterstützung akzeptierte Arafat 1993 das von den USA gemakelte Osloer „Friedens"abkommen, das der PLO ein paar Insignien von „Souveränität" gab. Aber wie der Journalist David Hirst bemerkte: „Für die Israelis war Sicherheit - ihre, nicht die der Palästinenser - das A und O von Oslo. Sein [Arafats] Job war es, ihnen diese zu liefern" (*Al-Ahram Weekly*. 13. Dezember). Palästinensische Polizei, trainiert und überwacht von der CIA und israelischen Sicherheitskräften, sollten die tagtägliche Reglementierung der unterworfenen palästinensischen Massen durchführen, während alle israelischen Siedlungen bestehen blieben bis zu einer unbestimmten Übereinkunft über einen „endgültigen Status". Dieses entwürdigende Abkommen bewirkte im Westjordanland und in Gaza ein Wachstum der Kräfte der islamischen Reaktion, in erster Linie von Hamas, da die PLO (besonders Arafats Fatah) zunehmend diskreditiert wurde.

Verschiedene westliche Reformisten, vor allem die International Socialist Organization (ISO) in den USA, begeistern sich über das Wachstum solcher islamischer „Radikaler". Es ist auffällig, dass ein Artikel im *Socialist Worker* (14. Dezember) der ISO nicht die kürzlichen wahllosen Terroranschläge von Hamas in Haifa und Jerusalem verurteilt; mehr allgemein hat die ISO in den letzten Jahren islamischen Fundamentalismus als einen Ausdruck des „Antiimperialismus" glorifiziert.

In Wahrheit ist Hamas eine üble Gruppe antisemitischer und frauenfeindlicher religiöser Fanatiker, die nach dem Ausbruch der ersten palästinensischen *intifada* in den späten 80er-Jahren als Ableger der in Ägypten basierten Muslimischen Brüderschaft entstand. Die Londoner *Times* (6. Dezember) wies darauf hin: „Damals sah der israelische Geheimdienst in der Bewegung einen potenziellen Rivalen von Mr. Arafats Fatah-Gruppe, der vorherrschenden Fraktion in der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die die erste intifada schürte. Die Israelis ermutigten Hamas und deren kleine Gruppe religiöser Fanatiker."

Hamas ist mit seinem Ziel, im Westjordanland und in Gaza ein islamisches Regime zu schaffen, ein Spiegelbild

der faschistoiden religiösen jüdischen Reaktionäre, die für Israel eine voll entwickelte Theokratie gemäß dem Alten Testament anstreben und die selbst wiederholt terroristische Gräueltaten und Pogrome gegen palästinensische Araber verübt haben. Wahlloser Terror gegen israelische Juden, ob von islamischen Fundamentalisten oder von säkularen palästinensischen Nationalisten durchgeführt, ist im kleinen Maßstab das Spiegelbild der völkermörderischen Logik des Zionismus. Auf ihre eigene Weise haben solche Gruppen die gleiche grundlegende Position wie Scharon: dass alle Juden, auch Schulkinder oder Teenager in einer Disco oder in einem Einkaufszentrum, Soldaten des zionistischen Staates seien.



AFP/DPA

Vom deutschen Imperialismus mitfinanziert, auf Kieler HDW-Werft gebaut: Israelisches U-Boot „Tekuma" soll für Atomwaffeneinsatz gegen Landziele aufgerüstet werden

Terroranschläge gegen die israelische Bevölkerung bewirken eine Verstärkung des intensiven Chauvinismus, durch den die hebräischsprachigen Arbeiter - einschließlich verarmter und unterdrückter sephardischer Juden - an ihre kapitalistischen Ausbeuter gekettet werden. Einige arabische Nationalisten behaupteten anfänglich, der Anschlag auf das World Trade Center sei in Wirklichkeit von den Israelis durchgeführt worden, um die Wut des amerikanischen Volkes gegen die arabisch/islamische Welt zu lenken. Nach der gleichen Logik könnten die Anschläge von Hamas gegen israelische Zivilisten ebenso gut vom israelischen Geheimdienst, dem Mossad, initiiert worden sein, denn sie dienen den Zielen des zionistischen Staates. In den frühen 50er-Jahren arrangierte der Mossad in Ländern des Nahen Ostens (z.B. Ägypten) Bombenanschläge auf Synagogen und andere Provokationen mit dem Ziel, die jüdische Bevölkerung dort so aufzuschrecken, dass sie nach Israel auswandern würde. Amerikanische herrschende Kreise, die jetzt fordern, dass Arafat hart gegen Hamas durchgreift, weisen darauf hin, dass er dies schon 1996 effektiv getan hat, als seine Polizei 300 Hamas-Führer und -Kader aufspürte und gefangennahm und einen großen Teil des militärischen Netzwerks von Hamas auseinander nahm. Aber vor fünf Jahren besaß Arafat immer noch eine beträchtliche Glaubwürdigkeit unter den palästinensischen Massen, die immer noch Illusionen hatten in seine Strategie, sich auf die Gnade des amerikanischen Imperialismus zu verlassen, einen unabhängigen Palästinenserstaat herbei zu führen.

Aber diese Illusionen schwanden schnell, als die schlimmen Lebensbedingungen noch schlechter wurden. Der Rückzug israelischer Truppen aus kleinen Teilen der besetzten Gebiete ging einher mit dem Aufbau von immer mehr Kontrollstellen und Zäunen, jetzt noch verstärkt durch Gräben, die um viele Dörfer gezogen wurden. Entlang der Grenze zwischen Israel und dem Westjordanland nördlich von Tel Aviv existiert jetzt eine mehrfache Barriere aus Stacheldraht, einem Starkstromzaun und einer drei Meter hohen Betonmauer, die sich mehr als anderthalb Kilometer hinzieht und die benachbarte palästinensische Stadt Tulkarem abriegelt. Als Folge davon, dass palästinensische Tagelöhner zunehmend keinen Einlass mehr nach Israel erhielten, sank das Pro-Kopf-Einkommen im Westjordanland und in Gaza auf die Hälfte dessen, was es vor 1993 betrug, und auf weniger als ein Zehntel von dem in Israel.

Gleichzeitig verdoppelte sich die Anzahl der zionistischen Siedler. Ost-Jerusalem wird zunehmend von Palästinensern „gesäubert", indem arabische Häuser niedergerissen werden und Wohngebiete, in denen nur Juden leben dürfen, stark ausgeweitet werden; dies ist insbesondere eine Reaktion auf die Forderung, Ost-Jerusalem solle die Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates werden. Viele, die in den Siedlungen leben, sind entweder neue Immigranten, die von der Regierung gezwungen wurden, dorthin zu ziehen, oder die von den künstlich niedrig gehaltenen Wohnungskosten angezogen wurden, aber eine große Anzahl von Leuten, die keine fanatischen Zionisten sind, kam doch zu dem Schluss, dass billige Mieten einem Toten nicht viel nützen, und sie haben die Siedlungen verlassen. Der politische Kern der Siedlerbewegung besteht aus bewaffneten faschistoiden religiösen Fanatikern, die als Hilfstruppen der militärischen Besatzungskräfte agieren und Leute wie Baruch Goldstein idealisieren, dem in Brooklyn geborenen Zionisten, der 1994 in Hebron etwa 30 Palästinenser beim Gebet abschlachtete. Die Errichtung neuer jüdischer Siedlungen geht Hand in Hand mit der Vertreibung der Palästinenser, die zuvor auf dem Land lebten. Und es wurde noch mehr palästinensisches Land beschlagnahmt, um ein Netz befestigter „Umgehungsstraßen" zu bauen, die nur von Juden benutzt werden dürfen und die Enklaven umzingeln, die nominal unter Kontrolle der PA stehen. *Wirfordern die Entfernung aller gegen Araber gerichteten Befestigungen in den besetzten Gebieten - die Siedlungen und das Apartheid-Straßennetz!*

Diese Zustände explodierten schließlich letzten Herbst in einer neuen *intifada* - ausgelöst im September 2000 durch Scharons provokativen „Besuch" einer muslimischen heiligen Stätte in Begleitung von Hunderten von Bullen -, die anfangs hauptsächlich von Elementen der Fatah angeführt wurde, die sich damit Arafat widersetzten. Als Arafat unter Druck von Washington versuchte, den Aufstand zu unterdrücken, verlor er das, was von seiner Unterstützerbasis noch übrig war. Die letzte Meinungsumfrage besagt, dass die Unterstützung für islamistische Gruppen auf 30 Prozent gestiegen und gleichzeitig die für Fatah auf 20 Prozent gefallen ist. Zwar haben sich viele Palästinenser Hamas zugewandt wegen deren scheinbarer Unnachgiebigkeit gegenüber den zionistischen Besatzungskräften, aber es hat auch einen scharfen Anstieg des Einflusses von religiösem Fundamentalismus unter der palästinensischen Bevölkerung gegeben.

Dies wiederum hat sein Spiegelbild in der wachsenden Unterstützung, die ultra-chauvinistische und jüdisch-fundamentalistische Parteien in der hebräischsprachigen Bevölkerung erhalten. Die Hälfte aller Israelis, die in einer kürzlichen Meinungsumfrage befragt wurden, unterstützen den „Transfer" - d. h. die Zwangsvertreibung - von Palästinensern aus dem Westjordanland und aus Gaza nach arabischen Ländern, eine Position, für die früher nur eine winzige Hand voll faschistoider Rechter eintrat. Der wachsende Rechtsschwenk in der israelischen Politik hat auch die über eine Million palästinensischen Araber im Visier, die nominell israelische Staatsbürger sind. Der prominente arabisch-

Fortgesetzt auf Seite 22

Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 21

israelische Parlamentarier Azmi Bishara soll nun, nachdem seine parlamentarische Immunität aufgehoben wurde, unter der Anklage des Verrats vor Gericht gestellt werden, weil er in Syrien eine Rede hielt, in der er zu palästinensischem Widerstand aufrief.

Angesichts von Scharons heftigem Angriff und Washingtons Feindseligkeit hofft Arafat erneut auf die Vereinten Nationen oder die Europäische Union (EU) als Makler für irgendeine Art von Deal. Die EU hat entsprechend der amerikanischen Linie die Forderung erhoben, Arafat müsse gegen die palästinensischen Oppositionsgruppen hart durchgreifen, gleichzeitig argumentiert sie aber auch gegen jegliche „Versuche, [den PA-Führer] zu schwächen oder zu diskreditieren" (Londoner *Financial Times,* 15./16. Dezember). In Widerspiegelung dieser gegenüber den Palästinensern etwas sympathischeren Haltung der EU-Imperialisten veröffentlichte die französische Ligue communiste revolutionnaire (LCR) eine Erklärung, in der sie „die kriegerische Logik, die die Scharon-Regierung verfolgt", anprangert und „die Einsetzung einer internationalen Streitmacht für den Frieden und den Schutz der Bevölkerung" fordert *(Rouge,* 13. Dezember).

Diese Pseudolinken reihen sich einfach ein hinter den jeweiligen imperialistischen Ambitionen von Washingtons europäischen Rivalen, die unter den ölreichen arabischen Regimen des Nahen Ostens um Einfluss konkurrieren. Selbst falls Israel oder die USA erlauben würden, dass es so was gibt, würde jede imperialistische „Friedens"truppe, ob unter Schirmherrschaft der EU oder der UN, nur das palästinensische Volk unterdrücken. Unter einem Teilungsplan der UNO wurde 1948 der zionistische Staat geschaffen, und eine UN-Hungerblockade ist verantwortlich dafür, dass seit 1991 über eineinhalb Millionen Irakis gestorben sind.

Die einzige Rettung für das palästinensische Volk liegt in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens durch proletarische Revolution. Als revolutionäre Marxisten haben wir das Ziel, den zionistischen Garnisonsstaat *von innen* zu zerschlagen, durch arabisch/hebräische Arbeiterrevolution. Nur durch den Sturz der israelischen Bourgeoisie ebenso wie der arabischen herrschenden Klassen kann das Recht auf nationale Selbstbestimmung sowohl des palästinensisch-arabischen als auch des hebräischsprachigen Volkes sowie der vielen anderen Völker der Region gerecht verwirklicht werden. Wir haben keine Illusionen, dass es leicht sein wird, den massiven anti-arabischen Chauvinismus der hebräischsprachigen Arbeiterklasse zu zertrümmern. Aber es ist die Aufgabe von Revolutionären, jede Möglichkeit wahrzunehmen, jeden Streik und jede Aktion, die die Arbeiterklasse gegen die zionistischen kapitalistischen Herrscher stellt, um die Notwendigkeit gemeinsamen Klassenkampfes der palästinensisch-arabischen und der hebräischsprachigen Arbeiter hervorzuheben. Im Lauf solcher Kämpfe wird die internationalistische trotzkistische Partei geschmiedet werden, die für die nationalen Rechte der Palästinenser eintritt als Teil des Kampfes, das Proletariat an die Macht zu bringen.

Der amerikanische Imperialismus und die Dämonisierung der islamischen Welt

Anfang Dezember schrieb die *Jerusalem Post;* „Die USA sind, was den Islamismus betrifft, in keiner diplomatischen Stimmung; sie erkennen, dass sie im Krieg sind und dass der Islamismus besiegt werden muss. Dementsprechend wurde den Taliban ein Ultimatum gestellt, entweder Osama Bin Laden oder die Macht aufzugeben. Ein ähnliches Ultimatum muss der Palästinensischen Autonomiebehörde gestellt werden in Bezug auf Hamas und den Islamischen Dschihad." Die fanatisch zionistische *Jerusalem Post* ist nicht die einzige, die einen Krieg gegen den Islamismus propagiert. Sprecher der Bush-Regierung beschworen anfänglich die christlichen Kreuzzüge, um ihren „Krieg gegen den Terrorismus" zu rechtfertigen.

Während des Kalten Krieges benutzte und mobilisierte der amerikanische Imperialismus auch die Kräfte der islamischen Reaktion gegen die Kommunistischen Parteien und die von der Sowjetunion unterstützten nationalistischen Bewegungen und Regime in traditionell muslimischen Ländern. Die saudische Monarchie - Urquell des islamischen Fundamentalismus im Nahen Osten - stand und steht weiterhin unter dem Schutz des amerikanischen Militärs. Washington zettelte den Militärputsch der muslimischen Generale 1965 in Indonesien an, bei dem eine halbe Million Arbeiter, Linke und andere massakriert wurden, was die Zerstörung der Kommunistischen Partei Indonesiens bedeutete, damals die größte KP der Welt ohne Staatsmacht. Bin Laden und die anderen seiner „Heiligen Krieger" waren ursprünglich die Kreaturen der CIA - unter Ausnutzung pakistanischen Militärs und saudischen Geldes -, um in den 80er-Jahren die sowjetische Armee in Afghanistan zu bekämpfen.

Die Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 durch die kapitalistische Konterrevolution stellte jedoch die herrschende Klasse der USA vor ein gewisses Public-Relations-Problem: Wie motiviert man angesichts dessen, dass die sowjetische „Bedrohung" nicht mehr existiert, weitere öffentliche Unterstützung für das riesige und sogar noch weiter anwachsende Pentagon-Budget und für imperialistische Militärabenteuer?

Samuel P. Huntington aus Harvard, ein prominenter Kalter-Kriegs-Akademiker, verschaffte dem amerikanischen Imperialismus eine neue Ideologie für die nach-sowjetische Welt. Auf dieser Welt, argumentierte er, gäbe es immer noch Feinde des amerikanischen Staates und, in der Tat, der westlichen Zivilisation, aber jetzt basierten sie auf tief verwurzelten nationalen/religiösen Kulturen. Huntingtons Artikel „The Clash of Civilizations?" [Der Kampf der Zivilisationen?] von 1993, ursprünglich veröffentlicht in *Foreign Affairs,* wurde zu einer Art außenpolitischem Manifest eines bedeutenden Teils der amerikanischen bürgerlichen Rechten, deren Sichtweise stark in der Bush-Regierung vertreten ist. Der Kern von Huntingtons Position ist:

> „Die großen Trennungslinien innerhalb der Menschheit und die dominierende Ursache von Konflikten werden kultureller Art sein. Nationalstaaten werden die machtvollsten Akteure auf der Weltbühne bleiben, aber die hauptsächlichen Konflikte der Weltpolitik werden sich zwischen Nationen und Gruppen unterschiedlicher Zivilisationen abspielen. Der Zusammenprall der Zivilisationen wird die Weltpolitik dominieren. Die Verwerfungslinien zwischen Zivilisationen werden die Kriegsfronten der Zukunft sein."

Huntington zufolge würden die Kriegsfronten der Zukunft die Vereinigten Staaten von Amerika als das Vorbild und der Verfechter der westlichen Zivilisation gegen die östlichen Gegner stellen: das orthodoxe Russland, das „konfuzianische" China und die islamischen Staaten des Nahen Ostens.

Solche Ansichten wurden von einer wachsenden christlichen Rechten vertreten, die in der Republikanischen Partei zunehmend an Einfluss gewonnen hatte. Das Anwachsen einer heimatbesessenen, frauenfeindlichen christlichen Rechten in den USA ist selbst ein Ausdruck des Aufstiegs aller Arten von religiösem Obskurantismus überall auf der Welt, besonders seit dem Ende der UdSSR. Die christlich-

fundamentalistische Rechte in den USA ist zu einem zuverlässigen Unterstützer Israels geworden, als dem Vertreter der „jüdisch-christlichen" Tradition im Nahen Osten.

Huntington behauptet arrogant, die Völker des islamischen Ostens seien „überzeugt von der Überlegenheit ihrer Kultur und besessen von der Unterlegenheit ihrer Macht". In Wahrheit hat es der amerikanische Imperialimus gerade deshalb darauf abgesehen, seine globale Überlegenheit durch militärische Angriffe gegen die neokolonialen Völker des islamischen Ostens zu demonstrieren, weil diese nicht die Macht haben, wirksamen Widerstand zu leisten. Bush Senior verkündete eine „Neue Weltordnung" für den US-Imperialismus - als die Sowjetunion schon am Zusammenbrechen war -, während amerikanische Kampfflugzeuge im Golfkrieg 1991 eine Flächenbombardierung des Irak durchführten. Und Amerikas kapitalistische Herrscher diffamieren weiterhin Iraks starken Mann Saddam Hussein als einen Feind der USA und sogar der ganzen Welt.

Saddam Hussein ist in Wirklichkeit kein islamischer Fundamentalist. Er ist ein arabischer bürgerlicher Nationalist von der Art, wie sie von panislamischen Fundamentalisten wie Osama Bin Laden gehasst und verachtet werden. Die Baäthisten-Bewegung wurde ursprünglich von sowohl christlich- als auch muslimisch-arabischen nationalistischen Intellektuellen gegründet, und auch der Außenminister Iraks stammt aus einer christlich-arabischen Familie. Die Ideologen des amerikanischen Imperialismus ziehen jedoch eine Verbindung zwischen Saddam Hussein und Bin Laden, Hamas und der linksnationalistischen Volksfront für die Befreiung Palästinas, um den islamischen Osten als Feind des Westens in Gestalt seiner amerikanischen „Supermacht" zu verteufeln.

Als Bush eine „große Koalition" für den Krieg gegen die Taliban und AI Quaida zusammenstellte, erklärte er, dies sei ..kein Krieg gegen den Islam". Dazu kommentierte der konservative Londoner *Economist* (6. Oktober):

„Vielleicht hat Amerika sogar ein noch größeres Problem damit, den Propagandakrieg zu gewinnen: jene Amerikaner, hauptsächlich auf der Rechten, die denken, das Land müsse tatsächlich letztendlich einen Krieg gegen den Islam führen - oder zumindest gegen verschiedene Teile der muslimischen Welt. Diese Stimmen sagen, man könne den Terror nicht besiegen, ohne gegen seine Unterstützer in Irak, Iran und zu einem gewissen Grad in Saudi-Arabien und Syrien vorzugehen."

Vorläufig noch erteilte Bush jenen eine Abfuhr (einschließlich seinem stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz), die sofort und auf der Stelle gegen die Hälfte der Staaten im Nahen Osten Krieg führen wollten. Praktisch sagte er: erst zerstören wir die Taliban, dann sehen wir weiter. Aber „dann" ist inzwischen heute.

Während eine afghanische Stadt nach der anderen den US-unterstützten Kräften in die Hände fiel, fingen Leute innerhalb der Bush-Gang an davon zu reden Saddam Hussein loszuwerden. Tatsächlich hatten bedeutende Elemente der amerikanischen Rechten Bush Senior harsch dafür kritisiert, dass er Saddam Hussein erlaubte an der Macht zu bleiben, nachdem die US-Streitkräfte im Golfkrieg die irakische Armee in die Flucht geschlagen hatten. Jedoch sind die Faktoren, die damals gegen eine Invasion des Irak sprachen, heute noch genauso gültig.

Es gibt keine bewaffnete oppositionelle Gruppe in Irak (wie etwa die Nordallianz in Afghanistan), die mit genügender US-Luftunterstützung Saddam Hussein stürzen könnte. Die US-Armee müsste massiv in Irak einmarschieren. Und was dann? Wenn die Amerikaner einfach wieder abzögen, würde Irak fast sicher in Chaos und ethnisch/religiösen Kriegen versinken, was die gesamte ölreiche Golfregion destabilisieren würde und vielleicht die zunehmend wacklige saudische Monarchie stürzen könnte. Die Alternative, ein US-Marionettenregime in Bagdad einzusetzen und aufrechtzuerhalten, würde eine groß angelegte, zeitlich unbegrenzte militärische Besatzung des Irak erfordern.

Ein Leitartikel der *New York Times* (26. November) mit dem Titel „Der falsche Zeitpunkt Irak anzugreifen" führt die zwingenden militärischen und politischen Argumente gegen einen solchen Kurs an. Aber die amerikanische herrschende Klasse ist *nicht* rational, und es könnte sein, dass sich die Anti-Irak-Falken durchsetzen. Tatsächlich deutet ein solcher Leitartikel im Sprachrohr Nr. 1 der amerikanischen Bourgeoisie darauf hin, dass die Imperialisten heute debattieren, ob sie eine Invasion Iraks starten sollten, und morgen könnten sie es tun.

Für eine sozialistische Föderation des Nahen Osten!

Seit dem 11. September haben die israelischen Herrscher darauf gedrungen, dass Bushs „Krieg gegen den Terrorismus" auch die Zerstörung der palästinensischen nationalen Bewegung einschließen solle. Die politischen Erschütterungen, die dies im Nahen Osten auslösen würde, wären jedoch viel größer als die bei der Zerstörung der Taliban durch die USA und ihre Spießgesellen der Nordallianz.

Wie sich herausstellte, haben die Taliban (die im wesentlichen von den pakistanischen Militärs geschaffen wurden) weit mehr Feinde als Freunde in der islamischen Welt. Tatsächlich war das schiitisch-islamische theokratische Regime in Iran einer der Hauptunterstützer der Nordallianz gegen die sunnitischen Taliban. Allgemeiner war der Charakter des Taliban-Regimes so fanatisch reaktionär und repressiv, dass es sogar angesichts eines direkten Angriffs der US-Imperialisten keine breite Unterstützung in der arabisch/islamischen Welt bekam.

Aber unter den Massen der arabischen Welt und auch unter anderen unterdrückten Völkern auf der ganzen Welt gibt es eine breite und tief empfundene Unterstützung für das unterdrückte palästinensische Volk. Um die weitverbreitete Sympathie für die Palästinenser unter den arabischen Massen in einen wirksamen Kampf für ihre nationale Befreiung umzusetzen, sind proletarische Revolutionen notwendig, um die neokolonialen kapitalistischen Regime im Nahen Osten - seien sie bürgerlich-nationalistisch oder islamisch-traditionalistisch - zu stürzen, die als politische Agenten von Wall Street, Londoner City, Frankfurt, Paris und Tokio dienen. Eine Arbeiterrevolution in einem der arabischen Länder, die die internationalistische Einheit aller arbeitenden Menschen verkündet, hätte eine enorme Auswirkung auf das politsche Bewusstsein der hebräischsprachigen Arbeiter in Israel.

Der Nahe Osten ist eine Region tiefgehender, allseitiger Unterdrückung - der Frauen sowie von nationalen, ethnischen und religiösen Minderheiten. Gleichzeitig gab es im letzten halben Jahrhundert ein beträchtliches Wachstum eines Proletariats in den städtischen Zentren und auf den Ölfeldern der Region. Diese industrielle Arbeiterklasse hat die soziale Macht, die unterdrückten Massen im Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ordnung anzuführen und den Weg zum Sozialismus zu eröffnen, wozu es unumgänglich ist, die Revolution auf die imperialistischen Zentren Nordamerikas, Westeuropas und Japans auszuweiten. Der Schlüssel ist die Schmiedung einer revolutionären Führung des Proletariats nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei von W. I. Lenin und Leo Trotzki, die das multinationale Proletariat des zaristischen Reiches in der Oktoberrevolution 1917 an die Macht führte.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr.771,28. Dezember2001*

SPARTAKIST

Washington gibt zionistischen Schlächtern grünes Licht

Verteidigt das palästinensische Volk!

Israel raus aus den besetzten Gebieten!

US/UN/Bundeswehr/NATO raus aus Afghanistan, Zentralasien, der Golfregion, dem Nahen Osten!

18. Dezember - Im Verlauf der letzten zwei Wochen hat die Regierung von Ariel Scharon alles vernichtet, was noch übrig war von der „autonomen" Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die in den besetzten Gebieten durch das US-gesponserte Osloer Abkommen von 1993 geschaffen wurde. Israelische Bomben und Raketen schlugen in Regierungsgebäuden der PA, in Polizeistationen und in Radiosendern ein. Israelische Truppen und Panzer stürmten im Westjordanland und in Gaza eine Siedlung nach der anderen und mähten schonungslos jeden Palästinenser nieder, von dem sie meinten, dass er ihnen im Weg stünde. Die Spur von Tod und Verwüstung durch die zionistischen Schlächter führt über Hunderte zerstörte Häuser und Dutzende Palästinenserleichen. Und praktisch jedes Begräbnis führt zu einem weiteren, da die Trauernden von israelischen Besatzungskräften unter Beschuss genommen werden. Zwar hat die Scharon-Regierung ihren Paten in Washington zugesichert, dass sie (bis jetzt) nicht die physische Liquidierung des PA-Führers Jassir Arafat anstrebt, aber dennoch schafft sie „Fakten" vor Ort - getreu einer bluttriefenden Tradition, die zurückreicht bis zur ursprünglichen zionistischen Kolonisierung und der Vertreibung von 700000 Palästinensern 1948. Arafat und seine engsten Gefolgsleute stehen unter Hausarrest in ihrem Büro, umzingelt von israelischen Panzern, kaum noch etwas existiert von der Infrastruktur der PA oder den Insignien palästinensischer „Souveränität", die unter viel Getöse vor acht Jahren auf dem Rasen des Weißen Hauses verkündet worden war.



Reuters

12. Dezember, Gaza: Trauernde bei Begräbnis eines Palästinensers, der von israelischen Besatzungstruppen getötet wurde

Der Vorwand der Zionisten für die kürzliche Eskalation des Gemetzels ist, dass Arafat nach einer Reihe von Selbstmord-Bombenanschlägen in Haifa und Jerusalem Anfang Dezember angeblich nicht hart genug gegen die islamisch-fundamentalistische Hamas durchgriff. Diese Anschläge wahllosen Terrors, deren Ziel es war, so viele israelische Zivilisten wie möglich zu töten, waren vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus ein Verbrechen. Eine Woche später griff Hamas einen Bus mit „Siedlern" aus dem Westjordanland an und schoss sogar fliehende israelische Kinder nieder. Solche terroristischen Anschläge sind nur Wasser auf die Mühlen der israelischen Herrscher, die ihr bei weitem gewaltigeres Terrorarsenal gegen arabische Männer, Frauen und Kinder einsetzen.

Hinter dem unmittelbaren Vorwand steht der unerwartet schnelle und leichte Sieg des US-Imperialismus in Afghanistan. Die Bush-Regierung hatte in ihrem Bestreben, viele der arabischen Regime und sogar Arafats PA in ihre „weltweite Anti-Terror-Koalition" einzubinden, Scharon zu zügeln versucht. Anfang Oktober sprach sich Bush sogar für einen palästinensischen Staat aus. Aber als die US-unterstützte Nordallianz damit begann, Positionen der Taliban in Afghanistan zu erobern, löste dies bei der amerikanischen herrschenden Klasse und besonders in Bushs Weißem Haus eine Welle des imperialistischen Triumphalismus aus. Regierungssprecher drohten wieder offen mit einem Militärschlag gegen Saddam Husseins Irak und anderen angeblich „terroristischen" Staaten.

Fortgesetzt auf Seite 20

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

18. FEBRUAR 2002 EXTRABLATT €0,20

Nach Ausverkauf der DDR: PDS in Koalition mit rassistischen, gewerkschaftsfeindlichen SPD-Kriegstreibern

Für Klassenkampf gegen Berliner SPD/PDS-Senat!

Die SPD/PDS-Koalition in Berlin ist angetreten, die völlig marode Stadt auf Kosten von Arbeitern und Immigranten zu sanieren. So wird jetzt von 30000 Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst als Minimum gesprochen, während der Finanzsenator schon von 70000 spricht (*Neues Deutschland,* 12. Februar), das würde heißen, die Hälfte aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu feuern und diese Arbeitsplätze zu zerstören. Im Programm von SPD/PDS stehen Arbeitszeitverlängerungen für Lehrer, Verlängerung der Lebensarbeitszeit für alle, Privatisierung von Kitas und massive Kürzungen in allen Bereichen. Dieses Programm des sozialen Kahlschlags und verschärfter Arbeitslosigkeit muss durch Klassenkampf gegen diese kapitalistische SPD/PDS-Regierung verhindert werden. Zugleich gibt es massive Unruhe unter Gewerkschaftsmitgliedern über die Unterstützung des Kriegs gegen Afghanistan und die Entsendung der Bundeswehr nach Afghanistan, Kuwait und an das Hörn von Afrika durch die SPD/Grünen-Regierung. Um die Kämpfe siegreich führen zu können, ist der Bruch mit der klassenkollaborationistischen Politik von SPD und PDS dringend notwendig.



Dr. Gabriel Curio

Berlin, 15. Januar: Protest gegen Angriffe auf Klinik. Plakate: „Ersparen wir uns erst mal SPD + PDS. Ich war SPD-Wähler"

Heute, in einer massiven ökonomischen Krise, die Teil des kapitalistischen Zyklus von Krisen und Booms ist, kämpfen wir dafür, die Arbeiter gegen die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Lakaien nach dem Prinzip Klasse gegen Klasse zu mobilisieren. Diese Kämpfe zum Sieg zu führen heißt, für die Enteignung der Kapitalisten als Teil des Kampfes für die Errichtung einer sozialistischen Weltordnung zu kämpfen. Für diesen Kampf ist eine leninistische Avantgardepartei ein unentbehrliches Werkzeug.

Dass die opportunistischen Führer der PDS, in Lenins Worten Arbeiterleutnants des Kapitals, die Drecksarbeit für die Bourgeoisie machen, ist nicht neu. Die PDS war essenziell dafür verantwortlich, die prosozialistischen Arbeiter der DDR in die kapitalistische Wiedervereinigung zu führen, was die völlige Zerstörung der Industrie der DDR zur Folge hatte. Ohne das Beispiel der sozialen Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaats DDR als einen Attraktionspol noch fürchten zu müssen ist die Bourgeoisie daran gegangen, den Sozialstaat im Westen Stück für Stück „abzuwickeln", d.h. zu zerschlagen. Was der SPD/PDS-Senat jetzt in Berlin tut, ist der Vorgeschmack auf das, was auf nationaler Ebene noch zu erwarten ist.

Ein Grund, warum die PDS bei den Wahlen in Berlin so viele Stimmen gewann, war ihre Opposition zum US-geführten Krieg gegen Afghanistan und ihre Opposition dagegen, die Bundeswehr dort einzusetzen. Hätte Schröder aber die

Fortgesetzt auf Seite 2

Nieder mit der rassistischen Rasterfahndung!

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 1

Bundeswehr in alle Welt schicken können ohne die kapitalistische Wiedervereinigung? Solange die DDR und Sowjetunion existierten, bildeten sie ein Gegengewicht zu den Imperialisten und diese konnten nicht einfach so Krieg führen. Gerade der Afghanistankrieg ist aufs Engste mit der Konterrevolution in der Sowjetunion verknüpft. Bin Laden, Taliban und Nordallianz sind die Kreaturen der Imperialisten - USA und Deutschland -, bewaffnet, ausgebildet, finanziert, um *einen Stellvertreterkrieg gegen die Sowjetunion zu* führen. Die Intervention der Roten Armee im Winter 1979, z.ur Unterstützung der links-nationalistischen Kabuler Regierung, war ein Akt der Verteidigung der Sowjetunion und eröffnete die Möglichkeit, die islamisch-fundamentalistischen Mudschaheddin, diese frauenhassenden antikommunistischen Schlächter, zu zerschlagen. Wir sagten damals: Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitet die Errungenschaften des Oktobers auf die Völker Afghanistans aus! Als Reaktion auf den Anschlag auf das World Trade Center, ein Verbrechen gegen die arbeitende Bevölkerung, haben die Bourgeoisien den „Krieg gegen Terror" ausgerufen. Die US-Imperialisten griffen Afghanistan an und Bush bedroht jetzt Irak, Iran und Nordkorea als „Achse des Bösen".

Die unmittelbar nach dem 11. September ausgerufene imperialistische „Allianz gegen Terror" ist aber alles andere als einig, denn die entgegengesetzten Interessen der Imperialisten sind nicht mehr der gemeinsamen Feindschaft gegen die Sowjetunion untergeordnet. Dies wird deutlich über die Differenzen zwischen Deutschland und den europäischen Imperialisten auf der einen Seite und den USA auf der anderen über den von den USA angedrohten Krieg gegen Irak. Der Versuch der vom deutschen Imperialismus dominierten Europäischen Union, einem imperialistischen Handelsblock, ihre eigene Militärgruppe aufzubauen, die der US-geführten NATO als Gegengewicht dienen soll, ist ein Ausdruck davon, gegen die Vorherrschaft der USA in einer noch immer unipolaren Welt anzugehen. Seinen ideologischen Ausdruck finden die Rivalitäten in einem stark ansteigenden Nationalismus.

Der deutsche Imperialismus ist durch die Wiedervereinigung erstarkt, aber militärisch viel zu schwach, um auf einen offenen Konfrontationskurs gegen den US-Imperialismus gehen zu können. Schröder/Fischer nutzten den „Krieg gegen Terror", den sie als Juniorpartner des US-Imperialismus unterstützen, um die weitgehend pazifistisch eingestellte Bevölkerung an den globalen Einsatz der Bundeswehr zu gewöhnen. Die Bourgeoisie wird versuchen, die für ihre Raubgelüste notwendige Auf- und Umrüstung der Bundeswehr auf den Rücken der Arbeiterklasse abzuwälzen, und dies wird Frauen, Jugendliche und Immigranten am härtesten treffen.

Als revolutionäre Internationalisten riefen wir dazu auf, Afghanistan, ein extrem rückständiges Land, gegen die imperialistischen Angriffe zu verteidigen, ohne auch nur ein Jota Unterstützung den Taliban zu geben, diesem Frankenstein-Monster, aufgebaut und finanziert von den Imperialisten, das sich gegen seine Erschaffer richtete. Wir stehen für Klassenkampf gegen die kapitalistischen Herrscher im eigenen Land, um die nationale Einheit hier zu zerbrechen. Dies ist entgegengesetzt zu dem, was die PDS tut, die sich als Juniorpartner mit der kriegstreiberischen SPD verbündet hat, um die Austeritätsmaßnahmen der Kapitalisten der Arbeiterklasse Berlins reinzuwürgen. *US/Bundeswehr/NATO - Alle imperialistischen Truppen raus aus Afghanistan, Zentralasien, der Golfregion und dem Nahen Osten!*

PDS!junge Welt - alternative Strategen für deutschen Imperialismus

Was die PDS predigt, ist die Illusion eines friedlichen Kapitalismus. Lenin erklärte, dass Imperialismus nicht einfach eine falsche Politik ist, sondern das höchste Stadium des Kapitalismus. Der Weltmarkt ist unter eine Hand *voll* imperiaJJstJscber Großmächte aufgeteilt und gleichzeitig beherrschen Monopole das wirtschaftliche Leben. Die Kapitalisten können ihre Profite nur dadurch erhöhen, dass sie die Ausbeutung nach innen verschärfen und ihre Absatzmärkte nach außen ausdehnen. Ausdehnen können sie aber nur auf Kosten anderer Imperialisten. So bringt der Kapitalismus immer wieder Kriege um die Neuaufteilung der Welt hervor, es sei denn die Arbeiterklasse macht ihm durch Revolution ein Ende. Daher muss man, um gegen Krieg kämpfen zu können, gegen den Kapitalismus kämpfen, der Kriege hervorbringt. So war die bisher einzige wirklich erfolgreiche Friedensbewegung die Oktoberrevolution von 1917, die von Lenins und Trotzkis Bolschewik! geführt wurde, im Kampf gegen alle Formen und Handlanger des russischen Kapitalismus und Großgrundbesitzes. Ebenso wie die Bolschewiki erklärte Karl Liebknecht im Ersten Weltkrieg, einem interimperialistischen Krieg: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" Dies steht im krassen Gegensatz zu PDS *und junge Welt (jW),* die den „Hauptfeind" immer wieder in Washington ausmachen. Unmittelbar nach dem Anschlag auf das WTC initiierten Gysi und die PDS die nationale Einheitsdemo am Brandenburger Tor: „Solidarität mit den USA!"

Wenig später aber änderten sie ihre Linie, um eine Pose gegen den Krieg einzunehmen, deren Hauptstoßrichtung ist, dass der Hauptfeind in Washington steht. Die *jW* - Sprachrohr für die PDS-Linke - war gegen Gysis „Solidarität mit den USA" und beantwortete sie mit ebenso nationalistischem Antiamerikanismus. Von diesem Antiamerikanismus triefte beispielsweise Arnold Schölzels Artikel „Nord-Süd-Krieg - Terroranschläge auf US-Institutionen" (12. September 2001). Während er jedes Verbrechen des US-Imperialismus seit Ende des Zweiten Weltkriegs aufzählt, verliert er kein Wort über die deutsche Bourgeoisie. Dass für sie die Geschichte erst ab 1945 beginnt, dient dazu, die Rolle des deutschen Imperialismus - mit Holocaust, Krieg gegen die Sowjetunion usw. - weißzuwaschen. Ebenso verschweigen sie die Rolle des deutschen Imperialismus bei der Niederschlagung der portugiesischen Revolution Mitte der 70er-Jahre, als die SPD-geführte Bundesregierung das Niederbrennen von KP-Büros durch die portugiesische SP organisierte und finanzierte, oder die Finanzierung der konterrevolutionären Solidarnoœæ in Polen in den frühen 80er-Jahren. Dass sie den deutschen Imperialismus als etwas Besseres darstellen, dient nur dazu, die PDS-Regierungsbeteiligung zu rechtfertigen. Die;H[7] teilt grundsätzlich den Standpunkt der PDS, die gegen den US-Krieg vom Standpunkt der Interessen Deutschlands, des deutschen Imperialismus, in Opposition ging. Damit kriechen sie einem Teil der deutschen Bourgeoisie hinterher, der einen unabhängigeren Kurs vom US-Imperialismus will.

Rassistische Rasterfahndung und Angriffe auf Arbeiter - Gesicht des Kriegs nach innen

Das Gesicht des Kriegs nach innen, die „nationale Einheit" an der Heimatfront, ist ein drastisch verschärfter rassistischer Staatsterror. In Frankreich wurde das Vigipirate-Programm wieder in Kraft gesetzt, mit dem Armee und Polizei die Bevölkerung nordafrikanischer Abstammung ter-

Kontakt zur SpAD

Berlin Telefon (0 30) 4 43 94 00
Postfach 23555, 10127 Berlin

Hamburg Telefon (0 40) 32 36 44

rorisiert. Britannien hat drakonische Antiterrorgesetzte beschlossen. In den Vereinigten Staaten wurden hunderte Immigranten arabischer Herkunft verhaftet, zahllose Gesetze drastisch verschärft. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen darum, die Arbeiter von der reaktionären „nationalen Einheit" zu brechen, die der Grundpfeiler des „Kriegs gegen Terror" ist. In den Vereinigten Staaten riefen unsere Genossen der Labor Black League für soziale Verteidigung und das Partisan Defense Committee die machtvollen multirassischen Gewerkschaften der Bay Area auf, am 9. Februar gegen den Krieg der US-Regierung gegen Amerikas integrierte Arbeiterklasse, gegen Schwarze und gegen Immigranten zu protestieren. Mehrere hundert Gewerkschafter, Schwarze, Immigranten und Studenten nahmen an dem Protest teil, dessen harter Kern von der Hafenarbeiter-Gewerkschaft ILWU gestellt wurde. Diese Demonstration ist ein wichtiger Schlag gegen die „nationale Einheit" und die erste, in der die organisierte Arbeiterbewegung gegen die Anti-Immigranten-Hexenjagd demonstrierte.



Workers Vanguard

Oakland/USA, 9. Februar: Hunderte Gewerkschafter, Schwarze, Immigranten und Studenten demonstrieren gegen Sicherheitsgesetze

In Deutschland haben SPD/Grüne zwei Anti-Terrorpakete von Schily durchgepeitscht und eine rassistische Rasterfahndung begonnen, die jeden Müslim unter den Pauschalverdacht des Terrorismus stellt. Sie richtet sich nicht nur gegen muslimische Studenten, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse. Gerade aus der Türkei und Kurdistan eingewanderte Arbeiter, die überwiegend einen muslimischen Hintergrund haben, sollen hier isoliert und eingeschüchtert werden. Wenn die SPD heuchelt, nicht alle Muslime seien Terroristen, so bedeutet das, dein Nachbar oder dein Kollege könnte jedoch einer sein. Die rassistischen Gesetze, Rasterfahndung und mehr Bullen nehmen auch Arbeiter in Betrieben wie Gaswerken, Wasserbetrieben, Flughäfen und der Bahn ins Visier des bürgerlichen Staates.

Ultimativ richten sie sich gegen alle multiethnischen Gewerkschaften. Der rassistische Staatsterror soll dabei einen Keil zwischen türkische und kurdische Arbeiter und ihre deutschen Kollegen treiben, um so Klassenkampf zu ersticken oder doch wenigstens zu schwächen. Zwar hat z. B. die GEW eine Erklärung gegen die Rasterfahndung abgegeben, was wir aber brauchen, sind *Gewerkschaftsmobilisierungen zu Protesten gegen die rassistische Rasterfahndung.* Die Spartakist-Jugend steht in der vordersten Front im Kampf gegen diese rassistischen Angriffe. Ein Flugblatt, das zu Gewerkschaftsaktionen gegen die Rasterfahndung aufruft, wurde an den Berliner Unis, vor Betrieben und auf Gewerkschaftsprotesten verteilt. Darin warnen wir, dass die PDS, wo sie an der Macht ist, genauso rassistischen Staatsterror durchführt wie SPD oder CDU. Und tatsächlich hat schon jetzt der Innensenator des SPD/PDS-Senats Ehrhart Körting (SPD) angekündigt, die rassistische Rasterfahndung weiter durchzuführen, trotz einer Gerichtsentscheidung, die die Rasterfahndung in Berlin für unzulässig erklärt hatte, nachdem drei ausländische Studenten mutig dagegen geklagt hatten.

Die Spartakist-Jugend in Hamburg ruft auf zu Studenten/Immigranten/Arbeiter-Mobilisierungen gegen rassistischen Staatsterror. Am 9. Dezember wurde der Schwarze Achidi Johns in Polizeigewahrsam getötet. In dem Flugblatt betonen wir, dass es die SPD war, die die rassistische Brechmittel-Folter einführte, die bei Johns angewendet wurde, und dass es der rassistische Staatsterror des ehemaligen Hamburger SPD/Grünen-Senats war, der rechten Demagogen wie Schul den Weg gebahnt hat. Wir kämpfen für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei, die als Volkstribün aller Unterdrückten gegen die Bourgeoisie kämpft, Klasse gegen Klasse. Um den Rassismus zurückzuschlagen, muss die Arbeiterklasse kämpfen für: *Volle Staatsbürgerrechtefür alle Immigranten!*

Für Klassenkampf gegen kapitalistischen SPD/PDS-Senat!

In den letzten 10 Jahren wurden in Berlin von 450000 Industriearbeitsplätzen 320000 zerstört, also 75 Prozent. Und jetzt gibt es eine weltweite Rezession. Im Rest der Ex-DDR liegt die Arbeitslosigkeit bei 20 Prozent und mehr und in den letzten 10 Jahren sind 1 Million in den Westen ausgewandert, aus den Ex-DDR-Großstädten war es jeder Fünfte. Am härtesten traf es Frauen und Immigranten. Frauen, die zu 94 Prozent in der DDR einen Job hatten, wurden zu 60 Prozent aus ihren Jobs geworfen. Westberlin wiederum wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als Schaufenster des Imperialismus gegen DDR und Sowjetunion subventioniert und aufgebaut. So flössen 1989 22 Milliarden DM aus dem westdeutschen Budget dorthin. Mit der kapitalistischen Wiedervereinigung fielen die Subventionen weg, Betrieb auf Betrieb machte dicht. Liegt die Arbeitslosigkeit in Berlin heute bei 15 Prozent, so beträgt sie unter Immigranten 40 Prozent. Sie wurden als erste in Westberlin gefeuert.

Die PDS ist jetzt angetreten, zusammen mit den SPD-Kriegstreibern diesen kapitalistischen Scherbenhaufen zu verwalten, indem sie versuchen, die Lasten auf die Armen abzuwälzen und Schulen, Universitäten, Kinderhorte und -gärten, Bäder und andere soziale Einrichtungen zu schließen und noch mehr Arbeitsplätze zu zerstören. Wir Trotzkisten haben in den Wahlen genau davor gewarnt, dass die PDS Angriffe auf Arbeiter und Minderheiten bedeuten wird, und riefen dazu auf: *Keine Stimme für SPD, PDS!* Schon die Bildung des Senats wurde von Protesten von ver.di, GEW und Studentenprotesten an FU und HU begleitet. Seitdem reißen sie nicht ab. *Für Klassenkampfgegen den SPD/PDS-Senat!*

Pseudolinke wie etwa die reformistische Sozialistische Alternative Voran (SAV) erklärten: „Eins ist also klar: Egal welche Parteien nach der Wahl den neuen Senat stellen, sie alle werden die Kürzungspolitik fortsetzen", und rief dann zur Wahl der PDS auf: „Die PDS kann aufgrund ihrer Verankerung im Osten noch am ehesten durch Arbeiterinnen und Jugendliche unter Druck gesetzt werden. Deshalb empfehlen wir bei der Zweitstimme die Wahl der PDS." Aber der SPD/PDS-Senat ist ein *kapitalistischer* Senat, der die Drecksgeschäfte der Bourgeoisie erledigt. So wurden an der FU Mitte Dezember die Bullen auf eine Studentenbesetzung losgelassen und eine Streik- und Antikriegsfete

Fortgesetzt auf Seite 4

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 3

auseinander getrieben. Was der Angriff zeigt, ist, dass der bürgerliche Staat - im wesentlichen Polizei, Armee und Gefängnisse - nicht neutral ist. Sondern der Staat ist, wie schon Karl Marx erklärte, der geschäftsführende Ausschuss der Bourgeoisie. Die SAV dagegen schürt die Illusion, man könne mit genügend Druck den Senat bzw. den Staat dazu zwingen, im Interesse der Arbeitenden zu handeln.

Sahra Wagenknecht von der Kommunistischen Plattform der PDS (Komplatt) ist in der *Jungle World* (16. Januar) darum bemüht, wie eine linke Kritikerin der PDS zu erscheinen. Tatsächlich gibt sie aber volle Rückendeckung für den SPD/PDS-Senat, wenn sie sagt: „Wichtig ist, dass diese Koalition keine Politik machen darf, die im Grunde unsozialer ist als das, was Diepgen [CDU] gemacht hat." Und was die Versprechen des „sozial gerechten Sparens" der PDS angeht: Die massiven Kürzungen werden die Verwundbarsten in der Gesellschaft am stärksten treffen, d. h. Frauen, Jugendliche und Immigranten. Um erfolgreich die Angriffe zurückschlagen zu können, ist es daher notwendig, die soziale Macht der Arbeiterklasse gegen die besondere Unterdrückung von Immigranten und Frauen zu mobilisieren.

Der SPD/PDS-Senat kündigte die Umwandlung des Uniklinikums Benjamin Franklin (UKBF) in eine „normale" Klinik an. Bereits in den letzten Jahren gab es massive Angriffe auf das Gesundheitswesen in Berlin. Insbesondere die Krankenhäuser in den Vierteln mit dem höchsten Anteil ethnischer Minderheiten sind von Schließung bedroht oder wurden geschlossen, wie das Urban-Krankenhaus und das Krankenhaus Moabit. Der Widerstand gegen diese Angriffe wurde aufgespalten und vereinzelt. Während jedes Krankenhaus um seinen Fortbestand kämpfte, wurde der notwendige gemeinsame Kampf vereitelt mit Argumenten, dass das jeweilige Krankenhaus doch profitabel sei. Das Gleiche hört man heute von Gewerkschaftsbürokraten, dem Personalrat und von Professoren des UKBF als Begründung dafür, dass das UKBF nicht geschlossen werden sollte. Aber es geht hier um die Gesundheitsversorgung der Stadt, in vielen Fällen um Leben und Tod. Zum Teufel mit dem Profit der Kapitalisten. Was wir brauchen, ist eine *kostenlose Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau fiir alle!*

Um die Angriffe zurückschlagen zu können, ist Klassenkampf gegen den SPD/PDS-Senat notwendig. Die Proteste gegen die Schließung müssen auf die Charite und alle Krankenhausarbeiter Berlins ausgeweitet werden und auch Arbeiter anderer öffentlicher Dienste einbeziehen. So würde ein Solidaritätsstreik der BVG-Arbeiter und der Stadtreinigung dem Kampf gegen die Schließung von Krankenhäusern enormen Auftrieb geben und den Herrschenden auch zeigen, dass ihre Salami-Taktik nicht aufgeht. Aber mit Hilfe von Antikommunismus und Ossi-Nationalismus sollen die Arbeiter in Ost und West gegeneinander ausgespielt werden. So trug ein UKBF-Demonstrant ein antikommunistisches Plakat: „Zehn Jahre Abbau West - PDS gibt uns den Rest! Reuter und Brandt hatten noch Verstand!" Die Reuter/Brandt-SPD hat ihren Verstand zur Unterminierung der DDR eingesetzt, deren Zerstörung zu den jetzigen Angriffen geführt hat. Und die SPD hat brutal seit Jahren gekürzt, im Osten wie im Westen der Stadt. Bei den Protesten meinte ein Arbeiter aus dem Osten: „Jetzt trifft es auch mal den Westen." Das spiegelt die Hetze wider, wie sie beispielsweise von der *jungen Welt* verbreitet wird: ..Abwicklungen gab es bisher nur für Ossis, und mit denen gleichgestellt zu werden, ist schlimmer als die Herabstufung zum allgemeinen Krankenhaus" (16. Januar). Voriges Jahr, als es Angriffe auf die Charite gab, verfasste der Personalrat ein Flugblatt, das sagte: „SPD will Charite angreifen!", und ..ihre Steglitzer Wähler im Westen der Stadt belohnen"! Das ist Gift. *Nicht Charite gegen UKBF-Nicht Ost gegen West - sondern Klasse gegen Klasse!*

Notwendig ist die Mobilisierung *aller* Krankenhausarbeiter. Die chauvinistischen ver.di-Bürokraten haben in einem Kuhhandel zugelassen, dass das Reinigungspersonal - zumeist Immigrantinnen - privaten Reinigungsfirmen ausgeliefert und anderen Gewerkschaften zugeordnet wurde. Damit sind in vielen Krankenhäusern Reinigungspersonal und medizinisches Personal getrennt organisiert - wenn überhaupt. Diese Arbeiterinnen sind dreifach unterdrückt - als Arbeiter ausgebeutet, als Immigranten rassistisch diskriminiert und als Frauen unterdrückt und zusätzlich mit der Hausarbeit belastet. Wir sind für Industriegewerkschaften - eine Industrie, eine Gewerkschaft. *Organisiert die Unorganisierten! Volle Staatsbürgerrechte fiir alle Immigranten!* Und es braucht den Kampf gegen die besondere Unterdrückung von Frauen.

Die Gewerkschaftsbürokratie ist jedoch ein Hindernis, die Gewerkschaften zu mobilisieren, denn sie bindet die Arbeiterklasse an die politischen Bosse in den sozialdemokratischen Parteien SPD und PDS, die im Interesse des Kapitalismus Berlin und auch national regieren. Ihr Programm ist Klassenkollaboration in der Form von Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft. Es beruht auf der Lüge, Arbeiter und Kapitalisten hätten gemeinsame - nämlich nationale - Interessen. Aber die Interessen von Arbeitern einerseits und den Bossen und ihrem Staat andererseits sind unvereinbar. Es bedarf eines scharfen politischen Kampfes für die *völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den Kapitalisten und ihrem Staat!* Wohin die Unterordnung der Gewerkschaften führt, kann man darin sehen, dass die Gewerkschaftsbürokratie von ver.di, GEW usw. die kapitalistische Wiedervereinigung unterstützt hat und so dazu beitrug, die jetzige Misere herbeizuführen. *Wir kämpfen für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!*

Am 21. Januar wurden die Bombardier-Betriebe Waggonbau Ammendorf und Vetschau von den Arbeitern besetzt, um die Schließung der Werke zu verhindern. Mit ihrem militanten Klassenkampf zeigten die Arbeiter, dass die Angriffe der Bosse zurückgeschlagen werden können. Betriebsbesetzungen hat es seit Jahren nicht mehr gegeben. Sie stellen die Frage: Welcher Klasse gehört die Fabrik? Wie Trotzki im Übergangsprogramm (1938) erklärte: „Ganz unabhängig von den Forderungen der Streikenden versetzt die zeitweilige Inbesitznahme der Betriebe dem Götzenbild des kapitalistischen Eigentums einen Schlag." Diese Art entschlossener Aktion zeigt die momentane Lage im Land, wo es noch wenig Klassenkampf im Vergleich zu Frankreich



Reuters/Fabrizio Bensch

Vetschau, 21. Januar: Arbeiter des Bombardier-Werks besetzten ihren Betrieb, um die Schließung zu verhindern. Militanter Klassenkampf kann die Angriffe der Bosse und ihres Staates zurückschlagen

gibt, aber eine scharfe, zunehmende Klassenpolarisierung, die sich in einer Polarisierung in der Sozialdemokratie - SPD und PDS - ausdrückt.

Die Bourgeoisie erschrak. Schröder selbst sah sich gezwungen, durch Verhandlungen mit den Bossen die Besetzungen zu beenden und eine Ausweitung zu verhindern. Nun versucht er den Sieg der Ammendorfer Arbeiter als einen Gnadenakt der Regierung zu verkaufen. Ein Arbeiter meinte dazu: „Schröder ist ein Heuchler." Gleichzeitig sind die Bombardier-Betriebe Hennigsdorf und Vetschau nach wie vor auf der Abschussliste. Vetschauer Arbeiter trugen ein Banner: „Für den Erhalt aller Standorte!" Für gemeinsamen Gewerkschaftskampf aller Bombardier-Betriebe !

Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

In dem jetzigen Klima von stark ansteigendem deutschen Nationalismus, drastisch verschärftem rassistischen Staatsterror und einer Rezession werden wahrscheinlich auch die Nazis wachsen. Der Naziterror hat, wie wir schon 1989/90 warnten, durch die kapitalistische Konterrevolution massiven Auftrieb erhalten. Der gesamte Osten wurde ökonomisch zerstört, und es gibt heute offiziell über 4 Millionen Arbeitslose. Die ins Elend gestoßenen Arbeitslosen sind hasserfüllt auf dieses System und suchen nach einer radikalen Lösung. Die sozialdemokratischen Verräter treiben mit ihrem rassistischen Staatsterror und ihrer Demagogie sowie ihrer antikommunistischen Hetze, die den Kapitalismus als alternativlos preist, Arbeitslose in die Arme der Faschisten. Wir kämpfen dafür, Arbeitslose und Arbeiter im Kampf für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich brüderlich zu vereinen.

Die Faschisten sind die Schocktruppen der Bourgeoisie: ihre geheime außerparlamentarische Reservearmee, die zum Einsatz kommen soll, falls Polizei und Armee nicht mehr in der Lage sind, der Arbeiterklasse Herr zu werden. Deswegen schützt der kapitalistische Staat die Nazis. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie und ihre linken Apologeten schreien danach, dass eben dieser Staat die Nazi-Partei NPD verbieten soll. Aber an der Spitze der NPD tummeln sich die V-Leute (Agenten) des Verfassungsschutzes. Sprich: Der Staat hilft den Nazis, sich zu organisieren und zu finanzieren.

Heute richten die Nazis ihren Mordterror in erster Linie gegen Immigranten, und morgen werden sie wieder die Gewerkschaften angreifen. Gerade die Gewerkschaften, die mit als erstes 1933 von den Nazis zerschlagen wurden, haben das Interesse und die Macht, diesen Abschaum zu stoppen. Deutsche Arbeiter und eingewanderte Arbeiter halten die ganze Gesellschaft, die auf ihrer Arbeit beruht, am Laufen und sind gemeinsam in den Gewerkschaften organisiert. Was wir daher wirklich brauchen, sind auf den Gewerkschaften basierende *Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen* unabhängig vom kapitalistischen Staat, *um die Nazis zu stoppen,* wenn sie die Köpfe aus ihren Rattenlöchern stecken. Das erfordert einen politischen Kampf gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die auch in dieser Frage die Gewerkschaften dem Staat unterordnen will.

Und es erfordert einen Kampf gegen PDS-„Linke" wie Ellen Brombacher von der Komplatt. Für diese ist der Kampf gegen Faschismus letztendlich nur der Kampf gegen „schlechte Ideen". Und während Brombacher auf den Seiten des *Neuen Deutschlands* mit Nazis darüber debattierte: „Wie national muß die Linke sein?" (31. Juli 1998), attestierte ein Nazi etwas später der PDS „gesundes Nationalempfinden" *(ND,* 18. Mai 2000). Solche Debatten nützen nur den Faschisten, die verharmlost werden und eine Plattform für ihr Programm des Völkermords bekommen. *Nazis sind rassistische, antisemitische Mörderbanden, und über Völkermord gibt es nichts zu debattieren!*

Deutschland 1989/90-
Revolution vs. Konterrevolution

Heute wird auf und ab gepredigt, dass sich 1989/90 alle Ostdeutschen nach kapitalistischer Ausbeutung sehnten. Aber das ist eine Lüge, die dazu dienen soll, den Verrat, den PDS und SPD an den Arbeitern in Ost und West begangen haben, zu vertuschen. Denn es war die PDS, die die prosozialistischen Arbeiter der DDR in die kapitalistische Wiedervereinigung führte, und die SPD war das Trojanische Pferd der Konterrevolution. Ende 1989 entwickelte sich eine proletarisch-politische Revolution. Wir Trotzkisten intervenierten mit allen Ressourcen unserer Internationale, um den ostdeutschen Arbeitern die dringend benötigte revolutionäre Führung zu geben. Wir standen für die bedingungslose militärische Verteidigung von DDR und Sowjetunion gegen Imperialismus und Konterrevolution. Wir kämpften für eine revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands: für proletarisch-politische Revolution im Osten und für sozialistische Revolution im Westen - Für ein Rotes Rätedeutschland! (siehe „Deutschland 1989/90 - Revolution vs. Konterrevolution", *Spartakist* Nr. 139, Frühjahr 2000). Die PDS-Führung

Fortgesetzt auf Seite 6

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 5

proklamierte Ende Januar „Deutschland einig Vaterland" und „Wir sind ein Volk 1:1". Sie belog die Arbeiter über die Möglichkeit einer „sozialen Marktwirtschaft". Und die Komplatt war ein williges Werkzeug von Gysi und Co., um eine Spaltung der Arbeiter von der PDS zu verhindern.

Die gesamte Pseudolinke unterstützte die Konterrevolution. So wie bei den Wahlen letzten Herbst in Berlin, wo sie zur Wahl der PDS aufriefen, standen sie immer auf der Seite der PDS bzw. SPD, wenn es darauf ankam. Zum Beispiel die SAV. Im November 1989 erklärte sie: „Die Bürokratie im Osten und das Kapital im Westen wollen sich zur Zeit nicht gegenseitig stürzen, denn sie haben gemeinsam Angst vor den Arbeitern." So lullten sie die Arbeiterklasse über die Gefahr einer kapitalistischen Konterrevolution ein. Im Februar 1990 erklärten sie dann offensiv: „Deutschlandpolitik der SPD - Offensive für Einheit und Sozialismus nötig". Die SAV, die heute verlogen behauptet, gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung gewesen zu sein, rief dann zur Volkskammerwahl 1990 auf: „Es gilt mit der Stimmabgabe am 18. März eindeutig zu sagen: Ich bin gegen die PDS, sie muß ein für allemal weg!" Das nicht etwa, weil die PDS für Kapitalismus war, sondern weil die stalinistische Bürokratie für die SAV der Hauptfeind war und die SAV die konterrevolutionäre SPD-Führung als ihren Verbündeten sah. Die Frage für die SAV war: „Macht die Volkskammerwahl zu einer Volksabstimmung gegen die herrschende Bürokratie". Wir kandidierten als einzige Partei mit „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" und warnten, dass der kapitalistische Anschluss ein Wiederaufleben des Revanchismus mit sich bringen wird. Nach der Volkskammerwahl schrieben wir, dass das Vierte Reich gewonnen hat. Die Anarchisten/Autonomen waren keinen Deut besser als die Pseudolinken â la SAV - denn sie überließen völlig der SED-PDS und der SPD das Feld. Das erste Mal, dass man sie sah, war im Juni 1990, als alles vorbei war und sie rumjammerten „Nie wieder Deutschland!", während die Bourgeoisie von Auschwitz daran ging, ihren erneuten Aufstieg zu organisieren.

SPD und PDS einig in antikommunistischer Hetze

Die PDS wollte als Sozialdemokratie des Ostens die Pfründe und Privilegien absahnen wie ihr westdeutsches Gegenstück SPD, als die Makler, die die ostdeutsche Arbeiterklasse an die Bourgeoise verkaufen. Aber eine antikommunistische Hexenjagd wurde losgetreten, mit der jeder Stasi-Mitarbeiter, viele Grenzsoldaten usw. mit Prozessen überzogen und ihre Existenz vernichtet wurde. Insgesamt gab es 100000 Ermittlungsverfahren. Diese Hexenjagd diente dazu, jeden Widerstand gegen die nun folgende Zerschlagung der DDR-Industrie zu verhindern und zu kriminalisieren. Wir Trotzkisten haben erklärt: *Nieder mit der antikommunistischen Hexenjagd!* Wir sagten, dass die Ex-DDR-Bürokraten von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt wurden.

In der Präambel des Koalitionsvertrags von SPD und PDS wird die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes im Juni 1953 als Verbrechen der SED aufgelistet. Das war ein Verbrechen! Aber nicht so, wie es uns SPD und PDS weismachen wollen. 1953 war kein nationalistischer Aufstand, sondern eine sich entfaltende proletarisch-politische Revolution. Eine Losung der Arbeiter war: „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!" Tatsächlich hätte eine siegreiche Erhebung und Arbeiterräteherrschaft im Osten gewaltige Auswirkungen auf die westdeutsche Arbeiterklasse gehabt. Denn nichts hat mehr dazu beigetragen, den Würgegriff der Sozialdemokratie über die Arbeiterklasse Westdeutschlands aufrechtzuerhalten, als die Verbrechen des stalinistischen SED-Regimes, das die Planwirtschaft und den Kommunismus in den Augen der westdeutschen Arbeiter diskreditierte. Das stalinistische Programm hieß „Aufbau des Sozialismus in einem Land" und bedeutete, Arbeiterrevolutionen in anderen Ländern zu verhindern im Namen der friedlichen Koexistenz mit dem Imperialismus. Es reflektierte die Interessen einer parasitären Bürokratie. Aber die Imperialisten wollten nicht tolerieren, dass ein Drittel der Erde ihrer Ausbeutung entzogen war. Der einzige Weg zur Verteidigung der Sowjetunion war der Kampf für die Ausweitung der Oktoberrevolution, besonders in die imperialistischen Zentren.

Die SPD/PDS-Koalition verdammt auch die Berliner Mauer, das Hassobjekt der Bourgeoisie seit ihrer Erbauung 1961. Die Mauer wurde von der SED errichtet als eine bürokratische Maßnahme, um das ökonomische Ausbluten der DDR zu verhindern. Sie trug dazu bei, die DDR für die nächsten Jahre zu stabilisieren. Daher haben wir Trotzkisten als Teil unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion und DDR die Mauer gegen die Bourgeoisie verteidigt.

Wenn der Kommunismus so tot wäre, wie die Sozialdemokratie und der Rest der bürgerlichen Ideologen behaupten, warum hetzen sie dann immer noch gegen die DDR, 12 Jahre danach? Im Wesentlichen soll der Arbeiterklasse eingetrichtert werden, dass sie der Herrschaft der Kapitalisten nichts entgegenzusetzen hat, es daher auch völlig sinnlos, ja sogar verbrecherisch wäre, sich gegen den Kapitalismus zu stellen. So soll Klassenkampf als irrelevant und sinnlos denunziert werden. Die PDS gerät aber darüber auch in Schwierigkeiten, denn als Regierungspartei betreibt sie die antikommunistische Hetze mit, was zu Austritten von Mitgliedern führte, die sich von der PDS verraten fühlten. Denn es ist gerade die falsche Identifikation der PDS mit den Errungenschaften des Arbeiterstaates DDR, den sie ausverkauft hat, die der PDS Zulauf und Stimmen verschafft. Gysi erklärte einen Tag vor der Gedenkdemonstration für Liebknecht und Luxemburg: „Alles, was mit Gefängnis, Tod, Verfolgung zu tun hat, ist nicht in der Verantwortung der SPD passiert" (*jW*, 14. Januar). Welch eine erbärmliche Anbiederung und schamloses Weißwaschen der SPD, die verantwortlich ist für die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Aber diese ganze „Tod-des-Kommunismus"-Kampagne geht nicht mehr so gut runter. Am 13. Januar gingen 100000

München...

Fortsetzung von Seite 8

lieh bekämpfen würde, ist eine gefährliche Illusion. Tatsächlich wurden staatliche Verbote gegen kleine Nazi-Parteien immer als Vorwand genommen, um Organisationen der Arbeiterbewegung oder linke Gruppen zu verbieten, wie das Verbot der KPD 1956 oder das Verbot der PKK in den 90er-Jahren zeigen. *Wir kämpfen für vom bürgerlichen Staat unabhängige Mobilisierungen von Arbeitern und Immigranten, um die Nazis zu stoppen!*

Repressionen zu Hause gehen mit Kriegen, wie dem gegen Afghanistan, Hand in Hand. Die SPD/Grünen-Regierung griff nach dem 11. September in Deutschland lebende Minderheiten und Immigranten mit ihrer rassistischen Rasterfahndung an. Wir warnten davor, dass sich dieser Angriff letztlich gegen die organisierte Arbeiterklasse insgesamt, mit ihrem großen Anteil immigrierter Arbeiter in strategisch wichtigen Industrien, richtet. Unsere Warnung hat sich mit der Belagerung des DGB-Hauses sehr schnell bestätigt. Umso dringender ist die Notwendigkeit, die Gewerkschaften gegen die Angriffe auf Minderheiten zu mobilisieren. *Nieder mit der rassistischen Rasterfahndung!*

Gegen den Krieg gegen Afghanistan, gegen den Einsatz der Bundeswehr, gegen zunehmende Lohnkürzungen und steigende Arbeitslosigkeit regt sich Unzufriedenheit in der Bevölkerung allgemein und insbesondere in der Arbeiterklasse. In Berlin demonstrieren Krankenhausangestellte gegen den SPD/PDS-Senat. In Halle und Vetschau besetzten Arbeiter ihre Betriebe, in Emden streikten Werftarbeiter für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, und die IG Metall kündigt eine harte Tarifrunde an, weil die Arbeiter wütend sind, 12 Jahre lang eingesteckt zu haben und nichts zu bekommen. Die Belagerung des DGB-Hauses in München ist als Warnung an all diese Arbeiter gedacht und ein Versuch, die Arbeiterklasse einzuschüchtern. Haupthindernis für den Kampf der Arbeiterbewegung für ihre eigenen Interessen ist die Gewerkschaftsbürokratie. Sie bindet, zum größten Teil in der SPD organisiert und aufs engste mit ihr verwoben, die Arbeiter an die sozialdemokratische Regierung, die die Geschäfte für die Kapitalisten führt.

Einige haben Illusionen in die PDS als eine etwas linkere Alternative. Die PDS aber macht genauso die Drecksarbeit für die Kapitalisten, indem sie Krankenhäuser schließt, Kindergärten privatisiert und die Polizei auf die Linke losläßt, wie bei dem versuchten Büchertisch-Verbot bei der 3L-Demonstration in Berlin. Zwölf Jahre nachdem die PDS die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkte, greift die PDS zusammen mit der SPD die Gewerkschaften, Minderheiten und Frauen an. Wir warnen vor Illusionen in die PDS. Der Berliner SPD/PDS-Senat ist eine *kapitalistische* Regierung. Gerade weil SPD und PDS die Gewerkschaften bürokratisch kontrollieren, sind sie zurzeit in den Augen der Bourgeoisie besser geeignet, die Austeritätsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und Minderheiten durchzudrücken. *Für Klassenkampf gegen den kapitalistischen SPD/PDS-Senat in Berlin!* Für siegreichen Klassenkampf ist die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse vom bürgerlichen Staat unerlässlich!

In München diskutierten die Strategen und Führer des imperialistischen NATO-Kriegsbündnisses Strategien für die weitere Knechtung der Welt. Wir sagen: *Nieder mit der NATO!* und fordern: *US/NATO/Bundeswehr - raus aus dem Balkan, aus Afghanistan und dem Nahen Osten!* Was in München deutlich wurde, ist, dass der Leim, der die NATO zusammenhielt - die tödliche Feindschaft gegenüber der Sowjetunion -, zehn Jahre nach deren konterrevolutionären Zerstörung durch die entgegengesetzten nationalen Interessen der verschiedenen Imperialisten zunehmend zersetzt wird.

Wir Trotzkisten stehen in der revolutionären internationalistischen Tradition von Lenin, Liebknecht, Luxemburg und Trotzki. Wir stehen für die Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die eigene Bourgeoisie und für den Sturz des bürgerlichen Staates durch eine sozialistische Revolution. Als revolutionäre Avantgardepartei sind wir der Tribun aller Unterdrückten, von Frauen, Immigranten, Schwulen, ethnischen Minderheiten und aller Minderheiten, die im Kapitalismus unterdrückt werden. Um eine solche Partei aufzubauen, die die Arbeiterklasse erfolgreich an die Macht führen kann - so wie es die Bolschewiki von Lenin und Trotzki in der Oktoberrevolution 1917 taten -, ist es notwendig, die Arbeiter und Unterdrückten von den sozialdemokratischen Irreführern, SPD und PDS, zu brechen. *Für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei!*

Linke und Jugendliche auf die Straße, um der Kommunisten Lenin, Liebknecht und Rosa Luxemburg zu gedenken. Wo in der kapitalistischen Welt gibt es etwas Vergleichbares? Das ist ein dickes Problem für die Bourgeoisie. Ein Juso aus dem Saarland meinte: Die Wiedervereinigung ist in die falsche Richtung gegangen. Sehr viele empfinden die kapitalistische Wiedervereinigung als Katastrophe für die Arbeiterklasse. Die SPD hat mächtige Schwierigkeiten: Angesichts der furchtbaren Auswirkungen der Konterrevolution funktioniert ihr Antikommunismus immer schlechter. Es trocknet genau der ideologische Kleber aus, der sie zusammenhält.

Brecht mit der Sozialdemokratie, mit SPD und PDS

Die SAV spricht vom Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei. In ihrer Erklärung „Was will die SAV?" fordert sie: „Eine neue Massenpartei von Arbeiterinnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde." Nun, von solchen Parteien gibt es schon zwei - SPD und PDS. Die SAV vertritt das klassische Konzept der Partei der Gesamtklasse, dass sich die revolutionäre Avantgarde in einer großen Einheit mit den nichtrevolutionären, rückständigeren Arbeitern auflöst. Letztere dominieren notwendigerweise eine solche Partei, da unter normalen Bedingungen die Revolutionäre eine Minderheit sind. Eine Arbeiterpartei, wie die SAV sie will, würde sich an rückständiges Bewusstsein anpassen und kann nicht gegen Rassismus, Frauenunterdrückung, d. h. gegen besondere Unterdrückung kämpfen. Es ist daher auch kein Wunder, dass die SAV Immigranten und ihre Kinder, die seit Jahrzehnten hier leben, in ihrem Kurzprogramm nur als „Ausländerinnen" am Rande erwähnt.

Wir Trotzkisten kämpfen für die Schmiedung einer Avantgardepartei, die gegen jede Art von Unterdrückung kämpft, ob sie nun Frauen, Immigranten, Minderheiten, Homosexuelle betrifft. Denn wie Lenin erklärte, kann die Arbeiterklasse nur erfolgreich sein, wenn sie in der Lage ist, alle Unterdrückten hinter sich zu vereinen im Kampf für den Sturz der Bourgeoisie. Bei den Gewerkschaftsprotesten des UKBF gegen den SPD/PDS-Senat trugen Arbeiter ein Plakat, das erklärte: „Ersparen wir uns erst mal SPD + PDS. Ich war SPD-Wähler". Es gab auch andere Zeiten, in denen Kommunisten Gelegenheit hatten, Arbeiter von der verräterischen Sozialdemokratie zu brechen, wie 1923 und in der Periode von 1929-32. Es ist unser Ziel, eine Partei zu schmieden, die im Kampf um die Führung der arbeitenden Massen diese zur proletarischen Revolution führen kann, als Teil des Aufbaus einer internationalen sozialistischen Weltordnung. •

SPARTAKIST

München: SPD-Polizei belagert Gewerkschaftshaus

Brecht mit SPD und PDS!

Am 2. Februar ließ die Münchner SPD-Regierung das Münchner DGB-Haus von hunderten Bullen einkesseln, in dem eine Podiumsdiskussion im Rahmen der Proteste gegen die NATO-Sicherheitstagung stattfand. An dieser Veranstaltung nahmen an die 300 Gewerkschafter und linke Jugendliche teil. Wie ein Gewerkschaftsmitglied hervorhob, war es das erste Mal seit dem 2. Mai 1933, dass die Polizei ein Gewerkschaftshaus umzingelte. Viele wütende Gewerkschafter riefen ihre Gewerkschaftssekretäre und Kollegen an und forderten sie dazu auf, ihr DGB-Haus zu verteidigen und den Abzug der Polizei zu fordern. Nach kurzer Zeit sammelten sich Dutzende Gewerkschaftsmitglieder und Linke hinter dem Polizeikordon und skandierten: „Lasst die Leute frei!", während die Protest-Teilnehmer im Gewerkschaftshaus bekundeten, dass sie sich nicht von der Polizei einschüchtern lassen werden, und sangen gemeinsam die Internationale. Nach zwei Stunden erfolgreichen Protests zogen die Bullen ab, weil sie fürchteten, dass immer mehr Arbeiter, die die soziale Macht haben München lahm zu legen, auf die Straße kommen würden.



Dalder/Reuters

München: Während NATO-Konferenz tagte, mobilisierte die SPD tausende Bullen gegen linke Demonstranten und ließ DGB-Haus umzingeln

Dementgegen versuchten Gewerkschaftsbürokraten im DGB-Haus, ihre guten Beziehungen zu dem Münchner Oberbürgermeister Ude und zur SPD ins Spiel zu bringen, damit dieser die Belagerung des Gewerkschaftshauses durch die Polizei beende. Dies stieß auf empörte Rufe wie „Nie wieder Ude!" Während das DGB-Haus belagert wurde, schützte die Polizei gleichzeitig in Bielefeld eine NPD-Provokation vor einer DGB-Demonstration. Der bürgerliche Staat - Polizei, Armee, Gefängnisse - ist dazu da die Arbeiterklasse und die Linke anzugreifen, um die Herrschaft der Kapitalistenklasse aufrecht zu erhalten. Es ist dringend notwendig, die Arbeiterklasse von ihren sozialdemokratischen Irreführern, SPD und PDS, zu brechen, die im Auftrag der Kapitalisten herrschen und die Bullen gegen die Arbeiter schicken. Die Polizei hat in der Arbeiterbewegung nichts zu suchen! Wir fordern: *Bullen raus aus dem DGB!*

Dieser massive Angriff auf die organisierte Arbeiterbewegung folgte dem Verbot aller Anti-NATO-Demonstrationen durch die SPD in München. Dem Verbot trotzend fanden sich dennoch Demonstranten in der Münchner Innenstadt ein, die von der Polizei brutal geschlagen und eingekesselt wurden. Es wurden 849 Demonstranten verhaftet. Viele von ihnen verbrachten die Nacht von Freitag zu Samstag auf kalten Betonfußböden in Polizeikasernen oder in Gitterkäfigen. Zwei Organisatoren der Proteste wurden in „Unterbindungsgewahrsam" genommen. Wir fordern: *Freilassung aller Gefangenen! Weg mit den Anklagen gegen die Anti-NATO-Demonstranten! Für Gewerkschaftsmobilisierungen in Verteidigung der verhafteten Demonstranten!*

Während die Bullen in München prügelten, führten die Nazis der NPD am 2. Februar in Bielefeld eine Provokation gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht durch. Dem Aufruf des DGB und anderer zu einer Gegendemonstration in Verteidigung der Ausstellung, die die Verbrechen der Armee der deutschen Bourgeoisie im Zweiten Weltkrieg darstellt, folgten 8000. Die SPD/Grünen-Regierung von Nordrhein-Westfalen mobilisierte dagegen ein martialisches Bullenaufgebot, um die Nazis vor den Demonstranten zu schützen, während DGB-Bürokraten bei der Kundgebung an eben diesen Staat appellierten, das NPD-Verbot verstärkt weiter zu betreiben. Dieses Vertrauen, dass der bürgerliche Staat die Nazis - die Schocktruppen der Bosse gegen die Arbeiterklasse, die 1933 sofort gegen die Gewerkschaften, die KPD und SPD vorgingen - tatsäch-

Fortgesetzt auf Seite 7

Polizei raus aus dem DGB!

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10557 Berlin

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb